Die Juden im Nationalsozialistischen Deutschland 1933–1943
The Jews in Nazi Germany 1933–1943

Herausgegeben von
ARNOLD PAUCKER
mit SYLVIA GILCHRIST
und BARBARA SUCHY

Schriftenreihe
wissenschaftlicher Abhandlungen
des Leo Baeck Instituts
45

Mohr Siebeck

Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen
des Leo Baeck Instituts

45

Die Juden im Nationalsozialistischen Deutschland

The Jews in Nazi Germany 1933–1943

herausgegeben von

ARNOLD PAUCKER
mit Sylvia Gilchrist und Barbara Suchy

Mit einem Geleitwort von
Fred Grubel
und einer Einleitung von
Peter Pulzer



J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen 1986

Dieses Open Access eBook wird durch eine Förderung des Leo Baeck Institute London und des Bundesministeriums des Innern und für Heimat ermöglicht.

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Die Juden im nationalsozialistischen Deutschland: The Jews in Nazi Germany 1933–1943 / hrsg. von Arnold Paucker mit Sylvia Gilchrist u. Barbara Suchy. Mit e. Geleitw. von Fred Grubel u. e. Einl. von Peter Pulzer. – Tübingen: Mohr, 1986.
(Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts; 45)
ISBN 3-16-745103-3 / eISBN 978-3-16-163612-7 unveränderte eBook-Ausgabe 2024
ISSN 0459-097 X

NE: Paucker, Arnold [Hrsg.]; Leo Baeck Institute: Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen . . .; PT

© 1986 by Leo Baeck Institute, Inc. New York / J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen.

Dieses Werk ist seit 04/2024 lizenziert unter der Lizenz ‚Creative Commons Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International' (CC BY-SA 4.0). Eine vollständige Version des Lizenztextes findet sich unter: https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de

Satz und Druck von Gulde-Druck GmbH, Tübingen; Einband von Großbuchbinderei Heinrich Koch, Tübingen.

Printed in Germany.

Inhalt

Geleitwort von Fred Grubel XIII
Redaktionelle Vorbemerkung von Arnold Paucker XXI

Einleitung

Peter Pulzer
Der Anfang vom Ende 3

Weimar

Peter Gay
In Deutschland zu Hause . . . Die Juden der Weimarer Zeit 31

Werner E. Mosse
Die deutschen Juden: Bürger der Republik *(auf Englisch)* 45

Arnold Paucker
Jüdische Abwehr *(auf Englisch)* 55

Ismar Schorsch
Das deutsche Judentum: Vom Bekenntnis zur Kultur *(auf Englisch)* . . . 67

Julius Carlebach
Das orthodoxe Judentum in Deutschland: Die letzte Phase *(auf Englisch)* 75

Entrechtung

Reinhard Rürup
Das Ende der Emanzipation: Die antijüdische Politik in Deutschland von der „Machtergreifung" bis zum Zweiten Weltkrieg 97

Steven M. Lowenstein
Der Überlebenskampf der Landjuden in Deutschland, 1933–1938: Der Fall des Bezirksamts Weissenburg, Mittelfranken *(auf Englisch)* 115

Herbert A. Strauss
Jüdische Selbstverwaltung innerhalb der Schranken nationalsozialistischer Politik – Gemeinden und Reichsvertretung *(auf Englisch)* 125

Avraham Barkai
Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich, 1933–1938 153

A. J. Sherman
Eine jüdische Bank in der Ära Schacht: M. M. Warburg & Co., 1933–1938 *(auf Englisch)* 167

David Kramer
Jüdische Sozialfürsorge unter dem Druck der Verarmung *(auf Englisch)* 173

Trude Maurer
Ausländische Juden in Deutschland, 1933–1939 189

Werner T. Angress
Jüdische Jugend zwischen nationalsozialistischer Verfolgung und jüdischer Wiedergeburt 211

Hajo Bernett
Die jüdische Turn- und Sportbewegung als Ausdruck der Selbstfindung und Selbstbehauptung des deutschen Judentums 223

Joseph Walk
Jüdische Erziehung als geistiger Widerstand 230

Michael Daxner
Die Private Jüdische Waldschule Kaliski in Berlin, 1932–1939 249

Herbert Freeden
Kultur „nur für Juden": „Kulturkampf" in der jüdischen Presse in Nazideutschland 259

Volker Dahm
Jüdische Verleger, 1933–1938 273

Claudia Koonz
Mut und Entscheidung unter deutsch-jüdischen Frauen und Männern *(auf Englisch)* 283

Rita Thalmann
Jüdische Frauen nach dem Pogrom 1938 295

Abraham Margaliot
Emigration – Planung und Wirklichkeit 303

Jehuda Reinharz
Haschomer Hazair in Nazideutschland, 1933–1938 *(auf Englisch)* 317

Vernichtung

Otto D. Kulka
Die Reichsvereinigung und jüdisches Schicksal, 1938/9–1943. Kontinuität oder Diskontinuität in deutsch-jüdischer Geschichte im Dritten Reich *(auf Englisch)* 353

Ian Kershaw
Die öffentliche Meinung in Deutschland und die „Judenfrage", 1939–1943: Weitere Betrachtungen *(auf Englisch)* 365

Schlußwort und Diskussion

Schlußwort *(auf Englisch)* von Peter Gay 389
Zusammenfassung der Diskussionsbeiträge von Werner T. Angress . 393

Personenregister 411
Mitarbeiterverzeichnis 421

Contents

Foreword by Fred Grubel XVII
Editorial Note by Arnold Paucker XXIII

Introduction

Peter Pulzer
The Beginning of the End 17

Weimar

Peter Gay
At Home in Germany . . . The Jews during the Weimar Era
(in German) 31

Werner E. Mosse
German Jews: Citizens of the Republic 45

Arnold Paucker
Jewish Self-Defence 55

Ismar Schorsch
German Judaism: From Confession to Culture 67

Julius Carlebach
Orthodox Jewry in Germany: The Final Stages 75

Emancipation Revoked

REINHARD RÜRUP
The End of Emancipation: Anti-Jewish Policies in Germany from the "Seizure of Power" to the Second World War *(in German)* 97

STEVEN M. LOWENSTEIN
The Struggle for Survival of Rural Jews in Germany, 1933–1938: The Case of Bezirksamt Weissenburg, Mittelfranken 115

HERBERT A. STRAUSS
Jewish Autonomy within the Limits of National Socialist Policy – The Communities and the Reichsvertretung 125

AVRAHAM BARKAI
The Economic Struggle for Survival of the Jews in the Third Reich, 1933–1938 *(in German)* 153

A. J. SHERMAN
A Jewish Bank during the Schacht Era: M. M. Warburg & Co., 1933–1938 167

DAVID KRAMER
Jewish Welfare Work under the Impact of Pauperisation 173

TRUDE MAURER
Jewish Aliens in Germany, 1933–1939 *(in German)* 189

WERNER T. ANGRESS
Jewish Youth between Nazi Persecution and Jewish Rebirth *(in German)* 211

HAJO BERNETT
The Jewish Gymnastics and Sports Movement as an Expression of German-Jewish Individuality and Self-Assertion *(in German)* 223

Joseph Walk
Jewish Education as Spiritual Resistance *(in German)* 239

Michael Daxner
The Private "Jüdische Waldschule Kaliski" in Berlin, 1932–1939 *(in German)* 249

Herbert Freeden
Culture "for Jews only": The Cultural Struggle in the Jewish Press in Nazi Germany *(in German)* 259

Volker Dahm
Jewish Publishers, 1933–1938 *(in German)* 273

Claudia Koonz
Courage and Choice among German-Jewish Women and Men 283

Rita Thalmann
Jewish Women after the 1938 Pogrom *(in German)* 295

Abraham Margaliot
Emigration – Concept and Reality *(in German)* 303

Jehuda Reinharz
Hashomer Hazair in Nazi Germany 317

Destruction

Otto D. Kulka
The Reichsvereinigung and the Fate of the German Jews, 1938/9–1943. Continuity or Discontinuity in German-Jewish History in the Third Reich 353

Ian Kershaw
German Popular Opinion and the "Jewish Question", 1939–1943: Some further Reflections 365

Conclusion and Debates

Conclusion by PETER GAY 389
Summary of Debates (in German) by WERNER T. ANGRESS 393

Index of Names 411
List of Contributors 421

Geleitwort

„Die tausendjährige Geschichte der deutschen Juden ist zu Ende". Dies waren in apodiktischer Klarheit die politische Meinung und das historische Urteil von Leo Baeck, Rabbiner von Berlin, bereits im Jahre des Unheils 1933. Trotzdem übernahm er Amt und Bürde als Oberhaupt der dem Untergang geweihten Juden in dem erst dem moralischen und schließlich dem physischen und politischen Untergang geweihten Deutschen Reich. Wie schon so oft in ihrer Jahrtausende alten Geschichte versuchten die gehetzten, verhöhnten und drangsalierten Juden, diesmal im Deutschland des zwanzigsten Jahrhunderts, ihr Schicksal zu meistern. Alte und neuere bittere innere jüdische Gegensätze verblaßten. Liberale und Orthodoxe, Centralverein und Zionisten, Alteingesessene und Ostjuden fanden sich im selben Boot, in immer stürmischerer, tobender See. Was noch vor kurzem eine Vielfalt von Mitgliedern israelitischer Religionsgemeinden gewesen war, schloß sich in wenigen Monaten nach dem schicksalsschweren 30. Januar 1933 zu *einer* jüdischen Gemeinschaft zusammen. Der ganze komplizierte Apparat einer Volksgemeinde erstand in wenigen Monaten. Jüdische Selbstverwaltung in Finanzen und Wirtschaft, in Schul- und Wohlfahrtswesen, in Kultur und Kunst und – mehr und mehr als überragend wichtig erkannt – in Vorbereitung und Durchführung von Auswanderung, funktionierte überraschend glatt und erfolgreich, trotz stetig wachsender Schikanen und boshaft ausgeklügelter Verfolgungsmaßnahmen des von den Nationalsozialisten schließlich völlig beherrschten Regierungsapparates und der mehr und mehr judenfeindlichen Bevölkerung Deutschlands. Das Fanal der Nürnberger Gesetze signalisierte den „gesetzlichen" Schlußpunkt – die Annullierung der Judenemanzipation in Deutschland. Danach wurde eine wenigstens halbwegs zivilisierte Liquidierung jüdischer Existenz in Deutschland zum Prinzip der jüdischen Selbstverwaltung. Alle Kräfte waren konzentriert auf die Auswanderung der Jungen und Behütung der Alten, die nicht auswandern konnten oder wollten, da sie an die Wahrheit von Baecks schwerem Wort nicht glaubten. Die brennenden Synagogen, der Pogrom vom 9./10. November 1938, zerstörten auch diese Pläne und ließen sie als Illusion erscheinen. Die fürchterliche Finsternis, die über die Juden Europas – und über die deutsche Welt – in den nächsten Jahren hereinbrach, überschattet die wenigen Jahre, in denen Deutschlands Juden, trotz aller Not und Bedrängnis, den Mut, die Kraft und die Zuversicht zur Selbstbehauptung hatten und versuchten, in die Tat umzusetzen.

Das Leo Baeck Institut war eine Gründung von Menschen, die diese Zeit der

Selbstbehauptung, zum Teil in führender Stellung, miterlebt hatten. Es ist mehr als symbolisch, daß Leo Baeck am Ende seines langen, ereignisschweren Lebens der erste Präsident des Instituts wurde und einwilligte, daß es seinen Namen annahm. In Jerusalem, London und New York wirkt das Leo Baeck Institut seit über dreißig Jahren als Forschungszentrum für die Geschichte der Juden Deutschlands – vom schwierigen, aber verheißungsvollen Beginn der Emanzipation bis zu ihrer Aufhebung und dem entsetzlichen Ende. Zu seinen vielfältigen Tätigkeiten gehören nicht nur die Veröffentlichung von wissenschaftlichen Büchern und Aufsätzen, Vorlesungen und Seminare, die Unterhaltung von Bibliothek, Archiven und Kunstsammlung, sondern auch internationale Historikerkonferenzen über spezifische, wichtige Aspekte der deutsch-jüdischen Geschichte und Kultur. Sie werden sporadisch einberufen und haben bisher in Israel, in den Vereinigten Staaten und in England stattgefunden. Nach einer solchen Konferenz in Haifa wurde 1983 beschlossen, die nächste Konferenz der Selbstverwaltung und Selbstbehauptung der deutschen Juden in den ersten Jahren des nationalsozialistischen Regimes zu widmen, einer Zeit und einer Leistung, an die sich die Welt und ihre Wissenschaftler wenig erinnern, obgleich Überlebende dieser Jahre gerade heute noch unter uns sind. Die Konfrontation von Historikern und Zeitzeugen sollte eine Besonderheit der Konferenz sein. Als Ort wurde Berlin gewählt, die Stadt, die einst Deutschlands größte und bedeutendste jüdische Gemeinde hatte; die Stadt, von der aus die fürchterlichste und blutigste Tyrannei dirigiert wurde, die die an Tragödien überreiche jüdische Geschichte je gekannt hat; die Stadt, deren Zweiteilung ein Mahnmal ist für Unglück und Verderben, verschuldet vom nationalsozialistischen Regime.

Das Programm für die Berliner Konferenz ‚Selbstbehauptung in der Not. Die Juden im nationalsozialistischen Deutschland, 1933–1939' wurde von der Leitung der drei Arbeitszentren des Instituts nach Beratung mit dem Leo Baeck Institut nahestehenden deutschen Historikern aufgestellt. Die technische Vorbereitung und Durchführung wurde dem New Yorker Arbeitszentrum anvertraut. Die Konferenz fand vom 28.–31. Oktober 1985 statt und wurde von mehr als 150 Teilnehmern und Gästen besucht.

Besonderen Dank schuldet das Leo Baeck Institut allen Vortragenden, deren Beiträge in diesem Band veröffentlicht werden: dem Herausgeber dieses Bandes, meinem Freund und Kollegen Dr. Arnold Paucker, London, und seinen Mitarbeitern, Sylvia Gilchrist, London, und Dr. Barbara Suchy, Düsseldorf; ebenso den Vorsitzenden der Konferenzsitzungen: den Professoren Peter Freimark, Institut für die Geschichte der Deutschen Juden, Hamburg; Peter Gay, Yale University, New Haven, Connecticut; Dietrich Goldschmidt, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin-Dahlem; Jacob Katz, Hebrew University, Jerusalem; Michael Meyer, Hebrew Union College – Jewish Institute of Religion, Cincinnati; und Peter Pulzer, Oxford University. Sie und alle anderen Teilnehmer, Wissenschaftler und Zeitzeugen (unter ihnen vor allem die Senioren der Tagung, Dr. Friedrich Brodnitz, New York, und der Präsident der Leo Baeck Institute, Dr. Max Gruenewald) haben durch ihre Beiträge und die

oft tiefgründige Diskussion die Grundlage für künftige historische Forschung im Themenkreis der Konferenz geschaffen.

Auf Anregung von Professor Dietrich Goldschmidt stellte das Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin-Dahlem, dem Leo Baeck Institut seine modernen Konferenzräume für die Tagung zur Verfügung.

Eingerahmt war die Konferenz von zwei Ausstellungen. In Zusammenarbeit mit Professor Bernhard Zeller, Deutsches Literaturarchiv, Marbach, und Professor Ekkehart Vesper, Staatsbibliothek – Preußischer Kulturbesitz, Berlin, wurde die Ausstellung ‚In den Katakomben, Jüdische Verlage in Deutschland, 1933–1938' in der Staatsbibliothek gezeigt, zusammengestellt und erläutert von Dr. Ingrid Belke, Marbach. Die Einführung erfolgte durch Professor Ernst G. Lowenthal, Berlin. Nach Schluß der Konferenz wurde in der Berlinischen Galerie die Ausstellung ‚Jettchen Geberts Kinder, der Beitrag des deutschen Judentums zur deutschen Kultur des 18.–20. Jahrhunderts am Beispiel der Kunstsammlung des Leo Baeck Instituts New York' eröffnet. Professor Eberhard Roters und ich sind verantwortlich für die Ausstellung. Wissenschaftliche Mitarbeiter sind Dr. Aline Isdebsky-Pritchard, New York, und Gisela-Ingeborg Bolduan, Berlin. Die Ausstellung steht unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten. Nach Berlin wird sie noch in anderen Städten (z. B. Frankfurt a. Main, Bonn) gezeigt werden.

Bundespräsident Richard von Weizsäcker, Bundeskanzler Helmut Kohl und Berlins Regierender Bürgermeister, Eberhard Diepgen, ehrten das Leo Baeck Institut und seine Konferenz mit Ansprachen, die dem Thema der Tagung und dem tragischen Vermächtnis schwerster Zeiten für Juden und Deutsche gerecht wurden.

Zu den beträchtlichen Kosten der Konferenz steuerten der Senat des Landes Berlin dank der Initiative des damaligen Regierenden Bürgermeisters, Richard v. Weizsäcker, des Bürgermeisters Heinrich Lummer und des damaligen Senators für Finanzen, Gerhard Kunz, als auch die Stiftung Volkswagenwerk auf Veranlassung ihres Generalsekretärs Rolf Moeller, in entscheidender und großzügiger Weise bei. Beihilfen wurden auch gewährt von den Freunden und Förderern des Leo Baeck Instituts, Frankfurt a. Main (mit Hilfe der Alfried Krupp v. Bohlen und Halbach-Stiftung durch ihren Vorstandsvorsitzenden Berthold Beitz), von der Robert Bosch Stiftung auf Veranlassung von Professor Hans L. Merkle durch ihren Geschäftsführer Dr. Peter Payer, von der Deutschen Lufthansa AG und von der Berliner Verkehrsgesellschaft.

Die Leitung des Leo Baeck Instituts und alle Konferenzteilnehmer waren während ihres Berliner Aufenthalts Gäste bei besonderen Empfängen des Bundeskanzlers Helmut Kohl und des Senats des Landes Berlin. Die Empfänge wurden ausgerichtet von Ministerialdirigent Franz Bindert, Bonn (Bundeskanzleramt), und Senatsdirektor Leopold v. Bredow, Chef des Protokolls des Landes Berlin. Außerdem haben die Axel Springer Stiftung und die Jüdische Gemeinde Berlin durch ihren Vorsitzenden Heinz Galinski die Konferenzteilnehmer zu Empfängen eingeladen.

Allen hier genannten Persönlichkeiten und Institutionen sei hiermit der herzlichste Dank des Leo Baeck Instituts ausgesprochen.

Darüber hinaus danke ich im Namen des Instituts und zugleich im eigenen Namen als Koordinator der Konferenz für wertvolle Hilfe bei der Vorbereitung und Durchführung der Tagung: meinen New Yorker Kollegen, Dr. Michael Riff und Dr. Marion Kaplan, und meinem unermüdlichen und unentbehrlichen Berliner Assistenten William Mülsch, ebenso den Senatsdirektoren Günther Schacko und Dr. Hermann Josef Schuster, Berlin. Dank und Anerkennung schulde ich Gabrielle Bamberger, New York, und Dr. Rachel Salamander, München, die gemeinschaftlich mit William Mülsch ein tadellos funktionierendes Konferenzbüro bildeten. Für die Übersetzungen, die bei dieser zweisprachigen Tagung besonders wichtig waren, waren Renate Steinchen, New York, Gabrielle Bamberger und meine Sekretärin Kiki Busoni verantwortlich; der technische Apparat der Tagung lag in den Händen von Falk Fabisch und Bernhard Schebitz vom Max-Planck-Institut. Dafür ihnen allen meinen herzlichen Dank.

Diese Geleitworte wären jedoch unvollständig ohne eine Erwähnung der unserem Institut erwiesenen freundschaftlich-respektvollen Anerkennung seitens der Medien: Presse, Rundfunk und Fernsehen. Ihre Berichterstatter verbreiteten in mehr als siebzig Zeitungen, Zeitschriften, Radio- und Fernsehsendungen in der gesamten Bundesrepublik und darüber hinaus Berichte, die Herz und Verstand hatten. Sie erweckten, oft in tiefgefühlten Worten, im breiten Publikum Interesse und damit auch schmerzliche Erinnerung an alles das, was die deutschen Juden durchlebt und durchlitten haben, und an die 150000, die „von Staats wegen" ermordet wurden – am Ende einer tausendjährigen Geschichte.

Möge dieser Band, das Ergebnis harmonischen und verständnisvollen Zusammenwirkens des Leo Baeck Instituts mit allen diesen Mitarbeitern, zur Folge haben: intensive wissenschaftliche Erforschung eines menschlich tiefbedeutsamen Abschnitts der jüdischen Tragödie in Deutschlands finsterster Zeit.

New York *Fred Grubel*

Foreword

"The thousand-year-long history of the German Jews has come to an end." This was the political opinion and historic verdict of Leo Baeck, Rabbi of Berlin, pronounced with apodictic clarity as early as the ominous year 1933. In spite of this, he took on the office and burden of being Head of the Jews destined for destruction in the German *Reich,* itself doomed to first its moral and later on its physical and political downfall. As so often before, through the thousands of years of their history, the persecuted, ridiculed, and harried Jews tried to master their fate – this time in twentieth-century Germany. Ancient as well as newer, bitter, inner-Jewish dissimilarities faded away. Liberal and Orthodox, *Centralverein* and Zionist, long-resident and Eastern Jew found themselves in the same boat threatened by a raging, increasingly tumultuous sea. Within months of the fateful 30th January 1933, the multiplicity of members of the Jewish religious community united, forming *one* Jewish community. Within a short time, all of the complicated machinery of a municipality came into being. Jewish self-government in finance and economy, in education and welfare, in culture and art, and – recognised more and more as being of paramount importance – in the preparation and organisation of emigration, worked surprisingly smoothly and successfully, despite continually mounting chicanery and viciously contrived measures of persecution by a bureaucracy now totally under Nazi control, as well as by the German population who had become more and more antisemitic. The Nuremberg Laws signalled a "legal" fullstop – the formal annulment of Jewish emancipation in Germany. From this point on the principal aim of the Jewish self-administration was a liquidation of Jewish existence in Germany that was at least half-way civilised. It concentrated all of its strength on emigration for the young and protection of the old, who either could not or, as they did not believe in the truth of Leo Baeck's portentous statement, would not leave the country. With the pogrom of 9th/10th November 1938, the *Kristallnacht,* when the synagogues were set aflame, their plans proved an illusion. For a few years, amidst all their hardships and afflictions, Germany's Jews had had the courage, the stamina, and the confidence for self-assertion and had tried to convert it into action – although these same years were obscured by the terrible darkness that soon closed in on European Jews, as well as on German existence in general.

The Leo Baeck Institute was founded by people who had experienced that time of self-assertion, some of them in leading positions. It is more than symbolic that Leo Baeck, towards the end of his long, eventful life, became the first President of the Institute and agreed that it be given his name. The Leo

Baeck Institute, with offices in Jerusalem, London and New York, has been, for more than thirty years, a research centre for the history of German-speaking Jewry starting with the difficult but promising beginning of emancipation to its abolition and the horrifying end. The Institute's manifold activities include not only the publication of scholarly books and essays, lectures and seminars, the maintenance of a library and archives, an art collection and exhibits, but also international historical conferences dealing with specific, important aspects of German-Jewish history and culture. They convene sporadically and have thus far taken place in Israel, the United States and England. Subsequent to one such symposium in Haifa in 1983, it was decided to devote the next conference to the self-government and self-assertion of the German Jews during the first years of the Nazi regime. This would concern an era and an achievement largely lost to the world and to scholars, although we still have among us survivors from those years. One of the special features of this conference was to be the confrontation of historians with eye-witnesses. The choice of meeting place was Berlin, the city that once held the largest and most distinguished Jewish community in Germany; the city from which emerged the most horrible and bloody tyranny which Jewish history – more than replete with tragedy as it is – had ever known; the city whose partition is a monument to the calamity and disaster caused by the Nazi regime.

The programme for the Berlin Conference, 'Self-Assertion in Adversity. The Jews in National Socialist Germany, 1933–1939', was drawn up by the administration of the three Leo Baeck Institute work centres after consultation with German historians closely connected with the Institute. The Leo Baeck Institute in New York was entrusted with the technical preparation and completion. The symposium took place on 28th to 31st October 1985, and numbered over 150 participants and guests.

The Leo Baeck Institute expresses special thanks to all the speakers whose lectures are published in this volume; to the editor of this volume, my friend and colleague, Dr. Arnold Paucker, London, and to his collaborators Sylvia Gilchrist, London, and Dr. Barbara Suchy, Düsseldorf, as well as to the Chairmen of the Conference sessions, Professors Peter Freimark, Institut für die Geschichte der Deutschen Juden, Hamburg; Peter Gay, Yale University, New Haven, Connecticut; Dietrich Goldschmidt, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin/Dahlem; Jacob Katz, Hebrew University, Jerusalem; Michael Meyer, Hebrew Union College-Jewish Institute of Religion, Cincinnati; and Peter Pulzer, Oxford University. They and all other participants, scholars and eye witnesses (among them, above all, the Seniors of the Conference, Dr. Friedrich Brodnitz, New York, and the President of the Leo Baeck Institutes, Dr. Max Gruenewald), created through their contributions and the discussions – frequently of a profound nature – the foundation for future historical research.

At the suggestion of Professor Dietrich Goldschmidt of the Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin/Dahlem, that Institute placed its modern conference facilities at the disposal of the Conference.

The Symposium was accompanied by two exhibitions. In cooperation with Professor Bernhard Zeller, Deutsches Literaturarchiv, Marbach and Professor Ekkehart Vesper, Staatsbibliothek – Preußischer Kulturbesitz, Berlin, the exhibition, 'In the Catacombs, Jewish Publishing Houses in Germany, 1933–1938' was shown at the Staatsbibliothek. It was arranged by Dr. Ingrid Belke, Marbach and introduced by her and Professor Ernst G. Lowenthal, Berlin. After the close of the historical conference, the exhibition, 'Jettchen Gebert's Children: The Contribution of German Jewry to German Culture from the Eighteenth to the Twentieth Centuries as Illustrated by the Art Collection of the Leo Baeck Institute, New York', was opened in the Berlinische Galerie. Professor Eberhard Roters and I are responsible for the exhibition. We had the expert cooperation of Dr. Aline Isdebsky-Pritchard, New York and Mrs. Gisela-Ingeborg Bolduan, Berlin. The exhibition is under the auspices of the President of the Federal Republic. After Berlin it will be shown in other cities (such as Frankfurt a. Main and Bonn). President Richard von Weizsäcker, Chancellor Helmut Kohl and Berlin's Lord Mayor, Eberhard Diepgen, honoured the Leo Baeck Institute and its Conference with addresses which paid tribute to the theme of the Conference and the tragic legacy of the gravest of times for Jews and Germans.

The considerable costs of the Conference were borne with the help of generous and crucial support from the Senate of Berlin, initiated by Richard von Weizsäcker, who was then Lord Mayor of Berlin; of Mayor Heinrich Lummer, and Gerhard Kunz, who was then the Senator for Finance; and the Stiftung Volkswagenwerk, at the initiative of its Secretary General Rolf Moeller. Contributions were also made by the Freunde und Förderer des Leo Baeck Instituts, Frankfurt a. Main (with the help of the Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung through its Chairman Berthold Beitz); by the Robert Bosch Stiftung through its Executive Director, Dr. Peter Payer on the suggestion of Professor Hans L. Merkle; by Deutsche Lufthansa A.G., and by the Berliner Verkehrsgesellschaft.

The directors of the Leo Baeck Institute and all participants in the Conference were guests during their stay in Berlin at special receptions given by Chancellor Helmut Kohl and the Senate of Berlin. The receptions were arranged by Ministerialdirigent Franz Bindert, Bonn (Office of the Chancellor) and Senate Director Leopold von Bredow, Chief of Protocol for Berlin. The conference participants were also invited to receptions by the Axel Springer Stiftung and the Jewish Community of Berlin, through its President, Heinz Galinski.

The Leo Baeck Institute expresses its deepest gratitude to all the personalities and institutions herein mentioned.

Furthermore, I express the Institute's as well as my own thanks, as coordinator of the Conference, for their invaluable help in preparing and making all the necessary arrangements for the Symposium to: my New York colleagues, Dr. Michael Riff, and Dr. Marion Kaplan, and my indefatigable and indispensible Berlin assistant, William Mülsch, as well as Senate Directors Günther Schacko and Dr. Hermann Josef Schuster, Berlin. I owe thanks and appreciation

to Gabrielle Bamberger, New York and Dr. Rachel Salamander, Munich, who, together with William Mülsch, formed a perfectly functioning conference office. The translations, which were particularly important for this bilingual conference, were the responsibility of Renate Steinchen, New York, of Gabrielle Bamberger and of my secretary Kiki Busoni; the technical arrangements for the conference were handled by Falk Fabisch and Bernhard Schebitz of the Max-Planck-Institut. For this, to all of them my sincere thanks.

This Foreword would, however, by incomplete without our Institute's expression of appreciation, friendship and respect, to the Media – the Press, Radio and Television – for publishing in more than seventy newspapers and journals, and broadcasting over radio and television in the entire Federal Republic and beyond, reports that had heart and sensitivity. Often in expressions of deep feeling, they evoked the general public's interest and thereby also painful memories of all that the German Jews lived and suffered through and of the 150,000 who were murdered "in the interest of the State" – at the end of a thousand-year-old history.

May this volume, the outcome of the harmonious and understanding cooperation of the Leo Baeck Institute and all these who worked with us, lay the foundation for intensive scientific research into a phase of great significance to humanity – the Jewish tragedy in Germany's darkest hour.

New York *Fred Grubel*

Redaktionelle Vorbemerkung

Ein knappes Jahr nach unserer Berliner Konferenz ‚Selbstbehauptung in der Not. Die Juden im Nationalsozialistischen Deutschland, 1933–1939' kann das Leo Baeck Institut nun die Ergebnisse der Konferenz mit diesem Band vorlegen. Der Titel *Die Juden im Nationalsozialistischen Deutschland 1933–1943* wurde letztendlich gewählt, da sogar die Beiträge über Weimar im ersten Abschnitt mit jenen Jahren verknüpft sind, in denen jüdisches Leben in Deutschland zerstört wurde, und schließlich die letzte Sitzung sich ausschließlich mit der Periode von 1939–1943 befaßte. Mithin umspannt dieser Band im wesentlichen das Schicksal der deutschen Juden von der Machtübernahme bis hin zu den letzten Deportationen aus dem Reich.

Dieses Buch ist zugleich der sechste Sammelband unseres Instituts zur Geschichte des deutschen Judentums oder zur Entwicklung der Judenfrage in Deutschland. Die vorangegangenen fünf Bände, die in der Zeit zwischen 1965 und 1981 in chronologischer Abfolge erschienen, und in die alle der Herausgeber involviert war, umfaßten die Zeit von 1800–1932. Dieser zeitliche Rahmen wird nunmehr mit diesem Band bis 1943 erweitert; in gewisser Weise handelt es sich also um eine Fortsetzung der Reihe. Andererseits sind wir uns des besonderen und einmaligen Charakters der Berliner Konferenz bewußt – wie es Dr. Fred Grubel in seinem Geleitwort ausspricht. Wir haben zwar, was Stil und Aufmachung anbetrifft, diesen zweisprachigen Band im großen und ganzen seinen Vorläufern in der Schriftenreihe und auch dem *Year Book of the Leo Baeck Institute* anzugleichen uns bemüht, waren aber doch auch der Auffassung, daß der Reiz der Unmittelbarkeit, das Atmosphärische einer einmaligen Begebenheit in der Geschichte unseres Instituts, erhalten bleiben sollte. Einige der kürzeren Referate wurden beispielsweise hier so veröffentlicht, wie sie vorgetragen wurden. Im Gegensatz hierzu wurden den Organisatoren einige gewichtige und umfangreiche Forschungsbeiträge eingereicht, die erst jetzt in ihrem ganzen Umfang gebracht werden. Der Band stellt also einen notwendigen Kompromiß seitens des Herausgebers dar, der auch manche Überschneidungen als unvermeidbar akzeptierte. Die Diskussionen, die ja einen so wichtigen Bestandteil der Konferenz bildeten, mußten wir allerdings schon aus Platzgründen auf eine Zusammenfassung reduzieren.

Zehn der Beiträge wurden ursprünglich als Fallstudien konzipiert, die sich einem Hauptreferat anschlossen und jeweils einen Aspekt jüdischen Lebens im Nationalsozialistischen Deutschland umfassend erhellten. Dieses ist am Inhaltsverzeichnis klar ersichtlich: Die Fallstudie ist jeweils der zweite der paarweise

verzeichneten Beiträge. Was im vorigen gesagt wurde, gilt auch hier insofern, als manche sehr detaillierten Fallstudien die allgemeineren Beiträge erheblich an Umfang übertreffen. Auch hier gewährte der Herausgeber einen gewissen Spielraum.

Am Schluß möchte auch ich meinen Dank hinzufügen. Von großer Hilfe waren Professor Werner Angress, Dr. Fred Grubel, Dr. Michael Riff und Professor Ismar Schorsch in New York bei der Planung des Bandes. Professor Angress hat darüber hinaus die äußerst mühselige Aufgabe auf sich genommen, die ausgedehnten Diskussionen zusammenzufassen, und Dr. Michael Riff besorgte die englischen, Dr. Fred Grubel die deutschen Kurzfassungen der Beiträge. Maren und Professor Wolfgang Rudorff, Berlin, haben in letzter Minute die Einleitung von Professor Peter Pulzer ins Deutsche übertragen. Janet Langmaid, Devon, war verantwortlich für das Register und half mit Kerstin Wachholz, London, beim Lesen der Korrekturen. Dank schulden wir Ilse Shindel, London, für die gewissenhafte und sorgfältige Reinschrift der Manuskripte.

London *Arnold Paucker*

Editorial Note

Less than a year after our Berlin Conference 'Self-Assertion in Adversity. The Jews in National Socialist Germany, 1933–1939' the Leo Baeck Institute is now able to publish its results with this volume. The title *The Jews in Nazi Germany 1933–1943* was eventually chosen as even the papers of the initial Weimar section shade over into the years when Jewish life in Germany was destroyed, and the final session of the conference was entirely devoted to the period 1939–1943. And so this volume covers in essence the fate of German Jewry from the *Machtübernahme* to the last deportations from the *Reich*.

This book also constitutes the Institute's sixth symposium volume on the history of German Jewry or the development of the Jewish Question in Germany. The preceding five volumes, published between 1965 and 1981, and in all of which the Editor was involved, extended chronologically from 1800 to 1932; their scope may be seen to be expanded to 1943 with this new volume – in some senses a continuation of the series. On the other hand we are conscious of the very special character of the Berlin Conference to which Dr. Fred Grubel refers in his Foreword. While we have aimed in style and presentation at making this bilingual volume largely conform to its predecessors in the *Schriftenreihe,* and to the *Year Book of the Leo Baeck Institute,* we also felt that the flavour of immediacy and the atmosphere of a unique event in the history of our Institute ought to be retained. Some of the briefer papers for instance are presented here as they were delivered, while in contrast, a number of substantial research papers were submitted to the organisers of the conference and are only now placed in their entirety. The volume thus constitutes a necessary editorial compromise, accepting also some overlapping of the contributions. For the debates however, which were such an important ingredient of the proceedings, for reasons of space alone, we had to opt for summarising.

Ten of the papers presented here were originally conceived as case studies, following a main paper and illustrating one aspect of Jewish existence in Nazi Germany in depth. This is clearly indicated in the table of contents as the case study is the second of those essays grouped in pairs. What has been said previously holds good here as well; inasmuch as certain detailed case studies exceed the more general papers considerably in length. Here too the Editor has allowed latitude.

Finally I must add some acknowledgments of my own. Professor Werner Angress, Dr. Fred Grubel, Dr. Michael Riff and Professor Ismar Schorsch helped greatly in New York in the planning of the volume. Professor Angress

also undertook the daunting task of summarising the extensive discussions and Dr. Michael Riff provided the English, Dr. Fred Grubel the German abstracts of the papers. Maren and Professor Wolfgang Rudorff, Berlin, furnished a last-minute rendering into German of Professor Peter Pulzer's Introduction. To Janet Langmaid, Devon, we are indebted for the Index and assistance, together with Kerstin Wachholz, London, in proofreading. We are grateful to Ilse Shindel, London, for her painstaking preparation of the final typescript.

London *Arnold Paucker*

Einleitung
Introduction

Peter Pulzer

Der Anfang vom Ende

Will man Geschichte verstehen, sind Jahreszahlen unentbehrlich: die Vorstellung, daß die Vergangenheit ein nahtloses Gewebe ist, in dem Epochen, Bewegungen, Institutionen und Ideen keinen bedeutsamen Ausgangs- oder Schlußpunkt haben, ist sowohl für den Fachmann wie auch für den Laien nur schwer zu begreifen. Jahreszahlen zwingen dem Chaos der Vergangenheit Ordnung auf, und sie vereinfachen – mitunter zu sehr, wie alle aufgezwungene Ordnung. Auch haben sie große symbolische Kraft, und sie signalisieren in Extremfällen große destruktive Ereignisse oder neue Hoffnungen. 1789, 1848, 1917 oder 1945 sind nicht nur Punkte im Kalender, sondern sind Ausdruck tiefgreifender Umwälzungen. Fachleuten und sogar Laien gegenüber können sie ohne weitere Erläuterungen erwähnt werden. Auch das Jahr 1933 würde von den meisten Menschen dieser Kategorie zugeordnet werden; nur wenige Juden würden in Zweifel ziehen, daß Hitlers Machtergreifung das schicksalsträchtigste Ereignis in ihrer Geschichte seit der Zerstörung des Tempels war. Wäre Hitler nicht an die Macht gelangt, so wäre vieles, wenn nicht alles im letzten halben Jahrhundert anders verlaufen.

Freilich wissen wir auch, daß jede Gegenwart in der Vergangenheit wurzelt. 1933 kam nicht von ungefähr, genausowenig wie 1917 oder 1848 oder 1789. Mit diesem Wissen stecken wir das Gelände ab zwischen den Polen reinen Zufalls und Unvermeidbarkeit und stellen uns die Frage, wie einsichtige Männer und Frauen den Aufstieg und Niedergang jüdischer Emanzipation in Deutschland hätten beurteilen sollen. Den Zeugen historischer Ereignisse braucht man nicht zu sagen, daß es nicht diese Ereignisse sind, die eo ipso einen gänzlichen Wandel ihrer Lebensbedingungen herbeigeführt haben. Ereignisse sind Meilensteine und Wegweiser, nicht der Weg an sich. Derartige Erwägungen treffen insbesondere für den langen, schrittweisen und niemals abgeschlossenen Prozeß der Emanzipation zu. Sie gelten ebensosehr für den viel rascheren Prozeß der Disemanzipation.

Betrachten wir zunächst den Prozeß der Emanzipation. Was die Gesetzgebung anbetrifft, so können wir ihre Entwicklung nahezu über ein Jahrhundert verfolgen: am Anfang steht das Toleranzedikt Josephs II. von 1781–1782 in den Habsburger Landen und das Edikt Hardenbergs von 1812 in Preußen, gefolgt von teilweisen Erleichterungen der Lebensbedingungen der Juden in einer Reihe von Staaten, so besonders in Hessen-Cassel 1833. Diese Phase gipfelte 1848 in der Verkündung der Grundrechte des deutschen Volkes durch das Frankfurter Parlament. Sie wiederum führte in den meisten Staaten zur Annahme von

Verfassungen, die gleiches Recht für alle garantierten und im allgemeinen in der Mehrzahl, zumindest dem Buchstaben, wenn auch nicht dem Geist nach, auch das Jahrzehnt der Reaktion überstanden, das auf den Fehlschlag der Revolution folgte. Die endgültige und im juristischen Sinne vollständige Emanzipation brachte das Gesetz des Norddeutschen Bundes vom 3. Juli 1869, welches nach der Reichsgründung auch in allen jenen Gründerstaaten gültig war, die nicht schon vorher ein Ende religiöser Diskriminierung gesetzlich verfügt hatten.

Doch jeder, der mit der Geschichte der Gleichberechtigung der Juden vertraut ist, wird sofort erkennen, daß ein Überblick über die Gesetzgebung nur einen kleinen Teil dieser Geschichte zu erzählen vermag. Es stimmt zwar, daß der Prozeß der Gesetzgebung eine notwendige Voraussetzung dafür ist, in den Genuß von Rechten zu gelangen. Doch muß darüber hinaus sehr viel mehr geschehen, bevor hinreichende Bedingungen wirksam werden. Zunächst einmal muß das Gesetz umfassend sein. So eröffnete das Toleranzedikt den Juden zwar eine Reihe von Berufen und Laufbahnen, als Gegenleistung sozusagen für eine gewisse Kontrolle ihres Gemeindelebens, doch es gewährte ihnen nicht die Bürgerrechte. Das preußische Edikt von 1812 galt nicht für das gesamte Territorium des Königreichs. Dadurch wurden diese Erlasse freilich nicht wertlos. Gesetze haben normative und erläuternde Funktionen ebenso wie rein positivistische. Sie registrieren, in welche Richtung sich die Meinungen bewegen, und sie signalisieren Bürgern und Obrigkeiten, welche Haltung sie bestimmten Bevölkerungsgruppen gegenüber einnehmen sollten. Vor allem jedoch beeinflussen sie die Erwartungen und dadurch das Verhalten derer, die die Objekte der Gesetze sind. Keiner hat diesen Sachverhalt deutlicher gesehen als Wilhelm von Humboldt, als er 1809 diesbezüglich die Aufgaben des Staates umschrieb:

> „Auch soll der Staat nicht gerade die Juden achten lehren, aber die inhumane und vorurteilsvolle Denkungsart soll er aufheben, die einen Menschen nicht nach seinen eigentümlichen Eigenschaften, sondern nach seiner Abstammung und Religion beurteilt... Dies aber kann der Staat nur, indem er laut und deutlich erklärt, daß er keinen Unterschied zwischen Juden und Christen mehr anerkennt."[1]

In Anbetracht dieser normativen Komponente verzögerte das Versagen der Regierungen, sich an ihre Richtlinien zu halten, nicht nur die tatsächliche Entwicklung hinzu auf einen gleichen Bürgerrechtsstatus, sondern beeinflußte auch ganz allgemein die christlich-jüdischen Einstellungen und Beziehungen. Eines der bekanntesten Beispiele dieser Politik war die Weigerung der preußischen Regierung, den Juristen Eduard Gans 1822 auf eine Professur in Berlin zu berufen, und zwar lediglich wegen dessen Religionszugehörigkeit. Vier Jahre später traf dieser Einwand nicht mehr zu, als Gans, nachdem er sich der Taufe unterzogen hatte, innerhalb von drei Monaten zum Professor ernannt wurde.[2]

In ähnlicher Weise wurde das Gesetz von 1869 recht willkürlich ausgelegt,

---

[1] Ismar Freund, *Die Emanzipation der Juden in Preußen unter besonderer Berücksichtigung des Gesetzes vom 11. März 1812. Ein Beitrag zur Rechtsgeschichte der Juden in Preußen.* Berlin 1912, Bd. II, S. 410.

[2] Hanns Günther Reissner, *Eduard Gans. Ein Leben im Vormärz,* Tübingen 1965 (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 14), S. 91–93, 113, 117.

obwohl es sehr kategorisch die Bürgerrechte als „vom religiösen Bekenntnis unabhängig" definierte. Zunächst einmal war es problematisch, daß es gleichzeitig neben älteren Staatsverfassungen galt, die in bezug auf die Rechte der Juden in vielen Fällen ambivalent waren. Zum Beispiel schrieb Artikel 4 der preußischen Verfassung von 1850, gültig bis 1918, die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz vor, und Artikel 12 gewährte den Bürgern jedweder Religion gleiche staatsbürgerliche Rechte. Artikel 14 jedoch behielt alle „Einrichtungen des Staates, welche mit der Religionsausübung in Zusammenhang stehen", den Angehörigen der christlichen Religion vor.[3] Was unter diesen Einrichtungen zu verstehen sei, wurde nie näher erläutert. Bis 1869 jedoch berief sich die preußische Regierung auf diesen Artikel, um Juden vom Gerichtswesen fernzuhalten, da sie hier christliche Eide würden abnehmen müssen. Auch noch danach brachte es die christliche Grundlage des Staates mit sich, daß ungetaufte Juden praktisch nicht als Lehrer in staatlichen Schulen oder in der allgemeinen Staatsverwaltung oder im diplomatischen Dienst angestellt wurden, und im Gerichtswesen und in akademischen Positionen waren sie erheblicher Diskriminierung ausgesetzt.[4] Daß Juden in Preußen nicht Reserveoffiziere werden durften, führte zu der hinlänglich bekannten Auseinandersetzung hierüber. Sie stand im Mittelpunkt des Problems der Emanzipation, nicht nur, weil es um das Prinzip ging oder wegen des Erstrebenswerten dieser Ehre an sich, sondern vor allem, weil der Besitz des Reserveoffizierspatents den Weg in zahlreiche andere öffentliche und private Positionen öffnete.[5] Die preußische Praxis war in dieser Hinsicht recht typisch für die Kaiserzeit. Einige Staaten, zum Beispiel Hamburg und Baden, handhabten die Besetzung öffentlicher Ämter zunehmend liberaler; andere dagegen, zum Beispiel Sachsen und Hessen-Darmstadt, verharrten in fast völliger Intoleranz.

Dieses Mißverhältnis zwischen dem Buchstaben des Gesetzes und seiner Anwendung in der Praxis, zwischen Verfassungsnorm und sozialer Realität, blieb ein Teil der Alltagserfahrung des deutschen Juden. Doch es gab gewissermaßen auch einen Ausgleich, der ihn seine Erfahrungen in einem ermutigenderen Licht beruteilen ließ. Gleichheit vor dem Gesetz ist, wie wir gesehen haben, zwar eine unabdingbare Voraussetzung einer vollständigen Emanzipation, sie ist jedoch nicht die alleinige oder hinreichende. Soziale Anerkennung und berufliche Integration sind genauso wichtig. Was soll jedoch zuerst kommen? Verfechter der jüdischen Emanzipation argumentierten, daß Diskriminierung und Absonderung für die unerwünschten Besonderheiten der Juden verantwortlich seien: moralische Verbesserung könne nur eintreten nach Verbesserung der

---

[3] E. R. Huber, *Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte*, Bd. I., Stuttgart 1961, S. 402.

[4] Ernest Hamburger, *Juden im öffentlichen Leben Deutschlands. Regierungsmitglieder, Beamte und Parlamentarier in der monarchischen Zeit 1848–1918*, Tübingen 1968 (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 19), S. 21–119; Peter Pulzer, 'Religion and Judicial Appointments in Germany, 1869–1918' in *Year Book XXVIII of the Leo Baeck Institute*, London 1983, S. 185–204.

[5] Werner T. Angress, 'Prussia's Army and the Jewish Reserve Officer Controversy before World War I', in *Year Book XVII of the Leo Baeck Institute*, London 1972, S. 19–42.

Rechtslage. Emanzipationsgegner brachten das entgegengesetzte Argument vor: die Juden müßten zeigen, daß sie die Gleichberechtigung verdienten, indem sie zuerst ihre Besonderheiten aufgäben.

Alles in allem erwies sich das zweite Argument als einflußreicher. Die gesellschaftliche Emanzipation ging der politischen voraus; in der Tat ließ die gesellschaftliche Emanzipation die ihr folgende politische Emanzipation vielen annehmbar erscheinen, die dieser vorher skeptisch gegenübergestanden hatten. Der Aufbruch aus den Ghettos in die bürgerlichen Berufe, die Aufgabe des Jiddischen oder des Judendeutschen, einer besonderen Kleidung und zumindest einiger der orthodoxen Gepflogenheiten, der Einfluß der Aufklärung auf eine kleine, jedoch bedeutsame kaufmännische und intellektuelle jüdische Elite – alle diese Entwicklungen kündeten Juden wie Christen gleichermaßen eine kulturelle Annäherung an, die ein allgemeines Bürgerrecht nicht nur wünschenswert, sondern auch möglich machte. Die Salons der Henriette Herz und Rahel Varnhagen im Berlin des frühen neunzehnten Jahrhunderts mögen die Spitze einer Pyramide gewesen sein, die weit nach unten ausgriff; wenn man die wachsende Zahl von Juden hinzuzählt, die in Kommunalverwaltungen und Handelskammern tätig war, so beginnt ein Bild der Juden sichtbar zu werden, das sie in wachsendem Maße als integralen Bestandteil des öffenlichen Lebens in Deutschland zeigt.[6] Jüdische Repräsentanten erkannten denn auch sehr bald an, daß der Wandel in ihrem Status auf mehr als nur gesetzgeberische Reformen zurückzuführen war. Worin, so fragte Ludwig Philippson 1850 christliche Gesetzgeber, besteht Emanzipation?:

„Ihr emanzipiert die Juden nicht, sie selbst haben sich längst emanzipiert, ihr vollendet nur die äußere Emanzipation. Von der Zeit an, wo die Juden aus dem Ghetto heraustreten, wo sie teilnehmen an allen industriellen und intellektuellen Bestrebungen der Menschheit, wo ihre Kinder Schulen, Gymnasien, Universitäten besuchen, wo ihre Männer an Wissenschaft, Kunst, Industrie und Gewerk sich beteiligen, wo ihre Frauen der allgemeinen Bildung sich befleißigen – von dem Augenblick an sind sie emanzipiert und brauchen nicht erst auf einige Worte der Verfassung zu warten."[7]

Die Gesetzgeber hatten inzwischen verstanden, worauf es ankam. Einige betrachteten jüdischen Erfolg ohne gleichzeitige formale Emanzipation als Argument gegen die Hinzufügung gesetzlich verbriefter Rechte zu wirtschaftlicher Macht und gesellschaftlichem Einfluß. Doch derartige Stimmen verloren im Verlauf des Jahrhunderts immer mehr an Bedeutung. Um 1860 herum konnte der konservative Abgeordnete und langjährige Gegner der Emanzipation F. T. Schaaff in der badischen Kammer feststellen:

---

[6] Jacob Toury, *Die politischen Orientierungen der Juden in Deutschland. Von Jena bis Weimar.* Tübingen 1966, (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 15), S. 101; Stefi Jersch-Wenzel, *Jüdische Bürger und kommunale Selbstverwaltung in preußischen Städten 1808–1848,* Berlin 1967, *passim.*

[7] *Allgemeine Zeitung des Judentums,* 14. Januar 1850, zitiert bei Reinhard Rürup, ‚Emanzipation und Krise – Zur Geschichte der „Judenfrage" in Deutschland vor 1890', in *Juden im Wilhelminischen Deutschland 1890–1904.* Ein Sammelband, herausgegeben von Werner E. Mosse unter Mitwirkung von Arnold Paucker, Tübingen 1976 (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 33), S. 19.

„Diejenigen, die nicht genau mit der Sache bekannt sind, stellen sich immer einen Juden vor mit einem Sack auf dem Rücken, eine Geiß am Bändel und das Angstrohr im Genick, wie er einem Bauern etwas abgezwackt und ihn überlistet, gleich wie man sich einen Schacherjuden vorstellt. Solche Personen gibt es aber sehr wenige mehr im Lande."[8]

Deutschlands Juden konnten aus dieser Erfahrung eine Reihe von Schlüssen ziehen. Der erste war, daß es Parallelen zwischen gesetzlicher, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Emanzipation gab, wenn auch keine direkte Übereinstimmung. Einerseits garantierten weder das Edikt von 1812, noch die Grundrechte von 1848, noch das Gesetz von 1869 ein Ende der Diskriminierung, ob nun seitens Einzelpersonen, privaten Vereinigungen oder öffentlichen Institutionen. Dafür mußte man eigens kämpfen oder sich grollend mit der Unvollkommenheit der Welt abfinden. Andererseits freilich war es möglich, wirtschaftlichen und beruflichen Erfolg zu erlangen, zumindest innerhalb eines begrenzten Bereiches – sogar ohne vollständige Gleichberechtigung. Es gab mehr als nur einen Weg, emanzipiert zu sein, und wenn man seinen Weg mit Bedacht wählte, konnte man ganz gut vorankommen.

Der zweite Schluß war, daß der Antisemitismus durch gesetzgeberische Maßnahmen zwar nicht aus der Welt geschafft werden konnte – für einige Antisemiten waren sie sogar Ansporn zur Verdoppelung ihrer Bemühungen –, daß er sich jedoch auf eine Größenordnung reduzieren ließ, mit der man leben konnte. Eine gewisse Erleichterung, wie zaghaft auch immer, kam im Kampf gegen die schlimmsten Exzesse des Antisemitismus von seiten der Gerichte und Regierungen, und der antisemitische Agitator fand sich im allgemeinen von der guten Gesellschaft ausgeschlosssen. Auch dieses stellte zwar keinen Idealzustand dar, jedoch einen wesentlichen Fortschritt.

Derartige Erfahrungen und Schlußfolgerungen prägten die Einstellungen der Juden gegenüber der Weimarer Republik, der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, den frühen Jahren des Dritten Reiches und gegenüber dem, was Reinhard Rürup das Ende der Emanzipation genannt hat.[9] Diese Einstellungen waren eine Mischung aus Illusion und Realismus. Einige dieser Illusionen sind zum Hauptgegenstand in der rückblickenden Kontroverse über das deutsche Judentum geworden. So gab es zum Beispiel die Illusion – oder die angebliche Illusion – von der deutsch-jüdischen Symbiose, von der Verschmelzung zweier großer Kulturen, aus der noch Höheres erwachsen würde.[10] Zweifellos idealisierten viele Juden ihr Deutschtum und überschätzten das Ausmaß der Bereitschaft, mit der Deutschland sie ans Herz gedrückt hatte. Es war nur eine kleine Minderheit wie etwa der Verband nationaldeutscher Juden von Max Naumann, die ihr

[8] Zitiert bei Reinhard Rürup, ‚Zur Emanzipation der Juden in Baden', in *Emanzipation und Antisemitismus*, Göttingen 1975, S.69.

[9] ‚Das Ende der Emanzipation: Die antijüdische Politik in Deutschland von der „Machtergreifung" bis zum Zweiten Weltkrieg', in diesem Band.

[10] Siehe zum Beispiel: Gershom Scholem, *On Jews and Judaism in Crisis. Selected Essays*, New York 1976, S. 61–92. Eine ausgewogenere Beurteilung bei Jehuda Reinharz und Walter Schatzberg (Hrsg.), *The Jewish Response to German Culture. From the Englightenment to the Second World War*, Hanover, NH 1985.

Deutschtum in geradezu pathologischer Weise demonstrierte. Andere, die ihr deutsches Herz offen zur Schau trugen, wie zum Beispiel der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, waren eher darauf bedacht, ihren Patriotismus als ihr Deutschtum zu betonen. In jedem Falle jedoch war der Begriff des Deutschtums sinnvoll als identitätsstiftend für Deutschlands Juden. Die Deutschen waren eine Kulturnation, bevor sie zur Staatsnation wurden: es waren die gemeinsame Sprache, die literarische und philosophische Tradition, die Preußen und Bayern, Sachsen und Hamburger, Protestanten und Katholiken – und Juden – miteinander verbanden. Gerade die Unvollkommenheit der Reichseinigung von 1871, nämlich das Fortleben des Partikularismus und der regionalen und sozialen Zersplitterungen, machte Deutschtum zu einer unschätzbaren und unverzichtbaren ideologischen Devise für zahlreiche Gruppen von Bürgern und Publizisten.

Deutschtum war jedoch nicht die einzige Illusion, wenn es das nun eben war. Eine wachsende Zahl idealistischer Juden wandte sich dem Sozialismus und selbst dem Kommunismus zu in der Hoffnung, daß eine klassenlose Gesellschaft auch eine solche ohne ererbte Unterscheidungen sein würde. Dieser Idealismus basierte auf dem Vertrauen in die Fähigkeit von Menschen, Deutsche eingeschlossen, Vorurteile und Argwohn überwinden zu können. Sein Ausgangspunkt war jedoch die Erkenntnis, wie unbefriedigend die menschlich-sozialen Beziehungen noch immer waren. Und auch der Zionismus, dem sich eine wachsende Minderheit der deutschen Juden zuwandte, barg eine illusorische Komponente. Auch er sollte dazu herhalten, den deutschen Juden Identität zu verleihen; und auch er verfügte über eine These von einer deutsch-jüdischen Koexistenz, denn anders als in Osteuropa zielte der Zionismus in Deutschland nicht auf Auswanderung ab. Er war eine Ideologie ethnischen Bewußtseins. Er war anti-assimilatorisch, er war jedoch ambivalent, ja sogar geteilter Meinung in der Frage, bis zu welchem Umfang sich Juden am öffenlichen Leben beteiligen sollten. Sicherlich bestand der Zionismus darauf, daß Juden die uneingeschränkten Bürgerrechte haben und nutzen sollten, wie er auch 1914 die Pflicht eines jeden Zionisten betonte, für das deutsche Vaterland zu kämpfen.[11] Wie weit jedoch die Formel vom „deutschen Bürger des jüdischen Volkes"[12] den politischen und emotionalen Bedürfnissen der deutschen Juden gerecht wurde, ist höchst fraglich. Immerhin fühlten sich die Zionisten bis 1933 – nicht anders als liberale Assimilanten, nationaldeutsche Juden und Sozialisten – auf ihre eigene Weise mit den Worten Peter Gays „in Deutschland zu Hause".

Die jüdischen Erfahrungen der Weimarer Republik waren so ambivalent wie jene der Kaiserzeit und der Epoche vor der deutschen Einigung. Einerseits waren die politischen Rahmenbedingungen für die Bestrebungen der Juden sehr viel günstiger. Zwar hätten die meisten Juden die Monarchie sicherlich nicht

---

[11] *Jüdische Rundschau*, XIX (7. August 1914), zitiert bei Jehuda Reinharz, *Fatherland or Promised Land. The Dilemma of the German Jew*, Ann Arbor 1975, S. 222–223.

[12] *Jüdische Rundschau*, XXIV (31. Januar 1919), zitiert bei Stephen M. Poppel, *Zionism in Germany 1897–1933. The Shaping of a Jewish Identity*, Philadelphia 1977, S.121.

stürzen wollen, aber nur wenige wollten sie wiederherstellen, nachdem es sie nun einmal nicht mehr gab. Der liberale Gleichheitsanspruch der Republik und ihrer Verfassung, die – um wiederum Peter Gay zu zitieren – „einer von uns" entworfen hatte, erschien wahrlich wie die Verwirklichung eines echten politischen Traums. Erstmals konnten Juden als Minister, Bürgermeister und andere Beamte in gehobenen Positionen am öffentlichen Leben teilhaben – eine Entwicklung, die kein ungetrübter Segen war.[13] Vielleicht noch wichtiger – und ebenfalls kein ungeteilter Segen – war das starke Eindringen jüdischer Talente in das gehobene und volkstümliche Kulturleben.

Die naheliegende Schlußfolgerung war, daß eine Gesellschaft, in der Walther Rathenau und Rudolf Hilferding, Max Reinhardt und Ernst Lubitsch, Lion Feuchtwanger und Emil Ludwig derartig anerkannt waren, nicht durch und durch schlecht sein konnte. Vielleicht verführte eine solche Erkenntnis zu falscher Zuversicht. Andere Symptome der Integration wie z. B. die Zunahme der Mischehen, die Werner Mosse nachdrücklich hervorhebt, ließen einige Beobachter befürchten, daß eine eigenständige jüdische Gemeinschaft in Deutschland zum Verschwinden verurteilt sei. Und doch gab es zahlreiche Gefahrenzeichen. Aktiver, sogar terroristischer Antisemitismus erreichte schon in der Zeit vor 1933 einen Höhepunkt: zwischen 1918 und 1923, also in den Jahren zwischen dem Zusammenbruch und der Stabilisierung der deutschen Währung. Herausragendste Beispiele sind die Aktivitäten des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes, die Ermordung Walther Rathenaus, Hitlers erster Griff nach der Macht und die pogromartigen Ausschreitungen gegen Ostjuden. Nach 1923 gab es nur noch einen Juden, der als Minister im Reichskabinett amtierte, nämlich Rudolf Hilferding (1928–1929), und niemanden mehr im preußischen Kabinett und in den Kabinetten der kleineren Staaten. Als Heinrich Brüning 1930 beabsichtigte, Paul Silverberg mit einem Ministerposten zu betrauen, mußte er feststellen, daß die politischen Hindernisse hierfür unüberwindlich waren.[14] Währenddessen gedieh jüdisches Leben in weiten öffentlichen und privaten Bereichen wie nie zuvor. Dennoch fällt es schwer, denjenigen zu glauben, die im nachhinein eingestanden, daß erst Hitler sie wieder an ihr Judentum erinnert habe. Es gab gute Gründe für die Ansicht, daß Antisemitismus ein archaisches Relikt primitiver Politik und weiter im Abnehmen begriffen sei, wenn auch nur langsam und ungleichmäßig; es gab gute Gründe für die Ansicht, daß Antisemitismus ein zyklisch auftretendes Phänomen sei, das in Krisenzeiten aufloderte, aber normalerweise nur latent vorhanden war; es gab jedoch keinerlei Gründe anzunehmen, es gäbe ihn nicht mehr.

Meiner Auffassung nach ist einer der Hauptgründe, weshalb die deutschen Juden, die die Bedeutung von Hitlers Machtübernahme unterschätzten, nicht in

[13] E. G. Lowenthal, ‚Die Juden im öffentlichen Leben', in *Entscheidungsjahr 1932, Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik*. Ein Sammelband, herausgegeben von Werner E. Mosse unter Mitwirkung von Arnold Paucker, Tübingen 1965 (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 13), S. 51–85; Ernest Hamburger and Peter Pulzer, 'Jews as Voters in the Weimar Republic', in *Year Book XXX of the Leo Baeck Institute*, London 1985, S. 3–66.

[14] Heinrich Brüning, *Memoiren 1918—1934*, Stuttgart 1970, S. 370.

ihrer Selbsttäuschung über Symbiose oder in ihrem utopistischen Vertrauen auf den deutschen Idealismus zu sehen, sondern in ihrer Vertrautheit mit Vorurteil und Diskriminierung. Das gab es, und sie waren früher damit fertig geworden und würden auch weiter damit fertig werden. So bedauerlich die Situation war, so wenig bedeutete sie doch das Ende der Welt.

Aus diesen Überlegungen heraus sollten wir uns fragen – und wenn auch nur im Sinne einer Arbeitshypothese –, ob das Jahr 1933 tatsächlich eine so unverkennbare und absolute Zäsur darstellte. Von drei Überlegungen konnten sich Juden am 30. Januar leiten lassen.

Die erste war, daß sie so etwas ja schon früher mitgemacht hatten. Seit der endgültigen bürgerrechtlichen Emanzipation hatte es mehrere antisemitische Wellen, auch als Radauantisemitismus, gegeben: in den späten siebziger Jahren, verknüpft mit dem Namen Adolf Stoecker; in den frühen neunziger Jahren, verknüpft mit den Namen Otto Böckel und Hermann Ahlwardt; während des Ersten Weltkrieges mit der sogenannten Judenzählung im Heer als Höhepunkt; zwischen 1919 und 1923 im Gefolge von Niederlage und Revolution. Jede weitere Welle würde zwar bedauerlich sein, doch man würde sie – im Lichte ihrer Vorgängerinnen betrachtet – überstehen können.

Die zweite Erwägung war, daß Juden in der Bekämpfung des Antisemitismus eine gewisse Erfahrung erlangt hatten. Sowohl der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens als auch der Verein zur Abwehr des Antisemitismus waren auch während der Weimarer Republik aktiv geblieben und hatten immerhin doch einige Freunde in einflußreichen Positionen, überwiegend in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und in der republikanischen Schutzorganisation Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, aber auch im katholischen Zentrum und in der nationalliberalen Deutschen Volkspartei (DVP). Auch war ihnen die Zunahme des Antisemitismus nach 1929 keineswegs entgangen, in dessen Folge sie noch enger als früher zusammenarbeiteten und sogar die Zionisten in ihre gemeinsamen Anstrengungen miteinbezogen.[15] Wenn sie den Nationalsozialismus erst recht spät als einen Feind sui generis erkannten, so deshalb, weil sie – durchaus nicht unsinnigerweise – die klassische Rechte, nämlich die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) und den Stahlhelm für viel gefährlicher hielten.[16] Was die Juden hingegen richtig beurteilten, war die zugleich antiliberale und antidemokratische Stoßrichtung des Antisemitismus. Insofern stellte der Angriff auf die Juden also auch, und vielleicht sogar in erster Linie, einen Angriff auf die Republik dar. Daher war es wichtiger, die Republik zu verteidigen, als Feinde im einzelnen auszumachen.

Diese beiden Erwägungen konnten zu einer dritten führen, nämlich zu einer

---

[15] Arnold Paucker, *Der jüdische Abwehrkampf gegen Antisemitismus und Nationalsozialismus in den letzten Jahren der Weimarer Republik*, Hamburg 1968, pp. 42–44; Barbara Suchy, 'The Verein zur Abwehr des Antisemitismus (II)– From the First World War to its Dissolution in 1933', in *Year Book XXX of the Leo Baeck Institute*, London 1985, besonders S. 85—100.

[16] George L. Mosse, ‚Die deutsche Rechte und die Juden', in *Entscheidungsjahr 1932, op. cit.*, S. 233.

Unterschätzung Hitlers und der nationalsozialistischen Bewegung. Diese Fehleinschätzung war freilich nicht nur auf Juden beschränkt, sondern sie erstreckte sich quer durch das gesamte politische Spektrum von Papen bis Stalin. Wilde Drohungen gehörten zur Grundausstattung eines Demagogen auf dem Weg nach oben. George Clare gibt eine hervorragende Darstellung dieser Abwehrmechanismen, wie sie in der Ferne, wenn auch in nicht allzu weiter Ferne, in Wien gang und gäbe waren.

„Natürlich wußten wir von seinen antisemitischen Tiraden; wir wußten Bescheid über den antijüdischen Boykott 1933, doch . . . hatte Hitler, nachdem er wie so viele Demagogen vor ihm den Antisemitismus zur Erlangung der Macht genutzt hatte, eine andere Möglichkeit, als seinen Sturmabteilungen ihren kurzen Ehrentag zu gewähren? Wie war das doch mit Luegers antisemitischen Reden? Sie hatten sich wie Hitlers angehört . . . Doch war unter Lueger je auch nur einem Juden körperlicher Schaden zugefügt worden? Wie der junge Lueger war auch Hitler ein Aufwiegler. Würde er sich nach Erlangen der Macht anders verhalten als vorher? Wie auch immer, die traditionellen und mächtigen konservativen Kreise Deutschlands würden schon darauf achten, daß er nicht aus der Reihe tanzte. Wie servil verbeugt sich Hitler vor dem altehrwürdigen Feldmarschall. Wie geringschätzig schaut dieser alte Soldat auf jenes Männlein hinab – den böhmischen Gefreiten, wie er ihn im stillen nennt . . . Die Wildheit der ersten Tage konnte einfach nicht andauern. Auch ein Hitler würde schließlich zur Vernunft kommen müssen. Die politischen Realitäten, und wenn schon nichts anderes, dann sicherlich doch die Großmächte, würden dafür Sorge tragen."[17]

Die Erwartung richtete sich nicht so sehr auf die Anständigkeit als vielmehr auf ein vernunftbestimmtes Handeln der Deutschen im eigenen Interesse.

Wenn dies noch in der Zeit unmittelbar nach Ernennung Hitlers zum Reichskanzler eine angemessene Erwartung war, so doch im Laufe der Zeit immer weniger und weniger. Das Jahr 1933 – das wurde nur allzu deutlich – war kein vorübergehender pogromartiger Anfall, sondern die Rückgängigmachung der Emanzipation. Wie Reinhard Rürup richtig betont, geschah dieses freilich nicht auf einen Schlag und auch in keiner Phase planmäßig. Dieses hätte auch im Widerspruch zu der zufälligen und willkürlichen Entfaltung von Politik im Dritten Reich gestanden. Doch wurde mit dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums im April 1933 die Diskriminierung auf eine gesetzliche Basis gestellt, im Gegensatz zu der informellen, die auch das Gesetz von 1869 überdauert hatte.

Es war ein Hauptakt der Diskontinuität. Demgegenüber sprachen die relativ reibungslosen Methoden, mit denen man Juden aus einem Bereich des Berufs- und Wirtschaftslebens nach dem anderen schrittweise herausdrängte, für Kontinuität, und ebenso das Ausbleiben von Protest und Widerstand gegen die Diskriminierung im allgemeinen – im Gegensatz zu Einzelbeispielen. Dies machte nur allzu überzeugend deutlich, daß es immer schon einen weitverbreiteten antisemitischen Konsens der Rechten gegeben hatte, daß die Emanzipation des Jahres

[17] George Clare, *Last Waltz in Vienna. The Destruction of a Family 1842–1942*, Pan Books edition, London 1982, S. 121–122.

1869 von der deutschen Nation nie so recht aus vollem Herzen akzeptiert worden war und daß große Teile des deutschen Volkes sich ohne weiteres in einer, wie Werner Mosse sie nennt, „post-liberalen Apartheid" einrichten würden. Er und Ian Kershaw zeigen zwar auf, daß eine entschiedene deutsche Unterstützung der Verfolgung, von gewaltsamen antisemitischen Ausschreitungen ganz abzusehen, außerhalb der Nazikolonnen kaum nachweisbar ist; es gibt jedoch genügend Belege für eine relativ mühelose Hinnahme des Pariah-Status für einen bedeutenden Teil deutscher Bürger.

Die Auswirkungen dieser schmerzlichen Ereignisse auf die jüdische Gemeinschaft waren unterschiedlich. Für diejenigen Juden, die am meisten durch den Abbruch des Assimilierungsprozesses zu verlieren hatten, war die Umstellung am schwierigsten. Sie brauchten am längsten, um herauszufinden, ob das Dritte Reich nur einen vorübergehenden Rückschlag ihrer Bestrebungen oder eine endgültige Umkehrung liberaler Entwicklung bedeutete. Daher ist es nicht überraschend, daß die Zionisten sich viel schneller auf die neue Sachlage einzustellen und viel müheloser eine Basis der Koexistenz mit den Nazimachthabern zu finden vermochten, hatten sie doch nie den Wunschtraum von einer Symbiose gehegt. Während Auswanderung nach Palästina vor 1933 kein herausragender Programmpunkt für die Mehrheit der deutschen Zionisten gewesen war, erschien sie nun plötzlich als eine attraktive Möglichkeit. Im Verlauf der Zeit wurden sogar führende Funktionäre des liberalen, antizionistischen Centralvereins zu begeisterten Verfechtern der Palästina-Auswanderung. Die Zionisten konnten schrittweise ihren Einfluß in der jüdischen Einheitsrepräsentanz, der Reichsvertretung der deutschen Juden (der Juden in Deutschland, nach 1938 Reichsverband und nach 1939 Reichsvereinigung) vergrößern, teils, weil sie Auswanderung als Lösung anboten, teils, weil die Nazibehörden es vorzogen, mit ihnen zu verhandeln, und schließlich, ganz einfach, weil die Entwicklung der Dinge ihnen recht gegeben zu haben schien. In der Tat bedeutete ja die Gründung eines solchen Dachverbandes an sich einen Sieg für die einen, eine Niederlage für die anderen. Alle früheren Bemühungen um einen derartigen Zusammenschluß waren wegen der Zersplitterung von Interessen und Ideologien unter den deutschen Juden fehlgeschlagen. Annähernd die Hälfte der jüdischen Bevölkerung gehörte, abgesehen von ihrer Gemeindezugehörigkeit, keiner formalen, organisatorischen Verbindung an. Vielen anderen leuchtete es keineswegs als selbstverständlich ein, daß eine gemeinsame Lobby notwendig oder wünschenswert wäre; sie hegten „ein liberales Mißtrauen gegenüber Uniformität" und betonten mit Nachdruck ihren Anspruch, privat Juden und öffentlich Deutsche zu sein. „Es hatte der unumschränkten Macht des totalitären Staates bedurft, die äußeren Manifestationen innerjüdischer Differenzen des deutschen Judentums zu überwinden."[18]

Auch hier bestand ein Spannungsverhältnis zwischen Kontinuität und Umbruch. Der Tatbestand einer einzigen repräsentativen Körperschaft war neu, die

[18] Donald L. Niewyk, *The Jews in Weimar Germany*, Baton Rouge, S. 186, 194.

oft erbitterten Auseinandersetzungen zwischen Gruppen und Einzelpersönlichkeiten innerhalb derselben hingegen nicht. Ebensowenig neu war die weiterbestehende Autonomie jüdischer sozialer Organisationen, etwa in den Bereichen der Fürsorge, Erziehung oder Kultur, die auch nach der Gründung der von den Nazis aufgezwungenen Reichsvereinigung noch fortbestand, wie Otto Kulka und Julius Carlebach gezeigt haben. Vielmehr trat, wie wiederholt festgestellt wurde, eine höchst eindrucksvolle Wiederbelebung jüdischer Gemeindeaktivität in fast allen Bereichen ein. Dabei kam der erneuerten Betonung jüdischer Bildung, dem Erlernen des Hebräischen, dem Mitmachen in jüdischen Theater- und Sportgruppen eine doppelte Funktion zu. Es handelte sich zum einen um eine rationale Reaktion auf die wachsende Ausschließung aus der deutschen Gesellschaft, aber es war – zum anderen – auch eine Wiederentdeckung von Identität als einer Form des Durchhaltens und des geistigen Widerstandes. Die meisten „Widerstands"-Bewegungen haben ohnehin mit militärischen Heldentaten oder materieller Sabotage nicht viel zu tun, sondern zielen vielmehr – auf nichtoffizieller Grundlage – darauf ab, eine Form des Gemein- oder Staatswesens zu bewahren, die durch Zwangsregime oder fremde Besatzer bedroht ist.[19] Wie Volker Dahm, Hajo Bernett, Michael Daxner, Herbert Freeden, Ismar Schorsch und Joseph Walk dargelegt haben, übten Juden gerade in diesem Sinne Widerstand gegen den Nationalsozialismus – eher als in irgendeiner Verschwörung politischer Natur, die ohnehin zum Scheitern verurteilt war.

Auch hierbei handelt es sich um einen schrittweisen und unvollständigen Prozeß. Die Stärke des Impulses zum Widerstand hing vom Ausmaß der erlittenen Ausschließung ab. Wo es – wie in ländlichen Gegenden – einen traditionellen Antisemitismus immer gegeben hatte und die jüdische Bevölkerung überwiegend orthodox war, bedurfte es nur einer verhältnismäßig geringfügigen Umstellung. Die spärlichen Kontakte zwischen Juden und Christen und der starke innere Zusammenhalt der jüdischen Gemeinschaft brachten es mit sich, daß sich die Lebensumstände bis weit in die dreißiger Jahre nicht radikal veränderten. Steven Lowenstein weist darauf hin, daß beispielsweise der jüdische Bevölkerungsanteil von Treuchtlingen, südlich von Nürnberg, zwischen der „Machtergreifung" und der „Kristallnacht" nur mäßig zurückging, nämlich von 115 auf 93. Und während der ersten fünf Jahre des Dritten Reiches wickelte sich der Viehhandel hier genauso ab wie zuvor.[20]

Auch in städtischen Gegenden vollzogen sich die Disemanzipation und die „Arisierung" des Lebens auf unberechenbare und unsystematische Weise. Avraham Barkai hat gezeigt, daß jüdisches Geschäftsleben durch Repressalien verschiedenster Art abgebaut wurde – sogar noch bevor die gesetzliche Diskriminierung Ende 1937 verstärkt wurde. Zu diesem Zeitpunkt hatten schon fast 60% der jüdischen Unternehmen aufgehört zu existieren, und eine große Anzahl von

---

[19] Eine hervorragende Diskussion dieser Funktion des Widerstandes in Jan T. Gross, *Polish Society Under German Occupation. The Generalgouvernement 1939–1944*, Princeton 1979.

[20] 'The Struggle for Survival of Rural Jews in Germany, 1933–1938: The Case of Bezirksamt Weissenburg, Mittelfranken', in diesem Band.

Juden war arbeitslos und auf die Wohlfahrt angewiesen. Auf der anderen Seite blieb M. M. Warburg & Co. bis 1938 Mitglied im Reichsanleihe-Konsortium. Ebenfalls bis 1938 konnten Juden ihren Beruf als Ärzte und Anwälte ausüben – ohne Zweifel zunehmend im Dienste jüdischer Patienten und Klienten. Und ein Viertel aller jüdischen Kinder ging noch auf die öffentlichen Schulen.[21] Als George Clare im Sommer 1938 aus der pogromgeschwängerten Atmosphäre Wiens nach Berlin kam, wunderte er sich, Juden autofahren und in Cafés sitzen zu sehen. Auf dem gesamten Kurfürstendamm war nur an einem einzigen Laden ein antijüdisches Schild zu sehen, wie es doch in des Führers Heimat fast überall üblich war.[22] Der Prozeß der Disemanzipation und Dissimilation war ein getreues Spiegelbild – auch wenn so verkürzt betrachtet – des Prozesses der Emanzipation und Assimilation. Er stimmte nur selten mit der Gesetzgebung überein. Manchmal eilte wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ausschluß der Gesetzgebung voraus, manchmal blieb er deutlich hinter ihr zurück. Er variierte von Ort zu Ort, entsprechend den jeweiligen lokalen Traditionen oder dem willkürlichen Verhalten Einzelner.

„Geschichte", so schrieb Tolstoi an N. N. Gusev, „würde etwas Wunderbares sein, wenn sie nur wahr wäre."[23] Müssen wir den Jahren, die der Machtergreifung folgten, dem Anfang vom Ende des deutschen Judentums, mit dem gleichen Nicht-Begreifen-Können gegenüberstehen, mit dem er, oder zumindest die von ihm geschaffenen literarischen Figuren, vor Austerlitz, Borodino und Leipzig standen? Ereignisse haben ihre Ursache; dies bedeutet jedoch nicht, daß Ereignisketten nur einen möglichen Ausgang haben. Im Kaiserreich und in der Republik lebten die Juden nicht schlecht, viele sogar ausgesprochen gut. Sie waren zu Hause, soweit wie jedermann überhaupt je zu Hause sein kann. Es war eben gerade die Unvollkommenheit ihres Daseins, die sie anfangs in dem Glauben wiegte, ein Überleben sei sogar unter Hitler möglich. War es doch eine Runde Hep-Hep mehr, die kommen und wieder gehen würde. Daß außer Landes zu gehen das einzig Sinnvolle war, dämmerte nur wenigen nach dem April-Boykott und der Einrichtung der ersten Konzentrationslager. Sobald die Nürnberger Gesetze erlassen worden waren, wurde zunehmend deutlich, daß das neue Regime fest entschlossen war, Deutschland „judenrein" zu machen. Daß damit ein physischer Holocaust beabsichtigt war, ist – selbst zu diesem Zeitpunkt in Hitlers eigenen Gedankengängen – alles andere als offenkundig gewesen.

Zu diesem Zeitpunkt wurde die Förderung der Auswanderung zur offiziellen Politik jüdischer Körperschaften. Diese Entscheidung war von folgenschwerer Tragweite. Bis 1933 und sogar noch darüber hinaus hatten alle deutsch-jüdischen Verbände ihre Hauptaufgabe in der Verteidigung der Juden in Deutsch-

---

[21] Jacob Boas, 'German-Jewish Internal Politics under Hitler 1933–1939', in *Year Book XXIX of the Leo Baeck Institute*, London 1984, S. 3.

[22] Clare, *op. cit.*, S. 209.

[23] Zitiert bei Isaiah Berlin, *The Hedgehog and the Fox. An Essay on Tolstoy's View of History*, Mentor edition, New York 1957, S. 25.

land erblickt, sei es durch Betonung deutschen Patriotismus, wie es der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten zu tun pflegte, sei es durch Gegenpropaganda, wie sie der Centralverein betrieb, oder durch die Stärkung inneren jüdischen Bewußtseins, seitens der Zionisten etwa. Doch auch der unwiderrufliche politische Klimawechsel wirkte sich sehr unterschiedlich auf die Juden aus. Viele trafen die Entscheidung zur Auswanderung erst 1938 oder 1939. Nicht allen fiel der Wiedereintritt in jüdische Kultur leicht. Eine Befragung jüdischer Jugendlicher aus dem Jahr 1936 ergab, daß ihr Lieblingsschriftsteller Hermann Hesse war. Das „ Vierte Reich", das in Hampstead und Washington Heights, in Hollywood und Nahariya mit zerschlissenen Bänden von Lessing, Kant und Goethe und zerkratzten Schallplatten mit Furtwängler und der Dreigroschenoper sich etablierte, zeugt von der Zähigkeit der Verwurzelung in der deutschen Kulturnation. Doch wie auch immer, das Ende war da. Die deutsch-jüdische Gemeinschaft überlebte; nicht hingegen eine Gemeinschaft von Juden in Deutschland.

PETER PULZER

The Beginning of the End

Dates are essential for an understanding of history: the idea that the past is a seamless web, in which epochs, movements, institutions and ideas have no significant starting or terminal point is difficult to grasp, whether for the professional or the layman. Dates impose order on the chaos of the past and, like all impositions of order, they oversimplify. They also have great symbolic power and, in extreme cases, signalise great destructive events or new expectations. 1789, 1848, 1917 or 1945 are not merely points in the calendar, they are expressions of profound upheavals in human affairs. They can be mentioned to a professional, even a lay, audience without further explanation. Most people would put 1933 in this category; few Jews would dispute that Hitler's coming to power was the most fateful event in their history since the destruction of the Temple. Had Hitler not come to power, much, if not all, in the last half-century of Jewish history would have been different.

But we also know that every present has its roots in the past. 1933 did not come out of the blue, any more than 1917 or 1848 or 1789. It is this knowledge that makes us stake out the ground between the extreme poles of pure chance and inevitability: and to ask how perceptive men and women should have surveyed the rise and fall of Jewish emancipation in Germany. Those who witness or remember historic events have no need to be told that these events do not, by themselves, produce a total change in the conditions of their lives. Events are milestones and signposts, not the road itself. That consideration applies pre-eminently to the long, gradual and never complete process of emancipation. It also applies to the much faster process of disemancipation.

Let us consider emancipation first. In terms of legal enactments we can trace its development over nearly a century, beginning with Joseph II's *Toleranzedikt* of 1781–1782 in the Habsburg lands and the Hardenberg edict of 1812 in Prussia, and continuing with partial alleviations of the conditions of Jews in a number of states, in particular Hesse-Cassel in 1833. That phase culminated in the proclamation of the Basic Rights of the German People by the Frankfurt Parliament in 1848. It in turn led to the adoption of constitutions guaranteeing equal rights in most states, and these generally survived, in the letter if not the spirit, the decade of reaction that followed the defeat of the Revolution. Final and juridically complete emancipation came with the law of the North German Federation of 3rd July 1869 which was applied, after the formation of the *Reich*, to all those constituent states that had not already enacted an end to religious discrimination.

Yet anyone at all familiar with the history of equal rights for Jews will

recognise at once that a survey of legislation tells only a small part of the story. True, enabling legislation is a necessary condition for the enjoyment of rights. But much else has to happen before sufficient conditions operate. The first proviso is that the law should be comprehensive. The *Toleranzedikt* opened certain occupations and careers to Jews, in return for some control over their communal activities, but it did not grant them rights of citizenship. The Prussian edict of 1812 did not extend to the whole of the territory of the kingdom. That did not make these enactments worthless. Laws have normative and declaratory functions, as well as purely positivistic ones. They register which way opinion is moving, they indicate to citizens and authorities what attitudes they should adopt to particular categories of people. Above all they influence the expectations, and therefore the behaviour, of those who are the objects of the laws. No-one understood this more clearly than Wilhelm von Humboldt, in outlining the duties of the state in this respect in 1809:

> "The state should not simply teach respect for the Jews, but it should abandon the inhuman and prejudiced ways of thought that judge a man not by his particular qualities, but according to his descent and religion... The state can do this only if it proclaims, loudly and clearly, that it no longer recognises any distinction between Jews and Christians."[1]

Given this normative element, the governments' own failure to live up to their precepts retarded not only the *de facto* move of Jews towards equal civic status, but affected Christian-Jewish attitudes and relations in general. One of the best-known examples of this policy was the refusal of the Prussian government to appoint the jurist Eduard Gans to a professorship at Berlin in 1822 solely on the grounds of his religion, an objection that no longer applied four years later, when he was appointed within three months of having accepted baptism.[2]

In a similar way the law of 1869, though formulated in a quite categorical way, making the rights of citizenship "independent of religious adherence", was applied very unevenly. There was, firstly, the problem that it co-existed with older state constitutions; these were in many cases ambiguous on the question of Jewish rights. For instance, Article 4 of the Prussian constitution of 1850 – valid until 1918 – prescribed the equality of all citizens before the law and Article 12 gave equal civic rights to citizens of all religions. However, Article 14 reserved all public institutions "connected with the exercise of religions functions" to the Christian religion.[3] What these institutions were was never specified. But until 1869 the Prussian government used it to debar Jews from all judicial appointments, since they would have to administer Christian oaths. Even thereafter the Christian basis of the state meant that virtually no unbaptised Jews were employed as teachers in state schools or in the state bureaucracy or diplomatic

[1] Ismar Freund, *Die Emanzipation der Juden in Preußen unter besonderer Berücksichtigung des Gesetzes vom 11. März 1812. Ein Beitrag zur Rechtsgeschichte der Juden in Preußen.* Berlin 1912, vol. II, p. 410.

[2] Hanns Günther Reissner, *Eduard Gans. Ein Leben im Vormärz.* Tübingen 1965 (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 14), pp. 91–93, 113, 117.

[3] E. R. Huber, *Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte,* vol. I., Stuttgart 1961, p. 402.

service, and there was considerable discrimination against them in judicial and academic appointments.[4] The well-known controversy caused by the inability of Jews to become reserve officers in Prussia was central to the problem of emancipation, not merely because it raised a principle or because of the intrinsic desirability of this honour, but because the possession of a reserve commission was the key to a great many other public and private appointments.[5] Prussian practice was in this respect fairly typical of the Imperial period. Some states, like Hamburg and Baden, gradually became more liberal in their public appointments policy; others, like Saxony and Hesse-Darmstadt, remained almost completely intolerant.

This mismatch between legal provision and administrative practice, between constitutional norm and social reality remained part of the German Jew's folk memory. But there was another, compensatory part, that enabled him to see his experience in a more encouraging light. Legal equality is, as we have seen, a necessary condition of complete emancipation, but it is not the sole or sufficient one. Social acceptance and professional integration are equally important. But which comes first? Advocates of Jewish emancipation argued that it was discrimination and segregation that were to blame for the undesirable characteristics of Jews: moral improvement could come only if there was legal improvement. Opponents argued the opposite: Jews must show that they deserved emancipation by first dropping their peculiarities.

On balance the second argument proved the more powerful. Social emancipation preceded political; indeed social emancipation made its political corollary acceptable to many who had previously been sceptical towards it. The move from the ghetto into bourgeois occupations, the abandonment of Yiddish or Judaeo-German, of special clothing and of at least some orthodox practices, the impact of the Enlightenment on a small but significant commercial and intellectual Jewish elite – all these developments signalled to Jews and non-Jews alike a cultural rapprochement that made common citizenship not merely desirable but possible. The salons of Henriette Herz and Rahel Varnhagen in early nineteenth-century Berlin may have been the tip of a pyramid that still reached very far down; but if one adds to them the increasing number of Jews who served in municipal authorities and chambers of commerce a picture of Jews as an increasingly integral part of German public life begins to emerge.[6] It did not take Jewish spokesmen long to appreciate that there was more than legal reform to

---

[4] Ernest Hamburger, *Juden im öffentlichen Leben Deutschlands. Regierungsmitglieder, Beamte und Parlamentarier in der monarchischen Zeit 1848–1918*, Tübingen 1968 (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 19), pp. 21–119; Peter Pulzer, 'Religion and Judicial Appointments in Germany, 1869–1918', in *Year Book XXVIII of the Leo Baeck Institute*, London 1983, pp. 185–204.

[5] Werner T. Angress, 'Prussia's Army and the Jewish Reserve Officer Controversy before World War I', in *Year Book XVII of the Leo Baeck Institute*, London 1972, pp. 19–42.

[6] Jacob Toury, *Die politischen Orientierungen der Juden in Deutschland. Von Jena bis Weimar*. Tübingen 1966 (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 15), p. 101; Stefi Jersch-Wenzel, *Jüdische Bürger und kommunale Selbstverwaltung in preußischen Städten 1808–1848*, Berlin 1967, *passim*.

the change in status they were experiencing. What, Ludwig Philippson asked Christian legislators in 1850, did emancipation consist of?:

"You do not emancipate the Jews, they have long ago emancipated themselves, you merely complete the externals of emancipation. From the time onwards that Jews step out of the ghetto, that they participate in all the industrial and intellectual endeavours of mankind, that their children attend schools, *Gymnasien* and universities, that their men participate in scholarship, art, industry and crafts, that their women immerse themselves in general education – from that moment onwards they are emancipated and do not need to wait for a few words in the constitution."[7]

The legislators had in the meantime got the message. Some, indeed, regarded Jewish success in the absence of formal emancipation as an argument against adding legal rights to economic power and social influence. But such voices became less and less characteristic in the course of the century. By 1860 the Conservative deputy F. T. Schaaff, a long-time opponent of emancipation, could say in the Baden Chamber:

"Those who are not precisely acquainted with the matter always conceive of the Jew with a pack on his back, a goat on the lead and a stove-pipe hat perched on the nape of his neck, of how he has wormed something out of a peasant by outsmarting him, exactly as one imagines the haggling Jew. But there are now few such persons in our land."[8]

Germany's Jews could draw a number of conclusions from this experience. The first was that there was a parallelism between legal, social and economic emancipation, but not an exact identity. On the one hand, neither the 1812 edict, nor the Basic Rights of 1848 nor the law of 1869 guaranteed an end to discrimination, whether by individuals, private associations or public authorities; either it had to be fought for separately or one had grudgingly to accept the imperfection of the world. On the other hand it was possible to achieve commercial and professional success, at least within a limited range of callings, even in the absence of complete legal equality. There was more than one way of being emancipated, and if one chose one's way carefully one could do quite well.

The second was that while emancipatory laws did not guarantee an end to antisemitism – indeed, for some antisemites they were an incentive for redoubled efforts – it was reduced to manageable proportions. Some relief, however half-hearted, was forthcoming against the worst excesses from the courts and from governments, and the antisemitic agitator in general found himself excluded from polite society. That, too, though less than perfect, was a substantial gain.

These experiences and conclusions informed the attitudes of Jews towards the

[7] *Allgemeine Zeitung des Judentums*, 14th January 1850, quoted by Reinhard Rürup, ‚Emanzipation und Krise – Zur Geschichte der „Judenfrage" in Deutschland vor 1890', in *Juden im Wilhelminischen Deutschland 1890–1914*. Ein Sammelband, herausgegeben von Werner E. Mosse unter Mitwirkung von Arnold Paucker, Tübingen 1976 (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 33), p. 19.

[8] Quoted by Reinhard Rürup, ‚Zur Emanzipation der Juden in Baden', in *Emanzipation und Antisemitismus*, Göttingen 1975, p. 69.

Weimar Republic, the appointment of Hitler as Chancellor, the early years of the Third *Reich* and what Reinhard Rürup called the end of emancipation.[9] These attitudes were a mixture of illusion and realism. Some of these illusions have featured prominently in the retrospective controversy about German Jewry. There was the illusion, or the alleged illusion, about the German-Jewish symbiosis, the fusion of two great cultures to create a yet higher achievement.[10] No doubt many Jews idealised their *Deutschtum* and exaggerated the extent to which Germany had clasped them to its bosom. Those who proclaimed it in a pathological form, like the *Verband nationaldeutscher Juden* of Max Naumann, were a small minority. Others who wore their German heart on their sleeves, like the *Reichsbund jüdischer Frontsoldaten,* were concerned with emphasising their patriotism rather than their *Deutschtum*. In any case, *Deutschtum* made sense as an identity for Germany's Jews. Germans had been a *Kulturnation* before they became a *Staatsnation;* a shared language and literary and philosophical tradition is what united Prussians and Bavarians, Saxons and Hamburgers, Protestants and Catholics – and Jews. The very imperfection of the union of 1871, the survival of particularism, localism and social segmentation made *Deutschtum* an invaluable and indispensable ideological device for many categories of citizens and publicists.

In any case, *Deutschtum* was not the only illusion, if that is what it was. An increasing number of idealistic Jews turned to Socialism and even Communism in the hope that a society without classes would also be a society without other inherited distinctions. This idealism rested on beliefs about the ability of human beings, including Germans, to overcome prejudice and jealousies. But its starting point was the recognition of how unsatisfactory human relations still were. Zionism, to which an increasing minority of German Jews were drawn, also had its illusory element. It, too, was there to provide German Jews with an identity; it, too, had a thesis about German-Jewish co-existence. Zionism in Germany was not an ideology of emigration, as it was in Eastern Europe. It was an ideology of ethnic consciousness. It was anti-assimilationist, but was ambivalent, indeed divided, on how far Jews should participate in public life. It certainly insisted that Jews should have, and use, full civic rights and had, in 1914, emphasised the Zionist's duty to fight for his German fatherland.[11] How far this formula of the "German citizen of the Jewish *Volk*"[12] met the political and emotional needs of German Jews is highly questionable. But until 1933 Zionists – like liberal assimilationists, German nationalist Jews and Socialists – were, in their own way, in Peter Gay's phrase, at home in Germany.

---

[9] ‚Das Ende der Emanzipation: Die antijüdische Politik in Deutschland von der „Machtergreifung" bis zum Zweiten Weltkrieg', in this volume.

[10] See, for instance, Gershom Scholem, *On Jews and Judaism in Crisis. Selected Essays.* New York 1976, pp. 61–92. For a more balanced assessment see Jehuda Reinharz and Walter Schatzberg (eds.) *The Jewish Response to German Culture. From the Enlightenment to the Second World War,* Hanover, NH 1985.

[11] *Jüdische Rundschau,* XIX (7th August 1914), quoted by Jehuda Reinharz, *Fatherland or Promised Land. The Dilemma of the German Jew,* Ann Arbor 1975, pp. 222–223.

[12] *Jüdische Rundschau,* XXIV (31st January 1919), quoted by Stephen M. Poppel, *Zionism in Germany 1897–1933. The Shaping of a Jewish Identity,* Philadelphia 1977, p. 121.

The Jewish experience of the Weimar Republic was as ambiguous as that of the Empire and the pre-unificiation period. On the one hand the political framework was a great deal more favourable to Jewish aspirations. Most Jews may not have wanted to overthrow the monarchy, but few wanted to restore it once it was gone. The liberal egalitarianism of the republic, its constitution drafted by "one of us", seemed, to quote Peter Gay again, the realisation of an authentic political dream. For the first time Jews could participate in public life as ministers, mayors and senior civil servants, a development that was not an unmixed blessing.[13] Perhaps even more important was the enormous influx of Jewish talent into both high and popular culture – another mixed blessing.

The obvious conclusion to draw was that a society in which Walther Rathenau and Rudolf Hilferding, Max Reinhardt and Ernst Lubitsch, Lion Feuchtwanger and Emil Ludwig reached such recognition could not be all bad. Perhaps such recognition induced a sense of false confidence. Other symptoms of integration, such as the increasing rate of intermarriage, emphasised by Werner Mosse, led some observers to fear that a separate Jewish community in Germany was doomed to disappear. Yet there were plenty of danger signals. Active, even terroristic, antisemitism reached a pre-1933 peak in 1918 to 1923, the years between the defeat and the stabilisation of the mark. The activities of the *Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund,* the assassination of Rathenau, Hitler's first bid for power and the pogrom-like agitation against Eastern Jews were only the most obvious examples. After 1923 only one Jew, Rudolf Hilferding, served as a *Reich* cabinet minister (1928–1929) and none in the cabinets of Prussia and the smaller states. When Heinrich Brüning wanted to offer a ministerial post to Paul Silverberg in 1930 he discovered that the political obstacles to this step were too great.[14] In large areas of public and private life Jews flourished as never before. But it is difficult to believe those who avowed retrospectively that only Hitler had reminded them of their Jewishness. There was a case for believing that antisemitism was a relic of primitive politics and would decline, however slowly and unevenly; there was a case for believing that antisemitism was a cyclical phenomenon that flared during crises but would normally lie fairly dormant; but none for believing that it did not exist.

Indeed I would argue that a principal reason why German Jews underestimated the significance of Hitler's coming to power was not their delusions of symbiosis or utopian belief in German Idealism, but their familiarity with prejudice and discrimination. It was there, they had coped with it before and they could cope with it again. It was unfortunate, but it was not the end of the world.

It is this consideration that should make us question, even if only as a working

[13] E. G. Lowenthal. ‚Die Juden im öffentlichen Leben', in *Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik.* Ein Sammelband, herausgegeben von Werner E. Mosse unter Mitwirkung von Arnold Paucker, Tübingen 1965 (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 13), pp. 51–85; Ernest Hamburger and Peter Pulzer, 'Jews as Voters in the Weimar Republic', in *Year Book XXX of the Leo Baeck Institute,* London 1985, pp. 3–66.

[14] Heinrich Brüning, *Memoiren 1918–1934,* Stuttgart 1970, p. 370.

hypothesis, whether 1933 was such an unmistakeable and absolute *caesura*. Three considerations could guide Jews on 30th January.

The first was that they had been there before. There had been several waves of antisemitism, even of mob violence, in the years since final emancipation: the wave of the late 1870s associated with Adolf Stoecker, that of the early 1890s associated with Otto Böckel and Hermann Ahlwardt, that of the First World War which culminated in the "Jewish census" of the armed forces, and that of 1919–1923 in the wake of defeat and the revolution. Another was to be deplored, but it seemed, in the light of its predecessors, to be survivable.

The second was that Jews had gained some experience of combating antisemitism. The *Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens* and the *Verein zur Abwehr des Antisemitismus* had all remained active during the Weimar period. They had at least some friends in high places, mainly in the *Sozialdemokratische Partei Deutschlands* (SPD), the *Deutsche Demokratische Partei* (DDP) and the Republican defence league *Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold,* but also within the Catholic *Zentrum* and the National-Liberal *Deutsche Volkspartei* (DVP). Nor were they unaware of the rising tide of antisemitism after 1929, which caused them to collaborate more closely than before and even to include Zionist organisations in their joint efforts[15]. If they were fairly late in identifying Nazism as a special enemy, it was because they had, not unreasonably, identified the classical Right of the *Deutschnationale Volkspartei* (DNVP) and the *Stahlhelm* as more dangerous[16]. What Jews did appreciate was that antisemitism was also anti-liberal and anti-democratic. The assault on the Jews was also, perhaps primarily, an assault on the Republic. It was therefore more important to defend the Republic than to identify specific enemies.

These two considerations could lead to a third, an underestimate of Hitler and the Nazi movement, a fault that was not, after all, restricted to Jews and to be found across the political spectrum from Papen to Stalin. Wild threats were the stock-in-trade of the demagogue on the make. George Clare gives an excellent account of how these defence-mechanisms worked from afar, but not that afar, in Vienna.

"We knew about his anti-Semitic tirades, of course; we knew about the 1933 anti-Jewish boycott, but... having used anti-Semitism to help him achieve power, like so many demagogues before him, did Hitler have any choice but to allow his storm-troopers their field-day? Had we not been there before? What about Lueger's anti-Semitic speeches? They had sounded just like Hitler's... Had one Jew ever been physically harmed under Lueger? Hitler was a rabble-rouser, just like the young Lueger. Would he, now that he had achieved his ambition, behave any differently? In any case, Germany's powerful and traditional conservative forces were bound to make him toe the line. How servilely Hitler

[15] Arnold Paucker, *Der jüdische Abwehrkampf gegen Antisemitismus und Nationalsozialismus in den letzten Jahren der Weimarer Republik*, Hamburg 1968, pp. 42–44; Barbara Suchy, 'The Verein zur Abwehr des Antisemitismus (II) – From the First World War to its Dissolution in 1933', in *Year Book XXX of the Leo Baeck Institute*, London 1985, esp. pp. 85–100.

[16] George L. Mosse, ‚Die deutschen Rechte und die Juden', in *Entscheidungsjahr 1932, op. cit.*, p. 233.

bows before the ramrod old field marshal. How disdainfully that old soldier looks down on that little man – the Bohemian lance-corporal, he calls him privately . . .

The sound and fury of the early days could not last for ever. Even Hitler would have to mellow in the end. Political realities, last but not least the great powers, would see to it"[17].

The expectation was not so much that Germans would behave decently, but that they would behave in accordance with rational self-interest.

If that was a reasonable expectation in the immediate aftermath of Hitler's appointment as Chancellor, it became less and less so as time went on. 1933, it was clear, was not a *pogromchik* spasm, but the reversal of emancipation. True, as Reinhard Rürup emphasises, that did not happen at once and at no stage did it happen systematically. That would have been contrary to the haphazard and arbitrary way policy evolved in the Third *Reich*. But, beginning with the proclamation of the *Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums* (the "Law for the Restoration of Professionalism in the Public Service") in April 1933, there was now a statutory basis for discrimination, as opposed to the informal one that had survived the 1869 law.

That was a major act of discontinuity. But the relative smoothness with which Jews were eased out of one sector after another of professional and economic life, the lack of protest against and opposition to discrimination in general, as opposed to specific instances of it, was evidence of continuity. It suggested all too convincingly that there had always been a widespread right-wing antisemitic consensus, that the emancipation of 1869 had never been whole-heartedly embraced by the German nation, that large sectors of German society would adapt painlessly to what Werner Mosse calls a "postliberal *apartheid*". As he and Ian Kershaw point out, there is little evidence of positive German support for persecution, let alone antisemitic violence, outside the ranks of Nazi activists. There is ample evidence of a relatively easy acceptance of pariah status for a significant section of German citizens.

The effect of these painful events on the Jewish community was not uniform. Those who had most to lose from the end of the assimilationist process found the adjustment most difficult, and took longest to decide whether the coming of the Third *Reich* was a temporary setback to their aspirations or the final reversal of a liberal trend. It is therefore not surprising that Zionists, who had never believed in the dream of symbiosis, adapted more promptly to the new environment and found it easier to formulate a basis for co-existence with the Nazi authorities. Emigration to Palestine, which had not been a main policy plank of the majority faction in German Zionism before 1933, sudenly appeared an attractive option; as time went on even leading functionaries of the liberal, anti-Zionist *Centralverein* became enthusiastic advocates of it. Partly because they offered emigration as a solution, partly because the Nazi authorities preferred dealing with them,

[17] George Clare, *Last Waltz in Vienna. The Destruction of a Family 1842–1942*, Pan Books edition, London 1982, pp. 121–122.

partly simply because the turn of events seemed to have proved them right, Zionists gradually increased their influence in the unitary Jewish representative body, the *Reichsvertretung der deutschen Juden (der Juden in Deutschland)* (*Reichsverband* after 1938, *Reichsvereinigung* after 1939). Indeed, the very creation of such a body, voluntary in the first instance, was a victory for some and a defeat for others. All previous attempts at such unification had failed, thanks to the fragmentation of interest and ideology among German Jews. Up to half the Jewish population had no formal organisational affiliation, except to their congregation. For many others it was by no means self-evident that a single lobby was necessary or desirable; they had a "liberal distrust of uniformity", reinforcing their claim that they were private Jews and public Germans. "It had required the full force of the totalitarian state to overcome the outward manifestations of German Jewry's internal differences"[18].

Here, too, there was a tension between continuity and upheaval. The fact of a single representative body was new; the often bitter factional and personal disputes within it were not. Nor was the continuing autonomy of Jewish social organisations, whether in welfare, education or culture, which lasted well beyond the constitution of the Nazi-imposed *Reichsvereinigung*, as Otto Kulka and Julius Carlebach have shown. There was, as has often been remarked, a revival of Jewish communal activity in almost every sphere. A renewed emphasis on Jewish education and the learning of Hebrew, on participation in Jewish theatrical or sporting groups had a twofold function. It was a rational response to increasing exclusion from German society, but it was also a rediscovery of identity, a form of perseverance and spiritual resistance. Most "resistance" movements are not concerned with military heroics or physical sabotage, but with preserving, on an unofficial basis, a form of society or polity that is threatened by an imposed regime or alien occupier[19]. It is in this sense, as described by Volker Dahm, Hajo Bernett, Michael Daxner, Herbert Freeden, Ismar Schorsch and Joseph Walk, that Jews engaged in resistance to National Socialism rather than through any political conspiracy, doomed as that was by definition.

But this process was also gradual and incomplete. How strong the impulse to resist was depended on the degree of exclusion suffered. Where, as in rural areas, traditional antisemitism had never died down and the Jewish population was predominantly Orthodox, relatively little adjustment was needed. The limited contacts between Jews and Christians and the strong internal cohesion of the Jewish community meant that for much of the 1930s the conditions of life did not change radically. As Steven Lowenstein points out, the Jewish population of Treuchtlingen, south of Nuremberg, declined very little between the *Macht-*

---

[18] Donald L. Niewyk, *The Jews in Weimar Germany*, Baton Rouge, pp. 186, 194.

[19] There is an excellent discussion of this function of resistance in Jan T. Gross, *Polish Society Under German Occupation. The Generalgouvernement 1939–1944*. Princeton 1979.

ergreifung and the *Kristallnacht* – from 115 to 93. For the first five years of the Third *Reich* the cattle trade continued much as before[20].

But even in urban areas disemancipation and the "Aryanisation" of life proceeded fitfully and unsystematically. Avraham Barkai has shown that pressures of one kind or another steadily reduced Jewish business activity even before legal discrimination was intensified at the end of 1937. By then nearly 60% of Jewish enterprises had ceased to exist and large numbers of Jews were unemployed or in receipt of charity. On the other hand M. M. Warburg & Co. remained a member of the *Reichsanleihe-Konsortium* until 1938; medical and legal practice was open to Jews until that year – no doubt increasingly serving Jewish clients – and a quarter of Jewish children still attended ordinary state schools[21]. George Clare, arriving in Berlin from the pogromlike atmosphere of Vienna in the summer of 1938, was amazed to find Jews driving cars and frequenting cinemas and cafés. Only one shop in the whole of the Kurfürstendamm displayed the anti-Jewish sign that was almost universal in the *Führer's* native country[22]. The process of disemancipation and dissimilation was a mirror-image of that of emancipation and assimilation, even if telescoped. It was rarely consonant with the proclamation of the law. Sometimes economic or social exclusion preceded legislation, sometimes it lagged behind. It varied from place to place according to local traditions or the arbitrary behaviour of particular individuals.

"History", Tolstoy wrote to N. N. Gusev, "would be an excellent thing, if only it were true"[23]. Need we face the years following the *Machtergreifung*, the beginning of the end of German Jewry, with the same incomprehension with which he – or at least his characters as portrayed by him – faced Austerlitz, Borodino or Leipzig? Events have their causes, which does not mean that chains of events have only one possible outcome. Life for Jews was tolerable in the Empire and the Republic – for many it was distinctly good. They were at home, in so far as anyone is ever at home anywhere. It was the very imperfection of their existence that made them initially complacent about surviving even under Hitler. Here was another bout of Hep! Hep! that would come and go. That the only sane thing to do was to get out dawned on only a few after the April boycott of 1933 and the setting-up of the first concentration camps. That the new regime meant to make Germany *judenrein* was increasingly obvious once the Nuremberg Laws were in force. That a physical holocaust was intended, even in Hitler's own mind at that stage, was far from evident.

It was at that point that the encouragement of emigration became the official policy of Jewish representative bodies. This was a momentous decision. Up to and even beyond 1933 the primary function of all German-Jewish bodies had

---

[20] 'The Struggle for Survival of Rural Jews in Germany, 1933–1938. The Case of Bezirksamt Weissenburg, Mittelfranken', in this volume.

[21] Jacob Boas, 'German-Jewish Internal Politics under Hitler 1933–1939', in *Year Book XXIX of the Leo Baeck Institute*, London 1984, p. 3.

[22] Clare, *op. cit.*, p. 209.

[23] Quoted by Isaiah Berlin, *The Hedgehog and the Fox. An Essay on Tolstoy's view of History*, Mentor edition, New York 1957, p. 25.

been the defence of the Jew in Germany, whether by emphasing German patriotism, like the *Reichsbund jüdischer Frontsoldaten*, or engaging in counter-propaganda, like the *Centralverein*, or strengthening the inner consciousness of Jews, like the Zionists. But even the irrevocable change of climate affected Jews unevenly. Many made the final decision to emigrate only in 1938 or 1939. Not all of them found the re-entry into Jewish culture easy. A survey of Jewish youth in 1936 revealed that their favourite author was Hermann Hesse. The "fourth *Reich*" that established itself in Hampstead and Washington Heights, in Hollywood and Nahariya, with battered tomes of Lessing, Kant and Goethe and scratched records of Furtwängler and the Threepenny Opera, bore witness to the tenacity of roots in the German *Kulturnation*. But one way or another it was the end. The German-Jewish community survived, scattered and diminished; a community of Jews in Germany did not.

Weimar

Peter Gay

In Deutschland zu Hause . . . Die Juden der Weimarer Zeit

Seit über einem halben Jahrhundert leben die deutschen Juden – Juden, die in Deutschland zu Hause waren – unter einem doppelten Fluch. Verjagt, vertrieben, verschleppt oder vergast, haben sie den Überlebenden die Bürde der Überlebensschuld hinterlassen. Diejenigen, denen es gelang, im Ausland Zuflucht zu finden, mußten oft Jahre bangen, bevor sie erfahren konnten, ob der Rest ihrer Familie und Freunde die Nazibarbarei überlebt hatte, und sich mit dem selbstgestellten Vorwurf zurechtfinden, daß *sie* noch lebten. Ich glaube nicht zu übertreiben, wenn ich behaupte, daß alle deutsch-jüdischen Familien – sie *alle* – Verwandte und enge Freunde an das Tausendjährige Reich verloren haben. Viele von uns haben gelernt, sich damit abzufinden und versucht, ein neues, ein verhältnismäßig produktives Leben aufzubauen. Aber der Schatten des Fluches, irgendwie der Fahnenflucht schuldig geworden zu sein, hat immer auf ihnen – immer auf uns – geruht.

Es scheint mir, als ob der Weg, diesen Fluch aufzuheben, schnurgerade durch Deutschland selber geht. Die vielverlangte Bewältigung der noch nicht vollkommen bewältigten deutschen Vergangenheit ist ein Zeichen des Respekts – des Respekts vor sich selbst, der den überlebenden deutschen Juden wenigstens das Schuldgefühl, welches das pure Überleben in ihnen hinterlassen hat, etwas zu erleichtern vermag.

Der zweite Fluch kommt nicht von innen auf uns zu, sondern von außen. Er stammt von denen, die behaupten, daß die Juden Deutschlands an den Ereignissen der dreißiger und vierziger Jahre wenigstens teilweise selbst schuld gewesen wären. Der große Ankläger Gershom Scholem hat es in Rede über Rede, Aufsatz über Aufsatz gesagt: der Glaube, daß es eine deutsch-jüdische Symbiose gab, war ein Aberglaube. Die sogenannte Liebesaffäre zwischen Deutschen und Juden war, wie er immer wiederholte, eine sehr einseitige: die Juden hatten zwar die Deutschen geliebt, aber ihre Liebe war nie erwidert worden.[1] Es war eine Traumwelt, in der Deutschlands Juden lebten, eine zusammengeschusterte billige und sentimentale Romanlandschaft, in der Deutsche aller Arten, ob Heiden oder Christen, ob Preußen, Bayern oder Rheinländer, mit ihren jüdischen Mitbürgern zusammenlebten, in Frieden und Harmonie, in einer Brüderschaft, in der religiöse, nationale oder rassische Vorurteile keinen Platz finden konnten.

---

[1] Siehe *Deutsche und Juden. Beiträge von N. Goldmann, G. Scholem, G. Mann, S. W. Baron, E. Gerstenmaier, K. Jaspers*, Frankfurt a. Main 1967; Gershom Scholem, *Judaica II*, Frankfurt a. Main 1970; *idem, Von Berlin nach Jerusalem. Jugenderinnerungen*, Frankfurt a. Main 1977; *idem*, 'On the Social Psychology of the Jews in Germany, 1900–1933', in David Bronsen (Hrsg.), *Jews and Germans from 1860–1933. The Problematic Symbiosis*, Heidelberg 1979.

Diejenigen, die diesen unglücklichen Traum träumten – und nach 1933 wurde es ein Alptraum –, wiegten sich in dieser selbstzerstörerischen Illusion, als sie „ihren" Goethe, „ihren" Schiller, „ihren" Kant lasen in der absurden Hoffnung, daß die Anführungsstriche, die Antisemiten dem schönen Wort „ihren" hinzufügten, bald gestrichen werden könnten, wenn sie nicht schon gestrichen waren.

Diese Deutsch-Juden, die diesen verführerischen Traum nicht nur für sich selbst träumten, sondern auch spätere Generationen damit infizierten, dachten nicht bloß an ein freundliches deutsch-jüdisches Bündnis, das durch gegenseitiges Wohlwollen zusammengelötet werden konnte, sondern an etwas viel intimeres, an eine beinah perfekte Identität. Das Stichwort war das Wort Deutschtum, eine kulturelle Tradition, an der alle guten Deutschen – ob Juden oder nicht – teilhatten. Zugegeben, es gab Augenblicke, in denen dieses brüderliche Zusammenwirken an der deutschen Kulturmission etwas verklemmt und gezwungen aussah. Ich denke, um nur ein Beispiel zu nennen, an den Wagnerkult, der ohne seine jüdischen Geldgeber, Impresarios, Dirigenten und Berufs-Bayreuther undenkbar gewesen wäre, der aber auf manchem jüdischen – auch prinzipiell deutsch-jüdischen – Gaumen einen schlechten Geschmack hinterließ. Mischehen, die Zuflucht zu Namenswechsel und Taufe und die engste Freundschaft zwischen jüdischen und nicht-jüdischen Schul- oder Berufskameraden machten aber solcherlei schlechten Geschmack wieder wett. Der Antisemitismus – so wenigstens die deutsch-jüdische liberale Ideologie – war eine Kinderkrankheit, die die deutsche Kultur bald überwinden würde und die auf jeden Fall nicht für die Deutschen charakteristisch war. Die oftzitierte, wohlbekannte Verteidigungsorganisation, die in den neunziger Jahren gegründet wurde, der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, hat diesen Traum gewissermaßen offiziell bestätigt und mit ihrem Namen besiegelt. Kurz, es gab keine deutschen Juden, sondern nur jüdische Deutsche.

Das war die sogenannte Illusion, gegen die Gershom Scholem wetterte. Er war sich sicher, daß sie nur in einer Katastrophe enden konnte. Und andere haben Scholems Frage auf ihre eigene Art wieder gefragt: wie konnte diese Illusion überhaupt erst zustande kommen? Wie konnte sie Jahrzehnt über Jahrzent überleben? Warum sind diese blinden deutschen Juden nicht in den zwanziger Jahren nach Palästina ausgewandert? Oder, noch schärfer gestellt, warum haben sie die Ereignisse von 1933 nicht ernst genommen? Es mag sein, daß das Programm, das Hitler in *Mein Kampf* entwickelte, zu unglaubhaft erschien. Es fiel einfach aus der Skala des zivilisierten Benehmens heraus. Aber nach dem 30. Januar 1933, nach dem Boykott der jüdischen Geschäfte am 1. April oder nach der Bücherverbrennung im Mai desselben Jahres, alles Ereignisse, die als nur zu lebhafte Beispiele des Hitler-Buches gelten konnten, gab es keine Entschuldigung mehr. Im September 1935 schrieb Sigmund Freud an Arnold Zweig, dessen Buch *Erziehung vor Verdun* seine Tochter Anna ihm gerade vorlas: „Heute sagt man sich, hätte ich aus den Erfahrungen vor Verdun die richtigen Schlüsse gezogen, so hätte ich wissen müssen, daß man unter dem Volk nicht leben kann. Wir dachten alle, es sei der Krieg und nicht die Menschen, aber die

anderen Völker haben auch Krieg gehabt und sich doch anders benommen. Wir wollten es damals nicht glauben, aber es ist wahr gewesen, was die anderen von den Boches erzählt haben."[2]

Warum waren Deutschlands Juden so blind, so selbst-verführt? Haben sie wirklich geglaubt, daß sie Deutsche waren, oder war diese sogenannte Überzeugung nicht nur reine Bequemlichkeit, eine geistige Trägheit, wenn man sie nicht schärfer als Hochverrat bezeichnen will? Das sind keine neutralen Fragen, die das rein historische Interesse aufwirft. Sie sind ein Angriff, eine Anschuldigung. In der Tat haben solche Fragen allzuoft eine gehässige Form angenommen. Ich kann berichten, daß ich diesen Haß in drei Kontinenten erlebt habe, sogar einmal auf einer Tagung des Leo Baeck Instituts. Was Hitler den deutschen Juden angetan hat – so dieser Vorwurf –, ist ihnen recht geschehen. Es war eine grausame, aber nicht vollkommen unberechtigte Strafe, die die Nazis diesen assimilierten Juden, die das Judentum verraten hatten, austeilten. Die Nazis als die Agenten eines empörten jüdischen Gottes – es klingt bizarr, sogar unmenschlich, aber genau dieser Vorwurf liegt in solchen feindseligen Fragen verborgen, und er ist auch offen ausgesprochen worden. Und es ist dieser Vorwurf, den ich den zweiten Fluch genannt habe, mit dem deutsche Juden schon seit Jahrzehnten leben müssen.

Ich will mich nicht der Illusion hingeben, daß ein einziger Vortrag einen so energischen, so beliebten und scheinbar so notwendigen Vorwurf für immer ausräumen kann. Wir, die wir mit Worten handeln, sind oft zu sehr von ihrer – das heißt: unserer – Macht beeindruckt. Freud, den ich schon einmal zitiert habe, hat einmal sehr richtig gesagt, daß der Mensch sehr selten ein Vergnügen aufgibt, das er einmal gehabt hat, und es scheint mir, daß die Gelegenheit, die deutschen Juden vor das Gericht der Geschichte zu zerren, in irgendeiner untergründigen Art dem Lustprinzip dient. Teilweise ist dieses Vergnügen ein später Auswuchs des verhängnisvollen Konfliktes, der auch in Deutschland in den zwanziger Jahren schwelte, des Konflikts zwischen Deutschlands Juden und den jüdischen Immigranten aus Osteuropa. Aber deutsch-jüdischer Selbsthaß spielt hier auch seine Rolle. Wie dem auch sei, was ich heute abend versuchen will, ist ein Wort für die Verteidigung zu sprechen. Und das kann ich am besten tun, wenn ich versuche, der deutsch-jüdischen Situation der zwanziger Jahre ihre historische Dimension zurückzugeben.

Deutschlands Juden waren in Deutschland zu Hause, in der Weimarer Republik nicht weniger als in früheren Zeiten. Sie waren zu Hause in der Weimarer Republik trotz aller antisemitischen Zwischenfälle. Wie? Ihre Haltung hatte, erstens einmal, ihre eigene Geschichte. Dieser Punkt, der bis jetzt fast völlig undiskutiert geblieben und fast immer übersehen worden ist, ist meiner Meinung nach von größter Wichtigkeit. Die Prominenzen, deren Namen wir alle kennen – Ernst Cassirer und Erwin Panofsky, Siegfried Jacobsohn und Theodor Wolff, Bruno Walter und Otto Klemperer, Elisabeth Bergner und Fritz Kortner,

---

[2] Ernst L. Freud (Hrsg.), *Sigmund Freud, Arnold Zweig, Briefwechsel*, Frankfurt a. Main 1968, S. 121.

Leopold Jessner und Max Reinhardt, Lion Feuchtwanger und Franz Werfel, Kurt Tucholsky und Else Lasker-Schüler –, sie sind beinahe alle in den letzten Jahrzehnten des neunzehnten oder im ersten Jahrzehnt des zwanzigsten Jahrhunderts aufgewachsen – in Jahren also, in denen die deutsch-jüdische Symbiose am stärksten ausgeprägt war. Und Tausende von anderen, deren Namen wir nicht kennen: Architekten, Rechtsanwälte, Bankiers, Naturwissenschaftler, Psychoanalytiker, Geschäftsleute, Journalisten, Hausfrauen waren ihre Altersgenossen.

Für sie alle war das Überleben des Antisemitismus eine Tatsache, mit der sie auskommen mußten: im Geschäfts- und im beruflichen Leben, in der Armee, in Teilen der sogenannten guten Gesellschaft und in den Universitäten. Aber keine dieser hochersehnten christlichen oder anti-jüdischen Festungen schien uneinnehmbar. Ein jüdischer Deutscher, der ungefähr 1910 um sich sah, konnte sich kaum der Überzeugung erwehren, daß er und seine Mitbürger – deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens – ein mehr als eindrucksvolles Jahrhundert hinter sich hatten. Der Fortschritt des deutschen Judentums war tatsächlich mehr als eindrucksvoll, er war einfach (beinahe buchstäblich) wunderbar. Ich brauche Ihnen die Einzelheiten nicht aufzuzählen. Die Rückfälle, die jeder, der aufrichtig und historisch gut informiert war, nicht leugnen konnte, sahen wie verhältnismäßig unscheinbare und harmlose Wolken an einem freundlichen, ständig sich aufhellenden Horizont aus. Es gab keine Ghettos mehr. Juden hatten sich vom Status des Pariahs zu dem des Bürgers aufgeschwungen. Obwohl man vielerseits, wie schon gesagt, starken Widerstand erfuhr, war es doch unbestreitbar, daß echte und enge Freundschaften zwischen Juden und anderen Deutschen möglich waren.

Mehr noch, manche berüchtigten und lauten Antisemiten, wie der Klaviervirtuose und Dirigent Hans von Bülow, machten eine Wandlung durch, nicht zum verdächtigen Philosemitismus, sondern zu einer echten, wohlwollenden Neutralität. Es mag schon sein, daß sogar in jenen günstigen Tagen Juden hauptsächlich unter anderen Juden wohnten und ihre Ferien hauptsächlich mit ihren Glaubensgenossen – oder Unglaubensgenossen – verbrachten. Aber das erschien vielen nur als ein Überbleibsel, als eine alte Gewohnheit, die für die Zukunft nichts auszusagen hatte.

Das beste war, daß deutsche Juden des späten neunzehnten Jahrhunderts sich mit den Heroen der deutschen Kultur befaßten, mit Goethe und Kant und Schiller. Diese Denkmäler hatten in Gefahr gestanden, vergessen zu werden oder einfach durch Vernachlässigung zu verkommen. Für die, denen die Juden nichts recht machen konnten, schien die aktive Teilnahme deutscher Juden an Schillerfeiern oder Goetheausgaben ein hektischer Versuch zu sein, sich zu bilden oder sich überschnell einzubürgern. Aber im Reich der Liebe – auch der Liebe für Dichter und Denker – gelten die Gesetze der Zeit nicht. Für Deutschlands Juden vom späten achtzehnten bis zum späten neunzehnten Jahrhundert war die deutsche Hochkultur ein wertvoller, unersetzbarer Teil ihres Lebens selbst geworden, ganz gleich wie lange (oder wie kurz) man schon Hochdeutsch sprach. Lessing, Kant, Goethe, Schiller – von Bach und Beethoven ganz zu

schweigen – waren nicht oberflächlicher Schmuck. Sie waren gelebter Beweis und Zeichen des jüdischen Deutschtums. Sicher in ihrem Besitz, brauchte man nicht mehr zu beweisen, daß man ein Deutscher war. Man war Deutscher.

Es gab weiterhin Unterschiede, ohne Frage. Aber sie waren Randerscheinungen oder wurden wenigstens als Randerscheinungen aufgefaßt. Wenn man Interviews mit deutschen Juden liest, die vor dem Ersten Weltkrieg geboren wurden – und ich stütze mich hier auf eine Reihe von Gesprächen, die der deutsche Filmemacher Martin Koerber und sein amerikanischer Kollege Richard Kostelanetz vor kurzer Zeit geführt und aufgenommen haben –, so hört man diesen Refrain immer wieder.[3] „Bewußt jüdisch, aber sehr liberal", sagte eine Frau, 1893 geboren, aus. „Politisch", sagte sie weiter, „war ich sehr demokratisch, aber gefühlsmäßig monarchisch." Ein Herr, der vor dem Ersten Weltkrieg das Gymnasium in Berlin besucht hatte, wurde gefragt, ob er sich erinnern könne, ob zwischen ihm, dem Berliner Juden, und seinen nichtjüdischen Mitschülern irgendwelche Unterschiede bestanden hätten. Er dachte einen kleinen Moment darüber nach und sagte dann: „Ja. Sie gingen nicht in die Kirche, und ich ging nicht in die Synagoge." Für fast alle diese Zeugen war die Erinnerung an die Vorkriegszeit eine überaus glückliche. Manche von ihnen, die am Ende Deutschland ablehnten, sind trotzdem Lokalpatrioten geblieben. Es ist, als ob ihre prägende Erinnerung an einem Ort haftet, obwohl sie in einer Mischung von Groll und Vernunft die abstrakte Einheit Deutschland immer noch hassen. „Deutscher bin ich nicht mehr", drückte es der am schärfsten negativ eingestellte von ihnen aus, „aber Berliner bleibt man immer."[4] Noch ein anderer, Jahrgang 1903, befragt, ob die deutschen Juden sich damals als Deutsche betrachtet hätten, antwortete ohne Zögern: „Selbstverständlich. Als Deutsche und Juden haben wir gar kein Problem darin gesehen, das Problem wurde durch Herrn Hitler geschaffen", und er zitierte das französische Wort, Hitler sei der Sieg der *boches* über die Deutschen.[5]

Und noch eine Zeugin, ungefähr 1910 geboren: „Ich fühle mich als Jüdin deutscher Abstammung. Ich gehöre nicht zu den Menschen, die alles, was deutsch ist, verdammen. Wenn ich an meine Kindheit denke . . . meine Kindheit war die schönste, die man sich überhaupt nur wünschen kann."[6]

In einer solchen Atmosphäre war Optimismus der reinste Realismus. War es nicht das deutsche Kaiserreich, in das die Ostjuden strömten, um Pogromen oder der zaristischen Armee zu entkommen? War es nicht Frankreich mit seiner Dreyfus-Affäre, aber nicht Deutschland, das Theodor Herzl in einen Zionisten verwandelte? Dieser deutsch-französische Vergleich ist für meine Beweisführung im allgemeinen höchst aufschlußreich. In Frankreich lebten die Juden meistens in den Kleinstädten von Elsaß-Lothringen oder in der Provence, also in

---

[3] Interviews aus dem Transkript des Films von Martin Koerber und Richard Kostelanetz, *A Berlin Lost*, 1985.

[4] *Ibid.*, S. 11.

[5] *Ibid.*, S. 6.

[6] *Ibid.*, S. 2.

Teilen, die außerhalb der Grenzen des alten Frankreichs lagen, oder sie wohnten in Paris – obwohl nicht in sehr großer Zahl. Die deutschen Juden waren über das ganze Land verstreut, selten als Bauern. Die meisten von ihnen lebten in den größeren Städten, verteilt jedoch über das gesamte Kaiserreich. Die große Zusammenballung der Juden in Berlin ist eine spätere Entwicklung. Die Juden Frankreichs waren hauptsächlich kleine Kaufleute oder Viehhändler und wurden von den Bauern meistens als Wucherer angesehen. Sie waren, auf ihre Weise, in ihren Dörfern und kleinen Städten wohl-integriert, aber für die moderne französische Gesellschaft hatten sie nicht viel übrig. Historiker wie Paula Hyman haben sehr schön herausgearbeitet, wie stark der Widerstand dieses Judentums gegen ihre moderne, säkularisierte Umwelt war.[7] Der Gegensatz zu Deutschland konnte nicht schärfer sein. Ich brauche Sie kaum daran zu erinnern, daß Deutschland das Land der Wissenschaft des Judentums war, das Land also, in dem die Juden sich viel leichter von ihren alten Traditionen trennen konnten – oder wenigstens versuchten, sie allmählich zu erneuern. Hermann Cohen, der als junger Gelehrter den Vorschlag machte, den jüdischen Sabbath auf Sonntag zu verlegen und damit alle Probleme der Juden in Deutschland zu lösen, war zweifellos ein Ausnahmefall, und er selbst gab diesen Vorschlag bald als naiv auf. Aber er war nur in Deutschland denkbar.

Der ehrliche Beobachter im Jahre 1910 kam natürlich nicht umhin zu bemerken, daß man nicht einfach von Fortschritt sprechen konnte. Es gab, wie schon gesagt, Rückfälle. Die antisemitische Welle, die nach 1873 über Deutschland hinwegrollte, als die Spekulation der Gründerjahre ihre Opfer verlangte, war eine häßliche Mahnung. Und der Erfolg der demagogischen antisemitischen Parteien in Teilen Deutschlands war nicht minder bemerkenswert. Der Wagnerkreis war auch ziemlich bedenklich. Der alte Goethe konnte den jugendlichen Virtuosen Felix Mendelssohn herzen und täglich küssen und Houston Stewart Chamberlain, ein größerer Wagnerianer als Wagner selbst, konnte sich ein halbes Jahrhundert später darüber aufregen. Aber die antisemitischen Parteien schmolzen in der warmen Sonne deutscher Prosperität in den neunziger Jahren zusammen.

Die Haltung der deutschen Juden der zwanziger Jahre war also eine ererbte. Sie schien vollkommen natürlich zu sein. An etwas anderes zu glauben bedeutete umzudenken, und es ist nur menschlich – es ist alles, was ich für Deutschlands Juden behaupten möchte, daß sie menschlich waren – diese schwere Arbeit des Umdenkens wegzuschieben und zu vermeiden. Es ist schließlich kein Zufall, daß der Zionismus unter den deutschen Juden verhältnismäßig wenig Widerhall fand. Dazu kam dann ein zweites Moment. Mit allen ihren Schwierigkeiten, die ja hinreichend bekannt sind, mit all ihrer Anfälligkeit war die Weimarer Republik die erste deutsche Staatsform, die ihren Juden wirklich echten politischen Spielraum gewährte. Die Republik war, wie ich es schon vor vielen Jahren

[7] Siehe Paula Hyman, *From Dreyfus to Vichy. The Remaking of French Jewry, 1906–1939*, New York 1979; Vicki Caron, Paula Hyman, 'The Failed Alliance. Jewish-Catholic Relations in Alsace-Lorraine, 1871–1914', in *Year Book XXVI of the Leo Baeck Institute*, London 1981.

ausgedrückt habe, eine Regierung, in der die Außenseiter Innenseiter wurden. Man darf nicht vergessen, daß der Vater der Weimarer Verfassung, Hugo Preuss, ein Jude war. Für viele Jahre war die Republik deshalb die Verwirklichung eines echten politischen Traums, was immer auch Gershom Scholem darüber sagen möchte.

Hier spielte eine gewisse Ironie eine wichtige Rolle. Im Laufe des neunzehnten Jahrhunderts, besonders nach 1848, traten Deutschlands Juden aus ihrer politischen Passivität in die politische Arena. Während vor dem Revolutionsjahr mehr als die Hälfte der deutschen Juden – insgesamt waren es weniger als 400000 – orthodox und isoliert lebte, änderte sich das, als die Juden ihre christlichen Mitbürger nachahmten. Und die meisten von ihnen schlossen sich der liberalen Bewegung an. Nicht nur die Reichen, für die der Liberalismus hauptsächlich Freiheit des Handels bedeutete, sondern auch jüdische Deutsche, die im Liberalismus die einzig mögliche politische Richtung sahen. Das war in ihrem Interesse, aber im höchsten Sinn: Der Liberalismus versprach Gleichheit vor dem Gesetz für alle, ein Ende der Diskriminierung in Geschäft und Ehe, das Wahlrecht und das Recht auf politische Ämter. Die Weltanschauung der Mehrzahl der deutschen Juden in diesen Jahrzehnten war also eine liberale. Wie Jacob Toury schön gezeigt hat, gab es eine aufgeregte Minderheit unter den Juden, die 1848 buchstäblich messianische Hoffnungen entwickelte. Aber die meisten ihrer Glaubensgenossen standen auf dem Boden der Realität, der deutsch-liberalen Realität.

Es war, möchte man sagen, ein Liberalismus ohne Liberalismus, aber die meisten der politisch interessierten Juden fanden sich damit ab und stellten sogar einige prominente liberale Politiker – ich nenne nur Eduard Lasker. Aber dann, am Ende der siebziger Jahre, löste Bismarck sein Bündnis mit den Liberalen und verbündete sich mit den konservativen Kräften. Und das bedeutete, daß ungefähr 75% der politisch aktiven Juden, die sich zum National-Liberalismus bekannten, plötzlich heimatlos wurden. Sie waren also politisch nicht mehr so glücklich – ich möchte beinahe sagen, nicht mehr so zu Hause –, wie sie es in den Anfangsjahren des Deutschen Reichs gewesen waren. Langsam brachen diese politischen Juden nach links aus. Während es bis 1878 nur drei jüdische sozialdemokratische Mitglieder des Reichstags gegeben hatte, stieg diese Ziffer zwischen 1879 und 1892 auf sechs, und zwischen 1893 und 1916 gab es dann nicht weniger als achtundzwanzig jüdische SPD-Reichstagsabgeordnete. Mittlerweile fiel die Zahl der jüdischen Abgeordneten in den Regierungsparteien von 50 auf 21. Die politischen Juden waren also in die Opposition gegangen.

Ich weiß, wie wir alle wissen, daß die Weimarer Republik höchst labil war; politischer Mord, Putschversuche waren an der Tagesordnung. Und doch – war es nicht ein Jude, Walther Rathenau, der mit einem der höchsten Posten, den die Republik zu vergeben hatte, betreut wurde? Die Brutalität seiner Mörder und die nicht weniger brutale Schadenfreude, mit der zu viele Deutsche die Nachricht seines Todes begrüßten, hätten gewiß eine Warnung sein müssen.

Aber konnte man das wirklich als prophetisch für Deutschland auffassen? Konnte man Hitler als Deutschlands Zukunft sehen?

Das Gefühl also, daß man in dieses Deutschland gehörte, war eine unwiderstehliche Mischung von vielversprechender Vergangenheit und aufregender, aber keineswegs hoffnungsloser Gegenwart. Das ist die Grundthese meiner Ausführungen. Ich möchte sie aber etwas komplizieren. Wenn ich behaupte, daß die Juden Deutschlands in der Weimarer Republik zu Hause waren, möchte ich damit kein eintöniges Bild entwerfen. *Es gab viele Wege, in Deutschland zu Hause zu sein.* Man konnte ein guter deutscher Jude sein und alle Religion streng ablehnen; man konnte ein guter deutscher Jude sein und regelmäßig in die Synagoge gehen. Man konnte sogar ein guter deutscher Jude sein und die Republik verwerfen. Wenn man unter „Assimilierung" nur die vollständige Ablehnung alles Jüdischen, die feige Verleugnung der eigenen Abstammung versteht, dann hat man damit nur einen Teil der deutsch-jüdischen Integration erfaßt. Das Verhältnis zwischen Deutschtum und Judentum war in der Tat höchst problematisch. Man kann das in den jüdischen Zeitschriften nachlesen; die innere Debatte war unbegrenzt. Deutsch-jüdische Organisationen konnten ihre Hallen füllen, wenn sie eine Diskussion über Judentum und Deutschtum ansagten. Viel hing davon ab, wo man wohnte und was man beruflich tat. Freischwebende Intellektuelle oder kosmopolitische Künstler oder zynische Journalisten fanden es viel leichter, die Reste ihrer ererbten Religion abzustreifen, als konservativere Geschäftsleute oder Viehhändler. Aber etwas war für alle wenigstens diskutierbar: man konnte gleichzeitig religiös und patriotisch sein oder irreligiös und unpatriotisch und trotzdem ein Deutscher. Wie ein Emigrant, Jahrgang 1903, es ausdrückte, und er spricht für viele: „Ich bin ein Berliner... ich bin ein Kind des Berliner Nordens, ich bin in der Nähe vom Schönhauser Tor geboren, und die Grenzen meines Lebensraumes, wenn ich mich so ausdrücken darf, waren, wie gesagt: Schönhauser Tor als Zentrum, um die Ecke war ich geboren und lebte dort die ersten dreißig Jahre meines Lebens. Auf der einen Seite war die Hamburger Straße, wo ich drei Jahre lang zu Schule ging, die Knabenschule der jüdischen Gemeinde gehörte zu meinem Bezirk, also die Sophienstadt, wo ich auch später das Gymnasium besuchte, Sophiengymnasium. Ging regulär, regelmäßig mit meinem Vater in die Neue Synagoge in der Oranienburger Straße, gelegentlich, solange mein Großvater noch lebte, da war ich noch ein kleiner Junge, gingen wir auch in die alte Synagoge in der Heidereutergasse... Ja," fuhr er fort, „ich habe eine, würde sagen zwar liberale, aber positive jüdische Erziehung genossen, bis zum Tode meines Großvaters hatten wir sogar einen koscheren Haushalt, aber nach seinem Tode wurde das fallengelassen. Aber mein Vater war ein wirklich frommer Mann – ich kann nur sagen, ich habe nur zwei fromme Juden gekannt, für deren Frömmigkeit ich geradestehen kann, der eine war mein Vater, der andere war Leo Baeck." Dazu kommt noch, wie er weiter erzählte, daß er, der junge deutsche Jude, auch urdeutsche Sachen mitmachte: „Ich muß noch hinzufügen, daß ich Mitglied der jüdischen

Jugendbewegung war, ein jüdischer Wandervogel – Schillerkragen, kurze Hosen, Sandalen, wie sich das gehörte."[8]

Eine faszinierende Vignette soll meinen Ausführungen noch weiterhelfen. Ich denke an Alfred Döblin, einen der bemerkenswertesten Schriftsteller der republikanischen Jahre. Seine Eltern waren aus Polen nach Stettin ausgewandert. Sein Vater konnte noch Jiddisch sprechen, obwohl seine Hauptsprache Deutsch war. Als Chef einer Schneiderfirma bediente er sich beider Sprachen. Seine Mutter sprach auch Deutsch, obwohl in dem Haushalt ihrer Eltern Jiddisch die Familiensprache gewesen war. Döblins jüdisches Bewußtsein war gleichzeitig durchgängig und oberflächlich: „Ich hörte zu Hause," schrieb er, „schon in Stettin, meine Eltern wären jüdischer Abkunft und wir bildeten eine jüdische Familie. Viel mehr merkte ich innerhalb der Familie vom Judentum nicht." Er gab zu, daß er „draußen", wie er es ausdrückte, antisemitische Bemerkungen hören mußte, und in der Schule war er vom protestantischen Religionsunterricht befreit. Andererseits war der „jüdische Religionsunterricht", wie er fortfuhr, „unsicher und mehr freiwillig. Man hatte keine Schule an den christlichen Feiertagen und dazu frei an zwei oder drei jüdischen. Dies also sah und beobachtete man. Zwei große Feste hielten die Eltern, das Neujahr- und das Versöhnungsfest. Da zogen sie gut gekleidet in die Tempel, meist abends und vormittags, und arbeiteten nicht. Sie nahmen in die Tempel Bücher mit, die Gebete und Auszüge aus dem alten Testament, auch Psalmen, die einen doppelsprachigen Text enthielten, im deutschen und im hebräischen. In den . . . Religionsstunden lernte ich auch etwas hebräisch, kam aber nicht über die Anfangsgründe hinaus. Welches Interesse sollte ich auch daran haben, außer Latein, Griechisch, Französisch noch Hebräisch zu lernen, wo mich die Beschäftigung mit den leeren Sprachgehäusen schon immer abstieß? Ich hatte zwischen Ilias und Odyssee, zwischen Edda, Nibelungen und Gudrunlied wenig Sinn für die Frühgeschichte des Volkes Israel, das später zerstreut und aufgelöst wurde. Und die Lehre, das eigentlich Religiöse, – ich las sie und hörte sie. Es war und blieb eine oberflächliche Lektüre. Keinerlei Gefühl kam dabei auf, keine Bindung stellte sich ein."[9]

Noch nicht einmal der abstoßende Antisemitismus der frühen Weimarer Jahre schuf diese Bindung für Döblin. Sie gab ihm nur die Gelegenheit, sarkastische Bemerkungen zu machen. „Woran soll der Jude erkennen, daß er es ist? Die anderen sagen es. Aber vom Sagen wird man nichts" – eine Behauptung, so möchte ich hier einfügen, die nach dem 30. Januar 1933 nicht mehr überzeugen konnte. „Aber vom Sagen wird man nichts", sagte Döblin. „Er will aber doch etwas werden, wird aber nur Zionist." Er gab zu, daß es Millionen von Juden gab, die im Osten Europas lebten, und 1924, auf einer eigenartigen Mission, auf der Suche nach seiner Vergangenheit, ging Döblin nach Polen, um sich diese unbestrittenen Juden einmal anzuschauen. Der Anlaß für diese Forschungsreise und sein Kommentar sind von größtem Interesse. „In der ersten Hälfte der

[8] Martin Koerber, Richard Kostelanetz, *op. cit.*, S. 2, 3, 5.

[9] Alfred Döblin, ‚Schicksalsreise', in *Autobiographische Schriften und letzte Aufzeichnungen*, Olten und Freiburg i. B. 1980, S. 206–207.

zwanziger Jahre", schrieb er später, „ereigneten sich in Berlin pogromartige Vorgänge, im Osten der Stadt, in der Gollnowstraße und Umgebung. Das geschah auf dem Landsknechtshintergrund dieser Jahre; der Nazismus stieß seinen ersten Schrei aus. Damals luden Vertreter des Berliner Zionismus eine Anzahl Männer jüdischer Herkunft zu Zusammenkünften ein, in denen über jene Vorgänge, ihren Hintergrund und über die Ziele des Zionismus gesprochen wurde. Im Anschluß an diese Diskussionen kam dann einer in meine Wohnung und wollte mich zu einer Fahrt nach Palästina anregen, was mir fremd war. Die Anregung wirkte in anderer Weise auf mich. Ich sagte zwar nicht zu, nach Palästina zu gehen, aber ich fand, ich müßte mich einmal über die Juden orientieren." Und hier wird Döblins Bericht besonders aufschlußreich, denn buchstäblich gesprochen enthält er Verzerrungen, die psychologische Wahrheiten verstecken. „Ich fand," schrieb er, „ich kannte eigentlich Juden nicht. Ich konnte meine Bekannten, die sich Juden nannten, nicht Juden nennen. Sie waren es dem Glauben nach nicht, ihrer Sprache nach nicht, sie waren vielleicht Reste eines untergegangenen Volkes, die längst in die neue Umgebung eingegangen waren."[10]

Hier haben wir also Döblins Porträt seiner Zeitgenossen, jüdischer Deutscher, Schriftsteller und Ärzte, die vollkommen assimiliert waren. „Ich fand," hatte er gesagt, „ich kannte eigentlich Juden nicht." Aber er kannte doch einen, oder besser: eine – seine Mutter. Döblins Vater war mit einer jungen Angestellten durchgebrannt, als Döblin zehn Jahre alt war. Und so feierte seine Mutter die hohen jüdischen Feiertage auf ihre Weise – allein. „Meine Mutter konnte hebräisch lesen, und es war ein rührendes Bild, diese Frau, die schwer arbeitete und sich um uns mühte und die kaum eine Zeitung las, an den Hohen Feiertagen still abseits irgendwo in einer Stube sitzen zu sehen. Da hielt sie eines ihrer Bücher in der Hand und las eine Weile darin, Hebräisch mit halblauter Stimme. Manchmal war es nur ein Gemurmel. Wenn ich an Jüdisches denke, steht dieses Bild meiner Mutter vor mir."[11]

Es mutet uns eigenartig an zu sehen, wie Döblin diese widersprüchlichen Eindrücke verarbeitete. Sein Ausweg aus diesem Dilemma war, wie wir wissen, daß er sich später katholisch taufen ließ.

Aber man brauchte keineswegs so drastisch zu sein. Es gab Tausende von jüdischen Deutschen, die entweder auf ihr Judentum stolz waren oder ihm gleichgültig, aber nicht feindselig gegenüberstanden. Vor einem halben Jahr brachte das Zweite Deutsche Fernsehen ein hochinteressantes Programm über eine Aktion in der Stadt Essen – über einen Versuch, das Schicksal der jüdischen Familien, die in der Stadt bis in die dreißiger Jahre wohnten, im einzelnen zu erforschen. Unter den Augenzeugen der zwanziger Jahre war ein älterer Herr, der in der Weimarer Zeit in Essen ein gutgehendes Geschäft besaß und nach dem Kriege zurückkam, um sein Leben dort wieder aufzubauen. Die junge Dame,

[10] *Ibid.*, S. 211.

[11] *Ibid.*, S. 207; siehe auch Alfred Döblin, *Reise in Polen*, hrsg. von Walter Muschg und Heinz Graber, Olten und Freiburg i. B. 1958, Nachwort des Herausgebers, S. 352–356.

die ihn interviewte, war intelligent und aufgeschlossen und keineswegs schlecht informiert. Aber als sie ihn nach der jüdischen Kultur in Essen fragte, antwortete er ihr – und man konnte ihr die Überraschung am Gesicht ablesen: „Es gab keine jüdische Kultur in Essen in der Weimarer Republik." Man weiß, was er sagen wollte. Nicht, daß es keine gläubigen Juden gab, sondern daß die Kultur der deutschen Juden in Essen einfach eine deutsche Kultur war.

Ich glaube kaum, daß ich weitere Beispiele anzuführen brauche. Die zwei Behauptungen, die ich aufgestellt habe, könnten mit Leichtigkeit weiter und weiter bewiesen werden. Aber ein weiteres möchte ich mir, und Ihnen, nicht ersparen. Ich gebe Hermann (später Menachem) Gerson das Wort, einem bewußten Zionisten, der dann auch später nach Palästina auswanderte. 1935 schrieb er in seinem Buch *Werkleute. Ein Weg jüdischer Jugend* über sich selbst und seine Anhänger: „Wir waren deutsche Wandervögel, Wyneken- und Georgeschüler, Liebhaber der deutschen Kunst; wir hatten unsere innere Befreiung in diesen deutschen Wäldern gefunden, die wir deshalb tief liebten." Für ihn, den Zionisten, war die deutsche Kultur unübertrefflich und unersetzlich: „Es wird nie etwas geben, was mir die Bach-Messen und die George-Gedichte unnötig machte; ich *will* es gar nicht finden."[12] Für ihn und auch für jene, die seine Überzeugungen teilten, war es klar, daß man Deutschland lieben – und verlassen – konnte. „Wir fühlten uns", schrieb er in Palästina über Deutschland, „wirklich zu Hause".[13]

Ich komme zum Schluß und möchte meine Behauptungen noch einmal kurz zusammenfassen. Die Haltung der Juden Deutschlands in der Weimarer Zeit war ein Erbe, das von den meisten unter ihnen ohne Frage angenommen wurde. Und zweitens, die Weimarer Jahre waren trotz aller Schwierigkeiten die Jahre, in denen jüdische Deutsche ihre großen Hoffnungen mehr oder weniger verwirklichen konnten. Außerdem – aber das füge ich nur hinzu – war es keineswegs leicht, einfach auszuwandern und von neuem anzufangen. Es war gerade der Wahnsinn der Nazis, der ihre Pläne so unglaubwürdig machte: man denke nur heute an die Idiotie der Nürnberger Gesetze.

Es ist nur in diesem historischen Kontext, daß man das Benehmen der Juden Deutschlands verstehen kann und darf. In der Tat reicht die historische Dimension, auf der ich bestanden habe, mehr, weit mehr als ein Jahrhundert zurück. Man darf nie vergessen – und unter modernen Historikern ist es besonders George Mosse, der daran wieder und wieder erinnert hat –, daß es zwei Deutschlands gab, und daß sie beide eine lange Vergangenheit hatten. Ich möchte deshalb nur einen Augenblick auf den Anfang des neunzehnten Jahrhunderts zurückgreifen. Um 1800 schrieb Bettina Brentano, damals ungefähr sechzehn, an ihren geliebten Halbbruder Clemens über einen Zwischenfall, mit dem sie sich später jahrelang auseinandersetzte. Ihr etwas älterer Bruder, sehr von seiner Halbschwester angetan und etwas altklug bemüht, sie zu erziehen und zu

---

[12] Hermann Gerson, *Werkleute. Ein Weg jüdischer Jugend*, Berlin 1935, S. 19.

[13] Zitiert in Shlomo Erel, *50 Jahre Immigration deutsch-sprachiger Juden in Israel. Neue Wurzeln*, Gerlingen 1983, S. 190.

bilden, bildet zu ihr einen faszinierenden Kontrast. Aber sie hatte auch ihm Lektionen auszuteilen. „Das junge Mädchen, was uns sticken lehrt", schrieb sie ihm, „ist eine Jüdin, sie heißt Veilchen, es ist ein recht liebkosender Name . . ."[14] Bettina ging zu ihr, früh am Morgen, und fand sie vor der Tür, Besen in der Hand. Bettina nahm den Besen und kehrte auch ein bißchen, was ihr den Ärger ihrer Tante eintrug, die ihr vorwarf, ohne Scham zu sein – man denke nur, öffentlich gesehen, mit einer Jüdin auf der Straße zu kehren!

Bettina lachte darüber, denn sie fand Veilchen hübsch, sauber und bewundernswert – mütterlich, hilfsbereit, blumenliebend und blutarm. Clemens war keineswegs darüber begeistert und riet ihr ab, so frei mit einem Judenmädchen zu verkehren. Aber Bettina blieb bei ihrer Sache – und freundlich mit Veilchen. Clemens Brentano machte ihr dann Vorwürfe – er fand es nicht richtig, daß seine Schwester diesem Mädchen seine Briefe vorlas. „Sie, wie Du zu ihr mit Deiner Vertraulichkeit hinabsteigst", schrieb er, „steigt sie wieder hinab." Das aber machte Bettina Brentano doch etwas ärgerlich. „Du sagst von ihr", antwortete sie, „sie mag ein gutes Geschöpf sein, zu der ich hinabsteige mit meiner Vertraulichkeit! Wer bin ich denn, daß ich mich herablasse, wenn ich mich zu einem guten Geschöpf vertraulich wende? Bin ich ein Engel? Nun, die fliegen ja den guten Menschen nach und bewachen sie auf Schritt und Tritt, aber ich glaube nicht, daß ich ein Engel bin, ich glaub' vielmehr, daß ich zu ihr hinansteige statt herab!" Im Laufe des neunzehnten Jahrhunderts ging dieser Zweikampf zwischen den Bettinas und den Clemens Deutschlands weiter, und die Bettinas schienen auf gutem Weg, die Sieger zu werden. Darf man den jüdischen Deutschen der zwanziger und dreißiger Jahre vorwerfen, daß sie an das Deutschland von Bettina glaubten? Es war ja das bessere der beiden und ein Deutschland, das sie in vielerlei Hinsicht verkörperten. Sie haben nicht das Judentum verraten. Es war Deutschland, das sie verraten hat – sie und sich selbst.

English Summary

Despite the occasional surfacing of antisemitism Jews felt "at home" in Germany. This was true in the Weimar Republic as well as in the *Kaiserreich*. There existed an irresistible mixture of a promising historical past and an exciting, and not at all hopeless, present. This attitude was handed down from generation to generation and accepted by the majority without question. Jews were, after all, able to realise their ambitions, more or less, without difficulty; and there were a variety of ways through which a Jew could choose to express or not express his Jewishness. What is more, prior to their assumption of power in 1933, the very madness of the Nazis' schemes made for a tendency not to take them altogether seriously.

[14] Bettina von Arnim, *Clemens Brentanos Frühlingskranz. Aus Jugendbriefen ihm geflochten*, Berlin 1920, S. 28–30, 36, 266–267.

There were always two Germanies, both of them with long traditions. One cannot blame Jewish Germans of the 1920s and 1930s for believing in the better of the two, which they themselves to quite an extent represented.

WERNER E. MOSSE

German Jews: Citizens of the Republic

I

The relationship of Jewish community and Weimar Republic began under contradictory auspices and was to the end marked by paradox. Born in war, defeat and widespread disorder, accompanied by a flood-tide of antisemitism,[1] the new Republican constitution – in the shaping of which Jews also, Hugo Preuss, Theodor Wolff, Walther Rathenau, had played a part – brought German Jews confirmation of full and equal citizen rights. (These, at least on paper, had existed already since at any rate 1869/1871). Thus the formal confirmation of Jewish citizenship (that is of Jewish emancipation) coincided with an unprecedented social estrangement between Jew and Gentile, an estrangement which did much to sever remaining social ties.

At the same time however, the social estrangement which, to a greater or lesser extent, would continue throughout the history of the Republic, was accompanied paradoxically, by the rapid growth of Jewish exogamy, so-called "mixed marriages". At the start of the century eight of 100 marriages had, on average, been "mixed". By 1910, the figure had risen to eleven, but in 1930, for the whole of the *Reich,* it stood at twenty. In the large cities it was higher still. In Berlin in 1928 it was twenty-seven, in Hamburg thirty-three.[2] At a time of widespread antisemitism, this was a curious phenomenon. One is tempted to ask – the historians are silent – where and how Jewish and Gentile partners met. Were there, notwithstanding widespread prejudices close social and personal ties arising from joint studies, work, sports or recreation?

A further seeming paradox: under the new Republican regime (as under the old imperial one) with Jews enjoying, on paper, full rights of citizenship, and, in their majority, convinced Republicans, there yet existed in practice two somewhat contrary phenomena. As little as under the Empire were Jews to be found in the highest and indeed middle ranges of the bureaucracy (*Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Landräte* or comparable positions outside Prussia).[3] Jews

---

[1] For the diffusion of antisemitism see Werner Jochmann, ‚Die Ausbreitung des Antisemitismus', in *Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916–1923.* Ein Sammelband herausgegeben von Werner E. Mosse unter Mitwirkung von Arnold Paucker, Tübingen 1971 (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 25), pp. 409 ff.

[2] Monika Richarz, *Jüdisches Leben in Deutschland. Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1918–1945,* Stuttgart 1982, Veröffentlichung des Leo Baeck Instituts, p. 15.

[3] E. G. Lowenthal, ‚Die Juden im öffentlichen Leben', in *Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik.* Ein Sammelband herausgegeben von Werner E. Mosse unter Mitwirkung von Arnold Paucker, 2. Auflage, Tübingen 1966 (Schriftenreihe wissenschaftlicher

"naturally" became neither career diplomats nor senior officers. Nor, after 1922, would they play any significant role in German politics.[4] The only (limited) innovation in the higher spheres of administration and government was the appointment of a handful of senior Jewish civil servants *(Staatssekretäre* and *Ministerialdirektoren).* Also, as would emerge only too soon, irrespective of the paragraphs of the constitution, Jews and their institutions enjoyed often only a somewhat limited legal protection. Judges, especially in the final phase of the Republic, did not take too serious a view in the punishment of anti-Jewish excesses. Sentences, in which the judge no doubt enjoyed a measure of discretion, were sometimes derisory. In the face of these facts one is at least tempted to ask whether, in practice, the constitutional citizen-rights of Jews were really a great deal better safeguarded under the Republic than they had been under the Empire.

II

A major factor in the development of the Jewish community under the Weimar Republic was, if not indeed the formation of a new Jewish proletariat, at any rate the renewal and strengthening of its lowest social stratum in the shape of the so-called *Ostjudentum.*[5] If in 1910 12.8% of all Jews living in Germany had been foreign subjects that figure, by 1925, had risen to 19.1%. Ten years later, it would reach 19.8%, non-nationals numbered some 100,000. The bulk were *Ostjuden,* mainly factory workers, petty traders and artisans resident in the big cities, notably Berlin, Leipzig and München.[6]

The formation of this relatively broadly based "lower stratum" signified, at first glance, through the creation of the missing Jewish proletariat (a constant source of antisemitic reproach) a "normalisation" of the Jewish social structure, its seeming assimilation to that of surrounding Gentile society. But that was largely illusory.

In reality, *Ostjuden* constituted only to a very limited extent a genuine proletariat. Eastern Jews in the Berlin *Scheunenviertel,* in Leipzig or München – even if often engaged in manual labour, were genuine proletarians only in isolated cases. In their majority (even if some hundreds worked in the coal-mines of the Ruhr) they were artisans and petty traders even when their life-style approximated to that of Gentile workers. Moreover – very much in contrast to "genuine" proletarians – numbers, fairly rapidly, would rise into the middle classes, the

Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 13), p. 55. There were, however, in Prussia, at least three *Regierungspräsidenten, ibid.*

[4] *Ibid.*, pp. 82f.

[5] For *Ostjuden* in Germany see Esra Bennathan ‚Die demographische und wirtschaftliche Struktur der Juden', *ibid.*, pp. 97ff. and S. Adler-Rudel, *Ostjuden in Deutschland 1880–1940. Zugleich eine Geschichte der Organisationen, die sie betreuten,* Tübingen 1959 (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 1).

[6] Richarz, *op. cit.*, p. 16.

intelligentsia and the professions. They were thus following the path trodden before them by the majority of German Jews, most recently those from Prussia's Eastern provinces.

Nor may matters have been greatly different in the cultural sphere. Just as earlier the bulk of German Jews, most recently those of Poznań and Westpreussen, had undergone a process of acculturation, so now did numbers of *Ostjuden* (who, moreover, should be distinguished according to their countries of origin, Lithuania, Russia, Galicia and Romania). Those already accultured would serve as the role model. Part of Eastern-Jewish youth, furthermore, was already German-born.

The appearance of *Ostjuden* in substantial numbers had different effects on the relations of Jew and Gentile. On the one hand, it provided welcome food for the well-known antisemitic propaganda. Any demonstration, moreover, of solidarity on the part of "old established" Jews with their Eastern brethren could be used as "proof" of the "un-German" nature of all Jews. On the other hand, however, the emergence of Eastern Jews led some less hostile Gentiles into drawing a distinction between *Ostjuden* and "old-established" ones (with the line drawn normally at the year 1914). This would provide a degree of psychological protection for the "old-established" and, more particularly, for war veterans. Indeed, the greater visibility of Eastern Jews may, in this respect, have promoted a certain *rapprochement* between some Jews and Gentiles.

The reaction of the "old-established" towards the newcomers was, as is well-known, ambivalent. On the one hand – and notably in practice – solidarity prevailed. Jewish organisations spared no pains to help Eastern Jews and to defend their interests. On the other hand, there was an attempt to distance oneself from – all too vulnerable – co-religionists. Social relations between members of the two groups were relatively rare. Indeed there developed two largely separate social groups (and sub-cultures), one "German" the other "Eastern Jewish" (the last, to some extent, awaits sociological and cultural analysis).

There was a difference also in the legal status of members of the two groups (with only minor exceptions). Eastern Jews, in many cases, were denied naturalisation, which made them tolerated "foreigners" (even when born in Germany), constantly threatened with deportation. In 1933 there were in Germany 16,000 Jews born abroad who had acquired German nationality as against 99,000 who had remained foreign nationals (even though 40% were German-born).[7]

Official (and unofficial) discrimination against Eastern Jews contributed not a little to their disposition – particularly among the young – to espouse oppositional and critical ideologies and to support radical parties and movements. In accordance with their "class-situation", numbers did not stop at Social Democracy but turned to Communism. Others, in accordance with their "Eastern Jewish" cultural situation, found their spiritual home in the protest-ideology of

[7] *Ibid.*

Zionism. Either implied a rejection not only of Germanism *(Deutschtum)*, which repulsed them, but also of the liberal German-Jewish middle classes *(Bürgertum)* with which they were linked in at best a love-hate relationship. It was the tacit and sometimes active support of many *Ostjuden* often with a Zionist background which, within German Jewry, first made Zionism a force of some significance.

III

An ideology of protest was what German Zionism had largely been already since its inception. At first, at the turn of the century, it had in the main been the protest of a fraction of middle-class Jewish youth against their "all too bourgeois" parents and their ideologies (an exact counterpart of the Gentile youth movement). It had cultivated the romanticism of the soil (here transferred to Palestine), of blood (as, notably, in the case of Martin Buber), of folklore and of custom. In this regard, the Zionist movement had filled within Jewry a role comparable to that of the *Wandervogel* in Gentile society.

With the influx of Eastern Jews (its extent is a matter for debate), the class structure of the Zionist movement, about which we know little, may have undergone a gradual change. Even if there was little change in the social composition of the leadership, the Zionist "Establishment", there may well have been changes in the rank and file (in no small degree composed of university students). For the movement as a whole, the entry of Eastern-Jewish intellectuals frequently of petty bourgeois origin meant a substantial strengthening.

The higher profile of the Zionist movement in turn provoked varying reactions among both Jews and Gentiles. Whilst the great majority of the liberal Jewish bourgeoisie represented by the *Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens* (C.V.) and its ideology maintained its determined rejection of Zionism, a number of individuals modified their attitudes impelled by the Balfour Declaration on the one hand, and widespread antisemitism and estrangement from the Gentile environment on the other. Non-Zionists also began to promote Jewish settlement in Palestine. Under the influence of growing external pressure also, the old enmity of C.V. supporters and Zionists began, slowly, to lose some of its bitterness.

The Gentile reaction to the increased visibility of Zionism was equally ambivalent. On the one hand it served, of course, as welcome evidence (if not, indeed "proof") of the allegedly "un-German" character of the Jews. Did not the Zionists themselves proclaim their identification with a Jewish nationality and nation?

On the other hand, Zionism was an attitude entirely acceptable to certain „deutsch-völkisch" circles. Did not both sides agree in the view that Jews were primarily (or, indeed, altogether) not Germans? By this statement Zionists appeared to justify, in the eyes of many, a system of unequal civil rights, a form of *apartheid,* indeed Jewish minority status. The Zionist warning against so-

called "transgressions of boundaries" *(Grenzüberschreitungen)* – at bottom an empty and, indeed almost meaningless phrase – would be welcome to certain circles of the non-Jewish Right. Did it not imply an at any rate partial Jewish withdrawal from German society? To this must be added – even if in the main in theory rather than practice – the call for emigration to Palestine, *aliyah*. In another sense, Zionism was harking back to or foreshadowing a form of "pre-" or "post-liberal" ghetto. Thus, paradoxically, there existed a good deal of common ground (there is no English term for the German *Weggemeinschaft*) between Zionists and representatives of the Gentile Right, not excluding anti-semites.

IV

The result of the developments and contradictions that have been sketched was in practice the emergence of a relatively stable equilibrium resting on a *modus vivendi* both within the Jewish community and in its relations with the outside world. There emerged forms of co-existence based on largely separate development with recognition, on all sides, of ineluctable facts and practical necessities.

This was to be observed more particularly in the everyday life under the Republic of the mass of German Jews about whose experiences and views we know far too little. The majority, perhaps, noted with regret the degree of their estrangement from the vast majority of their "fellow-citizens" and resigned themselves to the fact – whether willingly or from necessity. They accepted also (disagreeable personal experiences and occasional excesses apart), the widespread climate of moderate and passive rejection: it was a "fact of life". Perhaps, at some future time, the perennial prejudice would once again die down. Had not antisemitism long been known as a wave movement? A degree of Jewish self-isolation, at the same time, had, of course, existed for generations. And even if all this was far from ideal, neither was it, in any way, intolerable. Certain legal guarantees existed. One lived in a state ruled by law *(Rechtsstaat)*. Daily life, once the revolutionary crisis had passed, went its course without serious impediments. In retrospect, attitudes like this were expressed by a Zionist contemporary: "Children and young people of the post-war period had a greater sensitivity for the limitations of the assimilatory enterprise and a less complicated attitude towards antisemitism. That it was possible and indeed necessary to live with it was clear to us."[8]

From the Gentile point of view, the *modus vivendi* bore a somewhat different appearance. There was a general realisation that the Jews even though one disliked them (at any rate collectively and *in abstracto*) were present and that, in

[8] Max Spangenthal, ‚Eine Hessische Kleingemeinde', in *Bulletin des Leo Baeck Instituts* 69, 1984, p. 63. „Die Kinder und Jugendlichen der Nachkriegszeit hatten ein feineres Gespür für die Begrenztheit des assimilatorischen Unternehmens und ein unkomplizierteres Verhältnis zum Antisemitismus. Daß man damit leben konnte und mußte, war uns klar." *Ibid.*

practice, one had to live with them – and indeed could do so. Of course it was possible, to the extent desired, to minimise contacts with them. To kill one's Jewish neighbours, fellow-pupils, colleagues and even fellow students was neither desired nor practicable. That would come only much later and to a great extent (if by no means wholly) "by order".

Jews in any case constituted for a great majority of Gentiles (weighty discussions of the "Jewish Question" among *literati* and even the antisemitic tirades of some publicists and politicians probably falsify the actual picture) a problem of secondary importance. They were an object sometimes of discomfort, sometimes of distaste. They could also inspire incomprehension, fear or curiosity. They were "outsiders" and frequently perceived as strangers. How far on the other hand they were for the great majority an object of serious interest or concern remains unclear.

In this way, the *modus vivendi* of Jew and Gentile in the Weimar Republic, as indeed that of Jews of differing persuasions, offered the basis for a relatively peaceful co-existence. Neither was there a term set to this state of affairs – at any rate in theory.

V

However, special conditions arose during the final years of the Republic.[9] These began with the spread to Germany of the world economic crisis. For Jews, this phase was marked by an intensification of pressures from outside, principally in the form of excesses by the SA and by the growing sense of insecurity. Despite contrary assurances by the authorities, the legal (and police) protection for Jews and Jewish institutions visibly diminished. Political positions which had afforded some degree of protection decayed. Thus in 1930 the *Deutsche Demokratische Partei* (DDP) – very unjustly decried as the "Jew-party" – finally gave up the ghost. Although its political weight had become minimal, the bulk of Jews, to the last, had given it their allegiance. Almost at the same time, the big liberal publishing houses in which Jews were prominent, abandoned – largely for commercial reasons, – the fight for the Republic and inaugurated a cautious (and premature) *Gleichschaltung* of at least part of their personnel.[10] Great banks in which Jews were prominent – notably the *Danat* and *Dresdner* banks – collapsed in the course of the economic crisis and were practically taken over by the state. Finally, in the summer of 1932 as a part of Papen's so-called *Reichsexekution* some high Jewish ministerial officials graded as "political" (a few others graded as non-political, remained unaffected) were either dismissed, sent on leave or pensioned off. It was the rapid demolition of all positions.[11]

[9] For the following see Werner E. Mosse, ‚Der Niedergang der Weimarer Republik und die Juden', in *Entscheidungsjahr 1932, op. cit.*, pp. 3ff.

[10] For the attitude of the Jewish press see *ibid.*, pp. 21f. and 34f.

[11] Lowenthal, *loc. cit.*, pp. 54f.

At the same time, the great mass of Jews – as of Gentiles – was struck by the Depression. Unemployment and impoverishment were widespread. In Berlin, in 1931, almost a quarter of the Jewish population was, in one form or another, supported by the community. In München it was one fifth.[12] Simultaneously – about which, however, we know little or nothing, – remaining social ties between Jew and Gentile may have diminished further and are likely, in many cases, to have snapped altogether. Increased insecurity in everyday life produced among Jews a deep general sense of unease and uncertainty.

Against the background of this situation, three questions may be asked. How, in the first place, did Jews react to their rapidly deteriorating situation? In fact reactions of individuals and of Jewish organisations differed according to situation and disposition. There was, to begin with, the increasingly hopeless attempt at seeking legal redress, in specific instances, by appeals to the courts.[13] More promising (at any rate in appearance) was the attempt, in conjunction with Gentile fellow-citizens, to defend the Republic whether by votes for Republican parties, financial and other assistance or active membership of the Republican defence organisation, the *Reichsbanner*. A third and doubtless the most widespread reaction consisted in a mixture of fatalism, concern for one's daily bread and a (justifiable) confidence that *Reichspräsident, Reichswehr*, police (in Prussia still in the main Republican), Catholic Church, even the Nationalists of *Deutschnationale Volkspartei* (DNVP) and *Stahlhelm*, would surely prevent the worst.

But whatever Jews either attempted or hoped for it was all, as we know today, equally ineffective. The defence of the Republic and with it the future of the Jews in Germany lay in the hands of others. And, one by one, trade unions, *Sozialdemokratische Partei Deutschlands* (SPD) and *Reichsbanner, Reichspräsident* and *Reichswehr*, the old conservative elites, *Stahlhelm* and Catholic Church (not to speak of the Protestants), "caved in". The *Kommunistische Partei Deutschlands* (KPD), quite apart from Stalin's ambivalence, possessed neither an interest in defending the legal order of the Republic nor the ability or inclination to do so. Given this situation the oft-raised question whether Jews could or should have done more to defend the Republic or themselves appears naive and misplaced.[14]

A second question worth asking in view of events to come concerns the expectations entertained among German Jews in the years 1931/1932 about the more immediate future. What, in particular, did those with some political sensitivity expect? In reply to which, in the first place, the question may be asked: what were the expectations of comparable non-National Socialist Gentiles? Of Social Democrats, Catholics, Communists, German Nationalists? Among these, there existed, in fact, a variety of views in which Jews, to a greater or lesser extent, also shared.

---

[12] Richarz, *op. cit.*, p. 25.

[13] For the Jewish efforts at self-defence through the courts see Arnold Paucker, ‚Der jüdische Abwehrkampf', in *Entscheidungsjahr 1932, op. cit.*, pp. 441 ff., and the same, *Der Jüdische Abwehrkampf gegen Antisemitismus und Nationalsozialismus in den letzten Jahren der Weimarer Republik*, Hamburg 1968 (Hamburger Beiträge zur Zeitgeschichte Band IV), pp. 74 ff.

[14] For a discussion of this issue see Mosse, *loc. cit.*, pp. 33 ff.

Many considered that, somehow, it would prove possible to "muddle through". The economic crisis would abate (as indeed it would, in fact, do world-wide after 1933) and with it the political one (as the re-election of Hindenburg and the *Reichstag* elections of November 1932 seemed to indicate). The NSDAP would lose ground (*abwirtschaften*). Weakened by internal squabbles and in serious financial straits it had, in November, lost some two million votes. Was it not possible to believe that Hitler's movement had passed its peak? Hindenburg had been re-elected against Hitler. His antipathy to "the corporal" was notorious. Was it not possible to cherish the illusion that the *Reichswehr* under his command, would uphold constitutional order?

More realistic, perhaps, was the thinking of those who considered that in a coalition which no longer appeared avoidable – be it with the *Zentrum* or the DNVP – Hitler and his "wild men" would be "tamed". Party programmes existed on paper. *Mein Kampf* need not, perhaps, be taken quite seriously. Economic and political realities would assert themselves over noisy demagoguery. Such was the thinking also of the misbegotten intriguer who, in quest of revenge on his successor in office at the eleventh hour smoothed Hitler's path to the *Reich*-Chancellery. Already in 1934 – too late – he knew better. Similar views were held by many, necessarily including numbers of Jews.[15] If the death of the superannuated *Reichspräsident* was, of course, foreseeable, this was the case with neither the *Reichstag* fire nor the *Ermächtigungsgesetz* granting Hitler dictatorial powers. There thus existed, until the bitter end, hopes to which it was possible to cling. And if, in this, Jews were mistaken, so were legions of others with them.

What pessimists, in the worst of cases anticipated – and what did indeed occur in the first place – was the partial revocation of Jewish emancipation and the introduction of a system of "post-liberal" *apartheid*: loss of civil equality and professional discrimination but with economic survival safeguarded – a situation which, under the aegis of Hjalmar Schacht, would in fact persist until 1937. Not a few were prepared to resign themselves to a "solution" of this kind which, after all, would not, perhaps, prove eternal. Others, unwilling to do so – depending on the degree of personal and political exposure, on connections in foreign countries and on linguistic attainments (also on economic resources) – prepared for emigration. Expectations beyond this were held by few (one only just hesitates to say none), nor was there reason to entertain them.

Finally in relation to the major theme of this conference, it may be asked how far Jews were psychologically prepared for the situation they would have to confront between 1933 and 1937. A reliable answer to this, as indeed to several other questions raised here would require a detailed study of contemporary sources which is lacking. Impressionistically, the hypothesis might be advanced that, though specific events found many Jews surprised and un-

[15] For some discussion see *ibid.*, pp. 17ff.

prepared, a majority were already conditioned to change. For this, there were a number of reasons.

The participation of the NSDAP in government and even Hitler's chancellorship did not come like a bolt from the blue. These matters had been canvassed for months and the press had reported. There was widespread awareness that the position of the (almost ungovernable) Republic had become precarious. Some Jews had attempted for some time to prepare psychologically for a "new order". Thus the Jewish youth movement in particular had promoted, among its members, the cultivation of a self-conscious Jewish identity. The hour of trial therefore found many not totally unprepared. The preparation however, even among Zionists, had been very incomplete. Thus a contemporary reports[16] that the longing for Zion did not clash with feelings for the German homeland („unserem deutschen Heimatbewußtsein"). Occupational choice was geared to continued life in Germany. University studies, where contemplated, were not planned with a view to emigration to Palestine. No more than the rest were Zionists truly prepared when disaster struck. („So waren wir nicht wirklich vorbereitet, als die Katastrophe hereinbrach".)[17]

In any case, this is exaggerating the suddenness of what occurred. In fact, the transition to the "post-liberal" age took place for most Jews slowly, by degrees, almost imperceptibly. It had begun, at the latest, in 1930. For many, the situation thereafter deteriorated until 1937, if at times sharply, at any rate not catastrophically. There were exceptions which can be placed in four categories: political opponents of the new regime, those particularly exposed to Gentile avarice or ambition, prominent men and women (largely intellectuals) unacceptable to the new rulers and officials appointed after 1914 who were not war-veterans. For the remainder life, for some time, continued more or less along its wonted course. In fact, most Jews had, since 1930, been injected with the "new order" in homœopathic doses. Whilst many chose emigration, more, for a great variety of reasons, sought to come to terms with a situation which more than one could still have escaped with lesser loss – much to their ultimate damage and grief.

Deutsche Kurzfasssung

Trotz weitverbreitetem gesellschaftlichen Antisemitismus bestätigte die Weimarer Verfassung die vollen bürgerlichen Rechte der Juden. Viele gehobene Positionen im Staatsdienst, aber auch in der Wirtschaft blieben trotz der Vefassungsgarantie den Juden in der Weimarer Zeit ebenso unerreichbar wie im

[16] „Unsere Zionssehnsucht stand nicht mit unserem deutschen Heimatbewußtsein in Widerspruch, unsere Berufswahl war auf ein Verbleiben in Deutschland gerichtet, und das Studium, soweit man studieren wollte, war nicht mit Hinblick auf eine mögliche Alija gewählt. So waren wir nicht wirklich vorbereitet, als die Katastrophe hereinbrach." Spangenthal, *loc. cit.*, p. 63.

[17] *Ibid.*

Kaiserreich. Die Zunahme der sogenannten ostjüdischen Bevölkerung stellte einen wesentlichen neuen sozialen und politischen Faktor dar. Protestideologien, darunter zionistische Ideen, verbreiteten sich – zum einen – als Antwort auf die behördliche Diskriminierung der Ostjuden und – zum anderen – als Reaktion auf ihre unzureichende Integration in die etablierte Gesellschaft jüdischer Gemeinden. Das Ergebnis dieser Entwicklung war ein unbehagliches, wenngleich stabiles Gleichgewicht zwischen Juden und Nichtjuden einerseits und innerhalb der jüdischen Gemeinden andererseits. Die Weltwirtschaftskrise in der Endphase der Weimarer Republik schuf für die gesamte Bevölkerung ökonomische und politische Probleme, die dieses Gleichgewicht mehr und mehr gefährdeten. Einerseits erfolgte der Übergang von Weimar zur Nach-Weimar-Ära allmählich. Andererseits waren auch die deutschen Juden mindestens schon seit 1930 allmählich auf neue und widrige Zeiten vorbereitet.

ARNOLD PAUCKER

Jewish Self-Defence

In 1984 I published a critical bibliography which lists some seventy books and articles dealing exclusively or partly with the *Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens* or what I prefer to call the Jewish Defence in Germany.[1] I chose to be somewhat selective and ignored translations although some versions in two languages were not necessarily identical. I excluded – unjustifiably of course – all the work done in Hebrew (some of it very important). Further studies have appeared since or are in the course of preparation – and some I had overlooked. Altogether we arrive now at a figure of at least one-hundred contributions to the detailed examination of how German Jews had sought to counter antisemitism in Wilhelminian Germany and the Weimar Republic. I am not concerned here with the totally different Zionist response (this I shall touch on later in a different context), but with the organisation of self-defence as practised by the Jewish majority, the "assimilationists" if you like (a term of very doubtful justification when it comes to the *Centralverein*). We have an impressive total, then, of studies which in various ways scrutinise the activities of a single German-Jewish organisation and its satellites and allies and by now this has become a branch of post-Holocaust or – much better named – post apologetic historiography, initiated, undoubtedly, more than twenty-five years ago in 1960 by the London Leo Baeck Institute. This was in a certain sense a by-product of our embarking on an ambitious project of symposium volumes on the Jewish Question in Germany[2] (edited by Werner Mosse whose paper so very appropriately precedes my own); and of course I have to plead guilty to having started this avalanche. This is only one part of the enormous expansion of German-Jewish studies which we have seen in the past thirty years.

Returning for a moment to London, I would say that it was perhaps the

---

[1] Arnold Paucker, ‚Die Abwehr des Antisemitismus in den Jahren 1893–1933', in Herbert A. Strauss/Norbert Kampe (Hrsg.), *Antisemitismus. Von der Judenfeindschaft zum Holocaust,* Schriften der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 213, Bonn 1984, [2]1985 [3]1986 (and a further book edition in the Campus Verlag, Frankfurt a. Main 1985), pp. 143–171; bibliography pp. 164–171. The notes in this essay have been kept to a minimum and the reader is referred to this bibliography. As it was essentially completed in 1984, most detailed references to recent work on the *Centralverein* are here restricted to the years 1985 and 1986. See also an expanded English version of my essay in Strauss/Kampe with notes but without bibliography, 'The Jewish Defense against Antisemitism in Germany, 1893–1933', in Jehuda Reinharz (ed.), *Living with Antisemitism: The Jewish Response in the Modern Period,* University Press of New England, Hanover, NH, forthcoming [1987].

[2] *Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik,* Tübingen [2]1966; *Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916–1923,* Tübingen 1971, *Juden im Wilhelminischen Deutschland 1890–1914,* Tübingen 1976, herausgegeben von Werner E. Mosse unter Mitwirkung von Arnold Paucker (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 13, 25 und 33).

atmosphere of English compromise which engendered the coming together of former antagonists who had agreed to bury the hatchet – and this in itself may have been particularly conducive to an objective appraisal of the *Centralverein*. In my case I must add that it gave me the opportunity to interview in person former protagonists, some of them now almost legendary figures. And it is my generation of German Jews which today constitutes the very last link with them – we who were forced into early maturity and political awareness (though much too young to act) and who breathed the acrid air of the Weimar Republic. It is also not without significance. I feel, that the first book on the *Centralverein* was written by someone like myself coming from the Zionist/Socialist youth movement, *Werkleute/Haschomer Hazair*.

Having so-to-say instigated this minor sub-discipline of a sub-discipline – and I must apologise at this point for the very personal note of this paper – I now find myself in a considerable quandary. How is one to come up with something really new, surrounded as one now is by a flock of experts? I am myself convinced that a conference on Jewry under the Nazi dictatorship cannot ignore the Jewish efforts in the Weimar years to ward off the Nazi threat, but an ordinary case study or *Fallstudie* will not answer. It would be easy to present here in considerable and pointed detail one of the specific efforts of the *Centralverein* such as that for the protection of inter-racial bathing at a Baltic seaside resort (to counter attempts at a „Badeverbot für Juden"), and campaigns of this type, often sadly futile and tiresome, could be pursued endlessly. Instead I propose to treat the topic as an aspect of Weimar Jewish existence and citizenship and to address myself roughly to the following questions.

Why this abiding interest in the problem of Jewish self-defence in the Diaspora?

To what extent has more recent research corrected or modified previous conclusions, including my own?

What are the main points of controversy which persist and could be usefully debated?

How does defence in the Weimar period relate to Jewish self-assertion and the protection of Jewish interests once the Nazis were in power, and to Jewish behaviour under a totalitarian regime?

I will not necessarily proceed in this order, but this is the ground I hope to cover in these brief remarks and at the end I will underline where I keep to my original findings.

When it comes to the *Centralverein* in Wilhelminian Germany and the last phase of the Weimar Republic a previous imbalance about this stepchild of Jewish historiography has largely been redressed and some measure of consensus has been reached. The result is a generally positive assessment of its struggle against antisemitism in these periods, an ever more vigorous self-assertion in the Empire, and an impressive and aggressive anti-Nazi activity in the last years of Weimar Germany – accompanied by a constructive aspect of raised Jewish consciousness. The findings are by no means uncritical and some scholars are

more critical than others, but Schorsch, Lamberti, Reinharz, Paucker[3] and the rest can so be summarised. Jewish nationally-orientated historians – and this is significant – now only dissent marginally from this view though one can discern a revisionist twist of late.[4] Sober Marxist historians may dwell more on certain innate class-bound shortcomings of the Jewish Defence but do not altogether depart from this evaluation either. The lunatic left-wing fringe with its castigation of Jewish organisations as bourgeois-fascist-imperialist we can dismiss. Their myth of the Jewish group is based on utter ignorance of Jewish life and political reality. It belongs to the realm of ideological polemics and does not deserve the serious consideration of the historian. A few Jewish observers, still fighting the inner-Jewish battles of yesterday, have also proved themselves singularly ill-informed. All this may sound very scathing but the sad fact is that both the Jewish majority organisations, as well as the German Zionists have really suffered a great deal of calumny, entailing wilful misinterpretation of Jewish positions prior to 1933, and later so much so that essential contact and cooperation with the German authorities is equated with collaboration with Nazism after the *Machtübernahme*.[5] So a strong word is needed for once, although the matter should not otherwise preoccupy us here.

On the other hand, I have myself been puzzled by some strange antics and attitudes of the *Centralverein* in the early years of the Republic. All its historians had initially concentrated on 1893–1914 and 1928–1933. We had neglected the First World War and its aftermath but this is now gradually being redressed. At least one Israeli historian has shrewdly questioned C.V. tactics in the war years.[6] I do not essentially subscribe to all these findings. Any form of anti-war stance

---

[3] Ismar Schorsch, *Jewish Reactions to German Anti-Semitism, 1870–1914*, New York – London – Philadelphia 1972;
Marjorie Lamberti, *Jewish Activism in Imperial Germany. The Struggle for Civil Equality*, New Haven – London 1978; Jehuda Reinharz, *Fatherland or Promised Land. The Dilemma of the German Jew, 1893–1914*, Ann Arbor 1975;
Arnold Paucker, *Der jüdische Abwehrkampf gegen Antisemitismus und Nationalsozialismus in den letzten Jahren der Weimarer Republik* (Hamburger Beiträge zur Zeitgeschichte Band IV), Hamburg ²1969. The many articles on this subject by Lamberti, Reinharz and Paucker are listed in the bibliography cited in note 1.

[4] Evyatar Friesel, 'The Political and Ideological Development of the Centralverein before 1914', in *Year Book XXXI of the Leo Baeck Institute*, London 1986, pp. 121–146; David Engel, 'Patriotism as a Shield. The Liberal Jewish Defence against Antisemitism in Germany during the First World War', in *Year Book XXXI of the Leo Baeck Institute*, London 1986, pp. 147–171, are now featuring a somewhat more critical approach.
The two essays are not listed in my bibliography (see note 1) and I wish to draw particular attention to these two important contributions. A debate on Friesel's paper (Evyatar Friesel, Abraham Margaliot, Chaim Schatzker) recently held under the auspices of the Shazar Centre (Israel Historical Society), quite obviously displayed elements of the revisionist twist I mention above. It is likely to be published in *Year Book XXXIII of the Leo Baeck Institute*, London 1988, and may well serve to further the continuing discussion among historians on Jewish defence policy in Germany. An MA thesis by Jürgen Matthäus, *Das Verhältnis zwischen dem „Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" (CV) und der „Zionistischen Vereinigung für Deutschland" (ZVfD) im Ersten Weltkrieg*, Bochum 1986, should now also be consulted, especially in connection with what I touch on here.

[5] Lenni Brenner, *Zionism in the Age of the Dictators. A Reappraisal*, London 1983, may serve as one sample of this lamentable genre.

[6] Engel, *loc. cit.*

was surely impossible for the Jewish group; it would have been a suicidal opposition to an imperialist German population. Such analysis of a time of war tends, too, to overestimate the scope of operation available to Jews, which was extremely limited. But then, had not the antisemites themselves broken the much-trumpeted *Burgfrieden* almost immediately? Certainly there could have been less shilly-shallying, a more offensive strategy, less patriotic breast-beating. It meant that the C.V. (and other groups likewise) found itself with a much-enfeebled voice in the post-war revolutionary phase. One can discern a lukewarm attitude to the November Revolution, a good dose of *Vernunftrepublikanertum* and much else. It took years for more energetic activists and younger functionaries to work their way forwards. That is on record. One of my informants vouchsafes that C.V. *Syndikus* Alfred Wiener was to blame and that C.V. Director Ludwig Holländer was more alert and progressive.[7] Oddly enough their roles were reversed by the time the Nazis had become a mass party. There is sufficient evidence for this too.[8] Individuals and their idiosyncrasies mattered a great deal more than one might think. Jewish organisations were not structured in a very democratic way. A word will be said later about non-elected elites and who represented whom in the German-Jewish group. Initial weakness in the Weimar period is certainly there; but it is worth further investigation.

Jewish political attitudes are intimately connected with Jewish Defence and some controversial points for Weimar Germany may still remain. In the context of both the Imperial *Reich* and the Republic a separate Jewish party would have been a fatuous idea, an easy target for antisemitic ridicule, so it came to the question of political backing and lobbying by pressure groups. Whom did the Jews support and whom should they have supported?

We must summarise the substantial work done on this subject with what is now almost a truism; that Jewish political behaviour did not necessarily reflect their social structure and class interests. An antisemitic German Right drove the Jews to the Left. From say 1880 to 1930 some 60% of the Jewish voters opted for *Fortschritt/Freisinn* and, later, *Deutsche Demokratische Partei* (DDP), while the vote for the *Sozialdemokratische Partei Deutschlands* (SPD) may have gradually increased to almost 30%.[9] There is consensus here though actually the picture is more complex and needs differentiation. The claim for the last word on the subject really goes to Ernest Hamburger and Peter Pulzer to whose essay in *Year Book XXX* I refer you.[10] They rightly linked their investigation of voting

---

[7] Interview with Dr. Eva G. Reichmann, London, December 1984. And I must pay tribute here to Dr. Reichmann, who has read this manuscript prior to publication and to whom, as on so many previous occasions, I am deeply indebted for her valuable suggestions.

[8] Interviews with Dr. Hans Reichmann, London 1962.

[9] For Imperial Germany two seminal works must above all be consulted: Ernest Hamburger, *Juden im öffentlichen Leben Deutschlands. Regierungsmitglieder, Beamte und Parlamentarier in der monarchischen Zeit 1848–1918*, Tübingen 1968; Jacob Toury, *Die politischen Orientierungen der Juden in Deutschland. Von Jena bis Weimar*, Tübingen 1966 (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 19 & 15).

[10] Ernest Hamburger / Peter Pulzer, 'Jews as Voters in the Weimar Republic', in *Year Book XXX of the Leo Baeck Institute*, London 1985, pp. 3–66.

patterns to political activism, Jewish interest groups and regional differences. In consequence we must detract somewhat from the two major parties named. It does not change matters essentially but it teaches us to beware of numbers games, these variations are important.

For the final phase of the Republic I had calculated a Jewish vote of some 70% for the two major working-class parties[11] and here I stand corrected. In my enthusiasm for the thesis of the Jewish group as a progressive factor in German society I overestimated the Jewish stampede to the Left after what can only be termed the "*Jungdo* betrayal"[12] and the collapse of the Liberal centre as a viable political alternative. I think Hamburger and in particular Pulzer, have it with their more cautious approach. While they also dismiss the notion of a general desertion to the *Zentrum* there is no evidence for this, *pace* Knütter[13] *et al*, support for the political Catholicism was larger and may have increased to some 15%–20%. The move to the SPD, apart from the major cities, was smaller, particularly in rural areas and amongst the Orthodox. At most 55% voted Socialist, perhaps 5% Communist. Nevertheless it amounts to a considerable Jewish shift to the Left. I must direct your attention to this authoritative and definitive contribution of Hamburger and Pulzer.

Whom should the Jews have supported? Left-wing Liberalism and Reformist Socialism were the only alternatives in Weimar Germany and I would maintain that after the disappearance of the DDP there was only one party the Jews could vote for, Social Democracy. One has to accept that such a slogan could not be proffered by the *Centralverein*, but if you read between the lines of the C.V. appeals and the sometimes pitiful pleas for time-honoured Jewish party-political neutrality, the advice for the intelligent and discriminating Jewish voter was tacitly implied. By then Jewish funds were discreetly and almost entirely going to the *Reichsbanner* and the SPD. We have it on reliable authority. Jewish political options had narrowed down to this. We had come to the end of the road. And I would put it that the forcing out of Prussia's Social Democratic government in 1932 signalled the end of Jewish emancipation in Germany.

However menacing the clouds on the political horizon, however strongly the reactionary forces were on the upsurge, Jewish electoral and practical support (conditioned by tradition and the experiences of the last hundred years) was

---

[11] Arnold Paucker, 'Jewish Defence against Nazism in the Weimar Republic', in *The Wiener Library Bulletin*, XXVI, Nos. 1/2 (1972), p. 27. My sample interviews were plainly geared too much to the former Jewish population of Germany's big cities.

[12] The shattering effect of the fusion between the DDP and the nationalist *Jungdeutscher Orden* – and the consequent creation of the *Staatspartei* – on the *Centralverein* and the Jewish voters cannot be overestimated. It was the primary reason for the Jewish rush to the Left, and has been repeatedly treated in relation to the Jewish Defence. Cf. P. B. Wiener, ‚Die Parteien der Mitte', in *Entscheidungsjahr 1932, op. cit.*, pp. 292–297; Arnold Paucker, 'Searchlight on the Decline of the Weimar Republic. The Diaries of Ernst Feder', in *Year Book XIII of the Leo Baeck Instiute*, London 1968, pp. 165ff.; Cécile Lowenthal-Hensel/Arnold Paucker (Hrsg.), *Ernst Feder. Heute sprach ich mit ... Tagebücher eines Berliner Publizisten*, Stuttgart 1971, Veröffentlichung des Leo Baeck Instituts, pp. 22ff.; and of course a. o. in Hamburger/Pulzer, 'Jews as Voters', *loc. cit.*, pp. 51ff.

[13] Hans-Helmuth Knütter, *Die Juden und die deutsche Linke in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1971, claims a massive move of Jewish voters to the *Zentrum*. His view is generally not accepted.

bound to remain until the bitter end firmly fixed to the democratic camp. Yet it was imperative to explore other avenues as well. There was persistent intervention on the governmental level (no space to disentangle this here), with Brüning, Papen, not with Schleicher, hardly enough time for that... And it is also quite appropriate, to refer however briefly even in the context of Defence to the contacts Jewish representatives, be it on an "official" or on an individual basis sought to establish with the Conservative Right or the *Anständige nationale Bürgertum*, a painful subject, this, (quite apart from the intellectual feelers to the *Edelnazis* with which some Zionists busied themselves – even more painful.) There is no need to shun this disagreeable topic; it could be asked whether panic fear for the safety of the Jewish population was the only reason involved; politically conservative forces within the C.V. itself were quite perturbed by the growing cooperation of younger Jewish activists with the Socialist working class. And after the departure of Prussia's Socialist government, Jewish *Realpolitik* had to take note that the balance of power had shifted to the Right. With an eye to the future it must be acknowledged that it was just such reactionary groups that harboured those who later were no longer able to stomach the evils of Nazism and were to pay with their lives in 1944 for their futile attempt to destroy its leaders. But we also know that many in the Conservative right-wing resistance remained antisemites or at best indifferent to the fate of the Jews.[14] To return to the end of Weimar, there is little comfort for us here.

When we talk about the response of official Jewish bodies to antisemitism, certain qualifications are not out of place. As I remarked, Jewish organisations were not overly democratic, and elite groupings of notables do not necessarily represent the outlook of the mass of ordinary Jews. Neither did establishments reflect the rebellion of Jewish youth. As to the veteran's organisations, it is in their very nature to lean more to the Right. The RjF leadership allegedly voted largely *Deutsche Volkspartei* (and, by the way, behaved in a very obtuse and reprehensible fashion for a brief period in 1933 and 1934), yet their rank and file (as virtually all Jewish ex-servicemen had become members) must have voted DDP/SPD – were even Zionist.[15] On the other hand, the C.V. activists who employed anti-fascist mass propaganda techniques and collaborated with Socialist agitators were certainly to the Left of general Jewish opinion. We could discuss these implications *ad infinitum*.

As to the inner Jewish-argument on defence only the Zionist – C.V. conflict concerns us here. It seems to be agreed now that Zionist insight into the gravity of the Jewish situation was more profound and much of the criticism of the *Deutschtum* phraseology and of certain aspects of the apologetics of C.V. propaganda remains valid. On the other hand the idea of keeping clear of German

[14] See the revealing essay by Christof Dipper, ‚Der deutsche Widerstand und die Juden', in the special issue of *Geschichte und Gesellschaft*, IX, No. 3 (1983), edited by Reinhard Rürup, *Juden in Deutschland zwischen Assimilation und Verfolgung*, pp. 349–380. It is essential reading!

[15] It is axiomatic of the resultant confusion that even at this conference a political equation was made between the *Reichsbund jüdischer Frontsoldaten* and the right-wing *Stahlhelm* – a comparison which is really inapposite.

politics or harking to the Cassandras of „Grenzüberschreitung" will not find many advocates amongst us today. With due respect to Zionist ideology – which is not at issue here at all – in the context of the Weimar Jewish existence such defeatist stances are now condemned by Zionist and non-Zionist alike. Of course Zionist attitudes underwent changes and intervention and defence became respectable options for a national Jewish minority. That there was no consensus in the Zionist ranks has been admirably shown by Jehuda Reinharz in his recent study.[16] Let us simplify this cleavage by calling them the Landsberg and Blumenfeld factions in the *Zionistische Vereinigung*. Both the palestinocentric outlook and the urgency of anti-Nazi defence had their protagonists. Those whose major pre-occupation was Palestine had largely the upper hand, yet support, financial and otherwise, for anti-fascist diaspora defence is also well documented. On the inner-Zionist argument Reinharz is now our authority. The Nazi threat imposed various tasks on the Jewish community. I would submit that *Abwehr* in Germany remained the paramount duty.

Jewish defence in the established and legalistic sense is generally regarded as having come to an abrupt end with the *Machtübernahme*. Yet I too have been guilty of an oversimplification here. Of course the enemy was now the government in power. But just as later the line is not always easy to draw where stubborn and dignified assertion of Jewish positions shades over into anti-fascist resistance, so it cannot always be nailed down with precision where traditional Jewish Defence against antisemitism ceases and self-organisation for protection against Nazi government measures takes over.[17] The early period of Nazi rule was one of flux, and various forms of Jewish reaction could exist side by side. For instance in reply to the one of the grosser lunacies issuing from the antisemitic arsenal, the C.V. republished, in the summer of 1934, a new edition of a pamphlet against blood libel from which only the direct references to the NSDAP in the first Weimar edition had been excised.[18] The RjF continued its campaign of the vindication of the honour of valiant Jewish front-line soldiers, and from the Jewish press under the Nazis countless examples can be culled of how often, quite bravely, government-backed distortions of Judaism and Jewish characteristics were tackled head on. We could dedicate a whole session to this *Abwehr* alone. It is enough to say that change came gradually though we must accept that the sociological structure of the Jewish community, its legalistic

---

[16] Jehuda Reinharz, 'The Zionist Response to Antisemitism in Germany', in *Year Book XXX of the Leo Baeck Institute*, London 1985, pp. 105–140.

[17] Altogether it must be admitted that the history of the *Centralverein* after 1933 has been insufficiently researched. The reader should consult now: Ray Mary Rosdale, *Der „Centralverein der deutschen* [apparently *sic* and not ‚deutscher'] *Staatsbürger jüdischen Glaubens" 1933–1935. Studien zum jüdischen Selbstverständnis in den ersten Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft unter besonderer Berücksichtigung* der *„C. V.-Zeitung"*, Staatsexamenarbeit, Technische Universität Berlin 1985 (typescript). The three contributions of Jacob Boas to *Year Books XXVII, XXIX, XXXI of the Leo Baeck Institute*, London 1982, 1984, 1986, are also very valuable but do not restrict themselves to the *Centralverein* alone.

[18] See *Blutlügen: Märchen und Tatsachen*, Berlin 1929, and *Zur Ritualmordbeschuldigung*, Berlin 1934. The two editions are five years apart and their perusal can be recommended as an instructive exercise for those concerned with studies of comparative defence literature.

outlook, isolation and lack of power prohibited and inhibited any militant resistance by its establishment. Anti-fascist Jewish resistance did exist – I believe myself that it is considerably underestimated; it can be computed that between 1933 and 1943 close to 2,000 Jewish men and women in Germany engaged in some form of anti-fascist activity, from clandestine anti-Nazi propaganda to the sabotaging of Nazi Germany's war effort; and hundreds were executed.[19] Undoubtedly these political activists were predominantly left-wing Jews motivated mainly by anti-fascism – we honour them all.[20] Resistance could not possibly have been undertaken by the Jewish apparatus, the new Jewish representation in the Third *Reich,* nor hardly by the only too well-known functionaries who had organised defence in Weimar Germany, however hidden or camouflaged. But even here there are notable exceptions, some of the Jewish resistance groups and individuals were "Jewish"-motivated as well. We must leave the tricky and controversial question of the repercussions of acts of resistance on the Jewish community; a last thought may be permitted though, as to whether the welling up of defence in Weimar Germany also strengthened the community in the trials of adversity. It is certainly worth considering. Its preparatory function was probably not so very dissimilar to that of Zionism.

Why does the interest in this subject show no sign of abating? Minority problems now preoccupy us everywhere more and more. The experiences of the Jewish group in Germany carry general implications for others. For Jews themselves, Jewish soul-searching has never ceased – was the Nazi danger sufficiently perceived and did the Jews do all that was possible? There is also its topicality – while the majority of Western Jews have today chosen integration in pluralist societies, problems of self-defence persist, nationally – and internationally as well. There is an overall Jewish instability and insecurity and it does of course include the Middle East; and finally there is that fascination which the story of German Jewry exercises on the mind – and much besides.

I have had to be very selective in my approach and have had to assume that all here are familiar with the history of the *Centralverein* in the Weimar Republic; evidence on its defence work having been published in great detail. I have omitted an exposition of its apologetics, that much maligned form of Jewish

---

[19] See Konrad Kwiet/Helmut Eschwege, *Selbstbehauptung und Widerstand. Deutsche Juden im Kampf um Existenz und Menschenwürde 1933–1945* (Hamburger Beiträge zur Zeitgeschichte Band XIX), Hamburg 1984, and the earlier essays; Helmut Eschwege, 'Resistance of German Jews against the Nazi Regime', in *Year Book XV of the Leo Baeck Institute,* London 1970, pp. 143–180; and Arnold Paucker/Lucien Steinberg, 'Some Notes on Resistance', in *Year Book XVI of the Leo Baeck Institute,* London 1971, pp. 239–247, and *i.a,* a forthcoming essay, in *Year Book XXXII,* by Eric Brothers, on the much neglected topic of active Jewish resistance to Nazism.

[20] It is also not inappropriate to remember in the context of this conference – a fact which does not lack a certain historical irony – that only twenty-five years after a patriotic German Jewry had rushed to join the Imperial colours, their sons and daughters, after emigration, with equal zeal fought Nazi Germany and fascism. From the few who had already joined the International Brigade in 1936 to fight for the freedom of the Spanish people, to the thousands and thousands who volunteered for the British and American armies, from the soldiers of the Jewish Brigade to all those who were with resistance movements and partisan formations of Europe, a whole German-Jewish generation played its part in the defeat of Nazi Germany.

activity – mocked as it frequently still is, not always with justification since it runs the whole scale from the clumsy and the inept to the skilful and well-thought out attempts to convert those still amenable to reasoned arguments. As to *Rechtsschutz*, this pet of the C.V. lawyers, suffice it to say that earlier sceptical assessment of its utility is giving way, in more recent historiography to an evaluation which claims considerable success for recourse to law in Weimar Germany.[21] I have had to dispense with a careful examination of the camouflaged anti-Nazi mass propaganda (described minutely elsewhere) which gradually replaced old-fashioned apologetics and was conducted with – I claim – considerable energy and ability.[22] It had assumed such major proportions in the last years of *Centralverein* endeavours in Germany that it became the central feature of Jewish defence work, an essential ingredient of the defence of the Republic. It produced first rate anti-fascist propaganda, launched with verve and wit; and more recent investigation (my own researches were largely carried out in the sixties) bears this out increasingly.[23] There is also the specific campaign of a parallel body, the *Reichsbund jüdischer Frontsoldaten*. Ulrich Dunker's book is to be commended much,[24] as is the recent searching work on the partly Jewish allied *Verein zur Abwehr des Antisemitismus* undertaken by Barbara Suchy.[25]

---

[21] Unlike my more sceptical judgment in *Der jüdische Abwehrkampf, op. cit.*, pp. 74–84; Donald L. Niewyk, 'Jews in the Courts of Weimar Germany', in *Jewish Social Studies*, XXXVII, Nos. 3/4 (1975), finds that in many fields the prosecution of antisemites was efficacious. The forthcoming comprehensive study by Udo Beer, a dissertation, largely dedicated to the *Rechtschutz* of the *Centralverein* in the Weimar Republic, Kiel University 1986 (to be published in 1986 or 1987 as *Die Juden, das Recht und die Republik. Verbandswesen und Rechtsschutz 1919–1933*, seeks to establish such *Rechtschutz* achievements in depth.

[22] To single out but one aspect of *Centralverein* propaganda: the C.V. constantly stressed the essentially criminal nature of the National Socialist movement (actually compiling catalogues of assorted criminal offences and sentences received by notorious Nazi leaders) which posed a threat to the moral structure of German society (cf. Paucker, *Der jüdische Abwehrkampf, op.cit., passim*; *Anti-Anti: Tatsachen zur Judenfrage*, Berlin 1932, *passim*; *Der Anti-Nazi: Handbuch im Kampf gegen die NSDAP*, Berlin 1932, *passim*). It was as astute as it was unheeded. On precisely this point see the work of German historians such as Wolfgang Scheffler and Hans Mommsen on German moral disintegration under Nazism during the war years and the importance of the purely criminal aspect of the character of the Nazi regime. Cf. Scheffler, ‚Wege zur „Endlösung"', in Strauss/Kampe, *Antisemitismus, op.cit.*, p. 202, and elsewhere; and recently Mommsen, 'The Influence of the Eastern Campaigns on the Internal Structure of the "Altreich" during the Second World War', a paper delivered at a Conference of the German History Society held in Edinburgh on the 17th and 18th April 1986, *on War and Society in Modern German History*.

[23] Some ten years ago I analysed the Socialist brochure, *Was muss das schaffende Volk vom politischen, wirtschaftlichen, religiösen Juden- und Rassenhass des reaktionären Faschismus wissen*? Für Redner und Funktionäre herausgegeben von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Ortsverein Hannover, n.d., together with Ernest Hamburger (the former Social Democratic Deputy in the Prussian Diet, who has already been mentioned above), and we came to the conclusion that it was derived almost entirely from C.V. material and was probably fathered by the *Centralverein* itself. It is one of the most pungent anti-fascist and anti-antisemitic pamphlets ever issued, significantly the pamphlet (c.1924/1925) stems already from the middle years of the Republic; the C.V.'s anonymous anti-Nazi journal *Alarm* (issued from 1929, of which copies are extant in the Wiener Library both in Tel-Aviv and London), should be examined by the student of the period. It constitutes anti-fascist propaganda par excellence.

[24] Ulrich Dunker, *Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten 1919–1938. Geschichte eines jüdischen Abwehrvereins*, Düsseldorf 1977.

[25] Barbara Suchy, 'The Verein zur Abwehr des Antisemitismus (I). From its Beginnings to the

There was both friction and cooperation between these bodies and the C.V., which operated on a much superior intellectual and technical level – but this too is arguable at certain points. The Jewish Defence has also been blamed for lack of martial ardour. You may think this stupid but nonetheless armed combat on the Kurfürstendamm has been advocated in retrospect more than once as a viable activity for the Jewish minorty.

Twenty years of further research have certainly diversified the picture and modified our conclusions. Yet essentially I must stand my ground. Undoubtedly failures and failings of the Jewish Defence can be endlessly enumerated; but many lessons were learned as well. The *Centralverein* emerged from its isolation, a position from which the war against antisemitism just cannot be waged. The new strategy of total defence against fascism was effective and where employed registered measurable successes. The defeat of the Republic cannot be blamed on the Jews; and considering the size of the community, the Jewish Defence mounted a remarkable effort. Resignation when faced with powerful odds is surely not to be recommended as a recipe to Jewish groups anywhere and my own feelings are best summed up in the so-often quoted words of the English nineteenth-century poet Arthur Hugh Clough that it is "... better to have fought and lost, Than never to have fought at all..." and in his moving and pertinent lines[26] which seem particularly apt at this conference held here in Berlin, and in a different Germany, in the year in which we celebrated the 40th anniversary of the victory of the Allied Forces and the liberation of Europe from Nazism:

"Say not the struggle nought availeth,
The labour and the wounds are vain,
The enemy faints not, nor faileth,
And as things have been they remain."

Deutsche Kurzfassung

Die Fallstudie gibt einen kurzen Überblick über die neuere Forschung, inwieweit sie bisherige Einschätzungen zu korrigieren und zu modifizieren vermag. Die meisten Historiker beurteilen mittlerweile die Tätigkeit des Centralvereins positiv, sowohl im Hinblick auf Selbstwehr, als auch im Hinblick auf ein erhöhtes (verstärktes) jüdisches Bewußtsein. Die Haltung des C.V. während des Ersten Weltkrieges ist hingegen kritischer beurteilt worden.

Sowohl beim C.V. als auch bei den jüdischen Wählern insgesamt ist in der

First World War', in *Year Book XXVIII of the Leo Baeck Institute*, London, 1983, pp.205–239; '(II). From the First World War to its Dissolution in 1933', in *Year Book XXX of the Leo Baeck Institute*, London 1985, pp. 67–103. These two substantial essays present much new material on the *Abwehrverein* and also on its relationship to the *Centralverein*.

[26] Clough wrote both poems in 1849 after the defeat of the Italian patriots in the struggle for freedom from Austrian rule.

Endphase der Weimarer Republik ein Linksruck zu verzeichnen; frühere – zu hohe – Schätzungen bedürfen der Korrektur. – Gewisse jüdische Verbindungen mit der deutschen Rechten sind als ziemlich fragwürdig anzusehen. Jüdische Eliten, Funktionäre sind nicht notwendigerweise repräsentativ, was die Analyse erschwert. Die zionistische Einstellung gegenüber der Selbstwehr war komplexer, als bisher angenommen. Konzepte jüdischer Selbstverteidigung der Weimarer Zeit wirkten bis ins Dritte Reich nach. Es kann keine klare Trennungslinie zwischen Antisemitismus-Abwehr und den Positionen jüdischer Selbstbehauptung unter der Nazi-Diktatur gezogen werden. Herkömmliche Selbstwehr bestand weiter fort und stärkte die bedrängte Gemeinschaft. So lange wie möglich hat sich die jüdische Gemeinschaft gegen Antisemitismus und Faschismus energisch zur Wehr gesetzt.

ISMAR SCHORSCH

German Judaism: From Confession to Culture

Permit me to introduce my topic with an allusion to the scientific contribution of the man after whom this building is named. Years ago Niels Bohr defended the dual manner in which physicists spoke of light with a theory of complementarity.

> "So remote is that strange quantum world of the atom that, if we wish to visualize it, a single everyday picture will not suffice. We are reduced to using pairs of conflicting complementary images. Never mind that the wave and particle images are contradictory. We need them both. They merely complement one another."[1]

The profundity of that theory lies in the recognition that the complexity of certain phenomena defies reduction to a single theory of metaphor. The behaviour of light at certain times is best accounted for in terms of waves, at others in terms of particles. The search for truth is best served by contradiction.

While I do not presume to understand the substance behind Bohr's theory, I have long felt that as a statement of method it has great relevance for the historian. The complex objects of our scrutiny are often not exhausted by a single focus, depiction, explanation, or theory. Like a stereoscope, they benefit from more than one perspective, without any promise of ultimate integration. In regard to a subject as involved and differentiated as the state of Weimar Judaism, no one sweeping generalisation will do justice to the full reality. For in truth, Judaism on German soil in its final years of emancipation was riven by countervailing forces, by a rising rate of attrition and a spiritual resurgence that cannot be caught in a one-dimensional assessment. The conflicting religious patterns which appear bespeak the responses of individual Jews in the aggregate to the turbulence of Weimar Germany. Time constraints allow me to address my attention to only two of these patterns, mutually exclusive but not equally significant.

The first which quickly comes to mind is epitomised in the title of Felix Theilhaber's strident and bellicose book, *Der Untergang der deutschen Juden*, first published in 1911 and then again ten years later in a revised version to rebut his many critics. The book represented an early and extreme example of the largely Zionist-inspired scholarly discipline of Jewish sociology and drew an alarming picture of the disintegrating impact of emancipation and modernity on German Jewry as an organised group. A dwindling birth rate and ever larger numbers of exogamous marriages and conversions to Christianity foreboded an irreversible depletion of Jewish manpower. Constituted as a religious confession, German

[1] Banesh Hoffmann, *Albert Einstein Creator and Rebel*, New York 1972, p. 186.

Judaism seemed unable to stem and therefore to survive the steady erosion of its demographic base. The primacy of group interests had fallen victim to rampant individualism.[2]

In 1920 Max Brod re-echoed the lament in softer and more personal terms. His ‚Elegie an die abgefallenen Juden' is a poetic depiction, laden with pathos, of the author's imaginary visit to a vast cemetery of living corpses, of Jews who have forsaken their ancestral ties. But to our astonishment, we are not treated to an outburst of self-righteousness against the unfaithful. On the contrary, the occupants of the cemetery are depicted mainly as youngsters failed by a stern and uncaring Judaism, by parents and teachers who did not reach out to attend to the varied spiritual needs of their children. Not social forces but spiritual deprivation is to blame for the alienation of the young. The poem is a powerful indictment of a community of adults whose shallowness and selfishness threaten to forfeit the Jewish future. Like Theilhaber, Brod was grim about the inner resources available to retain the allegiance of the individual Jew.[3]

But a surge of spiritual and cultural creativity was already well underway, and it is this second pattern that I wish to examine at greater length. National Socialism did not bury a Judaism on the brink of religious exhaustion. If one sector of the community is indeed best accounted for in terms of spiritual bankruptcy, the behaviour of another sector constituted a dramatic polar opposite, whose singular achievement was to deepen and culminate the development of a distinct Jewish subculture in a relatively open and voluntaristic social setting. Though German Judaism did exhibit many of the ravages of assimilation, it also demonstrated the ability to generate new cohesion through cultural vitality.

The existence of this German-Jewish subculture can be most vividly illustrated in the 83 titles published in 92 slim volumes by the *Schocken Verlag* from the end of 1933 to 1938 under the rubric of *Bücherei des Schocken Verlags*. Probably conceived by Salman Schocken himself, the series was designed to select from the wellsprings of all of Jewish literature texts of peculiar relevance to Jewish readers in Nazi Germany. In the spirit of the very first title – Isaiah's prophecies of comfort in the new translation by Buber and Rosenzweig – each selection vibrated with levels of meaning that comprised consolation and instruction.[4] But what is most remarkable about this inspired series is its almost unbounded cultural range and the speed at which it was produced. The 83 titles convey a conception of Judaism as a religious civilisation that spans the Bible, rabbinic literature, medieval and modern Hebrew poetry, philosophy and mysticism, folklore and popular culture, letters and memoirs, modern *belles lettres* and poetry in German and Yiddish, as well as works of Jewish history and histori-

---

[2] Felix A. Theilhaber, *Der Untergang der deutschen Juden*, 2nd rev. edn., Berlin 1921.

[3] Max Brod, *Im Kampf um das Judentum*, Vienna–Berlin 1920, pp. 129–131.

[4] *Die Tröstung Israels*, mit der Verdeutschung von Martin Buber und Franz Rosenzweig, Berlin 1933.

cal sources. The format of the series made it somewhat difficult to do more than allude to the accumulating expressions of Jewish music and art.[5]

After the publication of the first five volumes in November and December of 1933, the plan was to put out two volumes a month or a total of 24 volumes a year, a figure which was in fact achieved only for one year, in 1935. Nevertheless, the production of a German library of 92 volumes of Jewish culture over a period of five years is testimony not only to the urgency of the hour and the dedication of Moritz Spitzer and Lambert Schneider, but also to the very existence of a living cultural legacy. Had that legacy lain inert and uncultivated in Germany since the emancipation, the *Schocken Bücherei* would hardly have managed to put out more than a few consolatory titles. But no *creatio ex nihilo* was called for; there already existed a vibrant subculture to sample and consolidate, because much of the past had steadily been appropriated by a present bent on adding its own distinct voice. In fact, a vast part of the Jewish output of the Schocken Publishing Company from 1931 to 1938 – some 225 titles reflecting a dozen literary genres – reinforces the impression of a flourishing Jewish subculture in the German language.[6]

The creation of a dynamic religious subculture in an age dominated by centrifugal forces constitutes the greatest achievement of the Jews in modern Germany. On the basis of a reorganised local community and a growing network of national institutions, German Jewry erected a cultural superstructure that confuted the conviction that Jewish culture was but a function of political and social exclusion. The westernisation of Judaism, first effected in Germany, was an exercise in creative cultural transmission, a dialectic between inner resiliency and external stimulation. Its rich cultural sediment yielded a Jewish version of German *Bildung*. To the atomised Jew, the most vulnerable victim of assimilation, it held out an infusion of memories and meanings that in moments of receptivity might renew his group consciousness and religious pride. Jewish culture provided the attuned individual with a sense of connectedness to the past, an awareness of other Jewish communities in the present, and a source of spiritual resistance for the future.[7]

There is no doubt that the extraordinary religious and intellectual ferment of Weimar Jewry contributed mightily to the cultural edifice of German Judaism, but it was not a building erected overnight. Since the days of Mendelssohn individual Jews had been producing works of mediation in the service of Judaism and works of confrontation that aired aspects of Judaism incongruent with the modern world. For all its originality, the cultural dynamism of Weimar Judaism is part of a gradual emergence of religious culture that spans the previous century. The rest of this essay will seek to give some

---

[5] A complete list is to be found at the end of the *Almanach des Schocken Verlags auf das Jahr 5699*, Berlin 1938/1939.

[6] Volker Dahm, *Das jüdische Buch im Dritten Reich*, 2 vols., Frankfurt a. Main 1982, II, cols. 507–596.

[7] Leo Baeck, ‚Kulturzusammenhänge', *Der Morgen*, I (1925), pp. 72–83.

evidence of its growth and manner of diffusion, for unmediated culture is of little social import.

The first cogent evidence for the phenomenon is to be found in the *Institut zur Förderung der israelitischen Literatur* formed by Ludwig Philippson in 1855. In February of that year Philippson had issued an appeal to "all German-reading Israelites to found an Israelite literary society" that would devote itself to the publication of works relating to some aspect of Judaism. The avowed purpose was to create the reading public for such books, to counter the absence of a market that destined Jewish works to single limited editions. By April Philippson had sprung a Jewish book club with nearly 1,100 members from across Western Europe, though mostly in Germany, each paying an annual fee of two talers for one copy of every publication.[8]

That the idea for German Jewry's first book club should have come from Philippson was not entirely fortuitous. As editor of the first national Jewish newspaper in Germany begun in 1837, the *Allgemeine Zeitung des Judentums,* he presided over a powerful new catalyst of Jewish culture. While its weekly pages were devoted to informed discussion of contemporary Jewish issues and to the reporting of Jewish current events from around the world, its monthly *feuilleton* generated a steady fare of Jewish *belles lettres,* poetry, memoirs, and translations. Philippson himself became one of the most prolific writers of Jewish historical novels of the century. In retrospect, he was the first of a versatile, energetic, and learned group of editors – men like Marcus Lehmann of *Der Israelit,* Hirsch Hildesheimer of the *Jüdische Presse,* Gustav Karpeles of the *Allgemeine Zeitung des Judentums,* Ludwig Feuchtwanger of the *Bayerische Israelitische Gemeindezeitung,* and Robert Weltsch of the *Jüdische Rundschau* – who transformed the Jewish press in Germany into a major vehicle for the stimulation and spreading of Jewish culture.[9]

During the first three years of operation, the membership of the institute peaked at about 3,600, as it published some twenty titles and distributed a total of 90,000 copies. Altogether it functioned over a period of eighteen years until 1873 and brought out some 87 titles, or on the average of nearly five books a year. The list included a *mélange* of fiction, poetry, travel, translations of Hebrew texts, theology, and a good sample of scholarly works by Graetz, Jost, Fürst, and Geiger. Philippson chaired a small executive committee of three and saw to it that the institute printed a total of nineteen books by him and three by his brother Phoebus, a record that no doubt eventually contributed to discrediting the project.[10]

Twenty years later, in 1893, the founding of the *Verband der Vereine für jüdische*

---

[8] *Die Allgemeine Zeitung des Judentums*, 1855, pp. 87–89, 223–224.

[9] The typology of the editor of the German-Jewish press deserves to be studied. In the meantime, see Max Gruenewald, 'Critic of German Jewry. Ludwig Feuchtwanger and his Gemeindezeitung', in *Year Book XVII of the Leo Baeck Institute*, London 1972, pp. 75–92.

[10] *Die Allgemeine Zeitung des Judentums*, 1857, p. 624. For a complete listing of all the institute's publications see Aron Freimann, *Katalog der Judaica und Hebraica*, rep. Graz (Austria) 1968, pp. 29–30. Philippson's altercation with Graetz over volume II of his *Geschichte der Juden* must also have alienated

Geschichte und Literatur in Hanover provides a second occasion to assess the growth and dissemination of Jewish culture in Germany. Like the institute, the *Verband* was the brainchild of the editor of the *Allgemeine Zeitung des Judentums,* this time in the person of Karpeles, a historian of Jewish literature, who had assumed the post in 1890 upon the death of Philippson. In words that bespoke the enveloping swirl of antisemitism, Karpeles declared that "spreading a knowledge of Jewish history and literature is the most urgent need of the hour".[11] Towards that end the *Verband* promoted the formation of local chapters that would assemble public Jewish libraries, conduct discussion evenings, and hold a series of public lectures each winter on topics connected with the Jewish experience. By 1900 this national effort could boast of some 1,000 annual lectures in about 150 Jewish communities as well as the active participation of the Hildesheimer wing of German Orthodoxy.[12] From 1898 the *Verband* distributed to each member a modest yearbook reviewing the year's Jewish events and scholarly publications along with a religious calendar and a medly of semi-scholarly essays. By 1913 the number of chapters had risen to 219 with an enrolment of more than 16,500 members.[13] It was not to be the last time in Germany that the achievements of Jewish scholarship were to be enlisted in the cause of spiritual resistance. In the words of Ismar Elbogen, on the occasion of his election in 1911 to replace the deceased Karpeles as president of the *Verband:* "Only a community firmly rooted in the past can work for the future."[14]

Yet it is only in the brief span of the Weimar period that the full expanse of a viable ethnic subculture breaks into view. The panorama represents the culmination of an organic development that reaches back to Mendelssohn's translation of the Bible as well as a consequence of the intellectual currents of the twentieth century, the Zionist infusion, and the animating impact of war related events. Judaism had progressively emerged from a lifeless set of theological platitudes into a vital force seeking expression in works of art and literature, history and theology. The motto of the age seemed to be that nothing Jewish was alien and long-abandoned legacies – *Hasidism,* Jewish mysticism, the culture of Eastern Europe – were reappropriated with a vengeance. The Bible itself attracted renewed attention, as Jewish scholars and theologians began to challenge the uncontested dominance of Protestant scholarship. The remarkable cluster of

---

many a subscriber. (Ismar Schorsch (ed.), *Heinrich Graetz: the Structure of Jewish History and other Essays*, New York 1975, p. 55n.).

[11] ‚Mitteilungen aus dem Verband', *Jahrbuch für Jüdische Geschichte und Literatur*, 1910, p. 2.

[12] Ismar Schorsch, *Jewish Reactions to German Anti-Semitism 1870–1914*, New York–London 1972, p.112; ‚Mitteilungen aus dem Verband', *Jahrbuch für Jüdische Geschichte und Literatur*, 1912, pp. 2, 5.

[13] *Ibid.*, pp. 11–46. Given the thrust of my analysis, I would like to believe that the personal experience of Arthur Ruppin was not altogether atypical. His participation from 1892 to 1893 in the Graetz Society for Jewish History and Literature in Magdeburg under Rabbi Moritz Rahmer, a graduate of Breslau, was the most vital expression of an otherwise attenuated relationship to Judaism. The stimulation received therein brought him to reflect seriously on antisemitism and eventually to gravitate towards Zionism. (Alex Bein (ed.), *Arthur Ruppin: Memoirs, Diaries, Letters*, New York 1971, pp. 60–64.).

[14] ‚Mitteilungen aus dem Verband', *Jahrbuch für Jüdische Geschichte und Literatur*, 1912, p. 5. See also the positive assessment by Israel Friedlaender, *Past and Present*, repr. New York 1961, pp. 203–204.

Jewish literature journals that served both as cutting edge and mediator evince the vigour and scope of this cultural effusion. Joseph Wohlgemuth's *Jeschurun*, the *Neue Jüdische Monatshefte*, Buber's *Der Jude*, and Julius Goldstein's *Der Morgen* reflect not only the major sectors of German Jewry, but echo a common ethos that included the practice of critical scholarship, an expanding horizon of Jewish consciousness, and a thoroughly modern sensibility. A committed cadre of Jewish intellectuals and professionals sustained a level of discourse, a vitality of mind, and a diversity of subject-matter that augured, as the title of *Der Morgen* implied, the dawning of a new cultural age.

Moreover, channels of transmission proliferated from the turn of the century, bringing the producers and consumers of Jewish culture ever closer. The *Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft des Judentums* (1902) and the *Encyclopaedia Judaica* (1928–1934) disseminated in different formats the results of a century of Jewish scholarship.[15] The *Gesamtarchiv der Deutschen Juden* (1906) involved at least a few people in each of hundreds of Jewish communities in the preparation of sources for future research.[16] The growth of institutions like the *Lehrhaus* and the *Jugendgemeinde* across Germany held out some promise of offsetting the consequences of a diluted system of Jewish education.[17] And finally an overlay of some 103 papers, periodicals, and annuals assured an uninterrupted flow of Jewish information and opinion.[18] The individual Jew may not have possessed a high degree of Jewish literacy, but the organised community had managed through a succession of distinguished personalities to generate a solid Jewish counterpart to the German tradition of *Bildung*. Despite a century of emancipation, German Jewry had not neared the threshold of dissolution. Indeed, a renewal of communal and cultural vigour had begun to redress the erosion caused by individual attrition. The instruments to deepen Jewish consciousness were in place.

If the German concept of *Bildung* was intimately connected with the revival of Greek classicism, its Jewish counterpart was no less rooted in the emergence of *Wissenschaft des Judentums*. The critical and historical study of Judaism, for all its novelty, was ultimately a vehicle of continuity. The recovery of the past served to shape Jewish consciousness in the present. Translation of either a literal or conceptual sort preserved access to the canon of sacred texts; the narration of Jewish suffering militated against defection; and the revelation of diverse forms of Jewish creativity in the past projected a paradigm for the future. Thus the emerging landscape of Jewish culture was constantly irrigated by the wellsprings

---

[15] ‚Zum Jubiläum der „Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft des Judentums"', *Monatsschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judentums*, LXXII (1928), pp. 1–5. See also the scintillating reviews of volumes 1–4 by Rosenzweig published originally in *Der Morgen* and collected in his *Kleinere Schriften*, Berlin 1937, pp. 521–538.

[16] Eugen Taeubler, *Aufsätze zur Problematik jüdischer Geschichtsschreibung 1908–1950*, Tübingen 1977 (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 36), pp. 1–20.

[17] Rosenzweig, *Kleinere Schriften*, pp. 56–93, 100–105; Nahum N. Glatzer, 'The Frankfort Lehrhaus', in *Year Book I of the Leo Baeck Institute*, London 1956, pp. 105–122.

[18] Margaret T. Edelheim-Muehsam, 'The Jewish Press in Germany', in *Year Book I of the Leo Baeck Institute*, London (1925), pp. 171–172.

of *Wissenschaft*. So too in dark times, when *Wissenschaft* became a source of profound solace. The final *Almanach des Schocken Verlags* which appeared for the year 1938–1939 opened with four small Hebrew poems of Yannai, a prolific liturgical poet in sixth-century Palestine utterly unknown at the beginning of the nineteenth century. They were taken from a magnificent volume of Yannai poems edited by Menahem Zulay and published by the *Schocken Verlag* just a few months before.[19] In Spitzer's faithful translation, Yannai's voice reached across the centuries with a note of inspired consolation.

„Nach Deiner Liebe vergehn uns die Augen.
Der die vom Feindhaß Gehaßten Du liebst.
O sieh auf das Elend drinnen bei uns,
Blick auf den Haß, der von draußen uns trifft,
Wie Lea Du ansahst, im Elend gebeugt,
Blicktest auf den Haß, der ihr Elend erzeugt.
Hasser hatte sie drinnen im Zelt,
War draußen von Schürern des Hasses umstellt.
Nicht jeder, der geliebt ist, ist geliebt,
Nicht jeder, der gehaßt ist, ist gehaßt.
Manch drunten Gehaßter ist droben geliebt.
Gehaßt sind, die Du hassest, geliebt, die Du liebst.
Weil Dich wir lieben, trifft uns der Haß, Heiliger!"[20]

Deutsche Kurzfassung

Die Schaffung einer lebendigen religiösen Subkultur in einem Zeitalter, das von auseinanderstrebenden Kräften beherrscht war, stellt die größte Errungenschaft der Juden im neuzeitlichen Deutschland dar. Die in Deutschland zuerst einsetzende Anpassung des Judentums an die westliche Kulturtradition zeigt eine kreative kulturelle Wechselbeziehung zwischen innerer Dynamik und Stimulierung von außen auf, eine jüdische Abwandlung von „deutscher Bildung". Jüdisches Gruppenbewußtsein und religiöser Stolz wurden wiedererweckt durch Besinnung auf historische Traditionen. Die kulturelle Kreativität des Judentums der Weimarer Zeit entsprach einer sich langsam entwickelnden religiösen Kultur, deren Ursprünge auf das vorige Jahrhundert zurückgingen.

---

[19] Menahem Zulay, *Piyyute Yannai*, Berlin 1938. On the history of Yannai scholarship see Zulay's introduction.

[20] *Almanach des Schocken Verlags auf das Jahr 5699*, p. 7. In Zulay's edition p. 399.

JULIUS CARLEBACH

Orthodox Jewry in Germany: The Final Stages

*Introduction**

Orthodox rabbis do not figure prominently, if at all, in the annals of the history of ideas[1], but they can nevertheless be shown to have had a profound influence on the history of German Jewry. We can illustrate this very effectively if we focus our attention on a single rabbinic concept, *Derech Erez*. In the course of time, *Derech Erez* has come to mean many things, from Education, Employment and Etiquette to Ethics. Whatever the definition, *Derech Erez* is always supplementary to Torah and its special significance lies precisely in the flexibility of the concept. Where, to the Orthodox Jew, Torah is eternal and unchanging, *Derech Erez* can be altered and manipulated to meet the demands of times and persons, of states and nations. Until emancipation, the Jews, confined within ghettos and communities, used *Derech Erez* to enable them to be human in a Jewish world. In conditions of freedom, this trend was reversed, in the desire to be Jewish in a human world. Modern German-Jewish history was profoundly influenced by the thoughts and work of a small group of rabbis, whose particular contributions in developing the concept of *Derech Erez* largely determined the destiny of Orthodox Jews in Germany. Rabbi Ezekiel Landau (1713–1793) recognised the far-reaching implications of Naphtali Herz (Hartwig) Wessely's *Divrei Shalom Ve'emeth* (Words of Peace and Truth) (1782) which called for an unequivocal Jewish acceptance of Joseph II's Edict of Toleration.[2] Landau bitterly attacked Wessely for his failure to consider the consequences of his advocacy. Emancipation, argued Landau, would have to be negotiated in gradual stages,

* I am greatly indebted to Mrs Framroze and her staff in the Inter-Library Loan section of the University of Sussex Library for constant help in finding obscure publications, to my friend and colleague, Dr Gillian Rose, for her expertise in philosophy and her quick grasp of rabbinic thought, and to Carolyn McInnes, who has made this essay legible, though I remain responsible for any failures in making it intelligible. My brother, Rabbi Salomon Carlebach, gave me access to some rare, unpublished material on Joseph Carlebach and Eli Rothschild was most helpful with useful references.

[1] Peter Gay once described Moritz Oppenheim as "the kind of artist whose name appears in Jewish Encyclopedias, but rarely in histories of art". (*Freud, Jews and Other Germans*, New York 1978, p. 102). By the same token, we can safely assert that contemporaries of Kant, Fichte and Hegel, like Ezekiel Landau and Moses Sofer, will only appear in Jewish encyclopedias, never in histories of ideas. That is not because their ideas are parochial, but because histories of ideas are not universal.

[2] For a full discussion of the development of modern Orthodoxy, see my (forthcoming) essay in the *Year Book of the Leo Baeck Institute*.

otherwise it would destroy the possibility of Jewish survival. Rabbi Moses Sofer (1762–1839) took this opposition a step further. Emancipation, he argued, meant that Gentile culture would be superimposed on Jewish religiosity, which could not then survive. Hence, it was necessary to reject it. Both Landau and Sofer saw the conflict as one between a Jewish minority and the state, to whom they offered allegiance but not subservience. They would have preferred toleration to emancipation. The main result of their intervention, however, was to highlight the problem of total obedience to Torah, to Jewish Law, in open societies in which only voluntary commitment would govern religious practice. "Orthodoxy", the common term for such voluntary obedience, would henceforth be seen as being in opposition to the liberalisation of Jewish life.

In their different ways, Wessely, Landau and Moses Sofer had identified *Derech Erez* as that concept which had the potential to regulate the changing position of Jews in the process of emancipation. The problem, as it began to unfold, appeared to be the focal question – if Jews were to be accepted, on equal terms, by the wider society, could they relate to it as Jews? In the early decades of the nineteenth century Jews were still regarded as a "nation", but emancipation would surely mean the acceptance of Jews as equal members of the host-nation, yet the host-nation was also a predominantly Christian society. In fact, there was little prospect that Jews would be accepted as equal nationals, since Germany itself was not, as yet, a nation state. What united Germans in the multiplicity of states and governed their attitudes to Jews, was the newly emergent, humanistic *Bürgertum*, aspirants to the social world of Fichte and Kant, the cultural world of Goethe and Schiller and the spiritual worlds of Schlegel and Schleiermacher. A *Bürgertum* which believed in propriety and order, in instrumental rationality and social precision. Its ethical values were universalist, its loyalties to ruler and state. *Bürgertum*, at its most liberal, was the champion of equality for Jews and that element in the German class structure most likely to accept Jews, within limits, as fellow citizens.[3]

In the 1830s, Samson Raphael Hirsch (1808–1888) addressed the central question of his time: is a Judaism loyal to the Torah possible for Jews living in civilised societies and about to enjoy the benefits and freedoms of emancipation? It was Hirsch's particular achievement to recognise the strong and pervasive similarities between the social and ethical values of traditional rabbinic Judaism and those of German *Bürgertum*. Here was a social class where life style and attitudes would make it possible for the religious Jew to live as a „Mensch unter Menschen". Emancipation should be welcomed, but, Hirsch warned, in itself it would not "make us bigger or smaller".[4] It would be truly beneficial only if it was used a a means to a greater dedication to Torah, or, as he projected it, as a motto, a battle-cry, to his followers, if there is *Torah im Derech Erez*. Hirsch first

[3] For a full discussion, see Henry Wassermann, *Jews, Bürgertum and Bürgerliche Gesellschaft in a Liberal Era (1840–1880)*, Unpublished Ph. D. thesis, Hebrew University, Jerusalem, n. d. (mimeo).

[4] Ben Usiel (S. R. Hirsch). *Neunzehn Briefe über Judentum*, Frankfurt a. Main 1901, pp. 89 and 91 (Letters 16 and 17).

made use of the motto when he established his *Realschule* in Frankfurt a. Main in 1853. As a slogan for creating a new approach to education it was spectacularly successful and spread quickly beyond the confines of the school. When the school was opened, Hirsch set out its aims as follows: „daß sie religiöses Streben mit echter, wahrhaft sozialer Bildung im innigen Zusammenhang bringe das religiöse Ewige mit dem Menschlich Zeitlichen, das speziell Jüdische mit dem allgemein Menschlichen als einheitliches Bildungselement pflege..."[5] Hirsch defined the purpose of the School in very similar terms in a famous article:

„Die innige Vermählung des religiösen Wissens und des religiösen Lebens mit echter, wahrhaft sozialer Bildung; das ist die innige aufrichtige Vermählung der *Torah im Derech Erets*."[6]

In the course of time the concept of *Torah im Derech Erez* conjured up an image of a devoutly observant German Jew, loyal to Torah, steeped in German culture, a model citizen, outgoing, socially aware and conscientious. Yet Hirsch, the originator of the motto and the ideal, withdrew steadily from the demands he had himself imposed and appeared to prefer an isolation which contrasted sharply with the bold programme of his youth. To some extent, this was due to the growing imbalances in Jewish community structures. Governmental legislation, notably the Prussian Act of 1847, shifted the power towards a lay leadership which was predominantly Reform orientated, with the effect that religious provisions were neglected or ignored. This was eventually to lead to the formation of separatist communities and their formal recognition in an Act of 1867. Germany, too, was changing, and, in the second half of the ninteenth century, the humanistic *Bürgertum* gave way to nationalist aspirations, and Jews came to regard themselves, in Moritz Lazarus's terms, as „national-deutsche Bürger jüdischer Religion". Hirsch's system had been precisely tailored to the civil society of earlier years and he remained unwilling to change it.

It was the task of a contemporary of Hirsch, Rabbi Esriel Hildesheimer (1820–1899), to combine strict adherence to Jewish Law with a broader identification with a wider Jewish community and the national culture of Germany, to create what came to be called, a „Kulturorthodoxie". He established a *Rabbinerseminar* in Berlin in 1873 and inspired a generation of students who spread the principle of *Torah im Derech Erez*, which they had observed and absorbed in the Seminary, across the length and breadth of Germany and beyond. Many carried with them a love and devotion for German culture as strong and as all-embracing as their love for Judaism and Torah. Esriel Hildesheimer had an abiding admiration and regard for S. R. Hirsch, but differed quite fundamentally from the older sage. Especially on the question of association with "Heretics", those who denied the religious position of the Orthodox. Hildesheimer declared himself firmly in favour of cooperating with all sections of the community in the public interest.

---

[5] *Festschrift zum 75jährigen Bestehen der Realschule mit Lyzeum der Isr. Religionsgesellschaft Frankfurt am Main*, Frankfurt a. Main 1928, p. 1.

[6] ‚Jüdisches Schulwesen', in *Gesammelte Schriften*, Frankfurt a. Main 1902, vol. 1, p. 262.

In the field of Jewish social welfare, Hildesheimer's wide-ranging activities were unmatched by any aside from Moses Montefiore.

I

Apart from the problems posed by the Reform Movement and assimilationism, which throughout the nineteenth century, albeit in a negative sense, had been the driving force of Torah-true Judaism in Germany, there was little to disturb its inner dynamic, not least because the growth of liberal capitalism brought greater freedom and more secure economic conditions. There was a sense of progress, of moving forward, which even the emergence of political antisemitism did not, at first, undermine. Antisemitism, which all German Jews were willing and able to fight, did have its "positive" side, in that it led to continuous efforts to organise resistance across sectional boundaries, and had the potential to bring hitherto mutually hostile Jewish groups together.[7] The problems of the twentieth century were altogether different and past experiences offered little guidance as to how they might be dealt with. Five factors in particular were to have a profoundly disturbing effect on Orthodox Jewry, the rise of secular Zionism, the emergence of youth movements, the impact of East European Jews, the phenomenon of "intellectual" Judaism, and the emergence of a movement for the rights of women. Each one of these issues, in its separate way, provided a new challenge but most German Jews were not granted the time or opportunity to adjust to the changes taking place around them.

The challenge of Zionism lay for the religious Jew in that the idea of reconstituting the Jews as a nation in their ancient homeland was an essential and integral part of Torah. In the secular context, however, it was wholly unacceptable. The stress on secular nationalism was seen as being contrary to the Jewish tradition and the Zionist claim that it was recreating a "Jewish" state was regarded as a dangerous illusion, not least because many elements in the movement were not merely secular, but quite explicitly atheist and hostile to any form of religious expression.[8] Nevertheless, some efforts were made to find a *modus vivendi* with Zionism, subject to more or less comprehensive demands.

The *Mizrachi* movement was founded in 1902 in Vilna by Rabbi Isaac Jacob Reines (1840–1915) as a religious faction in the World Zionist Organization. Its motto, "The land of Israel for the people of Israel according to the Torah of Israel" clearly stated its goals. It resolved the problem of the secularism of the wider Zionist organisation by defining it as a strictly political organisation with a purely political task. As such, its religous orientations were irrelevant. This issue remained controversial and one of its strongest proponents was Aron Barth

[7] For example, Sanford Ragins', *Jewish Responses to Anti-Semitism in Germany 1870–1914. A Study in the History of Ideas*, Cincinnati, 1980.

[8] For a brief but concise discussion see Donald L. Niewyk, *The Jews in Weimar Germany*, Baton Rouge–London 1980, pp. 154–155.

(1890–1957), a grandson of Esriel Hildesheimer.[9] Barth, in a clearly argued pamphlet, made the point that the Jews as a people had physical needs and spiritual needs. The Zionist Movement had the task of satisfying the physical needs only. It could not, even if it wanted to, satisfy the spiritual needs of the people, because the masses of the people were spiritually too heterogeneous and were united only in their attachment to the people and to the land. Hence, these alone could be the objectives of what could only be a national-political organisation.[10] On the other hand, Barth recalled a saying by Herzl that "Zionism is a return to Judaism before it is a return to the land of the Jews" and in that lay the hope and promise of the *Mizrachi* Movement and the justification for joining the Zionist enterprise. Ten years after the establishment of *Mizrachi,* another organisation, the *Agudas Jisroel,* was founded in Kattowitz. Among its founders was Jacob Rosenheim but it drew mainly on Eastern European Jewry for its membership. The Agudah was more demanding and considerably more ambivalent towards Zionism. A powerful spokesman for the movement was Isaak Breuer (1883–1946), a grandson of Samson Raphael Hirsch. Breuer acknowledged the importance of Zionism, "Mendelssohn initiated the social, Herzl the national, emancipation of the Jews", but in its secularism Zionism was replacing the Galuth of Edom with a Zionist Galuth. If Zionism aimed to establish a state then such a state must perforce have the characteristics of all states. One of these characteristics was force, hence, one way or another, Torah-true Judaism would be subject to coercion. The purely political character of the Zionist movement had to be rejected because it contradicted Judaism itself. "What is 'religious' for the nation of God? Answer – Everything. What is 'worldly' for the nation of God? Answer – Nothing."[11] The true solution for Breuer, and, indeed, for the *Agudah* was a genuine Torah-state, organised in communities and subject to rabbinical authority.

While the *Mizrachi* movement was directly involved in the Zionist programme and through its youth wing participated in pioneering settlements, the *Agudah* remained a predominantly Diaspora-based organisation, which has been at the forefront of an admittedly somewhat acerbic dialogue with the Jewish homeland on the place of Torah in Israel. There were German Jews who aligned themselves with *Mizrachi,* while others preferred the *Agudah.* Either way, many German Jews faced an additional problem, if they had been reared in the spirit of *Torah im Derech Erez.* As the second or third generation, in the first two decades of the century, to have enjoyed the benefits of a dual cultural heritage, they were deeply attached, nationally and/or culturally to a German tradition which was as deep and as emotionally binding as their Jew-

[9] Aron Barth, *Orthodoxie und Zionismus,* Berlin 1920.

[10] *Ibid.,* esp. pp. 27 and 35.

[11] Isaak Breuer, *Das Jüdische Nationalheim,* Frankfurt a. Main 1925, esp. pp. 18, 65 and 83. For a full account of the question, see Stephen M. Poppel, *Zionism in Germany 1897–1933. The Shaping of a Jewish Identity,* Philadelphia 1977, but he has virtually nothing to say about Orthodox Jewry.

ish heritage. Jewish nationalism threatened their loyalties and, with them, their hopes and expectations for the future.

The early years of the twentieth century were a period of unrest and social disintegration, although this was not immediately apparent. The success of *Bürgertum,* the affluence, the smug self-confidence, the pursuit of what S. R. Hirsch would have condemned as *Besitz* und *Genuß* as *Zweck,* as their own justification, persuaded an idealistic, neo-romantic younger generation that there was more to life than the crass materialism of capitalist societies, there was a mystical yearning for a return to nature, to the deeper concerns of human, and, particularly, national spirituality. This trend led to the emergence of youth movements which were to appropriate the roles of a discredited *Bürger* family, resocialise the young to higher values and shift the influence of the young from autocratic fathers and overambitious mothers to the peer group, to a world organised by youth, for youth.[12] Jewish youth in Germany were, for the most part, sufficiently assimilated to be carried along by this wave of discontent and many of them would have been and remained content to give expression to the new mood by joining German youth movements. If variously motivated Jewish youth groups were founded, this was partly because many young Jews discovered, as had their predecessors a century earlier[13], that, no matter how thoroughly assimilated they felt themselves to be, "there remained a Jewish consciousness, a sense of awareness, an emotional attachment which appeared to defy both reason and intellect".[14]

Another reason for the need to establish specifically Jewish youth organisations was the ever present antisemitism which was not long in manifesting itself in the first of the German youth movements, the *Wandervogel.* In the so-called "Zittau Case", in 1913, a Jewish girl, who was fully eligible to join, had her application turned down on the grounds that the *Wandervogel* was a German organisation and had no room for Jews.[15] The repercussions of this case, the debates it gave rise to, and the intense hostility which was directed at Jews by participants in the debate, made independent Jewish youth organisations a necessity. Even so, the young Jews were German enough to model themselves on German movements and to pursue, for the most part, similar aims, objectives and activities. Thus, the "*Wanderbund Blau-Weiß*... was indistinguishable in most regards from the German *Wandervogel*... sharing its programme of outdoor rambling, its glorification of nature, and its rejection of urban culture and bourgeois adult values."[16]

---

[12] For a general review, see Walter Laqueur, *Young Germany, 1896–1933,* London 1962 also J. R. Gillis, *Youth and History,* New York 1974.

[13] Cf. Julius Carlebach, *Karl Marx and the Radical Critique of Judaism,* London 1978, pp. 23–26.

[14] *Ibid.,* p. 24.

[15] See Laqueur, *op. cit.,* Chapter 9, and also, 'The German Youth Movement and the "Jewish Question"', in *Year Book VI of the Leo Baeck Institute,* London 1961, esp. p. 195.

[16] Poppel, *op. cit.,* p. 133. There are a number of useful papers on Jewish Youth Groups in the *Year Book of the Leo Baeck Institute:* Walter Gross, 'The Zionist Students' Movement', Eliyahu Maoz, ,The Werkleute', in IV, London 1959; Walter Laqueur (see note 15), Herbert Strauss, ,The Jugendverband', Joseph Walk, 'The Torah Va'Avodah Movement in Germany', in VI, London 1961; Chanoch Rinott,

Love of nature, rejection of home and school as the twin pillars of parental, middle-class elitism and the attractions of Socialism, were the themes which influenced German and German-Jewish youth groups alike, but for young Orthdox Jews this posed special problems. The authority of parents, the unequivocal demand for study and achievement, the incompatibility of an atheistic ideology like Socialism with Judaism, all made the normative pattern of a youth movement inimical to those reared in Torah tradition. The first such group, *Ezra,* founded in 1918, aimed at educating its members to be loyal to Torah in thought and deed. *Ezra* was a non-Zionist organisation, more in tune with the *Agudas Jisroel* than with *Misrachi.* Home and education were revered, the movement was unashamedly elitist and persuaded many of its members to spend a year or two at a *Yeshivah.* In this they were somewhat revolutionary, since the idea of attending a *Yeshivah* was alien to most German-Jewish parents. The *Misrachi* did set up a "*Misrachi* Youth" in 1910 but this was initially no more than a youth wing of the political organisation.[17] After the First World War, it took on more of the character of a youth movement, led primarily by young men of East European origin, but this group did not appeal to bourgeois German Orthodoxy except in Hamburg where the then Rabbi, Nehemia Nobel, infused the group with the enthusiasm and excitement of his own strong Jewish nationalism.[18] The combination of Zionism and Orthodoxy led in 1927 to the formation of a movement which rejected S. R. Hirsch's *Torah im Derech Erez,* because *Derech Erez* had become too closely identified with German bourgeois culture. Instead, it chose a new motto, *Torah Va'Avodah* (literally "Torah and Labour") where "Torah means law . . . and the rich Jewish way of life . . . Avodah entails active participation in the upbuilding of Erets Israel." S. C. Landau summarised the opposition to Hirsch's conception by arguing that Hirsch had called for "Israel for the sake of Torah" while the new movement was calling for "Torah for the sake of Israel".[19] By the end of the 1920s, religious youth, but more especially religious Zionist youth, was well established and soundly organised, but it had not won over the older generation or its spiritual leaders – or deflected them from their greater passion for a synthesis of German and Jewish culture.

The third factor which seriously disturbed the equilibrium of Orthodox German Jewry was the impact of the Jews of Eastern Europe. One of the least attractive features of the struggle for emancipation in Western Europe had been the steady erosion of respect and recognition for Eastern, especially Polish, Jews. From the time of Moses Mendelssohn to the First World War, a deep antipathy was fostered, aimed initially at the Yiddish language, spoken and perpetuated by Polish Jews. The more German Jews adapted to the lifestyle of German *Bürger-*

'Major Trends in Jewish Youth Movements in Germany', Werner Rosenstock, 'The Jewish Youth Movement', in XIX, London 1974.

[17] Even in Frankfurt a. Main there was no *Yeshivah* until the arrival of Salomon Breuer. When he opened one, his, otherwise extreme Orthodox, congregants were shocked and refused to contribute to its upkeep. Cf. Rosenheim, *Erinnerungen, op cit.,* p. 42 and also pp. 24, 57 and 70.

[18] Walk, *loc. cit.,* pp. 248–249.

[19] *Ibid.*

tum, the more alien and unacceptable East European language, dress, customs and manners became. German Jewry was oblivious to the reality that the prejudices they nurtured towards Jews from the East were assiduously fostered by various states and governments, who used it, applauded it and incorporated it into a legal structure designed to prevent the underprivileged Jews from the East "flooding" into the more tolerant, more permissive and, above all, more affluent West.[20] Legislation was unambiguous. Already, the Emancipation Edict of 11th March 1812 decreed that "Foreign Jews, as such, may not be employed as rabbis or synagogue officials, nor as apprentices".[21] This distaste for *Ostjuden*, built over a century, was deeply ingrained and had penetrated Orthodox Jewry as much as other sections of the community. The situation began to change from the beginning of the twentieth century when East European literature began to infiltrate the Jewish scene, when bright and able students from the East came to Germany to study, when more farsighted individuals, such as Esriel Hildesheimer, began to rouse Jewry to the plight of their East European brethren, when persistent persecution turned world attention towards the East. Most of all, however, it was the German Invasion of Poland in the First World War which brought about the greatest change. With the German army went many Jewish soldiers and these, especially the Orthodox among them, now came face to face with an unsophisticated, poverty-stricken, simple, but deeply and profoundly Jewish population. People, whose entire lives were governed by Torah, had created an authentic, vibrant and dynamic Judaism, in which *Derech Erez* was no more than rabbinic rules of conduct, in which culture meant only Jewish culture, and learning only Jewish learning. The direct experience of Eastern Jewry, profoundly affected the Orthodox Jewish world in Germany, but not enough to produce any real changes.[22] In England and America, East European Jews and their descendants came to dominate Jewish life. In Germany, old prejudices were not entirely overcome, the traditional *Yeshivah* did not find a real home in Germany, any more than Polish Jews themselves, who remained a foreign element not only to the Germans, but also to most of the German Jews, not least because the Easterners continued to be sceptical about the blessings of the new *Derech Erez*.

Frankfurt a. Main holds a very special position in the annals of German Jewry. It was here that Moses Sofer was born. Here Michael Creiznach launched his radical Reform Judaism, and S. R. Hirsch called for a new Orthodoxy through *Torah im Derech Erez*. It had the first „Austrittsgemeinde", and was a centre of

---

[20] Cf. Julius Carlebach, ‚Deutsche Juden und der Säkularisierungsprozeß in der Erziehung', in *Das Judentum in der Deutschen Umwelt 1800–1850*. Studien zur Frühgeschichte der Emanzipation, herausgegeben von Hans Liebeschütz und Arnold Paucker, Tübingen 1977 (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 35), pp. 70–73.

[21] Paragraph 34.

[22] A vivid picture of the meeting of Eastern and Western Jews in Poland is in Alexander Carlebach, 'A German Rabbi goes East', in *Year Book VI of the Leo Baeck Institute*, London 1961. Steven E. Aschheim, *Brothers and Strangers*, Wisconsin 1982, has a good chapter on Polish Jews and the German Army in the First World War.

Zionist activity. In the 1920s, it was the home of the "Frankfurt school", a group of "critical theorists", men like Max Horkheimer and Herbert Marcuse, Walter Benjamin and Erich Fromm, who defined their Jewishness largely in terms of their origins, and pursued their objectives through a socio-political Marxist universalism.[23] If their activities went largely unnoticed in the Orthodox sector (only Erich Fromm had contacts in the Orthodox community), another group of young Jews, though influenced and inspired by Nehemia Nobel, by now the Rabbi of Frankfurt, caused discomfort and disquiet. The group, consisting of men such as Franz Rosenzweig and Martin Buber, Ernst Simon and Nahum N. Glatzer, were populist scholars, knowledgeable in both general and Jewish subjects, Orthodox and non-Orthodox, Zionist and non-Zionist. They refused to seek refuge in the common delineations of organised Judaism, were open yet committed, tolerant but critically so. They sought to bring the Jews to an authentic Judaism, to rekindle a Jewish spirit, to inspire a „Wiederentdeckung der religiösen Wirklichkeit".[24] Rosenzweig revolutionised the young by his message that the core of Judaism was not "unity" which is static, but "unification", the challenge being to bring creation and revelation into harmony. It was not "religion" which was at stake (Rosenzweig did not use the word anywhere) but a "messianic theory of knowledge".[25] More disturbing were ideas that "revelation is certainly not law-giving . . . The primary content of revelation is revelation itself."[26] That Hirsch's Orthodoxy was "unbeautiful in spite of its magnificence"[27], that traditional learning should be reversed, to achieve: "A learning that no longer starts from the Torah and leads into life, but the other way round: from life, from a world that knows nothing of the law, or pretends to know nothing, back to the Torah. That is the sign of the time."[28] There was another reason why Rosenzweig wanted to break with the Hirsch tradition. He vehemently rejected an assertion that Judaism was law. "Judaism *is not* law. It creates law – Aber es *ist* es *nicht*. Es ‚ist' Judesein."[29] That is why Hirsch was unacceptable. He offered emancipated Jews a „gebrauchsfertiges Judentum".[30] The Jew must be able to see „um sich und in sich", to discover his Jewishness.

It was not only this deviant affirmation which worried Orthodoxy. New dimensions of classical and traditional Judaism were popularised, notably *Hasidism* by Martin Buber and *Kabbalah* by Gershom Scholem, albeit in non-traditional contexts. These were facets of Judaism which were virtually un-

---

[23] For an account of the early history (1923–1950) of the Frankfurt School, see Martin Jay, *The Dialectical Imagination*, London 1973. For a discussion of Horkheimer's Judaism see Carlebach, *Karl Marx and the Radical Critique of Judaism*, *op. cit.*, pp. 234–257.

[24] *Joseph Carlebach. Ausgewählte Schriften*, edited by Miriam Gillis-Carlebach, Hildesheim–New York 1982, 2 vols, (hereafter JC–AS) cf. vol 1, p. 700.

[25] *Ibid.*, pp. 704–705.

[26] Franz Rosenzweig, *On Jewish Learning*, New York 1955, p. 118.

[27] *Ibid.*, p. 80.

[28] *Ibid.*, p. 98.

[29] Edith Rosenzweig (ed.), *Franz Rosenzweig-Briefe*, Berlin 1935, p. 425, emphases in the text are Rosenzweig's.

[30] *Ibid.*, p. 424, see also p. 581.

known to West European Jewry, which in the nineteenth century had come to despise *Hasidism* as a feature of Polish Jews and *Kabbalah* as a link with magic and superstition.[31] Orthodox Jews in Germany have been criticised for being "petty-bourgeois".[32] *Bürgerlich* they certainly were. It was part of the ethos of their Jewishness which was transmitted forcefully with the Hirschian system, which dominated the way in which Orthodoxy was practised. The thoroughness and attention to detail, the courtesy and decorum, the hierarchical authoritarianism, all of which owed as much to their German heritage as it did to their Judaism, but in the content of their Orthodoxy, they were less stable. The first three decades of the twentieth century were dramatic and traumatic – the fact that Orthodoxy did not disintegrate altogether is evidence both of its truly Jewish resilience and of the powerful influence which the rabbis, trained in the Hildesheimer Seminary, came to exercise. In the 1920s, this called for considerable flexibility in the face of the challenges we have discussed. The constant and continuous attacks from organised antisemitism and the forceful secularism of some elements in the Zionist movement, called for joint action of Orthodox and Reform representatives, and was sometimes in danger of blurring the lines between them.[33] Religious Zionism, especially through its *Torah Va'Avodah Yeshivoth* and its purity of faith, and the new scholarly Jews who rejected Hirsch but offered a sound alternative, these constituted vital and vibrant points of growth and change.

At the political level too, constant vigilance was needed. In the 1920s emancipation was brought to a conclusion when the Jewish community was granted the status of a "church" with all the legal and financial consequences that this implied.[34] Along with all other sections of the community, Orthodoxy had to develop and pursue policies which would protect its interests. Sometimes this meant opposing the state, sometimes it meant opposing other sectional interests and sometimes it meant a re-examination of accepted religious principles. One important issue should be mentioned here. I have argued on an earlier occasion that one of the more significant effects of social and economic change in the last quarter of the nineteenth century was the imbalance of the sexes, the increasing number of women who were unmarried or widowed. Since the status of women in *Halachah* was dependent on their position in relation to a male (daughter, wife, widow) this was a serious problem because the unattached woman had no real

---

[31] Both *Hasidism* (L 15) and mysticism (L 17) are casually dismissed in Hirsch's *Neunzehn Briefe, op. cit.*

[32] As reported in Alexander Carlebach, *Men and Ideas*, Jerusalem 1982, p. 36.

[33] A case in point was the declaration in 1897 by five rabbis (the „Protestrabbiner") against the Zionist Congress and against the principle of a Jewish state. Two of these rabbis were Orthodox, three were Reform. As a result of their protest the first Congress was held in Basle instead of in Munich. We have already mentioned the joint action against attacks on the Talmud and *Shechitah*. During the 1920s a five-volume compendium, *Die Lehren des Judentums*, was edited by Simon Bernfeld which drew on the work of all sections, from the most Orthodox to radical Reform. (Berlin 1920, 2nd edn. 1922).

[34] Max P. Birnbaum, *Staat und Synagoge 1918–1938. Eine Geschichte des Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden (1918–1938)*, Tübingen 1981 (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 38).

place in the community.[35] In the Weimar period, this problem was exacerbated. During the First World War, 12,000 Jewish men died on the battlefield, a considerable proportion in a total population of 650,000.[36] There had been virtually no attempt by the Orthodox community to face this issue and to alleviate the plight of unattached women, but throughout the twentieth century, the rabbinate came under increasing pressure from organised Jewish women, who, in line with their Gentile sisters, were demanding a say in the affairs of the community. In 1919, Rabbi David Hoffmann, the head of the Hildesheimer Seminary in Berlin, published a *halachic* ruling that, while women could not be elected to sit on community councils, they could be given a vote to elect men of their choice.[37] This ruling was strongly disputed by some other Orthodox rabbis, and led to a vigorous dual campaign for both "active and passive" suffrage. In the same year in which Hoffmann published his ruling, Nobel declared that there was no *halachic* objection to allowing women both active and passive suffrage. Nobel thus became the hero and spiritual mentor of the women's movement, as he had earlier been adopted as guide and counsellor of the youth movements. Nobel explained to Ernst Simon that he had overturned the ruling of his own teacher, not for the sake of the women of Frankfurt, but for the sake of the women and girls of *Erez* Israel, "We cannot rebuild the land without our women and girls."[38] While Jewish women celebrated the success they had achieved, the rabbinate was reluctant to give serious consideration to the question of the place of women in the community, but the Annual Convention of the *Allgemeiner Deutscher Rabbinerverband* in 1928 invited rabbis' wives and delegates of the *Frauenbund* for the first time.[39]

Each one of the main areas of change which promised to revolutionise German-Jewish Orthodoxy in the Weimar period thus found its champion and legitimator in Nehemia Anton Nobel (1871–1922) one of the most influential, though barely remembered, rabbis of the modern era. Nobel was born in Totis, Hungary, the son of Rabbi Joseph Nobel. When he was ten years old, the family moved to Halberstadt in Germany. Nobel studied philosophy at the University of Berlin (where he obtained a doctorate for a thesis on *Schopenhauer's Theorie des Schönen*), and rabbinics at the Berlin Seminary. Both father and son were

---

[35] 'Family Structure and the Position of Jewish Women', in *Revolution and Evolution. 1848 in German-Jewish History*, edited by Werner E. Mosse, Arnold Paucker, Reinhard Rürup, Tübingen 1981 (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 39), see esp. pp. 183–185.

[36] Reichsbund Jüdischer Frontsoldaten (Hrsg.) *Die Jüdischen Gefallenen des Deutschen Heeres, der Deutschen Marine und der Deutschen Schutztruppen 1914–1918. Ein Gedenkbuch*. Berlin 2nd edn. 1932. See also Egmont Zechlin, *Die Deutsche Politik und die Juden im Ersten Weltkrieg*, Göttingen 1969, pp. 538–539.

[37] Marion Kaplan, *The Jewish Feminist Movement in Germany 1904– 1938*, Westport Conn. 1979, pp. 151–153. A German version of this book, *Die Jüdische Frauenbewegung in Deutschland*, was published in Hamburg in 1981.

[38] Kaplan, *op. cit.*, pp. 151–152, Birnbaum, *op. cit.*, pp. 38–39, Ernst Simon, *Brücken. Gesammelte Aufsätze*, Heidelberg 1965, p. 380.

[39] Kaplan, *op. cit.*, p. 164.

disciples of Esriel Hildesheimer.[40] For all that, Nobel formulated a deliberately independent concept of *Derech Erez,* in which a calculated dualism was maintained. Not the subject matter had to be integrated, instead the personality would act as mediator, allowing contending and conflicting approaches to exist side by side in dialectical or paradoxical interaction. Receptive as he was to new trends and ideas, Nobel sought to encompass all change within the confines of *Halachah,* adhering strictly to the principle "Lifnim Meshurath Ha'Din", i. e. to legislate strictly within the confines of Jewish law.[41] Nobel's style was perhaps a little too individualistic to be generally acceptable. Franz Rosenzweig, who loved Nobel as his teacher and friend, who was heartbroken when Nobel died suddenly, aged fifty-three, who named his only son after Nobel[42], nevertheless respected in Nobel only the "Talmud Jew" – not the humanist, the poet not the scientist, the prophet not the philosopher.[43] Rosenzweig wanted Nobel's Torah but not his *Derech Erez.*[44] If the philosopher, Rosenzweig, would accept Nobel only as a Jew, the Breuer brothers, spokesmen and guardians of Orthodox separatism, despised Nobel the communal Rabbi of Frankfurt a. Main. In 1916, when Nobel was offered (and rejected) the Chief Rabbinate of Vienna, he was contemptuously mocked in the Breuers' journal.[45]

Nehemia Nobel was and remains something of an enigma. A founder member of *Mizrachi,* he was deeply committed to Jewish nationalism, but equally strongly devoted to Goethe and German philosophy. He occupied pulpits in Cologne, Königsberg, Leipzig and Hamburg. His most important post was as *Gemeinderabbiner* in Frankfurt (1910–1922). His premature death was a tragedy for Orthodox Jewry in Germany.

II

It was not only the pressures from outside which complicated the situation of Orthodox Jewry in Germany. Equally disturbing or perhaps even more so, were the internal changes which were taking place. There appear to have been four factors which can be identified here. The first relates to the constant shifts and

[40] 'Nehemia Anton Nobel', by Eugen E. Mayer in Leo Jung (ed.), *Guardians of our Heritage, 1724–1953,* New York 1958, quote on p. 576.

[41] Cf. Simon *op. cit.,* pp. 375–380.

[42] *Rosenzweig-Briefe, op. cit.,* p. 445.

[43] *Ibid.,* p. 420.

[44] *Ibid.,* p. 464.

[45] S. R. Hirsch was succeeded in Frankfurt by Salomon Breuer, under whose banner a small monthly, *Jüdische Monatshefte,* was published from 1913–1921. It was edited by Pinhas Kohn (1867–1942). The main contributors were Salomon's sons, Raphael (1881–1932), Joseph (1882–1980) and Isaak (1883–1946). The main thrust of the journal was an unrelenting campaign in favour of the „Trennungsprinzip" and against Reform and Zionism. On the whole, the journal adhered to Hirsch's policy of attacking only ideas, not individuals (*Neunzehn Briefe, op. cit.,* p. 93 „Achten Sie Alle", „Alle meinen das Heil der Brüder"). It says a great deal for the force and influence of Nobel that this principle was violated in his case when the journal published an anonymous, sarcastic and gratuitously insulting piece on Nobel. See *Jüdische Monatshefte,* 3/7 (1916), pp. 228–230.

manipulations born of a genuine desire to organise, to present a united face to the world, to pool the formidable resources in ability and in commitment to Torah in the common objectives of defence and self-assertion. Beginning with the formation of *Misrachi* in 1902, a famous Conference in Kattowitz laid the foundations for *Agudas Jisroel* in 1912, although it took another decade before this movement assumed some sort of organised shape. At the same time, the international efforts to unite Orthodoxy also saw vigorous attempts to regulate the affairs of the Orthodox within Germany. Invariably and perhaps inevitably, questions raised by the separatist and Zionist movements constantly intervened. An assertive Reform movement, now calling itself "liberal" caused a tremendous stir just before the First World War with the publication of „Richtlinien", which were anathema to the Orthodox and led to scathing attacks and increased attempts to disqualify those Orthodox Jews who, as opponents of the separatists, remained within general communities as „Gemeindeorthodoxe". There was a growing trend in Europe towards democracy and pluralism and this, too, caused difficulty because Torah Judaism operated on absolute values and was predicated on the unchallengeable authority of recognised rabbinic leadership.[46] The increasing influence of East European Jewry, the growing independence of youth and the changing fortunes of German *Bürgertum* in the Weimar period also led to a steady decline in the dominance of the *Torah im Derech Erez* conception which had dominated German Orthodoxy for so long.

So powerful was the Hirschian influence, that those who sought for more immediately relevant formulations would still do so under the guise of the Hirschian motto and with awed deference to its originator. The third factor lay in the success of the Hildesheimer Seminary. The rabbis who graduated from this establishment were so rich in sheer ability that it is not really surprising that some would choose conflict as the best means of asserting themselves. Standards of oratory, of literary output, of organisational innovation and of leadership were so high that anything less than outstanding achievement was in danger of going by default.[47] And it was not only rabbis, but scholars, lawyers and teachers from the Seminary who were eventually distributed over the entire Jewish world. This would explain the apparent contradiction between the calm, peaceful and, on the whole, serene congregational living of the period and the bitter conflicts which took place at the same time. The fourth factor is also related to the Seminary. Rabbi David Hoffmann, its prestigious director, died in 1921. He had been ill for some time before that, and a young rabbi, a product of Lithuanian *Yeshivoth,* was brought in to assist Hoffmann and eventually to take his place. Rabbi Abraham Kaplan was only thirty years old when he took over the

[46] There is a good and thoroughly confusing account of the problems of organising in Schwab, *The History of Orthodox Jewry in Germany,* London n. d. [1950], Chapters 14 and 15. See also Alberto Jonas ‚Die „Achduth"', in *Der Jude,* 8/2 (1924), pp. 122–126.

[47] Cf. Isi Jacob Eisner, 'Reminiscences of the Berlin Rabbinical Seminary', in *Year Book XII of the Leo Baeck Institute* London 1967, esp. pp. 35–36. See also the brief notices on many of the Seminary graduates in Isidor Grunfeld, *Three Generations. The Influence of Samson Raphael Hirsch on Jewish Life and Thought,* London 1958.

directorship, but quickly established his position and gained the confidence and loyalty of the students. He re-enforced the primacy of talmudic study and opened the way for Orthodox German youth to go to the great *Yeshivoth* in the East. Sadly, he died a mere three years later. His place was taken by Jechiel Weinberg (1885–1966), also a product of Mir and Slobodka *Yeshivoth*. He obtained his doctorate at the University of Giessen and was Rabbi of Charlottenburg when he first began to teach at the Seminary. Like Kaplan an outstanding talmudist, he became the last director of the Seminary. During the War he was confined in a number of concentration camps, but survived and settled in Switzerland where he was recognised as one of the world's greatest talmudic authorities.[48] The seemingly effortless way in which these two Lithuanian scholars moved into an environment which had been dominated by a German-nationalist ethos, in which German culture was, as we have seen, an integral part of its Orthodoxy, is quite remarkable and says a great deal about the impact of East European Jewry.

Kaplan and Weinberg not only shared a Lithuanian background and talmudic excellence, they also shared a profound admiration for Samson Raphael Hirsch and a deep commitment to the *Musar* movement of Rabbi Israel Salanter.[49] This admiration for Hirsch was not based on his efforts to bring Jewish religious and civic aspirations into harmony. As outsiders, Kaplan and Weinberg did not share the German nationalism so strongly felt in many Jewish circles, nor did they have the same love for German culture which gained Hildesheimer's *Kulturorthodoxie* such a wholehearted response. Both were well-versed in philosophy and other secular subjects, but brought to it a detachment which was new and quite unusual. Weinberg also remained aloof from Zionist aspirations as long as the Jewish nationalist movement did not define its aims (and subsequently its actions) as the establishment of a state based on *Halachah* rather than law. (*Medinath Halachah* not *Medinath Chuk*). So the Berlin Rabbinical Seminary, which S. R. Hirsch himself had not approved of,[50] neglected its outstanding founder and acknowledged Hirsch as its spiritual inspiration. The full effects of these changes did not, however, have a direct impact on the Orthodox Jewish

[48] His best-known works are his Responsa, *Seridei Esh* (four parts in two volumes), which also contain a number of important essays, Jerusalem 1977. Grunfeld has discussed the work of Kaplan and Weinberg in the Seminary (*op. cit.*, pp. 74–79).

[49] Rabbi Israel Salanter (Lipkin) 1810–1883) was the founder of a movement to raise the moral and ethical standards of Jewish youth, origninally in Eastern Europe, through the extensive *Musar* (ethical) literature of Judaism, which had accumulated over the centuries and which included many great classics. He exercised influence mainly through a highly specialised method of teaching in Lithuanian *Yeshivoth*. In 1857, he went to Germany to introduce his teachings there. He adopted German dress and taught in German. His movement had similar aims to those of S. R. Hirsch (Weinberg in his essay on Hirsch in *Seridei Esh* equates the work of Hirsch and Salanter), cf. Joseph Elias, 'Israel Salanter', in L. Jung (ed.), *Jewish Leaders 1750–1940*, Jerusalem 1964, and Dov Katz, *The Musar Movement* (2 vols.) Tel-Aviv 1975. The main principles of the movement are set out by Salanter in *Or Yisrael* (The Light of Israel), Vilna 1900 (repr. Bnei Brak 1969).

[50] In 1885, Esriel's son, Hirsch Hildesheimer, wrote a long, bitter letter about S. R. Hirsch's refusal to accept the Seminary as an "Orthodox Jewish establishment". The writer stated that his letter had been read and approved by his father, Mordechai Eliav (Hrsg.), *Rabbiner Esriel Hildesheimer Briefe*, Jerusalem 1965, Veröffentlichung des Leo Baeck Instituts, pp. 207–216.

communities in Germany.[51] Here, rabbis trained in the Hildesheimer-Hoffmann traditions held sway and, for the most part, continued to adhere to the popular notion of synthesis in Hildesheimer's *Kulturorthodoxie*. Nevertheless, the time of *Kulturorthodoxie* was drawing to a close, symbolised perhaps by the premature deaths of Nehemia Nobel, the rabbi who could not live without Goethe, and Franz Rosenzweig, the last great representative of a „deutsches Judentum".

The last interpreter of *Torah im Derech Erez* in Germany was Rabbi Joseph Carlebach (1883–1942). Born in Lübeck, the eighth child of Rabbi Salomon Carlebach, he was a brilliant student and went to Berlin to study natural sciences, mathematics, philosphy and pedagogics under teachers such as Professors Max Planck, Wilhelm Dilthey, and E. Warburg, while, at the same time, pursuing Jewish studies at the Berlin Rabbinical Seminary under David Hoffmann, Joseph Wohlgemuth and the sons of Esriel Hildesheimer, Hirsch and Meir. The first great man he recalled meeting as a child was Esriel, many of whose thoughts and ideas found their implementation in the work of Joseph Carlebach. As soon as he had graduated in Berlin, he was appointed to teach in the Lemel School in Jerusalem, where he came face to face with an implacable opposition, from ultra-Orthodox circles, to the study of secular subjects, a problem which he resolved with the support of men such as the famous Rabbi Avraham Jizchak Kook and the saintly Rabbi Samuel Salant. Here Joseph Carlebach developed his first ideas on Jewish education and acquired an abiding love for the Holy Land. Military duties brought him back to Germany, where he completed his studies, receiving a doctorate in mathematics from the University of Heidelberg and a rabbinical diploma from the Berlin Seminary. During the First World War, Joseph Carlebach was posted to Lithuania, where, as a *Landesbeirath,* he had specific instructions to organise education for Jewish children, which he did by establishing a high school in Kowno and Riga in which revolutionary changes (for East Europe) were introduced. After the War, he briefly occupied the pulpit in Lübeck, vacated by his father's death, and was then appointed headmaster of one of Germany's best known Jewish schools, the *Talmund Torah Schule* in Hamburg. In 1924, he was elected to the highly esteemed Chief Rabbinate in Altona, and in 1936, to head the large community in Hamburg. Throughout the 1930s, he spurned many offers of prestigious positions abroad, was deported with his family in 1941 and died a martyr's death in 1942.[52]

If Nehemia Nobel had been first and foremost a philosopher, Joseph Carlebach was first and foremost an educator. A restless spirit who was forever seeking new knowledge and new insights, fiercely independent and self-assured, he approached the world with a rocklike faith in God, an absolute dedication to

[51] They may well account for the way in which German-Jewish immigrant communities in the United States, England and Israel evolved.

[52] Naphtali Carlebach, *Joseph Carlebach and his Generation,* New York 1959; B. S. Jacobson, 'Joseph Carlebach', in Jung (ed.), *op. cit.;* Haim H. Cohn, 'Joseph Carlebach', in *Year Book V of the Leo Baeck Institute,* London 1960; Miriam Gillis, *Chinuch Ve'Emunah* (Education and Faith), Tel-Aviv 1979. See also JC-AS.

Torah and an infinite love and compassion for the Jewish people. He was severely critical of Reform ideology, of biblical criticism and of secular Zionism, but he also attracted large groups of Reform adherents to his Bible lectures and actively supported the settlement programme in Palestine. He welcomed Chaim Weizmann publicly in Hamburg, when Weizmann's name was anathema in Orthodox circles, celebrated the works of men like Hermann Cohen and Martin Buber and was an ardent admirer of Franz Rosenzweig. Though closely aligned with the aims of *Agudas Jisroel,* he nevertheless subjected the second great assembly of that movement to an incisive critique, an act which is said to have lost him a share in the political leadership of that organisation.[53]

Manifold and varied as Joseph Carlebach's interests and activities were, at the centre of all his concerns was the question of the true meaning of *Torah im Derech Erez*. He returned to it again and again, not as an abstractly academic issue, but as the vital question which alone could yield an answer to the equally vital question – what can we – should we – transmit to our children? *Derech Erez* in Joseph Carlebach's conception was certainly about education, about employment, about etiquette, but most of all it was about ethics, about *Sittlichkeit*, that crucial component in *Menschlichkeit* which bonded the individual to the Almighty, which was the expression of the divine in an earthly, human reality.[54] "The young," he declared early in his career, "are pining for the eternal, they are not interested in the mundane concerns of daily life."[55] And so it was essential to find a concrete basis for the eternal, a medium which could convey the spirit of God to a floundering seeker. Like Hirsch, Joseph Carlebach firmly believed in nature as a facet of divine revelation and, as a master of the natural sciences, he relished the experience of revealing nature's secrets to his pupils. If Torah was the core of all morality, of all teaching and of all learning, what was the real *Derech Erez* and how did one combine it with the charms, attractions and seductiveness of other cultures?

A less independent mind would surely have sought refuge in the all-embracing system of S. R. Hirsch, but the very completeness, the closed exclusiveness of that system left Joseph Carlebach full of admiration for Hirsch, "the most pious of the pious", but from a distance.[56] Integral to *Sittlichkeit* was the ability to inquire, to examine and to evaluate, to react and to engage with ideas, all ideas, perhaps to accept them, perhaps to reject them, perhaps sometimes to discard them altogether, but only because they had been found wanting. An early, youthful attempt to find a solution, but one appropriate to the rank of *Landesbeirath*, an officer in the German Army, was made in a hesitant short article, ‚Moral

---

[53] Joseph Carlebach, ‚Die 2 Kenessio Gedaulo zu Wien', in *Jeschurun*, 16, 9/10 (1929), pp. 425–442, in which he criticised the movement for an inadequate formulation of practical goals, for the suppression of Jewish national aspirations, and for endangering the democratic process „die Entmündung der jüdischen Gesamtheit", p. 438.

[54] JC-AS, 1, p. 221.

[55] *Ibid.*, 2, p. 1033.

[56] *Ibid.*,2, p. 1036.

als Politik',[57] in which he explored the possibility that German politics were superior to those of other nations because Germany was bound by a moral code which was sufficiently close to that of the Jewish Code to give meaning to a synthesis of *Torah im Derech Erez*. The brutality of war, the crescendo of racial hatred which arose, both during and after the War, the realisation that in a global war Jew fought Jew, each in defence of his country, in accordance with *Derech Erez*, negated such a solution. So the search had to go on. In the 1920s, Joseph Carlebach talked of the *conflict* between Torah and *Derech Erez*,[58] and still disillusioned by the aftermath of War, of the possibility of linking Torah not with an alien or other culture, but with Jewish culture, a culture which, like European cultures, carried within it secular knowledge. So that the Hirsch motto could now be rephrased, or re-interpreted to say how pleasant it is to "teach Torah *through* secular sciences".[59]

With the advent of the Nazi era, this speculative reasoning of the 1920s became the intuitive response to what was to come. For 150 years Orthodox Jews in Germany had struggled to find the correct and appropriate level of association within German culture. That level which would allow them to be good Jews and loyal, responsible citizens of the German nation. Now the issue was abruptly nullified, because emancipation had been reversed, Jews, whatever their level of integration or assimilation, were expelled from and utterly rejected by the host nation. If there were still a question of *Torah im Derech Erez*, it could only find an answer within the parameters set by Moses Sofer and Ezekiel Landau. In an article written in 1934, Joseph Carlebach returned once more to this important issue. The task he apppears to have set himself was to review the formulations of S. R. Hirsch and Esriel Hildesheimer and to examine them in the light of the changes which had taken place. Hirsch, the man of the spirit (*Künder des Ideals*) had provided the correct analysis in his conceptualisation that, while Torah is eternal and unchanging, the task of *Derech Erez* was to bring every civilisation into the orbit of Torah. In his time, that civilisation was a humanistic German *Bürgertum* which, in so far as it did not contradict Torah, especially in its science, became itself Torah and it thus became the task of the Jewish school to proclaim the message that *Derech Erez* was not a side-issue to *Mitzvah* but „Weltkulturelle Tätigkeit" become *Mitzvah*. This extension of *Torah im Derech Erez* was that of a concentric circle in which the centre (Torah) was unchanged, the circle was enlarged but not fundamentally different. This conception was the first magnificent attempt, „die jüdische und allgemeine Welt in Theorie und Praxis zu versöhnen". Where Hirsch typified the man of spirit, Hildesheimer typified the man of action, the „Verwirklicher". Where the man of spirit is confined to the four paces (*Ellen*) of *Halachah*, the loneliness of the *Lehrhaus*, turned in on

[57] *Jeschurun*, 1/11 (1914), pp. 410–413.

[58] In a lecture to teachers from Freiburg. The text of the lecture is unfortunately lost, cf. Gillis, *op. cit.*, p.22.

[59] JC-AS, 2, p. 1032. Miriam Gillis-Carlebach has provided a comprehensive analysis of the *Torah im Derech Erez* issue in Joseph Carlebach's work, 'The Meanings of Derech Erez', in *Niv Hamidrashia*, 1976/1977, pp. 106–112.

himself, the man of action goes out into the world, seeks out people, to help them, to make them happy, to revive them spiritually.

Between them, the two classic Jewish ideal-types convey the challenge to the individual Jew, to seek a balance, to combine theory and praxis. Torah knows no division between life and lore (*Leben und Lehre*). To study Torah and disseminate lore and justice „in uns und um uns"[60], was the task, it was the „Ursinn" of the motto, *Torah im Derech Erez*. It was and will remain problematic because there will always be a tension between Torah and occupation, both essential, both liable to disturb a proper balance, just as there will always be a tension between Torah and science, since science is fond of denying everything the eye cannot see and the hand cannot grasp, and many have fallen victim to this „Rauschtrank der Moderne".[61]

It will not have escaped the attention of his readers that, in spite of the title of this article, Jopseph Carlebach did not address himself in his analysis to the German situation at all. In a slightly later essay, in which the theme occurs again, the question is analysed under three headings, namely, in relation to general culture and eduction, in relation to occupation and livelihood, and in relation to the development of Erez Israel. These are described as the Jewish "reality". If the dream of earlier generations of a happy synthesis between German and Jewish cultures had proved ephemeral, those who had remained loyal to Torah in Germany had no need to search for new meanings in their existence.[62]

Joseph Carlebach's final formulation was offered in a scintillating and provocative sermon at his Induction as Chief Rabbi of Hamburg in 1936 in the presence of officers of the *Gestapo*. Using as his text, Zechariah VIII: 20–23, he developed his idea and ideal of the „jüdische Mensch", the Jew who would attain to *Menschlichkeit* through his Jewishness, through his complete and unswerving obedience to Torah. Setting aside all internal differences amongst Jews, he called on all of them to share with him the great task of Jewish-humanitarian endeavour until, in the days to come, "nations shall take hold of him that is a Jew, saying: 'We will go with you, for we have heard that God is with you'". (Zech. VIII: 23)[63] When Joseph Carlebach was deported to the Jungfernhof Concentration Camp, outside Riga, he immediately set out to organise schooling for the children in the Camp, and succeeded in arranging instruction in arithmetic, foreign languages, geography and history, in addition to tuition in Jewish subjects.[64] It was a syllabus almost identical to the one suggested by Naphtali Herz (Hartwig) Wessely in *Divrei Shalom Ve'Emeth*, 159 years earlier. Thus, the ultimate irony, that the syllabus which was to bring Jewish children into the orbit of German culture was also the syllabus which occupied them when they

---

[60] Hirsch in his *Neunzehn Briefe* called for „Umsicht und Aufsicht" (L5), Rosenzweig called on his followers to look „um sich und in sich" (*Zur jüdischen Erziehung*, Berlin p. 46).

[61] Joseph Carlebach, ‚Torah im Derech Erez. Das Losungswort der Deutschen Orthodoxie' in *Deutsch-Israelitische Zeitung – Die Laubhütte*, 51/27 (28th December 1934).

[62] Joseph Carlebach, *Das Gesetzestreue Judentum*, Berlin 1936, esp. p. 51.

[63] *Feier zur Einführung Sr. Ehrwürden des Herrn Oberrabbiners Dr. Joseph Carlebach*, Hamburg 1936.

[64] Gillis, *Education and Faith*, *op. cit.*, p. 28.

were eliminated. In a last report from the Camp, Josef Katz wrote, "Sometimes when I return from work at night, I see the Chief Rabbi, leaning on his cane, walking slowly behind a corpse"[65], fulfilling the *Mitzvah* of accompanying the dead, even if their final resting place is only a dump on the edge of a camp. It was the triumph of *Torah im Derech Erez* realised.

Deutsche Kurzfassung

Seit Anbeginn jüdischer Geschichte bestand die Einsicht in die Notwendigkeit von Verhaltensmaßregeln für zwischenmenschliche Beziehungen, die in Rechtsvorschriften entweder nur impliziert oder gänzlich übergangen werden und die eine universale Suche nach Menschlichkeit widerspiegeln (*derech eretz*). *Derech eretz* ist stets eine Ergänzung zur Thora. Seine besondere Bedeutung liegt in der Flexibilität seines Konzepts. Vor der Emanzipation machten die Ghettojuden Gebrauch von *derech eretz*, um in der jüdischen Welt menschlich zu bleiben; unter der Freiheit der Emanzipation, um in einer von Menschen bestimmten Welt jüdisch zu bleiben. Sechs Rabbiner repräsentieren durch ihre Ideen und Taten das Leben orthodoxer Juden in Deutschland in der modernen Zeit: Ezekiel Landau, der einen Kompromiß mit der Emanzipation schließen wollte, und Moses Sofer, der sie ablehnte; Samson Raphael Hirsch, der durch die Emanzipation die Thora verwirklichen wollte; Esriel Hildesheimer, der allen Thora *und* Emanzipationen geben wollte; Nehemia Nobel, der den Emanzipationsgedanken mit der Idee einer doppelten Nationalitätszugehörigkeit verband; und Joseph Carlebach, der seine Gemeinde dazu anleitete, ohne die Emanzipation zu leben und zu sterben.

Der Schwerpunkt des *derech eretz* in der modernen Zeit lag auf der Erziehung. Samson Raphael Hirsch und seine Nachfolger belebten die im Schwinden begriffene Orthodoxie von neuem, indem sie vor allem durch ihre Schulen bewiesen, daß Thora und moderne Bildung gleichzeitig kultiviert werden können.

[65] Josef Katz, *One Who Came Back. The Diary of a Jewish Survivor*, New York 1973, p. 29.

Entrechtung
Emancipation Revoked

Reinhard Rürup

Das Ende der Emanzipation: Die antijüdische Politik in Deutschland von der „Machtergreifung" bis zum Zweiten Weltkrieg

Die Verfolgung, Entrechtung und Vertreibung der deutschen Juden von 1933 bis zum Beginn der Deportationen sind in den vergangenen Jahrzehnten Gegenstand intensiver wissenschaftlicher Forschung gewesen.[1] Trotz noch immer bestehender Lücken – so fehlt zum Beispiel eine umfassende Untersuchung der Verfolgungsgeschichte in Berlin, wo zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft rund ein Drittel der jüdischen Bevölkerung im Deutschen Reich lebte[2] – sind wir heute über alle wichtigen Daten und Ereignisse hinreichend informiert, und in zahlreichen lokal- und regionalgeschichtlichen Studien ist unsere Kenntnis des Verfolgungsprozesses nicht nur erweitert, sondern auch differenziert und präzisiert worden. Dennoch bestehen über die Interpretation wichtiger Vorgänge und über die Bewertung von Wirkungszusammenhängen nach wie vor Meinungsverschiedenheiten. Diese betreffen nicht nur Einzelprobleme wie die Entstehung der „Nürnberger Gesetze" oder das Tempo der „Arisierung" der gewerblichen Wirtschaft, sondern auch solche Grundfragen wie die nach dem Stellenwert der antisemitischen Ideologie und der Funktion der antijüdischen Maßnahmen für die Stabilisierung des nationalsozialistischen Regimes und die Mobilisierung der Bevölkerung im Sinne der „nationalen Revolution". Strittig ist insbesondere, wie gradlinig oder verschlungen der Weg von dem radikal antisemitischen Programm der NSDAP zu den Vernichtungslagern war, ob und in welchem Umfang die Diskriminierung und Verdrängung der Juden während der dreißiger Jahre bereits im Hinblick auf den späteren Völkermord erfolgten, und welche Bedeutung den Kompetenzstreitigkeiten und partiellen Interessengegensätzen der obersten Staats- und Parteistellen für die Entwicklung der antijüdischen Politik beizumessen ist.[3]

---

[1] Zur Forschungsentwicklung siehe Konrad Kwiet, ‚Zur historiographischen Behandlung der Judenverfolgung im Dritten Reich', in *Militärgeschichtliche Mitteilungen*, 27, Heft 1, (1980), S. 149–192; Otto D. Kulka, 'Major Trends and Tendencies in German Historiography on National Socialism and the "Jewish Question" (1924–1984)', in *Year Book XXX of the Leo Baeck Institute*, London 1985, S. 215–242.

[2] Dazu bisher Kurt J. Ball-Kaduri, ‚Berlin wird judenfrei. Die Juden in Berlin 1942/43', in *Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands*, 22 (1973), S. 197–241.

[3] Vgl. hierzu vor allem Hans Mommsen, ‚Die Realisierung des Utopischen: Die „Endlösung der Judenfrage", im „Dritten Reich"', in *Geschichte und Gesellschaft*, 9 (1983), S. 381–420; Saul Friedländer, ‚Vom Antisemitismus zur Judenvernichtung: Eine historiographische Studie zur nationalsozialistischen Judenpolitik und Versuch einer Interpretation', in *Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg*.

Unter dem Primat der Fragen nach dem an den europäischen Juden im Zweiten Weltkrieg verübten Völkermord, nach seinen Voraussetzungen, seiner Vorbereitung und Planung, werden die Unrechtshandlungen gegen die Juden im Deutschen Reich bis 1939 bzw. 1941 häufig nur als „Vorgeschichte" der auf sie folgenden, noch schlimmeren Verbrechen behandelt. Das hat ohne Zweifel seine sachliche Berechtigung, kann jedoch zu perspektivischen Verzerrungen führen. So ist einerseits in der wissenschaftlichen Literatur lange Zeit wie selbstverständlich angenommen worden, daß Entrechtung, Vertreibung und Völkermord Teile eines genau kalkulierten, die jeweils verfügbaren Möglichkeiten ausschöpfenden Stufenplans waren. Nur langsam setzte sich in der Forschung die Einsicht durch, daß es einen in diesem Sinne umfassenden und konkreten Aktionsplan nicht gab; der Völkermord lag vielmehr in der Logik des rassistischen Antisemitismus, aber er war nicht von vornherein der Zielpunkt aller gegen die Juden seit 1933 ergriffenen Maßnahmen.[4] Andererseits liegt in der Interpretation der Verfolgungsgeschichte bis zum Kriege als bloßer „Vorgeschichte" nicht selten auch eine Verharmlosungstendenz. Die Entlassung aus dem Beamtenverhältnis, die Nichtzulassung zum Studium und zu akademischen Berufen, der Ausschluß aus dem kulturellen Leben, die alltäglichen Demütigungen und Schikanen, der Verlust der wirtschaftlichen Existenzgrundlage erscheinen vor dem Hintergrund der Vernichtungslager als vergleichsweise unwichtige Sachverhalte. Auch in der Erinnerung der überlebenden Opfer treten die bitteren Erfahrungen der dreißiger Jahre hinter dem noch Schrecklicheren zurück, das darauf folgte. Selbst die erzwungene Emigration kann in solcher Sicht trotz aller Not und Verzweiflung nachträglich nur als die große Chance betrachtet werden, den Mördern zu entkommen.[5]

Um die besondere Qualität dessen zu begreifen, was mit den Juden in Deutschland zwischen der „Machtergreifung" und dem Beginn des Völkermords geschah, muß man sich klarmachen, daß in diesen Jahren bereits die Hoffnungen und die Ergebnisse von rund anderthalb Jahrhunderten deutscher und europäischer Geschichte radikal zerstört wurden. Mit Recht ist die Einzigartigkeit des Völkermords an den europäischen Juden immer wieder betont worden.[6] Es wird jedoch darüber manchmal übersehen, wie tief einschneidend die

---

Entschlußbildung und Verwirklichung, hrsg. von Eberhard Jäckel und Jürgen Rohwer, Stuttgart 1985, S. 18–60; Kurt Pätzold, ‚Von der Vertreibung zum Genozid. Zu den Ursachen, Triebkräften und Bedingungen der antijüdischen Politik des faschistischen deutschen Imperialismus', in Klaus Drobisch u. a., *Faschismus in Deutschland. Faschismus der Gegenwart*, Köln 1980, S. 209–246; Wolfgang Scheffler, ‚Wege zur „Endlösung"', in Herbert A. Strauss u. Norbert Kampe (Hrsg.), *Antisemitismus. Von der Judenfeindschaft zum Holocaust*, Bonn 1985, S. 186–214.

[4] Grundlegend für diese Einsichten sind die Untersuchungen von Uwe Dietrich Adam, *Judenpolitik im Dritten Reich*, Düsseldorf 1972; Karl A. Schleunes, *The Twisted Road to Auschwitz. Nazi Policy towards German Jews, 1933–1939*, Urbana 1970; Kurt Pätzold, *Faschismus, Rassenwahn, Judenverfolgung. Eine Studie zur politischen Strategie und Taktik des faschistischen deutschen Imperialismus (1933–1935)*, Berlin 1975; dazu jetzt auch der von Jäckel und Rohwer herausgegebene Konferenzband (siehe Anm. 3).

[5] Vgl. hierzu auch Pätzold, *Faschismus*, *op. cit.*, S. 11.

[6] Siehe u. a. Yehuda Bauer, *The Holocaust in Historical Perspective*, Seattle 1978; Lucy S. Dawidowicz, *The Holocaust and the Historians*, Cambridge, Mass. 1981.

Maßnahmen des „Dritten Reiches" gegen die deutschen Juden waren, bevor noch der Entschluß zur physischen Vernichtung allen jüdischen Lebens gefaßt wurde. Längst vor dem Beginn der Deportationen war es den Nationalsozialisten gelungen, die Voraussetzungen für die Fortdauer einer jüdischen Existenz in Deutschland gründlich zu zerschlagen. Dabei handelte es sich nicht um einen vorübergehenden Rückfall in längst vergangene Zeiten der Judenfeindschaft und -verfolgung, sondern um etwas grundsätzlich Neues: die radikale Abkehr von den Prinzipien der Emanzipation, der Integration und der Assimilation, die seit dem späten achtzehnten Jahrhundert das Zusammenleben von Juden und Nichtjuden in Europa bestimmt hatten. Gegen diese Entwicklung hatte es beträchtliche Widerstände gegeben, auch Verzögerungen und Rückschläge, doch konnte die moderne Gesellschaft auf die gleichberechtigte Einbeziehung der Juden gar nicht verzichten, wenn sie sich nicht selber untreu werden wollte[7]. Der Antisemitismus seit dem letzten Drittel des neunzehnten Jahrhunderts hatte daher weder als politische Bewegung noch als ideologische Strömung eine ernsthafte Chance der Durchsetzung seiner Ziele, solange die europäischen Staaten in ihrer gesellschaftlich-politischen Verfassung auf die im achtzehnten Jahrhundert entwickelten Grundsätze der modernen Gesellschaft verpflichtet blieben. Genau das änderte sich jedoch 1933 in Deutschland, und die neuen Machthaber zögerten nicht, ihre radikal antisemitischen Vorstellungen in die Praxis umzusetzen.

Daß die „Machtergreifung" der Nationalsozialisten das Ende der Emanzipation bedeuten würde, darüber konnte bei den aufmerksamen Zeitgenossen gar kein Zweifel bestehen. Seit der Formulierung ihres Parteiprogramms von 1920 hatte die NSDAP immer wieder in aller Öffentlichkeit gefordert, den Juden das Staatsbürgerrecht zu nehmen und sie in Deutschland unter „Fremdengesetzgebung" zu stellen.[8] Seit 1931 waren von der Innenpolitischen Abteilung und der Rechtsabteilung der Reichsleitung der NSDAP zahlreiche Denkschriften und Gesetzentwürfe ausgearbeitet worden, die die prinzipielle Aufhebung der Rechtsgleichheit der Juden zum Ziel hatten.[9] Hitler und Göring wiesen 1931/1932 in öffentlichen und vertraulichen Erklärungen unmißverständlich auf die geplante „Ausschaltung" der Juden aus dem politischen, kulturellen und wirt-

---

[7] Siehe dazu Reinhard Rürup, *Emanzipation und Antisemitismus. Studien zur „Judenfrage" der bürgerlichen Gesellschaft*, Göttingen 1975; *idem*, ‚Emanzipation und Krise. Zur Geschichte der „Judenfrage" in Deutschland vor 1890', in *Juden im Wilhelminischen Deutschland 1890–1914*. Ein Sammelband herausgegeben von Werner E. Mosse unter Mitwirkung von Arnold Paucker, Tübingen 1976 (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 33), S. 1–56.

[8] Vgl. Adam, *op. cit.*, S. 24ff.; in Punkt 5 des Programms der NSDAP von 1920 hieß es, nachdem vorher festgestellt worden war, daß Juden nicht Staatsbürger sein könnten, weil sie nicht „deutschen Blutes" seien: „Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast in Deutschland leben können und muß unter Fremdengesetzgebung stehen."

[9] Vgl. Adam, *op. cit.*, S. 28ff.; der stellvertretende Leiter der Innenpolitischen Abteilung, Ernst von Heydebrand und der Lasa, schlug vor, den Juden sofort die deutsche Staatsangehörigkeit abzuerkennen, dann jedoch im Hinblick auf das Ausland die daraus folgenden Maßnahmen nicht zu überstürzen, sondern – abgesehen von der Anlage eines Juden-Verzeichnisses und dem Ausschluß aus der Beamtenschaft – „zunächst alles auf sich beruhen zu lassen und beruhigende Erklärungen abzugeben" (zit. nach Adam, *op. cit.*, S. 30).

schaftlichen Leben hin.[10] Im Spätjahr 1932 wurde in einem internen Programmpapier der NSDAP ein strategisches Konzept formuliert: Bei einer Regierungsbildung auf der Grundlage der absoluten Mehrheit werde man die Rechte der Juden auf dem Wege der Gesetzgebung, bei einer Koalitionsregierung auf administrativem Wege beseitigen.[11] Dabei ging es von Anfang an nicht nur um eine Änderung der Rechtsstellung, sondern um eine grundlegende Änderung der sozialen Stellung der jüdischen Bevölkerung in Deutschland. Das Ende der Emanzipation bedeutete nicht nur die Aufhebung der Rechtsgleichheit, sondern die Forderung der Segregation statt der Integration, der Dissimilation statt der Assimilation. Es waren daher durchaus keine nachträglichen Konstruktionen, wenn es beispielsweise im Dezember 1938 im Reichsinnenministerium hieß, daß das „Ziel" von Anfang an „eine reinliche Scheidung zwischen den Juden und zwischen allem, was deutsch ist", gewesen sei[12], oder wenn im Oktober 1942 in einer vertraulichen Information der Parteikanzlei mitgeteilt wurde, daß es von den ersten gegen die Juden gerichteten Maßnahmen an immer darum gegangen sei, „eine völlige Trennung des Judentums vom deutschen Volkskörper" herbeizuführen.[13]

Das waren die Ziele der Nationalsozialisten. Man darf jedoch nicht übersehen, daß die Aufhebung der Rechtsgleichheit und die Bekämpfung eines angeblich zu großen und schädlichen „jüdischen Einflusses" auf die deutsche Gesellschaft von einem breiten antisemitischen Konsens der politischen Rechten in Deutschland getragen wurden. Nicht nur die Nationalsozialisten, sondern auch die Deutschnationalen und der Stahlhelm sowie große Teile des national-konservativen Beamtentums und der Kirchen waren von der Existenz einer – antisemitisch definierten – „Judenfrage" und der Notwendigkeit einer „Lösung" dieser Frage überzeugt.[14] Die Selbstverständlichkeit, mit der die Entrechtung und soziale Ausgrenzung der Juden im Lager der nicht-nationalsozialistischen politischen Rechten nicht nur hingenommen, sondern unterstützt und vorangetrieben wurde, ist angesichts der Distanzierung von gewalttätigen „Exzessen" gegen die

---

[10] Vgl. Adam, *op. cit.*, S. 26f.

[11] Vgl. Schleunes, *op. cit.*, S. 70.

[12] Referentenentwurf für eine Rede des Reichsinnenministers am 16. Dezember 1938, die weitere Entwicklung der antijüdischen Politik betreffend, zitiert nach *Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung. Dokumente des faschistischen Antisemitismus 1933 bis 1942*, hrsg. von Kurt Pätzold, Leipzig 1983, S. 200. Die Entwicklung von der Politik der sozialen Ausgrenzung zur Vertreibung kommt in diesem Dokument ebenfalls klar zum Ausdruck: „Die tatsächliche Trennung kann erst dann als erreicht angesehen werden, wenn der letzte Jude die Reichsgrenze überschritten hat. Dieses Ziel wird angestrebt und es kann als Hauptziel aller innenpolitischen Maßnahmen angesehen werden" *ibid.*, S. 201).

[13] Vertrauliche Information der Parteikanzlei vom 9. Oktober 1942, „Vorbereitende Maßnahmen zur Endlösung der europäischen Judenfrage. Gerüchte über die Lage der Juden im Osten" betreffend, zitiert nach *Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung, op. cit.*, S. 352.

[14] Christof Dipper, ‚Der deutsche Widerstand und die Juden', in *Geschichte und Gesellschaft*, 9 (1983), S. 349–380, hat mit reichhaltigem Material nachgewiesen, daß die Überzeugung, daß in Deutschland tatsächlich eine „Judenfrage" existiere, die der „Lösung" bedürfe, bis in die Kreise des konservativ-nationalen Widerstands hineinreichte. Zum Stellenwert des Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft seit dem späten neunzehnten Jahrhundert siehe Shulamit Volkov, ‚Kontinuität und Diskontinuität im deutschen Antisemitismus 1878–1948', in *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 33 (1985), S. 221–243.

Juden und des späteren Entsetzens über den Völkermord bis heute allzuwenig beachtet worden. „Wenn DNVP und Stahlhelm zur Macht gekommen wären", schrieb George L. Mosse schon 1965 in einem Aufsatz über ‚Die deutsche Rechte und die Juden', „so wären die Juden wahrscheinlich auch aus dem öffentlichen Leben und aus den freien Berufen ausgeschlossen und in ihren staatsbürgerlichen Rechten beschränkt worden. Ihr Leben würde vermutlich so ausgesehen haben wie das der Juden in der Nazizeit von 1933 bis 1938."[15] Man kann natürlich daran zweifeln, ob die nicht-nationalsozialistische Rechte genauso radikal vorgegangen wäre wie die Nationalsozialisten, doch gab es in der Grundentscheidung hinsichtlich des Endes der Emanzipation keinen ernsthaften Dissens. So war es bezeichnend, daß es im Reichskabinett, das ja überwiegend aus Nicht-Nationalsozialisten bestand, weder einen Protest gegen Hitlers Ankündigung des „Boykotts" vom 1. April 1933[16] noch eine Kritik am „Arierparagraphen" im Entwurf des Berufsbeamtengesetzes vom 7. April 1933 gab.[17] Auch Hindenburg als Reichspräsident billigte, indem er sich für Ausnahmeregelungen zugunsten der „Frontkämpfer" im Berufsbeamtengesetz einsetzte, gleichzeitig ohne weiteren Widerspruch die Einführung eines Sonderrechts und damit das Ende der Rechtsgleichheit für die deutschen Juden.[18]

Vizekanzler von Papen glaubte sich noch nach 1945 damit rechtfertigen zu können, daß er angenommen habe, es werde bei den Juden lediglich um eine „Fremdengesetzgebung" gehen, „unter der sie als Gäste im Lande weiterleben

---

[15] George L. Mosse, ‚Die deutsche Rechte und die Juden', in *Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik*. Ein Sammelband herausgegeben von Werner E. Mosse unter Mitwirkung von Arnold Paucker, 2. Auflage, Tübingen 1966 (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 13), S. 237.

[16] Vgl. Pätzold, *Faschismus, op. cit.*, S. 71. Vor allem im Hinblick auf die nicht-nationalsozialistischen Mitglieder der Regierung ist von Pätzold daraus der Schluß gezogen worden: „An der Spitze des faschistischen Deutschlands stand demnach im März 1933 ein Kabinett von Antisemiten" *(ibid)*. Auch daß Goebbels am Vorabend des „Boykotts" – in Übereinstimmung mit dem Parteiprogramm der NSDAP, aber in unübersehbarem Widerspruch zum geltenden Recht – als Minister öffentlich erklärte, daß die Juden in Deutschland lediglich „Gäste" seien, führte zu keinen Protesten seiner Kabinettskollegen (vgl. Schleunes, *op. cit.*, S. 82).

[17] Pätzold, *Faschismus, op. cit.*, S. 81: „Gegen diesen Paragraphen erhob kein Kabinettsmitglied Einspruch, nicht ein Minister hielt es für notwendig, dazu das Wort zu nehmen."

[18] Hindenburg ging in seinem Schreiben an Hitler vom 4. April 1933 auf das Grundproblem der Rechtsgleichheit aller Staatsbürger überhaupt nicht ein; er wies lediglich darauf hin, daß ihm „eine solche Behandlung jüdischer kriegsbeschädigter Beamten persönlich ganz unerträglich" sei und appellierte darüber hinaus zugunsten früherer jüdischer Frontsoldaten sowie der Väter und Söhne von an der Front gefallenen Soldaten an Hitlers „kameradschaftliche Gesinnung" (vgl. *Dokumente der Deutschen Politik und Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart*, hrsg. von Johannes Hohlfeld, Bd. 4, Berlin (o.J.), S. 47f.). – In der Praxis war die Bedeutung der „Ausnahmen" (wozu auch der Eintritt in die Beamtenstellung vor dem 1. August 1914 gehörte) allerdings erheblich: Von 717 Richtern und Staatsanwälten „nichtarischer Abstammung" konnten auf Grund dieser Bestimmungen zunächst 336 (= 47%) im Dienst bleiben; von 4585 Rechtsanwälten behielten sogar 3167 (= fast 70%) ihre Zulassung, und von ca. 4500 Ärzten mit einer Krankenkassenzulassung konnten fast drei Viertel als Kassenärzte weiterpraktizieren (Daten nach Bruno Blau, *Das Ausnahmerecht für die Juden in den europäischen Ländern 1933–1945*, New York 1952, S. 7). Diese Zahlen belegen eindrucksvoll den großen Abstand zwischen den antisemitisch geprägten Vorstellungen von jüdischer Existenz und der Wirklichkeit sozialer Integration und Assimilation in Deutschland.

durften wie andere Personen nichtdeutscher Staatsbürgerschaft".[19] Reichswirtschaftsminister Schacht lehnte im Interesse eines raschen wirtschaftlichen Wiederaufstiegs zwar jedes „unvernünftige" Übergreifen antijüdischer Maßnahmen auf die gewerbliche Wirtschaft ab, stand aber dem Gedanken der „Fremdengesetzgebung" ebenfalls nicht ablehnend gegenüber.[20] „Man stempele die Juden in jedem gewünschten Maße zu Einwohnern minderen Rechts durch entsprechende Gesetze", schrieb Schacht im Mai 1935 in einem Memorandum für Hitler, „aber für die Rechte, die man ihnen lassen will, gewähre man ihnen staatlichen Schutz gegen Fanatiker und Ungebildete."[21] Ganz ähnlich sprach sich der preußische Finanzminister Popitz im August 1935 in einer Ministerbesprechung dafür aus, „daß die Regierung eine bestimmte Grenze – gleichviel wo – für die Behandlung der Juden setze, dann aber mit Nachdruck sorge, daß diese Grenze innegehalten werde".[22] Von den Bündnispartnern der Nationalsozialisten war, wie solche Äußerungen erkennen lassen, gegen das Ende der Emanzipation so gut wie gar kein Widerstand zu erwarten. Man lehnte einen unkontrollierten, die Autorität des Staates gefährdenden, antijüdischen Aktionismus ab, aber man verteidigte weder die Rechtsgleichheit noch die soziale Integration der Juden. Im Vergleich zum Straßenterror, zu Pogromen und zum systematisch geplanten Völkermord mag man das eine „gemäßigte" Position nennen, auf dem Hintergrund der deutsch-jüdischen Geschichte bis 1933 war es ohne Zweifel eine radikale Position, denn auch diejenigen, die wie Schacht oder Popitz „Auswüchse" verurteilten und „Grenzen" gewahrt wissen wollten, bejahten und unterstützten den entschiedenen Bruch mit den bisherigen Grundlagen jüdischer Existenz in Deutschland, mit den Prinzipien der Emanzipation und Integration. Die in der wissenschaftlichen Literatur häufig anzutreffende Unterscheidung zwischen einem „gemäßigten" und einem „radikalen" Antisemitismus ist daher für den Prozeß der rechtlichen Diskriminierung und der sozialen Ausgrenzung der Juden bis in den Zweiten Weltkrieg hinein nur von geringer Trennschärfe.[23]

---

[19] Franz von Papen, *Der Wahrheit eine Gasse*, München 1952, S. 289; vgl. Pätzold, *Faschismus, op. cit.*, S. 20.

[20] In dem Entwurf für eine Rede Schachts am 18. August 1935 in Königsberg wird eine „Fremdengesetzgebung" gegen die Juden, unter ausdrücklichem Bezug auf das Programm der NSDAP, als politisches Ziel bezeichnet (vgl. *Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung, op. cit.*, S. 103), und auch vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg versuchte Schacht sich mit dem Argument zu rechtfertigen, daß es zunächst um nicht mehr als eine „Fremdengesetzgebung" gegen die Juden gegangen sei (vgl. Pätzold, *Faschismus, op. cit.*, S. 20f.).

[21] Memorandum Schachts über ‚Imponderabilien des Exports', das Hitler am 3. Mai 1935 übergeben wurde, zitiert nach Pätzold, *Faschismus, op. cit.*, S. 212. Vgl. hierzu auch unten S. 109f.

[22] Johannes Popitz am 20. August 1935 in einer sog. „Chefbesprechung" im Reichswirtschaftsministerium, zit. nach Hans Mommsen, ‚Hitlers Stellung im nationalsozialistischen Herrschaftssystem', in *Der „Führerstaat": Mythos und Realität*, hrsg. von Gerhard Hirschfeld u. Lothar Kettenacker, Stuttgart 1981, S. 55; vgl. ausführlich zu dieser Besprechung Pätzold, *Faschismus, op. cit.*, S. 242ff.

[23] In einer programmatischen Erklärung über „Wesen und Ziel der Nationalsozialistischen Idee" formulierte Gregor Strasser am 17. Oktober 1930: „Wir wollen keine Judenverfolgung, aber wir fordern die Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Leben" (zitiert nach G. L. Mosse, ‚Die deutsche Rechte und die Juden', *loc. cit.*, S. 238). Das war eine Formel, die auch für viele der „gemäßigten" Antisemiten akzeptabel war. Der „gemäßigte" Antisemitismus war 1. gegen die Anwendung physischer Gewalt, 2. für Ausnahmeregelungen zugunsten bestimmter jüdischer Perso-

1933 und in den Jahren bis zum Krieg gab es noch keine Vorstellung davon, bis zu welchen Konsequenzen das Programm der „reinlichen Scheidung" und der „völligen Trennung" schließlich vorangetrieben werden würde. Von denjenigen, die für die Vorbereitung und Durchführung des Völkermordes verantwortlich waren, wurde im Nachhinein ein Drei-Stufen-Modell konstruiert: 1. die soziale Trennung innerhalb des Deutschen Reiches; 2. die räumliche Trennung durch die Vertreibung aus dem Reich; 3. die „Endlösung" durch die Ermordung aller Juden im deutschen Herrschaftsbereich – der Völkermord als Prophylaxe gegen die Gefahr einer erneuten, zukünftigen „Vermischung".[24] Die dritte Stufe lag zunächst außerhalb aller konkreten Erwägungen, und auch das Konzept der Vertreibung durch die erzwungene Auswanderung gewann erst im Laufe der Jahre schärfere Konturen.[25] Dagegen galt die soziale Trennung auf der Grundlage sonderrechtlicher Bestimmungen als eine Aufgabe, die sofort in Angriff zu nehmen war. Nur für wenige Wochen standen nach der „Machtergreifung" die Probleme der Machtsicherung im Vordergrund, dann setzten die ersten gesetzlichen und außergesetzlichen Maßnahmen ein, die speziell gegen die Juden gerichtet waren.

Es ist gelegentlich darauf hingewiesen worden, daß es während der gesamten Dauer des „Dritten Reiches" zu keiner zusammenfassenden Regelung der Rechtsverhältnisse der Juden in Deutschland gekommen ist. Es hat, um es in der Sprache der voremanzipatorischen Zeit zu sagen, kein einheitliches „Judengesetz" gegeben. Daraus sind zum Teil weitreichende Schlüsse hinsichtlich der Unentschlossenheit, Widersprüchlichkeit und Perspektivelosigkeit der nationalsozialistischen „Judenpolitik" gezogen worden, die uns noch näher beschäftigen werden. Im Frühjahr 1933 ist allerdings von einer Arbeitsgruppe, die vermutlich im Auftrag des preußischen Innenministeriums tätig war, ein „Entwurf zu einem Gesetz zur Regelung der Stellung der Juden" ausgearbeitet worden, mit dem der Versuch einer umfassenden Normierung unternommen wurde.[26] In 22 Paragraphen wurde u. a. der Begriff „Jude" rechtlich fixiert, eine Zwangsorganisation der gesamten jüdischen Bevölkerung – bei weitreichenden staatlichen Aufsichts- und Eingriffsrechten – geschaffen, der Verlust aller politischen Rechte ausgesprochen, die Nichtzulassung zu allen Stellen im öffentlichen Dienst sowie zu leitenden Positionen im gesamten Kulturbereich, aber auch im Bankenwesen festgelegt, der Besuch nichtjüdischer Schulen und die Mitgliedschaft in nichtjüdischen Vereinen untersagt, die Eheschließung zwischen Juden

---

nengruppen und Individuen, 3. für die Einführung sonderrechtlicher Bestimmungen für die Juden, 4. für die soziale „Zurückdrängung" der Juden.

[24] In der „Wannseekonferenz" am 20. Januar 1942 nannte Heydrich als die „wesentlichsten Momente" der antijüdischen Politik „a) die Zurückdrängung der Juden aus den einzelnen Lebensgebieten des deutschen Volkes, b) die Zurückdrängung der Juden aus dem Lebensraum des Deutschen Volkes", denen nun die „Endlösung" folge (vgl. *Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung, op. cit.*, S. 336ff.). Dieses Stufen-Modell, in teilweise wörtlicher Übereinstimmung der Formulierungen mit dem Protokoll der „Wannseekonferenz", findet sich auch in der vertraulichen Information der Parteikanzlei vom 9. Oktober 1942 (siehe Anm. 13).

[25] Zur Entwicklung der Auswanderungspolitik siehe Schleunes, *op. cit.*, S. 169ff.

[26] Vgl. hierzu Adam, *op. cit.*, S. 33ff.

und Nichtjuden verboten sowie der außereheliche Geschlechtsverkehr unter Strafe gestellt, die amtliche Kennzeichnung durch den Zusatz des Buchstabens „J" zum Namen vorgeschrieben. Dieser Entwurf, der am 6. April 1933 fertiggestellt war, wurde jedoch nicht verwirklicht und offenbar nicht einmal ernsthaft diskutiert. Obwohl er in seinen Paragraphen viele der späteren gesetzlichen Bestimmungen vorwegnahm, hat er auf die weitere Entwicklung keinen nachweisbaren Einfluß gehabt.[27]

Die Führung des nationalsozialistischen Staates entschloß sich statt dessen zu einer Strategie der Einzelregelungen, die für sie im Vergleich zu einem allgemeinen „Judengesetz" erhebliche Vorteile bot. Ein solches allgemeines Gesetz hätte, wenn es bald nach der „Machtergreifung" erlassen worden wäre, durch seine einschneidenden Bestimmungen zweifellos die prekäre internationale Stellung des „Dritten Reiches" wesentlich verschlechtert. Es hätte darüber hinaus den Juden eine Stellung zugewiesen, die eine gewisse Ähnlichkeit mit den „nationalen Minderheiten" im Sinne der europäischen Minderheitenschutzverträge gehabt hätte, und hätte dadurch der befürchteten Internationalisierung der nationalsozialistischen „Judenfrage" Vorschub geleistet.[28] Bei einer sofortigen rechtlichen „Gesamtlösung" fürchtete man schließlich auch zusätzliche Erschütterungen des Wirtschaftslebens, durch die die dringend erwünschte wirtschaftliche und politische Konsolidierung zusätzlich gefährdet worden wäre. Die Strategie der Einzelregelungen trug demgegenüber nicht nur den aktuellen Bedürfnissen besser Rechnung, sondern entsprach auch in weit höherem Maße der Struktur und Dynamik des nationalsozialistischen Herrschaftssystems, das auch in anderen gesellschaftspolitisch wichtigen Bereichen eine Politik der „kalkulierten Improvisation" bevorzugte.[29] Eine solche Strategie ermöglichte eine flexible Verschärfung oder Verzögerung des Tempos der Entrechtung und Verdrängung der Juden, sie gaukelte den Betroffenen immer wieder eine mögliche Stabilisierung der Verhältnisse vor, bedeutete gleichzeitig aber auch die ständige Drohung mit der weiteren Eskalation antijüdischer Gesetze und Verordnungen. Entscheidend war, daß mit dieser Strategie eine prinzipielle Rechtsunsicherheit

---

[27] *Ibid.*, S. 37. Die Tatsache, daß Adam diesen Entwurf eher den Traditionen des konservativen Antisemitismus zuordnet, wirft ein bezeichnendes Licht auf die Nähe von „gemäßigten" und „radikalen" Positionen, so lange es noch nicht um den systematischen Völkermord ging.

[28] Zu solchen Befürchtungen der Reichsregierung im Herbst 1933 siehe Pätzold, *Faschismus, op. cit.*, S. 137ff.

[29] Das Konzept der „kalkulierten Improvisation" ist herausgearbeitet worden von Günter Morsch, *Streiks und Arbeitsniederlegungen im „Dritten Reich". Eine quellenkritische Dokumentation der Jahre 1936 und 1937*, Magisterarbeit, Technische Universität Berlin (Masch.), S. 20ff. Zur Struktur und Dynamik des Herrschaftssystems siehe vor allem Mommsen, ‚Hitlers Stellung' *loc. cit.*, (Anm. 22); *idem*, ‚Ausnahmezustand als Herrschaftstechnik des NS-Regimes', in Manfred Funke (Hrsg.), *Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches*, Düsseldorf 1976. S. 30–45. Vgl. auch Ernst Fraenkel, *Der Doppelstaat*, Frankfurt a. Main 1974, S. 119ff. zu der Bedeutung des „Maßnahmenstaates" für die Juden: „Die Rechtsstellung der Juden in Deutschland ist nicht auf das Parteiprogramm zurückzuführen, sie ist nur aus dem Wesen des Maßnahmenstaates heraus zu begreifen. Nicht das Parteiprogramm, sondern der Belagerungszustand ist die Verfassung des Dritten Reiches. Der ewige Belagerungszustand hat die Beeinträchtigung der Rechtsstellung ganzer Bevölkerungsgruppen ermöglicht und eine Minderheit der elementarsten Rechte beraubt."

geschaffen wurde, da das geltende Recht ständig verändert wurde und auch die neuen Rechtsbestimmungen im Bewußtsein aller Beteiligten von vornherein unter dem Vorbehalt ihrer alsbaldigen Veränderung – d. h. ihrer Verschärfung im Sinne der antijüdischen Politik – standen.[30]

Es entsprach dieser Strategie, daß die nationalsozialistische Regierung sich in der Regel auf den Erlaß von Rahmengesetzen beschränkte, die ständig ergänzt, präzisiert und auch abgeändert wurden. Bei manchen Gesetzen – dem Berufsbeamtengesetz oder den „Nürnberger Gesetzen" – war die Zahl der Änderungsgesetze, der Verordnungen und Durchführungsbestimmungen, die im Laufe der Zeit erlassen wurden, nur noch schwer überschaubar.[31] Die gesetzlichen Einzelregelungen begannen mit dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" vom 7. April 1933 und reichten bis zur „XIII. Verordnung zum Reichsbürgergesetz" vom 1. Juli 1943 und der zugehörigen Durchführungsverordnung vom 1. September 1944. Die Gesamtzahl der antijüdischen Gesetzgebungsmaßnahmen betrug mehrere Hundert.[32]

Das Berufsbeamtengesetz war nicht speziell gegen die Juden gerichtet, es enthielt aber in Paragraph 3 – dem ersten sogenannten „Arierparagraphen" – eine Regelung, die ausschließlich für Beamte „nichtarischer Abstammung" galt.[33] Damit wurde zum erstenmal seit 1869 bzw. 1871 im Deutschen Reich wieder ein Sonderrecht für Juden geschaffen, wurde der entscheidende Durchbruch zur antijüdischen „Rassegesetzgebung" vollzogen. Der „Arierparagraph" war tatsächlich, wie Reichsinnenminister Frick im Januar 1934 formulierte, „das Kernstück des Gesetzes", da mit diesem Paragraphen, wie er weiter ausführte, erstmals das rechtliche Kriterium der Staatsangehörigkeit durch das der „Rasse" ersetzt wurde.[34] Seine Bedeutung ging weit über das Beamtenrecht hinaus: Er wurde zum anerkannten „Vorbild" für die weitere antijüdische Gesetzgebung des Jahres 1933[35], und „die darin enthaltenen Gedanken" wurden sofort „auch übertragen auf kulturelle Gebiete und die freie Wirtschaft" – wobei Frick allerdings gerade im Hinblick auf die Privatwirtschaft kritisch anmerkte, daß „die

---

[30] Charakteristisch für die Rechtsverhältnisse der Juden ist ein Erlaß des Reichsverkehrsministers vom 30. August 1935, in dem es heißt: „Solange Juden die Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln ... gesetzlich nicht verboten ist ..." (zitiert nach *Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung, op. cit.*, S. 106). Die den Juden zustehenden Rechte standen immer unter dem ausgesprochenen oder unausgesprochenen Vorbehalt, daß sie lediglich „noch nicht" eingeschränkt oder aufgehoben worden seien.

[31] Zum Berufsbeamtengesetz vom 7. April 1933 wurden allein bis Ende 1934 sechs Änderungsgesetze und zahlreiche Durchführungsverordnungen erlassen (vgl. Adam, *op. cit.*, S. 63).

[32] Nach Schleunes, *op. cit.*, S. 109f., betrug die Zahl der gegen die Juden gerichteten Gesetze und Verordnungen bis 1939 bereits über 400. Vgl. auch die Zusammenstellungen von Bruno Blau (siehe Anm. 18) mit 400, und von Joseph Walk (Hrsg.), *Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien – Inhalt und Bedeutung*, Karlsruhe 1981, mit über 2000 einschlägigen Bestimmungen.

[33] Zur Entstehung und Bedeutung des Berufsbeamtengesetzes siehe Hans Mommsen, *Beamtentum im Dritten Reich*, Stuttgart 1966, S. 39ff.

[34] Wilhelm Frick, ‚Die Rassenfrage in der deutschen Gesetzgebung', in *Deutsche Juristen-Zeitung*, Januar 1934, zitiert nach *Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung, op. cit.*, S. 68.

[35] Hinweis auf den „Vorbild"-Charakter und zahlreiche dadurch geprägte Gesetze und Verordnungen bis zum Herbst 1933 *ibid.*, S. 69.

Grundsätze des § 3 wahl- und kritiklos auf Gebiete übertragen werden, für die sie nicht bestimmt sind".[36]

Als der „Sachverständige für Rasseforschung" im Reichsinnenministerium, Dr. Achim Gercke, im Herbst 1933 eine Denkschrift über „Die Lösung der Judenfrage" vorlegte, bestimmte er den besonderen Vorzug der bisherigen Gesetzgebung dahin, daß sie die Regierung nicht festlege, jede künftige Entwicklung offen lasse, zugleich aber „richtungsgebend" und „erzieherisch" wirke.[37] Tatsächlich übten die sonderrechtlichen Bestimmungen eine normative Funktion aus, die weit über den Geltungsbereich der einzelnen Gesetze und Verordnungen hinausreichte. So bedurfte es beispielsweise bei der Neuwahl von Schöffen oder der Neubildung von Steuerausschüssen gar keiner ausdrücklichen Bestimmung mehr über die Nichtwählbarkeit von Juden, und auch in dem Gesetz über die „Gleichschaltung" der Länder und die Neubildung der Landes- und Kommunalparlamente wurde eine besondere Erwähnung der Juden für überflüssig erachtet.[38]

In allen gesellschaftlichen Bereichen setzte sich, begünstigt und bestätigt durch die einzelgesetzlichen Regelungen, der Gedanke der „völkischen Gleichheit" durch, die auf der Ungleichbehandlung der Menschen „anderen Blutes", der sogenannten „Artfremden", beruhte.[39] Nicht nur in der politischen Programmatik, sondern auch in den Rechtstexten wurde „deutsch" nun so definiert, daß es „jüdisch" ausschloß: „deutsches Blut" oder „deutsche Abstammung" bedeuteten jetzt auch in der Rechtssprache das Nichtvorhandensein jüdischer Eltern und Vorfahren.[40] Auch im alltäglichen Sprachgebrauch begann man immer mehr, „deutsche" und „jüdische" Ärzte, Rechtsanwälte, Geschäfte usw. zu unterscheiden. Aus jüdischen Deutschen wurden „Juden", während „Deutsche" per definitionem nichtjüdisch waren. In der Sprache setzte sich, anknüpfend an Relikte voremanzipatorischer Denk- und Sprachweisen, die von den Nationalsozialisten gewollte rassistische Segregation der deutschen Bevölkerung sehr rasch und gründlich durch.

---

[36] *Ibid.*, S. 69. Am 17. Januar 1934 erließ der Reichsinnenminister einen entsprechenden Erlaß, in dem die „deutsche Ariergesetzgebung" als „aus völkischen und staatspolitischen Gründen notwendig" bezeichnet wurde, durch die aber auch „gewisse Grenzen" gesteckt worden seien; ausdrücklich wurde darauf hingewiesen, daß die Grundsätze des „Arierparagraphen" nicht für die freie Wirtschaft bestimmt seien und entsprechende Übergriffe abgewehrt werden müßten (*Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung, op. cit.*, S. 70 f). Vom Auswärtigen Amt wurde dieser Erlaß des Reichsinnenministers am 28. Februar 1934 als eine Markierung der „gesetzlich festgelegten Grenze der Entjudung" interpretiert (zitiert nach Pätzold, *Faschismus, op. cit.*, S. 157). Bereits im Dezember 1933 hatte es eine gemeinsame Erklärung des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichsinnenministeriums gegeben, daß der „Arierparagraph" in der Privatwirtschaft keine Anwendung finden werde (vgl. Schleunes, *op. cit.*, S. 114).

[37] Zitiert nach Pätzold, *Faschismus, op. cit.*, S. 139.

[38] Gesetz über die Neuwahl von Schöffen, Geschworenen und Handelsrichtern vom 7. April 1933; Gesetz über die Neubildung von Steuerausschüssen vom 22. April 1933; Vorläufiges Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich vom 31. März 1933. Zur normativen Funktion des "Arierparagraphen" siehe Pätzold, *Faschismus, op. cit.*, S. 103 ff.

[39] Zum Prinzip der „völkischen Ungleichheit" siehe Diemut Majer, *„Fremdvölkische" im Dritten Reich. Ein Beitrag zur nationalsozialistischen Rechtsetzung und Rechtspraxis in Verwaltung und Justiz unter besonderer Berücksichtigung der eingegliederten Ostgebiete und des Generalgouvernements*, Boppard am Rhein 1981, S. 107 ff, 118 ff.

[40] Vgl. Pätzold, *Faschismus, op. cit.*, S. 84 ff. 102, 148 f.

Die von den Nationalsozialisten propagierte neue „Volksgemeinschaft" wurde als eine Gemeinschaft von „Artgleichen" definiert, für die der Ausschluß von Juden eine zwingende Notwendigkeit war.[41] Dieser politische Glaubenssatz wurde bald auch juristische Lehrmeinung und höchstrichterliche Entscheidung. Mit dem der „nationalsozialistischen Weltanschauung" entsprechenden Grundsatz, daß „nur Deutschstämmige . . . als rechtlich vollgültig zu behandeln" seien, würden, so hieß es zustimmend in einer Entscheidung des Reichsgerichts von 1936, „grundsätzliche Abgrenzungen des früheren Fremdenrechts erneuert und Gedanken wiederaufgenommen, die vormals durch die Unterscheidung zwischen voll Rechtsfähigen und Personen minderen Rechts anerkannt" gewesen seien.[42] Die Aufhebung der Emanzipation, die Rückkehr zu Rechtsverhältnissen, die längst überwunden waren, wird hier als notwendige Konsequenz eines „völkischen" Rechtsverständnisses gesehen, und angesehene Juristen haben diese Auffassung in immer neuen Variationen unterstützt.[43] In vielen Fällen war nicht einmal die Änderung des geltenden Rechts, waren keine neuen Gesetze erforderlich, um die Ungleichbehandlung der Juden juristisch zu rechtfertigen. Das für das nationalsozialistische Rechtswesen charakteristische Prinzip der „unbegrenzten Auslegung" von Gesetzen war für die Juden von besonders großer Bedeutung.[44] Waren ohnehin alle Gesetze im „nationalsozialistischen Geist" zu interpretieren, so galt hinsichtlich der Juden der in der Rechtsprechung formulierte Grundsatz, daß jedes Gesetz den „ungeschriebenen Vorbehalt" enthalte, daß es Juden in keinem Falle „Vorteile bringen oder Schutz vor Nachteilen gewähren" solle.[45] Über die große Zahl sonderrechtlicher Bestimmungen hinaus wurde daher auch allgemeines Recht „völkisch" ausgelegt und gegen die Juden gewandt.

Für die Zeit bis zum Zweiten Weltkrieg sind in der neueren Forschung, wie bereits erwähnt worden ist, vor allem die widerstreitenden Interessen und unklaren Zuständigkeiten, die Unbestimmtheit der Zielsetzung und die mangelhafte Koordination, die Inkonsequenzen und vorübergehenden Mißerfolge der nationalsozialistischen „Judenpolitik" betont worden. Dennoch scheint es mir heute nötig, die zu Beginn der siebziger Jahre, vor allem von Uwe Dietrich Adam und Karl A. Schleunes, formulierten Thesen noch einmal kritisch zu prüfen. Ich beginne dabei mit der Frage nach der Zielsetzung der antijüdischen Politik, zu der ich bereits einiges ausgeführt habe. Es ist zweifellos richtig, daß es 1933 kein ausgearbeitetes Aktionsprogramm gegen die Juden gab und daß eine

---

[41] Vgl. Majer, *op. cit.*, S. 95ff.

[42] Entscheidung des Reichsgerichts vom 27. Juni 1936, zitiert nach Fraenkel, *Der Doppelstaat, op. cit.*, S. 126; durch diese Entscheidung wurden, wie Fraenkel betont, die in Deutschland lebenden Juden zum „bürgerlichen Tod" verurteilt, die bewußte Rückkehr zu voremanzipatorischen Rechtsverhältnissen ist hier besonders deutlich formuliert worden.

[43] Siehe die Beispiele bei Majer, *op. cit.*, S. 110ff. (Th. Maunz, U. Scheuner, G. A. Walz, E. Forsthoff u. a.).

[44] Vgl. Bernd Rüthers, *Die unbegrenzte Auslegung. Zum Wandel der Privatrechtsordnung im Nationalsozialismus*, 2. Aufl., Frankfurt a. Main 1973.

[45] Vom Landesarbeitsgericht Düsseldorf am 7. Juli 1939 formulierter Grundsatz, zitiert nach Majer, *op. cit.*, S. 116.

spezifische Planung für den systematischen Völkermord erst 1941 entwickelt worden ist. Andererseits hatte aber das Programm der Entrechtung und sozialen Ausgrenzung, der kompromißlosen Umkehrung der Emanzipation und Integration der Juden so eindeutige und unverwechselbare Konturen, daß es eine im Sinne des Regimes tragfähige Grundlage für das Handeln bot. Die Richtung der Politik war völlig klar, und auch die Strategie der erzwungenen Auswanderung ließ sich diesem Programm zuordnen.[46] Es ist daher unzutreffend, wenn beispielsweise von Schleunes festgestellt wird, daß es in den Anfangsjahren des „Dritten Reiches" keine genaueren Vorstellungen über eine „Lösung" der nationalsozialistischen „Judenfrage" und erst recht in dieser Hinsicht keine Übereinstimmung innerhalb der Führung des Regimes gegeben habe.[47] Das in der Literatur weitverbreitete Bild einer vollständigen Planlosigkeit der antijüdischen Politik wird der historischen Wirklichkeit nicht gerecht.[48]

Was die Durchführung dieses Programmes der Ausschaltung der Juden aus der Gesellschaft, ihrer rechtlichen und sozialen Diskriminierung betrifft, so bestanden in der Tat unterschiedliche Vorstellungen und Interessen und daraus resultierend auch Spannungen und Konflikte. Hier ist zunächst von den Spannungen zwischen der nationalsozialistischen „Bewegung" und der neuen Staatsführung zu sprechen, die in der „Judenpolitik" ebenso wie in manchen anderen Bereichen zu beobachten waren. In der NSDAP und insbesondere in der SA gab es einen judenfeindlichen Aktionismus, der auf Betätigung drängte und die staatlichen Maßnahmen nicht abwarten, sich auch nicht mit ihnen begnügen wollte. Diese Kräfte spielten vor allem im Frühjahr 1933 und im Jahre 1935 eine wichtige Rolle; die von ihnen verübten Überfälle, Tätlichkeiten oder Plünderungen wurden von den staatlichen Behörden mit aufmerksamem Mißtrauen beobachtet und zum Teil offen mißbilligt.[49] Insgesamt vermochte die Staats- und

---

[46] Vgl. auch Friedländer, ‚Vom Antisemitismus', *loc. cit.*, S. 39: „Der antijüdischen Politik der Nationalsozialisten fehlte in den dreißiger Jahren in der Tat ein genauer im voraus aufgestellter Plan . . . Dennoch ist ein allgemeines Ziel ganz deutlich: die Absonderung der Juden aus der deutschen Gesellschaft und ihre Vertreibung (durch freiwillige oder erzwungene Auswanderung) von deutschem Boden."

[47] Schleunes, *op. cit.*, S. 257f.

[48] Die auch in der antijüdischen Politik zu beobachtenden Widersprüche, Spannungen und Konflikte zwischen den verschiedenen Machtträgern sind zweifellos ein weiterer Beleg für die polykratischen Elemente der Herrschaftsstruktur im „Dritten Reich", sie sind jedoch für die tatsächliche Entwicklung der rechtlichen und sozialen Diskriminierung der Juden von vergleichsweise geringer Bedeutung. Vgl. auch die allgemeinen Feststellungen von Eberhard Kolb, ‚Die Maschinerie des Terrors. Zum Funktionieren des Unterdrückungs- und Verfolgungsapparates im NS-System', in Karl Dietrich Bracher u. a. (Hrsg.), *Nationalsozialistische Diktatur 1933–1945. Eine Bilanz*, Düsseldorf 1983, S. 273: „Kompetenzschwierigkeiten und gelegentliche Meinungsverschiedenheiten über Tempo, Form und Richtung des Vorgehens schwächten die Dynamik des Terrors nicht ab, sondern hatten – aufs ganze gesehen eher einen kumulierenden Effekt." Wenig nützlich ist für den Bereich der antijüdischen Politik auch die seit einigen Jahren in der wissenschaftlichen Diskussion übliche Unterscheidung zwischen „Intentionalisten" und „Funktionalisten"; vgl. dazu u. a. Tim Mason, 'Intention and Explanation: A Current Controversy about the Interpretation of Nationalsocialism', in *Der „Führerstaat" op. cit.* (siehe Anm. 22), S. 23–40; Friedländer, ‚Vom Antisemitismus', *loc. cit.*, bes. S. 27ff.; Avraham Barkai, ‚Regierungsmechanismen im Dritten Reich und die „Genesis der Endlösung"', in *Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte*, Tel-Aviv, 14 (1985), S. 371–384.

[49] Zu den Ausschreitungen im Frühjahr 1933 siehe Adam, *op. cit.*, S. 46ff.; Schleunes, *op. cit.*, S.

Parteiführung jedoch diese Tendenzen zu kontrollieren und zu kanalisieren, so daß schärfere Konflikte ausblieben. Darüber hinaus gelang es der nationalsozialistischen Führung immer wieder, den angeblichen „Volkszorn", der zumindest teilweise von ihr initiiert wurde, für die Durchsetzung der eigenen Politik zu nutzen, indem sie ihre antijüdischen Maßnahmen vor allem gegenüber ausländischen Beobachtern als einen notwendigen Kompromiß zwischen „radikalen" und „gemäßigten" Positionen darzustellen verstand.[50] Die sogenannten „Einzelaktionen", von denen man sich nach außen gern distanzierte, waren, selbst wenn sie gelegentlich als falsch oder störend eingeschätzt wurden, ein integraler Bestandteil der antijüdischen Politik des Regimes, ein bedenkenlos gehandhabtes Manipulationsinstrument der politischen Machthaber.[51] Diesen Konflikten große Bedeutung beizumessen, wie es in der Literatur teilweise geschieht, scheint daher verfehlt zu sein.

Konflikte gab es vor allem in der Frage, wie die Juden in der Privatwirtschaft zu behandeln seien. Hier war das Reichswirtschaftsministerium an möglichst geringen Reibungsverlusten interessiert und damit an der Beschränkung sonderrechtlicher Bestimmungen auf ein unumgängliches Mindestmaß. Da die politische Führung des „Dritten Reiches" insgesamt dem wirtschaftlichen Aufschwung, dem Abbau der Massenarbeitslosigkeit und dem Aufbau einer leistungsfähigen Rüstungsindustrie hohe Priorität einräumte, hatte das Reichswirtschaftsministerium unter Schacht mit seiner Politik der Eindämmung antijüdischer Maßnahmen in der gewerblichen Wirtschaft zumindest teilweise Erfolg. Eine Übernahme des „Arierparagraphen" in die gewerbliche Wirtschaft unterblieb zunächst, jüdische Unternehmer wurden selbst bei der Vergabe staatlicher und kommunaler Aufträge weiter berücksichtigt, und die „Arisierung der deutschen Wirtschaft" wurde erst seit Ende 1937 forciert.[52] Dennoch wäre es

---

63 ff.; Pätzold, *Faschismus, op. cit.*, S. 41 ff.; zu den Terroraktionen im Jahre 1935 siehe Adam, *op. cit.*, S. 114 ff.; Pätzold, *Faschismus, op. cit.*, S. 205 ff. (*ibid.*, S. 194 ff. auch über den Beginn dieser Aktionen im Spätjahr 1934).

[50] Zu der wichtigen Frage, wie antisemitisch die Volksmeinung in Deutschland war und welche Reaktionen die antijüdischen – gesetzlichen und außergesetzlichen – Maßnahmen in der nichtjüdischen Bevölkerung hervorriefen, siehe vor allem die Untersuchungen von Ian Kershaw, ‚Antisemitismus und Volksmeinung. Reaktionen auf die Judenverfolgung', in Martin Broszat u. Elke Fröhlich (Hrsg.), *Bayern in der NS-Zeit II*, München 1979, S. 281–348; *idem.*, 'The Persecution of the Jews and German Popular Opinion in the Third Reich', in *Year Book XXVI of the Leo Baeck Institute*, London 1981, S. 261–289; Otto D. Kulka, 'Public Opinion in Nazi Germany and the "Jewish Question"', in *The Jerusalem Quarterly*, 25 (1982), S. 121–144; *idem.*, '"Public Opinion" in Nazi Germany: The Final Solution', in *ibid.*, 26, 1983, S. 34–35; *idem.*, ‚Die Nürnberger Rassengesetze und die deutsche Bevölkerung im Lichte geheimer NS-Lage- und Stimmungsberichte', in *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 32 (1984), S. 582–624; William Sheridan Allen, ‚Die deutsche Öffentlichkeit und die „Reichskristallnacht" – Konflikte zwischen Werthierarchie und Propaganda im Dritten Reich', in Detlev Peukert u. Jürgen Reulecke (Hrsg.), *Alltag im Nationalsozialismus*, Wuppertal 1981, S. 397–411.

[51] Zur „Taktik der antijüdischen ‚Einzelaktionen'" siehe vor allem Pätzold, *Faschismus, op. cit.*, S. 205 ff.

[52] Zur „Arisierung" siehe Helmut Genschel, *Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich*, Göttingen 1966. – Erst durch eine Weisung des Reichswirtschaftsministeriums vom 1. März 1938 wurde die Vergabe von Staatsaufträgen an „jüdische Firmen" offiziell verboten (vgl. Schleunes, *op. cit.*, S. 220), doch hatte es seit 1933 und noch mehr seit 1935 bereits viele Einschränkungen und Behinderungen gegeben.

falsch, wie auch die bereits zitierte Äußerung Schachts aus dem Jahre 1935 erkennen läßt, aus dem energischen Verfechten eines Ressortinteresses einen prinzipiellen Gegensatz in der „Judenfrage" zu konstruieren. Die Schonung der jüdischen Unternehmer – vor allem der größeren und sehr viel weniger der kleineren – in den ersten Jahren des „Dritten Reiches"[53] beruhte weder auf einem besonders ausgeprägten Rechtsgefühl noch auf besonderen Sympathien mit der jüdischen Bevölkerung, sondern erfolgte im Interesse einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik und damit auch im Interesse der Konsolidierung eines radikal antisemitischen Herrschaftssystems.[54]

Ähnliches gilt auch für die höheren Beamten in anderen Ministerien. Vor allem im Reichsinnenministerium gab es verschiedene Versuche, einzelne antijüdische Regelungen zu begrenzen, und insbesondere in der Frage der sogenannten „Mischlinge" bemühte man sich darum, die Zahl der Betroffenen möglichst kleinzuhalten.[55] Aber auch hier handelte es sich in der Regel nicht um eine grundsätzliche Opposition, sondern um eine realistischere Einschätzung der Durchführbarkeit antijüdischer Bestimmungen. Bei einer weitgehenden Einbeziehung der „Mischlinge" hätte ohne Zweifel die Beunruhigung der nichtjüdischen Bevölkerung extrem zugenommen. Der „Erfolg" der Ministerialbeamten in dieser Frage, der in der Literatur zum Teil sehr hoch veranschlagt wird, bedeutete daher zugleich, daß zahlreiche antijüdische Maßnahmen reibungsloser durchgeführt werden konnten. Die oft betonte „Mäßigung" steigerte die Funk-

---

[53] Das Interesse der Reichsregierung richtete sich vor allem auf die (vorläufige) Sicherung der großen Unternehmen: So wurde am 4. Juli 1933 sogar die Gewährung eines Bankkredits in Höhe von 11 Millionen Reichsmark zur Sanierung des in wirtschaftliche Schwierigkeiten geratenen Warenhaus-Konzerns Hermann Tietz (mit 17450 Arbeitsplätzen) genehmigt (vgl. Pätzold, *Faschismus, op. cit.*, S. 136). Auch bei den großen Banken versuchte man direkte Eingriffe zunächst zu vermeiden. Der Druck auf die kleineren Unternehmen und insbesondere auf Geschäfte außerhalb der größeren Städte war jedoch von Anfang an sehr groß, so daß vor allem im Landhandel die Ausschaltung der Juden früh einsetzte und bereits 1936 bestimmte Branchen in regionalen Erfolgsmeldungen als „judenfrei" bezeichnet wurden (vgl. Genschel, *op. cit.*, S. 126f.). Seit 1935 konnten sich auch viele der kleineren Privatbanken in jüdischem Besitz nicht mehr halten. Die Gesamtzahl der von einer möglichen „Arisierung" betroffenen Betriebe wurde 1935 auf maximal 80000 geschätzt, wobei die Betriebe von sogenannten „Rassejuden" und „Mischlingen" nicht mitgerechnet wurden (*ibid.*, S. 125). Diese Schätzungen beruhten allerdings auf sehr unsicheren Grundlagen; zuverlässiger ist dagegen die Angabe, daß am 1. April 1938 nur noch rund 40000 „jüdische Betriebe" in Deutschland bestanden (*op. cit.*, S. 206). Die Mitteilung von Schleunes, S. 145, daß nach einer zeitgenössischen Schätzung in den ersten beiden Jahren des „Dritten Reiches" ungefähr 75000 „jüdische Betriebe" aufgelöst worden seien, ist offensichtlich auf ein Mißverständnis der Angaben bei Genschel, *op. cit.*, S. 125, zurückzuführen.

[54] Es dürfte nützlich sein, die auch in der neueren wissenschaftlichen Literatur noch immer anzutreffende Schacht-Legende – die „schützende Hand" Schachts über den Juden in der Privatwirtschaft – einer kritischen Überprüfung zu unterziehen. Schachts apologetische Behauptungen aus der Zeit nach 1945 – „Solange ich das Wirtschaftsministerium geleitet hatte, war den Juden auf wirtschaftlichem Gebiet nichts geschehen" (Hjalmar Schacht, *Abrechnung mit Hitler*, Hamburg 1949, S. 84) – sind jedenfalls unzutreffend.

[55] Vgl. Adam, *op. cit.*, S. 140ff., S. 184ff.; die Zahl der „Mischlinge ersten Grades" (mit zwei jüdischen Großeltern) und der „Mischlinge zweiten Grades" (mit einem jüdischen Großelternteil) ist nicht genau bekannt, war aber nicht unbeträchtlich. In der Parteiführung wurde sie Anfang 1936 auf etwa 300000 geschätzt (Schleunes, *op. cit.*, S. 129); nach den Angaben bei Herbert A. Strauss, 'Jewish Emigration from Germany. Nazi Policies and Jewish Responses (I)', in *Year Book XXV of the Leo Baeck Institute*, London 1980, S. 317, handelte es sich 1933 um ca. 292000 und 1935 um ca. 200000 Personen.

tionsfähigkeit des Systems und der gegen die Juden gerichteten Entrechtungs- und Unterdrückungsmaßnahmen. Verliert man die allgemeinen Zusammenhänge nicht aus dem Auge, so bleiben die Konflikte von untergeordneter Bedeutung, und statt dessen treten die Komplizenschaft der Ministerialbürokratie und der antisemitische Grundkonsens der politischen Rechten innerhalb und außerhalb des nationalsozialistischen Lagers um so deutlicher in Erscheinung.

Eine besondere Anmerkung ist zur Entstehung der „Nürnberger Gesetze" vom September 1935 nötig, da diese Entstehung immer wieder als Hauptbeispiel für die Planlosigkeit und den Mangel an Koordination, für die Überrumpelung der Ministerialbürokratie und für die alles in den Schatten stellende Bedeutung Hitlers bei der Durchsetzung der nationalsozialistischen „Judenpolitik" ins Feld geführt wird.[56] Die meisten Autoren folgen dabei noch immer mehr oder weniger kritiklos der Darstellung des „Rassereferenten" im Reichsinnenministerium, Bernhard Lösener, der den Eindruck zu vermitteln suchte, daß das „Reichsbürgergesetz" und das „Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre" völlig improvisiert, lediglich auf Grund einer spontanen Entscheidung Hitlers und unter Überrumpelung des Innen- und Übergehung des Justizministeriums, entstanden seien.[57] Es ist richtig, daß die Entscheidung zugunsten der Verabschiedung dieser Gesetze erst während des Parteitages von Hitler getroffen wurde und daß die Ministerialbeamten äußerst kurzfristig von Berlin nach Nürnberg befohlen wurden. Alles übrige ist jedoch Legende, und das Interesse Löseners an ihr ist offenkundig.[58] Seit 1933 wurde an entsprechenden Gesetzentwürfen gearbeitet, und im Sommer 1935 häuften sich die konkreten Ankündigungen der beiden Gesetze – bis hin zu einer Weisung des Reichsinnenministers an die Standesbeamten, wegen der in Kürze zu erwartenden Gesetzgebung keine sogenannten „Mischehen" mehr zu schließen.[59] Selbst in der *Neuen Zürcher Zeitung* und im englischen *Observer* fanden sich im August 1935 konkrete Hinweise auf die als unmittelbar bevorstehend bezeichneten Gesetze.[60]

---

[56] Zur Entstehung der „Nürnberger Gesetze" siehe Pätzold, *Faschismus, op. cit.*, S. 265ff.; Adam, *op. cit.*, S. 125ff.; Schleunes, *op. cit.*, S. 120ff.; Lothar Gruchmann, „Blutschutzgesetz" und Justiz. Zur Entstehung und Auswirkung des Nürnberger Gesetzes vom 15. September 1935', in *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 31 (1938), S. 418–442; Kulka, ‚Nürnberger Rassengesetze' *loc. cit.*, (siehe Anm. 50); Mommsen ‚Realisierung', *loc. cit.*, (siehe Anm. 3), S. 387f.

[57] Bernhard Lösener, ‚Als Rassereferent im Reichsministerium des Innern', in *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 9 (1961), S. 264–313; dieser Darstellung folgen u. a. Adam und Schleunes ohne jede Einschränkung. Vgl. auch die in der Sache zutreffende Polemik bei Pätzold, *Faschismus, op. cit.*, S. 266f., gegen die dramatisierende und verzerrende Darstellung bei Karl Dietrich Bracher, *Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus*, 4. Aufl., Köln 1972, S. 277.

[58] Auf das apologetische Interesse Löseners und anderer Beteiligter hat Pätzold, *Faschismus, op. cit.*, S. 265ff., hingewiesen.

[59] Runderlaß des Reichsinnenministers vom 26. Juli 1935, die „Mitwirkung der Standesbeamten bei der Eheschließung zwischen Ariern und Nichtariern" betreffend, mit dem Hinweis auf die bevorstehende Gesetzgebung (Adam, *op. cit.*, S. 122; leicht abweichende Angaben bei Schleunes, *op. cit.*, S. 120).

[60] *Neue Zürcher Zeitung* vom 5. August 1935 (Hinweis auf Verlust der Staatsbürgerrechte und Eheverbote in Zusammenhang mit dem bevorstehenden Parteitag) und *Observer* vom 25. August 1935 (Hinweis auf die Vorbereitung von Gesetzen zur Staatsbürgerschaft, zum Eheverbot und zu „rassischen Verbrechen"); vgl. Pätzold, *Faschismus, op. cit.*, S. 227f., 246.

Von einem Mangel an Vorbereitung und fehlender Planung in den Ministerien kann daher keine Rede sein, und selbst der Zeitpunkt war nicht überraschend. Daß die Gesetze auf dem Parteitag in Nürnberg von dem dorthin einberufenen Reichstag verabschiedet wurden, war allerdings zunächst nicht geplant und ergab sich dadurch, daß Hitler auf eine vorbereitete außenpolitische Erklärung kurzfristig verzichtete und die antijüdischen Gesetze gewissermaßen als „Ersatz" auf die Tagesordnung setzen ließ.[61] Dadurch entstand eine vorübergehende Hektik, die jedoch nichts an der Tatsache der langfristigen Vorbereitung änderte.

Fragen wir abschließend noch einmal nach den Ergebnissen der antijüdischen Politik bis zum Beginn des Krieges, so scheint mir die Feststellung zwingend, daß es dem nationalsozialistischen Regime gelungen ist, die Ziele seiner Politik auch in diesem Zeitraum bereits in einem atemberaubenden Tempo und in einem erschreckenden Ausmaß zu verwirklichen. Diese Feststellung steht allerdings in direktem Gegensatz zu einigen zentralen Aussagen der neueren wissenschaftlichen Literatur. So liest man etwa bei Adam in einer zusammenfassenden Bewertung der Entwicklung 1933/1934, daß „viele überzeugte Antisemiten mit der bisherigen Entwicklung der Rassengesetzgebung unzufrieden sein" konnten.[62] Noch weitergehend ist eine Aussage von Schleunes: „Es gab im Spätjahr 1937 oder Anfang 1938 kaum einen Aspekt der Judenpolitik, auf den ein nationalsozialistischer Beobachter mit Befriedigung blicken konnte."[63] Es mag müßig sein, darüber zu streiten, ob überzeugte Antisemiten zu einem bestimmten Zeitpunkt „zufrieden" sein konnten oder nicht. Schwerer wiegt, daß in solchen Feststellungen die historische Bedeutung dessen, was tatsächlich in den dreißiger Jahren in Deutschland geschehen ist, nicht erkennbar wird. Wie lückenhaft und inkonsequent die gesetzlichen und außergesetzlichen Maßnahmen, deren Objekt die Juden waren, auch immer gewesen sein mögen – ihre Ergebnisse gingen über alles hinaus, was auch die größten Pessimisten vor 1933 für möglich gehalten hätten. Die Entrechtung der Juden schritt mit großer Geschwindigkeit voran, und sie erreichte ein solches Ausmaß, daß es schließlich – im Kriege – nicht einmal mehr nötig schien, ihnen das längst vollständig ausgehöhlte Staatsangehörigkeitsrecht noch zu entziehen.[64] Ihr Ausschluß von allen kulturellen und sozialen, öffentlichen und privaten Einrichtungen, die nicht eigens für Juden bestimmt waren, war bei Kriegsbeginn so weitgehend, ihre soziale Isolierung so

---

[61] Vgl. Mommsen, ‚Realisierung', *loc. cit.*, (siehe Anm. 3), S. 387.

[62] Adam, *op. cit.*, S. 118.

[63] Schleunes, *op. cit.*, S. 212. Für Adam, *op. cit.*, S. 204, war die antijüdische Politik „im Herbst 1938 offensichtlich in eine Sackgasse geraten": „Die in fünf Jahren durch den Nationalsozialismus geschaffene Lage war grotesk und kennzeichnend für die Planlosigkeit, mit der alle an der Judengesetzgebung beteiligten Stellen ihre jeweils eigenen Lösungsversuche zu diesem Problem beigetragen hatten."

[64] Siehe hierzu Adam, *op. cit.*, S. 292ff.: Das Reichsinnenministerum hatte 1941 den Juden die deutsche Staatsangehörigkeit aberkennen und statt dessen den Begriff der „Schutzangehörigkeit" einführen wollen, was jedoch an Bedenken der Reichskanzlei und schließlich am Einspruch Hitlers scheiterte, der die ganze Regelung für überflüssig hielt. In der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. 11. 1941 wurde schließlich den Juden, die „ihren gewöhnlichen Aufenthaltsort" außerhalb des Reichsgebietes hatten – und das galt für alle Zielorte der Deportationen –, die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt.

vollständig, daß die von den Nationalsozialisten gewollte „Trennung" von der nichtjüdischen Lebenswelt praktisch vollzogen war.[65] Die deutschen Juden waren zu „Fremden", zu Ausgestoßenen im eigenen Land geworden. Hinzu kam die dramatische Entwicklung der Bevölkerungszahlen: Die Verdrängung der Juden aus dem Deutschen Reich durch die erzwungene Auswanderung schritt in einem solchen Ausmaß und Tempo voran, daß bis zum Auswanderungsverbot im August 1941 – in wenig mehr als acht Jahren – mehr als zwei Drittel der jüdischen Bevölkerung von Anfang 1933 Deutschland verlassen hatten.[66]

Die Ergebnisse des historischen Prozesses der Annäherung von Juden und Nichtjuden, der Integration und Assimilation, der sich über anderthalb Jahrhunderte erstreckt hatte, wurden in Deutschland in kürzester Frist, binnen weniger Jahre, vernichtet. Das von den Nationalsozialisten gleich nach der „Machtergreifung" eingeleitete Ende der Emanzipation mündete nicht mehr in ein „neues Arrangement" – als Minderheit mit eingeschränkten Rechten –, wie es einige Repräsentanten des deutschen Judentums anfangs für möglich gehalten hatten[67], und es führte noch weniger zu der von anderen zunächst erhofften „zweiten Emanzipation" – einer kollektiven statt der individuellen Emanzipation –[68], sondern es bedeutete das Ende eines Zeitalters, den Abschluß einer großen Epoche der jüdischen Geschichte. Der definitive Schluß-

---

[65] In der SS-Zeitschrift *Das Schwarze Korps* erschien am 6. März 1941 ein Artikel unter der Überschrift ‚Langsam – aber sicher', in dem es u. a. hieß: „Im Jahre 1933 mögen es noch einige wenige kühne Phantasten gewesen sein, die ernsthaft daran glaubten, man könne ein Land wie Deutschland tatsächlich entjuden... Heute ist die Trennung so gründlich vollzogen, daß der bloße Gedanke an einen wie immer gearteten ‚Umgang' mit Juden einfach unvorstellbar ist." Das war nicht nur rassistisches Wunschdenken: Der Unmenschlichkeit der Formulierungen entsprach eine Unmenschlichkeit der von den Nationalsozialisten geschaffenen Wirklichkeit. Und es entsprach durchaus der tatsächlichen Entwicklung in Deutschland seit 1933, wenn in diesem Artikel nachdrücklich auf die Geschwindigkeit und Radikalität der Veränderungen hingewiesen wurde: „... was heute selbstverständlich ist, war gestern noch Forderung, galt vorgestern gar als Utopie" (zitiert nach *Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung, op. cit.*, S. 284f.).

[66] Die verfügbaren Zahlen über die Auswanderung aus dem Deutschen Reich (in den Grenzen von 1937) beruhen überwiegend auf Schätzungen. Anfang 1933 lebten ca. 525000 Menschen, die der jüdischen Religionsgemeinschaft angehörten, in Deutschland; die Zahl der Menschen, die darüber hinaus aufgrund der rassistischen Bestimmungen im „Dritten Reich" als jüdisch galten, ist nicht bekannt, ihre Zahl wird von Strauss, 'Jewish Emigration (I)', *loc. cit.*, (siehe Anm. 55), S. 318, auf 15000 geschätzt (zu den von den rassistischen Maßnahmen Betroffenen gehörten darüber hinaus ca. 292000 „Mischlinge" und ca. 35000, die mit einem christlichen Ehepartner verheiratet waren). Im September 1939 lebten noch ca. 185000, im Oktober 1941 ca. 164000 Juden in Deutschland (wobei diesen Angaben die rassistischen Kriterien zugrunde gelegt waren); ca. 35000 waren bis zum 1. Oktober 1941 bereits deportiert worden (vgl. Strauss, *ibid.*, S. 317, 326). Nach den Angaben Heydrichs auf der „Wannseekonferenz" wurden bis zum 31. Oktober 1941 „rund 360000" Juden aus dem „Altreich" „zur Auswanderung gebracht", wobei offenbar die ersten Deportationen einbezogen wurden (zitiert nach *Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung, op. cit.*, S. 337).

[67] Vgl. Schleunes, *op. cit.*, S. 126.

[68] Zu dem in den ersten Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft entwickelten Konzept einer „neuen" oder „zweiten" Emanzipation siehe Jacob Boas, 'Germany or Diaspora? German Jewry's Shifting Perceptions in the Nazi Era (1933–1938)', in *Year Book XXVII of the Leo Baeck Institute*, London 1982, S. 120ff.; ausführlicher dazu Ray Mary Rosdale, *Der „Centralverein der deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens" 1933–1935. Studien zum jüdischen Selbstverständnis in den ersten Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft unter besonderer Berücksichtigung der „C.V.-Zeitung"*, Staatsexamensarbeit, Technische Universität Berlin 1985 (Masch.), S. 68ff.

punkt wurde durch die Deportationen und die Vernichtungslager gesetzt, doch war die Entwicklung bis zum Beginn des Krieges schon so weit vorangetrieben worden, daß eine positive Zukunft der Juden in Deutschland nicht mehr vorstellbar war.

English Summary

The object of the anti-Jewish policy of the National Socialist regime in the years 1933–1939 was the removal of the Jews from German society. There were, in principle, no differences between radical and so-called "moderate" antisemites. Emancipation came to an end in the Spring of 1933: the principle of equality before the law was abandoned with the first decrees which treated Jews differently from other Germans.

Despite short-term delays in introducing individual measures and temporary differences of opinion in Nazi circles regarding their implementation, the tempo and uniformity of the process of disenfranchisement is readily discernible.

The Jews were consistently excluded from the newly-created *Volksgemeinschaft*. They were artificially transformed into strangers and exposed to constantly accelerating segregation which aimed not only at social, but at their physical separation. Opposition to this policy within the German body politic was slight. A wide consensus existed that the "suppression of Jewish influence" was what was required. Even amongst the conservative resistance there was no doubt of the existence of a "Jewish Question" which required a "solution". Mass murder, not the Jewish policy of the Nazis pursued until 1939, became a factor in the conservative opposition to the Hitler regime.

Steven M. Lowenstein

The Struggle for Survival of Rural Jews in Germany 1933–1938: The Case of Bezirksamt Weissenburg, Mittelfranken

This study attempts to illuminate the situation of rural Jews in early Nazi Germany by concentrating on a single rural county – *Bezirksamt* Weissenburg in Bavaria. Although broader questions of rural Jewry will be touched on, the bulk of its examples come from the records of this one county[1]. It is true that the district is not typical in every way of events elsewhere, but many of the incidents described can be found with slight variation in other areas. In many ways the picture given by this single district confirms ideas about the period found in other studies and helps illustrate them with new details. It has a bearing, for instance, on questions about German public opinion which have been discussed at this conference by Ian Kershaw and Otto Kulka[2]. Although most of the incidents are not very dramatic and may even seem trivial they are illustrative of broader trends.

Bezirksamt Weissenburg is located in the southern part of Mittelfranken, south of Nuremberg. Like most of the Protestant districts of Mittelfranken, it was a Nazi stronghold, giving the Nazis an absolute majority of the vote in the election of November 1932[3], though not necessarily because the Jews were the main issue in the voters' minds. At the beginning of Nazi rule, the district contained three Jewish communities of very unequal size – Treuchtlingen with 115 Jews, Ellingen with 37 and Pappenheim with only seven[4].

Compared with some other parts of Germany, both the Jewish communities of Franconia and their economic and social relations with their neighbours were quite traditional in nature. Traditional Jewish religious life was fairly strong in the area, and Jewish economic life followed rather old-fashioned patterns. About one-half of the Jewish families made their living from cattledealing and

[1] A large quantity of material on Jews in *Bezirksamt* Weissenburg between 1933 and 1939 is found in the Gregor Raskin collection in the archives of the YIVO Institute for Jewish Research in New York. Dr. Raskin, who lived in Germany in the years following the Second World War, photocopied or had typed copies made of all documents concerning Jews in the *Bezirksamt* records.

[2] See e. g. Ian Kershaw, *Popular Opinion and Political Dissent in the Third Reich. Bavaria 1933–1945*, Oxford 1983, especially chapters 6 and 9; *idem*, 'The Persecution of the Jews and German Popular Opinion in the Third Reich', in *Year Book XXVI ot the Leo Baeck Institute*, London 1981, pp. 261–289; *idem*, ‚Antisemitismus und Volksmeinung. Reaktionen auf die Judenverfolgung', in *Bayern in der NS-Zeit*, vol. 2, Munich–Vienna 1979, pp. 281–348. O. D. Kulka, 'Public Opinion in National Socialist Germany and the "Jewish Question"', (in Hebrew), *Zion*, 40, No. 3/4 (1975), pp. 186–290.

[3] See, for instance, the map on the inside front cover of Erich Matthias and Rudolf Morsey (eds.), *Das Ende der Parteien 1933*, Düsseldorf 1960, which shows the NSDAP receiving an absolute majority of the vote in *Bezirksamt* Weissenburg in the *Reichstag* election of 6th November 1932. In Franconia overall, the Nazi vote in that election was only 36.4% (*ibid.*, p. 782).

[4] Baruch Zvi Ophir, *Pinkas Hakehillot, Germania, Bavaria*, Jerusalem 1972, pp. 310, 267, 337.

the rest were mainly shopkeepers. The attitude of the majority population towards the Jews also seems to have followed traditional patterns. There was a good deal of popular antisemitism which showed aspects both of religious hatred and economic resentment against the Jewish middlemen.

One of the most difficult and complex issues for study is the relationship between Jewish-Gentile interaction in the pre-Nazi era and the effects of Nazism on the rural Jews. The evidence from this district as well as from studies of other areas (such as the recent book by Frances Henry[5]) imply a complex and partially contradictory relationship between the pre-Nazi and Nazi phenomena. On the one hand, it is clear that rural Jews and non-Jews in the 1920s did have neighbourly relations with each other, that some formed friendships and many interacted in clubs, organisations and even at the tavern *Stammtisch*. Yet there is plenty of evidence of a noticeable social distance as well which manifested itself in many ways[6]. The impact of Nazism much increased the isolation of the Jews as they were expelled from mixed organisations, shunned by former friends and restricted to social relationships to their fellow Jews. In the countryside this situation was made worse by the fact that the number of resident Jews was small, but simultaneously made easier by the fact that the rural Jews were used to being a separate group and had a pre-existing Jewish community to fall back on.

The evidence from *Bezirksamt* Weissenburg shows two overlapping and sometimes contradictory sources of pressure against the local Jews. The first type of anti-Jewish action was highly personalised. Often the Jewish victim and the antisemitic attacker knew each other personally. Often the incidents show little evidence of systematic planning. Such incidents can be seen as a continuation of traditional forms of antisemitism with one important difference: the new political atmosphere made it possible for antisemites to attack Jews with little or no fear of punishment and sometimes with the active aid of local officials.

The second type of anti-Jewish action is the local manifestation of the reversal of emancipation described in the paper by Reinhard Rürup.[7] Here the initiative comes "from above", tends to be "unemotional" and systematic and is aimed at the elimination of the Jews first from the economy and then from the local population.

Scattered evidence on the attitude of at least a part of the local population shows considerable evidence of participation by some in personalised anti-Jewish feeling of the traditional sort, but a failure to translate this attitude into systematic anti-Jewish action as demanded by the Nazi leadership. Although the

---

[5] Frances Henry, *Victims and Neighbors. A Small Town in Nazi Germany Remembered*, South Hadley, Mass. 1984.

[6] Utz Jeggle, *Judendörfer in Württemberg*, Tübingen 1969, pp. 235–236, 239–241 devotes considerable space both to Jewish socialisation with Christians at the *Stammtisch*, dances and in clubs, and to clear social barriers between the two groups. Similar evidence both of socialisation and distance between rural Christians and Jews are found in Monika Richarz's printed collection of memoirs from the archives of the Leo Baeck Institute, *Jüdisches Leben in Deutschland*, vol. I, *Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1780–1871*, Stuttgart 1976, pp. 131, 163, 205, 273, and vol. II, *Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte im Kaiserreich*, Stuttgart 1979, pp. 155–165, 181, 191–195.

[7] Reinhard Rürup, ‚Das Ende der Emanzipation', in this volume, pp. 97–114.

existence of popular antisemitism certainly made Nazi antisemitism more palatable and less shocking to Germans than it would otherwise have been, this antisemitism was often inconsistent and selective. The Nazis were often frustrated by the fact that even groups such as the peasantry which had formerly exhibited signs of traditional antisemitism and resentment against the economic role of Jews, were unwilling to translate this feeling into a systematic desire to eliminate the Jewish role in the economy. The incidents cited below tend to show that popular antisemitism could lead to isolation and harassment which induced some Jews to move away, but that only systematic action from above could finally eliminate the Jews from the local scene.

Since many of the early incidents concerning the Jews were highly personalised, one finds a considerable variety in attitudes exemplified in them. Unsystematic antisemitism in the German countryside often took a very crude form. Many of the incidents include an element of physical violence of some sort. The most extreme form of this was the pogrom of Palm Sunday 1934 in the neighbouring district of Gunzenhausen in which two local Jews lost their lives.[8] The descriptions of this pogrom include such traditional elements as the personal acquaintance of attacker and victim and the use of Christian motifs in the anti-Jewish incitement.

The incidents described in the Weissenburg records show a spectrum of attitudes on the Jews. At least one pro-Jewish manifestation appears. In a long letter written to the *Bezirksamt* in April 1934, the Aryan *Sanitätsrat* in Treuchtlingen protests a series of anti-Jewish incidents. Among the incidents he mentions are numerous cases of windowbreaking, insults to an eighty-nine year old Jew whose hat was knocked off his head, and antisemitic signs which had been placed at the entrance to the town. The letterwriter claimed not to be a *Judenfreund* but rather to be interested in preserving the morality of the local youth and the health of the local economy. He attributes many of the incidents to children and describes them as „Unfug" and „dumme Jungenstreiche" and called on the government to restrain them. As for the antisemitic signs, they were said to be hurting the cattle business to the dismay of the local peasants. The author seems to be representative of certain middle-class Germans who opposed antisemitic violence, though he seems to have been fairly conservative in his politics, signing his letter „mit treudeutschem Gruss".[9]

The *Bezirksamt* seems to have been at least somewhat sympathetic to the economic arguments in the letter and passed it on to the Nazi *Kreisleiter* with remarks about the difficulty of replacing Jewish cattledealers. The *Kreisleiter,* however, reacted with violent invective about the „anständig", presumably

[8] On the Gunzenhausen pogrom see Kershaw, *Popular Opinion op. cit.,* pp. 236–238. Kershaw paraphrases the speech of the SA ringleader of the pogrom to the mob in which he calls the Jews "our mortal enemies" who "had nailed Our Lord God to the Cross" and "were guilty of the deaths of two million in the World War and the four hundred dead or seriously injured in the Movement". He describes the incident as a "quasi-medieval pogrom". (p. 237). See also the description in Ophir, *op. cit.,* pp. 291–292.

[9] Raskin collection, folder 25, pp. 172–175. The author signs his letter *Sanitätsrat* Dr. Goppelt.

middle-class circles which stick up for the „Saujuden". In this and other incidents he seems to have been the chief local force pushing for an increase in anti-Jewish activity.[10]

The attitude of the local administration including the local police towards antisemitism seems to have fluctuated considerably. The Jewish community and some individual Jews seem to have been quite forthright in their attempts to defend their rights and report incidents to the police. In one incident in 1935 the police ordered the removal of a sign in a village stating that "Jews enter this town at their own risk", although telling the villagers that a sign stating that Jews were unwelcome would be permitted.[11] At this time there seem still to have been limits on the kinds of spontaneous anti-Jewish activity *(Einzelaktionen)* permitted. In an incident in the following year in Treuchtlingen, the twelve-year-old boys who had been reported by the Jewish community to have made noise, sung, and thrown stones and sticks at Jews during a funeral were given a "stern warning" by the local policeman and their teacher.[12] The tone of the report gives the impression that the warning was sincere. On the other hand, in the same year, a report by a gendarme on a complaint by a Jewish cattledealer that he had been attacked in a village, stated that Jews were not worthy of special protection and that he did not want to give the peasants the impression that Jewish cattledealers had the same rights as Aryan ones.[13]

---

[10] Raskin collection, folder 25, p. 177. The *Bezirksamt*'s letter to the *Kreisleiter* states „ein ausreichender Ersatz der jüdischen Viehhändler durch christliche Händler scheint zumeist nicht vorhanden zu sein". *Kreisleiter* Gerstner's blistering reply states in part: „All die anständigen Kreise haben es mit der Würde eines Kulturstaates wohl vereinbar gehalten, daß Jahr für Jahr Zehntausende von deutschen Bauern von Haus und Hof kamen. Da ist keiner aufgestanden und hat gejammert, die armen deutschen Menschen. Wenn einem Saujuden ein Härchen gekrümmt wird, erschallt aus allen Ecken und Enden der Ruf ‚Unsere armen Juden!' ... Daß es Deutsche sind, die den Bauern in der Meinung bestärken, daß man ohne Juden eben nicht auskommt, ist wieder so recht typisch deutsch. Wenn der Kampf außerhalb Frankens in ‚anständigeren' Bahnen sich bewegt, kann das kein Anlaß sein, mit ‚unseren lieben Juden' Mitleid zu haben ..." These comments are typical of the violent language and antisemitic agitation coming from the *Kreisleiter*'s office.

[11] Raskin collection, folder 25 – The *Gendarmerie* of Pleinfeld reported that such a sign was set up at the entrance of the village of Ramsberg at the order of the head teacher. When the Bavarian political police (later becoming the Bavarian branch of the *Gestapo*) ordered its removal, the *Ortsgruppenleiter* could not understand what was wrong with it. The removal of the sign in December 1935 may have been part of the general campaign to make a good impression on foreigners during the 1936 Olympics.

[12] Raskin collection, folder 25. Report by the *Gendarmerie* of Treuchtlingen, 9th March 1936. The report quotes two paragraphs from a letter by the head of the Jewish community of Treuchtlingen reporting the incident which had taken place that morning. The Jewish community head was able to report four of the boys participating in the disturbance by name. The boys admitted having thrown the objects, but claimed not to be able to explain why. They also claimed that no one had instigated their action. Other incidents also show the participation of youths in anti-Jewish violence (e. g. the vandalism in the Jewish cemetery of Treuchtlingen in February and March 1938 – Raskin collection, folder 62).

[13] Raskin collection 46. The *Gendarmeriehauptwachtmeister* in Ettenstadt displays considerable hostility to Jews in his report of the complaint by a Jewish cattle dealer that "Aryan" cattledealers had beaten him up. He refers to the complainant repeatedly merely as „der Jude" and ends „Nachdem die Juden jedoch einen besonderen Schutz nicht wert sind, habe ich vorerst von Erhebungen in dieser Sache Abstand genommen und der hiesigen Bevölkerung auch keine Handhabe gegeben, um deren Meinung zu vertreten, daß schließlich der Jude noch das gleiche Recht hat, wie ein arischer Viehhändler [sic.]" – report of 14th June 1936 labelled „Geheim".

Although the difference in attitudes on the Jews may have been merely a matter of personal

The antisemitism of the local police was often rather muddled as can be seen from an incident in 1937. This incident also reinforces the idea that both Jews and non-Jews evaded Nazi rules as much as was possible. A local gendarme relates solemnly, in a three-page report, his efforts to confiscate the eight marks which had belonged to a dissolved Orthodox Jewish youth organisation in Treuchtlingen. The report expresses outrage that the seventeen-year-old leader tried to mislead the policeman by having him search the wrong room. He refers to the boy's conduct as neither religious nor decent, but „echt jüdisch, wie man es im *Stürmer* lesen könne". Despite this reference to the extreme Nazi paper, however, the report shows a naive rather than militantly anti-Jewish attitude. The money turned up in a closed account in the local bank whose owner denied that he had any Jewish customers until confronted with the organisational bank book.[14]

Since virtually all local Jews lived from commerce with the village populations, they were at the mercy of the local Christians both for their economic livelihood and for their personal safety. It is quite remarkable to what extent the Jews continued to carry on their businesses on the road in remote villages with no Jewish populations, despite the boycotts, threats and physical attacks to which they were subject. Even in the poisoned atmosphere of Mittelfranken, they were able to continue their trades for a number of years. It is possible that those engaged in ambulatory business from village to village were able to avoid the boycott better than the more easily monitored immobile stores, but they

---

differences, one should remark that Ettenstadt had no Jewish residents and that the police may have felt less desire to protect Jewish cattledealers than to prevent desecration of Jewish funerals.

[14] Raskin collection, folder 73. Three page single-spaced typed report by a gendarme in Treuchtlingen, dated 19th May 1937.

The gendarme's naivety is shown in a number of ways. In his search of the room which the youth leader claimed was his, the policeman found a book, *Die Frau*, with a bookmark at the page about pregnancy. He asked the youth if this was one of the books of instruction used by the religious youth group. It turned out that the book belonged to a Jewish girl renting a room in the building, and only then did the policeman realise that he had been searching her room instead of that of the youth leader.

He then returned to the youth leader „und machte ihm Vorhalt, daß er mich betrogen hat". [and confronted him with the fact that he had lied to me]. He then searched his room and found the bankbook of the organisation's closed account. The report continues by saying that the gendarme told the youth's employer „der Kaufmann Meyer" [a local Jew] about the lying conduct of his employee „das weder religiös noch anständig sei, aber echt jüdisch, wie man es im *Stürmer* lesen könne". The employer stated that there must be some money in the group treasury since his employee had wanted to hide it, but had been dissuaded by his boss.

The policeman was also critical of the conduct of the "Aryan" bank official: „Auch Fickenscher war unehrlich, als er erklärte, . . . seine Bank mache keine Geschäfte mit Juden."

Among the books confiscated by the gendarme was a book about Herzl from which he quotes in his report. The Jewish youth had labelled two of the Hebrew songs in the book as „Jüdisches Nationallied, wie in Deutschland das Horst-Wessellied" and „Jüdisches Nationallied, wie in Deutschland das Deutschlandlied".

Finally the policeman asked permission to break the confidentiality of the mail to see if the youth had violated the law by hiding funds and denying it „in jüdischer Weise".

Despite the quotes from *Der Stürmer* and other bigoted remarks, the tragi-comic report itself is not virulent in its language. The Jewish principals are always referred to by name rather than as „der Jude", and the gendarme seems to expect the Jewish employer to care for the moral character of his young employee. The contradictions and naivety of the report may be quite typical of the type of antisemitism current among many ordinary Germans and officials.

faced greater physical danger. One is amazed at the resourcefulness and even physical courage with which they defended their economic positions. It also becomes clear that in Mittelfranken as elsewhere, the violent antisemitism of some did not prevent many from continuing to deal with Jews, at least in secret. Only action from above finally ended Jewish business in rural Mittelfranken.

In one particularly striking incident in 1936, a Jewish cattledealer was arrested because of an incident which began when he was physically attacked by an *Ortsbauernführer* and an Aryan cattledealer. In the ensuing exchange of documents, the *Kreisleiter* accused the Jew of having spread the rumour that the Nazi leader who was also the Mayor of Weissenburg had permitted him to continue doing business. He therefore demanded and obtained the man's arrest for making false statements. The documents on this incident show the personalistic nature of such incidents; the *Ortsbauernführer* and the Jewish cattledealer say *Du* to each other. The Jewish cattledealer was reported to have answered the insults of the Nazi peasant leader and to have announced that he would continue to do business in the village. Not only did he try to defend his right to ply his trade, he also defended his dignity in other ways. The report ends with the words „Gutmann bittet darum die Unterschrift . . . nach Ablauf des Sabbats nachholen zu können". (Gutmann asks permission to sign the document after the Sabbath is over.)[15]

In a similar case the government tried to revoke the license of a Jewish merchant who also claimed that the government permitted the continuance of Jewish business. He carried newspaper cuttings with him reporting that the economics ministry had spoken against the anti-Jewish boycott. This attempt to convince customers who expressed reservations about dealing with a Jew, that it was permissible to continue doing so, was viewed by the local Nazis as a case of fraud and grounds for the revocation of the license. As in many other cases, the merchant had been denounced by a customer. After the license revocation was

[15] All these documents are in Raskin collection, folder 46. The use of „Du" is not merely insulting. This is shown by the fact that the two clearly knew each other. The report by the *Ortsbauernführer* states „[ich mußte] die Wahrnehmung machen . . ., daß der Viehjude Guthman Max von Ellingen in Begleitung einer Kaltenbucher Bauerntochter sich wahrscheinlich zum Zwecke des Viehhandels auf das Feld zu einem Bauern begeben wollte . . . Zum Juden selbst sagte ich: ‚Dir muß ich wohl auch bald eine Ansichtskarte schreiben. Du hast in Kaltenbuch nichts mehr zu handeln, verstanden!' Der Jude erwiderte hierauf: ‚Ich habe Dich nicht angeredet.' Worauf ich entgegnete: ‚Und ich Dich auch nicht.'"

Other reports also show personal relationships between Jewish cattledealers and "Aryans". In one report a peasant speaks of the Jewish cattledealer coming into his house, sitting on the sofa and asking him if he had any cattle to sell. When the cattledealer assured him that the deal was legally permitted, the peasant said „dann kannst meine Ochsen haben" [folder 42 – report from Thalmässing – 9th September 1936, case 11]. In an appeal by Jewish cattledealers against revocation of their license, their lawyer refers to the fact that one *Bezirksbauernführer* had a personal enmity against some of the partners. [folder 42 – appeal of 10th November 1935].

On the other hand, we find reports on cattledealing in which the peasants claimed not to know the name of the cattledealer with whom they had traded. But the police rightly state: „Es erscheint jedoch fast nicht glaublich, daß A. den fremden Viehhändler nicht vor Eintritt in die Verkaufsverhandlungen nach seinem Namen oder nach seiner Herkunft gefragt haben soll" – [Raskin collection, folder 44, report from Greding *Gendarmerie* – 14th August 1937. In another case, a witness spoke of the oxen he had sold to "the Jew – he didn't know the name" – [folder 42 – Röttenbach, 8th September 1936].

announced, the merchant's lawyers made extensive efforts to have the decision reversed, efforts which they did not give up until the autumn of 1938.[16]

Despite the danger of doing business in the isolated villages and fields, and the fear of denunciation by customers for even the most innocent remark, the Jewish merchants did not give up easily. They were helped in their stubborness by the fact that the same peasants who had antisemitic prejudices against cattledealers and their practices, could not imagine the cattle trade without Jews. Because of the economic advantages they gained from dealing with Jews who paid cash and sold on credit, they were very reluctant to switch to the Aryan cattledealers the Nazis tried to encourage. Though the county government tried to claim that the Jews were giving unfairly high prices or engaging in other unfair practices to keep their customers, the customers denied this to the government investigators.[17] The Nazis were aware of the large amount of cattle still being traded by Jews in 1936, but were hampered in their investigation by the fact that such trade „wird häufig verschwiegen" (is often kept secret).[18] For many local resi-

[16] Raskin collection, folder 41. The original complaint against the Jewish merchant was made in 1935. His trading permit *(Gewerbelegitimationskarte)* was revoked in April 1936 at the request of the Bavarian Political Police, but a court restored it, because it turned out that the accuser had lied. In addition, the merchant had been able to authenticate both the cuttings he had shown his customers, and his claim that SA members had bought from his store. The long proceedings which followed the original license revocation with its appeals and counterappeals show the continuance of the semblance of a *Rechtstaat*. However, despite the decision of the provincial government in the merchant's favour in March 1937, the license was not reissued. The decision by the *Gestapo* that it not be granted overrode all the previous decisions. The Jewish firm made a further appeal in January 1938 when other members of the firm were also denied permits. At that time the appellant was told that no appeals would be accepted because all Jews were to be denied permits on principle. In October 1938, the company's lawyer formally withdrew his appeal. Although Jews could sometimes get a temporarily favourable decision, the overlapping authority structure made it difficult to enforce it in the face of party opposition. The Jews often exhausted themselves in fruitless appeals.

[17] Raskin collection, folders 42–44. In July 1935 the *Bezirksamt* sent a circular to all nine *Gendarmerie* stations in the county launching an investigation of the accusation that the Jewish cattledealing firm Bermann and Oppenheimer had paid up to 50% over the market price in order to hinder purchases by other cattledealers. Very detailed reports were sent by the *Gendarmerie* stations detailing every cattle purchase by the firm known to the authorities. In many reports, the peasants reported to the investigators that they were satisfied with the deals they had made; however, little evidence of massive overpayment was found.

[18] Statements about the lack of candour of the peasants about deals with Jews include the following:
Raskin collection, folder 42 – report from Ellingen – 10th August 1935: „Die Viehverkäufe an die Juden werden zum großen Teil verschwiegen und traut ein Bauer dem andern nicht."
Folder 43, report from Greding, 4th September 1936: „Die Landwirte sind mit ihren Angaben auch sehr zurückhaltend, weil sie meinen, sie könnten in Schutzhaft kommen, weil sie mit Juden Geschäfte gemacht haben."
A violently antisemitic report by the *Bezirksbauernschaft* in Ettenstatt (Folder 42, 26th August 1935) attacks the Jewish cattledealing firm. It states that one peasant had said "I'll give you my ox for 50 marks less, because you're a Jew. I won't give my ox to a Christian at all." It continued „Selbstverständlich lügen einen die meisten Bauern fürchterlich an, denn sie meinen, sie können in Unannehmlichkeiten kommen, wenn sie die Wahrheit sagen, denn sie haben doch eine gewisse Angst."
The result of the investigations was the revocation of the license in August 1935, but this was appealed and reversed. A year later a second investigation of the firm's dealings was made in the neighbouring county of Hilpoltstein. Although certain police stations reported no sales, others reported many deals. Deals amounting to 130 head of cattle which were purchased by the firm were reported from the two counties of Weissenburg and Hilpoltstein over the course of a year's trading. These deals are recorded in great detail with information on price, weight, physical appearance and state of the animal and the peasant's evaluation of the deal. It is clear that the 130 cases are only a small

dents, it was economic advantage not theoretical ideas for or against the Jews which determined with whom they would do business. Neither antisemitism nor economic resentments were enough to stop the Jewish cattle trade, only action from above in 1936–1937 revoking the traders' licenses (*Legitimationskarten* and *Wandergewerbescheine*) put the Jews out of business.[19]

The survival of most Jewish businesses during the first years of Nazism helped make the continued existence of rural Jewry in the *Bezirksamt* possible. An equally important factor was the existence of a functioning Jewish community. The religious activities of the communities were a factor in preserving morale. So was the existence of the Jewish school in Treuchtlingen which saved the children from some of the worst excesses of the Nazified school system. Jewish activities lasted as long as possible. As late as 1938 the Jewish men's society in Treuchtlingen was able to hold its annual evening vigil on the eve of the holiday of *Shavuot* in a private home.[20] Sabbath services in the town continued until the synagogue was destroyed in the *Kristallnacht* pogrom.

One bit of evidence that the Jewish community was an important factor in preserving a Jewish presence in the district comes from population statistics. Until 1935 there was no emigration from the district at all. When emigration began, it was strongest in the two smaller communities. By 1936 the two Jewish families in Pappenheim had gone and only 22 of the 37 Jews in Ellingen remained. On the other hand, 104 of the 115 Jews of Treuchtlingen remained there. By 1938 there were only seven Jews left in Ellingen and the synagogue there was sold in the autumn of 1938. Ninety-three Jews were still living in Treuchtlingen in November 1938 when the *Kristallnacht* pogrom took place.[21] As in many rural communities the pogrom resulted not only in the well-known burning of the synagogues and destruction of business establishments, but also in widespread damage to the private homes of the Jews. In Mittelfranken, unlike

---

proportion of the firm's activities during the period. One accusation against the firm went so far as to claim that one of the firm's partners had boasted that on one day in August 1935 they had done 65,000 RM worth of business. (Raskin collection, folder 43, letter of Albert Durst, cattledealer in Nürnberg, 13th January 1936).

[19] Some reports show the peasants' dissatisfaction with "Aryan" cattledealers. For example: (Raskin collection, folder 42, report from Hilpoltstein, 11th September 1936) The abovementioned peasants declare unanimously that they can't sell anything to ["Aryan"] cattledealer S. in Meckenhausen. „Dieser Händler sei in der letzten Zeit sehr protzig gewesen und habe immer gesagt, die Bauern sollten ihr Vieh einfach behalten." Most peasants who were questioned claimed to be satisfied with the deals they had made. The only reason given by those few who had tried to back out of their deals with Jews was fear of being considered traitors. The same peasants who refer to the cattledealers in an antisemitic manner as „der Jud" and who sign their letters to the government „Heil Hitler" did business with Jews with little hesitation. It would seem that economic benefit outweighed personal antisemitism in many individual cases.

The final revocation of cattledealers' licenses in the county took place early in 1938.

[20] Ophir, *op. cit.*, pp. 311–312 reports that all Jewish children were expelled from the Treuchtlingen state schools in December 1936. Even earlier, there are reports that Jewish children were being beaten up on the streets of the town. In March 1937 there were 13 children in the Jewish school in Treuchtlingen. Raskin collection, folder 35 reports on permission for the *Shavuot* vigil in a home in Treuchtlingen in May 1938. Ophir, *op. cit.*, p. 312, reports on the prohibition of the *Hoshana Rabba* vigil in October 1938.

[21] See Raskin collection, folder 67.

most other regions of Germany, the *Kristallnacht* and its related local expulsions put an end to virtually all rural Jewish communities.[22]

The events in the district show many similarities to events reported in the descriptions of the fate of rural Jewry elsewhere in Germany.[23] They demonstrate a range of local attitudes from the fierce antisemitism of local Nazi leaders through widespread ambiguity to at least one case of pro-Jewish intervention. The Jews held on tenaciously to their local positions, relying both on the strength of the Jewish community and on resourcefulness in continuing their businesses. They seem to have resisted migration and emigration as long as they could. In this they were aided by the fact that most of the peasants could not imagine an economy without the Jewish cattledealer or shopkeeper. Only the

---

[22] Ophir, *op. cit.*, pp. 61–62 lists expulsions connected with the *Kristallnacht* from the following Mittelfranken communities: Ansbach, Baiersdorf, Georgensgmünd, Dinkelsbühl, Wittelshofen, Markt Berolzheim, Neustadt an der Aisch, Zirndorf, Cronheim, Rotenburg and Schwabach.

[23] Any local study is subject to the question of "how typical is this case?" This is always a difficult question to answer. The rural Jews were only a small minority of German Jews in the 1930s (In the 1933 census only 15.5% of the Jews of Germany were listed as living in towns of under 10,000 inhabitants and 3.4% in towns of 10,000 to 20,000 inhabitants – Werner J. Cahnman, 'Village and Small-Town Jews in Germany. A Typological Study', in *Year Book XIX of the Leo Baeck Institute,* London 1974, p. 107). On the other hand, most non-Jewish Germans lived in villages and small towns. One might therefore conclude that the incidents related here are more typical of German mentalities in the period than of Jewish experiences. (A particular advantage to studying events in small towns rather than in large cities, is the fact that the documents from smaller places are much more likely to deal with personal relations between Jews and "Aryans" than the documents from large cities. Of course, this does not mean that relations in the countryside were indicative of what personal relationships in the city were like.)

Within rural Jewry in Germany, the Jews of Franconia were different from the average in some ways. Jewish tradition was stronger in Franconia than in rural Jewish communities in Westphalia or the Palatinate. Mittelfranken was also somewhat atypical because the level of antisemitism there was higher than in many other rural regions (for instance Catholic Unterfranken or Bavarian Swabia), though other regions like Oberhessen may have had equally unhappy Jewish-Gentile relations. Still, this case does illuminate certain aspects of Jewish-Gentile relations in the 1930s on the local level – the contradictory nature of relations, the tenacity of economic habits etc. Even in Mittelfranken it was possible for many Jews to hold out and even continue their businesses for several years after the Nazis came to power.

There is quite a bit of literature about the fate of rural Jews in the Nazi period. Much of it seems very similar to the picture gained from our study of *Bezirksamt* Weissenburg. Very similar incidents to the ones quoted here, but in much larger number and variety are to be found in Herbert Schultheis, *Juden in Mainfranken 1933–1945 unter besonderer Berücksichtigung der Deportation Würzburger Juden,* Bad Neustadt a. d. Saale 1980. Many examples are given there both of continued business deals and other relations between Jews and non-Jews as well as of appallingly crude attacks. The few references to the treatment of Jews in *Bezirksamt* Günzburg, Bavarian Swabia, found in Zdenek Zofka, *Die Ausbreitung des Nationalsozialismus auf dem Lande. Eine regionale Fallstudie zur politischen Einstellung der Landbevölkerung in der Zeit des Aufstiegs und der Machtergreifung der NSDAP 1928–1936,* Munich 1979, pp. 312–317 also present a picture similar to the one found in our study. Descriptions of violent attacks on Jews in Hesse both before and during the *Kristallnacht* can be found in Klaus Moritz and Ernst Noam, *Justiz und Judenverfolgung, Band 2, NS-Verbrechen vor Gericht 1945–1955. Dokumente aus hessischen Justizakten* Wiesbaden 1978, Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen, pp. 41–237. Documents on treatment of Jews in rural Bavaria are scattered throughout section 5 (entitled ‚Judenverfolgung und nichtjüdische Bevölkerung 1933–1944') of Martin Broszat, Elke Fröhlich, Falk Wiesemann, *Bayern in der NS-Zeit. Soziale Lage und politisches Verhalten der Bevölkerung im Spiegel vertraulicher Berichte,* vol. 1, Munich–Vienna 1977. Included in the documentation is information about mob violence against a Jewish cattledealer in Ellingen (*Bezirksamt* Weissenburg) in 1933 (p. 433), continued activities of Jews in the cattle business (p. 452), cemetery desecrations (p. 461), riots against Jewish businesses (p. 464) etc.

instituting of systematic anti-Jewish economic policies from above, and, finally, the vicious pogrom of November 1938 put an end to Jewish life in the district and forced the remaining Jews to move to the cities or leave Germany.

Deutsche Kurzfassung

Es handelt sich hier um eine Studie über einen kleinen Bezirk im mittelfränkischen Raum von Bayern, den Bezirk Weissenburg, etwa 50 km südlich von Nürnberg, der drei jüdische Gemeinden umfaßte: Ellingen (33 Juden), Pappenheim (7) und Treuchtlingen (119).

Ein Großteil der antisemitischen Manifestationen in den ersten Jahren der Nazi-Herrschaft entsprach dem traditionellen ländlichen Antisemitismus. Dieser war jedoch viel weniger systematisch, als die offizielle Politik der nationalsozialistischen höheren Regierungskreise. Noch 1937 mußten die Nazibehörden eingestehen, daß die meisten Bauern „arische" Viehhändler mieden und heimlich mit Juden Handel trieben. Die Juden versuchten mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln, ihre Stellung in der örtlichen Gemeinschaft zu halten. Die jüdische Gemeinde und jüdische Solidarität spielten bei diesem Selbsterhaltungskampf der Juden eine große Rolle. Das jüdische Leben im Bezirk fand in dem Pogrom vom November 1938 ein jähes Ende. Im Mai 1939 hat der letzte Jude den Bezirk verlassen.

HERBERT A. STRAUSS

Jewish Autonomy within the Limits of National Socialist Policy The Communities and the Reichsvertretung

Introduction

The title of this paper reveals the basic ambiguities of the subject matter I had to deal with. As I wrote in August of 1985, I was not familiar with what my colleagues at this conference were to say about one of the two key issues indicated in the title, the policies of the Nazi government towards the Jews in Germany between 1933 and 1939, but knowing their work I assumed that they would stress that there was not one Nazi policy but Nazi policies, that whatever policy lines emerged from the centre of decision-making in the form of Laws and *Verordnungen* was accompanied on local and regional levels, in associations and in daily life, by a near-chaotic multiplicity of acts of persecution, harassment, and pressures[1].

Jewish autonomy during these years in the central organisations of *Gemeinden* and the national representation, the *Reichsvertretung*, has to be described accordingly as occurring on more than one level of social reality, and be interpreted in more than one continuity. I consider it axiomatic that there was more than one Nazi policy towards the Jews with numerous agencies attempting to influence central decision-making and gaining or losing weight as the totalitarian centre set basic policy directives. There is enough evidence to conclude that the radical trends among Nazi decision-makers, above all Hitler's own radical push for radical and final solutions to the presence of Jews in Germany, were always present, even if the tactical needs and accommodations of Jewish policies to the broader requirements of foreign policy, economics, and re-armament dictated limits to the execution of these trends at any given time.

Seen in this light, the period we are dealing with must be considered a prelude to the Holocaust. In September 1935, a day after the proclamation before the *Reichstag* of the Nuremberg Laws, Goebbels addressed the *Propagandaleiter* in a speech not made public at the time. He said:

"The Führer wants to keep the Jews fat and wobbly. Only then do they represent no danger and won't fight . . . they should spend their money here in Germany . . . If he had

[1] Bruno Blau, *Das Ausnahmerecht für die Juden in Deutschland 1933–1945*, 2nd. edn. Düsseldorf 1954; Joseph Walk, *Das Sonderrecht der Juden im nationalsozialistischen Staat*, Heidelberg–Karlsruhe 1981; Uwe D. Adam. *Judenpolitik im Dritten Reich*, Tübingen 1972; Raul Hilberg, *The Destruction of European Jews*, Chicago 1961 (expanded German transl. 1982).

said that next month there will be another law and another law, until the Jews return as poor as beggars again to their ghettos, the Jews would have mobilised the world against us. By saying that the Law [Nuremberg] provides a reasonable basis for the relationship between Germans and Jews the Führer exhibited his skill: das ist gekonnt"[2].

This cynical view of Nazi policy from the mouth of one of the radical antisemites at the top of the hierarchy can be duplicated by a string of threats, and public as well as inside pronouncements by others including Hitler. It gives credence to the idea that the radicalisation of persecution – whatever solution was seen as within reach at any given time – remained a constant goal[3].

Yet, it would be simplistic to consider the perception articulated in this Goebbels speech as the only reality level on which Nazi policies functioned. The polycentric day-to-day and month-by-month behaviour of all the agencies entrusted with relations between Germans and Jews and the resulting fits and spurts of Nazi policies have been well described in the literature. So have the factors that created the distinct phases of Nazi policies towards the Jews between 1933 and 1939. The end of this period came when in late 1937, early 1938, the policy of appeasement appeared to permit the destruction of Jewish life in Germany, when the bilateral trade agreements with other countries allowed the Nazi government to displace Jews from the German economy, when a European war for continental hegemony entered diplomatic and military planning and expressed itself in the military budgets[4].

On this level of reality, the period under consideration was not a prelude to the Holocaust but operated under its own specifically different political conditions. Within the irrational context of planning for military aggression there was still forced upon decision-makers a reality principle. It required that the effects of actions taken be calculated lest such actions lead to military or diplomatic steps that might prematurely vitiate the larger goals[5].

Jewish autonomy must be placed into these ambiguous and contradictory levels of reality. Jewish autonomy was part of the Nazi tactics in pursuit of ever evolving final solutions, as indicated by Goebbels's speech. But it operated also within a framework of Nazi perceptions that made Jewish autonomy not a whim but a realistic tool of policy in pursuit of broader goals not necessarily connected with the Jewish community. No doubt, deception and cynical dishonesty served the purpose of tranquillising the Jewish community. But the fact that this very tranquillisation was considered necessary for almost

[2] ‚Goebbels vor dem Parteitag am 16. 9. 1935', Original Tonaufnahme, Deutsches Rundfunkarchiv, Katalog Nr. 519 (courtesy Manfred Rexon; ‚Regime unter dem Hakenkreuz', RIAS-Bildungsprogramm chapter 13, Doc. 17, pp. 15 f. Quoted with permission of the author).

[3] Cf. Gerald Fleming, *Hitler und die Endlösung, „Es ist des Führers Wunsch . . .*", Wiesbaden–München 1982, pp. 13–76; Adam, *op. cit.*, pp. 33 ff.

[4] Cf. Herbert A. Strauss, 'Jewish Emigration from Germany. Nazi policies and Jewish Responses (I)', in *Year Book XXV of the Leo Baeck Institute*, London 1980, pp. 315 ff., 330–337.

[5] On German Palestine policies cf. Eliahu Ben-Elissar, *La Diplomatie du IIIe Reich et les Juifs (1933–1939)*, Paris 1969. There was no "spontaneous" (organised!) popular reaction to the murder of *Gauleiter* Wilhelm Gustloff in 1936!

six years is an admission of realities, and it was these realities that allowed the Jewish community to function.

I

In 1933, there were about 525,000 Jews in Germany organised in Jewish *Religionsgemeinden*. Nazi legislation, as it finally evolved, affected probably another 400,000 persons in Germany who in one degree or another counted Jews among their immediate ancestry. The tragic fate of these persons is not the subject of this analysis[6].

The *Gemeinden* in which religious Jews were organised had been the one and only form of comprehensive Jewish organisation before emancipation took hold. Before emancipation, the *Gemeinden* resembled closed communities. They seemed to resemble states within states, but were really minority organisations subject to the myriad discriminatory laws of the numerous states that made up the decaying Holy Roman Empire. They enjoyed far-reaching internal autonomy in matters of religion, community governance, jurisdiction over their members in civil matters, marriage and divorce, the collection of contributions, the distribution of welfare, the administration of communal property, and the management of their often huge debts. A complicated web of licenses, prohibitions, and special rules for the religious and civil life of Jews and of their congregations and communities had evolved prior to emancipation[7].

The achievement of legal equality by the Jews of the several German states in the course of the nineteenth century did not in all states coincide with the establishment of the *Gemeinde* as the central legal entity. To mention just two of the most significant: the so-called *Judenedikt* of Bavaria issued in 1813 granted Jewish *Gemeinden* the legal status of publicly recognised corporations and made them the sole representatives of Jews *vis-à-vis* the government. Membership in these congregations was the only quality constituting Jewishness under the law.

[6] Bruno Blau, ‚Die Juden in Deutschland von 1939–1945', in *Judaica*, 7 (1945), pp. 221–284; Bernhard Lösener, ‚Als Rassereferent im Reichsministerium des Innern', in *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 9, No. 3 (July 1961), pp. 277–282; Lutz E. Reutter, *Die Hilfstätigkeit katholischer Organisationen und kirchlicher Stellen für die im nationalsozialistischen Deutschland Verfolgten*, 2nd. edn., Hamburg 1970, H. A. Strauss, see 'Jewish Emigration (I)', *loc. cit.*, pp. 317 ff.

[7] Hermann Pollack, *Jewish Folkways in Germanic Lands (1648–1806)*, Boston, Mass. 1971; Jacob Katz, *Tradition and Crisis. Jewish Society at the end of the Middle Ages*, New York 1961; Selma Stern, *Der Preussische Staat und die Juden*, 3 vols., in 7, Tübingen 1962 and 1971 (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts, 7, 8 and 24); Arno Herzig, ‚Die jüdische Minderheit Rheinland-Westfalens im Assimilationsprozess (1780–1860)', in Kurt Düwell and Wolfgang Köllmann (eds.), *Von der Reichsgründung bis zur Weimarer Republik* (Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter, Band 2), Wuppertal 1984; Aron Heppner/J. Herzberg, *Aus Vergangenheit und Gegenwart der Juden und jüdischen Gemeinden in den Posener Landen nach gedruckten und ungedruckten Quellen*, H. 1–21. Koschmin-Bromberg 1904–1913, H. 23–26 Breslau 1921–1929. Ismar Elbogen, *Geschichte der Juden in Deutschland*, 2nd. edn. ed. by Eleonore Sterling, Frankfurt a. Main 1966; Adolf Kober, 'Jewish Communities in Germany from the age of the Enlightenment to their Destruction by the Nazis', in *Jewish Social Studies*, 9 (1944), pp. 195–238; Herbert A. Strauss, 'Pre-emancipation Prussian Policies towards the Jews 1815–1847', in *Year Book XI of the Leo Baeck Institute* London 1966, pp. 107–136.

The *Edikt* permitted only one *Gemeinde* in each locality, creating the so-called *Einheitsgemeinde*. In Prussia, the complicated diversity of provisions governing Jews in the different regions was unified after much travail only in 1847. In contrast, the first general edict granting citizenship and promising socio economic equality had dated from 1812. Under the 1847 law, too, only one *Gemeinde* was allowed for each locality, and membership in these *Gemeinden* was compulsory for all Jews in a given locality or region. Only in 1876 did the Orthodox in Prussia manage to change the *Einheitsgemeinde* provision and found an independent Orthodox *Gemeinde*. Until then, they had suffered under the compromises in religious practices imposed upon them by non-Orthodox majorities, especially in the larger cities like Berlin[8].

These *Gemeinden* were corporations under public law. They administered their own affairs, elected their own representation to the *Gemeinde* parliament, and appointed their own rabbis and functionaries as public officials. The most important prerogative under this system of state-licensed public-law corporations was the right of the *Gemeinden* to collect *Gemeinde*-taxes as a percentage of the income tax paid by each member of the *Gemeinde* to the state. Prussian law had, in fact, prescribed that these taxes would be collected by the *Finanzämter* and turned over to each *Gemeinde* every year. Berlin, the largest of Prussian Jewish congregations obtained instead the tax returns of each of its members from the authorities and levied its own taxes based on these tax returns[9].

Although the nature of the Jewish *Gemeinde* changed considerably during the period of emancipation, becoming essentially a religious service organisation rather than a comprehensive ethnic unit of self-administration, Jewish *Gemeinden* generally retained functions that pointed beyond areas normally considered religious. As more Jews concentrated in the large cities, and as up to one fifth of Jews in Germany was made up of immigrants from Eastern European poverty areas (1925), social welfare became an increasing duty towards co-religionists. It included case work, labour exchanges, legal aid, and assistance to migration or re-migration. In some states, systems of Jewish public schools – day-schools – developed, old-age and nursing homes, hospitals and nursing schools were established, in part on the basis of, or in cooperation with privately endowed foundations[10].

The status of the Jewish *Gemeinde* of the Weimar period paralleled on a different socio-legal level and in modified forms, the complicated historic

---

[8] Baruch Z. Ophir/Falk Wiesemann, *Die jüdischen Gemeinden in Bayern 1918–1945. Geschichte und Zerstörung*, München–Wien 1979, pp. 13–29; Heinz M. Graupe, *Die Entstehung des modernen Judentums. Geistesgeschichte der deutschen Juden 1650–1942*, Hamburg 1969, pp. 109–120, 155–171, 231–246.

[9] S. Wertheimer, *Die Bedeutung des Artikels 137 der Reichsverfassung für die israelitischen Religionsgesellschaften*, (Diss.), Heidelberg 1929; Leopold Auerbach, *Das Judentum und seine Bekenner in Preussen und in den anderen deutschen Bundesstaaten*, Berlin 1890.

[10] Kurt Wilhelm, 'The Jewish Community in the Post-Emancipation Period', in *Year Book II of the Leo Back Institute*, London 1957, pp. 47–75; S. Adler-Rudel, *Ostjuden in Deutschland 1880–1940. Zugleich eine Geschichte der Organisation, die sie betreuten*, Tübingen 1959 (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 1); *Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege 1932/1933*, ed. by Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland, Berlin 1934.

church-state relations of the Christian churches. It was made more tangled by the Weimar Constitution. That constitution had provided in its Article 137 for a far-reaching internal autonomy for all religious associations, but had left the enabling provisions to the several states of the Republic. It provided also that older state law would remain in effect as long as additional legislation was not issued to enforce the constitutional provisions of Article 137. Some states, like Baden and Württemberg, had promulgated new comprehensive laws for their religious associations; Bavaria, in 1920, had granted the status of a corporation under public law to a state-wide body endowed with the right to levy taxes and establish state-wide institutions such as a teachers' seminary, orphanages, old-age homes, and other facilities. In Prussia, attempts to conclude a concordat between the Jewish *Gemeinden* and the Prussian state in parallel to the concordats the Prussian government had concluded with its Evangelical and its Catholic churches failed. Rabbis Leo Baeck and Ezra Munk had negotiated some time before 1933 with the Prussian Ministry of Education to this end, but had failed (the exact years during which these negotiations took place remain in dispute)[11].

In 1933, the autonomy of the Jewish *Gemeinden* was thus governed by a complicated legal web of state-church relations. This autonomy itself was in fact given and guaranteed under law by the states and administered by their respective ministries and administrative agencies. These agencies, in executing the law, asserted a degree of supervision and control over *Gemeinde* autonomy that varied from state to state and from one administrative area to another. Least affected was the exercise of religion itself: yet, in 1928, the Bavarian parliament outlawed ritual slaughter. All states regulated the relationship between religious and civil acts of marriage. The state of Baden refused to respect religious law concerning the attendance of Jewish children on Sabbaths and religious holidays, while Bavaria excused Orthodox children from attending schools on Sabbaths and holidays on which work of any kind was forbidden and synagogue attendance required, for the Orthodox. The right of taxation involved numerous government prerogatives concerning rates, the composition of the tax commission, even as in Prussia, the confirmation of the budget and the supervision over the proper expenditure of funds. Where acts of the *Gemeinden* involved public functions, and there were few that could not be so defined, government agencies asserted their right to lay down rules. This affected especially the qualifications, appointment, and status of religious functionaries such as rabbis or teachers, who acquired the status of public – not government! – officials including pension rights. Government-controlled also was the entire area of Jewish education including religious instruction which, in German schools, was given as part of the school curriculum or, where Jewish day-schools existed, the government subsidised and supervised school facilities or curricula and materials used in instruction. Governments also regulated suffrage provisions for the elected

[11] Ismar Freund, *Die Rechtsstellung der Synagogengemeinden in Preussen und die Reichsverfassung*, Berlin 1926; Wertheimer, *op. cit.*, pp. 10–21, 49–64.

Gemeinde representations, women's suffrage, calendar reform, blue laws and the numerous areas Article 137 of the Weimar Constitution had summarised as being subject to "laws valid for all". Given the many years and decades of effective functioning under however tangled a web of rules, Jewish initiatives to arrive at a clearer legal condition through a comprehensive reform of these laws were felt as undesirable even by Jewish experts, because they might have led to a diminution of Jewish autonomy and well-acquired rights[12].

Jewish autonomy in the *Gemeinden*, a fairly substantial body of legal literature and commentaries makes clear, corresponded thus in its specific way to the German tradition of church-state entanglements even under the Weimar Constitution. Now, it was characteristic of Third *Reich* policies towards the churches that after an initial attempt to nazify the Protestant churches through the German Christians and their *Reichsbischof*, they desisted from attempts to create a new legislative basis for German Protestant communities. Even the Concordate concluded by the Vatican with the Nazi government in June 1933 led to years of friction, as the Nazi government and the NSDAP used terror and intimidation to vitiate some of its provisions. This policy – a government-regulated and limited internal autonomy under law – was observed towards the Jewish communities also at least until a general re-organisation of the legal status of the *Gemeinden* took place in 1938. Details of this Nazi policy as they affected the work of the *Gemeinden* will be discussed presently[13].

Beyond the *Gemeinden* whose independence was thus secured under the laws of the individual states, German Jews in some states had been organised in *Landesverbände*. Some of these, like those of Baden or Württemberg, had been established since the early nineteenth century under state law and enjoyed a legally defined measure of internal autonomy. Others were founded in consequence of the Weimar Constitution that allowed the incorporation of *Religionsgesellschaften* composed of recognised smaller religious units like the *Gemeinden*, and granted them equal status as corporations under public law. In Bavaria, the state-wide *Landesverband* (*Verband Bayerischer Israelitischer Gemeinden*) set up in 1920 as a corporation under public law was granted the right to levy taxes on its own. It used its income to establish educational and welfare institutions under its own jurisdiction. In Prussia, too, a *Landesverband* was organised in 1922, but without the power of independent taxation. For demographic and financial

---

[12] *Ibid.*

[13] Gerhard Anschütz, *Die Verfassung des deutschen Reiches vom 11. August 1919*, Neuaufl. 1960, pp. 629–650; *Jahrbuch des öffentlichen Rechts*, vol. 13 (1925), pp. 303–306; L. Berliner, *Die staatskirchenrechtliche Stellung der israelitischen Religionsgemeinden und sonstigen israelitischen Religionsverbände Süddeutschlands*, Worms 1912; C. Israel, *Geschichte des Reichskirchenrechts*, Berlin 1922; F. Giese, *Das kirchenpolitische System der Weimarer Verfassung* (Archiv für öffentliches Recht, N.F. vol. 7), 1926. Kurt Jakob Ball-Kaduri, *Vor der Katastrophe. Juden in Deutschland 1934–1939*, Tel-Aviv 1967, pp. 253–256; Hans-Erich Fabian, ‚Zur Entstehung der „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland"', in *Gegenwart im Rückblick. Festgabe für die Jüdische Gemeinde zu Berlin, 25 Jahre nach dem Neubeginn*, eds. Herbert A. Strauss and Kurt R. Grossmann, Heidelberg 1970, pp. 165–179; Martin Broszat, *Der Staat Hitlers* (dtv Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, vol. 9), München 1969, pp. 283–300; Karl D. Bracher, *Die Deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus*, Köln–Berlin 1969, pp. 411–423.

reasons, the Berlin *Gemeinde* controlled the operations of this *Landesverband*. All of these state-wide *Verbände* operated within the autonomous framework defined by their states for the *Gemeinden*. Matters of organising the services for the numerous declining and debilitated small country congregations, social and financial assistance for impoverished rural *Gemeinden*, educational and organisational tasks represented their main areas of activity[14].

When the state of siege began in 1933, there were thus no organisations that represented German Jewry as a whole – a somewhat astonishing fact given the passion for unity and clear organisational lines prevailing among the lawyers who made up the bulk of German-Jewish lay leadership. Not that attempts had not been made to create a central Jewish representation. The earliest such attempt dates back to 1869. However, the closest German Jews had come until 1918 to rally in a single representative organisation had been a private association outside the *Gemeinden* and the *Landesverbände*, the well-known *Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens*. It had been characteristic of the Jewish community in Germany, as it had been for their Christian bourgeois counterparts, that they professed a pseudo-Hegelian abhorrence of politics as a partisan business representing only sectional and special interests. The *Gemeinden* and even the *Landesverbände* and the ineffective *Deutsch-Israelitischer Gemeindebund* of 1869 and its successor (*Verband der Deutschen Juden*, 1904) excluded politics from their concerns unless it was high-level influence-peddling (*Honoratiorenpolitik*), or took the form of legal actions, for example in working for equal status under the law for Jewish with Christian churches. It could well be that the apparent predominance of lawyers in Jewish leadership positions in Germany (we have no comprehensive quantitative study of this elite) served to strengthen this bourgeois abstention from politics, the political beneficiaries of which, e. g. bureaucracies, conservative power holders, academic elites, the *status quo*, are too obvious to need mention here[15].

Until 1918, the *Centralverein* came closest to being a broad-based central representation of German Jewry. Yet it, too, had stressed the non-partisan – i.e. the non-political – nature of its work, primarily defence against antisemitism and education for German-Jewish loyalties. Only with the arrival of a popular base for Zionism and the immigration of Jews from Eastern Europe – they congregated especially in the larger cities – did the *Centralverein* lose this quality of a central representation. Zionist policy at the time – 1919–1920 – was shaped by the notion that Jews everywhere should be recognised by law as a national

---

[14] Max P. Birnbaum, *Staat und Synagoge 1918–1938. Eine Geschichte des Preussischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden*, Tübingen 1981 (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 38); Hilde Ottenheimer, 'The Disappearance of Jewish Communities in Germany 1900–1938', in *Jewish Social Studies*, 3 (1941), pp. 189–206.

[15] Cf. Arnold Paucker, ‚Die Abwehr des Antisemitismus in den Jahren 1893–1933', in Herbert Strauss/Norbert Kampe (Hrsg.), *Antisemitismus. Von der Judenfeindschaft zum Holocaust*, Frankfurt a. Main–New York 1985, pp. 143–171 (includes comprehensive bibliography to 1984); Marjorie Lamberti, *Jewish Activism in Imperial Germany. The Struggle for Civil Equality*, New Haven–London 1978; Ismar Schorsch, *Jewish Reactions to German Anti-Semitism, 1870–1914*, New York–London–Philadelphia 1972.

minority and, on the model of Eastern Europe, minority treaties guaranteed by the League of Nations should replace political and cultural integration with Jewish political and cultural autonomy. The meaning of this term emerges clearly from the sources: it implied first of all internal Jewish cultural and administrative independence from non-Jewish influences, and a legal status that would have changed the basis of all that had been achieved in law for the Jewish community since emancipation in the Western World. A Jewish Congress was to form an internal Jewish government legally secured by such minority treaties.

What remained of this unrealistic proposal to transfer Eastern European nationality conditions to Western Europe was a permanent split in the *internal* Jewish political life of the pre-Nazi period. Zionists, except for a short period in Berlin, did not succeed in gaining majorities in most *Gemeinde* parliaments, and their rather modest requests for an intensification of youth work, Jewish and Hebrew education and occupational retraining were neglected in favour of the soon necessary increase in welfare services and aid to middle-class poor[16].

But neither Zionists nor *Centralverein* understood their tasks as political in the German context, or tried to form open or permanent alliances with German political parties to advance Jewish interests. What politics there was on either side was again *Honoratiorenpolitik* – high-level connections used to exert indirect influence on legislation or on the political levels of the bureaucracy. There was no political autonomy among German Jews prior to 1933, if the term means the wielding of power in open competition with other power interests. The condition of Jews in Germany in every respect would have made such aspirations moot even if it had crossed the minds of German Jewish leaders to create a political party or secure a measure of political autonomy in Germany. Only during the last phase of its defence work did the *Centralverein* enter party politics – primarily by supporting and financing information campaigns carried out by friendly parties or newspapers. This happened on local as well as central levels, but the bulk of its members, still the bulk of German Jewry in spite of Zionist and Socialist or Communist gains among the young, lacked a political representation of their Jewish interests.[17]

II

It belongs to the many ironies of Jewish history that it took the ultimate threat posed by the coming of the Third *Reich* to create an effective central representation. The *Reichsvertretung der deutschen Juden,* renamed *der Juden in Deutschland*

[16] Donald L. Niewyk, *The Jews in Weimar Germany,* Baton Rouge, La.–London 1980, p. 147; Jacob Toury, 'Organizational Problems of German Jewry. Steps towards the Establishment of a Central Organization (1893–1920)', in *Year Book XIII of the Leo Baeck Institute,* London 1968, pp. 84–90 (p. 86: Programme for national autonomy); Herbert A. Strauss. 'The Jugendverband. A Social and Intellectual History', in *Year Book VI of the Leo Baeck Institute,* London 1961, pp. 206–235.

[17] Paucker, *loc. cit.,* cf. p. 168 for all his earlier contributions to this subject; and his paper at this conference.

from 1935 on, was not decreed by Nazi pressures or law. Different from the *Judenräte* of the Holocaust period, it was set up through the initiative of a few determined Jewish *Gemeinde* and organisation leaders centered on the *Centralverein* and the Rhineland *Gemeinde* of Essen. They had recognised that the avenues pursued in the 1920s to create such a central representation by coordinating the *Landesverbände* had failed, and that the latest such attempt, a *Reichsvertretung der Landesverbände,* was doomed to failure because of the inadequate leadership qualities of its strongest and controlling components, the Berlin Jewish *Gemeinde* and the Prussian *Landesverband.* Berlin dominated this first central organisation by sheer weight of numbers and financial strength.[18]

Several strains and influences are discernible in this new *Reichsvertretung.* The *Centralverein's* leadership in Essen recognised the need to entrust leadership to personalities strong enough and recognised enough to project independence and integrity *vis-à-vis* the Nazi government. Zionist plans advanced again in 1933 to conclude a concordat-like minority treaty with the Third *Reich,* proved unrealistic and unworkable even if German Jews, in 1933, had been willing to accept the status of a national minority. Their entire history since 1750 ran counter to the national minority concept. Zionists, in fact, proved reluctant, at first, to join the proposed *Reichsvertretung* since they feared that their small following among German Jews would turn them into a junior partner and permanent minority in such a gremium. The Berlin *Gemeinde* had to be pressured and persuaded to subordinate its claims for leadership to the leadership of what was originally planned as a board composed of personalities, not of organisations. In the end, however, the weight of organisational leadership prevailed. The *Reichsvertretung,* as it emerged in September 1933, was composed of the leaders of the major Jewish organisations like the *Centralverein,* the veterans' organisation *Reichsbund jüdischer Frontsoldaten,* the Zionist Organisation, the Orthodox and Liberal religious groups and the Berlin *Gemeinde.* It did not rest on any direct elective process but on the democratic constitutions of its member organisations.[19]

The *Reichsvertretung* was not initially and by itself an operating agency as it faced its new tasks created by the state of siege. To oversee operations, another agency had been founded earlier in 1933 (March) dealing with problems of economics and social assistance, the *Zentralausschuß für Hilfe und Aufbau.* It was through this agency that a further strain entered into the foundation of the *Reichsvertretung* in the persons of two bankers, Carl Melchior (who soon after died) and Max Warburg of the Hamburg Bank of the same name. Through Warburg, whose brother Felix M. Warburg of New York headed the combined American-Jewish fund-raising activities, the idea of a *Zentralausschuß* and then a *Reichsvertretung* was promoted in close cooperation with the American Jewish

[18] For literature on founding of the *Reichsvertretung* see note 25, below. Inadequacies of Berlin leaders are mentioned in Ball-Kaduri, *op. cit.,* pp. 36f.

[19] Cf. Franz Meyer, ‚Bemerkungen zu den „Zwei Denkschriften"', in *In Zwei Welten. Siegfried Moses zum Fünfundsiebzigsten Geburtstag,* Tel-Aviv 1962, n.p. 124. (Äußerung der Zionistischen Vereinigung für Deutschland zur Stellung der Juden im neuen deutschen Staat, V: nationaler Minderheitenstatus nach dem Modell der Verträge für deutsche Minderheiten im Ausland).

Joint Distribution Committee. Its main fundraiser, Rabbi Jonah B. Wise, had travelled to Germany in early 1933 with the purpose of stimulating the creation of an organisation through which the proper distribution of American and British funds in aid of German Jewry would be guaranteed. *Zentralausschuß* and *Reichsvertretung* were housed in the same building (Kantstraße 158) in Berlin, and on 1st April 1935 the two organisations were fused into one. Thus, from the very beginning, the entire range of German-Jewish activities and the policies dealing with the Nazi threat were coordinated with Jewish leadership in England and the USA. German-Jewish and American-Jewish professionalism had met.[20]

III

Before exploring the meaning of autonomy further, the presence of a broad condition outside the purely institutional analysis cannot be stressed enough. The state of siege that began in 1933 for the Jewish community was carried on amidst an incessant din of antisemitic propaganda, invectives, pressures, defamations, and it was carried on touching all levels of Jewish society, economics, or size of settlement. True, after June 1933, open violence was scarce, or of a kind – like beatings and violence against small property that would not normally reach the cosmopolitan press. The latter was *gleichgeschaltet* – (subject to uniform Nazi control) in any event and would report what it was told to. But even while soothing if hypocritical directives emanated from Berlin and its economics ministry, local and regional pressures on Jews determined the true atmosphere even during 1936, when German foreign policy goals counselled a temporary toning-down of open rowdyism and blatant *Stürmer*-like propaganda. It has been properly remarked that the propagandistic success of antisemitism had been persuasive, even if an unknown number of dissenters were cowed into silence by fear of physical reprisals. This had the effect that wherever informal, discretionary relations between German and Jewish agencies or, maybe more historically, between Christians, or nominal Christians, and Jews, were called for, they were controlled by the nazification of the entire structure of German associational life. Besides some church bodies, the only segment that may have avoided this Nazi penetration into decision-making processes for some time may have been big business. That did not keep it from collaborating with Nazism or from large-scale "Aryanisation" of Jewish industry and business when the occasion arose. Business could claim to follow the guidelines of the economics ministry calling for legality, not force, taking over Jewish business. But already the farmers' and crafts' associations, the local and regional *Handels-* and *Handwerkskammern,* and beyond economics, the numerous occupational and professional *Vereinigungen* like those for sports, culture, leisure-time, physicians, lawy-

[20] Yehuda Bauer, *My Brother's Keeper. A History of the American Jewish Joint Distribution Committee 1929–1939,* Philadelphia 1974, pp. 105–179, 223–292.

ers, academics, and, of course, the entire range of student organisations that had been antisemitic long before 1933 – all these associations influencing much of German life in their individual sectors tried to curry favour with the antisemitic in-group, the Nazi radicals heaved into power by *Gleichschaltung*. Even the most inclusive collections of antisemitic laws convey only a limited impression of the realities of those days – not collective guilt, to be sure, but behaviour akin to collective opportunism and accommodation.[21]

Within this quite pervasive atmosphere, however, existed another type of Jewish-German organisational relation. This is not easily grasped and, for non-German understanding, has a tinge of the absurd. Wherever *legal* and *formalised* relations under long-standing constitutional arrangements prescribed behaviour, and formal rules amending this behaviour in an antisemitic direction were absent, or only slowly developing, these rules were applied as valid rules, "correctly". If the reports left behind by Jewish leaders are to be believed, legal and administrative traditions were often kept alive in ways that openly or by implication suggested disagreement with the regime, especially on the part of government officials taken over from the Weimar period. It was between these two behavioural patterns that Jewish autonomy had to be maintained.[22]

---

[21] Karl D. Bracher, Wolfgang Sauer, Gerhard Schulz, *Die nationalsozialistische Machtergreifung*, 2nd edn., Köln–Opladen 1962 (comprehensive on *Gleichschaltung*); Richard Grunberger, *A Social History of the Third Reich*, London 1971 and George L. Mosse (ed.), *Nazi Culture*, New York 1966 (both on NS radical cultural excrescences). Helmut Genschel, *Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich*, Göttingen 1966. On opinion formation: Dorothea Hollstein, *Antisemitische Filmpropaganda. Die Darstellung des Juden im nationalsozialistischen Spielfilm*, München-Pullach 1971; Karl-Heinz Schmeer, *Die Regie des öffentlichen Lebens im Dritten Reich*, München 1956; Marlis G. Steinert, *Hitlers Krieg und die Deutschen. Stimmung und Haltung der deutschen Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg*, Düsseldorf 1970; Jutta Sywottek, *Mobilmachung für den totalen Krieg. Die propagandistische Vorbereitung der deutschen Bevölkerung auf den Zweiten Weltkrieg*, Opladen 1976; Joseph Wulf, *Theater und Film im Dritten Reich*, Gütersloh 1964; *idem*, *Presse und Rundfunk im Dritten Reich*, Gütersloh 1969; Alexander L. George, *Propaganda Analysis. A Study of the Inferences made from Nazi Propaganda in World War II*, Evanston Ill. 1959; Herbert A. Strauss, ‚1984 und das Dritte Reich. Zur Nachrichtenpolitik der audiovisuellen Medien', in *TU Wissenschaftsmagazin, 9* (Februar), Berlin 1984, pp. 24–29; Ian Kershaw, ‚Antisemitismus und Volksmeinung. Reaktion auf die Judenverfolgung', in *Bayern in der NS-Zeit, II*, eds. Martin Broszat and Elke Fröhlich, München–Wien 1979, pp. 281–384; Lothar Kettenacker, ‚Sozialpsychologische Aspekte der Führer-Herrschaft', in *Nationalsozialistische Diktatur 1933–1945*, (eds.), Karl D. Bracher, Manfred Funke, Hans-Adolf Jacobsen, Bonn 1983, pp. 97–131.

[22] Esra Bennathan, ‚Die demographische und wirtschaftliche Struktur der Juden', in *Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik*. Ein Sammelband herausgegeben von Werner E. Mosse unter Mitwirkung von Arnold Paucker, Tübingen 1965 (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 13), pp. 87–131 (on effects of economic depression of 1929 ff.); S. Adler-Rudel, *Jüdische Selbsthilfe unter dem Naziregime 1933–1939 im Spiegel der Berichte der Reichsvertretung der Juden in Deutschland*, Tübingen 1974 (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 29), pp. 155–176; Alfred Marcus, *Die wirtschaftliche Krise der deutschen Juden*. Eine soziologische Untersuchung, Berlin 1931; Kurt Zielenziger, ‚Die wirtschaftliche Krise des deutschen Judentums', in *Menorah*, IX, 9/10 (September/October 1931) pp. 439–450; Adler-Rudel, *Ostjuden in Deutschland, op. cit.*, pp. 64–93, 112–147; Max Dienemann, ‚Die Proletarisierung der deutschen Juden. Ihre geistigen und religiösen Folgen.' in *Der Morgen*, VII (1931), pp. 115–126; Jakob Lestschinsky, *Das wirtschaftliche Schicksal des deutschen Judentums* (Schriften der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden und der Hauptstelle für jüdische Wanderung, VII), Berlin 1933; Donald L. Niewyk, 'The Impact of Inflation and Depression on the German Jews', in *Year Book XXVIII of the Leo Baeck Institute*, London 1983, pp. 19–36. On Jewish policies in Eastern Europe prior to 1933 cf. Bauer, *My Brother's Keeper, op. cit.*, pp. 3–104 (maintain economic positions, reconstruct

IV

The main internal condition affecting Jewish organisational behaviour during the siege period was that for the Jewish community the siege had been preceded by a thorough state of emergency. This state had begun in Germany with the crisis that shook German economic and political life following 1918, and had set in with force with the Great Depression in 1929/1930. Jewish involvement in this Depression was strongly present in the general German consciousness of decline and disintegration. It had several aspects: firstly, Jewish economic visibility and the scapegoat tradition of German antisemitism had fed the virulent projective antisemitism embraced by Hitler and Nazism. Secondly, German-Jewish organisational policies and operations had been challenged by the crisis of Polish Jewry following the establishment of the new Polish state. Not only geographic proximity or the in-migration of Polish workers had brought German-Jewish welfare organisations in contact with their Polish brethren: organisations like the *Hilfsverein der deutschen Juden* since the turn of the century had been developing techniques of dealing with persecution and economic distress for small craftsmen, retail stores, workers and youth *in* foreign countries. In Germany, social work was carried out primarily by the large Jewish congregations and numerous private associations. Now German Jews lost their jobs, went bankrupt, became poor right in their own middle-class strata. Now they needed help themselves, and they benefited from the collective experience of aiding their foreign brethren. Since 1933, *Gemeinden* had developed substantial social service departments and devoted sizeable parts of their budgets to social work. It cannot be stressed enough that Jewish perceptions of how to meet the Nazi emergency *after 1933* had been formed by the experiences of *Gemeinden* and organisations in dealing with economic distress *before 1933*. It was the *Gemeinden* that provided experience and continuity and the cadres to deal with the new problem.

If this statement suggests continuity amidst persecution, it must be differentiated by an analysis of the actual work of the *Gemeinden*. The first differentiation concerns their size. In small *Gemeinden,* the intrusion of *gleichgeschaltet* associational and Nazi-party influences on day-to-day affairs appears to have been significant. Already before 1933 rural communities had declined in numbers and financial ability to the point where central financial support through the *Landesverbände* had come to the rescue. As religious functionaries or rabbis became unavailable or could not be supported any longer, the *Landesverbände* instituted a system of circuit rabbis to provide for decaying congregations. By 1937, 200 of 1,600 *Gemeinden* had ceased to exist, over 600 had to be partly or wholly supported. Steven Lowenstein's paper at this conference should have given us a concrete appraisal of what it meant to maintain traditional religious

---

Jewish economic retraining, emigration as far as feasible for demographic and economic reasons). For protests and political attempts to vitiate the persecution of Eastern Jews in Germany cf. S. Adler-Rudel, *Ostjuden in Deutschland, op. cit.*, pp. 112–123.

and educational services in the atmosphere of personal exposure to face-to-face hostility.[23]

Quite differently on record is the history of the large congregational units. The Nazi period accentuated the *Binnenwanderung* to the large cities: already in 1933 68% of German Jews lived in cities with over 100,000 inhabitants, and it was in these cities that Jewish *Gemeinde* autonomy maintained itself longest. Experiences gained in response to the economic depression of 1930 were now put to the test. Firstly religious services were carried on nearly unmolested until the 9th–10th November 1938 – if the presence of *Gestapo* agents during services and *Gestapo* reports on sermons are considered such molestations. Even after the synagogues were destroyed, services continued, either in places of worship the Nazis could not burn down for fear of ceating a major general fire hazard (such as the Joachimsthaler Straße Synagogue), or in the many institutional places of worship not touched in 1938 (orphanages such as Reichenheim's; old-age homes and schools. e. g. the Große Hamburger Straße, the Iranische Straße hospital, Levetzowstraße until used for deportations, etc.). What was carried on was religious education and in some *Gemeinden* new Jewish schools were organised or old ones strengthened in response to new needs. It belongs in this context that the Nazi government permitted the import of kosher meat for the Orthodox following the extension of the law against ritual slaughter to all German states on 21st April 1933. The practice was outlawed only a short time before November 1938.

Secondly: social services were greatly expanded, since new groups of clients needed to be helped – a paper on Jewish social work is to follow mine. Thirdly: new needs were met in schools for adults, a great variety of courses to prepare the young for crafts or other manual occupations, and for the retraining of older persons: we shall hear a report about Jewish education also later on during these meetings.

The *Gemeinden* were the centres of Jewish activity and they continued to function on the basis of legal relations developed in the pre-Nazi period until in March 1938, their legal basis was changed and they became mere associations instead of the corporations under public law they had been previously. The size of their annual budgets alone, as compared to those of the *Reichsvertretung,* indicates their central significance: *Gemeinde* budgets added up to about five times the annual operating budgets of the *Reichsvertretung*. If the idea of autonomy is taken to mean experiencing community *(Gemeinschaft)* free from the pressures of persecution, at least for the moment, then the *Gemeinden* and their religious and cultural services will take pride-of-place among German-Jewish institutions of the period. In fact, religious services protected by the web of legal relations on which the congregations rested ended only with the physical end of German Jewry.[24]

---

[23] Birnbaum, *op. cit., passim.*

[24] Adler-Rudel, *Jüdische Selbsthilfe, op. cit.,* pp. 150–182; Bauer, *op. cit.,* p. 127, table 5; Blau,

V

Thus, on the operational level, the concrete meaning of Jewish autonomy emerges best in visualising the day-to-day activities of the traditional *Gemeinden,* from the small rural religious-service-orientated community to the undisputed mammoth among *Gemeinden,* the *Jüdische Gemeinde zu Berlin* with its up to 176,000 members. Add to this the *associational* activities in newspaper publishing and youth work, adult education and higher learning (e. g. in *Gymnasia* and rabbinical seminaries, or the *Lehranstalt (Hochschule) für die Wissenschaft des Judentums* in Berlin), sports and health care, and enough detailed evidence appears secured to identify this Jewish life during the first six and a half years of Nazi rule in Germany as that of a vibrant sub-culture. It remains a nagging thought that day-to-day independence and autonomy, the experience of community and mutuality that has been reported at least for some of these activities and for some (the earlier) years of the period, on another level of reality also served the intentions of a regime whose ultimate brutalities remained beyond the intellectual grasp of Jewish leaders and followers alike.

This consideration appears especially poignant if the focus is shifted from the traditional and operational levels of Jewish life to basic Jewish policy. Not that there was a single "basic Jewish policy" prior to 1933, or that Jews in Germany found it easy to agree on "basic policies" or "policy" after Hitler's arrival. Prior to 1933, German Jews had no central representation, and after 1933 the representation they founded did not resemble a government. It never stood for an election, it could not legislate or dispense justice, and it had limited influence on the most basic decision its constituents had to make (if. when, how, and whither to emigrate). It also operated under the almost daily supervision of the Nazi police authorities and under constant threats of being physically immobilised through arrests, internment in a concentration camp, or murder of its representatives or staff (all of which happened in the course of its history). In spite of this precariousness, and in spite of the never-quite-resolved ideological differences among German Jews, the consensus on practical levels just noted for the more traditional forms of Jewish life in *Gemeinden* and *Landesverbände* – the thoroughly pragmatic civil-service outlook of a trained corps of functionaries – also established a consensus on practically relevant policies long before the journalists and orators had readjusted their sights and theories to the fact that the end had come.

Thus the centre of historic attention in the study of such Jewish policy as existed during the Nazi period has been the central organisation German Jewry was able to establish before it went down in the Holocaust. The history of this central organisation has been subject to previous scholarly attention, and no purpose is served here to review once more the limited source basis on which

---

Ausnahmerecht, op. cit., p. 19; Michael L. Munk, ‚Austrittsbewegung und Berliner ADASS JISROEL-Gemeinde 1869–1939', in *Gegenwart im Rückblick, op. cit.*, p. 147.

these histories had to be written.[25] It will be recalled – as has also been mentioned briefly on an earlier occasion in this paper – that in the course of the summer of 1933, a first attempt to establish a central representation of German-Jewish *Landesverbände* had failed (probably due to the political incompetence of its leaders), and was followed by a successful one leading to the establishment of the *Reichsvertretung der deutschen Juden*. Its leaders excluded important *Gemeinden* and *Landesverbände* until 1936, with the effect that for the longest time of its relatively independent life – three years and two months, September 1933 to November 1936 – it did not represent major sections of the Jewish community in Germany. It had a minuscule staff compared to large *Gemeinden* (like Berlin, Cologne, Frankfurt a. Main or Munich), it was not an operational agency, its budgets were small compared to the entire sum expended for Jewish communal purposes in Germany each year.

That it is possible to focus the issue of Jewish autonomy on this objectively quite minuscule organisation derives from its historic role as main negotiating agency with the central *Gestapo* and SD agencies in Berlin (Heydrich, Müller,

---

[25] Discussions of the history of the *Reichsvertretung* by participants and contemporaries include Kurt Alexander, ‚Die Reichsvertretung der deutschen Juden', in *Festschrift Rabbiner Dr. Leo Baeck*, ed. Council for the Protection of the Rights and Interests of Jews from Germany, London 1953, pp. 76–84; Max Gruenewald, 'The Beginning of the „Reichsvertretung"', in *Year Book I of the Leo Baeck Institute*, London 1956, pp. 57–67; Leo Baeck, 'In Memory of Two of our Dead', *ibid.*, pp. 51–56; Hugo Hahn, ‚Die Gründung der Reichsvertretung', in *In Zwei Welten, op. cit.*, pp. 97–105; Friedrich S. Brodnitz, ‚Die Reichsvertretung der deutschen Juden', *ibid.*, pp. 106–113; Adler-Rudel, *Jüdische Selbsthilfe, op. cit.*, pp. 9–28; Ball-Kaduri, *Vor der Katastrophe, op. cit.* For references to archival depositions by eyewitnesses and participants see Kurt Jakob Ball-Kaduri, *Das Leben der Juden in Deutschland im Jahre 1933. Ein Zeitbericht*, Frankfurt a. Main 1963, pp. 136–147, 213–214. For analysis by others see Jakob Ball-Kaduri, 'The National Representation of Jews in Germany. Obstacles and Accomplishments for its Establishments', in *Yad Vashem Studies*, 2 (1957), pp. 159f.; *idem*, ‚Von der Reichsvertretung zur Reichsvereinigung', in *Zeitschrift für die Geschichte der Juden*, Tel-Aviv, 1 (1964), pp. 191–199; Shaul Esh, 'The Establishment of the Reichsvertretung der Juden in Deutschland', in *Yad Vashem Studies*, 7 (1968), pp. 19–39; Abraham Margaliot, 'The Problem of the Rescue of German Jewry During the Years 1933–1939. The Reasons for the Delay in Their Emigration from the Third Reich', in *Rescue Attempts during the Holocaust. Proceedings of the Second Yad Vashem International Historical Conference Jerusalem April 8–11, 1974*, Jerusalem 1977, pp. 247–266; *idem*, 'The Dispute over the Leadership of German Jewry', in *Yad Vashem Studies* (1974), pp. 129–148; Bauer, *My Brother's Keeper, op. cit.*, pp. 109–113; K. Drobisch, *Juden unterm Hakenkreuz*, Berlin (East) 1973, pp. 114–118, 177–183, 214–217, 317–319; J. Boas, 'German-Jewish Internal Politics under Hitler 1933–1938', in *Year Book XXIX of the Leo Baeck Institute*, London 1984, pp. 3–26. Some of the participant's records are less than candid, or open only in a veiled way out of respect for the sensibilities of their contemporaries or their relatives, and tend to gloss over the political history of the *Reichsvertretung* that pitted ideologies, institutions, personalities, and styles of communication or human relations against each other. As a result, reports on such central issues as the role of the only German-Jewish Quisling-figure Georg Kareski, the policies of Heinrich Stahl (President of the Berlin Jewish *Gemeinde*), the links between *Reichsvertretung* and German authorities in significant domestic areas, are late in being published, and a comprehensive political history – even a history limited to central organisations – is as yet a *desideratum*. Most reports also suffer from the narrow focus on Jewish internal events without coming to grips with either the place of Jewish policies in its own historical context (pre-1933 conditions and habits of political behaviour), or with the Nazi background and context of these policies. This may well reflect the non-political framework in which Jewish leaders viewed the political events of their time in Germany. The biographical literature has also been shallow in dealing with the personalities of Jewish leaders in ways customary to political biography, and in dealing critically with issues discussed quite openly where Jewish leaders in Holocaust Poland during war-time are concerned.

Eichmann a. o.). In addition, it won the recognition of Jewish organisations for its courageous interventions on behalf of Jews, for providing practical leadership while the shocks of Nazi policies unfolded, for suggesting programmes to operating agencies to deal with the Nazi emergency and providing seed money for them, and, above all, for the undisputed moral and intellectual quality of its leaders. The most moving testimonial to this leadership has been offered by a small volume of biographies commemorating German-Jewish leaders on all levels, including those of the *Reichsvertretung,* who remained at their posts serving the community and paid with their lives for this service.[26]

Focusing now on autonomy, and disregarding issues of personalities that loomed larger at the time than it appears in retrospect, the main characteristic of the period lay once again in the fact that Jewish organised activities during the Third *Reich* in Germany prior to their destruction through violence and extermination were conditioned by the framework created *prior to 1933.* The new tasks imposed upon these organisations must be understood as adaptations – on the whole successful and creative adaptations – of traditional social work, traditional religious and cultural life, traditional policies, to the emergency intensified by Nazi persecution. Without reference to these traditions both in relationship to the legal environment pointed out earlier, and now the internal developments of those years, the characteristic mixture creating Jewish adaptive behaviour will be missed.

Its first phase, mainly during the years 1933 to mid-1935, reflected at first a continuation of politics as usual, and the continued use of the defence techniques (and thus the defence dilemmas) of the years preceding the Nazi seizure of power.[27] This accounts for much of the rhetoric and the organised activity of Jewish liberal-national or nationalistic groups in 1933 (*Verband nationaldeutscher Juden*/Max Naumann; *Deutscher Vortrupp*/Hans Joachim Schoeps; *Reichsbund jüdischer Frontsoldaten*/Ludwig Freund; *Erneuerungsbewegung der Jüdischen Deutschen*/Bruno Woyda), all but the veterans' organisation *Reichsbund,* marginal

---

[26] E. G. Lowenthal (Hrsg.), *Bewährung im Untergang. Ein Gedenkbuch* (im Auftrag des Council of Jews from Germany, London), Stuttgart 1965.

[27] For defence dilemmas and methods see Herbert A. Strauss, 'Jewish Reactions to the Rise of Antisemitism in Germany', in *Conference on Anti-Semitism,* New York 1969, pp. 7–26. In the context of defence techniques in a traditional sense, and in adaptation to Nazi thought and language, belongs also the problem raised by Franz Meyer, a leading German Zionist and functionary of the *Palästina-Amt* in the 1930s in „Bemerkungen zu den ‚zwei Denkschriften'", *loc. cit.,* pp. 114–127. Meyer reprints, with minimal comment, memoranda submitted to the *Reichsregierung* by the Zionist Organisation of Germany and the *Reichsvertretung der deutschen Juden,* dated 21st June 1933 and January 1934, respectively. His call for the beginning of historic concern with Jewish policies during the Nazi period corresponds to the view expressed above. The contents of the *Denkschriften* reflect Jewish policy in its two prongs, emigration and maintenance of the Jewish position in Germany, as developed below. Franz Meyer takes it for granted that Jews in resistance to oppression had to use the language of their oppressors. He fails to see, however, as pointed out already by contemporaries that Jewish conceptual and linguistic adaptation to the Nazi jargon (e. g., among war veterans' organisations or sport groups, and in the German-Jewish press of the 1930s) went often beyond the defence dilemmas and the manipulative and deserves a thorough investigation by a sociologist of language. For a recent publication illustrating the use of adapted concepts and phraseologies on a non-intellectual level see Hajo Bernett, *Der jüdische Sport im nationalsozialistischen Deutschland 1933–1938,* Schorndorf 1978.

splinter groups of short-lived duration and minimal significance for the mainstream of German Jewry. Political power was the central issue from 1933 to 1936 between the *Reichsvertretung* and the major established *Gemeinden* and *Landesverbände,* especially the predominant *Jüdische Gemeinde zu Berlin* and the *Preussischer Landesverband jüdischer Gemeinden* (located in Berlin). Between 1933/1934 and 1935/1936, the *Reichsvertretung* functioned essentially as a coordinating agency for agencies active in the fields of social work, education, youth, emigration etc. As remarked previously, only on 1st April 1935, the small-scale social work and finance bureaucracy that made up the staff of the *Reichsvertretung* and was housed in an unassuming Berlin-Charlottenburg building officially incorporated the social agency that had been its main operating affiliate *(Zentralausschuß für Hilfe und Aufbau)* as well as three cooperating emigration agencies.[28]

Besides the integrity and prestige of its representative and executive personnel, the *Reichsvertretung* gained in its communal acceptance because it claimed to speak for the community *vis-à-vis* Nazi authorities and German government agencies, often with courage and clear words, and because it developed financial resources from German-Jewish sources and acted as an intermediary between German-Jewish social agencies and Jewish aid organisations abroad (e. g. Council for German Jewry, London, American Jewish Joint Distribution Committee, New York). Its authority was contested for a mixture of personal, ideological and power motives. On the German-Jewish-national right, the veterans' organisation openly denounced mainstream cooperation with Zionists in the *Reichsvertretung* as improper, and accused Zionists of being less patriotic than their members (March to June 1934; exclusion of Zionists from membership; February 1936; claim to leadership). In the Berlin *Gemeinde,* Heinrich Stahl, a Liberal and a millionaire, acted in alliance with the right-wing Zionist populist Georg Kareski,[29] in his final attempt to gain leadership in the *Reichsvertretung,* but was defeated by the steadfast opposition of Rabbi Leo Baeck and others, and by the threat that foreign Jewish aid would be withdrawn from the Nazi-controlled organisation that would thus be created (June/July 1937). (Kareski soon after was accused of fraud, his bank *Ivria* was declared bankrupt, and he emigrated to Palestine). Ideologically, the Zionist decision to join the *Reichsvertretung* paid dividends. In view of the overriding significance of Palestine in absorbing Jewish immigrants from Germany, and of the increasing shift of German-Jewish self-perception to the Jewish component in the equation, Zionists had been granted equal representation in the *Repräsentantenversammlung* of the Berlin *Gemeinde* in November 1935, and gained equality in the representative bodies of the *Reichsvertretung* in August 1936. These political changes pitted majority Zionists (General Zionists – ZVfD, representing also the Socialist wing) in the *Reichsver-*

---

[28] The range of social services in existence at the time of the Nazi take-over in 1933 may be gathered from the detailed description offered by Adler-Rudel, *Jüdische Selbsthilfe, op. cit.,* pp. 46–182 *passim,* which offers short historic flashbacks to the material culled from the *Arbeitsberichte der Reichsvertretung.*

[29] For literature on Georg Kareski see H.S. Levine, 'A Jewish collaborator in Nazi Germany. The strange career of Georg Kareski', in *Central European History,* 8, No. 3 (September 1973), pp. 251–281.

tretung against the *Staatszionistische Organisation (State-Zionist Revisionists)* and its leader Kareski whose popular basis rested on the Berlin Jewish electorate. By August 1936, the *Reichsvertretung* also felt strong enough to expand its board *(Rat)* and include representatives of *Gemeinden* and *Landesverbände*.

In November 1936, it expanded its steering committee *(Präsidialausschuß)*, once again in the direction of including *Gemeinde* representatives like Rabbi Max Gruenewald of Mannheim.

With this expansion, the *Reichsvertretung* finally reached the status to which it had aspired since its foundation: it became the universally recognised spokesman and representative of German Jewry. Part of its activities – the all-important encounters its leading representatives had with the Nazi authorities, primarily the Secret Police *(Gestapo)*, at the time housed in a building in Berlin's Prinz-Albrecht-Straße – have never been documented since no records appear to have emerged to date. Without these records, a key element in the organisation's policies remains unknown. Another part of its activities, the presumably numerous personal contacts between its staff (like Friedrich Brodnitz, its liaison agent to the foreign press[30]) and foreign diplomats, journalists, functionaries, etc. also remains undocumented (it was of prime significance in alerting foreign friends to the necessity of interpreting official communications or letters issued by Jewish organisations in Germany in the proper way, and to convey to foreign friends the *Reichsvertretung*'s suggestions for publicity or political action. This significant "samizdat"-style activity, favoured by Berlin's position as the centre of international organisations and as the capital housing diplomatic corps and listening posts, also remains undocumented. Still another part, the *Reichsvertretung*'s publication of directives, proclamations, prayers or policy suggestions, or its public protests against antisemitic defamations, like *Der Stürmer*'s and the documents and memoranda it submitted to the *Reich* government, are on record and have been discussed in print – although here, too, cohesive and methodologically sophisticated analyses by non-participants are as yet missing. For the purpose of this essay, of main interest is the *Reichsvertretung*'s developing policy and its execution both by the central organisation and by its cooperating agencies.

To begin with the organisation serving emigration.[31] Traditionally, services to migrants to and through Germany from Eastern Europe and the Austro-Hungarian Empire in the nineteenth century had been rendered by the *Gemeinden* and private welfare agencies, as a considerable number of Jewish migrants passed through Germany on their way to overseas destinations. Since 1917, a specialised agency, *Hauptstelle für jüdische Wanderfürsorge* with branches across the country, had cared for immigrants to Germany, mainly from Eastern Europe. From

[30] See the essay by Friedrich S. Brodnitz, 'Memories of the Reichsvertretung – A Personal Report', in *Year Book XXXI of the Leo Baeck Institute*, London 1986. – (Ed.)

[31] The following discussion is adapted from Adler-Rudel, *Jüdische Selbsthilfe, op. cit.*, pp. 76–120 which paraphrases in considerable, but well selected detail the *Arbeitsberichte des Zentralausschusses für Hilfe und Aufbau, op. cit.*, 1933, 1937/1938. For the table of organisations cf. *Year Book XXVI of the Leo Baeck Institute*, London 1981, pp. 394–395.

1933 on, it functioned primarily to assist Jews of foreign nationality to leave Germany for their country of origin, or for Western Europe and overseas, to assist in the repatriation to Eastern Europe of Jews of foreign nationality who had returned to Germany following panic flight to Western Europe, and give assistance to other returnees from abroad in 1933–1935. 29,137 persons, the record suggests, were assisted by the *Hauptstelle* between 1933 and 1939.

Of similar origin – aid to Eastern Jews – was the *Hilfsverein der deutschen Juden* (founded in 1901). It had set up a department in aid of emigration in 1904, and had developed into the central Jewish agency in Germany in aid of Jews in need abroad, for the most part Jews of Eastern European origin. After 1933, the *Hilfsverein* accepted responsibility for aid to émigrés from Germany to all countries except Palestine (and Eastern Europe). Its vastly expanded services included counselling (about 60,000 persons sought its advice during the nine-months period April to December 1933); information: it published elaborate and near-scholarly analyses of major immigration countries overseas in its *Korrespondenzblatt;* maintained over 400 correspondents reporting on current developments in immigration countries; sent experts to investigate immigration possibilities in the remote areas, e. g. Africa, and provided current information to the Jewish press through its *Pressestelle,* negotiations with Nazi agencies and Jewish aid agencies abroad; language courses, and similar services. Most significant was, however, its practical aid. It obtained immigration visas or permits, found transportation, including, in some cases, the chartering of entire ocean steamers to transport émigrés overseas; organised group settlement in agricultural colonies overseas (under the auspices of the Jewish Colonization Association – ICA); and provided a wide range of financial assistance to émigrés in the form of travel money, expenses for visas and permits, "show money" (needed for admission at ports in certain countries), overseas passage, the transportation of household goods and similar needs. The *Hilfsverein* and its fifteen main branches in major cities (most of which were established in 1936 when demand for its services suddenly increased) cooperated with the welfare offices of *Gemeinden* across the country. It assisted about 33,000 persons to emigrate overseas and about 19,000 persons to enter European countries. It thus helped more German Jews to leave Germany than any other agency.

The migration to Palestine was primarily centralised in the *Palästina-Amt.* The *Amt* allocated the immigration certificates to Palestine made available by the Jewish Agency for Palestine to Jews in Germany from the semi-annual allotment fixed by the High Commissioner's Office, and thus in practice functioned akin to a visa-granting consulate. Its services included legal, economic and general information about Palestine and immigration, advice to, and screening of, applicants, international negotiations linked with immigration, cooperation with workers' organisations *(Hechaluz, Brith Chaluzim Datiim-Bachad)* organised the individual or collective training or retraining of applicants under workers' certificates and similar services. In 1933, 30,000 persons demanded information and other help from its central offices in Berlin. By 1936/1937, decentra-

lisation and changes in the flow of immigration diminished demands for its services. Like the *Hilfsverein,* the *Palästina-Amt* gave financial aid to émigrés and organised group transports to Palestine especially when immigration was threatened by an impending government cut-off. the total number of persons helped, according to records, was about 18,000, or about one-third of immigrants to Palestine.

Thus, services to migrants by these three member organisations of the *Zentralausschuß für Hilfe und Aufbau,* whose work the *Reichsvertretung* coordinated until they were organisationally incorporated in the parent body in 1936, were available to German Jews from the very beginning. However, as alluded to in the foregoing, these services could not be separated from the economic and social emergency in which a substantial number of Jews in Germany found themselves, especially as a result of the Depression and, following 1933, as a result of Nazi persecution. For these social services, the year 1933 signified at first merely an aggravation of a condition they had worked to ameliorate for years before: German Jewry had developed a wide range of social services for the unemployed, the indigent, youth, the handicapped, the small rural community unable to care for its needy. Now, with the Nazi emergency, the leading social work journal opined, existing institutions had to expand, they would be sufficient, in their missions, to take on the new problems created by the dismissal of civil servants and professionals, and the needs of craftsmen and small businessmen for low-cost loans to re-enter the economy.

The decision was to "assist and reconstruct" Jewish life, and to aid emigration was one of the "productive" services offered (in opposition to the maintenance of the life of the aged, handicapped, or chronically ill – a division of social work into "productive" and "non-productive" segments rejected ultimately by the profession). In this "constructive" series of services, the above made clear, concern with emigration moved to front rank between 1933 and 1937. This relates especially to training and occupational retraining and to segments of education and adult education. Dictated by changing conditions and perceptions, the weight in emphasis shifted from "maintenance" services to "productive" or "reconstructive" ones. A comparison of the prevailing philosophy of social services (*Sozialpolitik* in the somewhat grandiose language of the period) with the policy on emigration adopted by the *Reichsvertretung* will throw additional light on the distribution of efforts as between maintaining (and reconstructing) Jewish life in *Germany* and emigration.

As indicated in the (only) major German-language periodical dedicated to Jewish services, *Jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik,* Jewish social services had shared certain assumptions with some of their German colleagues, and had reflected on the goals of their profession in the context of German society. The social Utopia influencing this social work philosophy was derived from Marxism, and provided for the usual *Systemzwang* projections based on the Marxian acceptance of the classical labour-value theory: the capitalistic economy would yield to a system based on manual labour as the middle classes would be

proletarianised, and a new socialist ethos would turn the now "productively" engaged "new man", the manual labourer, into the leader of tomorrow. Social workers, armed with this somewhat simplified analysis of social development but apparently confirmed in their beliefs by the impact of the Depression on the "liberal" structure of the German economy, used this Marxian *Weltanschauung* to explain away the basically system-supportive effect of social work.[32]

German-Jewish *Sozialarbeiter,* like their colleagues in the U.S.A., had turned these assumptions into an action programme for social change in the Jewish community. They can best be summarised through the published articles of Max Kreutzberger, then general secretary of several major social service agencies, including the *Zentralausschuß für Hilfe und Aufbau*. He was also the editor of the journal, *Jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik,* a major (and hitherto neglected) primary source for the socio-political development of social-service planning at that time. The traditional Jewish economic roles had become obsolete. In Germany, Jews had been excluded („ausgestoßen") from the German economy for a decade prior to 1933 since they had failed to adapt to changing conditions. They had therefore slid into a structural crisis that would not lift with the end of the Depression in Germany. Jewry was „schwer erschüttert" in its social basis, its „unheilvolle Berufsstruktur" had to be changed. The method to be used by *Sozialpolitik* to change this crisis situation was a reorientation of Jewish occupational values: youth had to be trained for manual work, and weaned away from the intellectual professions which were „in tiefer Berufsnot", and traditional middle-men commercialism. Older persons, especially the unemployed, were to be retrained *(Umschichtung)* in agriculture and the crafts. They would then see "that to be a proletarian is a gift of fortune because it enables man to feed himself by the work of his own hands".

It matters little, in this context, that Kreutzberger's social Utopia both on the Jewish and on general social levels was incorrect: an empirical study of post-industrial social trends published as early as 1936 in the same journal pointed to the similarity in occupational roles among Jews and the general population and concluded that they "differed only in the speed and balance *(Gleichmaß)*" of their development. Still, Kreutzberger's was a *Weltanschauung* that offered a broad rationale for social action for the depression years. Now, in 1933, Jewish social work was ready for the new tasks: although it had never anticipated the rapid impact of Nazi persecution, the socialist view of Jewish development appeared to have been proven correct. For the next decade, occupational retraining would

[32] The following analysis of trends in Jewish social work and, as one of its parts, in emigration assistance and planning is based on the analysis of policy directives published in articles in *Jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik* (JWSP), vols. 4 (1933/1934) to 8 (1938, last issue October 1938). They were published by the executive directors of the *Zentralausschuß* including Max Kreutzberger, the editor of the journal, and Paul Eppstein, one of his successors and later the executive co-director of the *Reichsvertretung der Juden in Deutschland*. One of the articles, an editorial, is unsigned but must be presumed authoritative by its placement at the head of the first issue of the year in question (1935). The "philosophical assumptions" guiding the Utopian-Zionist-Socialist Kreutzberger were developed in several earlier articles in JWSP, and repeated in Max Kreutzberger, ‚Ende und Anfang', in JWSP, 4 (1933/1934), pp. 161–164, and *idem,* ‚Jüdische Sozialarbeit heute', in JWSP, 4 (1933/1934), pp. 89–94.

be the main task. Mutual aid, loan banks for small crafts- and businessmen, economic counselling and Jewish labour exchanges would have to be strengthened or newly organised to deal with the new situation. For youth, emigration to Palestine remained the only escape hatch. The majority of German Jews would be unable to emigrate in the foreseeable future. Social work had therefore to maintain their economic potential while Jews fought back against their German surroundings and rejected the lower status and loss of rights they were threatened by.

Elaborating this programme a year later, a writer projected (mid-1934) that only those aged thirty and under would be able to emigrate, in view of the immigration restrictions prevailing in target countries. Including the 70,000 persons already gone (*sic* – an exaggerated estimate for mid-1934), a rational plan to admit limited quotas of German-Jewish immigrants in the different countries should present no obstacles. (The writer's lists make absurd reading if held against later admission figures.)[33] Also in mid-1934, it had become clear that emigration to European countries offered no solution to the crisis. Attempts to adapt the most constructive solution – *chalutziuth* in Palestine – to Germany and attempts to "normalise" Jewish occupation by founding Jewish agricultural colonies in Germany (as had been proposed by some ideologues of the German-Jewish youth movement) were doomed to failure since the economy of Nazi Germany rejected Jewish craftsmen or agriculturists. Besides Palestine, only overseas settlement offered hope for Jews, especially Jewish youth, once they had chosen new manual occupations. Yet, a substantial part of German Jewry would remain incapable of colonisation. It would have to find a basis for its existence in Germany:

> „Die Erhaltung dieses deutschen Judentums in seinem wirtschaftlichen und jüdisch-kulturellen Bestande ist – wenn nicht Unvorhergesehenes eintritt – eine Komponente seines Lebenswillens . . .",

although it will have to be prepared to lower its standard of living.[34]

This analysis from the pen of Max Kreutzberger, the leading figure of Jewish social thought in Germany, the secretary of numerous social agencies including, before his emigration in 1935, the *Zentralausschuß,* corresponds in its factual observations to the social realities faced by the Jewish community. Emigration as a form of resistance to Nazi persecution was to be limited to the young, especially those qualifying for admission to Palestine on C-certificates through

[33] E. Kahn, ‚Das Auswanderungsproblem der deutschen Juden', in JWPS, 4 (1933/1934), pp. 225–229. The writer had assigned 7,000 immigrants to the U.S.A., 300 to Great Britain, 16,000 to Palestine (gainfully employed, dependents to be added.)

[34] Kreutzberger, *loc. cit.*, pp. 161–164. The concept of "Chaluziuth in Germany" implied acceptance of the anti-"liberal" collectivist premises of Labour Zionism and its adaptation to Jewish occupational and ideological reconstruction *within Germany*. Jewish newspapers of the period reflected this Utopian scheme in their belief that a separate Jewish existence alongside German culture but within German economic life would be possible and an aim of Nazi policy. The phrase "second 'post-emancipatory' emancipation" in newspaper editorials e. g. in the *C. V.-Zeitung* symbolised a half-way-house stop on the road to accepting the finality of Jewish expulsion from Germany.

occupational retraining (such certificates were limited to persons under thirty-five years of age). The main thrust of Nazi persecution was to be met by economic reconstruction in Germany. Typically, during this first period 1933/mid-1935, the *Reichsvertretung* had not found it necessary to create an independent emigration division and relied on the three operating agencies described above. Emigration to Palestine was, in fact, more substantial than to any other country in 1934/1935. Wealth or poverty, links with family or friends abroad, and similar factors determined all other migratory moves. Emigration remained an individual decision with the sole exception of workers' migration to Palestine based on the retraining programme of the agencies concerned.

Some *Reichsvertretung*-policies conflicted with its recommendation for the emigration of the young:[35] in December 1934, it modified its push for occupational retraining by yielding to pressures "from several quarters" and adopting a resolution recommending that suitable young persons of school-leaving age be steered into commercial apprenticeship training. Such training, the *Zentralausschuß* suggested, would be "useful anywhere in the world", and was necessary to guarantee suitable replacements *(Nachwuchs)* for Jewish companies. Too many of the young turned to manual training, and this had created a scarcity. This recommendation, it felt, did not imply that it had abandoned its demand for occupational normalisation. Similarly, the *Zentralausschuß* felt the need to recommend that young Jewish women serve as household aides (maid servants) since the supply of such aides was limited. Aside from the sexist nature of the second recommendation, the decision to recommend apprenticeships (to supply cheap labour to Jewish firms) while numerous commercial employees could not find work and were refused admission to most immigration countries because their occupation was considered undesirable, points to a conflict between emigration and reconstruction in Germany that merits detailed testing of the social effects of the entire range of social welfare and emigration practices and policies. On the level of cultural policies, the problem has already been raised previously by people like Robert Weltsch or Ernst Simon who have questioned whether the policy of reconstructing a (for a time vibrant) Jewish ghetto culture in Germany, or of relying on the merely psychological fact of renewed Jewish pride („Tragt ihn mit Stolz, den gelben Fleck!") in combating antisemitism or changing Nazi attitudes towards Jews, had not contributed to complacency and thus, for those staying behind, to their being murdered in the Holocaust.[36] Since the possibility of emigrating was a function not of organised Jewish publicity in Germany, but of the factors affecting migration decisions, in Germany and the major overseas countries, it will be unlikely that such cultural policies can be isolated as factors in emigration decisions. Such policies, it appears, had the effect of assisting

---

[35] The report on the decision to recommend placing suitable young men in commercial apprenticeships is reprinted in *Arbeitsbericht des Zentralausschusses für Hilfe und Aufbau, op. cit.*, 1934, pp. 59–62.

[36] See Ernst Simon, *Aufbau im Untergang. Jüdische Erwachsenenbildung im nationalsozialistischen Deutschland als geistiger Widerstand,* Tübingen 1959 (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 2), for one (carefully worded) expression of this concern.

German Jews, especially the young, to face a barrage of destructive invective with the kind of personality integration that permitted the complicated decisions and behaviour involved in tearing up roots and emigrating. In any case, the events in 1937–1938 leading up to the *Kristallnacht* were dramatic enough to lead to mass emigration decisions and relegated any such ideological components to the leisure-time activity they turned out to be for many of its beneficiaries. That an (unsigned) editorial, in mid-1935 (*terminus ante quem* are the Nuremberg Laws of 15th September 1935) published in the first issue of *Jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik* of that year,[37] opined that „nach dem Willen des Gesetzgebers ist eine Basis gegeben für die Arbeit von Juden" and that, in the future Jews may have „einen Platz im Wirtschaftsprozeß" is a more significant perception. Balancing this opinion, however, the editorial warned "certain strata" against mistaking the economic upswing they participated in, and against blindness in perceiving the threat posed by Nazism to their economic existence. The major problem faced by Jewish social activities in early 1935 was identified as the „Produktivierung der Ausgegliederten" (job placement for the Jewish unemployed) and placement for re-migrants returning from European countries of refuge to Germany, whose number was expected to be considerable and aggravate economic conditions for Jews in Germany to such an extent "that many Jews will still face overseas migration and emigration to Palestine as the only solutions to their problems".

This perception, derived as it was from the polymorphous signals emanating from the different centres of Nazi antisemitic policies, had already led Zionists and non-Zionists to agree on practical programmes.[38] The reality, not programmes, would dictate future action. The new element in this reality for practical social action emerged in September 1935 with the Nuremberg Laws. They brought the end of illusion for Jewish social planners. This emerges most clearly in the *Erklärung* published by the *Reichsvertretung* in reaction to the new situation.[39] It must be read in the context of the programmatic thinking and the social work outlined so far. After giving lip service to the idea that these Laws „sollen eine Ebene schaffen, auf der ein erträgliches Verhältnis zwischen dem deutschen und dem jüdischen Volke möglich ist" (should create a basis on which the German and the Jewish people can relate to each other – this was the tranquillising language which accompanied the promulgation of the laws), the *Erklärung* stressed that such a new basis was possible only if Nazi defamation and boycott of Jewish moral and economic life stopped forthwith. Now a unified and comprehensive Jewish representation, including the *Großgemeinden* and *Landesverbände,* placed emigration (alongside the education of the young for practical life and for emigration, preferably to Palestine) and the placement of the newly

---

[37] ‚1935. Zu den Aufgaben der jüdischen Sozialarbeit', in JWSP, 5 (1935), pp. 1–4 (unsigned editorial).

[38] Paul Eppstein, ‚Sozialarbeit und innerjüdische Politik', in JWPS, 5 (1935), pp. 73–76.

[39] The text of this *Erklärung,* published in all Jewish periodicals including *Informationsblätter* and the *Arbeitsberichte* may be found conveniently in Adler-Rudel, *Jüdische Selbsthilfe, op. cit.*, pp. 191–193.

displaced artists and intellectuals in a reconstructed Jewish culture in Germany at the head of its agenda. New efforts were now necessary to carry on social assistance for the poor, the sick and the aged, and *for this reason* [emphasis supplied], Jewish economic strength needed to be maintained to supplement the assistance Jews still received by law from government welfare agencies. But

„Kraft in der Gegenwart und Hoffnung für die Zukunft gibt das lebensvolle Fortschreiten im Aufbau des jüdischen Palästina . . ."

and the *Reichsvertretung* now formally joined the *Keren Hayessod* (the financial arm of the *Jewish Agency for Palestine* since 1929) as an institutional member, and asked urgently that Jewish *Gemeinden* and organisations do likewise.

This reaction on the part of the *Reichsvertretung* makes clear beyond doubt that Goebbel's perception of effective Nazi trickery for the "fat and wobbly Jews" quoted in the beginning of this presentation did not deceive German-Jewish leaders into expecting a change in Nazi "moral and economic boycott and defamation". It may, of course, have tranquillised some German Jews who let their short-term business interests prevail over their better insights: there are some indications that Jews taking part in the economic recovery in Germany delayed their emigration until after November 1938.[40]

With this declaration, emphasis shifted decisively to the Zionist prescription. Its reality was the fact that in September 1935 Palestine was still the major target of Jewish mass emigration and, moreover, of the emigration of the poor. The change in the immigration policy of the British Mandatory Administration and the Colonial Office attendant on the events in Palestine in 1936 was still to come and to destroy this basis. As pointed out in a programmatic article in *Jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik* following the Nuremberg Laws,[41] the belief was now destroyed "that the economic existence of Jews in Germany, their *commercium,* would be permitted to exist by the government and make a „normalisierende Berufspolitik" (social action aiming at the normalisation of the Jewish occupational structure in Germany) possible". Unemployed Jews could not be reintegrated in the German economy in sufficient numbers. Emigration was to be planned for 12,000 to 20,000 Jews per annum, but for the about 270,000 to 300,000 Jews who would be forced to remain in Germany during the next five years, social work would face special tasks "because 20 per cent of all gainfully employable would remain unemployed" and "over 50 per cent of the Jewish population will not live on income derived from work or property". The deteriorating situation was to be met with renewed efforts in the international planning of emigration, and a greatly strengthened programme of social assistance. Economic positions for those still functioning in the economy were to be

[40] For economic influences on Jewish behaviour after 1933 see H.A. Strauss, 'Jewish Emigration from Germany (I)', *loc. cit.*, pp. 338–346.

[41] Paul Eppstein, ‚Auswanderung und Bestand der jüdischen Bevölkerung in Deutschland', in JWPS, 5 (1935), pp. 137–146.

maintained. The newly created *Wanderungsausschuß* (Migration Board) of the *Reichsvertretung* which had projected the figures quoted above for annual Jewish emigration from Germany, was to become an active agent in this planning effort.[42]

With this position, the programmatic development of the *Reichsvertretung* had come to an end, and events beyond its control increasingly began to dictate its direction. The direction of emigration changed to overseas countries with the imposition of restrictions in Palestine. The figure the *Reichsvertretung* had projected for the next few years was exceeded by respectable percentages even if its upper limits are taken as a base (25,000 in 1936, 23,000 in 1937). The great hopes held for a settlement overseas, e. g. in Latin America, of retrained German-Jewish agriculturists by such Social Democratic planners as Shalom Adler-Rudel did not materialise. Jewish emigration remained a matter of individual decision, as Paul Eppstein reported to a meeting of Jewish social workers in Germany held in Berlin on the 9th and 10th of September, some eight weeks before the *Kristallnacht*.[43] And the impoverishment of the Jewish community in Germany created the special mission of the *Reichsvertretung* which by itself secures it an important place in the history of Jewish emigration from Germany: its activities, and the activities of the social agencies whose work it at first coordinated and then incorporated in its structure, had the effect of compensating for the advantages enjoyed by wealth and privilege among German Jews in securing admission to immigration countries. In its last phase before the outbreak of the Second World War the *Reichsvertretung* channelled funds which it obtained from the transfer schemes *Haavara, Paltreu* and *Altreu* to poor émigrés in need of "show money" or basic equipment. As late as September 1938, Otto Hirsch, the administrative head of the organisation, had called for the support of the propertied for the financing of emigration, i. e., ways had not yet been found, even at that late hour, to arrange for a system for taxing Jewish wealth in Germany for the purpose of financing the emigration of the poor. Published figures show, however, that in spite of Hirsch's admonition, expenditure raised from all sources – including the compulsory government tax *(Kirchensteuer)* collected as a

---

[42] For the *Wanderungsausschuß* of the *Reichsvertretung* see Adler-Rudel, *Jüdische Selbsthilfe, op. cit.*, pp. 76–80. An additional board, the *Zentralstelle für jüdische Auswanderung* was set up by the *Wanderungsausschuß* on the 13th December 1937 when pressure to emigrate had increased among the Jewish population in response to the renewed persecution measures.

[43] The 1937 volume of JWSP deals with the following topics in separate articles (excluding miscellaneous notes):

Migration	17
Social work	16
Education	16
Occupational training	12
Organisation of social work	12
Gemeinden and organisations	6

in addition to statistics (3), health (4), job placement (2) and migration within Germany (1).
For 1938 see P[aul] E[ppstein], ‚Tagung jüdischer Sozialarbeiter', in JWSP, 8 (1938), pp. 148–152. Includes report on the presentations made by Otto Hirsch and Paul Eppstein to the about 100 assembled social workers at the meeting.

changing percentage of the income tax and turned over to the Jewish *Gemeinden* until they lost their status under German law as bodies falling under the provision of the "public law" *(öffentlich-rechtliche Körperschaften)* in 1938 – amounted to RM 20,000,000 while the percentage contributed by the American Jewish Joint Distribution Committee to the total budget of the *Zentralausschuß* i. e., a small part of the total Jewish expenditure for communal purposes, ranged from 28.7 per cent (1936) to 36.3 per cent (1937). The problems to be solved by social assistance had reached staggering proportions and social workers laboured "deeply under the shadows of the grave problems to be solved". Equally, the reliance German-Jewish social workers like Eppstein placed on international negotiations to bring about a planned solution of the problem of Jewish emigration from Germany was dashed by reality. Like the efforts of German Jews within Germany or abroad, Jewish agencies, as this essay has made clear for some of them, and the relevant literature has established for other countries, were at best able to persuade governments to modify their restrictionism in the face of overwhelming emergency conditions like those faced by German Jews after the *Kristallnacht*. The melancholy record of international negotiations by Jewish spokesmen, e. g. at the Evian Conference, merely anticipated the equally melancholy record of governments in the face of the Holocaust to follow.

VI

To conclude: it is the burden of this presentation that the activities of Jewish representative organisations in the pre-Holocaust-period in Germany beginning with 1933 are best understood *not* as preludes to mass murder and anticipation of the tragic dilemmas of the later *Judenräte* in Eastern European ghettos, but as functions of the traditional state-church entanglements that had shaped their constitutional and legal history up to 1933. That the Third *Reich,* for reasons of its own, took over five years to change the constitutional and legal basis of Jewish *Gemeinden,* and to the end of German-Jewish existence avoided *direct* interference with the *internal* (religious, educational, in part cultural and social service) functions of Jewish communal *organisations* – in distinction from its ever-intensifying discrimination and persecution of individual Jews – permitted *Gemeinden* and *Reichsvertretung* to develop policies and realise programmes that, on the whole, must be considered proper and adequate responses to Nazi policies and to the objective difficulties placed in their way by their own powerlessness *vis-à-vis* the Nazi government. This applies equally to responses to the governments of potential immigration countries failing to perceive the seriousness of the threat, or (as in Palestine) placing political and military considerations above humanity and public commitment. Substantial gaps in archival records do not permit a judgment on the degree, if any, to which in this pre-Holocaust period, Jewish negotiators in Germany succeeded in modifying Nazi measures e. g. in their frequent talks with Secret Police officials in Berlin. No doubt, their

helplessness in the face of brute force must be weighed against the goals of Nazidom to present a façade of normalcy to the German population and foreign opinion while preparing for armed aggression. Even in retrospect, no possible option can be recognised through which the Jewish community could have redressed the imbalance of brute Nazi force with Jewish powerlessness that dominated their relations with their opponents. There was no alternative to flight (i. e. emigration). There was no realistic alternative to withdrawal to Jewish culture and community, to social service and to maintaining strength as long as possible. Where Jewish leaders in Germany tested the limits of Nazi policies, its extraordinary representatives again and again paid for such tests with being imprisoned, or murdered. Their one major Quisling-figure is to be weighed against the ranks that held firm, and against the men and women who faced the risks of staying at their posts and braved what awaited them in the end. It bespeaks the emotional maturity of what was German-Jewish culture that its survivors avoided turning the memory of their martyrs into narcissistic exhibitionism.

Deutsche Kurzfassung

Die innere Autonomie des organisierten jüdischen Lebens folgte bis 1938 dem traditionellen Muster der Beziehung von Kirche und Staat in Deutschland. Sie muß im Zusammenhang mit dem für das Dritte Reich charakteristischen administrativen Polyzentrismus gesehen werden. Eine Konzentration auf dokumentarische Quellen gibt nur ein unzulängliches Bild von der Atmosphäre des Terrors und der Angst, von denen die Juden tagtäglich umgeben waren und die ihre Entscheidungen bestimmte. Jüdische Reaktion auf die Verfolgung entsprach den historischen Vorbildern jüdischer Politik und sozialer Hilfeleistung, wie sie sich in früheren Jahrzehnten entwickelt hatten.

Jüdische Autonomie wurde durch Kontakte mit amerikanischen und britischen Hilfsaktionen und mit der *Jewish Agency in Palestine* unterstützt. Obwohl die Naziverfolgung maßgeblich auf jüdische Entscheidungen einwirkte und den jüdischen Organisationen eine allenfalls lindernde soziale Hilfsfunktion zuwies, gelang es der Reichsvertretung und den Gemeinden doch, die ständig zunehmenden Einschnitte in ihre Autonomie aufzuhalten und die Auswirkungen der Verfolgung zu mildern, soweit und solange dies möglich war.

Avraham Barkai

Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich, 1933–1938

Seit dem neunzehnten Jahrhundert waren wirtschaftliche Argumente ein wesentlicher Bestandteil antisemitischer Propaganda. Vom Nationalsozialismus übernommen, erwiesen diese in der Wirtschaftskrise eine erneute und verstärkte Wirksamkeit. Besonders empfänglich waren dabei Gesellschafts- und Berufsgruppen, die mit Juden wirtschaftlich besonders in Kontakt traten, sei es als Konkurrenten, als Käufer oder Verkäufer. Bei der spezifischen Berufsstruktur der Juden, die sich seit dem neunzehnten Jahrhundert in Deutschland nur unwesentlich verändert hatte, waren Juden vor allem in vier Berufskategorien stark überproportional vertreten: im Bankwesen, im Wareneinzelhandel – insbesondere in den Bekleidungsbranchen, in den freien Berufen und im Vieh- und Landproduktenhandel.[1]

Eine sozio-ökonomische Analyse der Rezeption des Antisemitismus steht noch aus. Bei aller Vorsicht vor „Monokausalfallen" kommt man indessen nicht umhin festzustellen, daß sich – wohl kaum zufällig – die aktivsten Formationen der NSDAP und insbesondere der SA aus den unteren Sparten des alten und neuen Mittelstandes rekrutierten. Auch der hohe Anteil von Ärzten und Juristen und deren studentischem Nachwuchs in den Führungseliten der SS ist nachgewiesen.[2] Alle diese nationalsozialistischen Berufsverbände vertraten vor 1933 die radikalsten Forderungen zur wirtschaftlichen Ausschaltung ihrer jüdischen Konkurrenten. Nach der Machtübernahme waren auch tatsächlich die Juden in den entsprechenden Berufen die ersten Ziele wirtschaftlicher Repressalien. Ihre Betätigung in den freien Berufen wurde bereits im April 1933 im Anschluß an das „Berufsbeamtengesetz"[3] gesetzlich eingeschränkt. Der Boykott vom

---

[1] Vgl. Esra Bennathan, ‚Die demographische und wirtschaftliche Struktur der Juden', in *Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik*. Ein Sammelband herausgegeben von Werner E. Mosse unter Mitwirkung von Arnold Paucker, Tübingen 1965 (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 13), S. 87–131; Jakob Lestschinsky, *Das wirtschaftliche Schicksal des deutschen Judentums*, Berlin 1932; Alfred Marcus, *Die wirtschaftliche Krise der deutschen Juden*, Berlin 1931.

[2] Vgl. dazu H.A. Winkler, ‚Die deutsche Gesellschaft der Weimarer Republik und der Antisemitismus', in B. Martin und E. Schulin (Hrsg.), *Die Juden als Minderheit in der Geschichte*, München 1981, bes. S. 283f., und B. Martin ‚Judenverfolgung und -vernichtung unter der nationalsozialistischen Diktatur', *ibid.*, S. 293. Neuerdings Sara Gordon, *Hitler, Germans and the Jewish Question*, Princeton 1984.

[3] Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 (RGBl. I, 175–177) bei Joseph Walk (Hrsg.), *Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien – Inhalt und Bedeutung*, Karlsruhe 1981, Nr. I/46. Die davon abgeleiteten Berufsverbote: Juristen: I/66; I/79; I/112; I/105; I/115. Hochschuldozenten: I/90. Mediziner: I/71; I/95; I/152; I/130 (Zahnärzte und -techniker) u. a. m.

1. April war der Auftakt eines kontinuierlichen Diskriminierungsprozesses, der die jüdischen Stellungen im Einzelhandel auch ohne Gesetzesmaßnahmen effektiv und gründlich eliminierte. Gegen die jüdischen Viehhändler setzte auf dem Lande eine besonders gewalttätige Verdrängungsaktion ein.

In der wirtschaftlichen Sphäre konsolidierte sich das nationalsozialistische Regime erst Mitte 1934 nach einer Reihe interner Machtkämpfe und Interessenkonflikte.[4] Auch die Notwendigkeit der „Beruhigung der Wirtschaft", der Überwindung der Arbeitslosigkeit und der Devisenbeschaffung schrieben vorerst eine Rücksichtnahme auf die Reaktion des Auslands vor, und alles dieses verursachte eine zeitweilige Eindämmung der offenen antisemitischen Maßnahmen. Bei den Zeitgenossen – und auch bei den Historikern – ergab sich daraus der Eindruck einer mehrere Jahre lang anhaltenden „Schonzeit" hinsichtlich jüdischer Wirtschaftstätigkeit.[5] Im Lichte der neueren Forschung und neuer

---

[4] Vgl. Arthur Schweitzer, *Die Nazifizierung des Mittelstandes*, Stuttgart 1970, bes. S. 28ff.; Avraham Barkai, *Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Der historische und ideologische Hintergrund 1933–1936*, Köln 1977, S. 87ff.; 101f.

[5] Helmut Genschel, *Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich*, Göttingen 1966, S. 139f.; Uwe D. Adam, *Judenpolitik im Dritten Reich*, Düsseldorf 1972, S. 359. Ebenso meinte der frühzeitig verstorbene Historiker Shaul Esh, der Novemberpogrom 1938 sei aus der Enttäuschung der Naziführung über das Versagen ihrer bisherigen Judenpolitik zu erklären: "in the eyes of the Nazi leaders the only failure . . . in their policy. After more than 50 months the number of German Jews had dropped about 100000 souls, i.e. by some 20%. Their economic position had not been shaken fundamentally. On the contrary, the more they concentrated in the big towns . . . the steadier grew their position." Shaul Esh, 'Between Discrimination and Extermination. The Fateful Year 1938', in *Yad Vashem Studies*, vol. 2 (1958), S. 80 u. 85.

Diese noch immer weit verbreitete Ansicht wird oft mit der Legende von der „schützenden Hand" des Reichswirtschaftsministers und Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht verbunden. Adam erklärt: „Durch den langjährigen Widerstand Schachts gegen die Arisierungspläne der Partei war den in der Wirtschaft tätigen Juden eine im wesentlichen ungehinderte Ausübung ihrer Berufe bis zu Beginn des Jahre 1938 garantiert." In der Entlassung Schachts im September 1937 sieht er daher „. . . die entscheidende Wende" und einen Beweis, „wie die Durchführung der Rassenpolitik von der Existenz einer Person abhängig sein konnte". (S. 172f.) Noch extremer findet sich die gleiche Anschauung in einer neuerdings erschienenen, auf Selbstaussagen ehemaliger Beamten des Reichswirtschaftsministeriums fußenden Darstellung: „Einen Tag nach der Entlassung Schachts . . . [wurde] der Mühlstein des Antisemitismus in Richtung Wirtschaft, das letzte ‚Reservat' jüdischer Betätigung, ins Rollen gebracht." Willi A. Boelcke, *Die deutsche Wirtschaft 1930–1945*, Düsseldorf 1983, S. 210.

Inwieweit Schacht tatsächlich die jüdischen Erwerbstätigen allgemein vor wirtschaftlichen Repressalien geschützt hat oder auch nur den Versuch dazu ernstlich unternahm, steht noch für die zukünftige Forschung offen. Er selbst hat dieses in Nürnberg und in seinen nach dem Krieg erschienenen Erinnerungen oft wiederholt, doch ist die Basis für diese Behauptung auffällig schmal. Schacht war eine komplizierte, vielschichtige Persönlichkeit, der man persönlichen Mut nicht absprechen kann. In einzelnen Fällen hat er diesen auch in Fragen der Judenpolitik bewiesen, wie z. B. die oft zitierte Schließung der Reichsbankfiliale in Arnswalde, nachdem deren Vorstand wegen Einkäufen bei Juden im Stürmerkasten angeprangert worden war. (Hjalmar Schacht, *76 Jahre meines Lebens*, Bad Wörishofen 1953, S. 409. Siehe auch Genschel, *op. cit.*, S. 106). Es gibt noch einige Beweise dafür, daß er ihm bekannte oder nahestehende jüdische Menschen zu schützen versuchte. Dagegen waren seine erhaltenen Eingaben gegen extreme Maßnahmen gegen die Juden immer von dem schädlichen Eindruck diktiert, die diese im Ausland machten, wodurch die Export- und Devisenlage geschädigt würde. Dies mag als damals zweckmäßige Argumentationstaktik zu erklären sein, aber in keinem Fall ist erwiesen, daß Schacht sich bis zum Ende hartnäckig wegen irgendeiner wirtschaftlichen Maßnahme allgemeiner Natur gegen Hitler oder auch geringere Parteigrößen durchgesetzt hat. Auch die immer wieder zitierte Königsberger Rede vom 18. August 1935 enthielt die Erklärung „Die Juden müssen sich damit abfinden, daß ihr Einfluß bei uns ein für alle Mal vorbei ist" und kündigte baldige neue gesetzliche Einschränkungen ihrer Wirtschaftstätigkeit an. Genschel, *op. cit.*, S. 112. Im übrigen hat er

Quellenbefragung muß m. E. dieses Bild erheblich revidiert werden. Wenn auch die extremsten Ansprüche der rabiatesten Nazis, wie z. B. diejenigen des schon im August 1933 aufgelösten Kampfbundes für den gewerblichen Mittelstand, einstweilen vertagt wurden,[6] so ging doch die Verdrängung der Juden aus ihren wirtschaftlichen Positionen unabwendbar voran.

Es gab natürlich örtliche und zeitliche Fluktuationen dieses Prozesses. Aber im ganzen nachweisbar ist die fast ununterbrochene Effizienz eines – manchmal im stillen, zumeist auch in der Öffentlichkeit, in Lokalpresse und Straßenkrawallen offen ausgeübten – Druckes, der zuerst auf dem Lande und dann auch in den Städten immer mehr jüdische Geschäftsinhaber dazu zwang, ihre Geschäfte zu liquidieren oder unter ihrem Wert an „Arier" zu verkaufen. Im Juli 1938 waren nach offiziellen Angaben von den über 50000 jüdischen Einzelhandelsgeschäften, die Ende 1932 gezählt wurden,[7] nur noch ca. 9000 in jüdischen Händen.[8] Von rund 8000 jüdischen Ärzten praktizierten im Juli 1938 nur noch knappe 3000, die zumeist nur jüdische Patienten behandelten. Von 4500 jüdischen Juristen übten zur selben Zeit nur noch 1753 ihren Beruf aus. Seit Sommer 1938 waren nur noch 709 Ärzte und 172 Rechtsanwälte als „Krankenbehandler" und „Konsulenten" für jüdische Klienten zugelassen.[9]

Hinsichtlich des Verlaufs der „Arisierungen" oder der Liquidation jüdischer Wirtschaftsbetriebe beruft sich die Forschung bis heute fast ausschließlich auf die Zahlen, die der für das „Judenreferat" im Reichswirtschaftsministerium zuständige Alf Krüger – sinnfällig „Judenkrüger" genannt – 1940 veröffentlichte.

---

von seiner „salonantisemitischen" Einstellung auch nach dem Kriege kein Hehl gemacht: „In Deutschland wurzelte der Jude [sic!] zum allerkleinsten Teil im Arbeitertum und Handwerk; daß er sich in Handel und Industrie frei betätigen konnte, nahm ihm niemand übel. Aber wenn der Anwaltsberuf und der Ärzteberuf einen ungewöhnlich hohen Prozentsatz von Juden aufwiesen ... (Theater, Presse, Konzerte) ... unter jüdischer Führung standen, so ist dies der Einbruch eines fremden Geistes in den Geist des Wirtsvolkes" (Schacht, *op. cit.*, S. 450). Wenn dieses so 1952 geschrieben wurde, so kann man sich leicht den Schachtschen „Geist" fünfzehn oder zwanzig Jahre vorher vorstellen.

[6] Genschel, *op. cit.*, S. 63.

[7] Die Zählung wurde von der statistischen Abteilung der Reichsvertretung der deutschen Juden aufgrund einer Erhebung in 69 Großgemeinden vorgenommen. Der Verfasser des Berichts, Herbert Kahn, stand bis 1933 der „Forschungsstelle für den Handel" in Berlin vor, und die umfangreiche vervielfältigte Schrift mit detaillierten Angaben trägt ihren Titel durchaus mit Recht: Herbert Kahn, *Umfang und Bedeutung der jüdischen Einzelhandelsbetriebe innerhalb des gesamten deutschen Einzelhandels. Hauptergebnisse einer wissenschaftlichen Untersuchung*, Februar 1934. Die Angaben über Umfang und Umsatz der Geschäfte beruhten auf den Ergebnissen des Geschäftsjahres 1932. Das Heft ist schwer auffindbar. Ein Exemplar befindet sich in der Bibliothek von Yad Vashem, Jerusalem.

[8] *Textil-Zeitung*, Berlin, 3. Dezember 1938; *Berliner Morgenpost*, 25. November 1938. Identische Angaben nach offiziellen Quellen, wahrscheinlich auf der Betriebszählung vom Juli 1938 beruhend. Über ein Drittel der Einzelhandelsgeschäfte befand sich in Berlin.

[9] Die Zahlen für Ende 1932: Bennathan, *loc. cit.*, S. 111 und Aufstellungen der statistischen Abteilung des „Zentralausschusses für Hilfe und Aufbau", Nr. 516 – V – 33 (12. Mai 1933), Archiv LBI, Jerusalem, B-11. Für 1938: Stephan Leibfried, ‚Stationen der Abwehr. Berufsverbote für jüdische Ärzte im Dritten Reich 1933–1938 und die Zerstörung des sozialen Asyls durch die organisierten Ärzteschaften des Auslandes', in *Bulletin des Leo Baeck Instituts*,62 (1982), S. 11; „Keine jüdischen Rechtsanwälte mehr in Deutschland", Jewish Central Information Office, Amsterdam, 25. Oktober 1938, in Wiener Library, Tel-Aviv University, PC 3/61. Vgl. auch Herbert Strauss, 'Jewish Emigration from Germany. Nazi Policies and Jewish Responses (I)', in *Year Book XXV of the Leo Baeck Institute*, London 1980, S. 340.

Demnach gab es im April 1938 noch knapp 40000 jüdische „Betriebe" im sogenannten „Altreich".[10] Nach der berufsstatistisch üblichen Definition waren darin alle selbständigen Geschäfte eingeschlossen – vom Warenhaus oder der Privatbank, über die Praxen selbständiger Ärzte und Rechtsanwälte bis hin zum Wandergewerbe herumziehender Hausierer. Entsprechend dieser Definition gab es nach meiner eigenen Schätzung Ende 1932 in ganz Deutschland etwa 100000 jüdische „Betriebe".[11] Das heißt, daß selbst nach den nicht weiter belegten Daten Krügers im April 1938 bereits über 60% der jüdischen Betriebe nicht mehr bestanden! Wie viele davon liquidiert und wie viele zwischen 1933 und 1937 „arisiert" worden waren, läßt sich nicht genau feststellen und ist im gegenwärtigen Zusammenhang auch nicht so wichtig. Es erscheint als erwiesen, daß die selbständige jüdische Wirtschaftstätigkeit bereits Ende 1937 in viel größerem Umfang eingestellt war als die bisherige Forschung annimmt.

Über die Beschäftigungsquote der jüdischen Arbeiter und Angestellten fehlen zwar genaue Angaben, aber da diese zunehmend nur noch bei jüdischen Arbeitgebern Anstellung fanden, bewirkte die fortschreitende Liquidation jüdischer Unternehmen eine stetig wachsende Arbeitslosigkeit. Ende 1937, als in der Wirtschaft bereits Mangel an Arbeitskräften herrschte, mußten sich jüdische Sozialarbeiter um 30000 nicht einzuordnende Erwerbslose kümmern. Im Frühjahr 1938 waren es bereits 60000.[12] Die dünne wirtschaftliche Oberschicht, darunter auch die jüdischen Privatbanken – als „jüdische Hochfinanz" ein hervorragendes Ziel antisemitischer Hetze –, konnte sich länger behaupten. Dank ihrer Verbindungen im In- und Ausland waren die jüdischen Großunternehmen dem Boykott-Terror der Straße weniger ausgesetzt und konnten sogar zeitweilig vom allgemeinen Wirtschaftsaufschwung profitieren. Später konnten die meisten von ihnen, oft unter Verlust eines großen Teils ihres Vermögens, rechtzeitig entkommen; hatten sie doch auch zum Teil genügend Reserven und Familienbeziehungen im Ausland, die sie vor physischer Not bewahrte.[13] Her-

[10] Alf Krüger, *Die Lösung der Judenfrage in der Wirtschaft. Kommentar zur Judengesetzgebung*, Berlin 1940, S. 44. Krügers Angaben enthalten keinen Quellennachweis. Die Zählung der jüdischen Betriebe fand erst im Juli 1938 statt. (3. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. Juni 1938, RGBl. I, S. 672f., Walk, *op. cit.*, II/487 und Durchführungsverordnung vom 14. Juli 1938, Walk, *op. cit.*, II/503.) Krügers Zahlen für April 1938 können demnach nicht die Ergebnisse der Zählung sein. Die Ergebnisse der Zählung selbst sind nicht erhalten oder bisher nicht aufgefunden worden.

[11] Geschätzt nach den Volks- und Berufszählungen vom 16. Juni 1933, *Statistik des Deutschen Reichs*, Bd. 451 Heft 5 und Bd. 453 Heft 2. Nachdem seit dem Januar 1933 bereits 25000–30000 Juden ausgewandert waren, erscheinen hier 110669 jüdische selbständige Erwerbspersonen, ohne mithelfende Familienmitglieder. Vgl. auch Bennathan, *loc. cit.*, S. 106f. In der deutschen Statistik wurden alle selbständigen Unternehmen als „Betriebe" gezählt, vom Warenhaus oder der Privatbank über selbständige Arzt- oder Rechtsanwaltspraxen bis zum Wandergewerbe„betrieb" selbständiger Reisender und Hausierer (vgl. „Einführung in die Berufszählung", *Statistik des Deutschen Reichs*, Bd. 453, Heft 1, Berlin 1936, S. 148ff.). Wenn wir eine beschränkte Anzahl von Partnerschaften annehmen, so ist die Zahl von ca. 100000 jüdischen „Betrieben" in diesem Sinne für Januar 1933 eher noch zu niedrig angesetzt.

[12] *Jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik* (JWSP), NF, Bd. 8 (1938), S. 6, 150.

[13] Die jüdische Presse berichtete zwischen Januar und Oktober 1938 über die „Arisierung" von 340 größeren Fabrikbetrieben und 370 Großhandelsfirmen. Hinzu kamen während der gleichen Zeitspanne 22 „arisierte" Privatbanken, darunter alte Häuser wie M. M. Warburg, Bleichröder, Gebr. Arnhold, Dreyfus und Hirschland. Vgl. Genschel, *op. cit.*, S. 173ff.; Eduard Rosenbaum, 'M. M.

bert Strauss' Unterscheidung zweier verschiedener jüdischer Wirtschaftsgruppen[14] findet sich hier bestätigt.

Merkwürdigerweise konnten sich auch die jüdischen Handwerksbetriebe länger halten. Der Grund dafür dürften ihr geringer Anteil und ihre wirtschaftliche Bedeutungslosigkeit gewesen sein. Es waren zumeist Klein- oder Einmannbetriebe mit geringem Umsatz – als Konkurrenten kaum gefährlich und als Arisierungsobjekte wenig attraktiv.[15] Nach dem Novemberpogrom wurden sie im Laufe der „Entjudung der Wirtschaft" fast ausnahmslos liquidiert und nur wenige „arisiert".[16]

Die weit fortgeschrittene Verdrängung aus aktiver Wirtschaftsbetätigung spiegelt sich auch eindeutig in den Ergebnissen der Vermögensaufnahme vom April 1938 wider. Von den 8,5 Milliarden, die einschließlich Österreich angemeldet wurden, waren nur knapp 1,2 Milliarden RM, d.h. ca. 14% aktives Betriebsvermögen. 4,8 Milliarden, also fast 60%, waren liquide Wertpapiere, die eine streng vertrauliche Zusammenfassung bezeichnenderweise als „angreifbares Vermögen . . . sofort erfaßbar" hervorhob.[17] Der Rest bestand aus Grundvermögen, dessen „Arisierung" die Nazis bewußt hinausschoben.[18] Da die

---

Warburg & Co. Merchant Bankers of Hamburg', in *Year Book VII of the Leo Baeck Institute*, London 1962, S. 147f. Siehe ebenfalls den nachfolgenden Beitrag von A. J. Sherman zu diesem Bande.

[14] Strauss, 'Jewish Emigration (I)', *loc. cit.*, S. 345.

[15] Mitte 1935 wurden in ganz Deutschland ca. 8500 jüdische Handwerksbetriebe gezählt. Herbert Kahn, *Das jüdische Handwerk in Deutschland. Eine Untersuchung aufgrund statistischer Unterlagen der Reichsvertretung der Juden in Deutschland*, Berlin 1936 (vervielfältigt), Wiener Library, Tel-Aviv, KY 3/w1.

[16] Nach dem *Arbeitsbericht der Reichsvertretung für 1938*, S. 15f. gab es im Dezember 1938 noch 5800 jüdische Handwerksbetriebe. Davon wurden nur 345 „arisiert" und der Rest aufgelöst.

[17] Reichswirtschaftsminister, Rundschreiben III/Jd. 8910/38 vom 28. November 1938. Geheimes Staatsarchiv Dahlem, Rep. 151, Nr. 1658a. Im „Altreich" wurden 5,1 Milliarden RM angemeldet, nach zuverlässigen Schätzungen weniger als die Hälfte der jüdischen Vermögen von 1932/1933, die auf ca. 12 Milliarden RM geschätzt wurden. (Vgl. Ludwig Pinner, ‚Vermögenstransfer nach Palästina 1933–1939', in *In Zwei Welten, Siegfried Moses zum Fünfundsiebzigsten Geburtstag*, Tel-Aviv 1962, S. 134.) Abweichende Schätzungen bei Strauss, 'Jewish Emigration (I)', *loc. cit.*, S. 342.

[18] Genschel, *op. cit.*, S. 251f.; Mitte 1938 verstärkte sich der Druck lokaler Stellen, die Arisierung jüdischer Häuser voranzutreiben. So z.B. „befürchtete" ein Bochumer „Gaufachwalter" in einer Eingabe an den dortigen Gauwirtschaftsberater, „daß durch den Mangel an geeigneten Wohnungen die augenblicklichen Arisierungen gestört werden, da in den letzten Tagen ein merkbarer Widerstand bei den Juden festzustellen sei, ihre Besitzungen zu verkaufen, da die Juden befürchten, mit Verkauf ihres Hauses kein Dach mehr über dem Kopf zu haben". Daß der betreffende „Fachwalter" von Beruf Grundstücksverwalter war, dürfte wohl kaum Zufall gewesen sein. Nach wiederholten Rückfragen teilte der Regierungspräsident in Arnsberg am 4. November 1938 dem Gauwirtschaftsberater die Entscheidung des Reichswirtschaftsministers mit, nach der „die Auswanderung der Juden gegenwärtig nicht in dem gewünschten Umfange betrieben werden könne . . ., unabhängig werde jedoch die Frage des Grundbesitzes der Juden allgemein geregelt werden". (Staatsarchiv Münster, Gauleitung Westfalen-Süd, Gauwirtschaftsberater, Nr. 485.) Trotzdem wurde in der entscheidenden Sitzung vom 12. November 1938 unter Vorsitz Görings, auf der die wirtschaftlichen Maßnahmen gegen die Juden nach dem Novemberpogrom festgelegt wurden, die Arisierung des nichtlandwirtschaftlichen Grundbesitzes weiterhin aufgeschoben. (The International Military Tribunal [IMT], Bd. 37, PS-1816.) Noch im Februar 1939 teilte der Reichswirtschaftsminister allen Landesregierungen und zuständigen Stellen mit, daß „die zwangsweise Gesamtentjudung des nicht landwirtschaftlich oder forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitzes nach ausdrücklicher Anordnung des Beauftragten für den Vierjahresplan im gegenwärtigen Augenblick noch nicht in Angriff zu nehmen" sei. (Reichswirtschaftsminister, III Jd. 1/2082/39 vom 6. Februar 1939, Geh. St. A. Dahlem Rep. 151/1658a, S. 58.)

Die Gründe des Aufschubs sind nach dem jetzigen Forschungsstand nur zu vermuten: 1. sollte die

Vermögensanmeldung im April, also kurze Zeit nach dem Anschluß Österreichs, vollzogen wurde, ist anzunehmen, daß in den für das Altreich angemeldeten Vermögen der Prozentsatz des Betriebsvermögens noch niedriger war.

Nach der ersten Gesetzeswelle von 1933 folgten einige Jahre lang nur verhältnismäßig wenig gesetzliche Beschränkungen jüdischer Wirtschaftstätigkeit. Auch die im Anschluß an die „Nürnberger Gesetze" 1935 erwarteten wirtschaftlichen Gesetze blieben aus. Um so wirkungsvoller ging jedoch der Verdrängungsprozeß mit den Mitteln wirtschaftlichen und auch physischen Drucks voran. Die Parteiinstanzen waren dabei natürlich am aktivsten: in den Büros der Gauwirtschaftsberater wurden – den erhalten gebliebenen Archivbeständen nach – Einzelakten über jedes jüdische Geschäft geführt und dessen Einkünfte dauernd verfolgt.[19] Die Gauwirtschaftsberater bzw. die Gauleiter hatten bei der Bestätigung von Arisierungen das letzte Wort und sorgten unverhohlen dafür, daß verdiente Parteigenossen sich als erste an den verschleuderten jüdischen Geschäften bereichern konnten.[20] Aber genauso eindeutig geht aus diesen Akten auch die enge Zusammenarbeit mit den regierenden Stellen auf kommunaler, Landes- und Reichsebene hervor. Von einer scharfen Trennung oder gar einem Konflikt entgegengesetzter Tendenzen im wirtschaftlichen Bereich der Judenpolitik kann m. E. während der gesamten Zeit keine Rede sein. Finanzämter, Industrie- und Handelskammern und kommunale Behörden arbeiteten einverständlich Hand in Hand mit den Gauwirtschaftsberatern und anderen Parteistellen zusammen, und einige Bürgermeister – zumeist bekannte „alte Kämpfer" –

Bereicherung privater Interessenten verhindert werden und die Ausplünderung des jüdischen Grundbesitzes möglichst ganz dem Staat für die dringenden Aufrüstungsausgaben vorbehalten bleiben; 2. gibt es Anzeichen dafür, daß man bereits die spätere Ghettosierung der deutschen Juden in besonderen, jüdischen Eigentümern gehörenden „Judenhäusern" im Auge hatte. (Vgl. dazu: Barkai, „Schicksalsjahr 1938", – Kontinuität und Verschärfung der wirtschaftlichen Ausplünderung der deutschen Juden', in Ursula Büttner (Hrsg.), *Das Unrechts-Regime. Festschrift für Werner Jochmann zum 65. Geburtstag*, Teil II, Hamburg 1986, S. 45–67.

[19] Dies geht besonders anschaulich aus dem umfangreichen Aktenbestand des Gauwirtschaftsberaters der Gauleitung Westfalen-Süd im Staatsarchiv Münster hervor. Die Aufgaben und Kompetenzen der Gauwirtschaftsberater sind bisher noch weitgehend unerforscht. (Vgl. Barkai, *Wirtschaftssystem*, *op. cit.*, S. 91 f.; H. Kehrl, *Krisenmanager im Dritten Reich*, Düsseldorf 1973, S. 40 ff.) Eindeutig belegt ist jedenfalls ihre führende Funktion im „Arisierungs"prozeß, in dem sie eine Schlüsselposition als Verbindungsglieder zwischen den Parteiinstanzen und den Interessenvertretern der Wirtschaft mit den Regierungs- und Verwaltungsbehörden auf lokaler Ebene einnahmen.

[20] Genschel, *op. cit.*, S. 247; über die dabei angewandten Methoden illustrativ der Bericht des Gauwirtschaftsberaters Westfalen-Süd vom 24. März 1938 an die Kommission für Wirtschaftspolitik in der Münchener Parteileitung: nur in ganz wenigen Fällen sei es noch nötig, die Juden zum Bürgermeister zu beordern. „Die Juden werden schon nachgiebig, sobald sie erfahren, daß sich die Partei mit ihrer Person befaßt." (StA. Münster, Gauwirtsch.ber. Nr. 682.) Ein sicher seltener Protest eines „Nationalsozialisten, SA-Manns und Bewunderers Adolf Hitlers" in München, der als „Arisierungssachverständiger" wirkte, berichtete erregt über die „brutalen Maßnahmen und ... Erpressungen an den Juden", von denen er „derart angeekelt" sei, „daß ich von nun ab jede Tätigkeit bei Arisierungen ablehne, obwohl mir dabei ein guter Verdienst entgeht ... Als alter, rechtschaffener, ehrlicher Kaufmann kann ich nicht mehr zusehen, in welch schamloser Weise von vielen „arischen" Geschäftsleuten, Unternehmern etc. versucht wird, die jüdischen Geschäfte, Fabriken etc. möglichst wohlfeil und zu einem Schundpreis zu erraffen". Schreiben vom 16. April 1938 an die Industrie- und Handelskammer München, abgedruckt bei Peter Hanke, *Zur Geschichte der Juden in München zwischen 1933 und 1945*, München 1967, S. 154 f.

taten sich dabei besonders hervor.[21] Gelegentliche Einsprüche der Regierungspräsidenten – oft betont widerwillig, aufgrund ebenso widerwilliger Interventionen aus Berlin vorgebracht – wurden geflissentlich zur Kenntnis genommen und „zu den Akten gelegt", für die sie zumeist von vornherein bestimmt gewesen waren. In einigen belegten Fällen waren diese Einsprüche das Ergebnis von Beschwerden von jüdischer Seite, wie der Reichsvertretung der deutschen Juden oder des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, die sich in den ersten Jahren noch etwas von rechtsstaatlichen Normen versprachen.[22] Zumeist halfen auch Interventionen des Reichswirtschaftsministeriums

[21] Vgl. dazu Ulrich Knipping, *Die Geschichte der Juden in Dortmund während der Zeit des Dritten Reiches*, Dortmund 1977, bes. S. 69ff., wo die enge Zusammenarbeit der Industrie- und Handelskammer und der Stadtbehörde mit der „Deutschen Arbeitsfront" und anderen Parteiämtern bei Boykott- und „Arisierungs"aktionen belegt ist. Für München, Hanke, *op. cit.*, S. 122f., zahlreiche Beispiele der gleichen Zusammenarbeit. Auch die Gerichte waren in den Verdrängungsprozeß eingeschaltet, so z. B. durch Anerkennung des Arbeitsgerichts, daß Verstöße von städtischen Angestellten gegen das – ohne jegliche Gesetzesbasis erlassene – Verbot, in jüdischen Geschäften zu kaufen, als Entlassungsgrund gelten konnten. F. Muellerheim, *Die gesetzlichen und außergesetzlichen Maßnahmen zur wirtschaftlichen Vernichtung der Juden in Deutschland 1933–1945*, Hamburg [o. J.], S. 14.

In München tat sich der dortige Bürgermeister Fiehler besonders hervor, gedeckt durch Gauleiter Adolf Wagner, der gleichzeitig Staatskommissar und Bayerischer Innenminister war. Die dortigen Boykottkrawalle im Mai/Juni 1935 führten schließlich zu der oft zitierten Intervention Schachts, der am 20. August eine Chefbesprechung über die „Judenbehandlung in der Wirtschaft" einberief. (Genschel, *op. cit.*, S. 113f. Die Darstellungen dieser Besprechung beruhen hauptsächlich auf den Nürnberger Dokumenten NG 4067 I und II.) Bezeichnend war auch hier, daß Schacht laut Protokoll vor allem die Behandlung jüdischer Auslandsvertreter „arischer" Firmen beanstandete, die ihm „die Lösung der vom Führer und Reichskanzler gestellten Aufgaben, die für die Wehrhaftmachung notwendigen Rohstoffe zu beschaffen und die zur Arbeitsbeschaffung notwendigen Devisen hereinzuholen, völlig unmöglich machten". Immerhin erwähnte er auch Verbote für Juden, Badeanstalten zu benutzen, und Entlassungsdrohungen an Arbeiter, die bei Juden kauften. Der interessanteste Teil dieses Protokolls ist jedoch das am Schluß vermerkte „Einverständnis": „a) Es soll Vorsorge getroffen werden, daß neue jüdische Geschäfte nicht zugelassen werden. b) Es ist dafür zu sorgen, daß soweit wie irgend möglich nur deutsche Geschäfte öffentliche Aufträge erhalten. c) Staatsminister Adolf Wagner wird sobald als möglich neue Anregungen dem Reichsbankpräsidenten unterbreiten, die ein legales Fortschreiten der Bekämpfung des Judentums ermöglichen." Daß ausgerechnet Wagner mit der Ausarbeitung neuer Vorschläge betraut wurde, ist nicht nur ein Beweis für die enge Zusammenarbeit aller Instanzen, sondern auch für die Einstellung Schachts, der nach den Quellen die Sache damit auf sich beruhen ließ. Genschel meint zwar, Schacht hätte damit, daß „die Angelegenheit der Bürokratie überlassen wurde ... sein Ziel erreicht". (Genschel, *op. cit.*, S. 113.) Demgegenüber kommt Hanke, gerade aufgrund der Münchener Quellen, zu einem bedeutend weitergehenden Schluß: „Nach der Quellenlage kann keinesfalls mehr von einer gemäßigten und sachlichen Haltung des Reichswirtschaftsministeriums in der Judenfrage bis Mitte 1938 gesprochen werden. Besondere außenpolitische und wirtschaftspolitische Rücksichten zwangen eine offizielle Haltung auf, die mit der geschichtlichen Wirklichkeit immer weniger übereinzustimmen begann. Im Gegenteil begünstigte die zunächst abwartende Tendenz nur ein Vorgehen seitens untergeordneter Instanzen und speziell der freien Wirtschaft, welche das jüdische Wirtschaftsleben in schwerstem Ausmaße schädigte und beeinflußte; jene ‚sachliche' Haltung wurde in Berlin noch beibehalten, als unter ihrem Deckmantel schon längst radikalere Strömungen zur Geltung gekommen waren. Nach den Münchener Quellen erscheint dies(es) bis jetzt von der Forschung nicht genügend berücksichtigte Verhalten nicht mehr ohne Sinn." (Hanke, *op. cit.*, S. 157.)

[22] So beschwerte sich z. B. die Essener Bezirksstelle des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens noch im Mai und Juni 1935 wiederholt beim Regierungspräsidenten in Arnsberg über Boykottmaßnahmen in der ländlichen Umgebung. Als die Aufstellung von Boykottschildern auf einem städtischen Grundstück beanstandet wurde, redete sich der befragte Landrat damit heraus, daß der Zeitungskasten der NSDAP und nicht der Stadt gehöre. In diesem Falle veranlaßte der Regierungspräsident widerwillig die Entfernung der Schilder, unter Berufung auf eine Verfügung des Reichsinnenministers. (StA Münster, Regierung Arnsberg, IG 572.)

kaum. So teilte z. B. der Bürgermeister von Bochum der Regierungsinstanz kurzerhand mit, er könne für die Sicherheit jüdischer Viehhändler nicht haften, falls er sie, wie geboten, wieder auf den Schlachthöfen zulasse.[23] In fast allen Städten wurde ohne jede gesetzliche Sanktion das Kaufverbot in jüdischen Geschäften, das für Parteimitglieder obligatorisch war, auf sämtliche Kommunalangestellte erweitert.[24] Die Wohlfahrtsämter schlossen jüdische Geschäfte vom Bezug durch Bedarfdeckungsscheine aus, und kaum ein jüdischer Lieferant hatte praktisch Aussicht auf öffentliche Aufträge, noch ehe dieses gesetzlich fixiert wurde. Den wenigen noch zugelassenen Kassenärzten wurden kaum nichtjüdische Patienten zugeschickt, und welcher vernünftige „Arier" hätte sich vor Gericht durch einen jüdischen Rechtsanwalt vertreten lassen?

Damit soll nicht gesagt sein, daß überhaupt keine Unterschiede bestanden, sondern nur, daß diese sich nicht nach irgendeinem dualistischen oder anderen Schema erfassen lassen.[25] Ausschlaggebend war eher die persönliche Einstellung mancher Beamten oder ihrer Vorgesetzten als ihre Behördenzugehörigkeit. Bei dem für das nationalsozialistische Herrschaftssystem charakteristischen Kompetenzwirrwarr konnten sich dabei für die jüdischen Betroffenen sehr erhebliche Unterschiede ergeben. Dementsprechend änderte sich auch die Taktik jüdischer Institutionen im Laufe der Jahre. Anfangs wurden noch aufgrund der Deklarationen offizieller Stellen gegen „Einzelaktionen" und „Übergriffe" Beschwerden und Eingaben an die Regierungsstellen bis hin zur Reichskanzlei gesandt. Nachdem sich die Fruchtlosigkeit dieser Interpellationen mehr und mehr erwies, beschränkte man sich bald darauf, Beziehungen auszunutzen und in den zuständigen Behörden denjenigen wohlmeinenden Beamten zu entdecken zu versuchen, mit dem sich noch reden ließ.[26]

Im übrigen konzentrierten sich die Bemühungen zunehmend auf die praktische Wirtschaftshilfe. Schon verhältnismäßig früh änderte sich die Einschätzung bezüglich der noch bestehenden Existenzmöglichkeiten und der Aussicht, trotz

---

[23] *Ibid.*, Oberbürgermeister Bochum an Regierungspräsident Arnsberg, 3. Juli 1933.

[24] *Ibid.*, eine längere Eingabe des Regierungspräsidenten an das Reichsinnenministerium vom 27. September 1933: die örtlichen Behörden sähen „keine Möglichkeiten, den Erlassen [über die Zulassung jüdischer Händler, der Inseratensperre für jüdische Firmen und dem Verbot für Beamte, in jüdischen Geschäften zu kaufen A. B.] ... voll Rechnung zu tragen, weil ... im Falle ihrer Durchführung mit einer erheblichen Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung zu rechnen sein wird".

[25] Wie vor allem Adam, der in Anlehnung an Carl Schmitt und Ernst Fraenkel die nationalsozialistische Judenpolitik, oder eigentlich das Fehlen „einer geplanten und gelenkten Politik auf diesem Gebiet" (Adam, *op. cit.*, S. 357) durch den dualistischen Charakter des nationalsozialistischen Herrschaftssystems und die Spannung zwischen dem „autoritären Normenstaat" und dem „totalitären Maßnahmenstaat" zu erklären sucht. Neuerdings ist dieses Erklärungsmodell in der m. E. völlig abwegigen Kontroverse über die „funktionalistische" oder „intentionalistische" „Genesis der Endlösung" wieder aufgetaucht. Vgl. dazu Barkai ‚Regierungsmechanismen im Dritten Reich und die „Genesis der Endlösung"', in *Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte*, XIV, Tel-Aviv 1985, S. 371–384.

[26] Vgl. dazu Kurt Sabatzky, in Monika Richarz (Hrsg.), *Jüdisches Leben in Deutschland. Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1918–1945*, Stuttgart 1982, Veröffentlichung des Leo Baeck Instituts, S. 293 und auch S. 271 (Friedrich Weil). Dagegen Ernst Herzfeld, *Meine letzten Jahre in Deutschland 1933–1938*, LBI Archiv New York, ME 163, S. 42f., berichtet über die zunehmende Fruchtlosigkeit dieser Bemühungen: „Die Ministerialbürokratie (wollte) sich – soweit sie überhaupt gutwillig war – nicht für die Juden exponieren."

allem in Deutschland aushalten zu können. Entsprechend änderten sich auch Arten und Ziele wirtschaftlicher Beratung und Hilfeleistung. Die zu Beginn vorherrschende Tendenz, mit allen rechtlichen Mitteln an jeder Position festzuhalten und durch Interventionen und auch juristischen Beistand „ungesetzmäßige" Entlassungen und Boykottmaßnahmen rückgängig zu machen, wich bald einer realeren Einschätzung, die sich mehr und mehr auf die praktische und konstruktive Wirtschaftshilfe und die Vorbereitung zur Auswanderung konzentrierte.[27]

Die Masse der jüdischen Erwerbstätigen war noch früher gezwungen worden, sich den neuen Verhältnissen anzupassen. Bei den freien Berufen und zunehmend auch beim gewerblichen Mittelstand setzte auch ohne zentrale Lenkung der Prozeß einer „rückläufigen Berufsumschichtung" ein. Entlassene Angestellte machten sich als Vertreter, Agenten und Reisende selbständig. Ehemalige Ärzte und Rechtsanwälte zogen mit dem Musterkoffer durch die Städte, um für ihre Familien das bescheidene Existenzminimum zu verdienen. Der Hausiererberuf, der seit Jahrzehnten fast restlos aus den jüdischen Berufsstatistiken verschwunden war, kam wieder zu Ehren. Jeder Berufswechsel – auch die Verlegung des Geschäfts in bescheidenere Lokale oder selbst in die Familienwohnung – erforderte eine neue Gewerbelizenz. Daraus ergab sich die optische Täuschung „jüdischer Neueröffnungen", die von der Nazipresse besorgt verzeichnet wurde und bis heute noch manche Historiker verwirrt.[28]

Ein Ergebnis der organisierten jüdischen Wirtschaftshilfe durch fast 70 Stellen im ganzen Land war, daß zum erstenmal in der Geschichte der deutschen Juden so etwas wie ein eigener *jüdischer Wirtschaftssektor* entstand.[29] Je weniger Berufe den Juden offenstanden, je mehr ihr wirtschaftliches Tätigkeitsfeld eingeengt wurde, desto mehr arbeiteten Juden für Juden und ernährten sich voneinander. Der Verwaltungsapparat jüdischer Gemeinden und Organisationen nahm nie dagewesene Dimensionen an; er stellte, abgesehen von dem erweiterten Aufgabenkreis, zweifellos ein Mittel innerjüdischer Arbeitsbeschaffung dar.[30] Ein

---

[27] Vgl. S. Adler-Rudel, *Jüdische Selbsthilfe unter dem Naziregime 1933–1939 im Spiegel der Berichte der Reichsvertretung der Juden in Deutschland*, Tübingen 1974 (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 29), S. 121 ff.; Alexander Szanto, 'Economic Aid in the Nazi Era. The Work of the Berlin Wirtschaftshilfe', in *Year Book IV of the Leo Baeck Institute*, London 1959, S. 211 f., beschreibt die anfängliche Einstellung, "that no economic or legal position should be surrendered". Trotz mancher anfänglichen Erfolge "to rescind many of the arbitrary measures", verlagerte sich das Schwergewicht bald auf die dringlichste Selbsthilfe. Vgl. auch die Erinnerungen Szantos in Richarz, *Jüdisches Leben, op. cit.*, S. 221 ff. und die Aufzeichnungen von Ernst Löwenberg, *ibid.*, S. 246 ff.

[28] Die Gauleitung Westfalen-Nord war um die vielen jüdischen Vertreter und neuen Handelsreisenden schon 1935 und später noch mehr besorgt. Man habe gehört, daß es in Berlin Tausende solcher neuen Berufstätigen gäbe. (StA Münster, Gauleitung Westfalen-Nord, Nr. 10 (1935) u. 25 (1937).) Siehe auch Adam, *op. cit.*, S. 123; Strauss, 'Jewish Emigration (I)', *loc. cit.*, S. 343.

[29] Szanto, in Richarz, *Jüdisches Leben, op. cit.*, S. 225; über die Auseinandersetzungen innerhalb der jüdischen Gremien Anfang 1936 und die Ablehnung eines „jüdischen Wirtschaftsghettos" vgl. Abraham Margaliot, ‚Tendenzen und Wege im wirtschaftlichen Existenzkampf der deutschen Juden in der Zeit der Rassenverfolgung', in *Umah ve-Toldotheha*, vol. II (in Hebräisch), Jerusalem 1984, S. 349. Siehe auch ‚Unsere Lage in Deutschland', in *Israelitisches Familienblatt*, XXXVIII (9. Januar 1936).

[30] 1937 beschäftigte die jüdische Gemeinde in Berlin rund 1300 Beamte, Angestellte und Arbeiter, einschließlich der Kultusbeamten und Lehrer. (Jüdische Gemeinde Berlin, Verwaltungsbericht für das

„jüdischer Vermittlungsdienst" und die Anzeigenteile der jüdischen Zeitungen, deren Umfang und Vertrieb zu bisher unerreichten Rekorden anschwollen,[31] versuchten den „inneren jüdischen Markt" zu erweitern und jüdischen Arbeitern und Angestellten Arbeitsplätze bei jüdischen Unternehmern zu besorgen.[32] Hilfsorganisationen unterstützten jüdische Handelsunternehmen durch subventionierte Warenlieferungen von jüdischen Produzenten. Das schon früher geschaffene Netz jüdischer Darlehenskassen erweiterte die Gewährung von Kleinkrediten jüdischer Handwerker und Kleinhändler. Auch die mittelständischen Genossenschaftsbanken und Versicherungen erreichten Rekorde ihrer Einlagen und ihres Kredit- und Geschäftsvolumens, als es immer schwieriger für Juden wurde, bei den allgemeinen Kreditinstitutionen und selbst bei jüdischen Privatbanken, die um ihre Solvenz besorgt sein mußten, Kredite aufzunehmen.[33]

Eine auch nur nahezu „autarke" jüdische Selbstversorgung gab es natürlich nie, aber jüdische Produzenten und besonders Arbeitnehmer waren noch vor 1938 in zunehmendem Maße auf den jüdischen Markt beschränkt. Bis Ende 1936 beließen die Behörden den Arbeitsnachweisen der jüdischen Gemeinden einen halboffiziellen Status. Als sie geschlossen werden mußten, ging der Appell verstärkt an die Solidarität jüdischer Firmen – über die Gemeinden, Synagogen und jüdischen Organisationen bis hin zu persönlichen Kontakten. Das Resultat war allerdings begrenzt: der Liquidierungs- und Arisierungsprozeß jüdischer Klein- und Mittelbetriebe machte deren jüdische Angestellte sofort erwerbslos, und die noch bestehenden Großunternehmen wurden durch die Betriebszellen der Deutschen Arbeitsfront scharf überwacht; sie mußten oft auch langjährig bei ihnen beschäftigte Juden entlassen.[34]

Frauen waren allgemein leichter unterzubringen als Männer, und nach den Nürnberger Gesetzen machte sich sogar ein Mangel an jüdischen Haushaltshilfen bemerkbar. Auch als Verkäuferinnen und Bürohilfen fanden Frauen im Laufe des Wirtschaftsaufschwunges leichter Anstellung. Die überkommene Einstellung jüdischer Mittelstandsfamilien zur Frauenarbeit änderte sich notgedrungen, und in vielen Familien waren die Frauen die Haupt- oder auch die Einzigverdiener.[35] Andererseits mehrten sich in der jüdischen Presse auch Proteste

---

Jahr 1937, S. 3. Wiener Library Tel-Aviv, W/6/Jud.) Im Verlauf der fortschreitenden Verdrängung fanden nach meinen Schätzungen 4000 bis 5000 Menschen Beschäftigung im „offiziellen jüdischen Sektor" in ganz Deutschland, d. h. in Gemeinden und jüdischen Organisationen.

[31] Vgl. Margaret T. Edelheim-Mühsam, 'The Jewish Press in Germany', in *Year Book I of the Leo Baeck Institute*, London 1956, bes. S. 174ff.

[32] ‚Die jüdische Presse als Wirtschaftsspiegel', in *Israelitisches Familienblatt*, XXXIX (2. April 1937).

[33] Arbeitsberichte der Reichsvertretung der deutschen Juden (anfangs: des Zentralausschusses für Hilfe und Aufbau. Forthin: ABer.): für 1934/I, S. 59; 65ff., 1934/II: S. 48f.; 1935 S. 115f., 1936: 102f.; 120; 1937: S. 80f. Vgl. auch Adler-Rudel, *Jüdische Selbsthilfe, op. cit.*, S. 133; Szanto, *loc. cit.*, S. 221.

[34] Paul Eppstein, ‚Vierzig Jahre jüdische Arbeitsvermittlung in Deutschland', in JWSP, 7 (1937), bes. S. 5ff. Detaillierte Angaben für Berlin bei Gertrud Prochownik, ‚Die jüdische Arbeitsvermittlung in Berlin', *ibid.*, S. 7–13.

[35] Marion A. Kaplan, *The Jewish Feminist Movement in Germany. The Campaigns of the Jüdischer Frauenbund, 1904–1938*, Westport, Conn.-London 1979, S. 184f. Ich zitiere die englische Originalausgabe; deutsche Fassung: *Die jüdische Frauenbewegung in Deutschland. Organisation und Ziele des Jüdischen*

gegen die „doppelverdienenden" Frauen in jüdischen Gemeinden und Organisationen.[36]

Besonders schwierig war die Lage der schulentlassenen Jugend, auch nachdem in den jüdischen Volksschulen ein neuntes Schuljahr eingeführt worden war. Das am Anfang mit viel Hoffnung aufgezogene Berufsvorbereitungswerk der Gemeinden konnte nur einen Teil der jüdischen Jugend erfassen. Die Berufsumschichtung älterer Jahrgänge, mit der betonten Tendenz zur Auswanderungsvorbereitung, fand bei den Betroffenen nicht den erhofften Anklang und auch die Mittel waren unzureichend.[37] Trotzdem konnte während dieser Jahre in knapp 140 Berufsschulungskursen und landwirtschaftlichen *Hachscharah*-Lehrfarmen ungefähr ein Drittel der betreffenden Jahrgänge eine gewisse Zeit in einer gesellschaftlich geborgenen Umgebung verbringen und sich auf die Auswanderung, zumeist nach Palästina, vorbereiten.[38]

Für die ständig steigende Zahl von Arbeitslosen und Minderbemittelten mußten zunehmend die Wohlfahrtsämter und Gemeinden sorgen, über die wir später noch ausführlicher hören werden. Im Etat der Gemeinden nahmen die direkten und indirekten Ausgaben für das Wohlfahrtswesen gegen Ende 1937 fast die Hälfte der Gesamtausgaben ein, und eine große Zahl sogenannter Notstandsgemeinden mußten aus zentralen Mitteln unterstützt werden.[39] Daneben betreute die Jüdische Winterhilfe eine stets steigende Anzahl Hilfsbedürftiger mit Nahrungsmitteln und Heizmaterial im Winter 1937/1938; sie betrug über ein Fünftel der gesamten jüdischen Bevölkerung.[40]

Wir konnten in diesem Rahmen den enormen Aufwand der jüdischen Selbsthilfewerke nur kurz skizzieren. Nimmt man das jüdische Schul- und Unterrichtswerk hinzu, dem hier ein besonderer Beitrag gewidmet ist, so kann man die großartige organisatorische und auch finanzielle Leistung des deutschen Judentums in der vorletzten Phase seiner Existenz nur mit Bewunderung betrachten. Die Kosten dieses Werks wurden fast ausschließlich von den deutschen

---

Frauenbundes 1904–1938, Hamburg 1981 (Hamburger Beiträge zur Geschichte der Deutschen Juden, Band VII).

[36] Im Dezember 1935 rief ein Vorschlag, Männer als Hausgehilfen zu beschäftigen, um dem durch die Nürnberger Gesetze verursachten Mangel abzuhelfen, erregte Proteste in Leserbriefen in der jüdischen Presse hervor: es sei vernünftiger, die in den jüdischen Gemeinden und Organisationen tätigen Frauen und jungen Mädchen in die Haushalte zu schicken und die dadurch frei werdenden Arbeitsplätze älteren und erfahreneren Angestellten, die erwerbslos geworden waren, zu überlassen. *C.V.-Zeitung*, XIV (12. Januar u. 19. Januar 1935). Das Problem der älteren Erwerbslosen, die auf die von jüngeren Kräften besetzten Arbeitsplätze in den Gemeinden Anspruch erhoben und auch für geringeren Lohn arbeitswillig waren, tauchte wiederholt in der jüdischen Presse auf. So z. B. in Leserbriefen: *Jüdische Rundschau*, XXXXI (26. Mai 1936); *Israelitisches Familienblatt*, XXXVIII (24. Dezember 1936).

[37] Ausführlich zur Problematik der Berufsumschichtung: Abraham Margaliot, ‚Berufsumschichtung und Produktivierung als Thema innerer Auseinandersetzung im deutschen Judentum zu Beginn des Dritten Reiches', in *Yalkut Moreshet*, Nr. 29 (auf Hebräisch) (Mai 1980), S. 99–120.

[38] Reichsvertretung der Juden in Deutschland, Richtlinien für die Berufsausbildung (Berlin, Ende 1936), S. 13.

[39] ABer.. 1935, S. 49; Adler-Rudel, *Jüdische Selbsthilfe*, *op. cit.*, S. 161f.; Yehuda Bauer, *My Brother's Keeper. A History of the American Jewish Joint Distribution Committee 1929–1939*, Philadelphia 1974, S. 125.

[40] ABer. F. 1938, S. 22.

Juden allein getragen. Nach vorsichtigen Schätzungen der Reichsvertretung erhoben die jüdischen Gemeinden zwischen 1933 und 1938 j ä h r l i c h 25 bis 40 Millionen Reichsmark an Gemeindesteuern – natürlich mit abfallender Tendenz. Dagegen belief sich der Gesamtbetrag der Hilfe jüdischer Organisationen im Ausland an die Reichsvertretung auf weniger als 10 Millionen Mark während des gesamten Zeitraums. Die jüdische Winterhilfe allein gab jährlich ebensoviel oder mehr Geld aus, wie der Gesamtjahresetat der Reichsvertretung betrug.[41]

Bereits Ende 1936 hat Jakob Lestschinsky von Paris aus die wirtschaftliche Situation der Juden in Deutschland mit folgenden Sätzen umrissen: „20 bis 22% der jüdischen Bevölkerung sind schon heute mehr oder weniger auf die Wohlfahrtspflege angewiesen. 20 bis 25% zehren vom Bestand. Man hat das Geschäft liquidiert oder übergeben. Man hat etwas Geld dafür erhalten; – Einzelne: Millionen; ein paar Dutzende Hunderttausend; Zehntausende: ein paar tausend Mark. Und nun zehrt man diesen Bestand auf. Wer Kinder hatte und es irgendwie konnte, hat sie ins Ausland geschickt und hofft auf gute Nachrichten und auf den erlösenden Ruf, in die neue Heimat zu kommen, in die Kinderheimat. Wer keine Kinder hat, sitzt und zählt die Markstücke und die Jahre und bittet den Himmel, daß die Jahre Gott behüte nicht länger andauern als die Markstücke."[42]

Diese Worte mögen damals vielen wie eine arge Übertreibung geklungen haben und klingen manchem Historiker vielleicht auch heute noch so. Sie waren es keineswegs! Die Juden in Deutschland waren bereits 1937 eine zahlenmäßig schnell schrumpfende und veralternde Bevölkerungsgruppe, deren wirtschaftliche Existenzbasis von Tag zu Tag enger wurde. Aus der Arbeit früherer Zeiten und früherer Generationen hatten sie immer noch beträchtliche Reserven, die jedoch schnell zusammenschmolzen, während in den Regierungs- und Parteiämtern bereits die Pläne für ihre „Erfassung" zum „Einsatz" in die deutsche Volkswirtschaft vorbereitet wurden.[43]

Ende 1937 begann die Phase der „Entjudung der Wirtschaft" mit dem Ziel, die Reste aktiver Wirtschaftsbetätigung zu beseitigen und das zum großen Teil bereits liquide jüdische Vermögen zu enteignen. In den Regierungs- und Parteiämtern waren nachweisbar die Vorarbeiten spätestens seit dem Sommer 1936 im Gange. 1937 wurden sie beschleunigt und Anfang 1938 war das meiste schon parat. Die schnell aufeinanderfolgenden Maßnahmen des Jahres 1938 sind bekannt: immer neue Berufsverbote wurden veröffentlicht, von denen besonders der Entzug der Reiselegitimationskarten und Wandergewerbescheine Tausende von jüdischen Hausierern, Vertretern und Reisenden traf. Im April mußten die

---

[41] Berechnet nach den Arbeitsberichten und Haushaltsetats der Reichsvertretung. Vgl. auch Adolf Kober, 'Jewish Communities in Germany from the Age of Enlightenment to their Destruction by the Nazis', in *Jewish Social Studies*, vol. IX (1947), S. 227. Für Wohlfahrtszwecke allein gaben die jüdischen Gemeinden zwischen 1934 und Ende 1937 nach vorsichtiger Schätzung ca. 25 Millionen Mark aus. Die Reichsvertretung steuerte in der gleichen Zeit 1,3 Millionen Mark für Notstandsgemeinden bei. Die Zuschüsse ausländischer jüdischer Hilfsorganisationen an die Reichsvertretung beliefen sich in den gleichen vier Jahren auf insgesamt 7,5 Millionen Mark.

[42] Jakob Lestschinsky, *Der wirtschaftliche Zusammenbruch der Juden in Deutschland und Polen*, Exekutiv-Komitee für den jüdischen Weltkongreß, Paris–Genf 1936, S. 31.

[43] Zum folgenden: Barkai, ‚Schicksalsjahr 1938', *loc. cit.*, S. 53.

jüdischen Vermögen über 5000 Mark angemeldet werden. Im Juli wurden alle noch bestehenden jüdischen Betriebe registriert. Während des ganzen Jahres ging der Arisierungswettlauf um die Restbestände jüdischer Geschäfte beschleunigt weiter. Allerdings stellte sich bald heraus, daß die Hoffnungen vieler Partei- und anderer Volksgenossen auf eine mühelose Bereicherung stark übertrieben gewesen waren: die einträglichsten Objekte waren längst vergriffen. Um auch die starrsinnigsten jüdischen Geschäftsleute zu überzeugen und die Auswanderung der Juden zu beschleunigen, wurde die wirtschaftliche „Entjudung" im Sommer 1938 durch erneut aufflammende Gewalttätigkeiten unterstützt. Im Oktober 1938 zeichnete die Zwangsausweisung von ca. 18000 polnischen Juden bereits die späteren Deportationen vor.[44]

In diesem Kontext setzte der Novemberpogrom[45] nur das Signal, in wenigen Wochen endgültig das zu vollenden, was auf dem Gebiet der Wirtschaft seit Jahren konsequent und zäh – seit Ende 1937 mit beschleunigter Vehemenz – wirksam verfolgt worden war. Bereits wenige Wochen danach war die „Entjudung" abgeschlossen. Seit Anfang 1939 lebten die Juden in einem fast völlig abgeschlossenen wirtschaftlichen Ghetto. Mit dem ihnen zugestandenen Existenzminimum – bezogen aus den Resten jüdischer Gemeinde- und Privatvermögen – konnten sie sich noch einige wenige Jahre halten. Am Ende mußten sie auch noch für die Kosten für ihre Deportation in die Vernichtungslager aufkommen.

English Summary

Recent research has revealed that the process of the economic dislocation of the Jews in Nazi Germany began earlier than previously thought. Retailers as well as professionals and cattle dealers were particularly hard hit. More than 60% of independent Jewish firms were liquidated or "Aryanised" by the spring of 1938.

The exclusion of Jews from the economy was a continuous process which became progressively more radical. Economic boycotts and other means of harassment – sporadically supported by physical violence – proved to be effective on a local level, even if legislative sanction was lacking. The thesis that a "dualistic" Jewish policy existed in Nazi Germany, especially in the early years, needs revision. From the very beginning cooperation on anti-Jewish matters existed between and among the party, the government and the private sector.

The Jewish leadership initially tried to maintain the economic status of Jews by

[44] Vgl. Sybil Milton, 'The Expulsion of Polish Jews from Germany. October 1938 to July 1939. A Documentation', in *Year Book XXIX of the Leo Baeck Institute*, London 1984, S. 169–199.

[45] Immer noch taucht in der Literatur und auch auf dieser Tagung die böswillig verharmlosende Bezeichnung „Kristallnacht" auf. Wie sie entstanden ist, scheint bisher noch nicht völlig geklärt zu sein. Sollte sie, wie manchmal angenommen wird, aus dem damaligen „Volksmund" stammen, so war dies sicher kein Zeichen von Anteilnahme. Jedenfalls sollte eine Bezeichnung, die Mord, Totschlag und Brandstiftung in ein funkelndes Fest verwandelt, ebenso aus der Historiographie verschwinden, wie die im „Nazi-Deutsch" erfundene Umschreibung der Massenermordung der Juden als „Endlösung".

judicial means. The futility of these efforts, however, soon became apparent and the focus shifted more and more towards self-help. For the first time in history, a separate "Jewish economic sector" came into being in Germany.

At the close of 1937, legislative measures were introduced to ensure the complete exclusion of the Jews from the German economy. This was not the beginning but the end of a process that began in 1933.

A. J. Sherman

A Jewish Bank During the Schacht Era: M. M. Warburg & Co., 1933–1938

I should like to take a moment of my allotted time to pay a brief tribute to the late Dr. Eduard Rosenbaum (1887–1979), whom some of you knew well. A living link with the Hamburg of Albert Ballin and Max Warburg, he was until his emigration Director of its famed *Commerzbibliothek,* and later one of the founders of the London Leo Baeck Institute. He had a wonderful, rare combination of learning, wit, and *joie de vivre,* and my collaboration with him on the history of M. M. Warburg & Co. remains among my happiest memories.

In the summer of 1892, a cholera epidemic broke out in Hamburg, home since 1798 of the private banking house of M. M. Warburg & Co.. Max Warburg, then a young man of twenty-five who had been with the firm for less than a year, refused to participate in the general panic; and with two volunteer employees came regularly to the bank's offices in Ferdinandstrasse, working long hours to transact its business and maintain the continuity of its relationships, especially with overseas banks and clients. When later reflecting on why he had chosen to ignore the cholera, Max Warburg wrote: "I felt quite confident of my immunity." That unquenchable optimism and cheerful sense of his own special destiny were to remain with Max Warburg all his life, and decisively influenced his attitude towards the unprecedented threat to the family firm presented by the establishment of the National Socialist regime in January 1933.

The new government planned from the outset to restructure the German economy, including the banking sector: but the complexity and key role of the banks prevented a swift overturn of the old order, and the formidable presence of Dr. Hjalmar Schacht in the Presidency of the *Reichsbank* ensured the subordination of party ideology to sober realism.[1]

As senior partner in M. M. Warburg & Co., Max Warburg naturally attempted to assess the new circumstances, and almost immediately came to an essentially optimistic conclusion that contrasted sharply with the views of his family: he was later to confess that he had completely underestimated the demonic energies Hitler was able to exploit, and the mass support he enjoyed. Max Warburg wrote: "I considered it absolutely inconceivable that this man could ever become the ruler of one of the most creative, industrious and powerful of peoples."[2]

---

[1] Eckhard Wandel, ‚Das deutsche Bankwesen im Dritten Reich (1933–1945)', in *Deutsche Bankengeschichte,* vol. 3, Frankfurt a. Main 1984, p. 149.

[2] Max M. Warburg, *Aus meinen Aufzeichnungen,* New York 1952, p. 140.

As far as his own personal position was concerned, Max Warburg brushed aside all efforts to warn him of *Gestapo* surveillance or physical danger: after all, he and two other Jewish bankers were among the eight members of the *Generalrat* of the *Reichsbank* who on 17th March 1933, had jointly signed Schacht's formal appointment as President; and the signatories included both Hindenburg and Hitler.[3]

Max Warburg overrode his partners' and family's advice, and decided to continue the bank's business, come what may. "I was determined to defend my firm like a fortress", he wrote, "I had no doubt that we were at the beginning of one of those many periods of suffering that the Jews in particular have had to undergo; but it was my firm belief that this period would be limited in duration. From this belief I drew the strength that enabled me to carry on."[4]

Spared some of the grosser excesses to which smaller and less prominent Jewish businesses were subjected, especially in the provinces – vandalism, boycotts, physical intimidation – M. M. Warburg & Co. nonetheless had to contend almost immediately with a subtly pervasive atmosphere of threat. The firm learned as early as March 1933 that it would no longer be consulted, as it had been for decades, by the Finance Department of the City of Hamburg. Clients courageous enough to visit the bank personally found themselves followed and photographed; correspondence dwindled as evidence mounted that letters addressed to the Warburg bank were traced and tampered with. Board memberships of all kinds, honorary and otherwise, were either not renewed, or Max Warburg and his partners invited to resign. Sometimes polite form was observed but often not: curt letters or, in one case, a visit by a junior nonentity, conveyed the news that years of fruitful association were abruptly to end. In one sole instance, the Kiel *Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft,* two other board members resigned with Max Warburg to express their revulsion at the new regime. The rest of the boards, ranging from industrial companies to charitable and educational institutions of all sorts, remained silent. Of the 108 board seats held by members of M.M. Warburg & Co. at the beginning of 1933, eighteen had to be given up that year; the number of clients, 5,241 in 1930, had declined to 1,875 by the end of 1933.[5]

As non-Jewish clients drifted away, Jewish clients, often themselves in grave financial difficulties, disappeared through emigration, merger, liquidation or sale to non-Jews, so-called "Aryanisation".

With the steady shrinkage in the bank's connections came a loss of credit business as well as new-issue and other securities business. Moreover, Germany's strained foreign exchange position compelled a retrenchment in all foreign transactions. The results of the year 1933 were a substantial loss; but with

[3] The other two Jewish bankers were Franz von Mendelssohn and A. E. Wassermann. See Helmut Genschel, *Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich,* Göttingen 1966, p. 26.

[4] Warburg, *op. cit.,* p. 147.

[5] E. Rosenbaum and A. J. Sherman, *M. M. Warburg & Co. 1798–1938. Merchant Bankers of Hamburg,* London 1979, p. 160. (First published in Germany, *Das Bankhaus M. M. Warburg & Co. 1798–1938,* Hamburg 1976. Quotations from the English edn.)

characteristic gallantry Max Warburg refused to concede defeat, asserting that no board seat should be regarded as permanently lost, no client beyond reach. In his efforts he was sustained by an overwhelmingly loyal staff, that despite attrition through emigration and retirement, continued its traditional devotion to the bank's affairs. How it felt for Warburg to continue may best be described in his own words; he wrote in his *Aufzeichnungen:*

"Contact with Jews became unwise. Friends who sought me out, or merely greeted me, received 'warnings'. In earlier times, as soon as I appeared at the Stock Exchange, people crowded round me; now I was avoided more and more. I was however determined not to hide myself, and considered it my duty to appear daily at the Exchange as I always had done.

Many acquaintances made wide detours in order to avoid having to greet me. A few friends still invited us to dine, but we were painfully aware that these parties were put together with the utmost care. We felt isolated in increasing measure. It is not easy to describe my feelings in such a situation: at any rate, they consisted not least in shame and sadness for other people."[6]

In only one area of the bank's activities was there growth, and that in itself boded ill for the German-Jewish community: the bank was increasingly asked to act as adviser to clients in liquidating their assets to mobilise capital in order to start life anew outside Germany. The bank was also a co-founder of the *Palästina Treuhand-Gesellschaft (Paltreu)* that enabled would-be emigrants to Palestine to transfer some of their assets to that country. The year 1933 ended with the deaths of Aby S. Warburg and Carl Melchior, both experienced and highly valued partners in the bank, whose counsel was to be sorely missed as difficulties mounted for the remaining partners.

These now divided their time between business affairs and the increased appeals of the Jewish community: Max Warburg and his partners were active in Hamburg communal bodies as well as the *Reichsvertretung der deutschen Juden* and the *Hilfsverein*. A conscious effort was now made to wind down the bank's activities within Germany, largely through a gradual reduction in credit engagements. An outpost was established with Dutch banking friends in Amsterdam, the Dutch International Corporation. It and another company, New Trading Company in London, engaged principally in assisting former Warburg clients who had already emigrated and were starting new enterprises outside Germany. It was from New Trading Company that the extraordinarily successful S. G. Warburg & Co. Ltd. was later to develop: Siegmund G. Warburg, the principal partner in New Trading Company, had left Germany in early 1934, convinced that the long-term prognosis for the Warburg bank and the Jewish community in Germany was essentially negative.

With the promulgation of the Nuremberg Laws in 1935 the legislative basis for the exclusion of Jews from German life was established. Smaller Jewish enterprises of all kinds, buffeted by boycotts, withdrawal of licenses, harassment and intimidation of all kinds, were now liquidated in greater numbers, forcing

[6] Warburg, *op. cit., p. 148.*

their proprietors to move to Berlin and other major cities, or abroad if they could. For the Warburg bank, the years 1934 and 1935 saw a decline in all branches of the business: the scope for all private bankers was in any event narrowing in an economy increasingly dominated by State controls and the growing needs of remilitarisation. For Jewish bankers the prospects were increasingly dim, even if a few, such as the Warburg bank, enjoyed a measure of protection because both the *Reichsbank* and the *Reich* Economics Ministry understood that a direct assault on such enterprises would have negative repercussions abroad. The approaching 1936 Olympic Games also dictated a policy of relative caution on the part of even Party functionaries.

The Warburg bank managed to maintain its essentially defensive position in 1936 and early 1937, even showing a modest increase in clients over the low point in 1934, so that Max Warburg felt able to end his year-end remarks to the staff in November 1936 by saying: "Therefore, no exaggerated conclusions regarding the future, but on the other hand, no excessive doubts either."[7]

The clouds were however gathering: in May 1937, Party and government officials agreed on guidelines for the continuing "Aryanisation" of Jewish enterprises, stipulating that goodwill was not to be paid for, and that a series of other deductions was to be made from the price of a Jewish-owned firm. These various exactions and deductions resulted in such firms changing hands at an average price of between two-thirds and three-quarters of the original capital invested.[8] The chief beneficiaries of the swelling wave of "Aryanisations" were the buyers, often Party-protected, who snapped up desirable enterprises at bargain prices; and a swarm of intermediaries, including major banks, notably the *Dresdner Bank*, and Party organs and their functionaries, all of whom earned official and unofficial fees.[9]

The departure of Hjalmar Schacht from the Economics Ministry in November 1937 cleared the way for adoption of harsher policies against Jews in the German economy. The boycott organised at Christmas that year by *Gauleiter* Julius Streicher, unopposed by any official reprimand, made normal business for Jewish enterprises of any kind exceedingly difficult: shops and factories were conspicuously marked, troubles from tax and other authorities mounted, and boycotts and threats caused customers to disappear.

Max Warburg had reluctantly to concede, in an atmosphere made darker by the death of his brother Felix in New York, that he was presiding over "a paralysis, a withering away" of the firm's business.[10] By the end of 1937, he recalled:

"It became quiet in our firm. On my way to the bank I met not a single acquaintance, while in former times I was continually doffing my hat in greeting. To be sure there were, aside from Reusch, others among my friends who displayed moral courage. The business

[7] Rosenbaum and Sherman, *op. cit.*, p. 165.
[8] Genschel, *op. cit.*, p. 166.
[9] *Ibid.*, p. 160.
[10] Rosenbaum and Sherman, *op. cit.*, p. 166.

days dragged monotonously by. There was hardly any foreign correspondence left because of the censorship, but even the German correspondence was sparse, since letters addressed to a Jewish house were compromising. After the meagre post had been read, there was an exchange of views between the partners and senior staff. There was no new business to discuss, but instead for the most part the winding-up of relationships that either were broken off entirely or were left intact in purely nominal form. The many new laws concerning Jews had to be studied with the help of the firm's eight lawyers."[11]

By then, too, the firm's few remaining board memberships were within the Jewish community, mostly of charitable institutions.

Early in 1938, Schacht summoned Max Warburg to Berlin and informed him that M. M. Warburg & Co. was to be dropped as a member of the consortium for *Reich* loans, the prestigious *Reichsanleihe-Konsortium*. Max Warburg relayed the news to his partners, and it was thereupon decided to constitute a non-Jewish group that would take over the bank's assets and continue its business. Despite the less than benevolent interest of local and national Nazi Party officials in the bank's fate, it proved possible to form a limited company whose personally liable proprietors were Rudolf Brinckmann, holder of the bank's Power of Attorney since 1931, and Paul Wirtz, a Hamburg overseas merchant. Further participants in the newly-founded *Kommanditgesellschaft* were a number of friendly Hamburg firms.

The new group continued until 1941 to do business under the style M. M. Warburg & Co., K.G.; the name was deemed valuable by the authorities even after the outbreak of war. The price of this takeover was arrived at after deduction of taxes, a large reserve for trading risks and a considerable sum that Max Warburg with mordant humour called "a tax that had no name".[12] Any remaining balances due the Warburg family were in any event blocked. The silent participation the Warburgs were allowed to leave in the bank was confiscated at the outbreak of war; and the firm's name changed to Brinckmann, Wirtz & Co. in 1941.

At the end of the summer in 1938 Max Warburg and his wife sailed to New York, intending to return in the autumn in order to resume direction of local Jewish charities: that was not to be, however, and he never saw Hamburg again. His partner and brother, Dr. Fritz Warburg, on a charitable mission from Sweden, was arrested on the *Kristallnacht,* and released only in May 1939, upon the intervention at *Gestapo* headquarters of Hamburg friends.

M. M. Warburg & Co. was in every sense exceptional: the bank's international name and standing, its New York links, Hjalmar Schacht's personal protection, conferred on it a relative invulnerability as long as that suited the *Reich* authorities. Jewish banks without these characteristics went under much earlier, and without fanfare. But let us not forget the end: however friendly

---

[11] Warburg, *op. cit.*, p. 153. Paul Reusch was the Managing Director of the *Gutehoffnungshüttenkonzern*.

[12] *Ibid.*, p. 155. For a general discussion of the takeover, see Genschel, *op. cit.*, pp. 237–240.

the form, forced sale was the reality, a conclusion perhaps more painful because the preceding struggle had been so prolonged.

A postscript: the firm survived the war years, and was still carrying on its business in 1945 amid the ruins of Hamburg, when visited by Eric M. Warburg, then an officer in the United States Air Force. From 1948, the Warburg family were financially interested in the bank, and in 1956 Eric M. Warburg returned as a general partner. In January 1970, the name M. M. Warburg & Co. was restored, and the bank now carries out its activities, with American-born Max Warburg among its partners, under the name of M. M. Warburg – Brinckmann, Wirtz & Co.

Deutsche Kurzfassung

M. M. Warburg & Co., Hamburg, 1798 gegründet, stand zwischen 1933 und 1938 unter der Leitung des Seniorchefs Max M. Warburg, der sich entgegen dem Ratschlag seiner nächsten Freunde dazu entschloß, die Geschäfte nach der nationalsozialistischen Machtübernahme weiterzuführen. Anfänglich blieb die Bank von tätlichen Übergriffen und Boykottanschlägen verschont, obgleich immer mehr Kunden wegblieben. Ein wirtschaftlicher Zuwachs bestand lediglich im Hinblick auf jüdische Kunden, denen die Bank bei der Liquidierung ihres Vermögens in Deutschland behilflich war.

Mit Schachts Ausscheiden aus dem Reichswirtschaftsministerium im Jahre 1937 verlor die Firma ihren Beschützer. Die Familie Warburg verkaufte die Bank an eine Gruppe befreundeter nichtjüdischer Firmeninhaber. Der Firmenname wurde zwangsweise geändert (1941). Nach dem Kriege (1948) übernahm die Familie Warburg erneut die Leitung. Seit 1970 ist der Firmenname wieder M. M. Warburg.

David Kramer

Jewish Welfare Work under the Impact of Pauperisation

Introduction

Jewish welfare work in Germany under the conditions of pauperisation 1933–1939 constitutes a remarkable chapter in the history of modern European social work.[1] One reason for this is the unusual nature of the pauperisation to which German Jews were subjected under the Nazi regime. Pauperisation was the intended result of a dynamic government policy which, in time, affected all persons who could be identified as Jews, even those who would otherwise not only have been able to provide for themselves and their own families, but who could also have provided considerable support for the maintenance of less fortunate members of their own group at no direct cost to the government. Welfare efforts by Jews were not allowed to succeed in the sense of actually stabilising the economic foundations upon which the life of German Jewry rested.

However, the achievements of German Jewry in the field of social welfare during the Third *Reich* were nonetheless remarkable. Despite the systematic destruction of the Jewish economic basis, Jewish welfare organisations were able to maintain – and partially even expand – some of the most important services which had been built up during better times. In addition, strong emphasis was placed on helping Jews to emigrate from Germany – a task which proved to be the difference between life and death for tens of thousands of people, but which had little to do with traditional conceptions of welfare work.

The heroic efforts of the Jewish welfare organisations to improve the lives of persecuted and traumatised people have been the object of relatively little systematic research – virtually none from the German side. This is probably in part because such efforts are overshadowed by the sheer enormity of the "Holocaust". In retrospect, one's attention seems drawn almost automatically towards those institutions and initiatives which helped to get Jews out of Germany – everything else appearing illusory and futile.

The purpose of this paper – without in any way wishing to detract from the central importance of emigration for German Jewry during the Third *Reich* is to

---

[1] The author is indebted to Rolf Landwehr, one of the most knowledgeable experts on modern German welfare institutions, for critical assistance in the preparation of this paper. Interested readers are also referred to his essay on Jewish social welfare work in modern Germany: ‚Zur Geschichte der jüdischen Wohlfahrtspflege in Deutschland', in Wolfgang Dreßen (ed.), *Jüdisches Leben*, (Berlin: Museumspädagogischer Dienst), Berlin 1985, pp. 44–53.

help recover a perspective on the welfare efforts of an increasingly impoverished and stigmatised Jewish community within Nazi Germany. Such an undertaking relates not just to Jewish history and not just to the history of Jewish people in Germany: but also directly to a properly understood history of Germany itself. Nothing can undo the damage of the "final solution", but the recovery of elements of a multi-ethnic perspective on German history can help to expand the narrowness of mind which prepared the way for such a crime and which the Nazis did their best to foster during their wretched tenure.

This is easier said than done. In the mid-1970s a research team at the *Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Berlin* (FHSS) began a project on the history of social work in Germany with particular reference to state welfare services and the city of Berlin. The project, which made use of interviews with *Zeitzeugen,* engendered several publications, including a widely-used textbook on the history of German social work,[2] and it may even have made a modest contribution to the upsurge of scholarly interest in the history of social welfare work in Germany which has been observed in recent years. It proved impossible to investigate the development of welfare work in Berlin without coming to appreciate the prodigious achievements of Berlin Jewry in this field. Those of us involved in this research became acutely aware of the huge gaps in our knowledge concerning Jewish welfare work. We tried to close the gaps, where possible, but particularly with respect to the Third *Reich* it seemed almost as if the very traces of Jewish welfare work in Germany had been erased. Most of the actors had either been killed or had emigrated to far countries (and many of the emigrants had died in the meantime). The original documents were scattered and secondary work sparse.

Two members of the original FHSS research team, Rolf Landwehr and the present author, decided to prepare a special project on the history of Jewish welfare work within the German *Reich*. We had hoped to have advanced results of research on the topic to present to this historical conference in Berlin. However, the process of finding support for the project has proved more difficult than we had anticipated. So far, the FHSS Berlin is the only German institution to have actually committed resources to the support of the project. Thus the present paper reflects little more than our preliminary research among the fragments of information available in Berlin and the material in the Leo Baeck Institute in New York. It indicates the present state of our knowledge and points towards some of the areas which we would like to investigate further. This is definitely not the final word on the subject.

---

[2] Rolf Landwehr and Rüdeger Baron (eds.), *Geschichte der Sozialarbeit,* Weinheim–Basel 1983.

Demographic and Economic Problems of German Jewry in 1933

German Jewry was facing a number of demographic problems which would have confronted its traditional institutions of social welfare with perplexing challenges even if the Nazis had never come to power. Of course, Nazi policy exacerbated these problems during the Third *Reich* and added new ones which could scarcely even be imagined in the Weimar frame of reference. However, it would be a mistake to beome so fixated on Nazi depredations as to forget the problems which existed before they took control of the *Reich* government. Each of these problems has been described in greater detail elsewhere; the point here is merely to call attention to the importance of these factors as a context for Jewish welfare work in Germany during the 1930s.

The official Jewish population of the Weimar Republic – i. e., those persons who declared themselves to be Jewish – was caught up in a process of both absolute and relative numerical decline which was a matter of deep concern to many Jewish officials. As a percentage of the total population of Germany, confessing Jews had declined from 1.25% in 1875 to merely .77% in 1933. The absolute numbers were even more disturbing: in less than a quarter of a century, from 1910 to 1933, the number of confessing Jews in the German *Reich* dwindled from 615,000 to 564,000. This development gave rise to a certain genre of alarmist journalism in some Jewish circles, which need not concern us here, but the question must be raised as to why German Jewry was in numerical decline.

The problem is a complex one which certainly cannot be dissected in a few sentences, but the following points seem relevant in our context. The birth rate among German Jews had fallen dramatically during the 50 years prior to 1933. Although this seemed remarkable at the time, it may be the usual pattern among people making a rapid transition to urban middle-class conditions. In any event, the death rate for German Jews remained nearly constant during the same years, so that by 1933 nearly twice as many Jews died annually in Germany as were born there.

This was, at the most fundamental level, the *biological basis* of German Jewry's numerical decline. However, *social factors* were also at work, both indirectly and directly: indirectly in that the reproductive behaviour of the German Jews was certainly related to their quickly changing life-style in a rapidly modernising country; and directly in that mixed marriages between Germans and Jews were becoming quite common. The irony of this development in a country seething with antisemitism was not lost on one Jewish observer who commented towards the end of the Weimar Republic: "Despite National Socialism, [marital] connections with non-believers have increased in a puzzling way."[3] By the end of the Weimar Republic nearly four out of ten Jews who married were taking German partners. Moreover, between 1921 and 1930 the number of Jewish men taking

[3] Ernst Kahn, ‚Ein historischer Wendepunkt im Judentum', in *Jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik* (JWSP), 1933/1934, p. 2.

German wives surpassed the number of Jewish women taking German husbands by 10,617 to 6,020. In other words: assimilation was more than just a cultural attitude for many young Jews – especially young Jewish men – who documented their sense of belonging to German culture in their marital behaviour.

Changes in reproductive behaviour always have long term effects, not only on the overall numerical strength of a population, but also on its structure and inner composition. The Jewish population of Germany in 1933 was characterised by a disproportionately large percentage of old people. 40% of the Jews were over 45 years old, compared with only 28% of the general population.[4] Since old people are usually more dependent upon welfare assistance than younger wage-earners and since welfare agencies often rely in the final analysis on contributions from, or taxes on, the wages and profits of younger people, the seniority-bulge in the demographic structure of German Jewry would have raised difficult challenges for the Jewish welfare agencies even without Nazi strictures. As a result of the mass-emigration of (mostly) younger Jews which the Nazis provoked and partially encouraged, the age-structure of those Jews remaining in Germany became an increasingly heavy burden for the Jewish welfare organisations.

For reasons which are still not entirely clear, the Jewish population in Germany at the beginning of the Third *Reich* also included a disproportionately large number of women. Among the population of Germany as a whole there were 106 women for every 100 men; among Jews there were 109 women for every 100 men.[5] Part of the explanation, of course, lies in the already mentioned greater inclination of Jewish men to marry across confessional lines; but other factors must have been at work as well. The implications for welfare work are obvious, given the greater likelihood of women – and especially older women – to require social assistance than men.

A further important characteristic of German Jewry in 1933 was its extraordinary degree of urbanisation. Over 70% of German Jews lived in large urban areas. Greater Berlin alone had a Jewish populaton of over 160,000. What this meant for Jewish welfare services was "that all common institutions and organisations of Prussian and German Jewry were directly or indirectly dependent upon the financial support of the Berlin community".[6] In absolute size, the Berlin Jewish community was unparalleled, but in percentage of municipal population it was surpassed by the Jewish community of Frankfurt a. Main (4.7% to 3.8%).[7] Thus Jews were highly concentrated and higly visible in certain urban areas. The approximately 20% of German Jewry which belonged to the category of *Ostjuden* – emigrants from Eastern Europe – was even more densely concentrated in large urban areas than the more assimilated, old-line German

[4] Albert J. Phiebig, ‚Die Bedeutung der Volkszählung von 1933 für die jüdische Sozialarbeit', JWSP, 1936, p. 24.

[5] *Ibid.*, p. 25.

[6] Max P. Birnbaum, ‚Die jüdische Bevölkerung in Preussen ‚Verteilung und wirtschaftliche Struktur im Jahre 1931', in Herbert A. Strauss, Kurt R. Grossmann (eds.), *Gegenwart im Rückblick. Festgabe für die Jüdische Gemeinde zu Berlin 25 Jahre nach dem Neubeginn*, Heidelberg 1970, p. 126.

[7] *Ibid.*, p. 118.

Jews (the so-called *Reich* German Jews).[8] Urbanisation, too, was exacerbated during the Third *Reich* and presented Jewish welfare agencies with headaches such as absorbing new people in the urban areas while at the same time trying to maintain exsanguinating smaller communities.

According to Max P. Birnbaum, "anormal distribution of population and anormal occupational structure went hand in hand".[9] The following table comparing the occupational distribution of Jews and the general population in Germany in 1933 shows the extent to which Jews were concentrated in certain areas of the economy:

Table I
Occupational Distribution of Jews and General Population in Germany 1933

occupation	Jews (%)	General Pop. (%)
1. Trade and transportation	61.3	18.4
2. Industry and handicrafts	23.1	40.4
3. Public and private services	12.5	8.4
4. Agriculture and forestry industries	1.7	28.9
5. Domestic services	1.4	3.9
	100.0	100.0

Source: Herbert Kahn, ‚Die wirtschaftliche und soziale Schichtung der Juden in Deutschland', in *Jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik,* Berlin 1936, p. 100.

This concentration made it relatively easy for the Nazis to introduce discriminatory measures against Jews – or to exclude them altogether – without undue damage to the functioning of the economic mechanism.[10] It also meant that Jewish welfare organisations would face a very difficult task of occupational "re-education" under the conditions of the Third *Reich.*

The specific occupational distribution of German Jews made them particularly vulnerable to the dislocations of the inflation at the beginning of the Weimar Republic and the depression at the end. Many Jews, having been ravaged by the Great Depression, were already in desperate economic straits when the Nazis came to power. However, Jews – in contrast to most other residents of Germany – did not benefit from the relative stabilisation of the German economy which was achieved during 1933–1935; instead they were increasingly subjected to boycotts, terror, discrimination and harassment. Thus their economic plight merely turned from bad to worse. Indicative of how bad it was, however, even before turning worse, is the fact that the *Zentralstelle für Jüdische Darlehnskassen E.*

[8] A. J. Phiebig, ‚Die Glaubensjuden im Deutschen Reich', JWSP, 1937, pp. 96–97.

[9] Birnbaum, ‚Bevölkerung', *loc. cit.,* p. 123.

[10] S. Adler-Rudel, *Jüdische Selbsthilfe unter dem Naziregime 1933–1939. Im Spiegel der Berichte der Reichsvertretung der Juden in Deutschland,* Tübingen 1974 (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 29), p. 7.

V., an agency designed to stimulate loans at favourable conditions to support Jewish economic activity, was established in Berlin on 12th January 1933, more than two weeks before Hitler came to power.[11]

Jewish Welfare Work after 1933: Organisation, Assumptions, Problems

Jewish welfare experts recognised that the Nazi takeover confronted German Jewry with grave challenges; but it is understandable that most seemed to underestimate the profound changes which would be imposed upon Jewish welfare work by the regime. The lengths to which the Nazis would eventually go in their effort to destroy the Jews simply seemed inconceivable – even to notorious pessimists – in 1933.

In a wide-ranging article from 1933 Max Kreutzberger tried to sort out the new agenda facing Jewish welfare work as a result of the political transformation of that year. His observations provide interesting insights into the mixture of ideas circulating at the time. Kreutzberger correctly believed that the first months of the Nazi regime were of "revolutionary" significance („umstürzende und umwälzende Bedeutung") for Jewish social work.[12] The process of exclusion of Jews from the German economy could no longer be overlooked; and yet, Kreutzberger clearly did not suspect how much worse things would become. With respect to traditional welfare work, he wrote that not everything which had been inherited from the past could be maintained under the new conditions. The resources available to Jews should be concentrated in those areas which were "vital and necessary for life".[13]

Kreutzberger believed that special attention should be paid to the areas of occupational re-structuring and emigration, especially to Palestine. In this he was rather far-sighted, since the majority of German Jews at this point was clearly not interested in emigration. Of the 37,000 Jews who emigrated during the first year (the largest single group of any subsequent year during the Third *Reich*), many did so for political rather than "racial" reasons; and many returned after the "taming" of the SA in 1934 under the mistaken impression that legality had been restored in Germany.[14]

It is a tribute to many Jewish welfare officials within and without Germany that they so quickly decided to support emigration. However, their perspicacity in this regard was not always matched by realistic assessments of the possibilities for welfare work within Germany. Kreutzberger, for example, assumed that the economic plight of a large portion of the Jewish middle class could be improved by Jewish lending organisations and employment agencies. This was wishful

[11] *Ibid.*, p. 127.
[12] JWSP, 1933/1934, p. 89.
[13] *Ibid.*, p. 93.
[14] Lucy S. Dawidowicz, *The War against the Jews* 1933–1945, Toronto etc. 1981, pp. 232–233.

thinking. Even the Jewish lending institutes which existed prior to 1933 were described by Shalom Adler-Rudel as often having been little more than disguised relief institutions.[15]

Impoverished older Jews who were in economic difficulty were granted loans which were not always repaid, but which did spare the recipients the indignity of having to apply for public welfare assistance. With the increasing pauperisation of Jews after 1933, the traditional clientele of the Jewish lending institutes was joined by newly ruined members of the liberal professions and other formerly solvent persons. Over 12,000 persons received a total of RM 4,350,000 from the Jewish lending institutes from 1933 to the autumn of 1938 – before these institutes were liquidated at the "suggestion" of the Nazis on 1st January 1939.[16] This infusion of capital was clearly not adequate to reverse the economic destruction of the Jews which was intended by Nazi policy, and it is unlikely that any conceivable amount of money could have achieved that goal.

It was assumed that the public (i. e.: state) welfare system in Germany would continue to guarantee a minimal level of support for Jews, so that the institutions of Jewish welfare could concentrate their energies on forms of "productive" assistance, rather than on mere maintenance. The demand was raised that the Jewish welfare organisations ". . . take the standpoint that as a rule the rates of support given by state welfare agencies must be sufficient".[17] As it turned out, Jews were, in the final analysis, excluded from the benefits of public welfare, thus being left to the mercies of the Jewish organisations.

Interestingly, however, Jews did have the same legal rights to *public* welfare as Germans until after 1938.[18] But the Nazis often found ways of excluding needy Jews from public welfare benefits long before the law was changed.[19] In the first place, enthusiastic Nazi officials at the local level could simply refuse to grant Jews the welfare benefits to which they were entitled. If no protest was lodged, that was the end of the matter. In the early years of the Third *Reich* protests were often successful;[20] but as time went on, it transpired that Nazi policy was to exclude Jews from all forms of state and quasi-state benefits and to make their own efforts at self-help as difficult as possible.

The financial basis of Jewish welfare work was laid by the system of community taxation rather than voluntary contributions. In Prussia, the so-called "Jewish Law" *(Judengesetz)* of 1847 granted the various Jewish communities the right to tax their members and the autonomy to spend the proceeds as they saw fit. Different Jewish communities varied greatly in their level of prosperity, their tax rate and the structure of their expenditures. Efforts had been made to find a way to equalise burdens and benefits somewhat, but they had not achieved the

---

[15] Adler-Rudel, *Selbsthilfe, op. cit.*, p. 127.
[16] *Ibid.*
[17] JWSP, 1933/1934, p. 132.
[18] Adler-Rudel, *Selbsthilfe, op. cit.*, pp. 159–160.
[19] JWSP, 1937, p. 143.
[20] JWSP, 1933/1934, p. 136.

hoped for results.[21] The Nazis did not formally change this system when they came to power, they did however change it indirectly through the pauperisation of the Jews.

A direct Nazi attack against Jewish welfare work was, however, mounted in the very first year of the Third *Reich*. The *Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden,* a coordinating agency of Jewish welfare work which had been founded in 1917, was excluded from the national council of private welfare agencies. This policy of isolation and stigmatisation would eventually be applied to all types of Jewish welfare work. However, for the time being, the Jews could consider themselves fortunate in this regard: at least their main welfare organisation was allowed to exist (two other large welfare organisations had been disbanded by the Nazis).

Having been excluded from the national German family of welfare organisations, Jewish welfare work became even more strongly anchored in the life of the Jewish community than before. On 13th April 1933, leading Jewish organisations in Germany founded the *Zentralausschuß für Hilfe und Aufbau* (Central Committee for Help and Construction). The *Zentralausschuß* brought together not just the leading Jewish organisations in a visible form of cooperation, but also greatly broadened the scope of work previously performed by the *Zentralwohlfahrtsstelle*. Men such as Leo Baeck provided symbolic leadership as the historically fragmented elements of Geman Jewry, under the pressure of adversity, began searching for greater unity in areas of practical interest.[22]

On 17th September 1933, cooperation among the leading Jewish organisations in Germany reached a new level with the founding of the *Reichsvertretung der deutschen Juden*. (The name was later changed at Nazi insistence to *Reichsvertretung der Juden in Deutschland)*. On 1st April 1935, the *Zentralausschuß* was integrated into the *Reichsvertretung*. Although the expanded *Reichsvertretung* had a broad spectrum of welfare and educational activities, its main emphasis lay in helping young Jews to emigrate from Germany.

The relative weight of the various activities supported by the *Reichsvertetung* is reflected in the budget of the organisation. According to the budget for 1936, the *Reichsvertretung* spent a total of RM 4,296,565.15 that year. Of this sum, RM 1,461,462.92 were spent for "migration". This is only slightly less than the amount spent for economic aid (RM 1.085,876.05) and welfare work (RM 426,504.17) together. No less interesting than the distribution of the revenues is their origin. Only RM 1,691,119.55 was raised in Germany; RM 2,123,125.64 came in the form of grants from abroad (the rest was sheer deficit). The American Joint Distribution Committee alone sent the equivalent of RM 1,188,884.82 to the *Reichsvertretung* during 1936.[23]

---

[21] JWSP, 1936, pp. 29–30.

[22] Adler-Rudel, *Selbsthilfe,op. cit.*, pp. 10–11.

[23] American Joint Distribution Committee, European Executive Offices, *Jewish Constructive Work in Germany during 1936,* Paris 1937, p. 32.

The Jewish Winterhilfe

The *Jüdische Winterhilfe* (JWH) was certainly the most extensive effort of the Jewish community in Germany to assuage the pressing material needs of impoverished Jews remaining in the *Reich*. Inasmuch as Nazi officials also conducted their own *Winterhilfswerk* as one of the most visible annual preoccupations of the regime, the whole area of winter relief provides interesting material for an examination of the extent to which formally similar welfare programmes can be diametrical in content.

The idea of a nation-wide campaign for winter relief was not a Nazi invention. The first large scale campaign for winter relief was organised by Weimar authorities for the winter of 1931/1932. Some Nazi organisations joined in the campaign at the local level, but the party as a whole condemned the effort.[24] Jewish welfare organisations, on the other hand, participated in the original winter relief campaigns.

The winter relief efforts during the twilight of the Weimar Rapublic did not live up to expectations. After total collections of about one hundred million RM in 1931/1932, the yield declined in the next year to merely ninety million RM. Despite a rise in purchasing power, this result marked an absolute reduction of public support at a time when the need for winter relief was more urgent than ever. However, despite such a disappointing track record, the Nazis recognised the potential propaganda value of a national winter relief campaign soon after coming to power. Dropping earlier hostility to such programmes, Goebbels announced with characteristic modesty in September of 1933 that the government planned a new winter relief action which would be "unparalleled" in the history of mankind.[25]

The winter relief campaign was given the pompous name *Winterhilfswerk des Deutschen Volkes* (WHW) and rapidly advanced to one of the most distinctive features of each autumn and winter in Nazi Germany.

During the first two winters of the Third *Reich,* the WHW was still supposed to provide relief to "non-aryans" and to accept donations from them. It is not clear whether this was because of uncertainty or differences of opinion among the Nazi leadership or whether mere time-lag was involved. In any event, as was often the case in Nazi Germany, antisemitic zealots in many local areas took matters into their own hands even without "legal" authorisation. Already in 1934/1935 needy Jews were excluded from winter relief in Hessen, Bavaria and the Palatinate, and donations from individual Jews were not accepted either in these areas. It is reported that in some instances negotiations with national officials led to a change in such behaviour at the local level.[26]

In 1935, after the promulgation of the Nuremberg Laws, the situation chan-

---

[24] David Kramer, ‚Das Wohlfahrtswesen in der NS-Zeit', *Soziale Arbeit* (Berlin), Juni 1983, p. 298.

[25] Thomas E. de Witt, 'The Struggle against Hunger and Cold: Winter Relief in Nazi Germany, 1933–1939', *Canadian Journal of History/Annales Canadiennes d'Histoire,* p. 362.

[26] Adler-Rudel, *Selbsthilfe, op. cit.,* p. 162.

ged rapidly. Jews were completely excluded from the WHW – both as recipients and as individual donors (however, donations were still expected and often even extorted from "Jewish" businesses and corporations).[27] Jews were allowed to organise their own *Jüdische Winterhilfe* (JWH). The process of exclusion and ghettoisation mandated by the Nuremberg Laws now assumed new substance, even in the area of winter relief.

The Jewish organisations reacted quickly to the challenge of setting up their own winter relief network. The *Zentralwohlfahrtsstelle* was given primary responsibility for the organisation of the Jewish effort. An appeal for support of the Jewish *Winterhilfe* was widely circulated in the Jewish press during October 1935, reflecting the willingness of a broad spectrum of Jewish organisations to cooperate on this issue. The goals of the JWH were summarised in the appeal as follows:

"No hungry member of our community can be allowed to be without food this winter, no needy member without clothing, nobody without shelter!

Our Jewish community *(Gemeinde)* and the broader Jewish communion *(Gemeinschaft)* in Germany, which have been left to their own devices this year in the struggle against the need and cold of winter, will abandon nobody!

However, everyone must demonstrate support of his communion through active commitment of his person and his financial resources!"[28]

The first campaign for Jewish *Winterhilfe* was opened by a public meeting in Berlin on 20th October 1935. Leo Baeck, the president of the *Reichsvertretung* and Heinrich Stahl, the chairman of the Jewish community in Berlin explained the rationale behind the effort and tried to generate enthusiasm for it.[29]

The guidelines for the Jewish *Winterhilfe* were drawn up by the *Zentralwohlfahrtsstelle* and required confirmation by the *Reich* commissioner *(Reichsbeauftragter)* of the WHW, a relatively unknown Nazi hack named Erich Hilgenfeldt. Confirmed by Hilgenfeldt on 9th October 1935, the guidelines for the Jewish *Winterhilfe* resembled those governing the WHW except, of course, that the target group was different. The execution of the JWH was the responsibility of the Jewish communities and the provincial Jewish welfare organisations. As can be seen in the first yearly report on the JWH, from the very beginning no Jewish community in Germany failed to take part in the effort[30].

The JWH was supposed to be financed according to the same general principles which governed the WHW. People with jobs and business people were expected to make contributions, collections in money and kind were carried out, benefit concerts and exhibitions were organised. The proceeds from these activities were then distributed among the poor who suffered particular hardship during the hard months of the German winter. During the winter of 1935/1936 approximately 83,761 persons received help from the JHW; since approximately

[27] *Ibid.*

[28] *Rechenschaftsbericht der Jüdischen Winterhilfe 1935/1936*, Berlin [n. D.], p. 1.

[29] *Gemeindeblatt der Jüdischen Gemeinde zu Berlin*, 25. Jg., Nr. 41 (13th October 1935), p. 1.

[30] *Rechenschaftsbericht*, p. 1.

409,000 Jews were still living in Germany at this time, it can be concluded that around 20% of the Jewish population was living in rather severe deprivation. However, the statistics indicate that the distribution of deprivation among Jews was very uneven throughout the country. There were small Jewish communities in which up to 84% of the members were already needy. On the other hand, as the following table shows, only 14% of the Jews in Württemberg required support at this time and the percentage of needy Jews varied widely in different parts of the *Reich*.[31]

The highest percentages of needy Jews were generally found in those areas with the largest proportion of *Ostjuden*.[32]

A significant number of needy persons found their first contact with the Jewish welfare organisations through the JWH. Of the 29,486 persons helped by

Table II

Absolute Number and Percentage of Needy Jews in Various Areas of the German Reich, 1934/1935

area	absolute number of needy Jews	percentage
Baden	3,063	18.12%
Bayern	4,397	15.77%
Hanse-Städte	3,657	20.40%
Hessen	3,263	24.43%
Lippe-Detmold	69	18.16%
Mecklenburg	143	23.83%
Sachsen	3,272	18.84%
Württemberg	1,272	14.07%
Berlin	29,986	19.72%
Brandenburg	1,082	19.67%
Grenzmark Posen-Westpreußen	635	33.85%
Hannover-Braunschweig	2,114	20.04%
Hessen-Nassau	8,166	20.96%
Hohenzollern	55	22.54%
Ost- und Westpreußen	1,577	24.55%
Pfalz (Rheinpfalz)	936	16.57%
Pommern	1,159	24.77%
Rheinprovinz	8,421	20.90%
Saarland	277	30.74%
Sachsen-Anhalt	1,105	22.25%
Südsachsen-Thüringen	615	27.63%
Schlesien	5,463	25.45%
Schleswig-Holstein	985	24.20%
Westfalen	3,629	22.55%

Source: *Rechenschaftsbericht der Jüdischen Winterhilfe 1935/1936* Berlin [n. D.], p. 9.

[31] Adler-Rudel, *Selbsthilfe, op. cit.*, p. 163.
[32] *Rechenschaftsbericht*, p. 8.

the JWH in Berlin, 7,946 had their first contact with a Jewish welfare organisation. Some examples from other German cities were: in Mannheim 86 persons out of a total of 345, in Köln 225 out of 2,535, in Stettin 117 out of 219. The JWH was an important conduit between the Jewish organisations and newly destitute Jews throughout the country.

The operations of the JWH were carried out by a small paid staff assisted by numerous volunteers, many of whom were themselves unemployed; in this the JWH resembled the WHW. Approximately 13,000 volunteers worked on the first JWH. The appeals to German Jewry for support were not without resonance: in the first winter of the JWH RM 3,644,000 were raised. This meant that slightly more than RM 43 per needy person were available for winter relief. Viewed another way, this sum averages out to nearly RM 9 per potential donor.

A comparison with the results of the WHW illuminates interesting differences between the two programmes. However, before one compares such diametrical organisations as the WHW and the JWH, some words of caution are in order with regard to the financial claims of the WHW.[33] According to Nazi accounts, total collections of the WHW for 1935/1936 amounted to RM 364,500,000. Given a population of the *Reich* of nearly 65 million (not counting Jews), the yield of the WHW was thus less than RM 6 per potential donor.

This performance gap is remarkable. Not only was the JWH restricted to collections among an increasingly disadvantaged and oppressed community, it certainly could not make use of the subtle and not-so-subtle political leverage available to the Nazi WHW. Only a few of the advantages available to the Nazis

[33] The financial claims of the WHW should, in fact, be viewed with some scepticism. Accounting within the WHW – as within the *Nationalsozialistische Volkswohlfahrt* (NSV) as a whole – was purposely vague. Nazi chieftains – including Hitler personally – used welfare funds for a variety of projects which had little to do with philanthropy. E. g., money siphoned off from the WHW was used to build some of the large structures at the site of the Nuremberg party parade grounds; see: T. de Witt, *The Nazi Party and Social Welfare, 1919–1939*, Ph. D. Diss., University of Virginia 1972, p. 218. After the war, NSDAP treasurer Franz Xaver Schwarz complained to American interrogators that his efforts to oversee expenditures of the WHW and the NSV were frustrated by Martin Bormann. Schwarz thought it entirely possible that monies from the NSV and WHW may have gone into a slush fund which the Party Chancellery used for its own purposes; see National Archives MF T – 175: pp. 0332–0336. One final bizarre footnote on the whole topic of Nazi hanky-panky with welfare funds: most of the financing for one of the Third *Reich's* most crackbrained schemes of racial engineering, the *Lebensborn e. V.*, came in fact from misappropriated welfare funds. Historians have generally referred to the *Lebensborn* as an SS organisation. This was no doubt true, in that it was conceived of by Heinrich Himmler as a source of "racially valuable" children for adoption by SS-families which had not fulfilled their obligation of producing at least four children for the *Führer* (who, by the way, was himself a little deficient on the procreation front). Most SS-men also peformed miserably in this area: by the end of 1939, SS families had an average of only 1.1 children; see Heinz Höhne, *Der Orden unter dem Totenkopf. Die Geschichte der SS*, 2 vols., Frankfurt a. Main–Hamburg, 1969, II, p. 156.

In any case: from the point of view of financing, the *Lebensborn* was anything but an SS undertaking. Only 8,000 of the 238,159 members of the regular SS paid dues to the organisation. In 1938 *Lebensborn* counted in all only 13,000 dues-paying members, who together contributed a paltry 27,000 RM for the year. This is where the NSV came in. Erich Hilgenfeldt – yes, the same man who oversaw the Jewish *Winterhilfe* from the Nazi side – contributed 1,000,000 RM of German welfare funds to the *Lebensborn* in 1936 and 1937, and pledged 700,000 RM each year for 1938 and 1939 as well.

The point is that one must be very wary of Nazi claims in the area of welfare financing. And yet, even if one takes Nazi accounts at face value, the results of the German *Winterhilfswerk* do not measure up to those of the Jewish *Winterhilfe*.

in their fundraising effort can be mentioned here. Party and government officials were required to participate in the WHW; often they were allowed to provide "voluntary" services to the WHW as part of their paid duties. In the early stages of the Third *Reich,* SA-led mobs could extort contributions from unwilling *Volksgenossen* with complete impunity. Later, uniformed troops – from the *Wehrmacht* and also from the SS – were deployed as "collectors", and the substantial resources of these organisations were otherwise placed at the disposal of the WHW. Various government records were made available to WHW authorities so as to allow accurate assessment both of need and of ability to donate. Government agencies such as the police and the tax collection bureaucracy were used to pressure reluctant donors towards greater generosity. Contributions were sometimes withheld from paychecks without authorisation from the employees concerned. Welfare recipients who were required to perform certain tasks as a condition of their relief *(Pflichtarbeiter)* were often compelled to work as "volunteers" for the WHW. There were labour agreements in which low-paid workers were formally exempted (!) from their "voluntary" contributions to the WHW. People considered deficient in their support of the WHW were publicly pilloried, paraded through the streets, beaten, imprisoned and even subjected to "re-education" in labour camps. Government contracts were made conditional upon an "appropriate" degree of WHW support by companies. The post offices sold commemorative welfare stamps at a mark-up for the benefit of the WHW. The man with final responsibility for the WHW was none other than Joseph Goebbels, *Reich* Minister of Propaganda and Popular Enlightenment; thus it is no surprise that the public was rather systematically "enlightened" about the importance of the WHW.[34]

All these and many other forms of coercion and/or influence were available to the Nazi WHW but, of course, not to the JWH. If anything, the JWH could expect mainly obstruction and hostility from the various levels of government and the NSDAP. Still, approximately 63% of the money available to the JWH came from sources with a strong resemblance to taxation: 1) contributions withheld on a pro-rated basis from paychecks and 2) contributions from the self-employed based on the amount of income tax they paid. Approximately 23% of the total money came from cash contributions; the rest came together in the form of contributions in kind and proceeds from benefits.[35]

But there can be little doubt that an enhanced feeling of solidarity among Jews in Germany was the key to the relative success of the JWH. Max Nussbaum, rabbi of the Berlin Jewish community 1935–1940 reflected on how adversity can strengthen a community's commitment and sense of purpose:

"It was a strange life we led, those last years in Germany: a very poor life in many ways, poor in material blessings, restricted in all activities other than Jewish, deprived of basic rights and freedoms, – a life of fear and trepidation, surrounded by a terror that grew more intense every day. And yet, there was a redeeming feature: we lived a fox-hole existence,

[34] De Witt, *Nazi Party, op. cit.*, pp. 184–242.
[35] *Rechenschaftsbericht*, p. 4.

and like among soldiers in the trenches there arose in us a feeling of mutual responsibility as it had never existed within German Jewry before this time. Nourished by an ever deepening Jewish consciousness, human relations became warmer, friendships deeper, and our impoverished lives richer."[36]

There is no evidence that all the yearly hoopla in connection with the (German) WHW ever significantly increased the sense of *Volksgemeinschaft* in Germany. In fact, there is some reason to suspect that disgust with Nazi arm-twisting, rumours of corruption and a diminished sense of economic urgency may have greatly reduced the propaganda value of the WHW after the first two years of Third *Reich*. It is ironic that just the opposite appears to be the case with respect to the JWH. The JWH certainly reflected (and may also have contributed to) a growing sense of *Gemeinschaft* among German Jewry.

In the winter of 1936/1937 the number of needy persons helped by the JWH declined slightly to 82,067, However, when allowance is made for emigration and a high death rate among German Jews, it becomes clear that the rate of destitution among the Jewish population was still growing. Despite unfavourable economic and political conditions, the yield of the 1936/1937 campaign with RM 3,630,000 was nearly as high as the year before.[37]

For the winter of 1936/1937 the JWH was obliged to assume new responsibilities. Its purview was now broadened to include not only Jews as defined by the *Reich* Citizenship Law of 15th September 1935, but also "... families of mixed marriages between Germans and Jews ... if the head of the household is a Jew in the sense of the aforementioned law".[38] As we have already seen, by the end of the Weimar Republic nearly four out of ten Jews who married were taking German partners; the statistics show that marriages between Jewish men and German women were much more common than between German men and Jewish women.[39]

Thus it can be assumed that the new burden placed upon the JWH was not negligible. Figures from Hamburg are suggestive: of 208 new applications for support involving 535 persons received there by the JWH in 1936/1937, 150 applications involving 457 persons were from mixed families in which the wife was non-Jewish.[40] Such cases had previously been handled by the general WHW.

Even in the winter 1937/1938, RM 3,316,000 could still be raised by the JWH. Although the number of recipients declined to 77,231, the amount of support given to individuals had to be reduced. However, measured against the declining Jewish population in Germany, the contribution to the JWH pro potential donor actually increased. Indications are that, of the Jewish population financially able to contribute to the JWH, 83% actually did so.

During the fateful winter of 1938/1939 the percentage of destitute persons rose

---

[36] Max Nussbaum, 'Ministry under Stress. A Rabbi's Recollections of Nazi Berlin 1935–1940', in *Gegenwart im Rückblick, op. cit.*, p. 239.

[37] Adler-Rudel, *Selbsthilfe, op. cit.*, p. 164.

[38] Erna Magnus, in JWSP, 1937, p. 83.

[39] Ernst Kahn, in JWSP, 1933/1934, p. 2.

[40] E. Magnus, in JWSP, 1937, p. 84.

to around 25% of the total Jewish population. By this time, 70,682 of 286,667 Jews still living in Germany required winter assistance. In Württemberg the rate of destitution had more than doubled since the first JWH campaign of 1935/1936; in most other areas large increases were noted as well.[41] The JWH was caught in a scissors of increased need on the one side and dwindling resources on the other from which there was no escape.

Conclusion

In closing I would like to return to the question of why we, at a German School of Social Work, are interested in the history of Jewish self-help efforts during the Third *Reich*. Certainly it is important to investigate this matter in order to round off our understanding of welfare work in modern society, but much more than that is at stake.

I was born after the end of the Second World War. The events of the Third *Reich* not only seem distant to my personal realm of experience, I have seen how difficult it is for the younger generation of scholars in Germany to try to piece together the elements of Jewish life which were so brutally torn asunder by the Nazis. Moreover, the students we are teaching today at the colleges and universities in West Germany are even farther removed from the events and personalities of the Third *Reich*. Most of them were born in the mid-1960s – in a prosperous, democratic country which had already drawn a veil of shame and guilt around a mysterious "Jewish problem" which no longer seems of much relevance to life in Germany. I have often experienced expressions of boredom and discontent on the part of young German students when the subject of the destruction of the Jews is brought up in lectures or seminars. And this, it seems to me, is precisely the problem: Whereas the destruction of the Jews is often alluded to – albeit usually in a highly ritualised and sanitised fashion – the rich tradition of German Jewry is, in fact, in the process of being forgotten in Germany. If anything, young Germans are usually confronted with the death of German Jewry, not with its life.

I think that it behoves all of us to do what we can to be sure that the Nazis do not succeed, even from beyond the grave, in working their wicked will of extirpating the Jewish influence from Germany. Many of the scholars present at this conference have contributed mightily to the preservation of the heritage of German Jewry. And the achievements of the Leo Baeck Institute in this regard are internationally known and respected.

Yet, I am still troubled. We must find ways of making the results of scholarship on German Jewry available and accessible to the younger generation of reasonably well educated Germans. This is the only way that the moral and historical wasteland can be reclaimed which was bequeathed to them by the

[41] Adler-Rudel, *Selbsthilfe*, *op. cit.*, pp. 164–165.

madmen who ran their country for twelve years, a generation before they were born.

In this sense I salute the Leo Baeck Institute for bringing this conference to Berlin. And I salute those of you who came to this city despite its central position in some of your most painful memories.

The history of the Jews in Germany is not merely an exercise in antiquarianism or moral piety. The catastrophic failure of the Germans to find a *modus vivendi* with their – and I think this is the proper word – Jewish compatriots still casts a long shadow over the German future, which will inevitably be multi-ethnic. Some of the groups which must now be accommodated in West Germany are not nearly as close to German culture as German Jews once were. The resources of the past are thus indispensable for the future of this country.

I hope that we will be able to draw upon the scholarship, wisdom and friendship of the participants in this conference in our efforts to recover as much as possible of that which was so nearly destroyed in Germany.

Deutsche Kurzfassung

Bestehende demographische und soziale Probleme der deutschen Juden (u. a. relativ hohes Durchschnittsalter, hoher Ausländeranteil, Konzentration auf gewisse geographische und berufliche Bereiche) wurden durch eine Marginalisierungs- und Verarmungsstrategie der NS-Regierung verschlimmert. Dementsprechend ist die Geschichte der jüdischen Sozialfürsorge im Dritten Reich die Chronik eines Projekts, das nicht gelingen durfte. Jegliche Stabilisierung war nur ein Teilerfolg und war vorübergehender Natur. Die nationalsozialistische Strategie der Vernichtung erwies sich als vorherrschend in der letzten Konsequenz. Dennoch war die jüdische Sozialfürsorge im Dritten Reich weitreichend und beeindruckend. Die Auswanderungshilfe und vor allem die jüdische Winterhilfe stellen die bedeutendsten Leistungen jüdischer Selbsthilfe dar. Die Winterhilfe war in ihrem Appell an die Wohltätigkeit der zunehmend verarmenden jüdischen Gemeinschaft sehr viel erfolgreicher, als das von den Nationalsozialisten mit allen Mitteln der Propaganda aufgezogene Winterhilfswerk des Deutschen Volkes.

Trude Maurer

Ausländische Juden in Deutschland, 1933–1939

*I. Demographische Grundlagen**

Bei der Volkszählung am 16. Juni 1933, viereinhalb Monate nach dem Regierungsantritt der Nationalsozialisten, gab es im Deutschen Reich 98747 jüdische Ausländer, die knapp ein Fünftel (19,8%) der jüdischen Bevölkerung bildeten. 57,2% von ihnen waren polnische Staatsangehörige, 20% Staatenlose. Zählt man noch einige kleinere Gruppen aus anderen osteuropäischen Staaten hinzu, so können über 80% der jüdischen Ausländer in Deutschland als Ostjuden betrachtet werden. 38919 Ausländer (39,4%) waren bereits in Deutschland geboren – also Personen, die in Staaten mit dem Territorialprinzip nicht Ausländer, sondern Staatsangehörige gewesen wären. Von den Ausländern wohnten 73025 (74%) in Preußen, davon 41122 (41,6% aller jüdischen Ausländer) in Berlin, 12804 (13%) in Sachsen, 4640 in Bayern (4,7%), jeweils überwiegend in den Großstädten.

Für die weiteren Untersuchungen faßt die nationalsozialistische Statistik die Ausländer und die im Ausland geborenen Juden deutscher Staatsangehörigkeit (16258) zur Gruppe der „Zugewanderten" (23% der jüdischen Bevölkerung) zusammen. Bei einem großen Teil von ihnen handelte es sich um inzwischen eingebürgerte Ostjuden.

Während der Anteil der im Handel tätigen „Zugewanderten" (61%) praktisch gleich groß war wie bei den „einheimischen" Juden (61,3%), war fast ein Drittel mehr (28,1% im Vergleich zu 21,7%) in Industrie und Handwerk beschäftigt. In bezug auf die soziale Stellung besteht ein bedeutender Unterschied im Anteil der Arbeiter (7,2% der „einheimischen", 13,8% der „zugewanderten" Juden), während der Anteil der Selbständigen fast gleich war (45,9% der „Einheimischen", 46,5% der „Zugewanderten"),[1] was aber über Unterschiede in der Wirtschaftskraft der Angehörigen dieser Gruppe nicht hinwegtäuschen sollte.

Während sich die Gesamtzahl der Juden im Altreich von 1933 bis 1939 um 57,4% verringert hatte, hatte die Zahl der Ausländer um ca. 79% abgenommen. Stark verändert hatte sich die nationale Zusammensetzung der Ausländergrup-

* Ich danke den „Freunden der Universität Tel-Aviv e.V." (Bonn) für die finanzielle Förderung meines Aufenthalts in der Wiener Library (Tel-Aviv) und den in den Anmerkungen genannten Jerusalemer Archiven im Mai 1985. – Bei der Konferenz wurde nur eine Zusammenfassung der folgenden Ausführungen vorgetragen.

[1] Siehe dazu im einzelnen *Statistik des Deutschen Reichs*, 451/5.

pe: Der Anteil der polnischen Staatsangehörigen war von 57,2 auf 42,8% gesunken, dagegen der Anteil der Staatenlosen von 19,9 auf 41,5% gestiegen.[2] Die Verminderung der Zahl ausländischer Juden ist besonders beachtenswert, weil bei der deutsch-jüdischen Bevölkerung infolge der ungünstigen Altersstruktur eine höhere Todesrate einzurechnen ist. Die Veränderungen im Vergleich zu 1933 gehen sowohl auf eine stärkere Auswanderung als auch auf Ausweisungen, darunter insbesondere die sogenannte Polen-Aktion von 1938, zurück. In der Veränderung der Nationalitätenstruktur spiegelt sich darüber hinaus eine der einschneidendsten antijüdischen gesetzlichen Maßnahmen, der Widerruf der Einbürgerung von Ostjuden.

II. Die Behandlung der ausländischen Juden seitens der deutschen Behörden

Die nationalsozialistische Weltanschauung machte keinen Unterschied zwischen Ost- und Westjuden, allenfalls kann man sagen, daß ihr der Ostjude der am leichtesten zu erkennende Repräsentant des Judentums überhaupt und das Ostjudentum das unerschöpfliche Bevölkerungsreservoir des deutschen Judentums war. Berücksichtigt man die Stellung des Judentums in der nationalsozialistischen Weltanschauung, so wird man Hermann Graml zustimmen können, daß die ausländischen Juden den Nationalsozialisten in erster Linie als Juden und erst in zweiter Linie als Ausländer galten.[3] Gerade dieser Rechtsstatus unterwarf sie zwar einerseits im Vergleich zu deutschen Staatsbürgern größeren Beschränkungen, gewährte ihnen aber andererseits auch einen gewissen Schutz. Da ausländische Missionen bei verschiedenen Anlässen zugunsten ihrer Staatsbürger vorstellig wurden – Polen z. B. gleich im März 1933 anläßlich von Ausschreitungen gegen polnische Juden, 1935 zwecks milderer Handhabung der Fremdenpolizei[4] – bzw. gegen die Ausdehnung der antijüdischen Sondergesetzgebung auf Ausländer Einspruch erhoben, spielten außenpolitische Rücksichten jahrelang eine wichtige Rolle in der Behandlung der ausländischen Juden. Voll wurde die antijüdische Gesetzgebung erst 1942/1943 auf sie ausgedehnt.[5]

Die bekanntesten Beispiele für die Rücksichtnahme sind der Boykott von 1933, bei dem die ausländischen Juden ausgespart wurden, und die nur den deutschen Juden auferlegte „Sühneleistung" für die Schäden des Pogroms von 1938. Die tatsächliche Rücksichtnahme wurde geübt, obwohl Juden prinzipiell

[2] Siehe dazu Bruno Blau, ‚Die Juden in Deutschland von 1939–1945', in *Judaica*, 7 (1951), S. 270–284, hier 275f. – Die Zahl der Juden mit fremder Staatsangehörigkeit wird in dem geheimgehaltenen Teil der *Statistik des Deutschen Reichs* (552/4) nur für das gesamte Reich sowie für Berlin und Wien angegeben, doch ist die Fehlerquelle auch bei Einbeziehung der Juden Österreichs (außerhalb Wiens) und des Sudetenlandes gering, weil dort nur insgesamt 3558 Juden (Inländer und Ausländer zusammen) wohnten.

[3] Hermann Graml, ‚Die Behandlung von Juden fremder Staatsangehörigkeit in Deutschland', in *Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte*, Bd. I, München 1958, S. 85–87, hier S. 85.

[4] Reiner Pommerin, *Die Ausweisung von Ostjuden aus Bayern 1923. Ein Beitrag zum Krisenjahr der Weimarer Republik* (Aufsatzmanuskript).

[5] Graml, ‚Behandlung', *loc. cit.*, S. 85f.

von der Regelung ausgenommen waren, daß über die Anwendung der Ariergesetzgebung auf ausländische Nichtarier das Reichsinnenministerium jeweils im einzelnen im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt entscheide.[6] Trotzdem antwortete der Staatssekretär in der Reichskanzlei, Lammers, auf den Vorschlag des Stellvertreters des Führers, alle Juden gleich zu behandeln, noch 1938, daß es bei grundsätzlicher Gleichbehandlung außenpolitische Gründe für eine besondere Behandlung der ausländischen Juden geben könne, insbesondere Verträge mit ausländischen Staaten. Andererseits aber hatte sich Hitler bereits 1937 geweigert, die verordnungsmäßige Festschreibung einer Ausnahmebestimmung zugunsten ausländischer Juden zu unterzeichnen.[7]

Als Hypothese könnte man formulieren, daß das Dritte Reich in den ersten Jahren vorsichtig war mit Maßnahmen, die eindeutig oder erklärtermaßen gegen die ausländischen Juden als solche, und zwar in ihrer Gesamtheit, gerichtet waren. Bezeichnend sind hier Görings Ausführungen vom 12. November 1938 über die Ausschaltung der Juden aus der deutschen Wirtschaft:

„Solche Juden, die wirklich Ausländer waren und geblieben sind, sind natürlich nach den Gesetzen zu behandeln, die wir mit diesem Land haben. Aber auch hier ist dafür Sorge zu tragen, daß sie freiwillig, durch sanften oder stärkeren Druck, durch geschickte Manöver hinausmanövriert werden."[8]

Solcher Druck konnte nicht nur durch taktische Manöver, sondern auch durch Verwaltungsmaßnahmen ausgeübt werden. Als Beispiel sei nur der Runderlaß des Reichsinnenministeriums zum Gesetz gegen die Überfüllung der deutschen Schulen und Hochschulen angeführt, das nur für Reichsbürger galt. Nach dem Erlaß sollten diese Vorschriften auch auf Ausländer angewandt werden, ohne ihnen allerdings den wahren Grund für ihren Ausschluß zu nennen. Auf diese Weise sollte die antijüdische Politik auch gegen Ausländer durchgeführt werden, ohne diplomatische Schwierigkeiten mit den Heimatstaaten heraufzubeschwören.[9]

In den Vorbereitungen für eine völkische Gesetzgebung wurde die Frage der Ostjuden entsprechend ihrer Stellung im nationalsozialistischen Weltbild gebührend berücksichtigt.[10] Doch die erste generelle Anweisung des Reichsinnenministers an die Landesregierungen (15. März 1933) hielt sich noch weitgehend im bis dahin gültigen gesetzlichen Rahmen: Die Zuwanderung von Ostjuden „abzuwehren"; sie, sofern sie sich unbefugt im Reich aufhielten, zu „entfernen", d. h. Ausweisungen „im Rahmen der bestehenden Gesetze und Staatsverträge"

[6] Siehe dazu die Dokumente Nr. 331, 458, 467, 486 in *Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945*, Serie C, Bd. III, 2., Göttingen 1973.

[7] Uwe Dietrich Adam, *Judenpolitik im Dritten Reich*, Königstein-Düsseldorf 1979 (ND der Ausgabe Düsseldorf 1972), S. 196f.

[8] *Der Prozeß gegen die Kriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof*, Bd. XXVIII, Nürnberg 1948, S. 507 (PS-1816).

[9] Joseph Walk (Hrsg.), *Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien. Inhalt und Bedeutung*, Karlsruhe 1981 (Motive – Texte – Materialien 14), S. 19, Nr. I/85.

[10] Siehe dazu Adam, *Judenpolitik*, *op. cit.*, S. 34ff., besonders S. 37 und S. 44.

vorzunehmen; und schließlich „bis auf weiteres" von der Einbürgerung ostjüdischer Ausländer abzusehen[11] – das waren Maßnahmen, die im wesentlichen nur eine Verschärfung der in der Weimarer Zeit geltenden Maximen der Ostjudenpolitik im Sinne einer rigorosen Anwendung darstellten. Auf eine bevorstehende grundsätzliche Änderung deutet nur der letzte Punkt hin: Während man die Einbürgerungspolitik der Weimarer Zeit als zurückhaltend mit zeitweise großzügigeren Richtlinien kennzeichnen könnte (wobei allerdings die Anwendung durch die einzelnen Behörden durchaus die Ostjuden diskriminierend sein konnte),[12] wurde nun die völlige Versagung der Einbürgerung auf (nach nationalsozialistischem Verständnis) rassischer Grundlage eingeführt.

Bei den fremdenpolizeilichen Maßnahmen im einzelnen ergänzten sich eine Verschärfung des Ausländerrechts generell und spezielle Verwaltungsanweisungen in bezug auf die Ostjuden. Bereits 1933 wurden osteuropäische Juden, die bis dahin eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis gehabt hatten, von der Polizei vorgeladen und erhielten dann Genehmigungen, die ihren Aufenthalt auf drei bis sechs Monate beschränkten. Das brachte viele auch in große wirtschaftliche Schwierigkeiten, weil sie ihre Geschäfte und ihren Besitz nicht so leicht liquidieren bzw. ihr Kapital nicht ausführen konnten.[13] Auch wurden in den kommenden Jahren in verschiedenen deutschen Ländern Vorschriften erlassen, daß zuwandernden ausländischen Juden künftig die Aufenthaltserlaubnis generell zu versagen sei.[14] Die neue Ausländerpolizeiverordnung von 1938 schließlich fixierte die *de facto* gegenüber Ostjuden schon bestehende Praxis und brachte weitere Veschärfungen: Eine Aufenthaltserlaubnis war nun schon für einen dreimonatigen (bis dahin sechsmonatigen) Aufenthalt nötig. Neu war die dehnbare Formel, der Aufenthalt werde Ausländern erlaubt, die nach ihrer Persönlichkeit und dem Zweck ihres Aufenthalts im Reichsgebiet die Gewähr dafür böten, daß sie der gewährten Gastfreundschaft würdig seien. Bisher hatten nur besondere Gründe zur Versagung der Erlaubnis führen können. Diese wurden übrigens auch in der neuen Verordnung (zusätzlich) beibehalten. Neu war die Bestimmung, daß die Aufenthaltserlaubnis erlösche, wenn der Ausländer seine Staatsangehörigkeit wechsle oder verliere, was wohl von Adler zu Recht als Reaktion auf das polnische Ausbürgerungsgesetz vom selben Jahr interpretiert wird.[15]

Im Hinblick auf den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit ließen es die Nationalsozialisten nicht bei der erwähnten vorläufigen Anweisung im Hinblick

---

[11] *Ibid.*, S. 44 Anm. 101.

[12] Zu allen Ausführungen über die Weimarer Zeit siehe Trude Maurer, *Ostjuden in Deutschland 1918–1933*, Phil. Diss., Tübingen 1985.

[13] *Manchester Guardian*, 28. Dezember 1933, Ausschnitt: Wiener Library Tel-Aviv (künftig: WL) PC 4/29a.

[14] Siehe z. B. für Württemberg Paul Sauer (Bearb.), *Dokumente über die Verfolgung der jüdischen Bürger in Baden-Württemberg durch das nationalsozialistische Regime 1933–1945*, Bd. 2, Stuttgart 1966, S. 101, Nr. 348.

[15] Reichsgesetzblatt 1938 I (künftig RGBl), S. 1053–1056. Vgl. auch *Jüdische Rundschau*, XXXXIII (2. September 1938), S. 4 und H[ans] G[ünther] Adler, *Der verwaltete Mensch. Studien zur Deportation der Juden aus Deutschland*, Tübingen 1974, S. 93.

auf Ostjuden bewenden. Bereits im August 1933 wurde vom Reichsinnenministerium die Richtlinie ausgegeben, daß „Nichtariern" die (eine) deutsche Staatsangehörigkeit nicht mehr zuerkannt werde.[16] Für alle Ausländer galt ab 1934, daß der Reichsinnenminister der Einbürgerung zustimmen mußte.[17] 1935 entfielen schließlich generell die bis dahin nach dem Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 noch bestehenden *Ansprüche* auf Einbürgerung – z. B. für Ausländer, die ein Jahr in der deutschen Armee gedient hatten oder für ehemals deutsche Staatsbürgerinnen, die durch Heirat mit einem Ausländer die deutsche Staatsbürgerschaft verloren hatten und sie bislang nach Scheidung oder Tod des Gatten zurückerhalten konnten.[18]

Doch die Nationalsozialisten begnügten sich nicht mit der Unterbindung der künftigen Einbürgerung. Vielmehr ermöglichten sie bereits 1933 den Widerruf aller in der Weimarer Republik vorgenommenen Einbürgerungen, wobei die Durchführungsverordnung speziell auf die Ostjuden als Hauptzielgruppe hinwies. Der Widerruf erstreckte sich auch auf die miteingebürgerten Angehörigen und alle Personen, deren später erworbene deutsche Staatsbürgerschaft (z. B. durch Geburt oder Eheschließung) von dieser Einbürgerung abgeleitet war. Rechtsmittel konnten gegen den Widerruf nicht eingelegt werden, doch waren die Dienstaufsichtsbeschwerde sowie auch die Zurücknahme des Widerrufs möglich, z. B. wenn Frontkämpferurkunden, die die Verschonung bewirken konnten, erst nachträglich beigebracht werden konnten. Gerade dies bereitete aber Schwierigkeiten, da es in Österreich-Ungarn keine gut geführten Kriegsstammrollen wie in Deutschland gegeben hatte und die vorhandenen Nachweise je nach Nationalität des Regiments auf die Nachfolgestaaten verteilt worden waren. In Einzelfällen wurde auch aus anderen Gründen, etwa im wirtschaftlichen Interesse des Arbeitgebers, der Widerruf zurückgenommen. Infolge dieses Gesetzes wurden alle Einbürgerungen der Weimarer Zeit auf die Möglichkeit des Widerrufs hin durchgeprüft. Betroffen waren von ihnen meist Personen, die seit Jahrzehnten in Deutschland ansässig waren.[19] Fast durchweg waren sie Ostjuden. Außerdem wurden aber auch einige politisch mißliebige ehemalige Ausländer wieder ausgebürgert.[20]

[16] Walk, *Sonderrecht, op. cit.*, S. 49, Nr. I/252.

[17] RGBl 1934 I, S. 85. Vgl. auch *Informationsblätter* hrsg. vom Zentralausschuß der deutschen Juden für Hilfe und Aufbau, später: im Auftrag des Zentralausschusses der deutschen Juden für Hilfe und Aufbau hrsg. von der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden. Ab 27. Mai 1935: Hrsg. von der Reichsvertretung der deutschen Juden (künftig: *Informationsblätter*), 2 (1934), S. 27.

[18] RGBl 1935 I, S. 593.

[19] RGBl 1933 I, S. 480 (Gesetz) und 528f. (Durchführungsverordnung.) Vgl., besonders zur Begründung, auch: Ministerialdirigent Geh. Regierungsrat Hering, ‚Der Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit', in *Reichsverwaltungsblatt und Preußisches Verwaltungsblatt*, 54 (1933), S. 621–624. Zur Durchführung und ihren Problemen: *Informationsblätter*, 25. August 1933, S. 6f. und *Jüdische Rundschau*, XXXVIII (22. Dezember 1933): WL PC 3/114. Beispiel: Für den Vater F. Grubels setzte sich seine Firma ein, da er ihr einziger Reisender war, der noch ins Ausland reisen konnte (mündl. Mitteilung von Dr. Fred Grubel, 6. September 1984).

[20] Siehe als Beispiel die Auswertung von im *Reichsanzeiger* veröffentlichten Listen in *Frankfurter Zeitung*, 20. März 1935; 5. Mai 1935; 19. Mai 1935; alle: WL PC 4/29b. *Jüdische Rundschau*, XXXX (14. Juni 1935), S. 7 und (12. Juli 1935), S. 2. Als Beispiel eines politisch Mißliebigen: *Frankfurter Zeitung*, 8. November 1933: WL PC 4/29b (Marxist, ehemals holländischer Staatsangehöriger).

Die Ausgebürgerten wurden, soweit sie – was die Regel war – nicht ihre alte Staatsangehörigkeit zurückerwerben konnten, staatenlos. Das bedeutet zunächst, daß für sie alle jene Vorschriften galten, die Ausländer zu erfüllen hatten: Sie brauchten einen Paß, in diesem Fall einen Fremdenpaß, und eine Aufenthaltsgenehmigung, die im allgemeinen auch erteilt wurde. Wie andere Ausländer unterlagen auch Staatenlose der Ausweisung. Bei Auslandsreisen mußten sie zuvor ein Wiedereinreisevisum für Deutschland einholen, das ebenfalls im allgemeinen gewährt wurde. Es gab aber auch Fälle, daß im Ausland befindliche Ausgebürgerte, z. B. ein Student, dessen Eltern noch in Deutschland wohnten, an der Wiedereinreise gehindert wurden. Als Ausländer brauchten sie eine Arbeitserlaubnis, wovon unten noch genauer die Rede sein wird. Darüber hinaus hatte der Verlust der deutschen Staatsbürgerschaft weitere Folgen für die Berufsausübung: Nach der Zulassungsordnung für die Krankenkassen etwa führte der Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit bei Ärzten und Zahnärzten zum Verlust der Kassenzulassung.[21] Als Folge des Ausbürgerungsgesetzes wurden schließlich auch die Ernennungen für den öffentlichen Dienst nachgeprüft, da sie nach dem Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 bei Ausländern die quasi automatische Einbürgerung zur Folge hatten.[22]

Darüber hinaus bedeutete die Staatenlosigkeit, die es als Massenerscheinung seit dem Ende und als Folge des Ersten Weltkriegs gab, eine noch ungünstigere Stellung, als sie Ausländer mit einer bestimmten Staatsbürgerschaft hatten: denn letztere genossen den Schutz ihres Heimatstaats, und sogar ein Staat wie Polen, in dem Antisemitismus und Diskriminierung der Juden an der Tagesordnung waren, vertrat, wenn vielleicht auch aus zweifelhaften Gründen, die Interessen seiner Staatsbürger in Deutschland.[23] Außerdem konnte auf Staatenlose das Prinzip der Gegenseitigkeit nicht angewandt werden, d. h. daß Deutschland dem jeweiligen Ausländer jene Leistungen gewährte, auf die Deutsche in seinem Heimatstaat Anspruch hatten, etwa in der Sozialversicherung oder in der Frage der Schulgebühren, die sich für die Kinder der Ausgebürgerten verdoppelten.[24] Ein weiterer materieller Nachteil war, daß ab 1936 Staatenlose zur Inanspruchnahme des Armenrechts für Gerichtsprozesse einen besonderen Grund brauchten, etwa „Deutschblütigkeit" oder besondere Leistungen für die deutsche Volksgemeinschaft, wobei aber über die tatsächliche Handhabung keine generellen Aussagen gemacht werden können.[25] Die Auswanderungsmöglichkeit

---

[21] Zusammenstellungen: *Informationsblätter* 3 (1935), S. 23; *Jüdische Rundschau*, XXXX (12. März 1935), S. 3. Beispiel des Studenten: *Jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik* (künftig JWSP), 5 (1935), S. 18.

[22] Walk, *Sonderrecht, op. cit.*, S. 91, Nr. I/450.

[23] Auf diese Weise versuchte es, ihre Rückkehr nach Polen zu verhindern. Darüber hinaus konnte es die Benachteiligung polnischer Juden in Deutschland zur Gegenaufrechnung benutzen, wenn Deutschland wegen der Diskriminierung Deutscher in Polen intervenierte.

[24] Schulgebühren: *Frankfurter Zeitung*, 24. Januar 1936: WL PC 4/29b.

[25] *Gemeindeblatt der Jüdischen Gemeinde zu Berlin*, 2. August 1936, S. 2 (künftig: Gemeindeblatt Berlin) und 9. Mai 1937, S. 2 (Handhabung). Vorher war die Frage des Armenrechts für Staatenlose umstritten gewesen. Seit 1934 war es ihnen durch die Entscheidung des Oberlandesgerichts Hamburg generell zugebilligt worden (*Jüdische Rundschau*, XXXIX [26. Juni 1934], S. 4).

war für Staatenlose beschränkt, eine Rückkehrmöglichkeit in ihre Heimat bestand nicht. Somit verhinderte das Dritte Reich durch die Ausbürgerungsmaßnahme etwas, was längere Zeit zu den Zielen seiner Judenpolitik gehörte: die Auswanderung dieser Juden. Insgesamt machte es sie dadurch, daß es sie in die Staatenlosigkeit stieß, in besonderem Maße schutzlos und konnte sie wie die deutschen Staatsbürger völlig seinen eigenen Gesetzen – d. h. auch der Judengesetzgebung – unterwerfen: Als Beispiel sei nur genannt, daß Staatenlose wie Reichsbürger Zwangsmitglieder der Reichsvereinigung wurden, während Ausländern die Entscheidung über den Beitritt offenstand.[26]

In puncto Ausweisung ist allgemein eine Verschärfung der Vorschriften zu beobachten. Durch eine Novellierung des Strafgesetzes wurde bereits im Sommer 1933 ermöglicht, daß Ausländer bei einer dreimonatigen Freiheitsstrafe aus dem Reich verwiesen werden konnten, während bisher im allgemeinen nur die Ausweisung aus einem Reichsland erfolgte und die Reichsverweisung auf bestimmte Fälle beschränkt gewesen war. Der preußische Innenminister bestimmte dazu, daß bei Eingang derartiger rechtskräftiger Urteile jedesmal zu prüfen sei, ob nicht die Reichsverweisung geboten scheine.[27] 1934 wurde dann die Landesverweisung ganz abgeschafft. An ihre Stelle trat grundsätzlich die Reichsverweisung, wobei die Ausweisungsgründe weitgehend denen der preußischen Polizeiverordnung von 1932 entsprachen, die Verschonungsmöglichkeiten aber reduziert wurden.[28] Eine weitere Verschärfung enthielt die Ausländerpolizeiverordnung von 1938: Die Durchführung der Ausweisung war nun nicht mehr davon abhängig, ob ein ausländischer Staat seine Übernahmebereitschaft erklärte.[29]

Für Ostjuden, die staatsfeindlicher Betätigung beschuldigt wurden, wurden bereits im Februar 1933 die früheren Verschonungsgründe – die aber an sich bei Gefährdung der öffentlichen Sicherheit nicht galten! – aufgehoben.[30] Allgemein ist zum einen zu beobachten, daß Juden häufig ausgewiesen wurden,[31] zum anderen, daß diese Ausweisungen z. T. kampagnenartigen Charakter trugen. So kam es bereits im Sommer 1933 zu zahlreichen Ausweisungen polnischer Staatsbürger, aus Thüringen wurden die Ostjuden geradezu systematisch ausgewie-

---

[26] RGBl 1939 I, S. 1097.

[27] RGBl 1933 I, S. 295; *Ministerialblatt für die preußische innere Verwaltung*, 94 (1933), Sp. 801f. Vgl. auch *Informationsblätter*, 1. August 1933, S. 4.

[28] RGBl 1934 I, S. 213f. Preußische Polizeiverordnung: *Preußische Gesetzsammlung 1932*, S. 179–188, hier S. 181. Z. B. entfiel ganz die Milderungsvorschrift, daß, abgesehen von einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder dauernder Inanspruchnahme der öffentlichen Fürsorge, Ausländer, die seit zehn Jahren im Reich ansässig waren, nicht ausgewiesen werden sollten.

[29] RGBl 1938 I, S. 1053–1056. Vgl. *Jüdische Rundschau*, XXXXIII (2. September 1938), S. 4.

[30] Walk, *Sonderrecht*, *op. cit.*, S. 3, Nr. I/4.

[31] Paul Sauer, *Die Schicksale der jüdischen Bürger Baden-Württembergs während der nationalsozialistischen Verfolgungszeit 1933–1945*, Stuttgart 1969 (Veröffentlichungen der Staatlichen Archivverwaltung Baden-Württembergs 20), S. 255f. Von 3162 1933 in Baden und Württemberg ansässigen ausländischen Juden wurden bis Kriegsausbruch außer den 297 im Rahmen der Polen-Aktion Abgeschobenen mindestens noch 111 weitere Juden ausgewiesen, d. h. insgesamt 12,9% der 1933 ansässigen.

sen.[32] 1935 und 1936 wurden zahlreiche Staatenlose auf der Grundlage von Ordnungsstrafen oder kleineren Strafen wegen Paßvergehens ausgewiesen. Da kein Land diese Staatenlosen aufnahm, wurden sie ins Konzentrationslager gebracht.[33] Andererseits beobachtete aber der Auswandererberater des Hilfsvereins in Breslau, daß die Vollstreckung des Ausweisungsbefehls milde gehandhabt werde.[34] 1937 wurde berichtet, daß ausgewiesene Staatenlose, die der Ausweisung nicht nachkamen, ungefähr alle zwei Monate für ca. zwanzig Tage ins Gefängnis kamen. Um ihre Ausreise bzw. Einreise (mit Besuchervisum) in einen anderen Staat zu ermöglichen, gaben ihnen die deutschen Behörden ein Wiedereinreisevisum für Deutschland, ließen sie aber gleichzeitig eine Erklärung unterschreiben, daß sie Deutschland bei Gefängnisstrafe nicht mehr betreten würden.[35] Im Januar 1938 schließlich wurde die Ausweisung der sowjetischen Juden aus Deutschland binnen zehn Tagen als Vergeltung für die Ausweisung von 150 deutschen Staatsbürgern aus der Sowjetunion angeordnet. Da die Sowjetunion die Ausgewiesenen nicht aufnahm, kamen sie schließlich ins Konzentrationslager.[36] Über die bekannte Ausweisung von ca. 17000 polnischen Juden im Oktober 1938 braucht hier nicht näher berichtet zu werden.[37] Was das Württembergische Innenministerium im Sommer 1938 in bezug auf die rumänischen Juden anordnete, nämlich sie bei den geringsten Verstößen gegen meldepolizeiliche Bestimmungen auszuweisen,[38] war nur die explizite Ausdehnung einer gegen polnische Juden weitgehend längst üblichen Praxis auf eine weitere Staatsangehörigengruppe.

Im Vergleich zur Weimarer Zeit ist entgegen der ersten Anweisung vom Frühjahr 1933 nun festzustellen, daß die Ausweisungen nicht nur häufiger wurden und zunehmend geringfügigere Ausweisungsgründe genügten, sondern daß ein grundsätzlicher Unterschied darin bestand, daß das Dritte Reich auch die völkerrechtlich unzulässigen Massenausweisungen vornahm, deren sich die Weimarer Regierungen enthalten hatten. Doch müßte – etwa im Hinblick auf die zitierte Breslauer Beobachtung – die Ausweisungspraxis noch genauer untersucht werden, nicht nur auf regionale Unterschiede hin, sondern auch unter der Fragestellung, inwieweit sie vom jeweiligen Stand der außenpolitischen Beziehungen, in erster Linie zur Republik Polen, abhängig war und die

---

[32] Über Sommer 1933: Zertifikats-Statistik 8. Januar 1934: CZA S 7/65. Thüringen: Bericht von Dr. Cohen. Document Number 15. Streng vertraulich. Undatiert, nach dem 11. Oktober 1933: CZA S 7/93.

[33] S. Adler-Rudel, ‚Die Situation des deutschen Judentums im Januar 1936', S. 3: CZA A 140/439 (Fortsetzung der Ausweisungen). – ‚Zur Lage der Juden in Deutschland Mitte Mai 1936', S. 7: CZA A 140/639 (KZ).

[34] Auszug aus einem Bericht des Auswandererberaters in Breslau 9. März 1936: CZA S 7/357.

[35] ‚Die Lage der Juden in Deutschland' (Ende Oktober 1937), S. 11: CZA S 7/689.

[36] Siehe dazu im einzelnen Walk, *Sonderrecht, op. cit.*, S. 211, 214, 216f., 224, 226 (Nr. II/401, 415, 428, 462, 474).

[37] Siehe dazu Adler, *Der verwaltete Mensch, op. cit.*, S. 91–105; Sybil Milton, 'The Expulsion of Polish Jews from Germany October 1938 to July 1939. A Documentation', in *Year Book XXIX of the Leo Baeck Institute*, London 1984, S. 169–199; John Mendelsohn (Hrsg.), *The Holocaust*, Bd. 3, *The Crystal Night Pogrom*, New York-London 1982.

[38] Walk, *Sonderrecht, op. cit.*,S. 229, Nr. II/485.

Durchführung dementsprechend schwankte. Auch wäre vor diesem Hintergrund ein Vergleich der Ausweisungen christlicher und jüdischer polnischer Staatsbürger von Interesse.

Um ausländischen Juden die Existenz in Deutschland zu erschweren, bedurfte es aber nicht dieser rigorosesten Maßnahme. Durch Beschränkung ihrer Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten wurde ihnen die wirtschaftliche Grundlage entzogen. Grundlegend dafür war die noch unmittelbar *vor* der Machtübernahme erlassene Verordnung über ausländische Arbeitnehmer, wonach der Arbeitgeber, der einen Ausländer anstellen wollte, eine Beschäftigungsgenehmigung und der betreffende Arbeitnehmer eine Arbeitserlaubnis brauchte, die jedoch nur für die jeweilige Arbeitsstelle galt. Ausländische Arbeitnehmer, die sich seit mindestens zehn Jahren in Deutschland aufhielten oder für die diese Vorschrift eine besondere Härte bedeutete, konnten einen Befreiungsschein erhalten, der für das gesamte Reich galt. Es bestand jedoch kein *Anspruch* darauf.[39] Die Arbeitserlaubnis durfte nicht für dauernd versagt werden, wie es das zuständige Landesarbeitsamt im Falle einer staatenlosen jüdischen Verkäuferin getan hatte, sondern nur für eine bestimmte Arbeitsstelle. In diesem Fall, in dem die Entscheidung auf dem Beschwerdeweg geändert werden mußte, konnte daher auch nicht behauptet werden, die Frau stehe nicht für den Arbeitseinsatz zur Verfügung. Deshalb durfte ihr die Arbeitslosenunterstützung nicht versagt werden.[40] Bereits 1934 ordnete der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung an, daß ausländischen Juden keine Befreiungsscheine mehr ausgestellt werden sollten, und zwar mit der Begründung, daß sie sonst jede Stelle antreten, sie beliebig oft wechseln und bei Abwanderung ins Ausland dort dann die Kenntnisse über deutsche Anlagen und Produktionsmethoden weitergeben könnten. Nicht betroffen wurden von der Regelung aber die Angehörigen solcher Staaten, mit denen Vereinbarungen über Arbeitsmarktfragen betanden.[41]

Die ausgebürgerten, jetzt staatenlosen Ostjuden fielen zwar unter die Kategorie der seit zehn Jahren Ansässigen, doch ein *Anspruch* auf einen Befreiungsschein bestand ja nicht, und bis 1936 war sogar die Erteilung einer Arbeitserlaubnis unwahrscheinlich geworden. Immer häufiger wurde auch die Verlängerung der Arbeitserlaubnis verweigert.[42] 1937 wurden die jüdischen Gemeinden gezwungen, alle nichtdeutschen Angestellten zu entlassen.[43]

Ähnlich wie den Arbeitern und Angestellten erging es den Händlern. Zwar behandelte die Gewerbeordnung Ausländer prinzipiell gleich wie Inländer. Also brauchten sie wie diese eine Legitimationskarte bzw. einen Wandergewerbeschein. Letzterer galt für sie aber nur für den Ausstellungsbezirk, nicht für das ganze Reich. Außerdem waren ihnen Einspruchsmöglichkeiten versagt. Die

---

[39] RGBl 1933 I, S. 26–29.
[40] *Informationsblätter*, 4 (1936), S. 10.
[41] Sauer, *Dokumente*, *op. cit.*, Bd. 1, S. 172, Nr. 147.
[42] *Informationsblätter*, 4 (1936), S. 28. S. Adler-Rudel, ‚Situation Januar 1936', S. 3 (wie Anm. 33).
[43] ‚Lage der Juden', Oktober 1937, S. 10 (wie Anm. 35).

Versagung der Legitimationskarte mußte auf in der jeweiligen Person liegende Bedenken gestützt sein. Auch nach der Rechtsprechung des Dritten Reichs genügte die Nichtarier- bzw. Ausländereigenschaft nicht zur Annahme einer gewerbepolizeilichen Unzuverlässigkeit. Im Gegensatz zur gängigen Rechtsprechung forderte aber der Verwaltungsgerichtshof Braunschweig im Hinblick auf ostjüdische Händler, daß diese ihrerseits den Nachweis der Zuverlässigkeit zu erbringen hätten, da eine faktische Vermutung für die Unzuverlässigkeit staatenloser zugewanderter jüdischer Händler bestehe.[44] Somit wurde die Beweislast umgekehrt.

Bereits im Frühjahr 1933 finden sich aber Beispiele dafür, daß ausländischen Juden ihr Lebensunterhalt entzogen wurde, indem ihnen die Erlaubnis zum Handel auf Messen und Märkten versagt wurde, so daß sie auf die Wohlfahrtspflege angewiesen waren.[45] 1937 wurde staatenlosen – darunter den ausgebürgerten – Juden die Handelserlaubnis im ganzen Reich versagt.[46] 1938 schließlich wurden die Juden generell aus verschiedenen Berufen, darunter dem Wandergewerbe und verschiedenen anderen Handelszweigen, ausgeschlossen, doch wurden – da daraus wirtschaftliche Schwierigkeiten entstanden – den Handelsvertretern die Gewerbelegitimationskarten noch einmal bis Ende 1938 zurückgegeben und für die Tätigkeit im Ausland sogar unbefristete Sondergenehmigungen ausgestellt.[47] Insgesamt wurden die ausländischen Juden offiziell von den Verordnungen zur Verdrängung aus der Wirtschaft betroffen, bei deren praktischer Durchführung von den Behörden aber meist ausgenommen.[48] So mußten sie bei der Vermögensanmeldung nur ihren im Inland (nicht wie die deutschen Juden auch den im Ausland) befindlichen Besitz anmelden, und auf die Anmeldung des Besitzes von Juden, die im Ausland wohnten, wurde praktisch verzichtet. In die anzulegenden Listen jüdischer Betriebe durften Betriebe, an denen ausländische Juden beteiligt waren, nur mit Zustimmung des Reichswirtschaftsministers aufgenommen werden.[49] Die Schließung aller jüdischen Einzelhandelsgeschäfte 1938, die nach dem Novemberpogrom verordnet wurde, wurde zunächst auch gegenüber Ausländern durchgeführt. Als manche Inländer ihre Geschäfte wiedereröffneten, wurde die Polizei nur angewiesen, dies bei Inländern und Staatenlosen zu verhindern, bei Ausländern aber zu dulden. Schließlich wurden die

---

[44] JWSP, 5 (1935), S. 197–201.

[45] Siehe als Beispiel verschiedene Dokumente zu den Fällen des polnischen Staatsangehörigen Moritz Berger und des Staatenlosen Max Heger-Nagler, der 1927 die polnische Staatsbürgerschaft auf Rat eines bayerischen Inspektors aufgegeben hatte, um die bayerische zu beantragen, die er jedoch nicht erhielt, in : CAHJP B XII, II 8 (1).

[46] ‚Lage der Juden', Oktober 1937, S. 10 (wie Anm 35).

[47] RGBl 1938 I. S. 823 f.; Adam, *Judenpolitik, op. cit.*, S. 179 f. mit Anm. 197; Helmut Genschel, *Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich*, Göttingen u. a. 1966 (Göttinger Bausteine zur Geschichtswissenschaft 38), S. 167.

[48] Genschel, *Die Verdrängung, op. cit.*, S. 265.

[49] *Ibid.*, S. 151–153 mit Anm. 68. Zur Vermögensanmeldung siehe auch *Jüdische Rundschau*, XXXXIII (24. Juni 1938), S. 3; zu den Listen auch: *Der deutsche Volkswirt*, 17. Juni 1938: WL PC 3/57.

Ausländer überhaupt von der zwangsweisen Schließung, die zum 31. Dezember 1938 zu erfolgen hatte, ausgenommen.[50]

Neben den speziellen fremdenpolizeilichen Bestimmungen und Maßnahmen waren die ausländischen Juden wie die deutschen verschiedenen anderen polizeilichen Überwachungs- und Aufspürungsaktionen unterworfen. Im Sommer 1933 wies die Gestapo alle Staatspolizeistellen an, alle jüdischen Vereine, Logen etc. ihres Bezirks sowie alle in- und ausländischen Juden, die „in irgendeiner Form in politischer Hinsicht in Erscheinung getreten seien", zu erfassen. 1935 mußten zwecks Erfassung der Juden in einer Judenkartei zunächst alle jüdischen Vereine und Ortsgruppen jüdischer Organisationen Mitgliederlisten einreichen, die vierteljährlich auf den neuesten Stand gebracht werden mußten. Dies galt auch für ostjüdische Vereine. Im Fall falscher Angaben drohte die Schließung des Vereins.[51]

Zusammenfassend kann man feststellen, daß sich die Situation der jüdischen Ausländer in Deutschland nicht einfach und eindeutig als schlechter oder günstiger im Vergleich zu der der deutschen Juden charakterisieren läßt. Als Ausländer hatten sie prinzipiell keinen Anspruch auf Aufenthalt. Nicht nur konnte die Genehmigung dazu versagt oder widerrufen werden. Darüber hinaus mußten Ausländer der Ausweisung aus Gründen der „Lästigkeit" gewärtig sein, was im allgemeinen die Vernichtung ihrer Existenz bedeutete. Es kann für das Dritte Reich sowohl eine Verschärfung der Ausländergesetzgebung generell wie auch innerhalb dieses Rahmens eine besondere Benachteiligung der Juden festgestellt werden. Andererseits waren aber in bezug auf die Anwendung verschiedener Bestimmungen der antijüdischen Gesetzgebung Ausländer zum Teil besser gestellt als Inländer, weil auch das Dritte Reich sich im Hinblick auf seine Beziehungen zu ausländischen Staaten zur Rücksichtnahme auf Ausländer gezwungen sah. Am prekärsten war die Lage der Staatenlosen, denn für sie galten alle Beschränkungen, die auch für Ausländer galten, doch fehlte ihnen jeglicher Schutz, den den sonstigen Ausländern ihre Heimatstaaten bieten konnten, sowie auch die Möglichkeit, Deutschland zu verlassen. Darüber hinaus wurden sie aber schließlich auch jenen Beschränkungen unterworfen, die der Staat ansonsten nur seinen eigenen jüdischen Angehörigen auferlegen konnte.[52]

---

[50] Die Verordnung: RGBl 1938 I, S. 1642. Zur Handhabung: Sauer, *Dokumente, op. cit.*, Bd. 1, S. 213–215, Nr. 177b und S. 220, Nr. 177g.

[51] Zu den beiden Anweisungen siehe *Dokumente zur Geschichte der Frankfurter Juden 1933–1945.* Hrsg. von der Kommission zur Erforschung der Geschichte der Frankfurter Juden, Frankfurt a. Main 1963, S. 338f., Nr. VII 1, VII 2. Als Beispiel siehe Polizeidirektion Würzburg an Verein Ostjüdisches Minjan Würzburg 28. September 1935 (mit Auflösungsdrohung) sowie das Schreiben (der Kultusgemeinde ?) an die Polizeidirektion 15. Oktober [193]5 mit der Erläuterung, was „Minjan" bedeute und daß die Ostjuden einen besonderen Gottesdienst abhielten, es sich dabei aber nicht um einen Verein mit Statuten und Vorstand handle. Beide: CAHJP WR 1090.

[52] Siehe neben den oben erwähnten Beispielen zur Schließung jüdischer Geschäfte und zur Mitgliedschaft in der Reichsvereinigung auch die Verordnung des Reichsführers SS vom 28. November 1938, wonach die Regierungspräsidenten Juden deutscher Staatsangehörigkeit und staatenlosen Juden räumliche und zeitliche Ausgangsbeschränkungen auferlegen konnten (RGBl 1938 I, S. 167f.).

III. Die ausländischen Juden in der jüdischen Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik

Diese komplizierte rechtliche Lage und die Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation durch weitgehenden Entzug der Arbeits- und Handelserlaubnis erforderten Hilfsmaßnahmen, die zum einen jenen entsprachen, deren auch die Inländer bedurften, also insbesondere materielle Unterstützung und Hilfe zum Neuaufbau einer Existenz, zum anderen aber eine darüber hinausgehende Beratung und Interessenwahrnehmung in ausländerrechtlichen Angelegenheiten. Auch diese Aufgabe übernahmen die Wohlfahrtsämter der jüdischen Gemeinden und Landesverbände. Sie versuchten z. B., die Wiederzulassung von Händlern zu Messen und Märkten zu erlangen, z. T. sogar durch direktes Vorstelligwerden beim zuständigen Ministerium. Sie setzten sich gegebenenfalls auch mit den polnischen Auslandsvertretungen in Verbindung und halfen den Ausländern bei der Wiederbeschaffung ihrer Militärpapiere. Sie stellten Überlegungen an, ob eine Rückwanderung in Frage komme, und versuchten im Rahmen des Möglichen, die Auswanderung zu unterstützen. Zu prüfen wäre aber noch, ob z. B. die Versagung der Unterhaltskosten für Jugendliche bei der Übersiedlung nach Palästina (Zertifikatsgruppe B III, Schüler palästinensischer Erziehungseinrichtungen) wirklich auf Zahlungsunfähigkeit oder vielleicht auf mangelnde Bereitschaft zurückging.[53] Die Berliner Gemeinde hatte sogar ein spezielles Referat für Ausländer- und Staatenlosenfragen,[54] und innerhalb der Tätigkeit der Hauptstelle für jüdische Wanderfürsorge, die die Rückwanderung nach Osteuropa organisierte, nahm die Rechtsberatung nicht nur in Paßangelegenheiten, sondern auch in arbeitsrechtlichen Fragen einen großen Platz ein.[55]

Was die materielle Unterstützung angeht, so hatten Ausländer Anspruch auf öffentliche Fürsorge, aber grundsätzlich nur auf die einfache, nicht auf die gehobene Fürsorge, auch wenn sie an sich die Voraussetzungen dafür erfüllten. Die einfache Fürsorge umfaßte Lebensunterhalt und Krankenhilfe. Von ver-

---

[53] Siehe dazu die Akten der Synagogengemeinde Bamberg, insbesondere Wohlfahrts- und Jugendamt des Verbands bayerischer israelitischer Gemeinden/Hilfsausschuß an Ausschuß für Hilfe und Aufbau bei der Israelitischen Kultusgemeinde Bamberg 4. August 1933 (Marktfahrererlaubnis); dto. 16. Juni 1933 (polnisches Konsulat); Israelitische Kultusgemeinde Bamberg an Bund jüdischer Frontsoldaten Österreichs 28. Juni 1933 (Militärpapiere); [Aufzeichnung Israelitische Kultusverwaltung, Bamberg, undatiert:] Moritz Berger (Rückwanderungsüberlegung), alle: CAHJP B XII, II 8 (1). – Verband Bayerischer Israelitischer Gemeinden an Vorstand der Israelitischen Kultusgemeinde Bamberg 24. Oktober 1933 (zwecks Auswanderung des aus Schutzhaft entlassenen Kultusbeamten Cegla): CAHJP B XII, II 8 (3). – [Israelitische Kultusgemeinde Bamberg] an Keren Hajessod 26. März 1934: CAHJP B XII, II 8 (4) („daß es für uns als Gemeinde natürlich nicht angängig erscheint, einem Jungen, der nicht mehr hier ist, von der Gemeinde aus nach Palästina hin fortlaufenden Zuschuß zu geben. Dazu werden wir den Ausschuß unseres Wohlfahrtsamts kaum bereitfinden.").

[54] Siehe den Brief (Absender unklar) an Alfred Klee, 14. Februar 1938: CZA A 142/87/31, wonach das Referat kaum mehr aufgesucht wurde, weil die Ostjuden infolge von abfälligen Bemerkungen einiger Gemeindeangestellter über Ostjuden generell bzw. gegenüber ihren ostjüdischen Kollegen das Vertrauen in die Gemeinde verloren hätten. Hinweis auf Sprechstunden siehe auch *Gemeindeblatt Berlin*, 8. April 1937, S. 4.

[55] *Arbeitsbericht des Zentralausschusses für Hilfe und Aufbau* (1934–1936: bei der Reichsvertretung . . .; 1937–1938: Arbeitsbericht der Reichsvertretung der Juden in Deutschland; künftig: *Arbeitsbericht*), 1935, S. 38f. und 1937, S. 42.

schiedenen anderen Leistungen der allgemeinen Fürsorge (z. B. Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit) waren sie dagegen ausgeschlossen. Die dauernde Inanspruchnahme der öffentlichen Fürsorge barg jedoch für den Ausländer das Risiko, eine Abreiseaufforderung zu erhalten und, falls er ihr nicht nachkam, ausgewiesen zu werden. Als unbillige Härte galt die Ausweisung allerdings (nach den noch aus der Weimarer Zeit stammenden Vorschriften) u. a. bei nur vorübergehender Hilfsbedürftigkeit oder langjähriger Ansässigkeit in Deutschland. Verfügungen der Fürsorgebehörden konnten Ausländer in gleicher Weise wie Inländer anfechten.[56] Nach der Verordnung vom 19. November 1938 waren dann aber Juden im Fall der Hilfsbedürftigkeit generell an die jüdische freie Wohlfahrtspflege zu verweisen, und nur wenn diese nicht helfen konnte, trat die öffentliche Fürsorge ein.[57] So betreute z. B. die städtische Fürsorge in Stuttgart im Februar 1939 überhaupt keine Juden mehr.[58] Andererseits wurden trotz der neuen Fürsorgeverordnung zwischenstaatliche Abkommen über die fürsorgerechtliche Behandlung der jeweiligen Staatsbürger weiterhin berücksichtigt, weshalb die neue Fürsorgeverordnung auf Juden polnischer Staatsangehörigkeit nicht anzuwenden war.[59]

Doch wurden die geltenden Bestimmungen auch innerhalb desselben Reichslandes von verschiedenen Gemeinden durchaus unterschiedlich gehandhabt. So wurden Anfang 1934 in Fürth Ausländer, besonders Polen, „regelmäßig und auch längere Zeit" unterstützt. Nur in wenigen Fällen wurde ihnen die Ausweisung angedroht, „die jedoch dadurch nicht wirksam wurde, daß die betreffenden Familien für einige Zeit auf die Unterstützung verzichteten". In Nürnberg dagegen wurden Ausländer im allgemeinen vom städtischen Wohlfahrtsamt nicht unterstützt, und sofern dies im Einzelfall doch geschah, mußten sie von vornherein einen Revers unterschreiben, daß sie bei längerer Inanspruchnahme der öffentlichen Fürsorge die Ausweisung zu gewärtigen hätten.[60] Während aber ein sächsisches Wohlfahrtsamt gerade unter Hinweis auf die Ausländereigenschaft des in Frage stehenden Juden sich auf die sittliche Verpflichtung der jüdischen Gemeinde zu seiner Unterstützung berief und deren Zuwendungen deshalb zwecks Minderung der eigenen auf die öffentliche Fürsorge anrechnete, hob das sächsische Arbeits- und Wohlfahrtsministerium diese Maßnahme auf, weil der entsprechende Passus der Reichsgrundsätze über die öffentliche Fürsorge falsch ausgelegt worden war.[61]

---

[56] JWSP, 3 (1933), S. 135–142.

[57] RGBl 1938 I, S. 1649.

[58] Walk, *Sonderrecht, op. cit.*, S. 179, Nr. III/130.

[59] Adam, *Judenpolitik, op. cit.*, S. 225 mit Anm. 125.

[60] Wohlfahrtsstelle der Israelitischen Kultusgemeinde Fürth i.B. an Israel[itische] Zentralwohltätigkeitskasse Bamberg, 23. Februar 1934. Israelitische Zentrale Wohlfahrtsstelle Nürnberg an Israelitische Zentralwohltätigkeitskasse Bamberg, 25. Februar 1934: CAHJP B XII, II 8 (4).

[61] Nach den Reichsgrundsätzen wurden bei der Prüfung der Hilfsbedürftigkeit, der Art und des Umfangs der Hilfe Zuwendungen nicht angerechnet, die die freie Wohlfahrtspflege oder ein Dritter zur Ergänzung der öffentlichen Fürsorge gewährten, ohne dazu eine rechtliche oder eine besondere sittliche Pflicht zu haben. Letzteres bezog sich laut Sächsischem Wohlfahrtsministerium nur auf Dritte. Bei anderer Auslegung hätte die freie Wohlfahrtspflege kaum noch eine Möglichkeit zur

Die jüdische Fürsorge hatte grundsätzlich nur ergänzenden Charakter, trat also zusätzlich zur öffentlichen Fürsorge ein. Daher, nicht zuletzt auch aus finanziellen Gründen, versuchte sie die Betroffenen zur Inanspruchnahme der öffentlichen Fürsorge zu bewegen,[62] wobei sie sich aber des Risikos der Ausreiseaufforderung bzw. Ausweisung wohl im allgemeinen bewußt war und deshalb entsprechend vorsichtig vorging und die Betroffenen vermutlich nur in geeigneten Fällen an die öffentliche Fürsorge weiterleitete.[63] Wenn dagegen Staatenlose ausgewiesen wurden, aber nicht abreisen konnten, mußte die jüdische Wohlfahrt sie soweit wie möglich ganz unterhalten, da sie öffentliche Unterstützung nicht mehr beziehen konnten.[64] Die ergänzende Fürsorge konnte z. B. in der Übernahme einer Pflegschaft (zwecks Beistand und Beratung), in der Ausgabe von Karten für die Veranstaltungen der „seelischen Winterhilfe" (solange die materielle Winterhilfe für Juden noch vom Winterhilfswerk des deutschen Volkes bestritten wurde), später in der Winterhilfe überhaupt, in allerlei Geldleistungen für besondere Notlagen (z. B. zwecks Unterstellung der Möbel nach Wohnungsräumung), aber auch in der vorübergehenden Unterstützung bestehen, bis ein Antrag an die öffentliche Fürsorge genehmigt war.[65]

Der Anteil der Ausländer und Staatenlosen an verschiedenen Zweigen dieser ergänzenden jüdischen Fürsorge spiegelt die besonders ungünstige wirtschaftliche Situation der Ausländer wider. Dies gilt etwa für die Tuberkulosefürsorge. Diese Krankheit galt ja „von jeher (. . .) als untrüglicher Indikator der wirtschaftlichen Situation". 1934 betrug der Anteil der Ausländer und Staatenlosen an den erfaßten Kranken 46,8%, 1935 45,9% (von insgesamt 220 bzw. 135 Personen).[66] Ein anderes Beispiel bietet die Winterhilfe, die im Winter 1936/1937 in Berlin 29610 Personen umfaßte, davon 18,7% Ausländer und 9,3% Staatenlose, im Winter 1937/1938 19,6% Ausländer und 9,8% Staatenlose. Auch wenn die Zahl der „Zugewanderten" in Berlin 1933 bei 29,9% gelegen hatte (Ausländer 25,6%), dürfte dies einen erhöhten Ausländeranteil bedeuten, da, wie oben gezeigt, die ausländische jüdische Bevölkerung stärker als die deutsch-jüdische abnahm und außerdem bekannt ist, daß sie sich an der Binnenwanderung weniger beteiligte (also nicht mit einem starken ausländischen Zuzug nach

---

ergänzenden Fürsorge, weil ihre sittliche Verpflichtung zur Fürsorge in der Regel vorliegen dürfte. Sollten allerdings die Zuwendungen der freien Wohlfahrtspflege die wirtschaftliche Lage so günstig gestalten, daß eine öffentliche Fürsorge nicht mehr gerechtfertigt erscheine, könne sie angerechnet werden (*Informationsblätter*, 2 [1934], S. 50).

[62] Siehe als Fallbeispiele JWSP, 5 (1935), S. 17f. (Beispiel 8) und [Aufzeichnung der Israelitischen Zentralwohltätigkeitskasse Bamberg] 18. Mai 1933: Max Nagler: CAHJP B XII, II 8 (1).

[63] Siehe das Rundschreiben der Israelitischen Zentralwohltätigkeitskasse Bamberg, 22. Februar 1934: CAHJP B XII, II 8 (4), in dem die Wohlfahrtsstellen anderer Gemeinden um Auskunft über die Praxis im Hinblick auf öffentliche Unterstützung und Ausweisung gebeten wurden.

[64] Siehe als Beispiel JWSP, 5 (1935), S. 18 (Beispiel Nr. 9).

[65] JWSP, 5 (1935), S. 52 (Pflegschaft und seelische Winterhilfe für Witwe russischer Herkunft), S. 54 (Pflegschaft für staatenlosen, aus der Türkei stammenden Sozialrentner); JWSP, 5 (1935), S. 17f., Beispiel Nr. 8 (Wohnungsräumung; vorübergehende Unterstützung).

[66] JWSP, 6 (1936), S. 68f. (Zitat S. 69), 71.

Berlin zu rechnen ist).[67] In dieselbe Richtung deuten die Akten der Jüdischen Winterhilfe Würzburg, wo für die Jahre 1937/1938 und 1938/1939 ca. 14% der Parteien als ausländisch (keine Staatenlosen, also keine Ausgebürgerten darunter) zu ermitteln sind, während der Anteil der „Zugewanderten" (der höher als der Ausländeranteil war) 1933 dort nur 10,3% betragen hatte. Fast alle waren ehemals im Handel Tätige, alle inzwischen ohne geregelten Erwerb.[68]

Von Interesse sind über die reine Fürsorgetätigkeit hinaus jene Maßnahmen, die der Sicherung bzw. dem Wiederaufbau der Existenz dienten. Von diesen sollen hier die Wanderung und die Berufsumschichtung besprochen werden. Der Anteil der Ausländer an der Auswanderung aus Deutschland überstieg ihren Bevölkerungsanteil: Ein Viertel der Auswanderung 1933–1936 bildete allein die Rückwanderung von Ausländern in ihre Heimat. Darüber hinaus beteiligten sie sich aber auch an der Auswanderung in andere Länder, was zahlenmäßig bisher nicht erfaßt ist.[69] Für das erste Vierteljahr 1937 wurden als Ausländer- und Staatenlosenanteil an der Auswanderung 22,2% ermittelt („Zugewanderte" 1933: 23%).[70] Für die Jahre 1933 und 1934 liegt der Anteil der Ausländer an der vom Hilfsverein unterstützten Wanderung deutlich über ihrem Bevölkerungsanteil von 1933, nämlich um 40% der Fälle und noch einige Prozent höher für die Anzahl der wandernden Personen. 1936 im Mai und im Durchschnitt der Monate August bis November lag er immer noch bei 25%, im Sommer 1937 erneut etwas höher (Mai – August 1937: 34,8% der Fälle, 28% der Personen),[71] wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß vermutlich mehr deutsche Juden ohne fremde Unterstützung auswandern konnten als Ausländer.

Besonders in den Grenzgebieten, aber nicht nur dort, stellten die (z. T. ausgewiesenen) Ausländer und Staatenlosen unter den Ratsuchenden in den Filialen des Hilfsvereins einen bedeutenden Anteil dar.[72] Dabei hatte gerade diese Personengruppe kaum Aussicht, im Ausland aufgenommen zu werden. Der Auswandererberater in Leipzig berichtete:

---

[67] *Jüdische Rundschau*, XXXXII (11. Mai 1937), S. 9 und XXXXIII (20. Mai 1938), S. 11. Binnenwanderung: JWSP, 7 (1937), S. 128.

[68] Ausgezählt wurden die Antragsformulare in CAHJP WR 1039 (65 Antragsteller, davon 7 polnische, eine österreichische und eine gemischte Partei, in der die Frau Deutsche, Tochter und Enkel Polen waren).

[69] Herbert A. Strauss, 'Jewish Emigration from Germany. Nazi Policies and Jewish Responses (I)', in *Year Book XXV of the Leo Baeck Institute*, London 1980, S. 313–361, hier S. 329. – In Mannheim stellten die Ostjuden 1933–1935 über ein Drittel der Auswanderer, obwohl sie 1933 nur ein Sechstel der Bevölkerung gestellt hatten (JWSP, 5 [1935], S. 176).

[70] JWSP, 7 (1937), S. 128.

[71] Die Aufstellung des Hilfsvereins für Oktober 1933 findet sich in CZA A 140/133, für Mai, August, Oktober 1936 in CZA A 142/90/1/5b, für Juni 1936 in A 142/90/1/5a, für November 1936 und für Mai–August 1937 in A 142/90/1/2a, für das erste und zweite Halbjahr 1934 in Arbeitsbericht 1. Januar–30. Juni 1934, S. 16 bzw. Arbeitsbericht 1. Juli–31. Dezember 1934, S. 9.

[72] Siehe dazu: Auszug aus dem Bericht des Auswandererberaters in Breslau . . . 9. März 1936, S. 2; Auszug aus dem Bericht des Auswandererberaters in Königsberg . . . 2. März 1936, beide: CZA S 7/357. – Auszug aus einem Bericht des Auswandererberaters in Bielefeld, 4. Juni 1936: CZA A 142/90/1/5a.

„Wie diesen Leuten, auch vielen jungen Leuten, die nichts als den Handel gelernt haben, keine Sprachen außer deutsch und jiddisch kennen, geholfen werden soll und kann, ist z. Zt. unerfindlich. Es belastet stark die Beratungstätigkeit. Das Gefühl vollkommener Ohnmacht wirkt oft stark deprimierend."[73]

Unter den nach Palästina Ausgewanderten befanden sich 1933 15,5% Ausländer, meist Polen; ähnlich waren die Proportionen 1934.[74] Unter den vom Palästina-Amt ausgegebenen 1206 C-Zertifikaten (Arbeiter-Zertifikate) im Sommer 1933 stellten allerdings die Polen 39,5%, die Staatenlosen 17,3%. Die Polen wurden damals besonders berücksichtigt, weil gerade umfangreiche Ausweisungen im Gang waren. Aber im Herbst 1933 betrug ihr Anteil immer noch 33,2%, der der Staatenlosen 14,7%.[75] Für die Gesamtzeit des Dritten Reiches hat Strauss festgestellt, daß der Anteil der Ausländer unter den Palästinaeinwanderern aus Deutschland unter ihrem prozentualen Anteil an der jüdischen Bevölkerung im Reich lag.[76]

Die Zahlen für die Rückwanderung nach Osteuropa sind nicht genau zu ermitteln, da in den Statistiken der Hauptstelle für jüdische Wanderfürsorge vor 1937 Rückwanderer und Binnenwanderer nicht unterschieden werden. Adler-Rudel hat die Gesamtzahl der Rückwanderer 1933–1939 auf 29000 geschätzt.[77] Die von der Hauptstelle für jüdische Wanderfürsorge unterstützte Rückwanderung war am größten 1933 und überstieg damals sowohl die vom Palästinaamt wie auch die vom Hilfsverein unterstützte Wanderung und sogar beide zusammen. Einen Tiefpunkt erreichte sie 1937 und stieg dann bis zum Kriegsausbruch erneut an. Die Rückwanderer waren überwiegend Einzelpersonen, doch legte die Hauptstelle – wie 1934 berichtet wurde – Wert auf Familienrückwanderung. Auch 1937 wurde beobachtet, daß überwiegend Männer wanderten, obwohl fast die Hälfte von ihnen verheiratet war. Vermutlich handelte es sich dabei um die typische Vorwanderung von Männern. Genährt wurde das Anhalten der Rückwanderungsbewegung laut Bericht von 1935 von der Versagung der Arbeitserlaubnis und dem Widerruf der Einbürgerungen. Doch vergrößerten sich die Schwierigkeiten in paßrechtlicher Hinsicht, insbesondere für Staatenlose, immer mehr, so daß letztere Begründung nicht ganz überzeugend wirkt.[78]

Neben der Auswanderung und als Vorbereitung auf sie war die Berufsum-

[73] Auszug aus dem Bericht des Auswandererberaters in Leipzig 12. März 1936: CZA S 7/357.

[74] *Jüdische Rundschau*,XXXX (21. Mai 1935), S. 4.

[75] Zertifikats-Statistik 8. Januar 1934: CZA S 7/65. Das Berliner Palästina-Amt mochte deshalb auch die gerade zitierte Gesamtzahl nicht akzeptieren, auch wenn es berücksichtigte, daß die Verteilung bei den anderen Zertifikatsgruppen, insbesondere bei den Kapitalistenzertifikaten, anders war (Palästina-Amt Berlin an Jewish Agency/Central Bureau for Settlement of German Jews 16. März [19]34). Vgl. auch Palästina-Amt Berlin an Abt. G. 29. August 1934 Abschrift: CZA S 7/66). Übrigens lag die offizielle Gesamtzahl der Ausländer für 1933 unter der vom Palästina-Amt für Sommer und Herbst 1933 ermittelten Zahl der C-Zertifikate.

[76] Strauss, 'Jewish Emigration (I)', *loc. cit.*, S. 330.

[77] S. Adler-Rudel, *Jüdische Selbsthilfe unter dem Naziregime 1933–1939 im Spiegel der Berichte der Reichsvertretung der Juden in Deutschland*, Tübingen 1974 (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 29), S. 216. Vgl. auch S. 95–97.

[78] *Arbeitsberichte*, 1933, S. 15; 1. Januar–30. Juni 1934, S. 18; 1. Juli–31. Dezember 1934, S. 15; 1935, S. 36; 1937, S. 41.

schichtung eine zweite wichtige sozialpolitische Maßnahme der jüdischen Gemeinschaft. Als Beispiel sei ein Pole genannt, der seit 1914 in Deutschland wohnte, zum Maler „umgeschichtet" wurde, daraufhin ein Palästina-Zertifikat bekam und für die Auswanderung vom Wohlfahrtsamt der jüdischen Gemeinde einen Transportzuschuß und Geld zum Anschaffen von Kleidung für die Familie bekam.[79] Ausländer wurden also in die Umschichtungsmaßnahmen einbezogen, doch spielte bei der Entscheidung möglicherweise die Dauer der Ansässigkeit in Deutschland eine Rolle. Jedenfalls wurde sie zusätzlich zur Staatsangehörigkeit (die natürlich aus arbeitsrechtlichen Gründen von Belang war) erfragt.[80] Auch wurden ausländische Jugendliche in die von jüdischen Institutionen geschaffenen Lehrwerkstätten, die den Mangel an Lehrstellen in Betrieben ausgleichen sollten, aufgenommen.[81] Unter den von der Jüdischen Wirtschaftshilfe Berlin 1936 in einer neuen Berufsausbildung untergebrachten 495 Männern waren 19% Ausländer und 14% Staatenlose. Bei den 364 Frauen betrug der Anteil 23% und 11%, lag also in beiden Fällen über dem Bevölkerungsanteil.[82] Dasselbe ergibt sich, wenn man die 1998 von der Reichsvertretung unterstützten Umschichtler betrachtet, von denen 23,7% Polen, 7,7% Staatenlose und 2,4% andere Ausländer waren (2,2% ohne Angabe). Diese Zahlen belegen aber noch nicht einen höheren Anteil an der Berufsumschichtung generell, sondern in erster Linie die schlechtere wirtschaftliche Situation der Ausländer, deretwegen sie auf einen Zuschuß zur Umschichtung angewiesen waren.[83]

In diesem Zusammenhang ist von Interesse, daß die Selbsthilfe des deutschen Judentums nach 1933 auf der Ostjudenfürsorge der Weimarer Zeit aufbauen konnte. Die damals geschaffenen Institutionen gestalteten die Reorganisation und Zentralisierung des Wohlfahrtswesens ab Mitte der zwanziger Jahre mit und gingen in den neuen Zentralinstitutionen auf, deren Tätigkeit für Inländer *und* Ausländer sich nun an dem besonders in der Ostjudenfürsorge vertretenen Prinzip der produktiven Fürsorge orientierte.[84] Nicht zuletzt hatte auch die Zusammenarbeit der ideologisch unterschiedlichen Richtungen des deutschen Judentums nach 1933 ihren Vorläufer in der gemeinsam getragenen Institution der Ostjudenfürsorge der Weimarer Zeit. Für das Dritte Reich ist festzuhalten, daß es keine Sonderinstitutionen für Ostjuden mehr gab, sondern diese in die Wohlfahrtspflege und Aufbauarbeit des Judentums in Deutschland integriert waren. Wohl wurden noch gelegentlich Inländer und Ausländer in Statistiken getrennt angeführt, doch wenn wenig über Ostjuden und allenfalls einiges über Ausländer berichtet wurde, was sich aus ihrer rechtlichen Sonderstellung ergab,

---

[79] JWSP, 5 (1935), S. 17.

[80] Formular in CAHJP B XII, II 8 (1).

[81] Siehe JWSP, 6 (1936), S. 162–170 über Eignungsprüfungen und Ergebnisse in Hamburg.

[82] Tätigkeitsbericht der Wirtschaftshilfe, Abt. Berufsumschichtung und Berufsberatung, Anlagen 1 und 2: CZA A 142/87/26.

[83] *Arbeitsbericht*, 1936, S. 150.

[84] Siehe dazu S. Adler-Rudel, *Ostjuden in Deutschland 1880–1940. Zugleich eine Geschichte der Organisationen, die sie betreuten*, Tübingen 1959 (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 1), S. 130–145.

so belegt auch dies die Integration, gewissermaßen eine Integration in eine in ihrer Gesamtheit hilfsbedürftige Bevölkerung. Das heißt nicht, daß es nicht immer noch Juden gab, die die Ostjuden ablehnten oder verachteten, und zwar nicht nur Privatpersonen, sondern z. B. auch Angestellte der Jüdischen Gemeinde Berlin.[85] Doch schon in der Weimarer Zeit hatten die meinungsbildenden Organe aller jüdischen Richtungen die Gleichachtung und weitgehend auch die Gleichberechtigung der Ostjuden propagiert. Im Dritten Reich wurde diese Frage gar nicht mehr öffentlich behandelt, und zumindest in einigen der Gemeinden, in denen die Ausländer vorher nicht gleichberechtigt waren, wurde dieser Zustand nun beseitigt.[86]

IV. Selbsthilfeorganisationen der Ostjuden

Wenn es keine vom deutschen Judentum geschaffenen Hilfseinrichtungen *für* Ostjuden mehr gab, so bestanden doch die *von* Ostjuden selbst in der Weimarer Zeit geschaffenen Organisationen weiter. Neben einer Fülle von Wohlfahrts- und landsmannschaftlichen Vereinen (die ebenfalls überwiegend der Wohltätigkeit dienten) gab es seit 1919 bzw. 1920 den Verband der Ostjuden (später Verband ostjüdischer Organisationen), der vor allem polnische Juden umfaßte (darunter auch in Deutschland eingebürgerte) und den viel kleineren Verband der russischen Juden, der sich überwiegend aus Intellektuellen, Freiberuflern sowie einem kleinen Teil von Kaufleuten zusammensetzte. Ein besonderes psychologisches Problem ergab sich daraus, diesen ehemals gut situierten, inzwischen aber verarmten Kreisen effektiv zu helfen, ohne ihre Selbstachtung zu verletzen.

Der Vorsitzende des Verbands russischer Juden verließ Deutschland im April 1933, weil die Arbeit für die russischen Juden seiner Meinung nach nur vom Ausland aus weitergeführt werden konnte. Der Verband selbst arbeitete offen noch bis zu seiner Schließung durch die Gestapo im September 1935 weiter. Damals ging die Gestapo sogar relativ sanft mit dem Verband um: Keiner der Führer wurde verhaftet, die Gelder nicht konfisziert. Faktisch arbeitete die Hilfsorganisation sogar noch bis in die ersten Kriegsjahre weiter.[87] Und zwar wurde die Tätigkeit als Untergruppe „Beth Jakob" im Verband für jüdisch-soziale Arbeit in Berlin fortgeführt, in dem unter der Führung des Wohlfahrtsamts der Gemeinde im Oktober 1935 die jüdischen Wohlfahrtsvereine zusammengeschlossen wurden.[88] Der Verband der russischen Juden gewährte, wie in

[85] Vgl. Anm. 54.

[86] So wurde in Leipzig 1935 endlich gleiches Wahlrecht eingeführt(*Jüdische Rundschau*, XXXX [22. November 1935], S. 4).

[87] A. Gol'denvejzer, 'Ja. L. Tejtel (1850–1939)', in *Evrejskij mir*, Sbornik II, N'ju Jork [New York] 1944, S. 299–321, hier S. 311.

[88] [Alfred Klee] an Grundstücksverwaltung der Jüdischen Gemeinde 9. Januar 1936; Jüdische Gemeinde an A. Klee 14. Januar 1936: CZA A 142/87/31. Zum Verband für jüdisch-soziale Arbeit siehe *Gemeindeblatt Berlin*, 27. Oktober 1935, S. 3.

der Weimarer Zeit, Unterstützung an Studenten, Hilfsdarlehen an Gewerbetreibende und kleine Händler, unterhielt eine Mittelstandsküche und Kurse für gewerbliche Ausbildung. 1933 wurden noch 58,6% der Einnahmen (von insgesamt 87357 Reichsmark) aus Mitgliedsbeiträgen und Sammlungen aufgebracht, der Rest vom Zentralausschuß für Hilfe und Aufbau gewährt, der seinerseits dafür Mittel vom *Central British Fund* erhielt.[89] Im zweiten Halbjahr 1934 gewährte der Verband in 1238, im ersten Halbjahr 1935 in 1365 Fällen einmalige oder regelmäßige Barunterstützungen, meist für ältere und arbeitsunfähige Menschen. Ein beträchtlicher Teil davon wurde zur Vorbereitung der Auswanderung gewährt. Der Verband gab in beiden Zeitabschnitten jeweils 12000 Mittagessen aus, gewährte in 298 bzw. 414 Fällen juristische Beratung, in 285 bzw. 255 Fällen ärztliche Hilfe und verteilte in 378 bzw. 396 Fällen Kleider. In diesen Jahren, als die Einnahmen aus Mitgliederkreisen durch Abwanderung der Wohlhabenden weiter abnahmen, wurde der Verband vom *Joint Distribution Committee,* vom Zentralausschuß für Hilfe und Aufbau und von der Jüdischen Gemeinde Berlin subventioniert und erhielt außerdem von Juli 1934 bis März 1935 eine Subvention des *Central British Fund.*[90]

Der Verband der Ostjuden hatte sich in den ersten Jahren seines Bestehens hauptsächlich der Hilfe für die aus Osteuropa neuankommenden Flüchtlinge gewidmet, später rückte die Tätigkeit für die ansässigen Ostjuden, besonders die Mittelstandsarbeit, in den Vordergrund. Insbesondere widmete sich der Verband Ende der zwanziger Jahre aber der ostjüdischen Identitätspflege im Rahmen einer jüdisch-nationalen Orientierung sowie der Vertretung der Ostjuden innerhalb der jüdischen Gemeinde. Er wurde mehrfach reorganisiert, und die größte, die Berliner Organisation, spaltete sich 1931 in zwei Dachverbände. In den nächsten Jahren zerfiel der Verband offenbar weiter. Aus den Reorganisationsbestrebungen 1935, die auf dem Hintergrund der Auflösungs- bzw. Konzentrationsbewegung jüdischer Vereine überhaupt und unter der Kontrolle und dem Einfluß der Gestapo erfolgten,[91] ging der neue Verband der polnischen Juden hervor. Bei seiner ersten öffentlichen Kundgebung im November 1936 waren 1000 Personen anwesend.[92] Ähnliche Umbenennungen der alten Ortsgruppen des Reichsverbandes ostjüdischer Organisationen erfolgten dann in verschiedenen Städten um die Jahreswende 1935/1936.[93]

---

[89] *Arbeitsbericht,* 1933, S. 18. Siehe außerdem: Central British Fund an Zentralausschuß 28. Dezember 1933: CZA A 140/115.

[90] *Arbeitsbericht,* 1. Juli–31. Dezember 1934, S. 29; *Arbeitsbericht,* 1935, S. 63.

[91] Siehe dazu Zentralverband ostjüdischer Organisationen Berlins e.V.: An die uns angeschlossenen Vereine und Organisationen 19. Juni 1935. – Vgl. die Akten im Staatsarchiv Hamburg, die nun vervielfältigt sind in *Ostjüdische Vereinigung Groß-Hamburg 1930–1938/40.* Vorgelegt als Dokumentationsmanuskript von Arie Goral, Hamburg o. J. [1985]. (Ostjuden auf Wanderschaft – Transit Hamburg 1885–1938. Bd. 3). Dort S. 21: Verband polnischer Juden e.V. an Geschäftsstelle des Amtsgerichts Hamburg 18. März 1936 („die auf Veranlassung der Staatspolizei vorgenommenen Statutenänderungen").

[92] *Jüdische Rundschau,* XXXX (26. November 1935), S. 12. Siehe auch Verband polnischer Juden an A. Klee 29. Oktober 1935: CZA A 142/90/3 b II.

[93] *Jüdische Rundschau,* XXXIX (10. Januar 1934), S. 14 (Köln) und XXXXI (31. Januar 1936), S. 24 (Düsseldorf).

Im Februar 1936 fand die erste Reichskonferenz der polnischen Juden statt, die zur Gründung eines Reichsverbandes führte. Sein Zweck war, die polnischen Juden in Deutschland „aus dem Zustand der Zersplitterung, der Isoliertheit und einer geistigen Vereinsamung herauszuführen". Auch sollte das Verhältnis zu den bestehenden deutsch-jüdischen Körperschaften geklärt werden, wobei die polnischen Juden als „pares inter pares" behandelt werden sollten, was nur heißen kann, daß sie sich noch immer zurückgesetzt fühlten. Der Verband betonte – wohl aus taktischen Gründen – die freundschaftlichen Beziehungen zum polnischen Staat, dessen Konsulatsvertreter hier wie auch bei den Reorganisationsveranstaltungen in einzelnen Städten immer anwesend waren, zählte aber auch die Interessenvertretung seiner Mitglieder gegenüber dem polnischen Staat zu seinen Aufgaben.[94] An der Reichskonferenz nahmen 50 Delegierte als Vertreter von 35 Einzelorganisationen und Gruppen teil. Über den „Namen und Inhalt des Reichsverbands" gab es zunächst „größere Meinungsverschiedenheiten", über die jedoch nichts Genaueres bekannt ist. Das Programm war ähnlich wie in der Weimarer Zeit und umfaßte neben den schon zitierten Forderungen die Erhaltung der jüdischen Eigenart, enge Kooperation mit der Zionistischen Vereinigung zum Aufbau Palästinas und Kulturarbeit in Deutschland. Neu war darin die – vielleicht nicht ganz freiwillige – Pflege der *polnischen* Kultur.[95]

Im Lauf des Jahres 1936 wurden in verschiedenen Städten des Reichs Ortsgruppen gegründet, auch in solchen, in denen vorher keine Ortsgruppe des Reichsverbands ostjüdischer Organisationen bestanden hatte.[96] Über deren Tätigkeit ist nichts Genaueres bekannt. In Berlin scheint die Haupttätigkeit des Verbandes – neben gelegentlichen Vorträgen, etwa zu Rechtsfragen oder Verbandsangelegenheiten, kulturellen Veranstaltungen und gelegentlichen Gesellschaftsabenden[97] – im Rechtsschutz bestanden zu haben. Im Frühjahr 1936 wurden dort täglich ca. 25 Personen beraten und hauptsächlich gegenüber den polnischen Behörden vertreten. Andererseits ließ sich das polnische Konsulat den Schutz des Verbandes angelegen sein und trat auch in den ihm vom Verband vorgetragenen Angelegenheiten an die deutschen Behörden heran. Es legte aber Wert auf einen besonderen Zusammenschluß der polnischen Juden. Auf seine Veranlassung mußte der Verband die Staatenlosen zum Ausscheiden zwingen,

---

[94] Aus der Ankündigung in *Gemeindeblatt Berlin*, 26. Januar 1936, S. 4. Vgl. auch *Jüdische Rundschau*, XXXXI (21. Januar 1936), S. 12 und später den Aufruf des Verbands an die polnischen Juden in Deutschland in *Jüdische Rundschau*, XXXXI (3. März 1936), S. 6.

[95] Berichte über die Konferenz in *Informationsblätter*, 4 (1936), S. 7; *Gemeindeblatt Berlin* (16. Februar 1936), S. 7; *Jüdische Rundschau*, XXXXI (14.Februar 1936), S. 4 (Zitat).

[96] Siehe z. B. Jüdische Rundschau, XXXXI (26. Mai 1936), S. 26 (Hindenburg; Gleiwitz); (19. Juni 1936), S. 18 (Stettin).

[97] Siehe die Ankündigung in *Jüdische Rundschau*, XXXXI (28. April 1936), S. 14 (Perez-Abend); (1. Mai 1936), S. 15 und XXXXII (12. März 1937), S. 16 (Vorträge); (12. Februar 1937), S. 17 und (26. November 1937), S. 14 (Gesellschaftsabende). Der Berliner Verband hatte seinen Sitz zunächst in der Linienstraße, also im Scheunenviertel, zog dann im Frühjahr 1936 in den Berliner Westen, in die Nähe des polnischen Konsulats, mußte aber dann wieder zusätzliche Sprechstunden im Zentrum einführen und schuf schließlich zur Zusammenfassung seiner Mitglieder im Hansaviertel eine besondere Bezirksgruppe. *Jüdische Rundschau*, XXXXI (28. April 1936), S. 14; (21. August 1936), S. 16; (25. September 1936), S. 17.

wodurch er in Berlin ca. 250 der 850 Mitglieder verlor, und zwar die zahlungskräftigsten. Aus der Gegenüberstellung von monatlichem Etat (überwiegend für das Büro, ein geringer Teil auch für Veranstaltungen) und den Einnahmen ergibt sich, daß der zweite Aufgabenbereich, die soziale Fürsorge, praktisch vom Verband wohl nicht ausgeübt werden konnte, doch traten hier wohl die weiterhin existierenden Wohltätigkeitsvereine ein. Der Verband erbat von der Jüdischen Gemeinde Berlin, die ja vom Ausland, darunter auch dem Verband polnischer Juden in den USA, unterstützt wurde, eine monatliche Subvention von 1000 Reichsmark,[98] erhielt aber für 1936 nichts, für 1937 insgesamt 3600 Mark.[99]

Vertreter der polnischen Juden in Deutschland nahmen auch an den beiden Weltkonferenzen des polnischen Judentums teil, 1935 in London, wo der Weltverband gegründet wurde, den ursprünglich der Verband ostjüdischer Organisationen in Deutschland angeregt hatte, und 1937 in Brüssel. Bei letzterer war allerdings der deutsche Verband nur inoffiziell vertreten. Bei beiden Konferenzen versuchten die Vertreter des polnischen Judentums in Deutschland, den Weltverband zu Vorbereitungen für den Fall der Verschlechterung der Position der polnischen Juden in Deutschland und ihre dann nötige Auswanderung anzuregen.[100] Der Verband polnischer Juden wurde von der Gestapo erst im September 1939 verboten.[101] Möglicherweise hängt dieses – im Vergleich mit

[98] Verband polnischer Juden e. V. an Vorstand der Jüdischen Gemeinde Berlin 20. April 1936: CZA A 142/90/3 b I.

[99] Jüdische Gemeinde Berlin: Etat 1937, S. 200: CZA A 142/87/13. Die Daten für 1938 sind nicht bekannt, da der Posten in den Etat „Organis. der Juden in Deutschland" übertragen wurde (Haupt-Etat 1938, S. 49: CZA A 142/87/14).

[100] Zur Konferenz 1935: *Jüdische Rundschau,* XXXX (23. August 1935), S. 16; (10. September 1935) S. 6; (13. September 1935), S. 2; (20. September 1935), S. 2. Zu der von Deutschland ausgehenden Anregung siehe außer dem letzten Beleg auch *Jüdische Welt,* 16. Oktober 1930, S. 1 und 16. Dezember 1930, S. 2. Konferenz 1937: *Jüdische Rundschau* XXXXII (31. August 1937), S. 2; zu dem im Text Angeführten aber vor allem: Die zweite Weltkonferenz der polnischen Juden im Ausland: Yad Vashem Archives 08/71.

[101] Siehe dazu das von Shaul Esh mit Moshe Ortner aufgenommene Interview in *Institute of Contemporary Jewry/Oral History Division* 26/1, Teil 2, besonders S. 8f., 12, 15. Ortner behauptet, die Reichsvereinigung habe sich geweigert, für die polnischen Juden einzutreten und habe außerdem bei Kriegsausbruch und dann erneut nach der Verhaftung der polnischen Juden am 13. September die Selbstauflösung des Verbandes gefordert, während die Gestapostelle, mit der der Verband in ständiger Verbindung stand, die Notwendigkeit des Weiterbestehens eingesehen habe. Daß die Schließung schließlich auf Anregung der Reichsvereinigung bei einer höheren Gestapostelle zurückging, schien den Verbandsmitgliedern 1939 klar. Sicher ist aber, daß sich die Reichsvertretung der Juden in Deutschland noch im Juni 1939 um die Ausweisung von polnischen Juden kümmerte. Eine Unterredung mit der zuständigen Zentralbehörde ergab dabei, daß bei den örtlichen Behörden Anträge auf Fristverlängerung und in besonderen Fällen auf Aussetzung der Ausweisung gestellt werden konnten. Siehe dazu: Reichsvertretung der Juden in Deutschland: An die Jüdischen Gemeinden 16. Juni 1939 und 20. Juni 1939. Der Vorstand der Reichsvertretung erklärte sich am 18. September damit einverstanden, „die restlichen Verbindlichkeiten des ‚Verbands Polnischer Juden'" gemeinsam mit der Jüdischen Gemeinde Berlin abzudecken (Protokoll über die Sitzung des Vorstands der Reichsvereinigung . . . 18. September 1939). Alle Dokumente: *Dokumente zur Geschichte der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland 1938/39–1943.* Hrsg. Otto Dov Kulka/Esriel Hildesheimer (in Vorbereitung). – Auch der erst jetzt in CAHJP aufgefundene umfangreiche Aktenbestand von „Daljewcib", einer Organisation, die die Unterbringung von Flüchtlingen aus Osteuropa und Deutschland im Fernen Osten organisierte, enthält zahlreiche Schreiben der Reichsvereinigung an diese Stelle aus den Jahren 1939–1941, die darauf schließen lassen, daß sich die Reichsvereinigung auch weiterhin um die

dem Verband russischer Juden – späte Verbot damit zusammen, daß letzterem vor allem staatenlose Juden angehörten, dagegen gegenüber dem Verband polnischer Juden, gerade auch wegen seiner Unterstützung durch die polnischen Auslandsvertretungen, aus außenpolitischen Gründen Rücksicht angebracht war.

Die skizzierte Selbsthilfetätigkeit der Ostjuden war zunächst und vor allem eine Fortführung der aus der Weimarer Zeit bestehenden Tradition. Die Selbsthilfe beruhte zum einen sicher auf der Tatsache, daß sich viele Betroffene leichter an ihre Landsleute wandten als an deutsch-jüdische Stellen, und daß zudem die Verbände seit langem eingearbeitete Spezialisten, insbesondere für die Vertretung der Rechtsangelegenheiten der Ausländer in Deutschland und in ihrer Heimat, hatten. Darüber hinaus aber ist sie auch eine Form der Selbstbehauptung und Selbstachtung. Die Ostjuden wollten, wie ihr Verband in der Gründungszeit postuliert hatte, nicht mehr „Objekt" philanthropischer Mildtätigkeit sein, sondern in den sie betreffenden Angelegenheiten Subjekt werden – oder, wie es anläßlich der Ankündigung zur ersten Reichskonferenz der polnischen Juden 1936 hieß: Sie wollten „nicht nur als Nehmende, sondern auch als *Gebende*", als Gleichberechtigte im jüdischen Leben, gelten.[102]

English Summary

The legal position of Jewish aliens in Nazi Germany was in no way unequivocably more favourable or less favourable than that of German Jews. As foreign nationals they were subject to restrictions that did not apply to German citizens. Most precarious of all was the situation of stateless persons, the number of whom increased dramatically as a consequence of Nazi measures abrogating naturalisations processed during the Weimar period. On the other hand, they were sometimes shielded from the worst effects of Nazi Jewish policy by the intervention of their home governments, although the expulsion in November 1938 of Jews who had previously been stripped of their citizenship by the Polish Government demonstrated once and for all the limits such protection afforded.

Despite the continued growth of their own self-help organisations, East European Jews were fully integrated into the Jewish social welfare system of Germany. Their disproportionately high rate of involvement in its programmes as well as their participation in emigration and retraining schemes was a reflection of their increasing impoverishment as a consequence of Nazi policy.

Auswanderung von Ostjuden aus Deutschland bemühte. (Mitteilung von Dr. Esriel Hildesheimer, 22. Dezember 1985).

[102] Aufruf: *Jüdische Rundschau*, XXIV (9. Mai 1919), S. 256. Vgl. auch *Israelitisches Familienblatt*, XXI (27. Mai 1920), S. 3.,1936: *Gemeindeblatt Berlin*, 26. Januar 1936, S. 4.

Werner T. Angress

Jüdische Jugend zwischen nationalsozialistischer Verfolgung und jüdischer Wiedergeburt

Obwohl man es am 30. Januar 1933 keineswegs ahnen konnte, bedeutete dieses Datum für Deutschlands jüdische Bürger den Anfang des Auflösungsprozesses einer wechselvollen, und seit Beginn des neunzehnten Jahrhunderts immer enger werdenden deutsch-jüdischen Symbiose. Diese Entwicklung, die zur Vertreibung und schließlich Vernichtung führte, ist zumindest in ihren großen Zügen bekannt und kann hier nicht einmal in ihren Grundzügen behandelt werden. Der Vortrag beschränkt sich statt dessen auf einen besonderen Teilaspekt dieses Auflösungsprozesses, nämlich auf die Lage der jüdischen Jugend während der nationalsozialistischen Zeit.

Um welche Altersgruppen handelt es sich bei dem Terminus „Jugend"? Gemeint sind vor allem die zwischen 1915 und 1925 Geborenen, die also damals schon alt genug waren, um die nationalsozialistische „Machtergreifung" und ihre Folgen bewußt mitzuerleben. Zahlenmäßig ergibt sich dabei annähernd folgende Übersicht: nach der Volkszählung vom Juni 1933 gab es in Deutschland noch 499682 Glaubensjuden. 1937 waren es noch ca. 350000 und Ende 1938 nur noch 297000. 1933 schätzte die Reichsvertretung der deutschen Juden die Zahl der schulpflichtigen jüdischen Kinder, also der Jahrgänge 1919 bis 1927, auf ca. 60000. Diese Zahl schließt aber weder die Kinder ein, die eine höhere Schule besuchten – die Schul*pflicht* endete mit 14 Jahren –, noch diejenigen, die im April 1933 ihre Schulbildung abgeschlossen hatten und als Lehrlinge in kaufmännische oder andere Betriebe eingetreten waren. Insgesamt belief sich im Juni 1933 die Zahl jüdischer Jugendlicher im Alter von 6 bis 25 Jahren auf 116961[1]. Diese Zahl wurde von Jahr zu Jahr kleiner, so daß es im Januar 1938 in den gleichen Jahrgängen nur noch 67200 gab[2]. Diese Angaben sollen nur einen ungefähren Überblick über die Größe der Gruppe vermitteln, mit der sich dieser Vortrag beschäftigt.

Bevor wir uns nun einigen – aus zeitlichen Gründen leider nur ein paar der wesentlichsten – Aspekten unseres Themas zuwenden, soll vorangestellt werden, daß es bis Ende 1938 eine klar formulierte, einheitlich durchgeführte „Judenpolitik" seitens des nationalsozialistischen Regimes nicht gab. Die Ausschaltung der Juden aus allen Bereichen des Staates, der Wirtschaft und der

---

[1] *Arbeitsbericht der Reichsvertretung der Juden in Deutschland für das Jahr 1937*, S. 4–5; *ibid.*, 1938, S. 48.

[2] S. Adler-Rudel, *Jüdische Selbsthilfe unter dem Naziregime 1933–1939 im Spiegel der Berichte der Reichsvertretung der Juden in Deutschland*, Tübingen 1974 (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 29), S. 209, 217–219. Vgl. auch Werner T. Angress, *Generation zwischen Furcht und Hoffnung. Jüdische Jugend im Dritten Reich*, Hamburg 1985, S. 15, 43, 166 und *passim*.

Gesellschaft zeigte keineswegs eine gradlinige Entwicklung, sondern war unsystematisch, selektiv, willkürlich.[3] Die naive Vorstellung, der man heute vielfach begegnet, daß nämlich – etwas übertrieben formuliert – die Schornsteine von Auschwitz und Treblinka schon im Frühjahr 1933 geraucht hätten, entspricht nicht den Tatsachen. Aber obwohl sich die „Lösung der Judenfrage" im NS-Staat allmählich und sprunghaft anbahnte und deshalb unter den Juden oft falsche Hoffnungen erweckte, wurde gerade die junge jüdische Generation von der 1933 erfolgten politischen Umwälzung besonders schwerwiegend getroffen.

Eine der ersten gesetzlichen Maßnahmen des NS-Regimes betraf speziell die jüdischen Schulkinder. Es handelt sich um das vom Reichsministerium des Innern am 25. April 1933 erlassene ‚Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen'. Demzufolge, wie eine am selben Tage erlassene Verordnung desselben Ministeriums festlegte, durfte der Prozentsatz „nichtarischer" Schüler bei Neuaufnahmen 1,5%, im Falle der Herabsetzung der Schülerzahl bei Überfüllung, den Höchstanteil von 5% nicht überschreiten.[4] Dieser *numerus clausus*, von dem Kinder von Frontkämpfern und (jüdischen) Ausländern zunächst einmal ausgenommen blieben, erwies sich als weniger wirksam, „judenreine" Schulen zu schaffen, als die nach Januar 1933 in vielen deutschen Lehranstalten vorherrschende antisemitische Atmosphäre. Denn was im Frühjahr 1933 einsetzte, allerdings nicht gleichförmig, sondern vielfach unterschiedlich, war die Isolierung, die Entfremdung der deutschen Juden von ihrer Umwelt, die die Jugendlichen unter ihnen besonders hart traf. Viele von ihnen empfanden jeden Schultag als eine schwere seelische Belastung. Nicht nur, daß der Unterrichtsstoff rapide nationalsozialistisch gefärbt wurde, einschließlich der sogenannten Rassenkunde und der ständigen Hinweise auf das „Artfremde" der „rassisch minderwertigen" „nichtarischen" Menschen, sondern es zogen sich auch in leider wohl den meisten Fällen „arische" Freunde und Freundinnen von ihren jüdischen Mitschülern zurück. Bei manchen geschah das wahrscheinlich nur unter dem Zwang der Situation, während es bei anderen die natürliche Folge der antisemitischen Verhetzung war, der sie durch die Schule, das Elternhaus und vor allem durch ihre Formationen – Jungvolk, Hitlerjugend, Bund deutscher Mädchen – ausgesetzt waren. Häufig waren es aber nicht nur Isolierung und Entfremdung, die für jüdische Kinder damals das Leben an deutschen Schulen von Jahr zu Jahr trostloser gestalteten. Vielfach – die Hochschulen eingeschlossen – führte die Verhetzung auch zu Hänseleien, Beschimpfungen, Verhöhnungen und, sofern Rektor und Lehrkörper da keine Riegel vorschoben, auch zu tätlichen Angriffen. Zusätzlich häuften sich Anordnungen der Schulbehörden, denenzufolge jüdische Kinder in deutschen Schulen an Klassenausflügen nicht mehr teilnehmen durften, keine

---

[3] Dazu vor allem Uwe Dietrich Adam, *Judenpolitik im Dritten Reich*, Düsseldorf 1972.

[4] Joseph Walk, ‚Jüdische Schüler an deutschen Schulen in Nazideutschland', in *Bulletin des Leo Baeck Instituts*, 19, Nr. 55/56 (1980), S. 101 ff. Siehe auch *idem* (Hrsg.), *Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinen – Inhalt und Bedeutung*, Heidelberg–Karlsruhe 1981, S. 17–18, Nr. 77, 78.

Schullandheime besuchen konnten, zum Klassenschwimmen nicht mehr zugelassen wurden.[5] Somit kam zu Isolierung, Entfremdung, Erniedrigung auch noch die fortschreitende Einengung des täglichen Lebens hinzu, die für Jugendliche, zumal wenn sie im Pubertätsalter steckten, damals noch schwerer zu ertragen war als für die Erwachsenen. Allerdings muß hinzugefügt werden, daß es auch örtliche Unterschiede – Lichtblicke sozusagen – gab, besonders im Anfangsstadium des Dritten Reiches.[6] Vor allem in den Großstädten gab es gelegentlich Lehrer und Schulleiter, die jüdische Kinder vor antisemitischen Ausschreitungen schützten und innerhalb ihrer Anstalten Nazirabaukentum nicht duldeten. In Ausnahmefällen gab es das auch auf den Dörfern und in Kleinstädten. Aber die allgemeine Lage war in den Schulen überwiegend bedrückend. So geschah es, daß allmählich immer mehr jüdische Eltern beschlossen – vor allem der Kinder wegen – ihre Heimatorte zu verlassen und in eine der Großstädte zu übersiedeln, wo das Leben anonymer war, und es daher einfacher war, unbehelligt von antisemitisch verhetzten Nachbarn zu leben; wo es auch noch größere Gemeinden gab, denen man sich anschließen konnte, und wo vor allem die Schullage generell günstiger war als in kleinen Städten und auf dem Lande. Das Wort „günstig" muß jedoch in diesem Zusammenhang als ein sehr relativer Begriff gewertet werden. Zusehends zeigte sich nämlich, daß die psychische Belastung, der jüdische Kinder auf fast allen deutschen Schulen täglich ausgesetzt waren, sich auf ihre Entwicklung nachteilig auswirkte. Als „Fremdkörper" höchstens geduldet, abgesondert vom Kreis der ehemaligen „arischen" Gefährten, häufig den Erniedrigungen und Beleidigungen der Mitschüler und Lehrer hilflos ausgeliefert – das war das Los eines Großteils der jüdischen Schüler. So ist es begreiflich, daß viele von ihnen unter psychischen Störungen litten, daß, wie es 1934 ein Bericht der Reichsvertretung der Juden in Deutschland vorsichtig formulierte, „jüdische Kinder und Jugendliche, die in nichtjüdischen Anstalten untergebracht sind, Schaden an ihrer Entwicklung leiden".[7] Wie das im Einzelfall aussah, geht klar aus den Erinnerungen des 1918 in Frankfurt a. Main geborenen Valentin Senger hervor, der beschreibt, wie einer seiner Lehrer im Unterricht Haßtiraden gegen Juden hielt:

„Und ich saß stumm dabei, mußte mir die angeblichen Frevel meiner Leute anhören – und das alles in der salbungsvollen Stimme meines Gesanglehrers... Wie ich dieses Schweigen, dieses Immer-nur-dulden, dieses Nichtaufbegehren verfluche! Mein ganzes Leben war davon geprägt. Noch heute entschuldige ich mich zwanzigmal am Tage für alles und nichts... All meine Verlegenheit, Unsicherheit, Unscheinbarkeit, die mir anerzogen wurden, damit die Familie überleben konnte, liegen in dem Sich-entschuldigen."[8]

---

[5] Walk, ‚Jüdische Schüler', *loc. cit.*, S. 106; *idem, Sonderrecht, op. cit.*, S. 123, Nr. 612.

[6] Walk, ‚Jüdische Schüler', *loc. cit.*, S. 104–105; Inge Deutschkron, *Ich trug den gelben Stern*, Köln 1980, S. 23 ff.; Joel König (d. i. Esra Feinberg), *David. Aufzeichnungen eines Überlebenden*. Frankfurt a. Main 1979, S. 41–42.

[7] *Arbeitsbericht des Zentralausschusses der deutschen Juden für Hilfe und Aufbau*, Reichsvertretung der Juden in Deutschland (hiernach: *AdZ*), 1. Juli bis 30. Dezember 1934, S. 24.

[8] *Kaiserhofstraße 12. Darmstadt*, Neuwied 1980, S. 83.

Unter dem Zwang dieser Entwicklung war es für die Reichsvertretung und die einzelnen Gemeinden naheliegend, jüdische Schulen zu gründen, um damit dem wachsenden Druck zu begegnen, dem die junge Generation ausgesetzt war. Einige wenige jüdische Schulen hatte es schon vor 1933 gegeben, insbesondere für die Kinder der um die Jahrhundertwende und dann infolge des Ersten Weltkrieges nach Deutschland eingewanderten sogenannten Ostjuden aus Rußland und Polen. Diesen „Judenschulen" hatten die eingesessenen deutschen Juden, ausgenommen die orthodoxe und zionistische Minderheit unter ihnen, zumeist ablehnend gegenübergestanden. Auf Grund der Entwicklung nach 1933 änderte sich jedoch diese Einstellung. Unter dem Druck des anschwellenden Antisemitismus, speziell an den staatlichen Schulen, wurden vor allem in den großen und mittelgroßen Städten Lehranstalten für jüdische Jugendliche geschaffen. Diese standen zwar offiziell unter staatlicher Aufsicht, konnten aber im allgemeinen unbehindert von den nationalsozialistischen Behörden arbeiten.[9] Diese hastig gegründeten Schulen waren für die Mehrzahl ihrer Schüler eine annehmbare Alternative zu den staatlichen Schulen mit ihrer für jüdische Kinder immer unerträglicher werdenden Atmosphäre. In den zumindest bis Ende 1938 „sicheren" jüdischen Schulen fanden sie eine Lernumgebung, in der sie sich unberührt vom Haß der nationalsozialistischen Außenwelt frei entfalten konnten. Außerdem boten diese Schulen vielen jüdischen Lehrern, die infolge des Beamtengesetzes vom April 1933 als „Nichtarier" aus den staatlichen Anstalten ausscheiden mußten, eine Fortsetzung ihrer Lehrtätigkeit.

Nun waren die jüdischen Schulen keineswegs problemlos. Oft litten sie unter räumlicher Enge. Lehrpläne mußten zumeist erst einmal entwickelt werden, wobei es hierbei gelegentlich zu Spannungen zwischen orthodoxen und liberalen, zionistischen und nichtzionistischen Positionen kam. Schließlich fehlte die Kontinuität der staatlichen Schulen, da – vor allem nach Erlaß der Nürnberger Gesetze im September 1935 – sowohl viele Schüler wie Lehrer auswanderten, gleichzeitig aber immer wieder neue Schüler von den staatlichen Schulen auf die jüdischen überwechselten. Alles das brachte Unruhe und oft Belastung, wurde aber durch die Tatsache, daß man „unter sich" blieb und nicht mehr dem täglichen Druck einer feindseligen Umgebung im Klassenzimmer ausgesetzt war, wieder ausgeglichen.[10] Wie man sich denken kann, wurde die Gründung jüdischer Schulen unterschiedlich bewertet. Verständlicherweise wurden sie von Zionisten und Orthodoxen allgemein begrüßt, da sich beide Gruppen für ihre eigenen Belange viel versprachen. Erstere hofften, daß auf Schulen, die den Schwerpunkt auf die Lehre jüdischer Tradition legten, der nationaljüdische Gedanke dabei gestärkt würde. Auf orthodoxer Seite erwartete man wiederum

---

[9] Hans Gaertner [Jochanan Ginat], 'Problems of Jewish Schools in Germany during the Hitler Regime (With special reference to the Theodor Herzl Schule in Berlin)', in *Year Book I of the Leo Baeck Institute*, London 1956, S. 131–132. Obwohl sich der Verfasser speziell zur Theodor Herzl Schule äußert, lassen seine Ausführungen durchblicken, daß dieser "benign neglect" kein Ausnahmefall war. Siehe dazu auch Fritz Friedlander, 'Trials and Tribulations of Jewish Education in Nazi Germany', in *Year Book III of the Leo Baeck Institute*, London 1958, S. 190.

[10] Gaertner, *loc. cit.*, S. 126–130; Friedlander, *loc. cit.*, S. 187–201, bes. S. 198 ff.

die Stärkung der eigenen religiösen Stellung. Beide Gruppen waren aber 1933 noch verhältnismäßig kleine Minderheiten innerhalb des überwiegend assimilierten, in religiösen Fragen weitgehend „liberalen" deutschen Judentums. So kam es, daß viele Eltern aus eben diesen assimilierten Kreisen zumindest anfangs dem Gedanken, ihre Kinder in ein „Lernghetto" umzuschulen, ablehnend gegenüberstanden, wobei so manche von ihnen noch die Vorstellung von der verpönten „Judenschule" hatten. Vielfach setzten aber ihre Kinder schließlich die Umschulung doch durch, um so der Atmosphäre dauernder Demütigungen in den staatlichen Schulen zu entgehen.[11] Andererseits gab es aber auch Kinder, die das Glück hatten, in einer relativ toleranten staatlichen Schule zu sein und sich der von voraussehenden Eltern erzwungenen Umschulung in ein ihnen fremdes Milieu nur nach längeren Widerständen beugten. Ausschlaggebend blieb aber letztlich die sich immer klarer herauskristallisierende Zielsetzung des Regimes, die deutschen Schulen „judenrein" zu machen. Zur Anschauung kurz ein paar Zahlen. Im Dezember 1933 gingen von ca. 60000 schulpflichtigen Jugendlichen nur etwa 15000 auf jüdische Schulen. Ende 1937 (spätere Zahlen liegen nicht vor) waren es von ca. 39000 schulpflichtigen Kindern – man beachte die durch Auswanderung stark verminderte Gesamtzahl – 23670, also über 60%.[12] Schließlich wurden alle jüdischen Schüler auf Anordnung des Reichserziehungsministers vom 15. November 1938 mit sofortiger Wirkung aus den deutschen Schulen verwiesen.[13]

Bis zum Sommer 1942, als die letzten noch vorhandenen und nur noch einer kleinen Zahl jüdischer Kinder dienenden Schulen geschlossen wurden, da die der „Endlösung" überantworteten Jugendlichen ja sowieso keine Schulausbildung mehr benötigten, haben die jüdischen Schulen einer unter unsäglich schweren Bedingungen lebenden Generation junger Menschen nicht nur Wissen vermittelt – und zwar Wissen, das sowohl deutsche wie jüdische kulturelle Werte einschloß –, sondern haben vor allem dazu beigetragen, das Selbstbewußtsein und die unter den bestehenden Umständen oft arg angeschlagene Selbstachtung der Jugendlichen zu stärken.[14]

Nun dient eine Schulausbildung in normalen Zeiten dazu, Schüler und Schülerinnen auf einen Beruf vorzubereiten. Damit haperte es aber im Hinblick auf die jüdische Jugend zur NS-Zeit. Jahr für Jahr gingen Tausende von jungen Juden von den Schulen ab, fanden dann aber zusehends immer weniger berufliche Ausbildungsmöglichkeiten.[15] Gewiß, dank des Umstandes, daß ein Großteil der deutschen Juden in kaufmännischen Berufen tätig war und daß sie aus diesen – aus wirtschafts- und außenpolitischen Erwägungen des NS-Regimes heraus – grundsätzlich und wirksam erst ab Ende November 1938 ausgeschaltet wurden,

---

[11] Gaernter, *loc. cit.*, S. 127.

[12] *AdZ*, 1933, S. 26; *ibid.*, 1937, S. 54–55.

[13] Walk, *Sonderrecht, op. cit.*, S. 256, Nr. 17.

[14] Gaertner, *loc. cit.*, S. 140–141 und *passim*.

[15] Georg Josephthal, ‚Die Berufsfrage der jüdischen Jugend', in *Gemeinschaftsarbeit der jüdischen Jugend. Aus der Arbeit des Reichsausschusses der jüdischen Jugendverbände 1933–1936*, Berlin 1937, S. 40–41.

fanden sich von 1933 bis Ende 1938 immer noch kaufmännische Lehrstellen. Diese waren aber ungeeignet, junge Menschen auf die Einwanderung in ein fremdes Land vorzubereiten, ja ihnen diese überhaupt zu ermöglichen oder wenigstens zu erleichtern, da zur Zeit der weltweiten wirtschaftlichen Depression in Europa und Übersee mehr als genug Arbeitskräfte in diesem Bereich zur Verfügung standen. Da die meisten anderen Berufe Juden ebenfalls verschlossen waren, standen die meisten jüdischen Jungen und Mädchen bei Schulabschluß vor dem Nichts. „Unsere Jugend ist nicht arbeitslos, sie ist berufslos", schrieb damals ein jüdischer Lehrer, und er hatte recht.[16] Dieser Umstand war insofern so kritisch, weil ohne einen geeigneten Beruf die Auswanderungschancen der jungen Generation stark vermindert wurden. Daß aber für die jungen jüdischen Menschen ein Ausharren in Deutschland keinen Sinn mehr hatte, daß sie auswandern mußten, das wurde spätestens nach Verkündung der Nürnberger Gesetze im September 1935 allen führenden Köpfen des deutschen Judentums – und nicht nur den Zionisten unter ihnen – klar. Nun war aber ein solcher Schritt in den dreißiger Jahren nicht leicht, da kein Land mit Millionen von Arbeitslosen zusätzlich Menschen aufnehmen wollte und, wegen des weitverbreiteten Antisemitismus, insbesondere keine Juden. Angesichts dieser Schwierigkeiten bemühten sich die leitenden jüdischen Stellen, voran die Reichsvertretung, die Jugend teils durch Erstausbildung, teils durch fachliche Umschichtung Berufen zuzuführen, mit denen sie im Ausland, sei es in Palästina oder in Übersee, Aufnahme finden und ihren Lebensunterhalt bestreiten konnten. Bei diesen Bemühungen fand man vornehmlich bei den Bünden der jüdischen Jugendbewegung, der zionistischen wie der nichtzionistischen, volle und wirksame Unterstützung.

Leider kann hier auf die jüdische Jugendbewegung nur ganz kurz eingegangen werden.[17] Sie entstand ein paar Jahre vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs aus dem Bedürfnis heraus, jungen jüdischen Menschen, die in der deutschen Jugendbewegung oft nur geduldet, in vielen Fällen auch auf Grund von Satzungsänderungen ausgeschlossen wurden, eigene Organisationen zu schaffen, in denen sich jüdisches Gemeinschaftsgefühl und jüdisches Selbstbewußtsein entfalten konnten. Geistige Väter waren, unter anderen, Martin Buber und Ernst Simon, vornehmlich für die zionistisch orientierten Bünde wie den 1912 gegründeten Blau-Weiss Jüdischen Wanderbund und andere, kleinere Bünde. Nichtzionistisch war der 1916 gegründete Deutsch-Jüdische Wanderbund Kameraden. Allen gemeinsam war, daß sie fast alle Formen der nichtjüdischen, d. h. deutschen Jugendbewegung beibehielten – Lieder, Lagerfeuer, Kluften, Fahrten, Gemeinschaftsabende und eine oft romantisch anmutende Liebe zur Natur, zum Boden,

---

[16] Heinemann Stern, *Warum hassen sie uns eigentlich? Jüdisches Leben zwischen den Kriegen. Erinnerungen*, hrsg. und kommentiert von Hans Christian Meyer, Düsseldorf 1970, S. 194.

[17] Dazu immer noch wegweisend Hermann Meier-Cronemeyer, ‚Jüdische Jugendbewegung' in *Germania Judaica I*, 8. Jg., Neue Folge 27/28, Heft 1/2 (1969), S. 1–65; *ibid.*, II. 8. Jg., Neue Folge 29/30, Heft 3/4 (1969), S. 57–122. Vgl. auch Chaim Schatzker, 'Martin Buber's Influence on the Jewish Youth Movement in Germany', in *Year Book XXIII of the Leo Baeck Institute*, London 1978, S. 151–171, sowie die verschiedenen Beiträge in *Gemeinschaftsarbeit der jüdischen Jugend, op. cit.*

zum Bauerntum. Im Laufe der Nachkriegszeit entstand eine Reihe von neuen Organisationen – der Blau-Weiss löste sich auf, die Kameraden spalteten sich –, so daß 1933 die jüdische Jugendbewegung aus mehreren, zahlenmäßig noch verhältnismäßig kleinen zionistischen Bünden wie z. B. *Haschomer Hazair,* Werkleute, *Makkabi Hazair* und *Habonim* und zwei nichtzionistischen, dem Bund deutsch-jüdischer Jugend (später, bis zur Auflösung, Ring, Bund jüdischer Jugend) und dem Schwarzen Fähnlein, Jungenschaft sowie den orthodoxen *Agudas*-Verbänden bestand.[18] Nach 1933 wuchsen die zionistischen Bünde stark an – aus offensichtlichen Gründen –, während die nichtzionistischen zwar zahlenmäßig kaum Einbußen erlitten, 1934 bzw. 1936 sich aber entweder selber auflösten oder vom Regime aufgelöst wurden. Der Grund war, daß die Geheime Staatspolizei alle „assimilantischen" Verbände, ob Jugendliche oder Erwachsene, nicht länger duldete, da sie, wie man in der Prinz-Albrecht-Straße, Berlin, meinte, die Juden dazu ermutigten, in Deutschland auszuharren, anstatt alles zu tun, um auszuwandern. Da nun die Zionisten diesem Bestreben der Gestapo mit ihrer besonders für die Jugend energisch betriebenen *Alija* nach Palästina nachkamen, durften die zionistischen Organisationen einschließlich ihrer Jugendgruppen bis Ende 1938 weiterbestehen. In einigen Fällen führte das dazu, daß verschiedenen zionistischen Jugendgruppen 1935 gestattet wurde, zumindest in geschlossenen Räumen Uniform zu tragen und ihre Fahnen zu zeigen. Das war dem damals noch bestehenden Ring, Bund jüdischer Jugend wie auch den nichtzionistischen Sportverbänden – z. B. der Schildjugend des Reichsbunds jüdischer Frontsoldaten – schon lange verboten.[19] Wenn also 1936 und 1937 geschätzt wurde, daß etwa 50000 Jugendliche im Alter von zwölf bis fünfundzwanzig Jahren in jüdischen Jugendverbänden organisiert waren und daß diese Zahl ca. 60% der gesamten sich noch in Deutschland befindlichen jüdischen Jugendlichen ausmachte, so handelte es sich dabei um zionistische Jugend, deren Zahl sich seit 1933 mehr als verdoppelt hatte.[20]

Alle Bünde, ganz gleich, zu welcher Weltanschauung sie sich bekannten oder aus welchen gesellschaftlichen Schichten ihre Mitglieder stammten, verbanden einen aus der deutschen Jugendbewegung entlehnten romantisch-idealistischen Lebensstil mit einer bewußten Bejahung ihrer jüdischen Tradition. So schrieb ein damaliger Zeitgenosse 1937:

---

[18] Meier-Cronemeyer, *loc. cit.*, II, S. 96–112 und anon., *Gemeinschaftsarbeit der jüdischen Jugend, op. cit.*, S. 55–78.

[19] Dazu für Bayern Hans Mommsen, ‚Der nationalsozialistische Polizeistaat und die Judenverfolgung vor 1938. Dokumentation', in *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte,* 10. Jg. (1962), S. 68–87. Seither auch für weitere deutsche Länder, Walk, *Sonderrecht, op. cit.*, S. 102, Nr. 503; S. 103, Nr. 505, 507; S. 104, Nr. 510; S. 107, Nr. 525; S. 112, Nr. 552, 553; S. 117, Nr. 577. Siehe auch *Lagebericht der Stapostelle Magdeburg für März 1935,* BA Koblenz. R 58/1574, Nr. 579–580.

[20] Hilde Landenberger, ‚Die soziale Funktion der jüdischen Jugendbewegung', in *Jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik. Zeitschrift der Zentralwohlfahrtsstelle und der Abteilung Wirtschaftshilfe bei der Reichsvertretung der Juden in Deutschland,* Berlin (1936), 6. Jg. Neue Folge, S. 100 und *passim.* Vgl. auch anon., *Gemeinschaftsarbeit der jüdischen Jugend, op. cit.*, S. 56.

„Alle jüdischen Jugendbünde verbindet heute eine heroisch-entsagende Grundhaltung. Den Typ des Soldaten und den Typ des Chaluz (Pioniers) hat sich die jüdische Jugend zu Vorbildern für die Verwirklichung ihrer sittlich-ernsten Lebensführung genommen."[21]

Und er zitierte dann einen Ausspruch des ehemaligen Leiters des damals schon nicht mehr bestehenden Rings, Bund jüdischer Jugend, Heinz Kellermann:

„Wir wissen, daß auch die Auswanderung eine Bundesfrage geworden ist . . . – Wechsel des Landes bedeutet für uns nicht Wechsel der Gesinnung. Wir glauben und hoffen zuversichtlich, daß Menschen echter Prägung auch in fremder Umgebung weder sich noch ihre Vergangenheit verleugnen werden, sondern ihrer Wert- und Vorstellungswelt zugehörig bleiben, wenn sie sie jemals wahrhaft besessen haben . . . Es gilt hier in abgewandelter Form das Wort, das uns Buber einmal zugerufen hat: ‚Es kommt nicht darauf an, *daß* man bleibt und *daß* man geht, sondern *wie* man bleibt und *wie* man geht.'"[22]

Aber es kam auch darauf an, *wohin* man gehen wollte oder konnte. Kellermann kam nun aus den Reihen derjenigen, deren Ziel *nicht* Palästina war. Und bis zum bitteren Ende hing die Wahl der Zielländer, in die man gehen wollte, davon ab, ob die von den Bünden weitgehend geprägten landwirtschaftlichen und handwerklichen Ausbildungsstätten zionistische oder nichtzionistische Gründungen waren. Während das einzige größere nichtzionistische Auswandererlehrgut Groß-Breesen, dessen Lehrgangsteilnehmer von dort aus als ausgebildete Landwirte und Handwerker nach Übersee, aber nicht nach Palästina gehen wollten, noch vor Auflösung des Rings auf dessen Initiative hin gegründet worden war,[23] war es auf zionistischer Seite hauptsächlich der Weltverband des *Hechaluz*, der innerhalb Deutschlands wie auch in einigen angrenzenden Ländern sog. *Hachscharah*-Stellen aufbaute. Dort erhielten Jungen und Mädchen eine landwirtschaftliche, handwerkliche und hauswirtschaftliche Ausbildung, um sie für die Jugend*alija* nach Palästina vorzubereiten. Aber ob es nun Jugend*alija-Hachscharah*-Stellen waren, wie unter anderen auf den Gütern Winkel, Neuendorf und Steckelsdorf, oder Groß-Breesen in Schlesien, die Ausbildung der jungen Menschen und die damit verbundenen Probleme unterschieden sich kaum voneinander. So war es speziell in den ersten Jahren des Dritten Reiches sehr schwierig, jüdische Eltern bürgerlicher wie auch kleinbürgerlicher Herkunft davon zu überzeugen, daß ihren Kindern eine landwirtschaftliche oder handwerkliche Lehre mehr nützen würde als eine von den Eltern oft angestrebte kaufmännische oder, soweit überhaupt noch möglich, akademische Ausbildung. Mit kaum verhaltener Verbitterung schrieb ein zionistisches Mitglied der Reichsvertretung noch Anfang 1938:

„Im Laufe der letzten fünf Jahre ist es uns nicht gelungen, die Juden in Deutschland zu der Erkenntnis zu erziehen, daß die handarbeitenden Berufe keine Degradierung gegenüber dem kaufmännischen oder dem akademischen Beruf bedeuten. Die Lebensumstände der Eltern und ihr Berufsleben sind stärker als alle gedankliche Überzeugungsarbeit . . .

[21] Bruno Sommerfeld, ‚Die Sondersituation der jüdischen Jugendbewegung', in *Gemeinschaftsarbeit der jüdischen Jugend, op. cit.*, S. 20.

[22] *Ibid.*

[23] Josephthal, ‚Berufsfrage', *loc. cit.*, S. 44.

Von den primitivsten Formen der Bemitleidung der Kinder wegen ihrer den Eltern fernliegenden Berufswahl bis zu ständigen Versuchen, die Berufswahl der Kinder umzustoßen und mit unsachlichen Argumenten zu beeinflussen, zeigt sich hier eine der Schwierigkeiten, die unserem Übergangsprozeß notwendig zu eigen sind."[24]

Derselbe Autor hatte schon ein Jahr vorher auf ein anderes – mit dem eben erwähnten eng verbundenem – Problem hingewiesen, nämlich dem, daß sich für die Ausbildungsstätten viel mehr Jungen als Mädchen bewarben. Er schrieb:

„Ungefähr 70% der Mädchen, die von der Schule jährlich abgehen, entziehen sich der Arbeit der jüdischen Instanzen völlig . . . Die Eltern behalten ihre Kinder zu Hause, damit sie in der Hauswirtschaft helfen, oder verwenden sie sonst als billige Arbeitskräfte und vermitteln ihnen so keine geeignete berufliche Ausbildung. Sowohl die Jugend-Alija wie die Erstausbildung der chaluzischen Verbände und das Auswandererlehrgut Groß-Breesen leiden darunter, daß die Mädchen noch nicht ¼ der Belegschaft ausmachen . . ."[25]

Und im Juli 1936 hatte der Leiter Groß-Breesens, Curt Bondy, an eine für ihre Tochter interessierte Mutter geschrieben:

„Einem Außenstehenden wird es eigentümlich erscheinen, daß wir so viel Propaganda machen, um Mädchen hierherzubekommen, denn wir betonen doch immer wieder, daß wir zu viele Anmeldungen haben. Tatsächlich melden sich auch sehr viele Jungen, und wir haben schon über 400 ablehnen müssen; aber die Meldungen der Mädchen sind wirklich sehr spärlich . . ."[26]

Natürlich gab es auch noch andere Probleme – die Anpassung der jungen Menschen an die ungewohnte Arbeit, das Landleben, das Gemeinschaftsleben. In einzelnen Fällen gab es anfangs auch Ärger mit den örtlichen nationalsozialistischen Parteistellen, die in ihrem Verwaltungsbereich keine Juden haben wollten. Aber alle solche Schwierigkeiten verblaßten vor der Hoffnung der Jugendlichen, eine neue Heimat zu finden, sei es in *Erez Israel,* den Vereinigten Staaten oder sonstwo in der Welt. Im ganzen überwog eben ein positiver Geist. Der Idealismus der Jugendbünde übertrug sich auf die Ausbildungsstätten und erfaßte dort auch diejenigen, die nie einem der Bünde angehört hatten. Bis November 1938 weitgehend von der nationalsozialistischen Umwelt verschont, wurde die Mehrzahl dieser im ganzen Lande verstreuten Ausbildungsstätten zu schützenden Inseln in der braunen Flut.[27] Junge Menschen verschiedener Herkunft, verschiedenen Alters, verschiedener Schulausbildung wuchsen aus anfangs zusammengewürfelten Gruppen zu Gemeinschaften zusammen, stolz auf den Erfolg ihrer Arbeit und, speziell auf den *Hachscharah*-Stellen, stolz auf ihr Judentum, das viele von ihnen – wahrscheinlich sogar die meisten – in eben diesen Gemeinschaften erst wiederentdeckten und nun pflegten. Noch heute

[24] *Idem,* ‚Pädagogische und auswanderungspolitische Gesichtspunkte des jüdischen Berufsbildungswerks in Deutschland', in *Jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik,* Berlin, 8. Jg. Neue Folge, Heft 2 (Februar 1938), S. 3.

[25] Josephthal, ‚Berufsfrage', *loc. cit.,* S. 41.

[26] Rudolf Melitz (Hrsg.), *Das ist unser Weg. Junge Juden schildern Umschichtung und Hachscharah,* Berlin 1937, S. 81.

[27] König, *op. cit.,* S. 117; Angress, *op. cit.,* S. 39.

spürt man diesen Geist einer neuen Lebensbejahung, der einem aus den Zeitdokumenten entgegenschlägt. So schrieb damals ein *Chaluz* über seine Arbeit auf der *Hachscharah*-Stelle Niederschönhausen:

„Da werkt einer sinnig an einer Alijakiste. Hin und her geht der Körper mit dem Hobel. Ganz bei der Sache, und über die Sache hinaus schweifen doch die Gedanken. Alija! Davon träumen doch die meisten. Das ist ihr Ziel, dafür arbeiten sie. Blau-weiss! In dem Felde leuchtet ihr Stern."[28]

Und ein anderer schrieb aus einer ungenannten Ausbildungsstätte:

„Immer wieder, von einigen spontan angestimmt, klingen unsere Gesänge, die erzählen vom Werden eines neuen jüdischen Volkes, das verwurzelt ist im Geiste seiner Väter. Alles Jüdische, gleich aus welchen Motiven und auf welchen Gebieten es entstanden ist, versuchen wir unseren Menschen nahezubringen... Ganz aus dieser Stimmung heraus erklingen nochmals unsere Lieder... Befriedigt geht man nach solchen Abenden zu Bett – mit dem Bewußtsein, dem Judentum wieder einen Schritt nähergekommen zu sein."[29]

Schließlich schrieb ein Groß-Breesener Praktikant, Wastl Neumeier, im Juli 1936 wie folgt an einen Freund:

„Beim Hacken und Unkrautsammeln in den ersten Wochen mußte immer irgend jemand dahinter stehen, wenn etwas getan werden sollte. Den meisten war das Reden bei der Arbeit wichtiger als die Arbeit selbst; es wurde immer wieder nach der Uhr gefragt, wieviel man schaffte war gleichgültig. Da kam die Heuernte. Sie war ungewöhnlich groß, und wir hatten wochenlang viel und anstrengende Arbeit. Nun mußte jeder einzelne von sich aus alles hergeben, um damit fertig zu werden. Mit einem Schlage änderte sich das Bild. Jeder wußte, um was es ging... Und jeder merkte, daß es doch *unser* Heu, *unsere* Ernte war, um die wir uns mühten... Es ging nicht mehr nur nach dem Uhrzeiger. Jeder fühlte, daß der Feierabend noch einmal so schön war, wenn er wußte, das Heu ist geborgen. Ja... man mußte aufpassen, nicht daß zu wenig gearbeitet wurde, sondern daß nicht mancher zu viel tat und sich dabei übernahm."[30]

Keiner dieser Ausbildungsstätten war ein langes Bestehen vergönnt. Am 9./10. November 1938 brach die braune Flut über sie herein und beendete ihr Inseldasein. Der Novemberpogrom, euphemistisch „Kristallnacht" genannt, war der Anfang vom Ende, und nicht nur für die *Hachscharah*-Stellen, Groß-Breesen und die anderen Lehrgüter und deren Menschen. Wie vielen es dann noch zwischen diesem Novemberpogrom und dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs gelang, auszuwandern, beruht vornehmlich auf Schätzungen. Die Zahl derjenigen Jugendlichen, die entweder allein oder mit ihren Eltern während dieser Zeitspanne Deutschland noch verlassen konnten, wird auf ca. 4300 geschätzt. Die Gesamtzahl kann aber auch etwas höher liegen. Dagegen befanden sich am 31. Juli 1941, also zwei Monate bevor Himmlers Auswanderungsverbot für Juden verkündet wurde, noch ca. 26000 Jugendliche zwischen null und fünfundzwanzig Jahren im „Altreich".[31] Von ihnen hat fast keiner überlebt.

[28] Melitz, *op. cit.*, S. 14.
[29] *Ibid.*, S. 27–28.
[30] *Ibid.*, S. 68.
[31] Adler-Rudel, *Jüdische Selbsthilfe, op. cit.*, S. 219.

English Summary

While Hitler's appointment as chancellor led to the growing isolation, alienation and humiliation of German Jewry as a whole, its younger generation was particularly affected. As the regime restricted school attendance by Jews through a *numerus clausus,* and as mounting antisemitic incidents, frequently provoked by teachers and fellow pupils, made every school-day for most young Jews a painful experience, more and more of them transferred to hastily established Jewish schools.

After graduation, however, the great majority of this generation found no promising vocational or professional prospects. Training opportunities were needed, especially after the passage of the Nuremberg Laws when emigration became a necessity. It was above all the Jewish youth movement – Zionist and non-Zionist – which helped persuade the Jewish leadership, i. e. the *Reichsvertretung,* to create such facilities for this purpose.

Thus, a substantial number of young Jews received not only the requisite training but in the process acquired also a new feeling of pride in being Jewish. A sizeable segment of the young, unable to leave Germany in time, ultimately perished in the "Final Solution".

Hajo Bernett

Die jüdische Turn- und Sportbewegung als Ausdruck der Selbstfindung und Selbstbehauptung des deutschen Judentums

I. Geschichtliche Entwicklung

Die Entwicklung des jüdischen Sports in Deutschland ist von einer überwältigenden Folgerichtigkeit. Sie steht von vornherein im Zeichen der Selbstfindung und Selbstbehauptung gegenüber einer Umwelt, die offen oder potentiell antisemitisch gestimmt ist. Da die Haltung der jüdischen Sportler im Zeitraum existentieller Bedrohung von 1933 bis 1938 nur aus dieser Voraussetzung verständlich wird, muß die Vorgeschichte in Erinnerung gebracht werden.

Die national-jüdische Turnbewegung ist ein „Kind des Zionismus". Der I. Zionistenkongreß in Basel gibt den Anstoß zur Gründung des Turnvereins Bar Kochba in Berlin im Jahre 1898. Hier formuliert Max Nordau sein berühmtes Wort vom „Muskeljudentum" als Korrektiv des jüdischen Intellektualismus. Dieses provokative Reizwort soll das Großstadt-Judentum wachrütteln und mit dem Befund der Schwäche konfrontieren. Das Kardinalthema der 1900 gegründeten *Jüdischen Turnzeitung* ist das Faktum der physischen Degeneration in einem jahrhundertelangen Ghetto-Dasein. Diese Tatsache beschäftigt vor allem jüdische Mediziner: in harten Daten weisen sie nach, daß die Geburtenquote sinkt und die Mortalitätsquote steigt. Die Disposition für bestimmte Krankheiten ist unübersehbar. Nach Auffassung der Kritiker im eigenen Lager entspricht der physische Niedergang einer verbreiteten moralischen Schwäche. Die permanenten Warnungen kulminieren in Felix Theilhabers Streitschrift *Der Untergang der deutschen Juden* (1911). Der alarmierende Befund bestärkt die national-jüdischen Turner in ihrer Zielsetzung, einen Beitrag zur „Renaissance" des Judentums zu leisten. Ihre Rückbesinnung auf die Qualitäten des makkabäischen Menschentums mag anachronistisch wirken, sie ist jedoch der ernst gemeinte und angestrengte Versuch, aus dem Tal der Schwächen und Gebrechen zu einem neuen Gipfel gesunden Kraftbewußtseins vorzustoßen. Das maskulin geprägte Turnen erscheint als der geeignete Weg, weil das deutsche Turnen als nationale Bewegung Modellcharakter besitzt. Der nationale Gedanke beflügelt auch die Gründer der Jüdischen Turnerschaft von 1903, der sich zahlreiche Vereine in Deutschland, Österreich-Ungarn und in den Balkanländern anschließen. Daraus entwickelt sich 1921 der jüdische Turn- und Sportverband *Makkabi*, der sich entschiedener als sein Vorläufer zum politischen Zionismus bekennt. Mit seiner Ausweitung zum Weltverband wird der Gedanke der physisch-moralischen

Regeneration eine weltweite Antriebskraft. Gemeinsame Basis ist das Bewußtsein, verantwortlicher Erbe einer großen Geschichte zu sein. Turnen, Spiel und Sport sind Erziehungsmittel zur Selbstachtung und Selbstverwirklichung des jüdischen Menschen, der sein Judentum nicht der sozialen Assimilierung opfern will.

Die konkurrierende deutsch-jüdische Sportbewegung ist ein Kind des Ersten Weltkrieges, des sogenannten „Fronterlebnisses". Der 1919 gegründete Reichsbund jüdischer Frontsoldaten (RjF) ist ein Pendant zum Stahlhelm und dessen rechter politischer Position. In ihrem Bekenntnis zu Deutschland verfolgen die Sportler des Reichsbundes eine andere Zielrichtung als *Makkabi,* aber das Erziehungsideal ist durchaus vergleichbar. 1925 formiert sich aus diesen Anfängen der Sportbund Schild, dessen Name die Abwehrhaltung symbolisiert: den Schutz jüdischen Soldatentums, das sich im Weltkrieg bewährt hat, und die Bekämpfung antisemitischer Kräfte. Trotz seiner abweichenden weltanschaulichen Überzeugung demonstriert der Sportbund Schild den gleichen Stolz auf jüdische Abstammung und Überlieferung wie die Zionisten. Auch er stellt seine Arbeit in den Dienst der Gesundung des Judentums und der Pflege einer kraftbewußten Haltung. Bezeichnend dafür ist die Umbenennung seiner Verbandszeitschrift *Schild* in *Die Kraft* (1933). Dieser programmatische Begriff entspricht dem hebräischen „hakoah", den national-jüdische Vereine zum Namen gewählt haben. In beiden Lagern gilt die psycho-physische Kraft als Grundlage jüdischer Selbstfindung und Selbstbehauptung. Beide Bünde verstehen die Emanzipation des Judentums als Befreiung von Kraftlosigkeit und Schwäche, als Hinwendung zu neuem Selbstvertrauen.

II. Die Stellung der jüdischen Sportbewegung zum Nationalsozialismus

Die mitreißende Dynamik der nationalsozialistischen Revolution verbreitet bei republikmüden Bürgern die Illusion einer nationalen Erneuerung. Auch unpolitische und oppositionelle Kräfte geraten vorübergehend in den suggestiven Bann der pathetischen Aufbruchsstimmung. Sogar Persönlichkeiten von geistigem Format – es sei nur an Heidegger und Benn erinnert – vermögen sich der Mobilisierung nationaler Glaubenskräfte nicht zu entziehen. Trotz der erklärten Judenfeindschaft des Regimes und trotz des antijüdischen Boykotts vom 1. April schüren die nationaljüdischen Repräsentanten die Hoffnung auf Duldung und Anerkennung eines in sich erneuerten Judentums. Offenbar will man sich mit dem dekadenten Judentum, das die Nationalsozialisten verachten und hassen, nicht identifizieren. Der Jahrgang 1933 der *Jüdischen Rundschau* spiegelt diese Bewußtseinslage. Anläßlich des Todes von Stefan George, der von kongenialen Juden umgeben war, beruft man sich auf des Dichters „Botschaft vom neuen, stolzen, fordernden heroischen Menschentum", die dem „Geschlecht der

jungen Juden von 1933" Maßstäbe setzt.[1] In dem Willen, die Aufgaben der Gegenwart und der Zukunft kraftvoll zu meistern, appellieren die Autoren der *Jüdischen Rundschau* unentwegt an die Fähigkeit zur jüdischen Selbstbejahung und Selbstbestimmung. Die Bewahrung der Würde, der Ehre und des Stolzes ist das Gebot der Stunde. In dieser Haltung wähnt man ein „verhandlungsfähiger Partner" der neuen Machthaber zu sein.[2] Indem Leo Baeck, Vorsitzender des Deutschen Rabbiner-Verbandes und Vorstandsmitglied der Reichsvertretung der deutschen Juden, die „Erneuerung Deutschlands" begrüßt, erhofft er ein „aufrichtiges Verhältnis" zur Reichsregierung, die ja noch eine Koalitionsregierung ist und nur zur Hälfte aus Nationalsozialisten besteht.[3] Die nationaljüdisch Gesinnten halten an ihren Grundsätzen fest: am zionistischen Ideal und an der Ablehnung der Assimilation. Man begrüßt zwar die Möglichkeit, unter dem Druck der Verhältnisse die „Periode innerjüdischer Streitigkeiten" zum Abschluß zu bringen, widersteht jedoch dem Annäherungsversuch des assimilatorischen Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten.[4] In ihrer Zustimmung zur vermeintlichen nationalen Erneuerung geht die Reichsvertretung der deutschen Juden so weit, zur Reichstagswahl am 12. November aufzurufen und die „Volksabstimmung" zur nationalsozialistischen Außenpolitik zu unterstützen.[5]

Es kann also nicht überraschen, daß der nationaljüdische Sportbund *Makkabi* darum ringt, durch die nationalsozialistische Sportführung anerkannt zu werden. Man hofft auf einen gesicherten Standort im neuen Staat, indem man sich auf ideologische Übereinstimmung beruft: „Nur der Makkabi kann Garant der Einordnung des jüdischen Sports im neuen Deutschland sein", heißt es in einer Programmschrift, weil er die Assimilation ablehnt und die „rassischen Grundlagen des Sportes" vertritt.[6]

Während der Illusionismus der nationaljüdisch-zionistischen Organisationen durch die brutale politische Wirklichkeit bald gebrochen wird, kämpfen die Vertreter der deutsch-jüdischen Verbände um ihren Anspruch, vollwertige Bürger zu sein. Obgleich der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten den Antisemitismus der Nationalsozialisten bekämpft hat, sucht er 1933 die Stellung einer „loyalen Opposition" einzunehmen.[7] Hauptmann d. R. Leo Löwenstein, Vorsitzender des RjF und seines Sportbundes, erklärt in Eingaben an Hitler, daß der RjF seine ganze Kraft „für den nationalen Wiederaufbau Deutschlands" einsetzen werde. In einer Unterredung mit dem Chef der Reichskanzlei unterbreitet Löwenstein seine Pläne zur „wehrhaften Jugendertüchtigung".[8] Aber alle Anstrengungen sind vergeblich. Obgleich die ehemaligen jüdischen Frontsoldaten

[1] *Jüdische Rundschau*, XXXVIII, Nr. 102, (22. Dezember 1933).
[2] *Jüdische Rundschau*, XXXVIII, Nr. 37 (9. Mai 1933).
[3] *Jüdische Rundschau*, XXXVIII, Nr. 27, (4. April 1933).
[4] *Jüdische Rundschau*, XXXVIII, Nr. 75/76 (20. September 1933).
[5] *Jüdische Rundschau*, XXXVIII, Nr. 88 (3. November 1933).
[6] Hajo Bernett, *Der jüdische Sport im nationalsozialistischen Deutschland 1933–1938*, Schorndorf 1978 (Schriftenreihe des Bundesinstituts für Sportwissenschaft Band 18), Anhang, S. 155–156, Dokument 32.
[7] *Der Schild*, Nr. 4 (23. Februar 1933).
[8] Bernett, *Der jüdische Sport*, *op. cit.*, Anhang, S. 157–159, Dokument 34.

zu Hindenburgs Lebzeiten noch eine gewisse Sonderstellung einnehmen, werden dem Sportbund Schild keine Zugeständnisse gemacht. Auch er muß in einem harten Lernprozeß erfahren, daß für jüdische Sportler in der neuen Sportorganisation des „Dritten Reiches" kein Platz mehr ist.

III. Die Aussperrung der „Nichtarier" vom öffentlichen Sportleben

Mit dem Boykott jüdischer Geschäfte signalisieren die nationalsozialistischen Machthaber den Beginn einer unablässigen Folge von Repressalien. Diese richten sich auch gegen die selbstverständliche Gewohnheit jüdischer Bürger, in öffentlichen Übungsstätten ihrem Gesundheits- und Freizeitsport nachzugehen. Politisch „gleichgeschaltete" Verwaltungen suchen die Juden durch lokale Eingriffe aus der neuen „Volksgemeinschaft" zu eliminieren. Örtliche Badeverbote sollen es dem rassebewußten „Volksgenossen" ersparen, mit dem Anblick Minderwertiger konfrontiert zu werden. Arnold Zweig berichtet schon 1933 in einer ersten „Bilanz" über den Ausschluß jüdischer Bürger von Sportstätten und Schwimmbädern in Speyer und Worms.[9]. Die Nachrichten über diese gesetzwidrigen Willkürmaßnahmen dringen bis ins Ausland. Ein jüdisches Komitee registriert in seinem *Schwarzbuch* zahlreiche Badeverbote. In Tübingen wird „Juden und Fremdrassigen" der Zugang zum städtischen Freibad verwehrt. Indem der Stadtrat von Plauen seine Badeanstalten für Juden sperrt, werden auch die jüdischen Schulkinder vom Schwimmunterricht ausgeschlossen. Der Stadtrat von Straubing untersagt Juden das Baden in der Donau im Bereich des Stadtbezirks. In Berlin wird den Juden vorübergehend der Besuch des Wannsee-Strandbades verboten. Nachdem man die Juden von den Nürnberger Bädern ausgesperrt hat, schließt sich der Oberbürgermeister von Erlangen diesem Vorgehen an. Münchens Stadtverwaltung untersagt „Personen nichtarischer Abstammung" den Zutritt zu öffentlichen Badeanstalten, gestattet jedoch die Benutzung von Dusch- und Wannenbädern.[10]

Repressalien dieser Art brauchen nicht zentral angeordnet zu werden. Die Korrumpierung des Rechtsbewußtseins greift wie ein Flächenbrand um sich. Einsprüche gegen die Rechtsbeugung werden von den Gerichten nicht mehr akzeptiert, nachdem die „Reichstagsbrand-Verordnung" vom 28. Februar 1933 dem Zugriff von Polizei, SA und SS Tür und Tor geöffnet hat. Die nationalsozialistischen Kommunalbehörden dezimieren das Recht der jüdischen Staatsbürger auf Freizeit, Erholung und Gesundheit und untergraben damit die Widerstandskraft. Mit spektakulären Maßnahmen verwehren sie jüdischen Bürgern den Zugang zu Kur- und Badeorten. Als dieser Terror sogar auf die Olympiastadt Garmisch-Partenkirchen übergreift, wird er zum Argument derjenigen Kräfte, die einen Olympia-Boykott fordern. Im Zusammenhang mit der Abbil-

[9] Arnold Zweig, *Bilanz der deutschen Judenheit. Ein Versuch*, Köln 1961, S. 189.

[10] Comité des Délégations Juives (Hrsg.), *Das Schwarzbuch. Tatsachen und Dokumente. Die Lage der Juden in Deutschland 1933*, Paris 1934, S. 468–470.

dung einer Verbotstafel am Olympia-Verkehrsbüro in Garmisch veröffentlicht die Streitschrift des amerikanischen *Committee on Fair Play in Sports* "reproductions of several of the numerous signs spread along the highways of Nazi Germany" in Form einer Foto-Montage.[11] Als das Geschäft darunter leidet, werden die Verbote wieder eingeschränkt. Die Redaktion des *Schwarzbuches* zur Lage der Juden ist objektiv genug, Dementis und Sicherheitserklärungen einiger Kurverwaltungen (z. B. in Wiesbaden und Bad Homburg) abzudrucken.[12]

Um die Vitalität des Judentums an der Wurzel zu untergraben, verbieten die Polizeibehörden alle öffentlichen Aktivitäten der jüdischen Jugendverbände. So untersagt die Gestapo der Bezirke Minden, Osnabrück, Essen, Düsseldorf, Erfurt, Breslau und Königsberg Ausmärsche und Geländespiele. Das Amt für körperliche Erziehung im Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung schließt sich diesem Vorgehen an und erläßt 1935 eine reichseinheitliche Regelung, wonach Wanderungen und Zeltlager jüdischer Jugendgruppen zu verbieten sind.[13] Das Wanderverbot trifft auch die jüdischen Schulen. So verzichtet die Frankfurter Samson-Raphael-Hirsch-Schule auf das Klassenwandern, um in der Öffentlichkeit „nicht Anstoß zu erregen".[14] Es kann den nationalsozialistischen Behörden nur recht sein, wenn sich der alarmierende Gesundheitszustand der jüdischen Großstadtkinder weiter verschlechtert.

IV. Der Ausschluß der Juden aus den bürgerlichen Sportverbänden

An der Diskriminierung und sozialen Desintegration assimilierter Juden beteiligen sich auch die bürgerlichen Turn- und Sportverbände. Unaufgefordert vollziehen sie den Ausschluß ihrer jüdischen Mitglieder, indem sie sich über Geist und Buchstaben ihrer Statuten hinwegsetzen. Die Vorstände meinen der „nationalen Erhebung" dieses Menschenopfer schuldig zu sein. Protagonist ist der Millionenverband der Deutschen Turnerschaft (DT), der dem Antisemitismus bis 1933 ferngestanden hat.[15] Edmund Neuendorff, ehemaliger Leiter des judenfeindlichen Wandervogel e.V., übernimmt die Führung der DT in der Wahnvorstellung, die uniformierte Turnerjugend neben SA und Stahlhelm in die Front der Revolution einreihen zu können. Auch hat er den Ehrgeiz, dem Führer und Reichskanzler beim 15. Deutschen Turnfest in Stuttgart eine „judenreine" nationale Gemeinschaft zu präsentieren. Im April 1933 versammelt Neuendorff den Hauptausschuß der DT, um die deutsche Turnbewegung national-

[11] Committee on Fair Play in Sports (Ed.), *Preserve the Olympic Ideal. A Statement of the Case against American Participation in the Olympic Games at Berlin,* New York [o.J.], S. 9, 32f.

[12] *Das Schwarzbuch, op. cit.,* S. 471, Anmerkung 10.

[13] Bernett, *Der jüdische Sport, op. cit.,* Anhang, S. 142–144, Dokument 21.

[14] *Jahresberichte Preußischer Oberschulen,* Oberpräsident der Provinz Hessen-Nassau 1934/1935, Pädagogisches Zentrum Berlin.

[15] Zur Genesis dieser nicht unumstrittenen Frage vgl. Hartmut Becker, *Antisemitismus in der Deutschen Turnerschaft,* Sankt Augustin 1980 (Schriften der Deutschen Sporthochschule Köln, Band 3).

sozialistischen Prinzipien anzupassen. Entgegen der liberalen Satzung bekennt sich der Hauptausschuß als Exekutive „einstimmig zum arischen Grundsatz", der zur Folge hat, daß Tausende von Mitgliedern zum Austritt genötigt werden. Die brutalen Konsequenzen der „Vollarisierung" sind am Beispiel der Berliner Turnerschaft – damals der größte Verein der DT – nachgezeichnet worden.[16] Aus erhaltenen Dokumenten geht hervor, daß sich prominente jüdische Vereinsmitglieder entschieden gegen die Aberkennung ihrer Rechte zur Wehr gesetzt haben. Vergeblich offenbaren sie ihre nationale Gesinnung und ihren turnerischen Gemeingeist. Dieser Vorgang erhellt die Unmenschlichkeit des „Arierparagraphen", der assimilierte Juden dazu zwingt, ihr Deutschtum und die frei gewählte gemeinschaftliche Bindung aufzugeben. Als der Vorstand der Berliner Turnerschaft zögert, den namhaften und verdienten Alfred Flatow, Olympiasieger von 1896, aus der Mitgliederliste zu streichen, fordert Neuendorff auch dieses Opfer. Mit der gesellschaftlichen Diskriminierung beginnt der Leidensweg Alfred Flatows, der mit dem Tod im Konzentrationslager endet. Der DT aber wird das verdiente Schicksal zuteil, trotz der Preisgabe ihrer liberalen Prinzipien 1936 zur Selbstauflösung genötigt zu werden.

Schon im April folgen andere Verbände dem politischen Opportunismus der Turnerschaft. Der besonders anpassungsbereite Deutsche Schwimmverband bekennt sich gleichfalls zum Ariergrundsatz. Beide Boxsportverbände – Amateure und Berufsboxer – streichen die jüdischen Aktiven aus ihren Mitgliederlisten. Auch korporativ integrierte Vereine werden ausgeschlossen: der Verband Brandenburgischer Athletikvereine und der Süddeutsche Fußball- und Leichtathletikverband entziehen den jüdischen Sportmannschaften die Möglichkeit, sich an Wettkämpfen und Rundenspielen zu beteiligen. Der Deutsche Ruderverband, dessen Farben Schwarz-Weiß-Rot der Orientierung des Verbandes entsprechen, verpflichtet seine Vereine auf das Prinzip der „Rassereinheit". Der Allgemeine Deutsche Automobil-Club hält es für notwendig, auch den Automobilsport auf „Arier" zu beschränken. Nach dem Deutschen Ski-Verband und der Deutschen Schachvereinigung trennt sich sogar die Deutsche Lebensrettungsgesellschaft von ihren „nichtarischen" Mitgliedern.[17] Die im Tennissport besonders erfolgreichen Juden bleiben von der Säuberungsaktion nicht verschont: Vereine mit „ausgesprochen jüdischem Charakter" müssen aus dem Deutschen Tennisbund ausscheiden. Bei Repräsentativspielen (Davis-Cup, Länderspiele, Medem-Pokal) dürfen jüdische Spitzensportler nicht mehr eingesetzt werden.[18] Von dieser Maßnahme ist auch der Davis-Cup-Spieler Daniel Prenn betroffen, was weltweites Aufsehen erregt.[19]

Der am 28. April berufene Reichssportkommissar braucht nicht einzugreifen, um die „Arisierung" des Sports zu beschleunigen. Als Präsident des Deutschen

[16] Bernett, *Der jüdische Sport, op. cit.*, S. 26–32.

[17] Hajo Bernett, ‚Der deutsche Sport im Jahre 1933', in *Stadion. Internationale Zeitschrift für Geschichte des Sports und der Körperkultur*, VII, Nr. 2 (1981), S. 244–246.

[18] *Das Schwarzbuch, op. cit.*, S. 483, 485, Anmerkung 10.

[19] Zu Daniel Prenn, vgl. Paul Yogi Mayer, 'Equality-Egality. Jews and Sport in Germany', in *Year Book XXV of the Leo Baeck Institute*, London 1980, S. 225.

Olympischen Ausschusses ist er ohnehin zu einer gewissen Rücksichtnahme verpflichtet, um die Spiele von 1936 nicht zu gefährden. Er verschiebt das Erscheinen amtlicher „Richtlinien für den Sportbetrieb von Juden" bis zum 18. Juli 1934, als die Austreibung bereits abgeschlossen ist.[20] In ihrem politischen Konformismus haben die vormals „unpolitischen" Sportführer dem nationalsozialistischen Herrschaftssystem Tribut gezollt. Durch den Ausschluß werden die jüdischen Assimilanten auf ihr Judentum zurückgeworfen und *nolens volens* auf Selbstbehauptung verwiesen. Ihnen bleibt nichts anderes übrig, als den Weg zu begehen, der ihnen ursprünglich ferngelegen hat: den jüdischen Sportverbänden beizutreten, die ihnen nun Stütze und Rückhalt verleihen.

V. Der Aufschwung der jüdischen Sportbewegung

Der unerwartete Aufschwung der jüdischen Verbände, die aus sportpolitischen Gründen geduldet werden, erfüllt die damals Verantwortlichen heute noch mit Stolz. Aus zahlreichen Interviews mit überlebenden Emigranten ist dieser erstaunliche Sachverhalt rekonstruiert worden.[21] Schon im Mai 1933 wendet sich das *Makkabi*-Präsidium in einem Aufruf „an alle jüdischen Turner und Sportler Deutschlands", um denjenigen, die durch den Ausschluß „heimatlos geworden sind", neue Geborgenheit zu bieten:

„Der Deutsche Makkabikreis fordert alle diejenigen, welche sich heute auf ihr Judentum besonnen haben, auf, in die Makkabi- und Bar-Kochba-Vereine Deutschlands einzutreten und mit uns zusammen für eine schöne und hoffnungsvollere jüdische Zukunft zu kämpfen."[22]

So stellt sich der jüdische Sport in den Dienst der Selbstbesinnung und Selbstbehauptung, wie sie von führenden Zionisten zu diesem Zeitpunkt gefordert werden. Damit bleibt sich der jüdische Sport treu: er folgt dem Gesetz, nach dem er angetreten ist. Indem der Vorsitzende des Deutschen *Makkabi*-Kreises dazu aufruft, nunmehr die „physische Erziehung und Stärkung mit doppelter Kraft zu betreiben", um die Jugend zu „aufrechten, selbstbewußten, stolzen Juden" heranzubilden,[23] wiederholt und vertieft er die programmatischen Grundsätze aus der Gründerzeit der Jüdischen Turnerschaft. Der kraftvolle Aufstieg des nationaljüdischen Sports reißt andere Organisationen mit: im Oktober 1933 unterstellt der Verband der jüdischen Jugendvereine Deutschlands seine 150 Vereine dem Deutschen *Makkabi*-Kreis.[24] Anfang 1934 folgt der Jüdische Pfadfinderbund Deutschlands diesem Beispiel, indem er seine 2000 Mitglie-

---

[20] Abdruck der „Richtlinien" bei Bernett, *Der jüdische Sport, op. cit.*, Anhang, S. 141, Dokument 19.

[21] *Ibid.*, S. 75 ff.

[22] *Jüdische Rundschau*, XXXVIII, Nr. 36 (5. Mai 1933).

[23] *Jüdische Rundschau*, XXXVIII, Nr. 38 (12. Mai 1933).

[24] *Jüdische Rundschau*, XXXVIII, Nr. 87 (31. Oktober 1933).

der der *Makkabi*-Jugend zuführt.[25] So gelingt es *Makkabi* innerhalb weniger Monate, seine Mitgliederzahl zu verdoppeln.

Der konkurrierende RjF-Sportbund Schild ist durch die nationalsozialistische Judenpolitik in seiner Sympathie für das Deutschtum zutiefst irritiert worden. Während *Makkabi* sein pathetisches Werben für eine jüdische „Renaissance" noch verstärkt, bestehen die Schild-Vereine auf dem Vorrang der sportlichen Praxis. Im Gegensatz zum traditionsreichen *Makkabi* versteht sich Schild als „Kind seiner Zeit", das mehr dem praktischen Sport als der Ideologie zugewandt ist. In dieser Offenheit bietet sich Schild als „Einheitsfront" und „Sammelbekken" dar, bereit zum Auffangen ausgeschlossener Sportler, die dem Zionismus fernstehen.[26] Die einzelnen Vereine des Sportbundes schließen sich der Werbekampagne an. So erklärt es der Turn- und Sportverein Schild Frankfurt als seine „vornehmste Aufgabe", den „heimatlos gewordenen" Sportlern ein neues Betätigungsfeld zu bieten.[27] Da der RjF jedoch durch das „schwere Erdbeben" (Leo Löwenstein) der nationalsozialistischen Judenverfolgung innerlich erschüttert ist, fehlt ihm die konkrete Zielvorstellung des *Makkabi*. Aber auch er bleibt seinem Selbstverständnis treu und hält daran fest, in seinen Sportgruppen ein wehrhaftes und soldatisches, „ein hartes und widerstandsfähiges Geschlecht heranzubilden".[28] In seiner vorwiegend sportlichen Prägung entfaltet Schild eine große Anziehungskraft, so daß sich die Mitgliederzahl in Jahresfrist mehr als verdoppelt.

Trotz der bedrohlichen politischen Situation gelingt es den Sportverbänden nicht, ihre weltanschaulichen Differenzen zu überbrücken. Durch das konkurrierende Nebeneinander kommt es zu einem handfesten Konflikt, der im Extremfall auch auf dem Sportplatz ausgetragen wird. Nach einem beschämenden Zwischenfall in Berlin wird der Sportverkehr zwischen beiden Verbänden zeitweilig unterbrochen. Als man 1934 auf höhere Anordnung den Reichsausschuß jüdischer Sportverbände gründet, ist es seine ungeplante Hauptaufgabe, in die weltanschaulichen Auseinandersetzungen schlichtend einzugreifen und den „Sportfrieden" wiederherzustellen.[29]

Die Verstärkung der jüdischen Sportverbände führt trotz der widrigen Umstände zu einer erstaunlichen Steigerung der Leistungsfähigkeit. Der Zuwachs von 20000 sportlich geübten Mitgliedern macht sich bemerkbar. Die sportlichen Aktivitäten erreichen 1934/1935 ein nie gekanntes Ausmaß, von dem die deutsche Öffentlichkeit allerdings nichts erfährt. Dies ist um so erstaunlicher, als die Leistungssteigerung sozusagen im Alleingang hervorgebracht wird. Nach dem Ausschluß aus den Fachverbänden haben *Makkabi* und Schild keine Gele-

---

[25] *Jüdische Rundschau*, XXXIX, Nr. 1/2 (5. Januar 1934).

[26] Dafür plädiert der RjF-Sportreferent Walter Beck in *Der Schild*, Beilage *Die Kraft*, Nr. 16 (31. August 1933).

[27] ‚Aufruf des Turn- und Sportvereins „Schild" Frankfurt', Juni 1933, in *Dokumente zur Geschichte der Frankfurter Juden 1933–1945* hrsg. von der Kommission zur Erforschung der Geschichte der Frankfurter Juden, Frankfurt a. Main 1963, S. 353.

[28] Hans Herzfeld in *Der Schild*, Beilage *Die Kraft*, Nr. 11 (8. Juni 1933).

[29] Bernett, *Der jüdische Sport*, *op. cit.*, S. 100–103.

genheit mehr, sich im Wettkampf mit anderen Vereinen zu messen und zu bewähren. In diesem Vakuum entwickeln jüdische Sportler eine neue Motivation, einen Leistungswillen, der aus der Notwendigkeit der Selbstbehauptung genährt wird.

Mit zuversichtlichem Elan veranstaltet *Makkabi* seine Sportfeste und Meisterschaften. Daß sie bei Anhängern und Gemeindemitgliedern große Resonanz finden, zeigt die Anwesenheit von 8000 Zuschauern bei den Leichtathletik-Meisterschaften in Berlin. Durch die Umrahmung mit Symbolen, Liedern und Reden werden diese Feste zu Demonstrationen jüdischen Selbstbewußtseins. Im Vorfeld der Olympischen Spiele müssen es die Behörden sogar zulassen, daß Wettkämpfe mit Mannschaften aus Wien und Jerusalem ausgetragen werden. Es fehlt auch nicht an leistungsfähigem Nachwuchs: bis 1938 werden Junioren-Meisterschaften des Deutschen *Makkabi*-Kreises veranstaltet. Trotz seiner Isolierung bleibt auch der jüdische Schulsport auf der Höhe. Die Schüler des Frankfurter *Philanthropin* erweisen sich als leistungsstarke Wettkampfsportler, die besonders in der Leichtathletik, im Fußballspiel und im Boxen hervortreten.[30] Am letzten Schulsportfest der Berliner Jüdischen Gemeinde im Jahre 1938 beteiligen sich 6000 Schüler und Schülerinnen, deren Begeisterung in Foto-Dokumenten zum Ausdruck kommt.[31]

Der RjF-Sport ist vor 1933 mit sportlichen Leistungen kaum in Erscheinung getreten. Die existentielle Herausforderung durch Verfolgung und Unterdrükkung wird durch den Sportbund Schild positiv beantwortet. Mit dem Zustrom der Ausgeschlossenen gewinnt der Breitensport neue Ausmaße. 23 Vereine betreiben den Boxsport, der entgegen der antisemitischen Karikatur im jüdischen Sport eine Vorzugsstellung einnimmt. 3000 aktive Tennisspieler betätigen sich in 35 Vereinen. In beiden Sportarten veranstaltet der Schild jährliche Reichsmeisterschaften.

Stimulierend wirkt auch die ständige Rivalität der jüdischen Sportverbände. Der aufstrebende RjF-Sportbund wagt es, den traditionsreichen *Makkabi* zu Vergleichswettkämpfen herauszufordern. Es kommt zu hochdramatischen Auseinandersetzungen. Durch die vermeintliche Chance, sich für die deutsche Olympia-Mannschaft zu qualifizieren, erhält der sportliche Ehrgeiz weiteren Auftrieb.

Die Verantwortlichen müssen jedoch einsehen, daß die leistungssportliche Motivation nur symbolische Bedeutung hat. Diese Ausdrucksfunktion erschöpft sich mit dem Anwachsen der Emigration, die den jüdischen Leistungssport allmählich aushöhlt. Das unverkennbare Absinken der Leistungskurve veranlaßt beide Verbände, sich neuen Aktivitäten zuzuwenden, die der unmittelbaren Vorbereitung auf die Emigration dienen. *Makkabi* entwickelt ein Reformprogramm, das körperliche Grundausbildung mit geistig-moralischer Orientie-

---

[30] *Jahresberichte Preußischer Oberschulen, op. cit.*

[31] Wiedergabe auf einer Tafel zum „Existenzkampf des Jüdischen Sports" im Rahmen der Ausstellung ‚Der Sport im nationalsozialistischen Deutschland' anläßlich der Woche des Sports während der Ruhrfestspiele Recklinghausen 1983.

rung verbindet. Gleichzeitig wird das Programm der Berufsumschichtung intensiviert, das die handwerkliche und landwirtschaftliche Ausbildung fördern soll. Auch im Sportbund Schild verlagert sich die sportliche Motivation auf die Stärkung der Widerstandskraft und die psycho-physische Schulung für den zukünftigen Existenzkampf.

Wenn der Aufschwung der jüdischen Sportbewegung nach wenigen Jahren zum Scheitern verurteilt ist, so darf seine Bedeutung nicht unterschätzt werden. 50000 Menschen haben in den jüdischen Sportvereinen Geborgenheit gefunden,[32] von der Gestapo beobachtet, aber doch geduldet. Die geschichtsbewußte jüdische Sporterziehung hat sie dazu motiviert, mit Selbstvertrauen an sich zu arbeiten, die Aktivität zu steigern und Repressionen standzuhalten.

VI. Die Olympischen Spiele als retardierendes Moment

Die Olympischen Spiele von 1936 sind für das Schicksal der deutschen Juden von retardierender Bedeutung. Indem sich die Reichsregierung mit der olympischen Aufgabe identifiziert, zieht sie die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf sich. Als Hitler mit der Schirmherrschaft auch die politische Verantwortung übernimmt und die Olympischen Spiele offensichtlich dazu nutzt, dem „neuen Deutschland" Ansehen zu verschaffen, evoziert er Kritik und Mißtrauen. Gegner des Regimes vermögen sich kaum vorzustellen, daß die Nationalsozialisten ihre Rassenideologie zugunsten des olympischen Grundsatzes der Gleichberechtigung außer Kraft setzen werden. Somit zentriert sich die internationale Aufmerksamkeit auf die Frage nach der Zulassung jüdischer Sportler.

Schon im Mai 1933 fordert der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) die deutschen Mitglieder schriftlich auf, eine Erklärung der Reichsregierung vorzulegen, daß man die olympischen Regeln respektieren werde. Hitler zeigt sich verärgert, als er von dieser Aufforderung erfährt. Bei der Wiener IOC-Tagung im Juni 1933 ziehen sich die Deutschen aus der Affäre, indem sie statt der schriftlichen Garantie die Erklärung abgeben, daß Deutschland das Reglement einhalten werde. Ein amerikanisches IOC-Mitglied will sich damit jedoch nicht begnügen und erzwingt eine weitergehende Zusicherung. Nach Rücksprache mit Berlin wird im Einvernehmen mit dem Reichsinnenminister bestätigt, daß jüdische Sportler sich an den olympischen Ausscheidungen beteiligen dürfen. Aber die Atmosphäre des Mißtrauens ist damit noch nicht bereinigt. Bei der IOC-Tagung des nächsten Jahres in Athen wird den Deutschen von britischen und amerikanischen Kollegen nochmals eine Stellungnahme zur Judenfrage abverlangt. Exzellenz Lewald und Ritter von Halt wiederholen daraufhin die Wiener Formel und fügen sinngemäß hin-

[32] Die Zahl schließt die Mitglieder kleinerer Gruppierungen ein, die unerwähnt geblieben sind. Zu diesen „Splittergruppen" vgl. Bernett, *Der Jüdische Sport, op. cit.*, S. 63–68.

zu: „Auch ins deutsche olympische Team würden jüdische Athleten, falls sie die erforderlichen Limite erreichen, eingereiht werden."[33]

Nunmehr erscheint die Teilnahme der Amerikaner gesichert. Aber das *American Olympic Committee* (AOC) hat Anlaß zur Wachsamkeit, und es entsendet Avery Brundage, den späteren IOC-Präsidenten, nach Berlin, um an Ort und Stelle den Wahrheitsgehalt der offiziellen Versicherungen zu ermitteln. Brundage nimmt es hin, daß bei seiner Zusammenkunft mit Funktionären der jüdischen Sportverbände der Stellvertreter des Reichssportführers zugegen ist. Im Beisein dieses radikalen Nationalsozialisten müssen die Funktionäre befürchten, daß ungeschminkte Informationen über den jüdischen Sport Repressalien nach sich ziehen werden. So erfährt Brundage nur die halbe Wahrheit, mit der er sich ohne weitere Nachforschungen zufriedengibt. Seine positiven Eindrücke veranlassen das AOC, der Teilnahme einer amerikanischen Mannschaft endgültig zuzustimmen.[34]

Die Brundage-Mission ruft bei den Befürwortern eines Olympia-Boykotts Widerspruch hervor. Das *Committee on Fair Play in Sports* schildert in einer Denkschrift die tatsächliche Zwangslage des jüdischen Sports in Deutschland und glossiert die angeblich „sorgfältige" Untersuchung des AOC, indem es die Oberflächlichkeit der Recherche bloßstellt.[35] Bei dem gegenwärtigen Kenntnisstand der Sportgeschichte stellt sich die Brundage-Mission als eine bewußte Irreführung dar: „Sie erweist sich im nachhinein als Schachzug des Taktikers Brundage, der mit der Kompetenz des Augenzeugen die kritischen Stimmen in den USA zum Schweigen bringen wollte.[36] Eine private Untersuchung zur Lage des jüdischen Sports durch den amerikanischen Botschafter in Berlin, William Edward Dodd, stößt bis zur Wahrheit vor. Dodds Beauftragter stellt durch unmittelbare Befragung fest, daß die Trainingsmöglichkeiten jüdischer Leistungssportler durch den Entzug öffentlicher Übungsstätten rigoros eingeschränkt worden sind. Aber der gutgläubige Botschafter läßt sich vom Präsidenten des deutschen Organisationskomitees dazu überreden, den kritischen Bericht zu den Akten zu legen. Arthur D. Morse hat diesen Vorgang mit bitterironischen Worten kommentiert.[37]

Auf Anraten des amerikanischen Generals a. D. Sherrill, der sogar von Hitler empfangen wird, sucht die deutsche Sportführung mit einem weiteren Schachzug der Weltöffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen, indem sie zwei „halbjüdische" im Ausland lebende Sportler bittet, in die deutsche Olympia-Mannschaft einzutreten. Außer dem Eishockeyspieler Rudi Ball beruft von Tscham-

---

[33] *Jüdische Rundschau*, (Sport-Rundschau), XXXIX, Nr. 41/42 (25. Mai 1934).

[34] Zum Gesamtverlauf der IOC-Tagungen und zur Brundage-Mission vgl. die einschlägige Literatur, z. B. A. Krüger, *Die Olympischen Spiele 1936 und die Weltmeinung*, Berlin 1972, Hajo Bernett, *Sportpolitik im Dritten Reich. Aus den Akten der Reichskanzlei*, Schorndorf 1971, S. 43ff., *idem, Der jüdische Sport, op. cit.*, S. 105f.

[35] *Preserve the Olympic Ideal, op. cit.*, S. 29f., Anmerkung 11.

[36] Hans Joachim Teichler, ‚1936 – ein olympischer Traum. Als die Spiele ihre Unschuld verloren', in M. Blödorn (Hrsg.), *Sport und Olympische Spiele*, Reinbek 1984, S. 58.

[37] Arthur D. Morse, *While Six Million Died*, London 1968, S. 173.

mer und Osten die Olympiasiegerin von 1928, die in den USA lebende Fechterin Helene Mayer. In seinem Einladungsschreiben vom 24. September 1935 bietet Tschammer ihr an, "to accept American sports tests as sufficient qualification".[38] Die an einem kalifornischen College tätige Helene Mayer versichert sich zunächst ihrer deutschen Staatsangehörigkeit in der Auslegung der Nürnberger Gesetze. In einem Schriftwechsel mit Avery Brundage läßt sie sich bestätigen, daß ihr Entschluß, die Einladung nach Berlin anzunehmen, "will be greeted with acclaim by all followers of sport".[39] Helene Mayers Eintritt in das deutsche Aufgebot hat sicherlich dazu beigetragen, die amerikanischen Kritiker zu beschwichtigen. Sie selbst hat die ihr zugedachte Entlastungsfunktion allerdings nicht reflektiert.

Der taktische Kalkül der Olympia-Organisatoren scheint aufzugehen; aber die zur Schau gestellte Toleranz stimmt nicht mit der antisemitischen Hetze in deutschen Landen überein. Als man sich in Garmisch-Partenkirchen für die Olympischen Winterspiele rüstet, nimmt die Judenverfolgung im Mai 1935 bedrohliche Ausmaße an. Der NSDAP-Kreisleiter umstellt den Ort mit Verbotsschildern, und die Deutsche Arbeitsfront untersagt es den Hotelbetrieben, jüdische Gäste aufzunehmen. Daraufhin alarmiert der Präsident des Organisationskomitees den Reichsminister des Innern mit der Befürchtung, daß bedeutende Sportnationen ihre Meldung zurückziehen würden. Um nicht in den Verdacht der Toleranz zu geraten, schließt er sein Schreiben mit der bezeichnenden Versicherung:

„Herr Staatssekretär, ich bitte davon überzeugt zu sein, daß ich diese meine Sorge nicht äußere, um den Juden zu helfen, es handelt sich ausschließlich um die olympische Idee und die Olympischen Spiele, denen ich seit Jahren meine ganze freie Zeit ehrenamtlich widme."[40]

Das Alarmsignal verfehlt seine Wirkung nicht: Reichsminister Frick benachrichtigt die Reichskanzlei und erinnert an seine Verpflichtungen gegenüber dem IOC. Nach Auffassung des Ministers muß an dieser Verbindlichkeit „bis zum Ablauf der Olympischen Spiele unter allen Umständen festgehalten werden". Fricks Formulierung läßt erkennen, daß die Toleranz nur für einen zeitlich begrenzten Schonraum gilt. Hitler stimmt Frick zu und überläßt es seinem Stellvertreter Hess, die Situation in Bayern zu entschärfen.[41]

Im Rahmen dieser formalen und kurzfristigen Absicherung geschieht etwas Erstaunliches: die jüdischen Sportverbände Deutschlands unternehmen ernstliche Anstrengungen, um ihre Spitzensportler zur olympischen Reife zu führen. Die Disproportion ist evident: zwei kleine Verbände mit je 20000 Mitgliedern konkurrieren mit dem Deutschen Reichsbund für Leibesübungen, der 6 Millio-

[38] Wiedergabe des Schreibens und Porträt des Reichssportführers in *New York Herald Tribune*, 27. September 1935.

[39] Schreiben des AOC-Präsidenten Avery Brundage an Helene Mayer vom 4. November 1935. Im Besitz des Bruders Ludwig Ernst Mayer, Frankfurt a. Main.

[40] Bernett, *Sportpolitik*, *op. cit.*, S. 62.

[41] *Ibid.*, S. 63.

nen Mitglieder zählt! Die Kühnheit der jüdischen Außenseiter wird verständlicher, wenn man den sozialpsychologischen Hintergrund beleuchtet. Die erzwungene Desintegration hat die jüdischen Sportvereine nicht nur quantitativ verstärkt; sie hat vielmehr den Willen zur Selbstbehauptung bekräftigt. Das Trommelfeuer der antisemitischen Propaganda hat die Abwehrkräfte mobilisiert. Der jüdische Leistungssport versteht sich als Kompensation der körperlichen Schwächung durch Degeneration. Er steigert sich zur Figuration des Aufbäumens, als die nationalsozialistische Propaganda die These der körperlichen Minderwertigkeit verbreitet.

Unter diesen Vorzeichen gelingt es tatsächlich einigen jüdischen Sportlern, die olympischen Normen zu erreichen. Den Sportbehörden bleibt nichts anderes übrig, als sie zu Prüfungskämpfen zuzulassen. Die jüdische Sportpresse begleitet ihre Erfolge mit optimistischen Kommentaren. Um die zugesicherte Chancengleichheit zu demonstrieren, wird für jüdische Leichtathleten sogar ein olympisches Schulungslager eingerichtet. Im Endstadium der Ausscheidungen werden jedoch Bedingungen geschaffen, an denen das Leistungsvermögen jüdischer Kandidaten scheitern muß: der psychischen Belastung durch feindselige Zuschauermassen sind sie nicht gewachsen. Schließlich steht nur noch eine Sportlerin zur Diskussion: die Hochspringerin Gretel Bergmann, die bei den Prüfungskämpfen eine Jahresbestleistung erreicht und 1936 den deutschen Rekord aufstellt. Dieses Faktum bringt den Deutschen Olympischen Ausschuß und seinen Präsidenten in große Verlegenheit. Man hilft sich durch eine unfaire Manipulation, indem man für den olympischen Hochsprungwettbewerb nicht drei, sondern nur zwei deutsche Teilnehmerinnen meldet.[42]

Siegerin im Hochsprung wird die ungarische Jüdin Ibola Csak. Die Ironie der Geschichte will es, daß im nationalsozialistischen Berlin zahlreiche jüdische Athleten zu Siegerehren gelangen. Ungarn stellt allein vier jüdische Olympiasieger. Unvergeßlich bleibt das Bild von der Ehrung der Fechterinnen: neben Helene Mayer stehen zwei Jüdinnen auf dem Siegerpodest im Olympiastadion.[43]

Mögen jüdische Athleten auch enttäuscht und getäuscht worden sein – dem jüdischen Sport im nationalsozialistischen Deutschland hat die Schonfrist einen gewissen Freiraum verschafft. Man kann diese Feststellung verallgemeinern: in der begründeten Sorge um den drohenden Olympia-Boykott der Amerikaner legen die Nationalsozialisten ihrer brutalen Judenpolitik vorübergehend Zügel an. Die offizielle Entschärfung der Judenverfolgung kann kritische Beobachter jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß der „tagtägliche Kleinkrieg gegen die Juden" unvermindert fortgesetzt wird.[44]

---

[42] Bernett, *Der jüdische Sport, op. cit.*, S. 110–112.
[43] Hajo Bernett, *Untersuchungen zur Zeitgeschichte des Sports*, Schorndorf 1973.
[44] Zitiert bei Teichler, ‚Traum', *loc. cit.*, S. 65.

VII. Untergang und Wiederaufbau

Den Olympischen Spielen folgt eine kurze Anstandspause, die Goebbels der radikalen Parteipresse abverlangt, um das Gesicht zu wahren und den Propagandaerfolg nicht zu gefährden. Dann wird die Schraube wieder angezogen. Die Ausführungsbestimmungen zu den Nürnberger Rassegesetzen nehmen den jüdischen Bürgern Schritt um Schritt die verbliebenen Rechte. Die *Jüdische Rundschau* ist davon überzeugt, daß mit dem Abschluß der Olympischen Spiele „das letzte Stadium des Liquidationsprozesses der Judenheit in Deutschland" eingetreten ist.[45]

Die zionistisch gesinnten *Makkabi*-Sportler deuten die gewaltsame Austreibung als *Alija,* als „Aufstieg" zur nationalen Heimstätte aller Juden in Palästina. Die national-jüdische Sporterziehung hat sie bewußt auf die zukünftige Existenz im neuen Judenstaat vorbereitet. Dank dieser Schulung und dank des überlieferten Glaubens an die jüdische „Renaissance" trennen sich die *Makkabim* entschlossener und zielbewußter von ihrer deutschen Heimat als andere. Zwischen 1933 und 1937 gelingt 4427 Mitgliedern trotz gedrosselter Einwanderungsquote die Immigration nach Palästina.

Da die Führungskräfte im RjF-Sportbund Schild lange an ihren Illusionen festhalten, beginnen die Schild-Mitglieder erst nach den Olympischen Spielen die Auswanderung zu beschleunigen. „Zu Tausenden haben unsere Sportkameraden und Sportkameradinnen sich in der Fremde eine neue Heimat gesucht", heißt es Ende 1937.[46]

Aber die Verantwortlichen beider Verbände brechen die Brücken nicht ab, ohne für die Zurückgebliebenen Sorge zu tragen. Solange es irgend geht, wird der Sportbetrieb aufrechterhalten, auch unter primitiven Verhältnissen, auch unter den Augen der Gestapo, die das Netz immer enger zieht. 1938 gehören die restlichen Turn- und Sportvereine zu den wenigen Stützpunkten, wo Juden sich noch sammeln und stärken können. Mit dem Pogrom vom 9./10. November 1938 brechen auch diese Zufluchtstätten auseinander, und die geregelte Auswanderung wird zu panikartiger Flucht. Damit findet die 40jährige Geschichte des jüdischen Sports in Deutschland ein katastrophales Ende.

English Summary

The development of Jewish sport in Germany revolved around the search for identity and self-assertion in a society that was overtly or potentially antisemitic. Not surprisingly, therefore, the Jewish sports movement was founded after the First Zionist Congress as a manifestation of a new physical consciousness and was seen as a corrective to a specifically Jewish intellectualism. The two ideolo-

[45] *Jüdische Rundschau,* XXXXII, Nr. 93 (23. November 1937).
[46] *Der Schild,* Beilage *Die Kraft,* Nr. 53 (31. Dezember 1937).

gically opposing sports organisations (*Makkabi* and *Schild*) which emerged after the First World War hoped to bring about physical regeneration through exercise. This concept of sport found widespread Jewish support after 1933, since National Socialist propaganda defamed Jews as weaklings.

Both the Zionist *(Makkabi)* and non-Zionist *(Schild)* organisations tried to obtain official approval for their activities from the government and the *Reichskommissar* for Sport from whom came temporary toleration instead of recognition. In the meantime, tens of thousands of "non-Aryans" who had been expelled from sports and gymnastics societies conforming to Nazi policy joined their ranks and the general level of athletic performance increased. All this came to an end after the Olympic Games of 1936 when the National Socialist regime no longer felt itself inhibited by foreign opinion from terminating Jewish sports activity.

Joseph Walk

Jüdische Erziehung als geistiger Widerstand

Der Begriff „jüdische Erziehung" läßt zwei Deutungen zu. Er kann sich auf die Beschulung jüdischer Kinder in getrennten konfessionellen Schulen beziehen, wie sie vor allem in den katholischen Provinzen Preußens und in Bayern bestanden. Diese zumeist staatlichen Schulen waren ihrem Wesen nach „deutsch in Bildungsgut und Unterrichtssprache, Seele und Gesinnung, aber durchtränkt von jüdischem Geist", wie es noch Mitte 1932 in der Beilage *Blätter für Erziehung und Unterricht* des *Israelitischen Familienblatts* heißt.[1] Extrem liberale Führer des deutschen Judentums, die jede Trennung jüdischer Schüler von ihren christlichen Altersgenossen ablehnten, beschränkten die Aufgabe der jüdischen Schule in Deutschland auf die „Eindeutschung kulturfremder (= ostjüdischer) Kinder" und gaben sich mit der jüdischen Erziehung ihrer eigenen Kinder im Rahmen des zweistündigen wöchentlichen Religionsunterrichtes zufrieden.[2]

Dieser Auffassung steht die Anschauung der die jüdische Schule prinzipiell bejahenden Lehrer- und Elternschaft gesetzestreuer und zionistischer Kreise entgegen, welche für eine vertiefte jüdische Erziehung eintraten, als deren Ziel sie die Heranbildung einer ihrer Besonderheit bewußten Jugend ansahen. Nur eine so verstandene „jüdische Erziehung" konnte das jüdische Kind auf die Bedrohungen einer feindlichen Umwelt geistig und seelisch vorbereiten.

Die folgenden Ausführungen beschränken sich lediglich auf die *schulische* Erziehung, wobei ich mir bewußt bin, daß neben dem Elternhaus und der Umgebung vor allem die jüdische Jugendbewegung einen entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung der jungen Generation hatte.[3] Unter den besonderen Bedingungen des Naziregimes gewann allerdings die jüdische Schule, vor allem im Vergleich zum Elternhaus, an Gewicht und Bedeutung.

Der wachsende Einfluß der schulischen Erziehung ist auch auf den Aus- und Aufbau des jüdischen Schulwerkes in den Jahren 1933–1938 zurückzuführen.[4] Im Jahre 1932 bestanden in Deutschland etwa 140 jüdische Volksschulen mit rund 12000 Schülern und zehn höhere jüdische Lehranstalten mit nahezu 3000 Schülern. Im Verhältnis zur Gesamtzahl der jüdischen Schüler in Deutschland ergibt sich, daß nur jeder siebente Schüler im Alter von sechs bis achtzehn Jahren eine jüdische Schule besuchte. Diese Durchschnittszahl täuscht jedoch. So er-

[1] *Blätter für Erziehung und Unterricht*, Hamburg, 7. Juli 1932.

[2] Brief des Vorsitzenden der liberalen Fraktion, Dr. Kurt Fleischer, an Dr. Wilhelm Kleemann, den Vorsitzenden der Berliner Gemeinde vom 2. Februar 1933 (LBI Jerusalem, Nachlaß Kurt Wolff).

[3] Nach einer von mir aufgestellten Berechnung waren in den jüdischen Jugendbünden nahezu 40000 Kinder und Jugendliche organisiert.

[4] Die folgenden Zahlenangaben beruhen auf den detaillierten Daten meiner hebräischen Veröffentlichung *Die Erziehung des jüdischen Kindes im Nazi-Deutschland. Gesetz und Ausführung*, Jerusalem 1976.

hielt beispielsweise in Hamburg jedes zweite jüdische Kind seine Erziehung in einer jüdischen Tagesschule, in Berlin hingegen, der weitaus größten jüdischen Gemeinde Deutschlands, nur jeder siebente Schüler.[5] Die jüdischen Schulen der Kleingemeinden erfaßten im allgemeinen alle jüdischen Kinder, waren aber fast ausschließlich einklassige Volksschulen, deren schwindende Schülerzahl ihren Fortbestand in Frage stellte. Die höheren Schulen wiederum waren fast nur der großstädtischen jüdischen Jugend zugänglich.

Unter dem Zwang der gesetzlichen Bestimmungen und des verschärften gesellschaftlichen Druckes sahen sich die schon bestehenden Schulen einem wachsenden Ansturm jüdischer Schüler gegenüber. Darüber hinaus mußten neue jüdische Schulen gegründet werden, um die aus den allgemeinen deutschen Schulen ausscheidenden (oder ausgeschiedenen) Schüler aufzunehmen. Im Jahre 1937 hatte der Ausbau des jüdischen Schulwerks seinen Höhepunkt erreicht: trotz Schließung und Zusammenlegung jüdischer Zwergschulen und abnehmender Zahl der jüdischen schulpflichtigen Kinder hatte das jüdische Schulwerk nahezu 24000 Schüler aufgefangen, d. h. nahezu zwei Drittel aller jüdischen Schulkinder dieser Altersstufen.[6] Nach der Pogromnacht vom 9./10. November 1938 sank die Zahl der jüdischen Schüler rapide ab und belief sich am 1. Oktober 1939, als die Regierung der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland die ausschließliche Verantwortung für die Beschulung aufzwang, nur noch auf weniger als 10000.[7]

Die Erweiterung des zu Beginn der Naziherrschaft bestehenden Schulwerks war im wesentlichen das Verdienst der erfahrenen und bewährten Schulleiter, in Zusammenarbeit mit den jüdischen Gemeindegremien und gelegentlicher Unterstützung der kommunalen Behörden, die an der „Rassentrennung" in ihrem Schulbereich interessiert waren. Die Neugründung von jüdischen Schulen hingegen lag weitgehend, auch wenn die Initiative von der örtlichen Elternschaft oder Gemeindevertretung ausging, in den Händen der im September 1933 entstandenen Reichsvertretung der deutschen Juden (ab 1935: „. . . der Juden in Deutschland").[8] Daß die unter dem Zwang der politischen Veränderung gegründete Dachorganisation des deutschen Judentums die Erziehung als eine ihrer vordringlichsten Aufgaben ansah[9], bewies der schon im Laufe der Vorverhandlungen Ende Juni ernannte Erziehungsausschuß[10], der aus acht Liberalen, drei Zionisten und zwei Konservativen bestand. Diese Zusammensetzung entsprach mehr oder weniger dem damaligen Kräfteverhältnis der drei Gruppen

---

[5] Julius Stern, ‚Was für jüdische Schulen gibt es in Deutschland?', in *Jüdische Rundschau*, XXXVIII (16. Juni 1933).

[6] Siehe die statistische Aufstellung über das jüdische Schulwesen im *Almanach des Schocken-Verlags auf das Jahr 5699*, Berlin 1938/1939, S. 139–141.

[7] Siehe Paula Sara Fürst, ‚Das jüdische Schulwesen in Deutschland', in *Jüdisches Nachrichtenblatt*, 28. November 1939.

[8] Zwischen 1934 und 1938 insgesamt 35 neue Schulen (*Arbeitsberichte der Reichsvertretung*, 1934–1938).

[9] ‚Kundgebung der neuen Reichsvertretung der deutschen Juden', in *Israelitisches Familienblatt*, XXXV (28. September 1933); *Jüdische Rundschau*, XXXVIII (29. September 1933).

[10] Beschluß der Reichsvertretung vom 25. Juni 1933 (Archiv LBI Jerusalem, Nachlaß Kurt Wolff).

innerhalb des deutschen Judentums, keineswegs aber der Stärke dieser Richtungen innerhalb des jüdischen Schulwerks, das größtenteils von den thoratreuen und nationaljüdischen Minderheiten getragen wurde. Diese Tatsache erhöhte die ohnehin bestehenden Schwierigkeiten, ein das gesamte jüdische Schulwesen verpflichtendes Erziehungsziel zu definieren.[11]

Doch wurde die Zusammenarbeit innerhalb des Erziehungsausschusses dadurch erleichtert, daß Zionisten wie Liberale von der Voraussetzung ausgingen, daß die jüdische Jugend auch weiterhin Platz im deutschen Wirtschaftsraum finden würde. Es entsprach durchaus der Auffassung des Nichtzionisten Otto Hirsch, der zu dieser Zeit die Auswanderung nur als *Ausweg*, nicht aber als *den Weg* ansah,[12] wenn Martin Buber in seinem programmatischen Aufsatz, ‚Das Bildungsziel' folgendermaßen formulierte: „Man frage nicht, für welches Land wir erziehen wollen. Für Palästina, wenn es das Land sein *darf*. Für irgendeine Fremde, wenn es das Land sein *muß*. Für Deutschland, wenn es das Land sein *kann*. Es ist *ein* Bild, *ein* Ziel, *eine* Erziehung."[13]

Darüber hinaus waren alle Richtungen des deutschen Judentums von dem Bewußtsein durchdrungen, daß das deutsche Judentum, dem allein es gelungen war, „als Westjudentum jüdisch zu bleiben"[14], seine geschichtliche Rolle noch nicht ausgespielt habe. Auch jetzt noch wohnten in der Brust des deutschen Juden zwei Seelen, und nur so ist die sogenannte „Zweiseelentheorie" verständlich, die den Ende 1933 vom Erziehungsausschuß ausgearbeiteten ‚Richtlinien zur Aufstellung von Lehrplänen für jüdische Volksschulen' zugrunde liegt.

Dieses „erste pädagogische Dokument der deutschen Judenschaft" geht von drei Voraussetzungen aus. 1) Die jüdische Schule ist mehr als eine Sammelschule für „Nichtarier". 2) Sie ist eine Einheitsschule, die allen Richtungen offen steht. 3) Die ‚Richtlinien' sind als Ergänzung der auch die jüdischen Schulen verpflichtenden amtlichen Richtlinien gedacht.

In der „Allgemeine Ziele" überschriebenen Einleitung finden die drei Aufgaben der jüdischen Erziehung, wie sie die Reichsvertretung schon in ihrer ersten Kundgebung definiert hatte, ihren Ausdruck; „dem herauswachsenden Geschlecht seelische Festigkeit, innere Widerstandskraft und körperliche Tüchtigkeit zu geben".[15] Von dem doppelten Urerlebnis des in Deutschland aufwachsenden Kindes ausgehend – dem jüdischen und dem deutschen – sollte die

---

[11] Dr. Erich Klibansky, Direktor des Kölner Realgymnasiums „Jawne", bezeichnete in einem Brief vom 23. Juni 1933 an den konservativen Frankfurter Rabbiner Jakob Horowitz die Mitglieder des Erziehungsausschusses als „Außenseiter, Rechtsanwälte, Literaten, liberale Geistliche und Dozenten".

[12] Otto Hirsch, ‚Die Reichsvertretung der deutschen Juden', in *Der Morgen*, IX (1934), S. 439 (die Hervorhebung im Text).

[13] *Jüdische Rundschau*, XXXVIII (7. Juli 1933); seinen ‚Rückblick und Ausblick' überschriebenen Artikel im September 1933 schließt Adolf Leschnitzer, Leiter der Schulabteilung der Reichsvertretung, bezeichnenderweise mit diesen Worten Martin Bubers (die Hervorhebung im Text).

[14] Ignaz Maybaum, ‚Der Sinn des deutschen Judentums', in *Der Morgen*, IX (1934), S. 408; vgl. den Entwurf einer geplanten Proklamation der Reichsvertretung, in dem „von dem Typus des deutschen Juden" die Rede ist, den es „zu läutern und zu erhalten" gilt. (Archiv LBI, Jerusalem).

[15] Siehe Anm. 9.

jüdische Schule ihre Schüler „zu guten Juden und zu guten Deutschen" erziehen. Jedoch steht „das Jüdische im Mittelpunkt des Unterrichts als ein alle Fächer durchdringendes Lehrprinzip". Dem jüdischen Lehrer wird also aufgetragen, sowohl „lebendiges Verständnis für die Ewigkeitswerte der jüdischen Religion und für das jüdische Leben der Gegenwart, insbesondere für das Aufbauwerk in Palästina" zu wecken als auch aufzuzeigen, „was jüdisches Sein und Denken dem deutschen Geist zu verdanken hat". Auf diese Weise glaubte Adolf Leschnitzer, Leiter der Schulabteilung, der von ihm ausgegebenen Losung „Vielfalt in der Einheit" gerecht zu weren.

Aber solche vielsagenden und daher vieldeutigen Formulierungen konnten in einer Zeit der noch eindeutig gegeneinander abgegrenzten Richtungen innerhalb des deutschen Judentums niemanden befriedigen. Daß der deutschtümelnde Verband nationaldeutscher Juden gegen die „jüdisch-völkische Tendenz" Sturm lief[16], und der auf seine militärische Vergangenheit pochende Reichsbund jüdischer Frontsoldaten die unter „zionistischem Einfluß entworfene Notstandsarbeit" verwarf[17], verwundert nicht. Doch selbst die gemäßigten, in der Erziehungsarbeit stehenden liberalen Schulmänner verurteilten die „palästinazentrischen Richtlinien" als einen Sieg der Zionisten.[18] Die angeblich so einflußreichen Zionisten wiederum waren ebenfalls von dem „Notbehelf" unbefriedigt, weil darin das lebendige, moderne Hebräisch zu kurz gekommen war.[19] Von orthodoxer Seite schließlich erhob man den Vorwurf: „Der gläubige Jude ist vergessen."[20] Eine positive Beurteilung fanden die „Richtlinien" nur in dem überparteilichen *Israelitischen Familienblatt:* anstelle der früheren Alternative „deutsche" *oder* „jüdische" Schule heiße es jetzt „deutsche" *und* „jüdische" Schule, und anstelle des bisherigen Bildungsideals des erfolgreichen Menschen sei das Ideal des „heroischen Juden" getreten.[21] Die in der Unterrichtspraxis stehenden Erzieher endlich machten klar, daß die einheitliche Kinderseele nicht der dualistischen Definition entspräche und daß die Bewährungsprobe der ‚Richtlinien' bei dem einzelnen Lehrer läge.[22]

Heute wissen wir, daß trotz aller Mängel die „Richtlinien" den Beginn einer langsamen, aber stetigen Entwicklung in der jüdischen Erziehung Deutschlands allgemein und insbesondere der neu gegründeten Schulen bezeichneten. Der schulische Alltag konnte in den folgenden Jahren von dem sich ständig verändernden Alltag des wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Lebens

---

[16] Studienrat Curt Ofner in *Der nationaldeutsche Jude*, 13, Nr. 1 (1934).

[17] *Der Schild*, 13, Nr. 2 (26. Januar 1934).

[18] In einer vom *Israelitischen Familienblatt* vom 1. Februar 1934 veranstalteten Rundfrage ‚Jüdische Schule im Aufbau'; jüdische Pädagogen zu den ‚Richtlinien' der Reichsvertretung.

[19] *Jüdische Rundschau*, XXXIX (16. Januar 1934) und Anm. 18.

[20] Siehe Anm. 18.

[21] Hilde Ottenheimer, ‚Das jüdische Erziehungsprogramm', in *Israelitisches Familienblatt*, XXXVI (3. Mai 1934).

[22] Julius Stern, ‚Die Zukunft der jüdischen Schule', in *Jüdische Rundschau*, XXXIX (13. April 1934).

nicht unbeeinflußt bleiben.[23] „Um der besonderen Situation der deutschen Judenheit gerecht zu werden", hatte die jüdische Volksschule, mit Zustimmung der Behörden, schon 1934 Englisch in ihren Lehrplan aufgenommen, ein Fach, das in Deutschland den höheren Schulen vorbehalten war. Neben dem Unterricht einer „modernen westeuropäischen Sprache" sollte " . . . den Volksschülern auch die Möglichkeit gegeben werden, ganz besonders auch das Neuhebräische zu erlernen". Dieser Vorschlag, dem „lebendigen Hebräisch" einen Platz innerhalb des Religionsunterrichts einzuräumen, stieß auf den Widerstand liberaler Gemeindevorsteher, und zionistische Eltern mußten sich mit fakultativen, von ihnen selbst finanzierten Kursen begnügen. Aber schon zwei Jahre später ging die Schulabteilung der Reichsvertretung so weit, die Einführung der sephardischen, in Palästina üblichen Aussprache des Hebräischen, auch für Bibel- und Gebettexte zu empfehlen.[24] In derselben Richtung der verstärkten Verbindung mit dem jüdischen Palästina lag die „Pflege des hebräischen Liedes", das jetzt gleichberechtigt neben das deutsche Volkslied trat. Die erhöhte Bedeutung Palästinas als Auswanderungsziel und als „geistiges Zentrum" kam in den neuen Fächern „Gegenwartskunde" und „Palästinakunde" zum Ausdruck. Auch der Erdkundeunterricht und selbst der Rechenunterricht dienten mehr und mehr der Vorbereitung auf die geplante, für viele unumgängliche Auswanderung. Der Religionsunterricht und „Jüdische Geschichte" – für säkulare Lehrer und Eltern ein „Religionsersatz" – vertieften die Verbundenheit mit der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland und in der Diaspora überhaupt, insbesondere aber auch zur alt-neuen Heimat. Im Rahmen eines erweiterten und vertieften Lehrplans konnte das angefeindete jüdische Kind die Antwort auf die quälende Frage „Habe ich den Antisemitismus nicht selbst verschuldet?" finden.[25] Darüber hinaus mußte der jüdische Schüler gegen den von außen eindringenen Ungeist gefestigt werden.[26] Die schon 1933 ausgesprochene Warnung Martin Bubers, daß „Macht" nicht „Vollmacht" bedeute und daß „nicht die All*macht* bloß, auch das All-Leid Gottes" ist,[27] wurde dem aufnahmebereiten Jugendlichen mehr und mehr verständlich. In diesem Geist warnte ein jüdischer Zeichenlehrer vor einer bildlichen Darstellung der untergehenden Ägypter oder des gehängten Haman und lehnten Turnlehrer sportliche Höchstleistungen als reinen Selbstzweck der Leibesübungen ab.

Mit der Veröffentlichung einer neuen Fassung der ‚Richtlinien' im Jahre 1937 fand die Hinwendung zum Jüdischen die offizielle Bestätigung der Reichsvertretung. Sämtliche Formulierungen, denen die „Zweiseelentheorie" zugrunde lag,

---

[23] Die folgenden Zitate und Beispiele sind – wenn nicht anders angegeben – den ‚Richtlinien' entnommen.

[24] Rundschreiben No. 7/36, 3. April 1936.

[25] So schon in der *C. V.-Zeitung*, X (25. Dezember 1931)!

[26] Beispiele für den Einfluß des Nazi-Deutsch auf den Stil jüdischer Schüler siehe in meinem Aufsatz ‚Jüdische Kinderaufsätze und Kinderbriefe in Nazi-Deutschland', *Bildung und Erziehung*, 33, Heft 4 (August 1980), S. 345, 347, 348.

[27] Martin Buber, ‚Geschehende Geschichte, ein theologischer Hinweis', in *Jüdische Rundschau*, XXXVIII (11. August 1933).

waren weggefallen. So z. B. fehlt die Formulierung, das jüdische Kind „in das deutsche Schrifttum einzuführen", und es erfolgt ein Hinweis auf „jüdische Lernstoffe in deutscher Sprache". Die „Heimatkunde" beschränkt sich auf die „jüdischen Elemente der näheren und weiteren Umgebung" – das „deutsche Heimaterlebnis" der alten ‚Richtlinien' ist dem jüdischen Kinde verlorengegangen. Auch die Pflege des „deutschen Liedes" hat keinen Platz mehr in der jüdischen Schule. Die „Palästina-Kunde" steht jetzt im Rahmen des Erdkundeunterrichtes an erster Stelle, und das vor wenigen Jahren noch umstrittene Hebräisch „ebnet den Weg, der zu dem wichtigsten jüdischen Auswanderungsziel, nämlich Palästina, führt". Die Erziehung ist eindeutig auf die Durchdringung der Schule mit jüdischem Geist ausgerichtet. Von dem dualistischen Bildungsideal des Jahres 1933 „Jawne und Fichte" ist nur noch „Jawne" geblieben.[28]

Diesmal nahm die jüdische Parteipresse die neuen ‚Richtlinien' kommentarlos zur Kenntnis und die jüdische Lehrerschaft begrüßte die Klarheit und Kompromißlosigkeit der veränderten Fassung.[29] Nur eines blieb unverändert: das Sendungsbewußtsein der älteren Generation, die sich – nicht zu Unrecht – als die wahren Erben des Humanismus ansah, der wie sie heimatlos geworden war. Diese Letzten einer großen geistigen Tradition wollten ihre Nachkommen „auch im Ausland und gerade in Palästina noch zu Trägern der deutsch-jüdischen Kultur erziehen".[30]

Die so angesprochene Jugend hatte für diese hochgestellten Erwartungen wohl kaum noch Verständnis. Die Sorge um die gesicherte Existenz verdrängte in steigendem Maße die Bereitschaft, sich mit theoretischen Problemen auseinanderzusetzen. Die Tagesgespräche in Schule und Elternhaus drehten sich mehr und mehr um Fragen der *Ausbildung* und nicht – wie ehedem – um Fragen der *Bildung*. Die Reichsvertretung kam denn auch dem Verlangen nach einer zweckgebundenen Berufsausbildung entgegen. Durch Erweiterung des Werkunterrichts bemühte sie sich, schon den Volksschüler zu einer dem jüdischen Kinde bisher ungewohnten „Berufsgesinnung" zu erziehen.[31] Den Schulentlassenen standen neugegründete Einrichtungen wie das 9. Schuljahr mit Betonung manueller Betätigung und die weiterführende „Vorlehre" offen. Beide Institutionen litten unter einem überladenen Stundenplan, da man, trotz der um sich greifenden „Bildungsresignation", an der Idee einer integralen „Bildungsstätte, Werkstätte und Stätte des jüdischen Geistes" festhielt.[32] Wenn die besorgte Warnung der jüdischen Pädagogen, daß die fachliche Ausbildung nicht einem „Austrittsbillet aus der europäischen Kultur"[33] gleichkomme, nicht verfing, bemühte man

---

[28] Dies die Parole eines jungen Liberalen (Heinz Cohn): ‚Gegenwartsfragen jüdischer Erziehung', in *Der Morgen*, 9 (1933), S. 36.

[29] *Israelitisches Familienblatt*, XXXX (31. März 1938), Dr. A. Jonas, ‚Für die jüdische Schule', und XXXX (26. Mai 1938), ‚Jüdische Erziehungsbewegung; ein Rückblick auf fünf Jahre'.

[30] Ernst Löwenberg, *Gedanken über die Aufgabe einer jüdischen Schule 1937* (Ms.), LBI Archives, New York.

[31] ‚Erziehung zum Handwerk – eine Aufgabe der jüdischen Schule', in *Gemeindezeitung für den Synagogenbezirk Düsseldorf*, Sonderausgabe: Jüdisches Handwerk und Gewerbe, 20. Januar 1936.

[32] *Jüdische Schulzeitung*, 1. Juni 1936.

[33] ‚Beruf und Bildung', in *C. V.-Zeitung*, XVII (3. März 1938), Leitartikel!

sich, der Jugend klar zu machen, daß Bildung überall nütze.[34] Im allgemeinen konnte man die Abwendung von den „unpraktischen" Bildungsfächern nicht aufhalten. Dagegen war das konkretere Ziel, „junge, aufrechte Juden" heranzubilden, „die imstande sind, das Leben zu meistern", durchaus erreichbar.[35]

Nach der Pogromnacht vom November 1938 verloren die theoretischen Diskussionen ihren Sinn. Für die noch in Deutschland verbliebene jüdische Jugend galt es nur noch, „eine Schule zu schaffen, die sie auf ein Leben harter Arbeit vorbereitet, eine Schule, die den Bedürfnissen der Auswanderung angepaßt ist. Mit Ernst und Verantwortungsbewußtsein muß versucht werden, die Kinder zu lebenstüchtigen, arbeitsamen und bewußten jüdischen Menschen zu erziehen".[36] Den selbst schwergeprüften, auf ihrem Posten ausharrenden Lehrern sagte in dieser letzten Periode des deutschen Judentums die für die Erziehung verantwortliche Paula Fürst: „Bisher haben wir Geschichte gelernt, jetzt erleben wir sie."[37] Das gemeinsame Erleben des sich zusehends verengenden Lebensraumes und der drohenden Deportation stellte Lehrer wie Schüler vor unvorhergesehene seelische Anforderungen. Je mehr die Existenzmöglichkeiten in Deutschland sich verringerten, um so näher lag die Versuchung, die Schule in eine „pädagogische Provinz" zu verwandeln, die Lehrer und Schüler für gezählte Tagesstunden dem grausamen Alltag entrückte. Die sich ihrer Verantwortung durchaus bewußten jüdischen Lehrer sahen keine andere Möglichkeit, als nach der Theorie des „als ob" zu handeln[38], eine Theorie, die auch hinter der Pädagogik des großen jüdisch-polnischen Pädagogen Janusz Korczak stand. Oder hätten die Lehrer ihre Schüler angesichts der nahenden Vernichtung auf Tod und Blutvergießen vorbereiten sollen, wie es eine sich aufbäumende Schülerin des Krakauer jüdischen Gymnasiums forderte[39]:

„Stets habt ihr uns gelehrt,
dem Schönen, Guten, Wahren nachzustreben,
habt uns verzaubert
mit der Dichter Wort,
habt uns gelehrt,
auf Flügeln der Begeisterung
über den Alltag uns emporzuschwingen
und unsern Geist
in die Geheimnisse des Lebens zu versenken.

---

[34] ‚Hand und Kopf? Zum Problem der Berufswahl unserer Kinder', in *Israelitisches Familienblatt*, XXXVIII (3. November 1936).

[35] Lehrplan der Aufbauklassen (9. Schuljahr), Breslau.

[36] Paula Sara Fürst, ‚Das jüdische Schulwesen', in *Jüdisches Nachrichtenblatt*, 14. Juli 1939.

[37] Aussage von Elias Hurwicz (Berlin) in einem Gespräch mit dem Verfasser, Juli 1967.

[38] Dr. Alberto Jonas (Hamburg) an Dr. Erich Klibansky (Köln), beide Opfer der Verfolgung, in einem Brief vom 18. August 1941 (Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW/TT 73).

[39] Helga Blumengraber, ‚An unsere Lehrer' (in deutscher Übersetzung) bei Inge Deutschkron, ... *denn ihrer war die Hölle. Kinder in Gettos und Lagern*, Köln 1965, S. 149–150.

Ihr lehrtet uns das jauchzende Entzücken
am Zauber des Gedichts,
die nimmermüde Lust,
der rätselhaften Schöpfung verborgnen Sinn
zu suchen
und vor des Menschen Genius
andächtig unser Knie zu beugen.

Sind meine Leiden jetzt der Preis dafür,
und daß ich ohne Waffen bin für diese Welt?

O hättet ihr uns doch gelehrt,
hervorzuspringen aus dem Hinterhalt,
mit starkem Griff das Leben am Genick zu packen,
es mit geballter Faust zu treffen zwischen beide Augen,
so daß es taumelt
und in die Knie geht!
Hättet ihr uns gelehrt zu schreien,
daß man uns hört,
und wie man eine Türe eintritt,
und wie man treten muß, damit man uns nicht tritt!
Und unsre Augen zu gewöhnen
ans grelle Rot von Blut!

Habt ihr denn wirklich nicht gewußt,
gelehrte, weise Professoren,
daß Menschlichkeit auf dieser Erde
kein Dach mehr hat?
Warum habt ihr in unsre Seelen
Sehnsucht gesät?"

Lehrern wie Schülern blieb die letzte Bewährungsprobe nicht erspart. In der Stunde der Versuchung – so lehrt ein Midrasch – steht dem jungen Menschen das Bild seines Vaters vor Augen und bestimmt sein Verhalten. Auf die schulische Erziehung abgewandelt, dürfen wir sagen, daß die geistige Gestalt ihrer Lehrer den jüdischen Schülern, denen es versagt blieb, ihre „körperliche Tüchtigkeit" zu erproben, die Stärke verlieh, ihre „seelische Festigkeit" und „innere Widerstandskraft" unter Beweis zu stellen. Am Ende meiner Ausführungen mögen die Schlußworte eines Briefes stehen, den ein Neunzehnjähriger am Vorabend seiner Deportation im Jahre 1944 an seine Eltern richtete: „Glaube und Hoffnung, Mut und Wille, sie werden uns allen helfen, diese Zeit zu durchstehen, um nachher an unsere Arbeit gehen zu können. Nun möchte ich Euch, liebe Eltern, bitten, nur ja nicht mutlos zu werden und Euch nicht in Weinen und Klagen zu begraben. Ihr könnt es dadurch nicht ändern, sondern macht es mir dadurch noch schwerer. Bleibt stark, sagt Euch nicht gegenseitig, wie es hätte sein können, sondern glaubt an die Wiedervereinigung. Hofft auf die Zukunft, haltet

Mut (Euch) durchzusetzen und habt den Willen zu leben für uns, Eure Söhne. Hisku weimzu, lanu heatid." (Bleibt stark und fest, uns gehört die Zukunft.)[40]

English Summary

Jewish primary and secondary education was intended to make Jewish young people feel more at home in Judaism and aware of their own special identity, thereby fostering spiritual resistance in an hostile environment.

The creation of a Jewish school system in Germany after 1933 came about when Jewish children were forced to leave public schools, and was not least the consequence of a massive effort on the part of the *Reichsvertretung*. Its Board of Education, consisting of liberal, Zionist and Orthodox representatives, agreed that the only possible solution was a "standard school" *(Einheitsschule)* with a uniform curriculum.

The guidelines established in retrospect appear to have fostered a slow yet steady reorientation towards Jewishness. At the same time, the focus on general education *(Bildung)* shifted steadily in favour of vocational training *(Ausbildung)*.

Those Jewish teachers who remained in Germany after the November pogrom of 1938 deserve special credit for having instilled in their pupils a sense of their own dignity as Jews and human beings.

[40] Siehe Walk, ‚Jüdische Kinderaufsätze', *loc. cit.*, S. 352.

Michael Daxner

Die Private Jüdische Waldschule Kaliski in Berlin, 1932–1939

> „Wieso gibt es eigentlich noch Juden? –
> Wenn man jüdische Literatur, besonders die ‚belletristische', verfolgt, möchte man es nicht für möglich halten. Da liest man fast nichts als Elend, Sorge, Grauen und Vernichtung. Das Furchtbare ist, daß die Zustände und Vorfälle, aus denen diese Historien, Romane und Novellen schöpfen, in der Tat auf Wirklichkeit beruhen . . . Sind Schwere, Dumpfheit, Beladenheit ‚jüdisch'? Oder nicht vielmehr aufgezwungen, also antijüdisch?"
>
> Rudolf Frank, Ahnen und Enkel, *Jüdische Buch-Vereinigung*, Berlin 1936 (S. 7f.)

Die Aufmerksamkeit der Historiker und der Öffentlichkeit konzentriert sich bei der Verarbeitung des Nationalsozialismus und der Schrecken des Holocaust allzuoft auf die Machtübernahme des Jahres 1933 und die organisierten Schrekken der Vernichtung in den Todeslagern. Aber es gab nach 1933 ein – ständig stärker bedrohtes, immer mehr eingeschränktes – Leben. Es gab einen Alltag, auch einen der jüdischen Menschen, und es gab Kindheit. Wir müssen Peter Brückner zustimmen:

> „Immer sind es unsere Theorien, die der Macht – des NS-Staats, des Staats überhaupt, des Kapitals – eine Totalität des Zugriffs einräumen, die die Macht wohl anstrebt, aber eben nur in unseren Theorien erreicht. Immer bleibt deshalb eine Kindheit im Faschismus eine Kindheit."[1]

Kindheit, Jugend – das bedeutet immer ein soziales Verhältnis des einzelnen Menschen nicht einfach zur „Macht", sondern zu Familie, Schule, Freunden, Spiel – kurz: zu einem wechselhaften Konstrukt von Öffentlichkeit und Privatheit. Die Konzentration auf nur einen dieser Pole würde nicht nur die Geschichtstradition, sondern auch die Verarbeitung der Vergangenheit erschweren oder unmöglich machen. Wir leiten diese Fallstudie mit einem Zitat von Peter Brückner ein, weil er beispielhaft die Veränderungen von Schülern und Schulsystem nach 1933 in der öffentlichen Schule beschrieben und analysiert hat. Diese Analysen sind als Vergleichsmaßstab um so wichtiger, als die zahlreiche dokumentarische Literatur sehr selten die soziale Befindlichkeit von Schülern und Lehrern in einem mehr als situativen Kontext zeigt. Hier müssen auch die regionalen Schulgeschichten noch einiges aufholen.

[1] Peter Brückner, *Das Abseits als sicherer Ort*, Berlin 1980, S. 25.

Kinder suchen sich ihre Schulen nicht selbst aus; die Gründe für Eltern, ihre Kinder *vor* und *nach* 1933 in die Privatschule Kaliski zu schicken, konnten nur teilweise identisch sein. Kinder erleben Schule auch nicht so, als wüßten sie von der Bedeutung *ihrer* individuellen und kollektiven Erinnerung für eine forschende und aufarbeitende Nachwelt. Dies bezeichnet auch die Grenze und den Nutzen subjektiver Darstellungen, die teilweise Jahrzehnte nach den Ereignissen gesammelt und ausgewertet werden. Die Biographieforschung, insbesondere im „nicht prominenten Bereich", ist hier ein notwendiges korrigierendes sozialwissenschaftliches Erfordernis.[2]

Uns interessiert die Kaliski-Schule aus vielen Gründen:

1. Ihre Gründung spiegelt einen „reformpädagogischen"[3] Impetus, dessen Hoffnungen 1932 noch keine Vorahnung des Kommenden praktisch werden ließen, obwohl man derartige Vorahnungen schon durchaus haben konnte.
2. Ihr Bestand als *jüdische* Privatschule bedeutete schon Widerstand durch die Weiterexistenz des pädagogischen Konzepts, das einen Alltag zur „Gegenkultur" zu formen vermochte, ohne mit dieser Prätention sich zu gefährden – was bald geheißen hätte: sich auszulöschen.[4]
3. Ihr Bestand als Reflexionsort von *Judentum* hat eine *Identität* geschaffen, die vor 1933 den meisten assimilierten jüdischen Bürgern fremd gewesen wäre.

---

[2] Die unzähligen Alltagsgeschichten, die z. B. anläßlich der Gedenktage 1983 und danach publiziert wurden, haben sicherlich eine Menge Faktenwissen zutage gefördert, das sich mit objektivierend-distanzierter Geschichtsschreibung nur schwer hätte rekonstruieren lassen. Auf der anderen Seite ist Geschichte „als kollektive Erinnerung" (Enzensberger) nicht zuletzt an Ereignisse mit gebunden, deren Erinnerungswürdigkeit ein gewisses „objektives" Maß annehmen muß, um nicht völlig beliebig zu werden. Zur neuen biographietheoretischen Diskussion vgl. M. Kohli/G. Robert (Hrsg.), *Biographie und soziale Wirklichkeit*, Stuttgart 1984.

[3] Der Begriff der Waldschule ist nicht einfach aus den Werken von Lietz abzuleiten. Vgl. Dokument A, S. 1. (Kopien der Dokumente im Besitz des Verfassers.) Auch scheint von Lietz selbst nicht allzuviel übernommen worden zu sein, und ob Lotte Kaliski dessen maskulinen und antisemitischen Nationalismus geschätzt haben würde, muß bestritten werden. Vgl. Rudolf Lassahn (Hrsg.), *Hermann Lietz*. Paderborn 1970, S. 181 ff. Über „Waldschulen" gibt es eine aufschlußreiche Nachkriegsveröffentlichung mit Originalerlassen von 1906 (zur Einrichtung von Waldschulen) und von 1926 (Unterweisung der Schuljugend in der Gesundheitslehre, ausgefertigt von C. H. Becker), Triebold, Ritter und Triebold: *Die Freiluftерziehung in ihrer Bedeutung für die Volksschule*, Köln–Opladen 1965; hier allerdings wird auf das physiopsychologische Moment erheblich mehr Wert gelegt als auf das pädagogische. Zu Vergleichszwecken mag das Schicksal des Gründers der Odenwaldschule, Paul Geheeb, nach 1933 dienen: Er ging mit einem „Teil der Schule" ins Exil. Vgl. Walter Schäfer, *Paul Geheeb*, Stuttgart 1962, S. 71 ff. Nicht zu subsumieren ist das Konzept wohl unter die Entwicklungslinie „pädagogische Provinz", vgl. Literaturübersicht in Manfred Hohmann, *Die Pädagogische Insel*, Ratingen 1966. Über den „Inselcharakter" als *jüdische* Schule allerdings müßten weitere Überlegungen angestellt werden. Ein wesentliches Moment zum Begreifen der Bedeutung von „Waldschule" sind die großstädtische Agglomeration Berlins und die sozialen Funktionen von größeren Freilandflächen wie dem Grunewald, auch was einander überschneidende Bedürfnisse nach Erholungsraum, großbürgerlichem Anwohnergebiet usw. betrifft.

[4] Diese Tatsache ist eine der Grundlagen neuerer Ansätze, den Alltag neu zu bewerten, ohne ihn zu verharmlosen. Wenn man von der Tagesarbeit jüdischer Organisationen im kulturellen Bereich erfährt, sie sei erfolgreich gewesen, dann sind es gerade die widerständigen Bedingungen, unter denen dieser Erfolg erst gewürdigt werden kann. Das führt z. B. Kurt Düwell auf der "International Conference on German Jews", Clark University, Oktober 1983 aus. Siehe nunmehr: Kurt Düwell, 'Jewish Cultural Centers in Nazi Germany: Expectations and Accomplishments', in Jehuda Reinharz/Walter Schatzberg (Hrsg.), *The Jewish Response to German Culture. From the Enlightenment to the Second World War*, Hanover, New England–London 1985, S. 294–316.

Gerade solche Bürger aber dürften sehr viel mehr Interesse an Reformpädagogik gehabt haben als das nichtassimilierte orthodoxe Judentum.

4. Daß die Schule auf Emigration, d. h. auf *Exil,* vorbereiten konnte und wollte, muß als Rationalität im Paradox des Bestehens verstanden werden: Die Juden, die nach 1933 Deutschland weder verlassen wollten noch konnten, mußten ja lernen, ihre Situation im historischen Prozeß zu begreifen. Und hier ist der Lernprozeß im schulischen Bereich mit Sicherheit schwieriger und längerfristig als z. B. bei Künstlern oder Wissenschaftlern. Zum einen handelt es sich in jenen Kulturbereichen um reine Erwachsenenwelten, zum anderen kann von einer gewissen Internationalisierung, wenigstens im „prominenten" Sektor, ausgegangen werden. Gründe, die das Verhalten und den Lernprozeß maßgeblich beeinflußt haben dürften, waren die persönlichen und familiären Bindungen der jeweils betroffenen „Hauptpersonen". Im schulischen Bereich sind die gleichen Probleme wie überall vorhanden, nur noch verstärkt durch die Auseinandersetzung zwischen den Generationen und die sehr unterschiedliche Wahrnehmung der Realität durch Kinder und Erwachsene. Das Ergebnis dieses Lernprozesses an den ehemaligen Schülerinnen und Schülern der Kaliski-Schule darzustellen, ist für die Rekonstruktion des damaligen Schulalltages von besonderer Bedeutung.

Im Bereich der reinen Schulhistorie kann man eine Menge berichten, aber dies scheint uns für den heutigen Zweck nicht so wichtig, weil die Privatschule Kaliski sich in vieler Hinsicht natürlich nicht von anderen Schulen mit aufgearbeiteter Geschichte unterschieden hatte.[5]

Wir haben nun eine recht differenzierte Kenntnis von der Geschichte der Privaten Jüdischen Waldschule Kaliski und von den Menschen, die diese Geschichte gegen den Erfolg der Macht zu machen versuchten. Frau Lotte Kaliski, die heute in New York eine Schule für Behinderte leitet, hat viele Dokumente gerettet und eine kurze Biographie verfaßt. Frühere Schülerinnen und Schüler treffen sich regelmäßig, sofern sie miteinander Kontakt halten: Die meisten derer, die ihre Schulerinnerungen wachhalten, haben in den USA ein Emigrationsland gefunden. Es gibt aber auch Kontakte nach anderen Ländern, vor allem Großbritannien und Israel. Von ihnen gibt es Reminiszenzen an die Schulzeit und Reflexionen des längeren Lebens im Exil, das später zur neuen Heimat für viele werden sollte.

Briefwechsel, mündliche Berichte, Schulmaterialien, Schülerarbeiten vervollständigen die Unterlagen.

---

[5] Die Institutionengeschichte herausgehobener Schulmodelle, besonders der Reformpädagogik, ist auch kritisch sehr weit entwickelt (z. B. über die Odenwaldschule). Die Geschichte der „normalen" Alltagsschule ist viel stärker unter dem Aspekt gesellschaftlich vermittelter Durchschnittseffekte mit der Ideengeschichte verknüpft als die der Modellschulen. Hier hat die Historiographie von Schulversuchen der neuesten Zeit die sozialen *und* subjektiven Faktoren umfassender als je zuvor aufzuarbeiten versucht (der Beginn wurde in den sechziger Jahren mit der Bewertung von *Summerhill* gemacht, heute kann man von einer weitgehend integrierten historischen und systematischen Aufarbeitung solcher Modelle wie Glocksee/Hannover sprechen). Auch die Waldorfschulen haben ihre Geschichte transparent machen müssen. Schulgeschichte ist nicht zuletzt zu einem Legitimationsinstrument geworden.

Spärlich sind nur die Auskünfte und Materialien, die Berliner Stellen zur Verfügung stellen können.[6] Wie gesagt, ohne die Umstände der Zeit wäre die Erinnerung nicht so wichtig, und so sind viele Reminiszenzen unter dem Aspekt des Überlebthabens, des Weiterlebens verfaßt, wo vielleicht den Kindern ihr mögliches Schicksal noch nicht, den Lehrern zu wenig bewußt gewesen war. Nun einige Angaben zur Schulgeschichte[7]:

Während der Weihnachtsferien des Jahres 1931 besucht eine junge Studentin aus Breslau eine Freundin ihrer Mutter in Berlin. Sie wird nie wieder nach Breslau zurückkehren, schon im Januar 1932 beschließt sie zu bleiben. Sie lernt die städtische Waldschule an der Heerstraße im Grunewald kennen. Dieses Vorbild und ihre bisherigen Kenntnisse über Idee und Wirklichkeit der Landschulheime lassen in ihr den Gedanken reifen, eine eigene „Waldschule" zu gründen. Bis auf einige Lehrerfahrung in Mathematik gab es außer dem Enthusiasmus wenig Grundlagen für dieses Schulexperiment. Aber mit erstaunlicher Energie und der Unterstützung ihrer mütterlichen Freundin, Grete Laband, schafft Lotte Kaliski das Erstaunliche: Am 7. April 1932 wird die Schule mit 26 Schülern aller Religionen eröffnet. Die erste Unterkunft bietet der Sportclub Charlottenburg (Eichkamp), denn eine schulspezifische Einrichtung ist noch nicht nötig. Die Zulassung erfolgt offensichtlich sehr unbürokratisch, Dokumente darüber gibt es keine mehr. Lotte Kaliski erinnert sich an einen Oberschulrat Hübner vom Provincial-Schulkollegium und einen Stadtschulrat Spanier, die daran beteiligt waren (Dokument 30). Finanziell gefördert wird das Unternehmen durch das Schulgeld der Eltern und durch Wilhelm Guttmann von der Charlottenburger Oper und seiner Frau Eva. Später erhält die Schule auch finanzielle Förderung durch die Grunewalder Familie Benjamin. Auch über die ersten Lehrer sind die Informationen spärlich. Sicher ist nur, daß Lotte Kaliski die Verantwortung der Schulleitung sehr bald mit Heinrich Selver teilt, der für die Außenvertretung zuständig wird. Nach der Machtergreifung der Nazis wird der Sportclub nazifiziert, die Schule zieht in den Grunewald, in die Bismarckallee 37, um. Nun erfolgt zwangsläufig eine jüdische Reorientierung. Die Schule erhält ihren endgültigen Namen „Private Jüdische Waldschule Kalis-

---

[6] Angeschrieben wurden u. a. das Pädagogische Zentrum Berlin, der Senator für Schulwesen, die Schulabteilungen aller Westberliner Bezirksämter, das Landesarchiv, das Berlin Museum, die Jüdische Gemeinde zu Berlin, das Zentrum für Antisemitismusforschung und einige Einzelpersonen. Die Auskünfte der offiziellen Stellen waren durchweg negativ, zum Pädagogischen Zentrum vgl. Anm. 9.

[7] Ich stütze mich hier vor allem auf die "Memories" von Lotte Kaliski, die sie im Dezember 1983 maschinenschriftlich abgefaßt hat (Dokument A, Kopie im Besitz des Verfassers). Viele Details wurden (und werden noch immer) durch mündliche Ergänzungen hinzugefügt bzw. korrigiert. Die größte Schwierigkeit bei der Rekonstruktion der Schulgeschichte bestand in der Sammlung von Aufgaben zu den eigentlichen Gründungsakten. Unterlagen hierzu werden noch weiter gesucht. Lotte Kaliski weist mich ausdrücklich darauf hin (Brief vom 20. September 1983), daß ihr weder Freunde noch Eltern bei der Gründung der Schule „geholfen" noch diese „unterstützt" hätten. Entscheidend war: "The miracle was that they were impressed with my personality and presentation, and obviously believed in me." *(ibid.)* Daraus folgt, daß die spätere Förderung (S. 6) erst *nach* der Etablierung der Schule eingesetzt haben kann. Dokumente, die einfach die "Memories" stützen, werden nicht eigens als Belegstellen erwähnt.

ki" und darf nur mehr jüdische Schülerinnen und Schüler unterrichten. Entlassene jüdische Studienräte bewerben sich nun zahlreich, viele jüdische Familien aus der Provinz und aus Berlin bilden eine „Kerngruppe" der Schule. Die Namen von mehr als fünfzehn Lehrern können rekonstruiert werden, leider sind die Unterlagen dazu am Pädagogischen Zentrum nicht sehr ausführlich. Die meisten Lehrenden waren assimilierte Juden. Die Realität hat ihnen aber „bewußtes Judentum" nahegebracht. Sehr bald werden jüdische Feiertage gefeiert. Während des Purimfestes 1934 erfolgt eine Schließungsanordnung, damals aber ist noch ein gewisser Verhandlungsspielraum möglich, und die rein jüdische Schule wird endgültig genehmigt. Zwei nicht-jüdische Wirtschafterinnen müssen – möglicherweise als Spitzel – eingestellt werden, setzen sich aber sehr effektiv für die Schule ein. Das jüdische Element wird im Unterricht systematisch verstärkt: Jüdische Geschichte, Zionismus, Landeskunde Palästinas, Hebräisch werden Unterrichtsgegenstände. Die Schule wächst und diversifiziert das Curriculum, sie ist auch offen für Außenkontakte, z. B. für künstlerische Darbietungen des jüdischen Kulturbundes. Als die Schule 1936 in die große Anlage Im Dol 2–6 übersiedelt, trägt sie als Schulbezeichnung die Angaben: „Grund- und Volksschule, Höhere Privatschule, Englische Examensausbildung – Knaben und Mädchen, Tagesinternat" (Dokument 26/1). Ein ehemaliger Schüler führt die Übersiedlung nach Dahlem auf politischen Druck im Grunewald zurück (Dokument 3, S. 3), jedenfalls war die neue Anlage außerordentlich großzügig – so großzügig, daß die endgültige Schulschließung 1939 unter dem Nachfolger Heinrich Selvers, dem Schulleiter Jacob, unter anderem deshalb erfolgte, weil Ribbentrop das Haus als persönliche Villa beanspruchte (Dokument 18). Ungefähr um diese Zeit (1936) wird die Perspektive der Emigration ein zentraler Fokus der schulischen Ausbildung, was sich nicht nur im Sprachunterricht niederschlägt. Immerhin werden die besten Schüler auf das Cambridge-Examen vorbereitet, welches das Konsulat Großbritanniens akzeptiert. Spätere Erwachsenenkurse ermöglichen die *Proficiency Examination*. Auch französische Examina werden vermittelt. Damit wird einer realistischen Position Rechnung getragen, weil nach 1936 niemand mehr daran denken kann, als Jude ein perspektivenreiches Leben im Nazireich zu führen, wenn es je vorher möglich gewesen ist. Lotte Kaliski selbst schreibt, daß sie 1932 die schwarzen Wolken am politischen Horizont noch nicht wahrgenommen hätte. Sie und Heinrich Selver emigrieren im August 1938 in die USA, unterstützt von Dr. John Elliot, dem Organisator der *Ethical Culture Society*. Die Schule wird noch bis zu ihrer Schließung vom Nachfolger Heinrich Selvers, Jacob, geleitet.

In vieler Hinsicht ist diese Geschichte repräsentativ, wenn man die vergleichbaren Schulgeschichten jener Zeit heranzieht. Ihre Besonderheiten liegen sicherlich in der Verbindung der Persönlichkeiten von Lotte Kaliski und ihrem Kollegium mit dem pädagogischen Konzept, mit dem fachübergreifenden kulturellen Anspruch einer Vorbereitung auf die Emigration, und vielleicht auch mit dem Eliteanspruch, der aus den Überlebensanforderungen abgeleitet wurde und eine zugleich praktische und intellektuelle Gültigkeit für beide Geschlechter haben

sollte (Dokument A, S. 8). Die Schule ist den Repressionen der damaligen Zeit natürlich in vielfältiger Weise ausgesetzt. Als ein Spitzel namens Neumann die Schulleitung denunziert, werden Lotte Kaliski und Selver zur Gestapo vorgeladen und müssen sich dafür verantworten, daß einige Schüler angeblich die Hakenkreuzfahne mit Füßen zertrampelt hätten. Wie die beiden heil aus diesem Verhör herausgekommen sind, ist Lotte Kaliski nicht mehr klar. Unmittelbar nach dem Verhör läuft ihnen der Spitzel Neumann im Gestapo-Hauptquartier über den Weg, und der soeben aus dem Verhör entlassene Heinrich Selver verprügelt ihn. Von dem Spitzel ward nie wieder etwas gesehen, und der Vorfall blieb glücklicherweise folgenlos.

"We employed one teacher whose references described him as a Jew, of whom, however we were not sure that he was Jewish. Our relationship was tense. Before we had made up our minds to make a change Heinrich and I were called to the Gestapo at Alexanderplatz. I don't recall what we felt when we approached the infamous headquarters of the Gestapo. Looking back I feel numb. I think it was sort of a hearing and we discovered that Neumann – I think that was the name of the spy we had unwittingly employed – was there. It turned out that we were subjected to a vicious denunciation. That man had apparently been in cahoots with our neighbors on Bismarck-Allee who turned out to be horrible antisemites. The complaint was: our children haetten die Hakenkreuzfahne mit Fuessen zertrampelt. How we ever got out of that hearingroom remains a miracle. Any rejection of that monstrous lie and defense on our part would have been useless. A short time later, Heinrich and I left that room. I cleared of any aggressive action against the rulers of the Reich. When we met up with Neumann in the corridor of the Gestapo headquarters, Heinrich Selver was so enraged and provoked that he physically attacked that spy and it came to an unbelievable fight in that corridor. That spy was far inferior to Heinrich's physical strength and he ran away never to be seen or heard of again." (Dokument A, S. 6.)

Eine weniger offenkundige Widerstandslinie sieht Lotte Kaliski selbst darin, daß das Provincial-Schulkollegium noch einige Zeit nach 1933 nicht vollständig auf die Linie der Nazis eingeschwenkt war, eine Beobachtung, die auch aus anderen Schulbereichen bisweilen berichtet wird.

Wir haben schon erwähnt, daß die Emigration zu einem natürlichen und zugleich paradoxen Fokus der gesamten Schularbeit geworden war. Emigration und Exil sind in der Literatur und den Künsten vielfältig thematisiert worden. Insbesondere zu den traurigen 50-Jahr-Feiern des Jahres 1983 wurde hier ein neuer Anstoß zu Forschung und Dokumentation gegeben.[8] Es ist nicht verwunderlich, daß dieses Thema auch Bestandteil der noch zugelassenen jüdischen Kulturreservate während der ersten Jahre des Schreckensregimes, bis etwa 1938, war. Dies spielte sich nicht nur in der „großen" Welt der anerkannten und prominenten Kulturproduktion ab, sondern wahrscheinlich viel drastischer im Alltag der jüdischen Gemeinden und Familien. Der im Motto dieser Ausführungen bereits erwähnte Roman von Rudolf Frank belegt dies mit seinen stereotypisierten Personen exemplarisch. Der Roman erschien in einem sicherlich von der

[8] Vgl. Ernst Loewy, ‚Das Erinnerungsjahr 1983. Eine kritische Bilanz', in *Nachrichtenbrief der Gesellschaft für Exilforschung*, 1–2 (März 1984), S. 9–34, sowie die Bibliographie von Kieser *(ibid.)*.

Zensur überwachten jüdischen Verlag in Berlin. Emigration war also ein wichtiges Thema. In den Materialien der Schule findet sich dazu eine ganze Menge von Hinweisen und Dokumenten, von satirischen Kochrezepten (Dokument 34 Ernst Schlochauer) bis zu längeren schriftlichen Ausführungen.

Zwei Aufsätze von Elfjährigen aus dem Jahre 1938 zum Thema „Hans X... ausgewandert!" sind erhalten. Sie reflektieren zwei sehr unterschiedliche Haltungen zum selben Thema. Im Aufsatz des einen Schülers zerbricht sich ein Junge den Kopf, *wieso* eigentlich es das „Schicksal des Judentums (ist), von einem Land ins andere zu wandern, ohne ein eigenes Land zu haben!", mit welchen Sätzen ihn die Mutter über die Emigration von Hans X zu trösten versucht. Und trotz allen Nachdenkens kommt er zu dem Schluß „Ich kam mir etwas zu klein, zu dumm, zu unwissend für das große ‚Wieso' vor!" Der andere Aufsatz endet anläßlich der Auswanderung mit einer gänzlich unterschiedlichen Perspektive: „Und da begriff er die unsägliche Traurigkeit des jüdischen Schicksals: überall verjagt, vertrieben und heimatlos! Und in seinem Herzen erwuchs die große Idee des Judentums: Nirgends zu Hause, aber überall aufrecht stehen und niemals untergehen!" (Dokument 26/7, Klassenarbeiten von Werner Blumenthal und Uli Meyers – 1938.)

An dieser Stelle der Schulgeschichte muß mit Bedauern die heutige Dokumentationslage vermerkt werden. Unterlagen und Lehrerlisten, wie sie etwa über die Privatschulen Dr. Vera Lachmann oder die Private Jüdische Waldschule Grunewald (geleitet von Frau Toni Lessler) existieren, finden sich z. B. im Privatschulanhang der Fragebögen für Höhere Schulen 1937 nicht. Im Schulverzeichnis 1938 ist die Schule zwar unter korrekter Adresse und Bezeichnung, aber irrtümlich unter Kindergärten rubriziert.[9] Den Mitarbeitern des Pädagogischen Zentrums ist diese Aktenlage auch nicht erklärlich, weitere Forschungen sind hier notwendig. Bedauerlich ist, daß kein Westberliner Bezirksamt, auch nicht die Jüdische Gemeinde und das Institut von Herbert Strauss an der Technischen Universität, irgendwelche Informationen zur Verfügung haben.

Einem großen Teil des ehemaligen Lehrkörpers und der Schüler mit ihren Familien scheint die Emigration gelungen zu sein, wenigstens gibt es nicht allzu viele Berichte über unmittelbare Opfer des Holocaust. Aber dies mag täuschen, weil die Schülerzahlen insgesamt sehr viel höher waren, als die Erinnerung der Überlebenden umfaßt. Diese Erinnerung ist ja in jedem Fall eine sehr stark persönlich gefärbte Überlebensgeschichte, in gewissem Sinn also eine Erfolgsgeschichte. Hier stoßen wir auf einen sehr interessanten Aspekt der Schule und ihrer Nachwirkungen. Von vielen ehemaligen Schülerinnen und Schülern, auch

---

[9] *Schulverzeichnis für 1938* (= *Die Erzieher Berlins*, 1938, Verlag Nationalsozialistischer Erziehung), S. 133 rubriziert unter ‚Kindergärten' folgenden Eintrag: ‚Jüdische Privatschule Kaliski, Im Dol 2–6, Grundschule und höhere Schule'. Der Fragebogen für 1937 für höhere Schulen fehlt nur für die Private Waldschule Kaliski, die anderen Privatschulen sind meines Wissens erfaßt. Dies ist um so erstaunlicher, als alle Schulleiter diesen Fragebogen für die statistische Rubrik ‚Privatschulen' ausfüllen mußten. Die Durchsicht der ausgefüllten Fragebögen anderer Privatschulen ergab keine Konkordanz mit Kaliski-Lehrern. Recherchen noch nicht abgeschlossen. Lehrernamenslisten wurden dem Pädagogischen Zentrum mit der Bitte um Nachforschungen übermittelt.

von Lotte Kaliski selbst ist zu erfahren, wie erfolgreich und prominent die meisten exilierten Schüler geworden waren. Es handelt sich überwiegend um Intellektuelle, künstlerische, pädagogische und vereinzelt politische Karrieren, jedenfalls ist die Mehrzahl von ihnen im professionellen Bereich angesiedelt.[10]

Wenn schon das nackte Überleben ein „Erfolg" war, der zum Teil auf die Vorbereitung durch die Schule zurückgeführt wird, dann liegt es nahe, den persönlichen und beruflichen Erfolg ebenfalls dieser Schule zuzuschreiben. Das kann man zwar in einigen persönlichen Gesprächen angedeutet hören, Belege gibt es dafür wenige. Erwähnt sei jedoch ein ganz wesentlicher: Die Schule scheint ganz ausgezeichnet auf die weitere Ausbildung in Exilländern, vor allem in Großbritannien, vorbereitet zu haben. Die dort herrschenden – und von einigen kritisierten – Schulverhältnisse wurden nichtsdestotrotz ertragen und erfolgreich bewältigt. Die Kategorie des Erfolgs ist in der Exilforschung eine der problematischsten. Für den Historiker Möller war das kulturelle Exil nicht bloß Bestandteil des Verlusts an deutscher Kultur, sondern in gewisser Weise auch eine Kompensation durch die Internationalisierung von Kunst und besonders Wissenschaften, welches also einem von den Nazis durchaus unerwünschten Nebeneffekt gleichkam.[11] Darüber, ob die verschiedenen Exilländer die in Deutschland bereits entwickelten Dispositionen verstärkt oder abgeschwächt haben, gibt es keine statistischen Übersichten, aber es gibt durchaus belegbare Vermutungen für die verschiedenen Entwicklungstypen. Daß die im persönlichen und/oder beruflichen Bereich Erfolgreichen, d. h. in ihren neuen Heimatländern letztlich Anerkannten, möglicherweise weniger Schwierigkeiten mit der Verarbeitung ihrer Geschichte haben als die anderen, muß jedenfalls als Hypothese bestehen bleiben.

English Summary

In April 1932, Lotte Kaliski, with the help of friends and parents, founded a progressive private primary and secondary school in the Berlin suburb of Grunewald. Soon after the Nazis came to power, the school took on a decidedly Jewish character with most of the students and teachers being "assimilated" Jews who were forced to leave the state system.

As time went on, growing self-understanding and self-awareness led to an increasingly Jewish orientation. The curriculum eventually included the study of the Bible and Jewish history as well as Hebrew and the geography of Palestine.

After 1936, all instruction concentrated on preparation for emigration. The adaptation of the curriculum to the British and French models and the introduc-

[10] Es lohnt darüber nachzudenken, wieweit die Exilierten ähnliche intellektuelle und professionelle Entwicklungen genommen hätten, wenn sie Deutschland nicht hätten verlassen müssen. Vgl. dazu die kontroverse Position von Horst Möller, *Exodus der Kultur*, München 1984, v. a. S. 105, 117f. gegenüber der Mehrheitsauffassung vom total-irreversiblen Verlust für die Deutsche Kultur. In bezug auf Lehrer und Schüler ist das noch komplexer als bei Wissenschaftlern und Künstlern.

[11] Möller, *ibid.*, S. 22.

tion of English and French proficiency examinations helped build a first bridge to their new homelands for many of the students. The valuable documents Lotte Kaliski and her former students brought with them into emigration as well as their personal recollections present a unique picture of everyday resistance to Nazi oppression.

Herbert Freeden

Kultur „nur für Juden": „Kulturkampf" in der jüdischen Presse in Nazideutschland

Es wäre anmaßend, zum Thema „Kultur – nur für Juden", welches sich auf die Zeit in Nazideutschland bezieht, erschöpfend über die weite Spanne kulturellen Schaffens sprechen zu wollen. Dieses würde den hier gesetzten Rahmen sprengen. Deshalb soll hier lediglich von einem Aspekt der kulturellen Szene die Rede sein, der künstlerischen Tätigkeit deutscher Juden in den Jahren 1933–1938 – Theater, Musik und bildende Kunst –, die allerdings einen breiten Raum jüdischen Lebens in jener Zeit ausfüllte, weil sie zu einem großen Publikum sprach und ein Medium zur Verfügung hatte, die jüdische Presse, auf deren Forum die Problematik jüdischer Kulturarbeit aufgerollt wurde. Professor Jacob Katz hat darauf hingewiesen, daß bereits zu Anfang des neunzehnten Jahrhunderts das Theater eine wichtige gesellschaftliche Rolle im jüdischen Leben spielte. In der Stadt Posen z. B. hatten jüdische Familien ihre festen Tage für den Besuch des Theaters, wo sie ihre Freunde und Verwandten trafen. Daß dies nicht nur für Posen galt, geht aus dem Verlust hervor, den die jüdischen Bürger Wiens erlitten, als 1881 das Ringtheater abbrannte und die Zahl der Opfer so groß war, daß die jüdische Gemeinde Trauer anlegte.[1]

Lange Zeit sahen die Juden im Theater eine Kompensation für ihren inferioren sozialen Status, ein Surrogat für mangelnde bürgerliche Gleichberechtigung, einen Ersatz für fehlendes politisches Wirken. Sie bildeten ein interessiertes Publikum und gleichzeitig einen nicht unwesentlichen Teil der Schauspieler.[2]

Am 1. April 1933, dem „Boykott-Tag", und in den ihm folgenden Monaten verloren, wie andere Berufsgruppen auch, jüdische Schauspieler, Regisseure, Intendanten, Dirigenten, Bühnenbildner, Sänger und Instrumentalisten ihren Wirkungskreis. Eine Organisation, der Kulturbund deutscher Juden[3], wurde gegründet, um einen Teil der plötzlich arbeitslos gewordenen Künstler aufzu-

---

[1] *Mitteilungsblatt des Irgun Olei Merkas Europa (MB)*, Tel-Aviv, Nr. 38/39 (26. September 1984) auszugsweise aus „Commentary" nach einem Referat an der Clark University, Oktober 1963. Siehe nunmehr Jacob Katz, ‚German Culture and the Jews', in Jehuda Reinharz and Walter Schatzberg (eds.), *The Jewish Response to German Culture. From the Enlightenment to the Second World War*, Hanover, New England–London 1985, S. 88. Ebenfalls Julius Bab, *Der Schild*, 12, Nr. 17 (14. September 1933) „Die Juden sind ungewöhnlich leidenschaftliche Theaterbesucher gewesen. Sie haben auch in Konzerten, in den Vortragssälen stets einen erheblichen Teil des Publikums gestellt. Auf dieser geistigen Regsamkeit beruht gerade zum großen Teil ihre Verwachsenheit mit der deutschen Kultur."

[2] Ein Jude – Heinrich Marr – war der erste deutsche Mephisto, Jakob Herzfeld wurde von Goethe und Schiller als Schauspieler und Regisseur geschätzt, und Ludwig Chronegk machte als *spiritus rector* der Meininger Theatergruppe deutsche Bühnengeschichte – um nur ein paar Beispiele aus der Klassischen Periode zu nennen. Siehe auch *Lexikon des Judentums*, Gütersloh 1967, S. 804ff.

[3] Seit 1935 Reichsverband der Jüdischen Kulturbünde in Deutschland.

fangen.[4] Weit über 2000 Bewerbungen liefen ein, als der Kulturbund sich zum erstenmal an die jüdische Öffentlichkeit wandte.[5]

Die Aufgabe dieser Organisation, die drei Schauspiel-Ensembles, eine ständige Oper, zwei Symphonie-Orchester, ein Theater für die jüdischen Schulen, eine Kleinkunstbühne sowie Chöre, Laienorchester und zahlreiche Kammermusik-Gruppen unterhielt, bestand darin, zwei jüdische Bevölkerungsteile zusammenzuführen: die arbeitslos gewordenen Künstler und das kulturell heimatlos gewordene Publikum.

Die Genehmigung zur Gründung erfolgte am 16. Juni 1933 in einem von Staatskommissar Hans Hinkel gezeichneten Schreiben mit der Auflage, daß nur Juden Mitglieder des Bundes sein und nur Mitglieder Zutritt zu den geschlossenen Veranstaltungen haben dürften.[6]

Da diese Veranstaltungen unter Ausschluß der deutschen Öffentlichkeit stattfinden mußten, lage es nahe, lange bevor es in Deutschland zur Bildung von jüdischen Wohnbezirken kam, von der Gefahr einer geistigen Ghettoisierung zu sprechen.

Julius Bab, einer der führenden Theaterhistoriker und Kritiker Deutschlands, der zu den Gründern der Volksbühnenbewegung wie zu denen des Kulturbundes gehörte, nahm als erster zu diesem Problem Stellung. In einem Aufsatz über ‚Das Kulturproblem der Juden im heutigen Deutschland' ging er davon aus, daß das jüdische Theaterpublikum bisher nicht das Bedürfnis gehabt hätte, ausschließlich oder auch nur vorzugsweise jüdische Künstler auf sich wirken zu lassen. Da aber der Wunsch der Juden, Kulturgüter aufzunehmen, keineswegs aufgehört habe, so steigere sich damit das Konsumentenproblem zu gewaltiger Bedeutung. „Wenn es eine Lösung gibt", meinte Bab, „wird sie offenbar die Lösung des Produzentenproblems mitenthalten müssen. Die geistige Nahrung, die für Juden annehmbar ist, wird ihnen künftig nur durch Juden geboten werden müssen." Er stellte die Frage, ob damit nicht schon der Rückzug aus der deutschen Kulturgemeinschaft hinein ins Ghetto angetreten sei, in einen Kreis, wo nur von Juden für Juden gelebt, gedacht, gearbeitet würde. Was die aufgezwungene Form anbelangt, gäbe es keine Wahl. Aber welcher Inhalt dieser Form zu geben sei, bliebe ihre Sache, und er kam zu dem Schluß, daß Ghettoisierung sehr viel mehr eine Sache des Inhalts als der Form sei. „Man kann uns verbannen aus dem aktiv-bürgerlichen Leben Deutschlands, aber nicht aus dem geistigen deutschen Leben und aus der Welt, in der wir nun seit mehr als fünf Generationen wurzeln und wachsen... Wir können und wollen nicht aufhören, ... in den Werken von Lessing und Goethe, von Kant und Humboldt, von Rembrandt und Beethoven den Urgrund unseres Wesens und Handelns zu erblicken..., und weiter bekennen wir uns zur Gemeinschaft der europäischen Völker, deren

---

[4] Eröffnung am 1. Oktober 1933 in Berlin.

[5] Von ungefähr 8000 jüdischen oder jüdisch-stämmigen Künstlern. Siehe Herbert Freeden, *Jüdisches Theater in Nazideutschland*, Tübingen 1964 (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 12), S. 15.

[6] *Ibid.*, S. 22.

Wesen Leonardo und Michelangelo, Cervantes und Shakespeare, Voltaire und Rousseau, Dostojewski und Ibsen bestimmt haben."[7]

Demgegenüber warf das *Israelitische Familienblatt* die Frage auf, inwieweit das Theater des Kulturbundes mit den Auffassungen übereinstimme, die in der jüdischen Öffentlichkeit über das Wesen einer jüdischen Bühne bestünden und ob das Kulturbund-Theater eine jüdische Bühne sein solle oder ein deutsches Theater, von anderen deutschen Bühnen nur dadurch unterschieden, daß Spieler und Publikum Juden seien. „Was ist ein jüdisches Theater, um diese Eigenschaft zugesprochen zu erhalten?... Der innerste Kern des Problems liegt in der Entscheidung, ob man vom Kulturbund nur jüdische Stücke verlangt, oder anerkennt, daß es seine Aufgabe sei, bei der Gestaltung des Spielplans sich von rein künstlerischen Gesichtspunkten leiten zu lassen."[8]

Julius Bab wies jedoch darauf hin, daß die Zahl geeigneter jüdischer Bühnenwerke keineswegs groß sei und daß nicht alle, die in Betracht kämen, die Billigung der Behörden fänden oder von den betreffenden Autoren zur Verfügung gestellt würden. Richard Beer-Hofmann z. B. weigerte sich, den *Jungen David* zur Aufführung freizugeben.[9]

Die *Jüdische Rundschau* warnte, daß nichts gefährlicher sei, als auf diesem Gebiet ein unwirkliches Leben zu züchten. Eine solche Unwirklichkeit wäre es, anzunehmen, deutsche Juden, die auf ihren eigenen Kreis angewiesen seien, könnten eine kulturelle Produktivität bewahren, ohne einen für sie spezifischen Weg des Schaffens zu gehen. Darum müsse die kulturelle Leistung des deutschen Judentums aus dem Jüdischen kommen. Das Wesen des deutschen Judentums sei nach Meinung des Autors des Aufsatzes, Kurt Löwenstein, nicht leicht zu erfassen. Es habe seine besten Kräfte nach außen abgegeben und sei in einer Weise geistig sich selbst entfremdet worden, wie es kaum bei einer anderen maßgebenden Gruppe der Juden stattgefunden habe. Darum könne der Weg zu einer echten Ausprägung jüdisch-geistiger Werte keineswegs kurz sein.[10]

Auf die Gefahr der „Unwirklichkeit" wurde auch anläßlich einer Aufführung von Ibsens *Wildente* hingewiesen. „Es liegt uns gewiß fern, in allem, was wir sehen und hören, gewaltsam Züge zu suchen, die auf unser jüdisches Schicksal Bezug haben. Trotzdem – hier können wir nicht unterdrücken: sie alle oder fast alle, die uns von Ibsen in diesem Reich der Werles und Ekdals gezeigt werden, fliehen in eine Welt, die nur *in* ihnen lebt, ohne daß eine echte Wirklichkeit dahintersteht. Diese Bildung eines Reiches der Phantastik, das Leben im luftlee-

---

[7] *Der Morgen*, IX, 3. Heft (August 1933), S. 185ff.

[8] *Israelitisches Familienblatt*, XXXVI (11. Januar 1934).

[9] Am 28. März 1939 erhielt der Generalsekretär des Reichsverbandes der Jüdischen Kulturbünde, Dr. Werner Levie, eine von Dr. Grün, Wien, unterzeichnete Zuschrift, daß Dr. Richard Beer-Hofmann die Aufführung seines Dramas *Der junge David* im Kulturbundtheater nicht wünsche und daß in seinem Interesse alles unterlassen werden solle, wodurch sein Name in der Öffentlichkeit genannt werden könne. Der Autor befand sich zu jener Zeit noch in Wien. (Archiv der Jüdischen Gemeinde Wien, zitiert in Freeden, *Jüdisches Theater, op. cit.*, S. 157.) Im Januar 1935 stimmte Beer-Hofmann nach einjährigen Verhandlungen der Aufführung seines Dramas *Jakobs Traum* im Berliner Kulturbundtheater zu. (Freeden, *Jüdisches Theater, op. cit.*, S. 69.)

[10] K. L., *Jüdische Rundschau*, XXXIX (4. Mai 1934).

ren Raum . . . mutet uns seltsam bekannt an. Es gab eine jüdische Generation, die ein solches ‚Leben in der Retorte' aufbaute und an seine Realität glaubte . . ."[11]

Da man weder zwischen „Bekenntnisbühne" und „Kunst um ihrer selbst willen" wählen könne, machte Leo Kreindler den Vorschlag, man solle das Repertoire des Kulturbundes den Auffassungen angleichen, die in der jüdischen Öffentlichkeit über das Wesen einer jüdischen Bühne bestünden.[12] Damit wurde die Definition eines „Jüdischen Theaters" auf das Publikum abgewälzt, das in dieser Sache noch weniger klare Vorstellungen hatte als seine Sprecher in der Presse. Und wenn trotzdem ein Werk zur Aufführung gebracht wird, das weder einen Juden zum Autor hat noch von jüdischen Dingen spricht? Dann müsse es „in Inszenierung und Darstellung so ganz von jüdischer Leidenschaft durchglüht sein, und dadurch ins Jüdische quasi transkribiert werden, daß seine Aufführung als jüdisches Erlebnis die Zuschauer ergreift".[13] Auf die Frage, wie man etwa Shakespeares *Sommernachtstraum*[14] mit „jüdischer Leidenschaft" durchglühen könne, blieb die Antwort aus. Kein Wunder, daß der Gründer und Intendant des Kulturbundes, Dr. Kurt Singer, in recht gereiztem Ton antwortete, man solle ihn nicht mit den wohlgemeinten, aber unsubstantiierten Begriffen von der Vermittlung „Jüdischer" Werke plagen, „Jüdischer" Kunst, „Jüdischen" Inhalts. „Was echt und wahr ist und edel und menschlich, was geistig und moralisch als Idee und Wort, als Klang und Szene von jüdischen Menschen deutscher Sprache zu deutsch-redenden jüdischen Hörern dringt und künstlerisch geformt ihre Seelen spannt und entspannt – das alles gehört zu unserem Aufgabenkreis."[15]

Diese Auseinandersetzung verlangte einen Kompromiß, und Kompromisse entsprachen dem Wesen des *Israelitischen Familienblatts*. Wenn es schon nicht möglich wäre, eine eigene jüdische Kultur zu schaffen, dann doch wenigstens eine „eigentümliche jüdische kulturelle Atmosphäre", die ja leicht herzustellen sei, da Juden für Juden spielten.[16]

Milieu, Interpretation, Atmosphäre – was noch konnte den Kulturbund zu einer *jüdischen* Bühne machen? Auf die Belange käme es an, meinte Arthur Eloesser. „Als das griechische Theater noch jung war und seinem orgiastischen Ursprung näher, pflegten die traditionstreuen Athener, wenn ein Drama von diesem mythischen Unterstrom nicht getragen schien, den kritischen Einwurf ‚Nichts für Dionysos?' zu erheben. Der Ruf des Volkes, modern gesagt, bedeutete: ‚Wo bleiben unsere Belange?' Wo heute Juden für Juden Theater spielen, steht dasselbe Fragezeichen."[17]

Sind „Belange" und „Stoff" identisch? Die Frage, ob der Stoff die Essenz eines jüdischen Werkes ist, hat eine Diskussion ausgelöst, die sich über Jahre hinzog und im Zentrum der Versuche stand, das Repertoire zu „judaisieren". Es läßt

---

[11] K. L., *Jüdische Rundschau*, XXXIX (6. März 1934).
[12] *Israelitisches Familienblatt*, XXXVI (11. Januar 1934).
[13] *Jüdische Rundschau*, XXXVI (15. März 1934).
[14] Aufgeführt in der Spielzeit 1936/1937.
[15] *Israelitisches Familienblatt*, XXXVI (15. März 1934).
[16] *Israelitisches Familienblatt*, XXXVI (19. April 1934).
[17] *Jüdische Rundschau*, XXXIX (15. Mai 1934).

sich schwerlich behaupten, daß der Stoff allein irgendeine literarische Komposition „jüdisch" macht. Der Dramen ist Legion, in denen biblische Figuren die Hauptrolle spielen, aber niemand würde Hebbels *Judith,* Wildes *Salome,* Wedekinds *Simson* oder Otto Ludwigs *Makkabäer* als „jüdische" Stücke klassifizieren. Die biblischen Gestalten werden als Instrumente für die Darstellung allgemeinmenschlicher oder historischer Themen eingesetzt, gestaltet von Autoren, die keine Beziehung zum Judentum haben.

Der Stoff, zum Kriterium der Jüdischkeit gemacht, kann zu dubiosen Ergebnissen führen. Einerseits sind Figuren nichtjüdischer Autoren, auch wenn sie die Namen von Juden tragen, damit noch nicht jüdisch geworden, andererseits entsprechen Stücke jüdischer Autoren, auch wenn in ihnen jüdische Charaktere auftreten, nicht immer den jüdischen „Belangen". Robert Weltsch wies darauf hin, als der Kulturbund *Sonkin und der Haupttreffer* von Semjon Juschkewitsch spielte. „Das Stück . . . hat für uns etwas Verletzendes. Die Art und Weise, wie hier Geld vergöttert wird, erzeugt Unbehagen . . . Ist es das, was wir Juden von 1933, die man fälschlich als Angehörige eines materialistischen, nur dem Geld ergebenen Volkes bezeichnet, als jüdische Darbietung hinnehmen sollen?"[18]

Es gab aber auch Fachleute, die dem Stoff eine vorrangige Bedeutung zumaßen. „Am Anfang steht der Stoff", meinte Hermann Sinsheimer. Seiner Interpretation nach hat der Stoff erzieherische Wirkung und Eigenschaften. Das jüdische Publikum könne keine jüdischen Werte aufnehmen, solange es noch nicht im Besitze des jüdischen Stoffes, d. h. jüdischen Wissens sei.[19]

Der Mangel an geeigneten Stoffen führte zur Umdeutung von Stücken, die dieser In-Beziehung-Setzung gar nicht standhielten. Ein Beispiel ist Shakespeares *Othello,* von dem Hugo Lachmanski sagte, er passe ebensogut in den Spielplan des Kulturbundes wie Lessings *Nathan der Weise:* „Die Ehe zwischen einer Venezianerin und einem Andersrassigen ist dabei nicht einmal das Entscheidende . . . Othello weiß um seine Fremdheit, hier ist er verwundbar . . . wer von uns, dem eine Zurücksetzung von einem Nichtjuden widerfährt, vermutet den Grund nicht zunächst in seinem Judentum?"[20] Die äußere Situation war so zwingend, daß sich Vergleiche aufdrängten, die literarisch nicht vertretbar waren. „Die jüdischen Zuschauer und Zuhörer sind oft genug geneigt, an Stelle des Wortes ‚Mohr' das Wort ‚Jude' zu setzen und den Sinn der Othello-Tragödie auf sich selbst zu beziehen."

Die im September 1936 in Berlin vom Reichsverband der Jüdischen Kulturbünde veranstaltete Kulturtagung setzte sich u. a. mit dem Problem des Stoffes auseinander. Stoffe bestimmen keine Kultur, erklärte Dr. Joachim Prinz. Rembrandt sei kein jüdischer Maler gewesen, weil er die Judengasse in Amsterdam gemalt habe; die Meister des Bamberger Doms seien nicht zu jüdischen Bildhauern geworden, weil sie in den Chor Judengestalten hineingemeißelt hätten.

---

[18] *Jüdische Rundschau,* XXXIX (19. Februar 1934).

[19] *Jüdische Rundschau,* XXXXII (7. Mai 1937).

[20] *C. V.-Zeitung,* XII (14. Dezember 1933). Mit Lessings *Nathan der Weise* wurde der Kulturbund am 1. Oktober 1933 eröffnet.

Dagegen sei Saul Tschernichowski, der weitab von jüdischer Thematik gedichtet habe, ein jüdischer Dichter gewesen, weil nicht der Stoff, sondern der jüdische Mensch den Wert der jüdischen Kultur bestimme. Die jüdische Stoffwahl im jüdischen Theater in Deutschland habe einen pädagogischen Sinn, und dazu bedürfe es des Schauspielers als jüdischem Lehrmeister.[21]

Zu diesem Zweck wurden Versuche gemacht, die Schauspieler jüdisch zu „schulen" – Vermittlung von Wissen Seite an Seite mit künstlerischer Interpretation. Diese „Aufklärung" des Schauspielers sollte durch eine Belehrung des Publikums ergänzt werden, der die Vortragsarbeit dienen sollte. Sie war kein Erfolg. „Tatsächlich vermochten die Vorträge des Kulturbundes bisher keinerlei Resonanz zu erwecken. Das liegt einerseits daran, daß ... die Zahl der Vortragenden zu klein, um nicht zu sagen: zu exklusiv ist[22], und andererseits an der typischen Hörerschaft des Kulturbundes, meist älterer Menschen, für die die Befassung mit jüdischen Problemen eigentlich keine innere Notwendigkeit darstellt."[23]

Im Herbst 1934 wurden in Berlin fast gleichzeitig zwei jüdische Lehrhäuser gegründet, das jüdisch-parteilich nicht gebundene Jüdische Lehrhaus, das mit einem Vortrag von Leo Baeck, *Geschichte und Gegenwart,* eröffnet wurde[24], und die zionistische Lehrstätte Ch. N. Bialik, zu deren Eröffnung Kurt Blumenfeld sprach. „Wir sind eine Nation ohne die unserem Wesen entsprechenden kulturellen Inhalte. Jetzt, in einer Zeit der Krise, möchten viele einen kulturellen Inhalt hinzuzaubern", sagte er.[25] 1935 entstand ein weiteres Lehrhaus, das „Rambam Lehrhaus" des *Misrachi.* Alle drei Institute befanden sich in Berlin und wandten sich an dieselbe Hörerschaft. „Der Veräußerlichung des geistigen Lebens von der Seite der Hörer her entspricht auch die Veräußerlichung des geistigen Angebots", klagte die *Jüdische Rundschau.*[26]

Kann man Kultur „organisieren"? Wieder und wieder tauchte diese Frage auf. Alfred Hirschberg nahm dazu in der *C.V.-Zeitung* Stellung. „Die Wechselwirkung von Kultur und Organisation wird ebenso bestritten wie überschätzt. Die einen meinen, ungebunden, nur durch organische Gegebenheiten bedingt entstünden kulturelle Werte; andere glauben, daß nur durch Zusammenfassung in

---

[21] Alfred Klee Archiv, zit. in Freeden, *Jüdisches Theater, op. cit.,* S. 84.

[22] „Von 44 zur Verfügung stehenden Vortragenden in den verschiedenen Teilen des Reiches wurden von den Kulturbünden nicht mehr als 19 herangezogen." *Mitteilungen des Reichsverbandes der Jüdischen Kulturbünde,* Mai 1938.

[23] *Jüdische Rundschau,* XXXXI (28. Juli 1936). Dazu *Der Schild,* 3, Nr. 31 (19. August 1934). „Dagegen hatte sich im Vortragswesen mehr als die Hälfte aller Vorträge mit spezifisch jüdischen Themen befaßt ... Und doch ist auch hier festzustellen, daß zu den am meisten besuchten Vorträgen ein literarischer Zyklus über die Weltliteratur und ein musikalisch-geschichtlicher über das Lied der Romantik gehörten ... Das Bedürfnis, an der großen allgemeinen und deutschen Kultur teilzunehmen, hat bei den deutschen Juden keineswegs aufgehört und sucht weiter seine Nahrung."

[24] „Etwa 2200 Hörerkarten wurden ausgegeben ... Das Lehrhaus will nicht ausschließlich jüdische Substanz mitteilen, sondern auch in allgemeine, neutrale Wissensgebiete einführen." *C.V.-Zeitung,* XIV (4. April 1935).

[25] *Jüdische Rundschau,* XXXIX (30. Oktober 1934).

[26] *Jüdische Rundschau,* XXXXII (20. Februar 1937). „Drei Lehrhäuser in Berlin werben um die Gunst des jüdischen Publikums. Wären wir nicht in einer so besonderen Lage – man müßte die Lauge des Spottes darüber ausgießen."

gesellschaftliche Zusammenhänge kulturelles Werden möglich sei . . . fraglos ist, daß Kulturvermittlung, Kulturdarbietung organisiert werden muß."[27]

Aber wo und wann artet Organisation in „Betrieb" aus? Ernst Simon wies auf die ebenso chancenreichen wie gefährlichen Zeichen hin, unter denen die jüdische Kulturarbeit stehe. „Die Hurtigkeit, mit der sich manche umzustellen wissen, kann mitunter peinlich, die Starrheit der ‚ewig Gestrigen' demgegenüber sympathisch wirken. Es ist nicht immer wertsteigernd, mit dem Strom zu schwimmen."[28]

Auch Leo Hirsch gab zu, es sei recht und billig, die Betriebsamkeit des Organisatorischen zu kritisieren, „aber ohne sie können wir in einer völlig betrieblichen, durchorganisierten, mechanischen Welt nicht existieren, sie sind unentbehrliche Lebensformen für uns".[29] An Warnungen vor einem Überangebot an jüdischen Veranstaltungen, das notwendigerweise zu einem Ermüdungszustand für die Aufnahme künstlerischer Dinge führen müsse, fehlte es nicht. „Die Befürchtung drängt sich auf, daß unsere Bemühungen, ein deutsch-jüdisches Kulturleben eigener Prägung aufzubauen, unter einem Übermaß an Betrieb und Betriebsamkeit zu leiden beginnen. Wohin wir in Stadt und Land blicken . . . Kulturveranstaltungen und solche, die es zu sein vorgeben, Vortragsabende und Konzerte von Berufenen und Unberufenen, Sprechchöre und Theateraufführungen aller Richtungen . . . Nichts sagen wir gegen die höchst anerkennenswerte Arbeit der Kulturbünde . . . Wir wissen, der Kulturbund hat nur auf den allergeringsten Teil jenes Vielzuviel Einfluß."[30]

Der Ton wurde noch schärfer, die Sprache unverblümter, und schon war nicht mehr von „Betrieb" die Rede, sondern von „Konjunktur". „Es wird einem angst und bange, wenn man all den Unsinn hört, der von diesen Konjunkturjuden verzapft wird . . . Haben sie wirklich vergessen, daß wir auch noch Europäer sind und daß es auf eine Wechselwirkung von jüdischer und europäischer Kultur ankommt . . ."[31]

Die Hypertrophie an jüdischen Darbietungen brachte einen kritischen Kommentar von seiten einer angesehenen jüdischen Organisation: „Das jüdische Erlebnis, das den Künstler in seine augenblickliche Situation gebracht hat, ist ein

---

[27] A. H. in *C.V.-Zeitung*, XV (27. August 1936).

[28] *Jüdische Rundschau*, XXXX (17. Mai 1935). „Am Anfang stand eine organisatorische Konjunktur", ‚Jüdisches Theater in Deutschland' (ohne Nennung des Verfassers), *Der Morgen*, XII, Heft 3 (3. Juni 1936), S. 111.

[29] *Jüdische Rundschau*, XXXXII (17. September 1937).

[30] *Israelitisches Familienblatt*, XXXVII (7. Februar 1935). Dazu: *C.V.-Zeitung*, XIV (31. Januar 1935). „Die Reichsvertretung hat sich an die Schriftleitungen und Verlage der jüdischen Zeitschriften und Zeitungen gewandt und hat ihnen eine Reihe von Vorschlägen über die Berichterstattung von Veranstaltungen gemacht. Es soll in Zukunft nur noch über künstlerisch, geistig oder organisatorisch bedeutsame Veranstaltungen berichtet werden."

[31] *Israelitisches Familienblatt*, XXXVII (9. Mai 1935). Mit der Gründung des Reichsverbandes der Jüdischen Kulturbünde 1935 wurde diesem Chaos ein Ende gemacht. Dem Reichsverband waren 112 selbständige Organisationen in 100 Städten angeschlossen (Kulturbünde, Kulturabteilungen von Synagogengemeinden und Vereine mit künstlerischer Betätigung). Alle Programme mußten auf behördlichen Wunsch der Zentrale des Reichsverbandes vorgelegt werden. Siehe Freeden, *Jüdisches Theater*, *op. cit.*, S. 110.

negatives. Aufbauen aber kann der Mensch nur aus einem positiven Erlebnis heraus."[32]

Ohne Frage war die Fülle des Gebotenen – insbesondere Veranstaltungen von Vereinen und Organisationen, Logen und Landsmannschaften, Abteilungen der Gemeinden und Ortsgruppen jüdisch-politischer Parteien – von ungünstigem Einfluß auf das künstlerische Niveau. Der Dichter Jacob Picard beobachtete diese Entwicklung mit Sorge. Seines Erachtens gehe es darum, eine Gefahr zu beseitigen, nämlich, daß das künstlerische Schaffen der deutschen Juden durch die Zeitverhältnisse an Niveau verliere und banalisiert werde, weil die Schaffenden fehlten, die den rechten Maßstab vertrügen. Keineswegs käme es z. B. darauf an, nur jüdische Stoffe zu wählen. „Schnell ein wenig Dubnow, ein wenig Graetz oder gar Kastein gefällig, nicht wahr, in flott gereimten Versen dargeboten. Nein, so geht es nicht", erklärte er. „Es geht überhaupt nicht von heute auf morgen, wie schnell Fertige in den letzten zwei Jahren wohl geglaubt haben und wie ein genügsames Publikum . . . aus wohlverständlicher Nachsicht sie hingenommen hat." Selbstverständlich würde den Leser oder Zuschauer die Gestaltung jüdischer Schicksale auf das Doppelte bewegen, vorausgesetzt, daß sie als niveauhafte Kunst geboten würde. „Warum sollte es nicht auch unter uns nationalen Kitsch geben? . . . Kitsch, der bekämpft werden müsse! Und selbst durch die schwerste Judengesetzgebung wird einer nicht zum Dichter, wenn er es nicht zuvor schon gewesen ist."[33]

Aber der Mangel an Distanz und die monopolistische Stellung des Kulturbundes erschwerten die Arbeit der Kritiker. Die rein ästhetisch-beziehungslose Betrachtung eines Kunstwerkes hatte aufgehört – die Frage war immer, wie fügte es sich in die spezifisch existentielle Situation? Die Rezensenten hatten die Aufgabe, das rein Künstlerische niemals außer acht zu lassen und dennoch der einmaligen Lage der Gebenden und Nehmenden, der Künstler und des Publikums, Rechnung zu tragen.[34]

Die *C. V.-Zeitung* mahnte, Kritik nicht durch Unehrlichkeit zu entwerten, man glaube ihr auch dann nicht mehr, wenn sie wirklich gute Leistung lobe. Das Isoliertsein, das Gefühl des „Unter-sich-Seins" verlocke leicht dazu, sich gehenzulassen, sich mit Mittelmaß zu begnügen.[35]

Die Zurückhaltung der Kritiker ging so weit, daß ein jüdisches Blatt glaubte, sich entschuldigen zu müssen, weil es anläßlich eines Leseabends zeitgenössischer jüdischer Lyrik eine junge Dichterin „verrissen" hatte, die einen gekränkten Brief an die Redaktion schrieb.[36]

"'Jüdisches Publikum', jüdische Künstler, jüdische Bühnenbildner – das . . . ruft begierig nach ‚jüdischem Inhalt'", heißt es im *Israelitischen Familienblatt*[37] – aber wollte das Publikum jüdische Stücke? Die Statistik hat ergeben, daß sie zu

[32] *Blätter des Jüdischen Frauenbundes*, Berlin, IX, Nr. 9 (September 1935).
[33] *Jüdische Rundschau*, XXXX (22. November 1935).
[34] *Jüdische Rundschau*, XXXXII (19. März 1937).
[35] ‚Kritik als Aufgabe' von Dr. M. E., *C. V.-Zeitung*, XIV (17. Januar 1935).
[36] *Jüdische Rundschau*, XXXX (10. September 1935).
[37] *Israelitisches Familienblatt*, XXXVI (13. März 1934).

den am schwächsten besuchten Aufführungen des Kulturbundes gehörten. Die einzige Oper jüdischen Inhalts, *Joseph in Ägypten,* hatte während eines Monats nur 8688 Besucher angezogen, während andere Opern von über 14000 Menschen gehört wurden.[38] Noch krasser drückte sich das im Schauspiel aus. Mit anderen Worten, als das langumkämpfte und geforderte jüdische Thema im Kulturbund endlich zu Worte kam, ging das Publikum nur zögernd mit. Selbst nicht einmal alle Zionisten klatschten Beifall, wie die Zuschrift eines ihrer Funktionäre nach der Premiere von Leiwiks *Golem* zeigt: „Die Welt des Golem ist dem westlichen Juden fremd . . . die abstrakte Sprache bleibt unverständlich für ein nicht durch eine jüdische Erziehung gegangenes Publikum . . ."[39]

Analoge Erscheinungen machten sich in der bildenden Kunst bemerkbar. Der Kunsthistoriker Professor Franz Landsberger mußte feststellen, daß von den zeitgenössischen Malern das jüdische Thema geradezu gemieden würde. Die Erklärung hierfür glaubte er darin zu sehen, daß sie, die in früheren Zeiten in der Mehrzahl dem Judentum sehr fern gestanden hätten, noch keine innere Beziehung zu der Erlebnisfülle der letzten drei Jahre gewonnen hätten.

Seine Sorge war, das Ausstellungsniveau nicht weiter zu senken. „Es war im Winter hart an der Grenze des Erträglichen." Er erklärte diese Tatsache daraus, daß man den schwächeren Begabungen aus sozialen Gründen zu breiten Raum gegeben habe.[40] Als er Ende 1933 Max Liebermann besuchte und ihm sagte, wie sehr allein seine bloße Existenz eine Hilfe für die Juden bedeutete, die eine Lebendigmachung künstlerischer jüdischer Werte unter den gegebenen Umständen erstrebten, sagte Liebermann: „Wissen Sie, das ist so, wie wenn ein Mensch todkrank ist und außerdem hat er einen Schnupfen, und nun läßt er sich vom Arzt die Erkältung kurieren."[41]

Auf dem Gebiet der Musik gipfelte die Problematik in den Fragen: „Was ist jüdische Musik? Gibt es überhaupt jüdische Musik? Kann man jüdische Musik schaffen und wie? Inwiefern können wir Musik jüdischer Komponisten der Vergangenheit als jüdische Musik ansehen?"[42] Diese Fragen wurden niemals beantwortet. „Eine jüdische Oper gibt es nicht", erklärte Dr. Singer kategorisch. „Man liest und hört keinen Vorwurf, wenn die palästinensische Oper den ‚Rigoletto' spielt, aber hier sperrt man sich gegen den weltumarmenden Geist des ‚Figaro' . . . Man plage uns nicht mit den wohlgemeinten, aber unsubstantierten Begriffen von der Vermittlung ‚jüdischer' Werke."[43] Dr. Singer führte aus, daß jüdische Musik keineswegs Orchestermusik sei, sondern vokal: inbrünstiges Beten, Gesang des einzelnen oder vieler, aber nicht instrumental. „Daß wir gewisse Melodien in unserem Kulturbundbereich als jüdische anerkennen oder daß wir Orchesterwerke der jüdischen Komponisten als jüdisch bezeich-

---

[38] Freeden, *Jüdisches Theater, op. cit.,* S. 94.
[39] Dr. Hans Capell, *Jüdische Rundschau,* XXXXII (5. November 1937).
[40] *Jüdische Rundschau,* XXXXI (21. August 1936).
[41] *Jüdische Rundschau,* XXXIX (5. Januar 1934).
[42] Peter Gradenwitz, *Jüdische Rundschau,* XXXIX (16. März 1934).
[43] *Israelitisches Familienblatt,* XXXVI (22. März 1934). Dazu auch: „Im Konzertprogramm ist die besondere Herausarbeitung einer jüdischen Note nur selten." *Der Schild* (19. August 1934).

nen, das ist eine Verlegenheit. Nach der Erkenntnis und den Erfahrungen der wirklichen Fachleute ist jüdische Musik nur in der synagogalen Musik und im jüdischen Volkslied existent."[44]

Der Ruf nach „jüdischer" Kunst erhielt dadurch einen Mißklang – um nicht zu sagen: sinisteren Hintergrund –, daß die Nazi-Behörden darauf drängten, „jüdische Kultur" zu produzieren. So schrieb Alfred Rosenberg im *Völkischen Beobachter:* „Der Kulturbund deutscher Juden in Berlin und seine Zweig- und Parallelgründungen im Reich haben ... ihre Aufgabe bisher keineswegs voll erfaßt. Damit, daß z. B. der Berliner Kulturbund eine Serie von Aufführungen herausgebracht hat, die mit jüdischen Dingen so gut wie nichts zu tun haben, ist doch wirklich ebenso wenig getan wie mit den noch so erhebenden und hochkünstlerischen Konzerten, bei denen zwar Juden für Juden wirken, ihnen aber nichts eigentlich Jüdisches vermitteln."[45] Goebbels erklärte auf einer Jahrestagung der Reichskulturkammer, den Juden seien in großzügiger Weise Möglichkeiten zur Pflege des Eigenlebens gegeben worden. Nur die Pflege deutscher Kultur sei ihnen unterbunden, wie ja umgekehrt auch kein deutscher Künstler den Ehrgeiz habe, sich am jüdischen Kulturleben zu beteiligen.[46] Anläßlich der Kulturtagung des Reichsverbandes der Jüdischen Kulturbünde, September 1936, berichtete das *Deutsche Nachrichtenbüro:* „Wesentlich ist die Tatsache, daß die Juden unter sich ungehindert jüdische Kultur pflegen können ..., das zeigten u. a. auch die Ausführungen über die Programmgestaltung, die die Tendenz einer Rückkehr zu jüdisch-völkischer Eigenart aufweist."[47]

Die *Jüdische Rundschau* wehrte sich dagegen, daß man die Nationaljuden als Menschen vorstelle, die sämtliche kulturellen Bedürfnisse nur durch „jüdische" Produkte befriedigen wollten, und daß man glaube, sich jedesmal bei ihnen entschuldigen zu müssen, wenn Werke nichtjüdischer Autoren aufgeführt würden.[48] Die Aufzählung, was jüdische Komponisten oder jüdische Virtuosen geleistet hätten, entspräche durchaus nicht dem nationaljüdischen Empfinden, sondern sei ein Überbleibsel der apologetischen Assimilations-Dialektik. Der Aufsatz kommt zu dem Schluß: „Für die Welt offen sein, aber als Juden: das ist es, was das neue Judentum von dem alten Assimilationsjudentum unterscheidet."[49]

---

[44] Freeden, *Jüdisches Theater, op. cit.*, S. 125, 126. Dazu A. H. in *C.V.-Zeitung*, XIV (10. Oktober 1935) (zum 50. Geburtstag von Singer): „Niemand, mit Ausnahme der immer Fertigen, die darum ewig unvollkommen bleiben, wird aus der Tatsache, daß jüdische Ergänzung notwendig wurde, Argumente gegen den Wert dieses Mannes herholen. Mehr oder weniger befinden wir uns alle in der geistigen und seelischen Lage, die Singer zu meistern ... sich anschickt."

[45] Zitiert nach *Israelitisches Familienblatt*, XXXVI (15. März 1934).

[46] Zitiert nach *Jüdische Rundschau*, XXXX (19. November 1935).

[47] Zitiert nach *Jüdische Rundschau*, XXXXI (18. September 1936). Dazu – ein späterer – Kommentar des Polito-Philosophen Kurt Hiller: „Während fortschrittliche, kämpferische, humanistisch-aktivistische deutsche Juden in den Zuchthäusern und Kazets gefoltert, teils auch schon ermordet wurden oder aber im Exil zum Selbstmord getrieben wurden, babten die Eloessers oder eloesserten die Babs. Nie hätte der infame Befehl der Nazis, in ihrem Staate ‚Jüdische Kultur' zu veranstalten, befolgt werden dürfen." (Brief an den Verfasser, Hamburg, 14. August 1965).

[48] *Jüdische Rundschau*, XXXVIII (25. Juli 1933).

[49] *Jüdische Rundschau*, XXXVIII (6. März 1933).

In jenen Jahren spielte die jüdische Presse nicht nur als Forum der Diskussion über jüdische Kultur eine entscheidende Rolle, sondern als Vermittler jüdischer Literatur und Kunst. Die Mehrzahl der Zeitungen veröffentlichte Romane in Fortsetzungen, Novellen und Kurzgeschichten, von Joseph Roth, Stefan Zweig und Franz Werfel – bis zu den jungen Anfängern – und publizierte Übersetzungen aus dem Hebräischen und Jiddischen. Durch diese Vorabdrucke, die einen weiten Leserkreis erreichten, unterstützte sie das jüdische Verlagswesen. Sie gab auch den Besprechungen von Werken jüdischer Autoren in aller Welt, die in Deutschland nicht mehr zugänglich waren, viel Raum. Mehr und mehr wurde die *Literarische Beilage* zum Maßstab für das Niveau einer Zeitung. Des öfteren erschien eine ein- oder zweiseitige Auswahl jüdisch-zeitgenössischer Lyrik, die sonst nirgendwo einen Platz fand.[50] Der Vorabdruck des Romans *Weg ohne Ende* von Gerson Stern in der *Jüdischen Rundschau* im Jahre 1934 hatte ein solches Echo, daß die Zeitung den Autor beauftragte, für sie einen neuen Roman zu schreiben.

Immer wieder wurde die Frage gestellt, ob ein jüdischer Schriftsteller an dem Zustand der Juden in Deutschland vorübergehen könne, ob aus seiner Arbeit nicht etwas herausklingen müsse, das Richtung und Klärung geben möchte. Gerson Stern, der diese Probleme aufwarf, schrieb: „Was liest der Jude in Deutschland? Ein Herr sagte mir kürzlich: ‚Wenn ich schon lese, was ich dann möchte? Sie werden lachen. Ich möchte lachen!' Tatsache ist, daß ein Teil der Juden wieder mehr Bücher sucht, die nicht ein jüdisches Thema behandeln."[51]

Wie der jüdische Leser jener Tage Literatur aufnahm, deutete Leo Hirsch an. „Wir sind gefühllos und unseres Schicksals unwürdig, wenn wir jetzt auch nur einen Roman so lesen könnten wie früher... Man sollte einmal untersuchen, schrieb Ortega y Gasset, ob Goethe noch standhält, wenn man ihn mit den Augen eines Ertrinkenden liest."[52] Joachim Prinz nannte die kulturelle Situation der deutschen Juden eine „Tragödie für Menschen, die zu einer Zeit leben, ohne *in* ihr zu leben". Er nannte das „kulturell aus den Angeln gehoben", wogegen kein Betrieb, kein Verein, kein Kulturbund helfe.[53]

Die Schlußfolgerung, die Werner Levie, Generalsekretär des Reichsverbandes der Jüdischen Kulturbünde, zog, war, daß die vielen, die die kulturelle Übergangssituation durch überwiegend jüdische Darbietungen überbrückt wissen wollten, genauso irrten wie jene, die Lebensnähe und Zeitverbundenheit gleichsetzten mit einer Konjunkturkunst, die nichts mit echter Kultur zu tun habe. „Das Schlagwort von der ‚Judaisierung' des Theaters ist ein kulturpolitischer Romantizismus gewesen. Dieser, dem wir alle mehr oder minder in den letzten Jahren verfallen waren, mußte einem kulturpolitischen Realis-

---

[50] „Die jüdische Zeitung ist heute ein Instrument der Erwachsenenbildung und einer geistigen Erziehungsarbeit", Arno Herzberg, *Der Morgen*, X (1934/1935), S. 49.

[51] *Israelitisches Familienblatt*, XXXX (28. April 1938).

[52] *Jüdische Rundschau*, XXXX (6. Dezember 1935).

[53] *Jüdische Rundschau*, XXXX (17. April 1935).

mus weichen, der die jüdische Bühne in deutscher Sprache als Erziehungsfaktor zwar nutzbar macht, aber in wohlerwogener Dosierung."[54]

Mit der fortschreitenden Einengung der jüdischen Basis in Deutschland, aber nicht weniger auf Grund der Erfahrungen auf kultureller Ebene, machte sich eine wachsende Resignation fühlbar, oder richtiger eine Ernüchterung. Schon sprach man, was das Jüdische betraf, von einer „Grenzverwischung" und „Horizontlosigkeit", die eine aussichtslose Diskussion oder vermehrte Unsicherheit nach sich gezogen hätten. „Wer zuerst geneigt gewesen wäre, etwa nur jiddische Volkslieder und synagogale Liturgie als jüdische Musik zu akzeptieren, mußte sich bald so beengt fühlen, daß er auch Meyerbeer, Mendelssohn und Mahler wieder für das musikalische Judentum tolerierte."[55] Diese Grenzverwischung sei ein Symptom der Krise und vermehrter Unsicherheit gegenüber dem, was man „Jüdische Weltanschauung" nennen könne. So war es nicht überraschend, daß das Fazit der *Jüdischen Rundschau* recht negativ ausfiel. „Die anfängliche Begeisterung für die jüdische Idee hat in den Herzen der meisten Menschen nur schwache Wurzeln geschlagen. Vielleicht hat es seit 1933 noch kein Jahr gegeben, in dem unsere Menschen so sehr wie 1937 ihren eigenen Weg gegangen sind, der häufig nicht ins Judentum mündet. Jede unserer kulturellen Institutionen muß sich heute darüber klar sein, daß der allergrößte Teil der Juden Berlins noch immer fremd oder ablehnend allen Versuchen geistiger Arbeit auf jüdischem Gebiet gegenübersteht. Es ist nicht gelungen, diese ‚Juden am Rande' zu erfassen . . ."[56]

Die Stimmung der Resignation nahm im Laufe des Jahres 1938 noch zu. Der im März erfolgte Anschluß Österreichs erschütterte die ohnehin labile Lage der Juden im alten Reichsgebiet. Im April fand die Registrierung des jüdischen Eigentums statt. Die ersten Übergriffe auf Synagogen, schon Monate vor den Novemberpogromen, erfolgten im Sommer jenes Jahres mit der Niederreißung des Gotteshauses in Nürnberg. Die Gerüchte über fieberhafte Erweiterungsbauten der Konzentrationslager Buchenwald, Sachsenhausen und Dachau wollten nicht verstummen. Dies alles geschah in einer beklemmenden Atmosphäre der internationalen Krise, die im September jenes Jahres im Münchener Abkommen mündete.

„Neben der Sorge um Visum und Vorzeigegeld darf, ja muß die Sorge um das geistige Selbst stehen, das zwischen den Mühlsteinen des Existenzkampfes und dem Ringen um Auswanderung nicht zerrieben werden darf. Das Ästhetische lebt durch sich selber und braucht im Theater nicht gefördert und legitimiert zu werden. Die jüdisch-erzieherische Aufgabe hat um ihre Legitimation zu kämpfen gehabt . . . Erschütterung und Entspannung – beides sind seelische Bedürfnisse. Das Erlebnis des Tragischen wie des Komischen – beide lösen, beide befreien. Das lösende Erlebnis zu vermitteln ist die Aufgabe des Kulturbundes."[57]

---

[54] Werner Levie, in *Jüdische Rundschau*, XXXXII (20. August 1937). Fritz Friedländer sprach von „Grenzen der Kulturautonomie", *Der Morgen*, X, Heft 11 (Februar 1935), S. 492.

[55] Leo Hirsch, *Jüdische Rundschau*, XXXXII (17. September 1937).

[56] Gerhardt Neumann, *Jüdische Rundschau*, XXXXIII (1. Januar 1938).

[57] W. G., *Jüdische Rundschau*, XXXXIII (2. September 1938).

Am 2. Juli 1944 veröffentlichte das *Mitteilungsblatt* (MB), Tel Aviv, eine Würdigung Kurt Singers, der fünf Monate zuvor in Theresienstadt gestorben war und in der es u. a. heißt: der „positive Wert des Kulturbundes war so wesentlich, daß man sogar in Kauf nehmen mußte, wenn die Nazipropagandisten selbst diese Institution zu einer Lügenpropaganda verwandten, indem man ... den Eindruck erwecken wollte, als ob die Juden in Nazideutschland ... ein kulturelles Eigenleben besäßen ..."

Rückblickend auf jene sechs Jahre darf man feststellen, daß der Kulturbund ein nicht wegzudenkender Sammelpunkt der deutschen Juden war. In ihrer hartnäkkigen Weigerung, ihre Bindung mit Europa aufzugeben, ihre geistige Tradition zu verleugnen, wurde er zu einer moralischen Kraftquelle und zu einem Zentrum des geistigen Widerstandes.

Allerdings muß man zugeben, daß ihre Bemühungen, unvorbereitet und unter äußerem Druck spezifisch jüdisches Kulturgut zu schaffen, mutig, wenn auch fruchtlos waren, und nicht nur, weil die kurze zur Verfügung stehende Zeitspanne ein organisches Wachstum nicht zuließ. Die Problematik lag darin, daß sie einen von den Behörden aufgezwungenen Rahmen mit jüdischem Inhalt zu füllen suchten und gleichzeitig sich gegen den Ausschluß aus der europäischen Kultur und gegen die Gefahr der geistigen Isolierung stemmten.

In dieser Zwitterstellung konnte sich eine jüdisch gestaltende Produktivität nicht entfalten, zumal die Mehrheit des Publikums ihr fremd und indifferent gegenüberstand.

English Summary

When German Jews founded their own cultural organisation in 1933, it was of their own free will. When their activities were permitted to have audiences consisting only of Jews, it was by official decree. These events as well as the inherent struggle as to whether cultural activities should be conceived as well on European/German or solely Jewish terms are mirrored in the Jewish press of those years.

As far as the theatre was concerned, this meant having to search for definitions as to what made a play specifically Jewish; the author, the subject matter, the setting, the interpretation, the atmosphere or, perhaps, the audience? On the one hand, there were fears of being cut off from the world at large and being forced into an intellectual ghetto. On the other hand, the frantic quest for Jewishness ran the risk of deteriorating into activity for its own sake. The fear of intellectual isolation alternated with the search for Jewish content and a nostalgia for the German art of years past.

Volker Dahm

Jüdische Verleger, 1933–1938

Herbert Freeden hat in dem vorangegangenen Vortrag das weite und schwierige Thema über das jüdische Kulturleben im Dritten Reich auf den „Kulturkampf" in der jüdischen Presse eingegrenzt. Die praktische Kulturtätigkeit der Juden wurde in seinem Überblick nur insoweit sichtbar, als sie Anlaß und Gegenstand der vorgetragenen Reflexionen über die Problematik jüdischer Kulturschöpfung war. Ich möchte für den Bereich des Buch- und Verlagswesens die Akzente etwas anders setzen und zunächst – soweit dies in der mir zur Verfügung stehenden Zeit möglich ist – einen informatorischen Einblick in die Materie geben, um dann in einem zweiten Teil auf einige Fragen zur historischen Problematik des Gegenstands zu kommen.

Es dürfte bekannt sein, daß die Ausübung eines Kulturberufes in der NS-Zeit nur bei persönlicher Mitgliedschaft in der im Herbst 1933 durch Reichsgesetz geschaffenen Reichskulturkammer bzw. ihren Fachkammern möglich war.[1] Wir wissen heute, daß es in der Reichskulturkammer – mit Ausnahme der Pressekammer, für die durch das Schriftleitergesetz vom 4. Oktober 1933 verschärfte Bestimmungen galten – anfänglich keinen Arierparagraphen gegeben hat. Das bedeutet, daß in die Reichsschrifttumskammer zunächst alle Juden aufgenommen wurden, die sich verlegerisch oder buchhändlerisch betätigten oder eine solche Betätigung anstrebten, etwa weil sie aus anderen Berufen durch dort eingeführte Arierbestimmungen verdrängt worden waren.[2] Die zum Jahreswechsel 1935/1936 einsetzende Ausschaltung der jüdischen Verleger und Buchhändler entwickelte sich wider Erwarten zu einer schwierigen und langwierigen Prozedur, weil die zuständigen Instanzen – die Organe der Schrifttumskammer, die Geschäftsführung der Kulturkammer und das Nichtarier-Referat des Propagandaministeriums – unter dem Druck des Reichswirtschaftsministers gehalten waren, die Vernichtung „volkswirtschaftlicher Werte" nach Möglichkeit zu vermeiden. In aller Regel wurden die Betriebe deshalb nicht liquidiert, sondern nach Maßgabe der besonderen Umstände des Einzelfalles in „geeignete arische Hände" überführt. Die spezifischen Schwierigkeiten dieses unter dem Namen

---

[1] Reichskulturkammergesetz vom 22. September 1933 (*Reichsgesetzblatt* 1933, I, S. 661 f.). Grundlegend die erste Durchführungsverordnung vom 1. November 1933 (*ibid.*, S. 797–800).

[2] Z. B. Rechtsanwälte durch das Rechtsanwaltsgesetz vom 7. April 1933. Beamte durch das Berufsbeamtengesetz vom 7. April 1933, Redakteure an Zeitungen und politischen Zeitschriften durch das Schriftleitergesetz vom 4. Oktober 1933. Näheres zur Aufbauphase der Reichskulturkammer und zum Eingliederungsverfahren der Reichsschrifttumskammer siehe Volker Dahm, *Das jüdische Buch im Dritten Reich.* Teil 1: *Die Ausschaltung der jüdischen Autoren, Verleger und Buchhändler,* Frankfurt a. Main 1979 (Separatdruck aus dem *Archiv für Geschichte des Buchwesens,* Bd. 20, 1979), Sp. 33–62.

„Arisierung" bekannten Verfahrens führten dazu, daß die letzten „Judenfälle" im deutschen Buchhandel erst im Laufe des Jahres 1939 „bereinigt" werden konnten.[3]

Bei den nicht sehr zahlreichen Verlagen und Buchhandlungen, die auf jüdische Literatur spezialisiert waren, kam das Arisierungsverfahren selbstverständlich nicht in Betracht. Überlegungen, diese Betriebe in den im Frühjahr 1935 gegründeten Reichsverband der Jüdischen Kulturbünde einzubringen, scheiterten offenbar daran, daß dieser nicht den geeigneten Rahmen für gewerbliche Tätigkeiten bot.[4] Im Frühjahr 1937 wurden die betreffenden Firmen aus der Schrifttumskammer ausgegliedert und direkt dem im Propagandaministerium angesiedelten Sonderreferat Hinkel unterstellt, dem auch die Überwachung des Kulturbunds und der jüdischen Presse oblag. Unter dem 30. Juli gab das Sonderreferat „Bestimmungen über die Herstellung und den Vertrieb jüdischer Literatur im deutschen Reichsgebiet" heraus. Danach durften jüdische Buchverleger und Buchhändler ihr Gewerbe nur noch unter „Beschränkung ihrer Tätigkeit auf *jüdische Literatur*... und auf ausschließlich *jüdischen Abnehmerkreis*" ausüben.[5] Damit war die verlegerische und buchhändlerische Betätigung von Juden nach dem Muster des Kulturbunds in ein geistiges, gesellschaftliches und wirtschaftliches Ghetto verbannt. Diesem jüdischen Ghettobuchhandel war eine kurze Lebensfrist zugemessen. Im Dezember 1938 wurde er geschlossen liquidiert, nachdem durch die auf die „Reichskristallnacht" folgende „Judengesetzgebung" die gewerbliche Betätigung von Juden generell untersagt worden war.[6]

Gemäß der vom Sonderreferat Hinkel am 1. Juli 1937 herausgegebenen Liste gab es zu diesem Zeitpunkt 80 Betriebe, die zum jüdischen Buchhandel zugelassen waren – 27 Verlage, zum Teil mit Buchvertriebsstellen, und 53 reine Buchhandlungen. Die Zahl blieb bis Oktober 1938, als Hinkel eine zweite, aktualisierte Liste veröffentlichen ließ, fast konstant. Das Zentrum des jüdischen Buchhandels war Berlin, wo allein 18 Verlage ansässig waren, darunter die Brandus-'sche Buchhandlung, der Eschkol-Verlag, C. Boas Nachf., der Verlag von Erich Löwe (vormals „Jüdische Buchvereinigung") und der Erich Reiss Verlag, der Buchverlag der *Jüdischen Rundschau,* der Philo-Verlag, der Jüdische Verlag und der Schocken Verlag. Für Frankfurt a. M. wären der Verlag des *Israelit* und Hermon und die miteinander verbundenen Verlage I. Kauffmann und M. Lehrberger zu nennen, für Breslau Jacob B. Brandeis und Stefan Münz (vormals die jüdische Abteilung des Verlages M. u. H. Marcus), für Leipzig M. W. Kaufmann.[7]

---

[3] Näheres *ibid.*, Sp. 99–180.

[4] Als der jüdische Buchhandel Ende 1938 im Verlag des Jüdischen Kulturbunds in Deutschland zusammengefaßt wurde, wurde dies als eine „Neuorganisation" der Kulturbundarbeit bezeichnet, durch die der „bisher vornehmlich auf die reproduzierende künstlerische Arbeit (also Theater und Konzert) beschränkte" Aufgabenkreis des Kulturbunds erheblich erweitert würde. („Konzentrierte Kulturbund-Arbeit', in *Jüdisches Nachrichtenblatt,* Nr. 11 [30. Dezember 1938], S. 1).

[5] Abgedruckt bei Dahm, *Das jüdische Buch, op. cit.*, Teil 1 Anh. X (Sp. 253–258).

[6] Näheres *ibid.*, Sp. 139–152, 163–174.

[7] Vgl. *ibid.*, Sp. 142f. und Anhang XIII (Sp. 263–274).

Eine nähere Würdigung dieser Verlage verbietet sich hier schon aus zeitlichen Gründen. Ich möchte aber doch einige Worte über den Schocken Verlag und den Jüdischen Verlag sagen, die für die Geschichte des jüdischen Buches in deutscher Sprache von besonderer Bedeutung sind.[8] Die Geschichte des Jüdischen Verlags reicht bis in die Frühzeit des politischen Zionismus zurück. Er wurde im Jahre 1902 von einer Gruppe junger, oppositioneller Zionisten als eine Art „Zentralstelle zur Förderung jüdischer Literatur, Kunst und Wissenschaft" gegründet. Ihr Antrieb war, wie Martin Buber, einer der Wortführer, 25 Jahre später schrieb, das „Streben nach einem nicht bloß kundgegebenen, sondern gelebten Judentum, nach einer... ‚jüdischen Selbstverständlichkeit', der Hunger nach ‚jüdischen Inhalten'".[9] Im Jahre 1907 von der Zionistischen Organisation übernommen, blieb der Verlag stets ein Stiefkind der an kulturellen Fragen wenig interessierten und finanzschwachen zionistischen Leitung. Diese mißliche Situation änderte sich erst, als im Jahre 1920 Siegmund Kaznelson die Geschäftsführung übernahm. Unter seiner Leitung erhielt der Verlag die „endgültige Prägung, unter der er der letzten Generation des deutschen Judentums bekannt war".[10] Nicht zuletzt begünstigt durch das Erstarken der zionistischen Bewegung und ein allgemein wachsendes Interesse an der „Judenfrage" wurde der Verlag zu einem literarisch und wirtschaftlich blühenden Unternehmen, dessen Publikationen weit über den jüdischen Kreis hinaus Absatz fanden. Kaznelsons Spezialität waren großangelegte Subskriptionswerke wie das fünfbändige *Jüdische Lexikon,* die zehnbändige *Weltgeschichte des jüdischen Volkes* von Simon Dubnow und der zwölfbändige *Babylonische Talmud* in der Übersetzung von Lazarus Goldschmidt. Diese großen Werke zählen ebenso wie viele Einzelpublikationen, beispielsweise Joseph Klausners *Jesus von Nazareth* (1930) und Arthur Ruppins *Soziologie der Juden* (1930/31), zu den Klassikern der gelehrten jüdischen Literatur. Zum Teil wurden davon mehr als 100000 Exemplare verkauft.

Im Schicksalsjahr 1933 hatte der Jüdische Verlag seinen Höhepunkt bereits überschritten. Von 1933 bis 1938 kamen außer den Schlußbänden des Talmud einschließlich Neuauflagen nur noch zwölf Titel mit fünfundzwanzig Bänden heraus, darunter die dreibändige Kurzfassung der jüdischen *Weltgeschichte* von Dubnow (1937/1938) und Theodor Herzls *Gesammelte Zionistische Werke* in fünf Bänden (1934/1935). Im großen und ganzen hat sich der Jüdische Verlag in dieser letzten Periode darauf beschränken müssen, die in früherer Zeit, vor allem in den zwanziger Jahren, geschaffene Substanz von ca. 300 Publikationen zu betreuen. Dies dürfte in erster Linie auf wirtschaftliche Schwierigkeiten zurückzuführen sein, die sich nicht zuletzt aus dem weitgehenden Ausfall der nichtjüdischen Abnehmerschaft ergeben haben könnten.[11]

---

[8] Darauf hat schon die *Jüdische Rundschau* hingewiesen, als sie in einer Buchbeilage Porträts des Schocken Verlags und des Jüdischen Verlags brachte und diese Hervorhebung gegenüber anderen Verlagen begründete. Vgl. ‚Zwei Jüdische Verlage', in *Jüdische Rundschau,* XXXXII, Nr. 90 (12. November 1937), S. 9f.

[9] Zitiert nach: *Almanach 1902–1964,* Jüdischer Verlag Berlin, Berlin 1964, S. 10.

[10] *Ibid.,* S. 17.

[11] Näheres zur Geschichte und zu den Veröffentlichungen des Jüdischen Verlags siehe *ibid.,* S.

Anders lagen die Dinge beim Schocken Verlag, der als Abteilung des finanzstarken Schocken-Warenhaus-Konzerns immer über die Mittel verfügte, die für seine Produktion nötig waren. Erst im Jahre 1931 gegründet, erlebte der Verlag seine Blüte in den Jahren 1933 bis 1937. Von 1931 bis 1938 brachte er 225 Titel in 276 Bänden heraus. Diese enorme Produktion fußte nicht nur auf dem gesunden finanziellen Fundament, sondern auch auf einer klaren verlegerischen Konzeption, die eng mit der Biographie Salman Schockens, des Gründers und Inhabers, zusammenhängt. Schocken war nicht nur ein bedeutender Kaufmann, sondern auch ein vielseitig gebildeter Mann des Geisteslebens, einer der großen Büchersammler und Bibliophilen seiner Zeit. Im Alter von 36 Jahren, kurz vor dem Ersten Weltkrieg, hatte er sich unter dem Einfluß Martin Bubers dem Zionismus zugewandt. Seinen wirtschaftlichen und geistigen Interessen gemäß engagierte er sich vornehmlich in den zionistischen Wirtschaftskörperschaften und in kulturzionistischen Fragen. Schocken trat im Rahmen der Zionistischen Vereinigung für Deutschland für die Aufnahme jüdischer Kulturarbeit und insbesondere für die Schaffung jüdischer Bücher ein, denen er einen hohen Stellenwert für die „Hebraisierung und Judaisierung" der deutschen Juden beilegte. Von 1916 bis 1927 leitete er den auf seine Anregung hin eingesetzten zionistischen Kulturausschuß. Daneben setzte er sich auch privat für die Schaffung jüdischer Bücher ein und förderte Autoren wie Martin Buber und den hebräischen Schriftsteller S. J. Agnon mit regelmäßigen finanziellen Zuwendungen. Diese mäzenatischen und kulturzionistischen Aktivitäten mündeten mit einer gewissen Zwangsläufigkeit in der Gründung des Schocken Verlags. Dessen programmatische Grundlinien wurden in einer Verlagsanzeige des Jahres 1935 wie folgt beschrieben:

„Der Schocken Verlag hat sich zum Ziel gesetzt, der deutschlesenden Judenheit Bücher von wirklichem Gehalt und dauerndem Bestand zu schaffen, die ihr zu geistiger Behauptung und sittlicher Erneuerung Richtung weisen können. Das Kernstück des Verlags ist . . . die von Martin Buber gemeinsam mit Franz Rosenzweig unternommene Verdeutschung der *Schrift*. Der Verlag betreut das Gesamtwerk Martin Bubers. Wichtige Werke von Franz Rosenzweig, Leo Baeck und Hermann Cohen gehören zu seinem Bestand. Von den dichterischen Verlagswerken sei die Gesamtausgabe der Schriften Franz Kafkas hervorgehoben. Besondere Aufmerksamkeit wird der jüdischen Wissenschaft zugewendet. In seiner hebräischen Abteilung pflegt der Verlag die klassische hebräische Dichtung und ihre Erforschung; die zeitgenössische hebräische Dichtung ist durch das Gesamtwerk S. J. Agnons vertreten. Die Bücherei des Schocken Verlags will mit ihren jedermann zugänglichen . . . Bänden ein Gebäude jüdischer Bildung errichten."[12]

In diesem Programm, das eine gute Beschreibung der Verlagsproduktion bis 1938 darstellt, verbinden sich kulturdienende und kulturpädagogische Intentionen, wobei die Übergänge natürlich fließend sind. Die kulturpädagogischen Bemühungen verkörpern in Reinform die populären, jährlich erscheinenden

7–29, 66/67 (Einhefter ‚Verlagswerke 1902–1920') und S. 159–167 (Verlagsverzeichnis 1920–1964). Vgl. auch *Jüdisches Lexikon*, Bd. IV/2, Artikel ‚Verlagswesen'.

[12] *Jüdische Rundschau*, XXXX (17. April 1935); *C. V.-Zeitung*, XIV (17. April 1935).

Schocken-Almanache, die erfolgreiche *Schocken-Bücherei,* von der 82 Bände erschienen sind, und die primär für die jüdischen Schulen und Jugendbünde bestimmten *Jüdischen Lesehefte.* Für die kulturdienenden Verlagswerke stehen die historisch-kritischen Editionen des von Schocken gegründeten und unterhaltenen „Forschungsinstituts für hebräische Dichtung" (z. B. Diwane von Jannaj und Mosche ibn Esra), die Bibelübersetzung von Buber und Rosenzweig, Benno Jacobs Genesis-Kommentar *Das erste Buch der Thora* und die *Briefe* Franz Rosenzweigs. Um sein breites literarisches Spektrum abzudecken, setzte der Schocken Verlag eine große Zahl von Autoren, Herausgebern und Übersetzern ein, die zum Besten gehörten, was die jüdische Welt damals zu bieten hatte. Ich nenne außer den schon erwähnten in knappster Auswahl: Chajim Brody, Jefim Schirmann, Emanuel Bin Gorion, Efraim Frisch, Ismar Elbogen, Elias Bickermann, Ernst Simon, Fritz Bamberger, Nahum Norbert Glatzer und Leo Strauß.[13]

Um nicht ein ganz unausgewogenes Bild zu vermitteln, möchte ich noch eine kurze Anmerkung zu zwei anderen Verlagen machen, zum Verlag von Erich Reiss und zum Philo-Verlag des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. Der Anfang 1909 in Berlin gegründete Erich Reiss Verlag zählt neben Verlagen wie S. Fischer, Gustav Kiepenheuer, Rowohlt und Kurt Wolff zu den bedeutenden schöngeistigen Verlagen der Jahrzehnte vor 1933. Für die gesamte Zeit seines Bestehens, bis 1936 oder 1937, konnten 418 Veröffentlichungen auf vielfältigen Gebieten nachgewiesen werden. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten beschloß Erich Reiss, künftig nur noch Werke jüdischer Autoren und jüdischen Inhalts zu publizieren. Bereits 1933 erschien das Buch *Die Juden in der Welt* von Mark Wischnitzer. Später brachte Reiss zwei Bücher von Joachim Prinz (1934: *Wir Juden,* 1935: *Geschichten der Bibel, der Jugend neu erzählt*). Besonders aufgefallen aber ist er mit dem von Freeden schon erwähnten Roman *Weg ohne Ende* von Gerson Stern (1934) – zweifellos der erfolgreichste jüdische Roman jener Jahre. Nicht unpopulär dürfte auch der Roman *Der Sohn des verlorenen Sohnes* (1935) des österreichischen Schriftstellers Soma Morgenstern gewesen sein.[14] Das Ende des Verlags liegt im dunkeln. Da er noch 1937 in der Liste Hinkels erscheint und der Verleger erst nach der „Reichskristallnacht" emigriert ist, dürfte dieses Ende weniger in politischen als in wirtschaftlichen oder persönlichen Schwierigkeiten begründet gewesen sein.[15]

Ganz anderer Art war der Philo-Verlag. 1919 von Ludwig Holländer als

---

[13] Näheres zum Schocken Verlag siehe Volker Dahm, *Das jüdische Buch im Dritten Reich.* Teil 2: *Salman Schocken und sein Verlag,* Frankfurt a. Main 1981 (Separatdruck aus dem *Archiv für Geschichte des Buchwesens,* Bd. XXII, 1981), speziell zum Verlagsprogramm Sp. 507–596 (Darstellung) und 830–854 (Bibliographie).

[14] Näheres zum Erich Reiss Verlag siehe Hans Adolf Halbey, *Der Erich Reiss Verlag 1908–1936. Versuch eines Porträts.* Mit einer Übersicht über die Verlagsproduktion, Frankfurt a. Main 1981 (Separatdruck aus dem *Archiv für Geschichte des Buchwesens,* Bd. XXI, 1980). Vgl. auch die Buchanzeigen des Verlags in den Jahrgängen 1934 und 1935 in der *C. V.-Zeitung.*

[15] Vgl. Dahm, *Das jüdische Buch, op. cit.,* Teil 1, Anhang XIII (Sp. 263–270, hier Sp. 266). Halbey (siehe Anm. 14), Sp. 1144, nimmt unter nicht nachvollziehbarem Bezug auf Dahm, *ibid.,* Teil 1, Sp. 119 an, der Verlag sei von Goebbels „beschlagnahmt" worden, was immer das bedeuten mag.

„Gabriel Riesser Verlag" gegründet und 1920 in „Philo-Verlag und Buchhandlung" umbenannt, verlegte das Unternehmen hauptsächlich das politische und wissenschaftliche Schrifttum des Centralvereins, vor allem also apologetisches Schrifttum und Abwehrliteratur. Beispielhaft sei die berühmte Abwehrschrift *Anti-Anti* genannt, von der bis 1933 sieben Auflagen gedruckt wurden.[16] Daneben erschienen im Philo-Verlag die geistige Revue *Der Morgen* und – seit 1929 – die *Zeitschrift für die Geschichte der Juden in Deutschland*. Da unter den Bedingungen des NS-Staats die Veröffentlichung von Abwehrliteratur sinnlos und unmöglich geworden war, dürfte der Verlag nach 1933 – die Aufgabenveränderung des Centralvereins nachvollziehend – in wachsendem Maße beratendes und belehrendes Schrifttum herausgegeben haben. Die herausragende Publikation auf diesem Gebiet war das von allen Kritikern gefeierte und noch heute hilfreiche *Philo-Lexikon, Handbuch des jüdischen Wissens,* das es von 1934 bis 1937 auf vier Auflagen mit 30000 verkauften Exemplaren brachte.[17] Dem Bedürfnis der Juden nach Zerstreuung entsprechend, publizierte der Verlag auch gehobene Unterhaltungsliteratur, für die beispielhaft der Marranen-Roman *Maria Nunnez* (1934) von Hermann Sinsheimer genannt sein soll.[18]

Ich möchte an dieser Stelle zu Fragen der Deutung und Bewertung übergehen und mich dabei zunächst auf das beziehen, was mein verehrter Vorredner über die Schwierigkeiten der deutschen Juden mit dem Begriff „jüdische Kultur" und seiner praktischen Erfüllung ausgeführt hat. Ich denke, daß das vorrangig ein Problem des jüdischen Theaters gewesen ist, das sich aus dem von Freeden schon erwähnten Umstand ergab, daß es kaum jüdische Theaterstücke und keine jüdischen Opern gegeben hat, auf die die Dramaturgie des Kulturbunds hätte zurückgreifen können. Die jüdischen Verlage waren hier in einer unvergleichlich besseren Lage. Sie konnten nicht nur aus einem großen, in vielen Jahrhunderten gewachsenen Schatz an Literatur schöpfen, der dem assimilierten deutschen Judentum kaum bekannt war. Ihnen stand darüber hinaus die neuere jiddische und hebräische Literatur zur Verfügung, die in der jüdischen Tradition stand und aus intimer Kenntnis unverfälschter jüdischer Milieus geschrieben war, etwa die Arbeiten von Scholem Alechem, Schalom Asch, Chajim Nachman Bialik und S. J. Agnon, um die berühmtesten Namen zu nennen.

Dementsprechend haben sich die Lektorate der jüdischen Verlage mit der Frage des „Jüdischen" wohl nur wenig beschäftigt. Ich kann mich an keine Stelle des Schocken-Archivs erinnern, an der darüber grundsätzliche Erörterungen geführt worden wären. Zweifels- und Grenzfälle, die es natürlich gab, wurden stets pragmatisch unter dem Gesichtspunkt der literarischen oder didaktischen Qualität der Texte entschieden. So war es für den Schocken Verlag ebenso selbstverständlich, einen schlechten jüdischen Roman eines jüdischen Autors

[16] *Anti-Anti. Tatsachen zur Judenfrage,* 7. Aufl., Berlin, Philo-Verlag 1933.

[17] Vgl. ‚Lieblingskind oder Bestseller?', in *C. V.-Zeitung,* XVI, Nr. 75 (11. November 1937), S. 6 und 9, hier S. 9.

[18] Zum Philo-Verlag vgl. *Philo-Lexikon,* s. v. ‚Buchhandel'; *Lexikon des Judentums,* s. v. ‚Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens', außerdem die Buchanzeigen von ‚Philo-Verlag und Buchhandlung' in der *C. V.-Zeitung.*

abzulehnen, wie er es als seine vornehmste Aufgabe ansah, sich in dieser Zeit der Werke Franz Kafkas und Alfred Momberts anzunehmen, die allenfalls im Wege einer existentialistischen Interpretation als jüdisch einzustufen sind. Relevant wurde das Problem für die jüdischen Verlage nur dann, wenn versucht werden sollte, einen neuen Typus der deutschsprachigen jüdischen Literatur zu schaffen, also z. B. bei den erwähnten Romanen des Erich Reiss Verlags. Solche Versuche hatten aber an der gesamten jüdischen Buchproduktion nur einen geringen Anteil, der im umgekehrten Verhältnis zu der Aufmerksamkeit stand, die sie auf sich zogen.

Allgemein möchte ich zu der von Freeden referierten Diskussion sagen, daß sie auf mich einen seltsam unwirklichen Eindruck gemacht hat. Dies liegt vermutlich daran, daß damals sichtlich alle Voraussetzungen für eine echt zu nennende jüdische Kulturschöpfung gefehlt haben. Es mangelte nicht nur an dem „positiven" jüdischen Erlebnis, dessen Fehlen die *Blätter des Jüdischen Frauenbundes* beklagten, sondern auch an der Freiheit, die aktuelle Lebenswirklichkeit der Menschen ohne Flucht in blasse historische Allegorien zu thematisieren. Vor allem aber war der gegebene Zeitraum viel zu kurz, um das Geschehen emotional und intellektuell zu verarbeiten und künstlerische Talente entstehen und reifen zu lassen.

Der Eindruck des Irrealen entsteht freilich nur durch die schwer ablegbare Gewohnheit, die Dinge nur durch die Optik der historischen Erfahrung zu betrachten und zu bewerten. Wir wissen heute, wie kurz die Zeitspanne war, die dem deutschen Judentum blieb, wir wissen um die Entwicklung von den Nürnberger Gesetzen über die „Reichskristallnacht" bis hin zu Auschwitz. Die deutschen Juden, die damals so leidenschaftlich über die Möglichkeiten jüdischer Kunst und Kultur diskutierten, wußten, ja ahnten davon nichts. Sie hatten ein anderes Zeitmaß und eine andere Zukunftsperspektive. Selbst die Nürnberger Gesetze, die uns wie ein düsterer Meilenstein auf dem Weg nach Auschwitz erscheinen, waren für die Mehrheit kein Anlaß, das Land zu verlassen.[19] Viele nahmen diese Gesetze sogar mit einer gewissen Erleichterung auf, weil sie glaubten, daß damit ein Damm gegen die bisherigen Regellosigkeiten und Gesetzwidrigkeiten errichtet wäre und die nationalsozialistische Rassenpolitik ihren Endpunkt erreicht habe.[20] Ohne Vergegenwärtigung dieser von der Retrospektive der historischen Betrachtung so verschiedenen Lebensperspektive der deutschen Juden in den ersten Jahren der Hitler-Herrschaft bleiben nicht nur die Diskussionen in der Kulturfrage, sondern auch alle anderen Aktivitäten, die im Rahmen dieser Konferenz erörtert werden, mehr oder weniger unverständlich.

Eine zweite Voraussetzung für eine verständige Beurteilung der damals handelnden Menschen ist, wie Professor Gay in seinem Eröffungsvortrag gezeigt

---

[19] Zum Verlauf der jüdischen Auswanderung siehe Werner Rosenstock, ‚Exodus 1933–1939. Ein Überblick über die jüdische Auswanderung aus Deutschland', in *Deutsches Judentum, Aufstieg und Krise*. Hrsg. von Robert Weltsch, Stuttgart 1963, S. 380–405. (Originalfassung: 'Exodus 1933–1939. A Survey of Jewish Emigration', in *Year Book I of the Leo Baeck Institute*, London 1956, S. 373–390.)

[20] Vgl. Uwe Dietrich Adam, *Judenpolitik im Dritten Reich*, Düsseldorf 1972, S. 130f.

hat, daß wir deren Handlungen nicht allein in ihrem Verhältnis zur nationalsozialistischen Judenpolitik betrachten, sondern auch im historischen Zusammenhang. Für den Bereich des jüdischen Verlagswesens möchte ich, ohne damit eine moralische Wertung zu verbinden, die Behauptung wagen, daß es wirklich innovativ zu nennende, den veränderten politischen Bedingungen entsprechende Entwicklungen nicht gegeben hat, wenn man von dem als gescheitert zu betrachtenden Versuch von Erich Reiss absieht, aus seinem deutschen Verlag einen jüdischen zu machen. Im großen und ganzen handelte es sich um die Verlängerung verlegerischer Bemühungen, die in die Zeit vor 1933 und zum Teil bis ins neunzehnte Jahrhundert zurückgehen.[21] Freilich sind gewisse Modifikationen organisatorischer und literarisch-konzeptioneller Art durchaus wahrzunehmen, am deutlichsten beim Schocken Verlag, der auf die Herausforderung des Jahres 1933 mit einer erheblichen Ausweitung und Popularisierung seiner Produktion reagierte. Der Erfolg dieser Maßnahmen beruhte aber entscheidend darauf, daß der Verlag mit seiner in den ideologischen Kämpfen der zwanziger Jahre entwickelten kulturzionistischen Konzeption über ein zeitgemäßes geistiges Instrumentarium verfügte. Andere Verlage, und zwar gerade die alten, traditionsreichen, hatten es sehr viel schwerer. Denn sowenig die im jüdischen Abwehrkampf entwickelten Argumentationsmuster noch taugten,[22] als der bekämpfte Gegner an die Macht gelangt war, so wenig dürften sich im völkischen Staat Verlagskonzeptionen als tragfähig erwiesen haben, die – in der Epoche der Assimilation entstanden – dem konfessionellen Judentum verpflichtet waren. Es klingt wie eine Bestätigung dieser Verhältnisse, wenn der Schriftsteller Leo Hirsch im Jahre 1937 in der *Jüdischen Rundschau* resümierend feststellt, daß es nach 1933 zwar „einige Zufallserscheinungen" gegeben habe, daß aber lediglich der Schocken Verlag auf „seinen Gebieten" eine „planmäßige jüdische Publikationsführung" durchgehalten habe.[23]

Ich bin damit bei der von meinem Vorredner so überaus negativ beantworteten Frage nach Wert und Wirkung der jüdischen Kulturarbeit im Dritten Reich. Seine Feststellung, daß die Bemühungen, jüdisches Kulturgut zu schaffen und den deutschen Juden näherzubringen, fruchtlos geblieben seien, erinnerte mich unwillkürlich an die bittere Bemerkung Hans Günther Adlers, das Konzentrationslager Theresienstadt habe keinen der dort lebenden Juden zum Judentum zurückgeführt oder den „Anhänger einer ‚jüdischen' Ideologie" zu einer „freie-

---

[21] Alte Verlage waren M. Lehrberger & Co. in Rödelheim bei Frankfurt a. Main (1832 gegründet, mit Vorläufer Wolf Heidenheim), I. Kauffmann in Frankfurt a. Main (1832), M. W. Kaufmann in Leipzig (1828), M. Poppelauer (1860) und C. Boas Nachf. (1863) in Berlin und Jacob B. Brandeis in Breslau (1899).

[22] Zum jüdischen Abwehrkampf siehe Arnold Paucker, ‚Der jüdische Abwehrkampf', in *Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik*. Ein Sammelband, herausgegeben von Werner E. Mosse unter Mitwirkung von Arnold Paucker, Tübingen 1965 (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 13), S. 405–499 und *idem, Der jüdische Abwehrkampf gegen Antisemitismus und Nationalsozialismus in den letzten Jahren der Weimarer Republik*, 2. Auflage, Hamburg 1969 (Hamburger Beiträge zur Zeitgeschichte Band IV).

[23] Leo Hirsch, ‚Um das jüdische Buch. Eine Mahnung an den Leser', in *Jüdische Rundschau*, XXXXII, Nr. 67 (24. August 1937), S. 11.

ren und tieferen Betrachtung" angeregt.[24] Sollten demgemäß, so wäre zu fragen, nicht nur die Anstrengungen auf dem Gebiet des Theaters, sondern auch die Bemühungen der jüdischen Verlage vollkommen sinnlos gewesen sein?

Es fehlt nicht an zeitgenössischen Stimmen, die diesen Schluß nahelegen. So schrieb Lucia Jacoby, die Leiterin des Philo-Verlags, im Herbst 1937 in der *C. V.-Zeitung:* „Im Buchbezirk ist der geistige Umbruch ins Jüdische aus eigenem freien Willen erst bei einer kleinen Schicht vollzogen."[25] Wie klein diese Schicht war, verdeutlichen die Absatzziffern jüdischer Bücher. Wie schon erwähnt, wurden vom jüdischen Bestseller, dem kleinen *Philo-Lexikon,* innerhalb dreier Jahre ca. 30000 Exemplare verkauft. Als propädeutisches Handbuch, das einer ersten Orientierung auf dem Gebiet des Judentums diente, übte dieses Lexikon freilich einen sehr viel stärkeren Kaufanreiz aus als etwa die literarischen und monographischen Bücher des Schocken Verlags, deren Erwerb ein tiefergehendes Interesse des Lesers voraussetzte. Von den erfolgreichsten Bänden der Schocken-Bücherei wurden 6000 bis 10000 Exemplare abgesetzt. In der Regel genügte aber eine Auflage von 3000 bis 5000 Exemplaren, um die Nachfrage zu befriedigen. Dementsprechend wies Ernst G. Löwenthal in einem Artikel der *C. V.-Zeitung* auf die „Dreitausend-Grenze" hin, über die nur hebräische Gebet- und Wörterbücher sowie Nachschlagewerke hervorragten.[26] Selbst wenn man berücksichtigt, daß viele Bücher über die Schul- und Gemeindebüchereien und durch privaten Austausch eine größere Verbreitung gefunden haben, sind diese Ziffern – an der Zahl von ca. 100000 jüdischen Haushalten gemessen – nicht sehr beeindruckend, zumal noch eine Exportquote abzurechnen ist, die beim Schokken Verlag bei 25 bis 30 Prozent lag.[27] Ich möchte deshalb davor warnen, Bedeutung und Wirksamkeit des jüdischen Buches in der NS-Zeit zu überschätzen. Zwar hat sich der jüdische Buchmarkt im Vergleich zur Situation vor 1933 für einige Jahre deutlich belebt, jedoch kann diese Entwicklung nicht als Beleg für die in einer „Geistesgeschichte des deutschen Judentums" zu findende These dienen, daß es im Dritten Reich zu einer „Art jüdischer Renaissance . . . in einem nie für möglich gehaltenen Ausmaß", zu einem in „allen Kreisen der deutschen Judenheit" einsetzenden „Interesse für jüdische Religion, Geschichte und Kultur" gekommen sei.[28]

Es wäre indessen falsch, den statistisch meßbaren Erfolg zum einzigen Maßstab unseres Urteils zu machen. Ich denke, daß die jüdische Buchproduktion

---

[24] H. G. Adler, *Theresienstadt. 1941–1945. Das Antlitz einer Zwangsgemeinschaft,* Tübingen 1955, S. 648f.

[25] Lucia Jacoby, ‚Ich möchte ein Buch . . .', in *C. V.-Zeitung,* XVI, Nr. 45 (11. November 1937), S. 7f. Vgl. auch die Stellungnahmen von Soma Morgenstern und Hans Bach im Rahmen der Umfrage ‚Gegenwart und Zukunft der jüdischen Literatur', in *Der Morgen,* 12, Heft 6 (September 1936), S. 255f. bzw. 13, H. 8 (November 1937), S. 316.

[26] Ernst G. Löwenthal, ‚Das jüdische Buch in Zahlen. Ein Versuch', in *C. V.-Zeitung,* XVI, Nr. 45 (11. November 1937), S. 9f.

[27] Ausführlicher zur Frage der Verbreitung und Rezeption jüdischer Bücher in der NS-Zeit siehe Dahm, *Das jüdische Buch, op. cit.,* Teil 2, Sp. 818–823.

[28] Heinz Moshe Graupe, *Die Entstehung des modernen Judentums. Geistesgeschichte der deutschen Juden. 1650–1942,* Hamburg 1969, S. 370.

jener Jahre – im Gegensatz zu der wohl unfruchtbar gebliebenen Theaterproduktion – wenigstens in Teilen einen kulturellen Wert an sich darstellt, wenn dieser auch weniger in der schöpferischen Leistung der Autoren als in der editorischen Leistung der Verlagslektorate liegt. Zu bedenken ist auch, daß sich Funktion und Wirksamkeit von Literatur nicht allein mit quantitativen Kategorien beurteilen lassen. Ich will dies an einer Geschichte verdeutlichen, die uns aus dem Dritten Reich, vermutlich aus dem Jahr 1937, überliefert ist:

„In einem deutschen Dorf leben noch ein paar jüdische Familien, gedrückt und verängstigt, besonders die Kinder. Eines Tages ist draußen Gewitter. Die Kinder stehen geduckt in der Ecke. Da sagt das Schwesterchen dem kleinen Brüderchen: ‚Du brauchst keine Angst zu haben. Uns kann nichts passieren. Wir haben doch den lieben Gott und die Thora und die Schockenbücher.'"[29]

Ich glaube, diese kleine Geschichte zeigt exemplarisch, welche Bedeutung jüdische Bücher in diesen finsteren Zeiten für die jüdischen Menschen haben konnten. Wenn nur einige Tausend von ihnen durch Lektüreerlebnisse in ähnlicher Weise seelischen Trost und innere Bestärkung gefunden haben, dann waren die Anstrengungen der jüdischen Verlage nicht vergeblich. In derartigen Fällen vorhandener Empfänglichkeit ist es ihnen sicherlich gelungen, jüdische Träume in jüdische Realitäten zu verwandeln.

English Summary

The political conditions under which Jewish publishers and booksellers had to operate loom as all important, especially the treatment of the "Jewish Question" accorded by the *Reichskulturkammer* during its formative years, the "Aryanisation" of the German book trade, the expulsion of the Jews from the *Reichsschrifttumskammer* and the establishment in 1937 of a Jewish "ghetto book trade". A survey of the most important Jewish publishing houses in the Nazi period includes short portraits of the *Jüdischer Verlag* and the *Schocken Verlag*. A few brief remarks are made about the publishing company owned by Erich Reiss and the *Philo-Verlag* of the *Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens*.

Although in quantitative terms these Jewish publishing houses only achieved modest successes, their efforts were far from being in vain. Their books contributed significantly to fostering Jewish identity and self-awareness and in bringing comfort to a population for whom the written word was an escape from a daily existence increasingly characterised by rejection and persecution.

[29] Mitgeteilt von Yehoshua Amir (Rez.), ‚Franz Rosenzweig: Der Mensch und sein Werk, Briefe und Tagebücher', in *Freiburger Rundbrief. Beiträge zur christlich-jüdischen Begegnung*, 31, Nr. 117/120 (1979).

Claudia Koonz

Courage and Choice Among German-Jewish Women and Men

All of us at this conference confront the difficult task of writing the history of a group of people who had almost no ability to change the public world in which they lived. Most of the participants have implicitly addressed the problem of Jews' powerlessness in the Third *Reich* by concentrating on areas of Jewish life beyond Nazi control in which individual Jewish leaders actually did exert influence, such as the *Gemeinde,* culture, financial institutions, schools, youth groups and welfare organisations. Organisational histories examine the ways in which Jews in Germany asserted themselves in Jewish organisations, defending themselves against a larger milieu which incrementally deprived them of influence over every aspect of civic life in mainstream, non-Jewish society. Methodologically, these histories mirror the political histories which focus on the elites who wielded power in German society as a whole. They record the ideas and strategies of leading men and their organisations, implying that somehow the lives of these important figures reflected the experiences of average and anonymous Jews. However, to complete the picture and to enrich the analysis, a different kind of documentation is called for. Besides printed sources (which in any case are rendered suspect by Nazi censorship), we need to search for evidence about daily life among ordinary people in extraordinary times.

In our papers, Rita Thalmann and I will consider the 60 percent of the Jewish population in Germany who exercised even less power than the leading men whose actions and ideas the other participants have investigated.

On the basis of a pilot project in oral history, I will sketch in the outlines of a comparative history of men's and women's reactions to the single most vital question facing Jews in Nazi Germany. This issue was not Martin Buber's remark quoted by Werner Angress: „Die Frage ist nicht, ob man geht oder ob man steht, sondern wie man geht und wie man steht." Tragically, our hindsight tells us that „wie" counted for nothing, and life depended on „ob". While Jewish elites revitalised their organisations in response to Nazi repression, scores of thousands of Jews could hardly grasp, much less defend themselves against, their sudden exile from a world in which, to quote Peter Gay's opening address, they felt entirely at home. How did individuals evaluate the merits of staying or leaving? What events gave rise to hope? to despair? How did they decide whom to trust and whom to fear? The archival collections at the Wiener Library in London und Tel-Aviv, the archives at the Leo Baeck Institute in New York, and Yad Vashem provide us with memoirs and a few diaries. Recent sociological

studies tell us about the emigration experience of hundreds of refugees.[1] A recent study by Marion Kaplan recreates the daily lives of Jewish women in Germany during the 1930s.[2] Building on these collections and studies, I have undertaken to examine German Jews' reactions to mounting antisemitism in daily life by interviewing people who lived through those years. The interviews vary in length from one to three hours. Although I have no formal interview schedule, I gather data about informants' lives before 1933, parents' values, friendship circles, reading habits, education, career aspirations, religious beliefs, and family life. Then I inquire how life changed after 1933 with regard to each of these areas. Finally, I ask whether there is something the informant would like me to know which has not been mentioned. To date, I have spoken with 23 people, seven men and sixteen women who belonged to Jewish *Gemeinden* in various cities and towns.

The people with whom I spoke identified as Jews, but did not regularly attend services before 1933 – or afterwards. For example, most could recall that some kind of national Jewish organisation existed, but until I prompted them with *Reichsvertretung* or *Centralverein,* they did not remember a name. Nor had they subscribed to Jewish periodicals. A few remembered the *B'nai B'rith* (with about 120,000 members) and one woman regularly read the *Blätter des Jüdischen Frauenbundes* (the publication of the 40,000 strong Jewish Women's Association). She, incidently, was the president of her local chapter in Mönchen-Gladbach). When I inquired about my informants' sources of information after 1933, they told me they relied on foreign radio and their neighbourhood gossip. Any information which had cleared Nazi censors, by definition, seemed unreliable, even if it had been written by Jewish editors and journalists. The people in my sample had experienced assimilation prior to Nazi rule, although every one recalled at least one or two unpleasant encounters with antisemitism. After 1933 most withdrew from a Christian society that did not want them, without reintegrating themselves into Jewish communities. If we record only the history of organisations, then we implicitly assume that most people found new life, intimacy, and trust within larger Jewish social contexts. But I suggest we expand this impression by adding a different sample of German Jews to our history of the period, that we remember people like my informants who retreated into their private "space." For these people, family and trusted friends, *not* Jewish organisations, provided sustenance and protection in a hostile world.

I began this project four years ago with the goal of recording women's reactions to Nazi Germany. Because so very little had been written about the family and women in this period, I wanted simply to fill in the record. However,

---

[1] Herbert A. Strauss (ed.), *Jewish Immigrants of the Nazi Period in the USA,* vol. 3/2. This volume is an index to the audio tape collection of 253 interviews, which are on file at the project office in New York City; Marion Berghahn, *German Jewish Refugees in England,* London 1984. Of course, biographies of leading individuals vividly portray the milieu in which the subjects lived, cf. for example Leonard Baker, *Days of Sorrow and Pain. Leo Baeck and the Berlin Jews,* New York – Oxford 1978.

[2] Marion Kaplan, ‚Jüdischer Frauenalltag in NS-Deutschland 1933–38', *Journal für Geschichte,* forthcoming, 1986.

the material I gathered soon suggested that I collect evidence with the view to writing a comparative study which accounted for women's and men's quite different reactions to the issues of escape, self-defence, conformity, rebellion, and planning for the future. On the basis of preliminary findings, I suggest that men and women evaluated their situation from contrasting perspectives – specifically that 1) they experienced antisemitism differently and 2) that they weighed their options according to different priorities. Ultimately, I will assess the impact of other factors, such as age, degree of assimilation, educational background, religious belief, and wealth, upon Jews' responses to antisemitism. For the purposes of this paper, however, I will sketch in a comparative history of men's and women's decision-making regarding emigration.

As Rita Thalmann points out, the demographic structure of the Jewish community underwent major changes between 1933 and 1940.[3] Young men predominated in the "panic exodus" of 1933. Sons went abroad to pioneer their futures and prepare the way for parents and siblings, while daughters remained in a home setting within Germany. As the papers on youth organisations suggest, the young women who remained in Germany also remained at home and only rarely entered into extra-familial activities. Why did some people leave and others go? We are not sure. But it appears that wealth, class and political opinion did not necessarily correlate with decisions related to emigration (although obviously if one belonged to a "subversive" political organisation, the mandate to leave was clearer). Recent arrivals from Eastern Europe, looked down on as *Ostjuden,* although poorer often displayed greater fear – perhaps because they had an "early warning system" from their experiences with pogroms. Wealthy people, with more options to settle abroad, often felt less vulnerable and chose to stay.

Decision-making about emigration seems related to how deeply individuals identified with mainstream society. The more integrated a person felt into the economy and the culture, the less seriously he took Hitler's threats. I say, "he" because I suggest that men felt more assimilated into the non-Jewish world than their wives, mothers, sisters and daughters. As a consequence of their lower degree of assimilation, women often perceived the danger of antisemitism earlier than their male counterparts and within the family often urged emigration.

The people in my study (like the leaders of the Jewish community) viewed their alternatives in terms of polarised needs, caught between the psychological necessity to see themselves as in control and their future as manageable and the survival instincts which told them that because they had no power, safety lay

---

[3] Karl Schleunes, *The Twisted Road to Auschwitz,* Urbana – Chicago – London 1970, p. 236; Werner Rosenstock, 'Exodus 1933–1939. A Survey of Jewish Emigration from Germany', in *Year Book I of the Leo Baeck Institute,* London 1956, pp. 373–390; Kurt Zielenziger, ‚Die Auswanderung der deutschen Juden seit 1933', *Population,* II, No. 3 (London, December 1937), p. 186. Sibyl Milton, 'Women and the Holocaust: The Case of German and German-Jewish Women,' in Bridenthal, Grossmann, and Kaplan (eds.), *When Biology Became Destiny: Women in Weimar and Nazi Germany,* New York, 1985, pp. 297–333.

only in leaving Germany. Between flight und fight, German Jews evaluated their options in an increasingly ominous setting.

Men Confronted by Persecution

Several general conditions formed the background against which Jewish men considered their choices. First, men personally experienced the random and brutal violence of stormtroopers. Until the deportations began women were treated "chivalrously". Men, by contrast, especially if they were professionals or civil servants, confronted hardship immediately after Hitler's assumption of power. It might seem, therefore, that the statistical evidence showing the overwhelming predominance of men in the early emigration proved that that Jewish men perceived the magnitude of the Nazi threat first and acted. But, in fact, direct attacks affected only a small percentage of all Jewish men. Other values, anchored in masculine socialisation, prompted most men to underestimate the threat of remaining in their *Vaterland*.

From boyhood, specific values and experiences conditioned men to view their activities in terms of investment and reward. After devoting decades or a lifetime to his business or position, a man felt he had earned something. His very identity was anchored in that trade, skill, reputation, income or business. Two examples illustrate how this faith could produce two quite different rationalisations for remaining in Nazi Germany. Joshua Sherman quoted here Max Warburg's annual reports, noting that he referred to his banking house as his "fortress" which he felt he had to protect. When I interviewed Eric Warburg, he recalled the same metaphor but gave it the opposite meaning. He recalled his father pointing to the banking house. "See that building there. That is more than a building. That is our fortress. *It* will protect *us*." At the other extreme, a Bavarian businessman felt that his very insignificance would protect him. "We have a solid reputation for honesty and the best prices anywhere. Besides we are such small fry, who would bother about us?" he asked – reflecting the mentality so carefully depicted by Ian Kershaw.[4] Thus, a man who believed his conduct to be above reproach, whether wealthy or not, could imagine himself immune from anti-semitism.

A third example of "masculine" thinking comes from an interview I had with a woman. I include it to illustrate that traits we associate with gender result from socialisation not from innate qualities. Occasionally, women whose experiences departed from the norm responded in ways society might call "manly". Frau Gerson grew up in Munich. From her earliest childhood, she identified strongly with the family business and felt called upon to defend it on several occasions. In 1918, for example, she had stood in front of her mother's wholesale laundry

[4] Ian Kershaw, *Popular Opinion and Political Dissent in the Third Reich, Bavaria 1933–1945*, Oxford 1983.

equipment business, holding off marauding revolutionaries with a pistol. Like Warburg's intransigence against the epidemic as a young man (noted by Joshua Sherman), her success against revolutionaries prepared her to prevail against the *Gestapo* and SA men when they attacked the laundry factory and her husband's family's coal and wood business. Herr Gerson by contrast, cared more about sport than business. He felt little threat from the Nazis. When all Jews were expelled from their exclusive tennis club, both Gersons rallied their Jewish friends, purchased a new club house with playing fields, and challenged their former non-Jewish club mates to matches ("which we usually won", remarks Frau Gerson proudly). Ultimately, the Gersons spent what little savings they had left to escape via Shanghai and Seattle (where Frau Gerson supported the family by washing windows). Like Eric Warburg, incidently, Frau Gerson returned to Germany after the war – not to accept *Wiedergutmachung,* but to reclaim the family home and business. "I did not care about the money. I wanted *our* own house, *our* stores, and *our* businesses. I went to the Supreme Court in Karlsruhe twice because I refused to accept a substitute or money. That *property* belongs to *us,* not to the Nazis who stole it from us." In the end her efforts failed, but she has chosen to live in Munich.

These case studies illustrate ways in which a strong identification with a business or institution blinded people to their vulnerability and encouraged them to defend their integrity by remaining in Nazi Germany. Another set of traditions affected men more strongly than women. Boys grew up sharing the patriotism, scholarship, and honour of the *Gymnasium* (and the less elitist *Hochschule*). "You must remember", explained Dr. Robert Salomon, a radiologist who grew up in Belgium and Frankfurt, "that for us *Deutschtum* meant Enlightenment, Goethe, Schiller, Luther, Heine, Kant and Mendelssohn." He did not note Luther's antisemitic statements. "Our families arrived in the Rhineland with Caesar, long before any of those Germanic tribes", he said proudly. Again, I want to emphasise that occasionally a woman might share this commitment to *Kultur* and insert the example with which Marion Kaplan closed her book. "Hannah Karminski wrote a friend of her last visit with Cora Berliner (the former vice-president of the *Jüdischer Frauenbund* on the day of the latter's deportation.

> "C. and our other friends took books along. They agreed on the selection. To my knowledge C. took *Faust I* and an anthology. When I went to visit them on the last day, shortly before their departure, they were sitting in the sun in the garden reading Goethe."[5]

The "Bildung" explored by Ismar Schorsch in his paper did provide men and some women with a sense of self worth, but I suggest that it also blunted their sense of impending danger, even as it provided the basis for spiritual *Widerstand.* Military service further deepened men's integration into German society. Even young men with one Jewish parent who were drafted into the German army

[5] Marion A. Kaplan, *The Jewish Feminist Movement in Germany* 1904–1938, Westport, Conn. 1979, p. 205.

(and not expelled until 1941) recall that the military remained virtually free of the antisemitic comments and insults experienced by *Mischlinge* in civilian life.[6]

Less easy to document is a final ingredient of decision-making, a faith in orderliness. Believing in the ultimate rationality of the world and in *Planung,* men more than women confidently assumed they could manipulate "the system", even a Nazi system. Avraham Barkai has demonstrated in his paper the effectiveness of the Nazis' economic repression and outright theft. But, this powerful historical analysis raises other questions. If economic antisemitism so obviously devastated Jewish businesses and property, what factors explain the victims' hesitation to recognise the hopelessness of their situation? An important segment of the answer lies with the ambiguity of Nazi policies. Ideological differences, disagreements and intra-party rivalries resulted in loopholes, exceptions, and oversights. Even as propaganda blared race-hatred, policy remained „zweideutig". It could be read in two ways. Without perpetuating the "myth of the protective hand", we can identify specific areas of safety which offered shelter even after Schacht resigned. A second factor explaining many businessmen's reluctance to grasp the hopelessness of their situation lies in the legalistic facade Hitler had perfected during his days as a "respectable" politician. Both victims and perpetrators minimised the seriousness of Hitler's lethal goals. Men, my findings suggest, typically placed greater faith in their non-Jewish friends' promises of support than did women. And after all in Nazi Germany men exerted more power. Stahl (who now lives in Munich) recalled that her father refused to leave Germany because when in 1921 Hermann Göring had appeared on their doorstep and begged for a doctor after the Beer Hall *Putsch,* the family had called for aid. The future Field Marshal swore to protect the family always. And the father (not the mother) believed him. At least until 1941. Men identified more deeply with public institutions than women and clung to the hope of a miracle rescue from an increasingly hostile world. Men, I suggest, predominated among those Germans, to quote Ruth Gay, "who stayed in Germany . . . because they had a made a bet with history, and for more than a century it seemed that they were on the winning side".[7]

Men perceived themselves – and to a formidable extent they *were* – as embedded, not merely in the *Kultur,* but in an entire mesh of social, financial and intellectual traditions and trusted their ability to manipulate their environment.

Women Facing Antisemitism

Before antisemitism threatened the economic survival of most Jewish men, it pervaded the social networks which played a central role in most Jewish women's lives. This assertion casts doubt on the convenient assumption that most

[6] These generalisations are based on recollections of three men (not part of my Jewish sample for this essay) who lived in Germany during the war and still live there, but do not want their names cited.

[7] Ruth Gay, 'What I learned about German Jews', in *The American Scholar,* Fall 1985, p. 479.

non-Jews acquiesced to Hitler's racial madness only when capitulation became absolutely mandatory. Evidence based on memoirs and interviews points to the opposite conclusion – and most dramatically when we listen to women. Social ties proved to be more fragile than business contracts or "crony" networks. Men experienced random violence, but women faced steady erosion of daily life at all levels.

As a background, let us think about girls' upbringing. Women's identity depended upon their family and community. John Stuart Mill once remarked that men choose careers and women choose husbands. Without defending this as an ideal, it nonetheless characterised most women's expectations during the inter-war years. Generally, girls did not receive as advanced an education as their brothers, often religion, family ties, and friendships played a dominant role in their emotional lives, and although many Jewish women had participated in volunteer war work, they did not share the "front experience", or join veterans' associations. Because women identified as wives and mothers, their perceptions and experiences of antisemitism differed from their husbands'; and when they considered their options, they came to different conclusions.

Women had less cause to worry about becoming „berufslos" because they were less likely to have a „Beruf" to begin with. Their „Berufsethos" centered on family not career or job. Predictably, their skills (poorly paid and less specialised) would export. Brothers and fathers, who might have felt at home in fourth-century Greece or Imperial Rome, deferred to mothers, wives, and sisters when it came to communicating with American or French contacts. Home economics, child care, typing, housekeeping, and nursing offered more prospects than, for example, German law or cattle-dealing. Frequently, too, women used their skills actually to secure their family's exit. Helen Sachs asked me what I thought the 1936 most popular book in Leipzig was among Jews. Not the *Schocken Bücherei,* not even Hermann Hesse, but the New York telephone directory. Women (because they typed and often knew English) searched for Americans with the same last name as theirs in order to write desperate pleas for affidavits. "Some answered", recalls Mrs. Sachs; "but not enough." Commonly, too, women profited from Nazi police and *Gestapo* misogyny by slipping past checkpoints, taking "shopping trips" to Paris or Zürich to procure visas, and smuggling documents. After mass arrests and deportations began, women by definition did most of the courier work because any draft age man with doubtful papers could be strip-searched on the spot. Besides being less vulnerable to searches, even when searched, women could "pass" because they were not circumcised. Among those who left Germany, too, differences persisted. Psychologically, women apparently found it easier to "turn the page" and begin a new life abroad. Marion Berghahn noted that many children recalled their fathers having died of a broken heart, but does not mention mothers.[8] One of my

[8] Studies of suicide generally fail to analyse male/female contrasts, cf. Konrad Kwiet, 'The Ultimate Refuge. Suicide in the Jewish Community under the Nazis', in *Year Book XXIX of the Leo Baeck Institute,* London 1984, pp. 135–167.

informants, in discussing her father's suicide, paused to explain why she and her mother did not follow suit. "Kill ourselves? How could a mother leave her kids? Not a possibility!"

Crisis of any kind typically re-structures social arrangements, flattening the power pyramid and diffusing responsibility among the previously powerless. Rising antisemitism in Nazi Germany meant a relative increase in status for women relative to men in the day-to-day work of escape and survival.[9] Because so many of the papers have addressed the need for Jews to create a "space" within which they could preserve their traditions and gather strength, I will pass quickly over this point – noting only that as public life deteriorated the family took on new emotional meaning as a place of shelter. Organisation history implies that only the Jewish community provided such "spaces", but my informants by and large withdrew from non-Jewish society without approaching Jewish associations. The family provided the kind of "space" for humane values and dignity that activists created within the rubric of Zionist or communal organisations. Without denying that a few young women played leading roles in these organisations, generally men predominated. Most women asserted themselves against adversity within the domestic milieu.

Men and women thought about the future from different standpoints. Marta Appel's memoirs published in Monika Richarz's social history illustrate this issue.[10] Frau Appel recalled driving home with her husband after a dinner party at which every male guest insisted on remaining in Germany and the women consistently urged emigration. Why? Marta Appel thought because women saw the future – and perhaps the meaning of life – in terms of their children. This suggests, although Frau Appel did not draw the conclusion directly, that courage for men meant standing fast, defending terrain they had won. Women, by contrast, saw courage as flexibility, risking short-term material setbacks against the hope for their children's happiness. In other words, men evaluated their milieu in terms of expectations that public order would ultimately provide law-abiding citizens with at least security and possibly leverage. Women grasped better a rapidly disintegrating reality which left Jews helpless.

Finally, and most tentatively, I suggest that social antisemitism took effect more quickly than legal and economic antisemitism. At national and local levels, women's organisations which had long welcomed Jewish women into their work, expelled Jewish women overnight. (This applied, too, to women who had converted to Catholicism and Protestantism and did not see themselves as Jewish.) Virtually all member associations of the *Bund deutscher Frauenvereine* quietly purged their Jewish members without a protest, or even much hesitation. Articles in the *Blätter des Jüdischen Frauenbundes* suggest the ways in which Jewish women encountered antisemitism. The journal carried warnings about

---

[9] Cf. Shirley Ardner, *Women and Space. Ground Rules and Social Maps*, New York 1981, especially Rosemary Ridd's contribution.

[10] Monika Richarz, *Jüdisches Leben in Deutschland, III, Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1918–1945*, Stuttgart 1982, Veröffentlichung des Leo Baeck Instituts, p. 323.

non-Jewish servants who might report "typically Jewish" behaviour to local officials. Some authors warned women not to dress ostentatiously and not to reinforce negative stereotypes. And then, the magazine told women to take pride in their Jewish heritage.

In people's memories it was often these personal and apparently trivial events which sent shock waves through a neighbourhood or family. Lilli Kretzmir recalls that the beggar who appeared every Tuesday at the back door for a handout arrived one day with a stiff right arm „Heil Hitler" instead of the humble outstretched palm. Frances Henry recalls the insults hurled at her mother as she walked through the streets with her half-Jewish child.

"She was walking down a street in Sonderburg, wheeling me, then a very small child in a baby carriage. On turning a corner, she was accosted by a group of youths who shouted at her, 'Here comes the dirty whore who goes to bed with a Jew and has the nerve to wheel around her bastard!'"[11]

The examples go on and on. The *Gemeinde* contributed to each Jew's evaluation of the situation, but Jewish public opinion was also formed by experiences in the streets and conversations in the homes. Because antisemitism expressed itself most cruelly in the schools, children often suffered first: and if they reported their trials to a parent, they probably decided to confide in their mothers.[12] After all, it was the mothers who helped children memorise homework – like racial codes, and antisemitic "history". Magda Meyersohn noted in addition that because boys had grown up wrestling and fighting, they withstood harassment better. Girls, by contrast, had lived a sheltered life and suffered from the psychological ostracism by their friends. Ilse Wischnia, who grew up in Rothenburg a. d. O. and Frankfurt, recalls that often boys would beat up Jewish girls on the way to school – aggression for which they were totally unprepared. Her brother had learned to fight back even against overwhelming odds; but the girls felt completely helpless.

Women lived in communities, shops, neighbourhoods and towns where they felt acutely what Milena Jesenska called *Rufmord:*

"Death by gossip, by lies, by hostile comments, *Nachrede* and false allegations. *Rufmord* wounds more deeply than steel. You bring a murdered person to the cemetery. There he finds his peace. The victim of *Rufmord* has to keep on living and yet cannot really live."[13]

Men faced direct challenges; women faced the insidious and inexorable erosion of their social world. Therefore, women often felt how precarious their situation was before the men in their families. Often in subtle ways, they "gave the push".

Jonas recalled recently that her mother managed to pry her father loose from

---

[11] Frances Henry, *Victims and Neighbors. A Small Town in Germany Remembered,* Northampton 1984, p. 110.

[12] Inge Deutschkron, *‚Ich trug den gelben Stern'*, Köln 1978.

[13] Margarete Buber-Neumann (ed.), *Milena, Kafkas Freundin,* Munich 1977, pp. 123–125.

Germany only by threatening divorce.[14] Among two thirds of my sample, daughters or wives most consistently urged the family to emigrate against their fathers' judgement. Let me conclude by citing one example which speaks for the methodological problems of oral history and for the difficulty of ascertaining what the balance of influence within a family was. In every case, my informants assured me that the father made all decisions in the family. "It was not like now-a-days. You cannot imagine how totally Papa dominated." During an interview with Ilse Rotschild (who grew up in Karlsruhe and now lives in Worcester), she insisted her father wielded unchallenged authority. When I had turned off the tape and inquired if she ever recalled her parents disagreeing about anything, she said no. But then she remembered one day in 1938 when her father returned home with plans to remodel the bathroom. Her mother for the first time in anyone's memory "put her foot down", telling her husband: "We will not leave a beautiful new bathroom for the Nazis to use." Shortly thereafter the father decided to accept the invitation by American cousins to immigrate. The bathroom was not remodelled.

Conclusions

After 1933 German Jews asked themselves with increasing urgency what made life worth living, what kind of a future they wanted, and where their dreams would be safe. This meant balancing financial hardship and social betrayal in Germany against deep ties to German *Kultur* and a few loyal friends. Because women and men had been socialised according to different values, they often had different priorities and different sets of expectations about the future. Thus, they evaluated their situation in Nazi Germany from different perspectives. My small pilot study suggests that within families women more quickly than men perceived the mounting danger and more optimistically faced the prospect of a future in a foreign land. In closing, I would like to repeat the quotation from Niels Bohr with which Ismar Schorsch opened his paper. "A single everyday picture will not suffice." We need opposites, contradictions even, to preserve our sense of the full range of historical complexities. The polarity between the world of articulate and prominent men and the sphere of ordinary and resourceful women circumscribed the reality of Jewish life in Germany which this Conference aimed to recover.

[14] Lore Jonas in a letter to the author of 3rd December 1985.

Deutsche Kurzfassung

Auf der Grundlage von 23 Interviews mit Juden, die Deutschland vor 1939 verlassen haben, wurde untersucht, wie Männer und Frauen auf die antisemitische Verfolgung zwischen 1933 und 1938 reagiert haben. In den meisten Fällen reagierten sie sehr unterschiedlich. Frauen bekamen oft den sozialen Antisemitismus viel stärker zu spüren, als ihre Ehemänner. Die Gesichtspunkte, die während der Nazi-Zeit die jüdische Strategie des Überlebens, die Pläne für die eigene Zukunft, die Zukunft des Geschäfts und der Familie leiteten, waren bei Männern und Frauen bemerkenswert unterschiedlich.

Rita R. Thalmann

Jüdische Frauen nach dem Pogrom 1938

Vom Standpunkt der Logik ist es erstaunlich, daß das Thema „Frau" erst in der vorletzten Sektion einer Tagung über das deutsche Judentum erscheint. Doch gehört es zu den Paradoxien der Geschichte, daß sogar bahnbrechende Frauen, die im deutschen Judentum besonders stark vertreten waren, entweder von der Historiographie ignoriert oder nur durch die Hintertür eingelassen wurden. Daher beabsichtigt dieser Beitrag, Ansätze zu einer anderen Bewertung der Ereignisse, die der Rolle der Frauen gerecht wird, zu legen.

Das Jahr 1938, das vom Ministerium Ribbentrop als Schicksalsjahr der Gestaltung des Großdeutschen Reichs und der nahen Lösung der Judenfrage bezeichnet wurde[1], führte auch zu einer einschneidenden Wende in der Situation der jüdischen Frauen. Denn obwohl diese bereits zu Beginn des Dritten Reichs 52,3% der jüdischen Bevölkerung Deutschlands bildeten und mit dem 1904 gegründeten Jüdischen Frauenbund (JFB) über die älteste und bedeutendste jüdische Frauenorganisation Europas verfügten, die sozial und kulturell äußerst aktiv war, entsprach ihre Rolle innerhalb der Gemeinde immer noch der herkömmlichen Vorstellung der tüchtigen Hausfrau und gewissenhaften Mitarbeiterin. Diese Einstellung war um so paradoxer, als Hitler immer wieder die Forderung nach Frauenrechten als „jüdisch-intellektualistische Erfindung" anprangerte, eine Behauptung, die allerdings nicht ganz unbegründet war. Wie in den meisten industrialisierten Ländern, gehörte das deutsche Judentum überwiegend dem städtischen Bürgertum an und förderte deshalb weit mehr als der Rest der Bevölkerung die höhere Bildung seiner Töchter. Infolgedessen hatten auch in Deutschland relativ viele jüdische Frauen wie u. a. Henriette Goldschmidt, Lina Morgenstern, Henriette Fürth, Alice Salomon, Camilla Jellinek, Lida Gustava Heymann, Gertrud Baer, Frieda Perlen führend im fortschrittlichen Flügel des Bundes Deutscher Frauenvereine (B.D.F.) bis zu dessen Auflösung im Jahre 1933 mitgewirkt.[2]

So war es nicht verwunderlich, daß jüdische Frauen nicht nur als Juden, sondern auch als Frauen mehr als ihre männlichen Glaubensgenossen von den ersten beruflichen Ausschlußmaßnahmen der Nationalsozialisten betroffen wurden, weil sie meistens vor der Weimarer Republik kein öffentliches Amt bekleidet hatten und keine Sondergenehmigung als Frontkämpfer oder Sohn eines Frontkämpfers beantragen konnten. Es blieb ihnen daher von Anfang an nur die Alternative, schnellstens auszuwandern, was die Namhaftesten und/

[1] *The International Military Tribunal* (IMT), vol. XXXII doc. PS 3358.

[2] Rita Thalmann, *Etre Femme sous le IIIe Reich*, Paris 1982; deutsche Fassung: *Frausein im Dritten Reich*, München 1984, Kap. I.

oder politisch Gefährdeten zum größten Teil taten, oder sich der neuen Lage anzupassen. Die Anpassungsfähigkeit der Zurückgebliebenen während der ersten fünf Jahre der Hitlerdiktatur wurde bereits eingehend von Marion Kaplan in ihrer Geschichte des Jüdischen Frauenbundes dargestellt.[3] Doch diese bemerkenswerte Anpassung, die Claudia Koonz in ihrem Beitrag mit Recht als „erhöhte Verantwortung in Familie und Gemeinde" bezeichnet, wurde nicht dementsprechend anerkannt. Kennzeichnend hierfür ist, um nur ein Beispiel zu geben, daß sich die Reichsvertretung der Juden in Deutschland erst im April 1938 trotz jahrelangen Begehrens des JFB entschloß, einer von diesem vorgeschlagenen Frau einen Sitz anzubieten, jedoch nicht als dessen Vertreterin, wie es für alle anderen Vereine der Fall war. Worauf Ottilie Schönewald, ehemaliges Mitglied des Reichsausschusses der Deutschen Demokratischen Partei und Abgeordnete der Stadt Bochum, Vorstandsmitglied des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens und der liberalen Vereinigung, seit 1934 Vorsitzende des JFB bemerkte, man wolle den Frauen „galanterweise eine Sonderstellung einräumen" und „uns auf einen um so höheren Sockel stellen, je weiter man uns von dem Boden entfernen will, auf dem die Auseinandersetzungen sich vollziehen und die Entscheidungen fallen".[4]

Bekräftigt wurde die herkömmliche Ansicht einer beschützten Sonderstellung der Frau in der jüdischen Gemeinschaft durch die Tatsache, daß, mit Ausnahme der politisch Engagierten, Frauen im Gegensatz zu Männern von körperlichen Mißhandlungen, Verhaftungen, Konzentrationslager verschont blieben.

Warum erfolgte im Herbst 1938 eine grundsätzliche Veränderung – man kann wohl von einer Zäsur sprechen – dieser Sachlage? Welche Konsequenzen entstanden dadurch für die jüdischen Frauen? Wie reagierten sie darauf?

Bei dem jetzigen Stand der Historiographie, die erst seit einigen Jahren „die Frau" als Subjekt und Objekt der Forschung wahrgenommen hat, fehlt noch die eingehende Untersuchung des allseits verstreuten Materials, insbesondere der statistischen Angaben, die eine möglichst vollständige Beantwortung dieser Fragen erlauben würden. Daher kann dieser Beitrag nur Vorstufen zu einer Geschichte der letzten Phase jüdischen Frauenlebens vor der endgültigen Auslöschung einer organisierten jüdischen Gemeinschaft auf deutschem Boden entwerfen.

Die Wende bahnt sich bereits an in den letzten Oktobertagen 1938 anläßlich der Austreibung der noch in Deutschland lebenden polnischen Juden. Denn bei diesem, im sogenannten „Altreich" erstmals durchgeführten Deportationsversuch lassen die nationalsozialistischen Machthaber keinen Unterschied – weder des Alters noch des Geschlechts – gelten. Bemerkenswert ist auch, daß ange-

---

[3] Marion A. Kaplan, *Die Jüdische Frauenbewegung in Deutschland. Organisation und Ziele des Jüdischen Frauenbundes 1904–1938*, Hamburg 1981. (Hamburger Beiträge zur Geschichte der deutschen Juden, Band VII); englische Originalfassung: *The Jewish Feminist Movement in Germany. The Campaigns of the Jüdischer Frauenbund, 1904–1938*, Westport, Conn.–London 1979.

[4] Ottilie Schönewald, Sammlung, Leo Baeck Institute, New York, Nr. 3896 – (III,11) S. 1.

sichts der Härte der Maßnahme, die nur einen kleinen Teil der jüdischen Bevölkerung trifft (ca. 5%), aber wie ein Schock auf alle nicht direkt Betroffenen wirkt, die Verantwortlichen des Jüdischen Frauenbundes aus eigener Initiative ihre Hilfstätigkeit von der gewohnten Sondersphäre auf den Boden der öffentlichen Auseinandersetzung übertragen, indem sie alle verfügbaren Kräfte zur materiellen und psychologischen Betreuung der Vertriebenen in den Sammelstellen und Bahnhöfen aufrufen.[5] Der Pogrom, der zehn Tage später einsetzt, vernichtet die letzten Spuren einer Sonderstellung der jüdischen Frauen.[6] Von den schätzungsweise ca. 90 Opfern, die in der „Kristallnacht" durch Mord oder Freitod umkommen, sind etwa 40% weiblich. In Düsseldorf, wo die Trauerfeier des von Herschel Grynzpan getöteten Botschaftssekretärs vom Rath stattfindet, in Franken, der Hochburg des berüchtigten Gauleiters Streicher, in vielen kleineren Ortschaften, wo die hilf- und wehrlosen Juden der tobenden Menge ausgeliefert sind, werden Mädchen wie Knaben, Frauen wie Männer aus den Betten gerissen, im Nachthemd auf die Straße getrieben und in manchen Fällen schwer mißhandelt. Zwar kommen sie noch nicht wie ihre Väter, Brüder, Männer, Söhne in Konzentrationslager, doch müssen sie nun allein von einem Tag auf den anderen für die durch Plünderung und Zerstörung oft obdach- und mittellos gewordenen Angehörigen und Bekannten sorgen. Hinzukommen die zermürbenden Schritte bei den Behörden, auch bei der Gestapo, die Anträge in den diversen Konsulaten eventueller Aufnahmeländer zu stellen, da die sofortige Auswanderung unter Abgabe des größten Teils des noch bestehenden Besitzes zu diesem Zeitpunkt die unerläßlichen Bedingungen zur Freilassung der Männer aus dem Konzentrationslager waren. Ferner müssen nun viele Mütter allein die schmerzliche Entscheidung treffen, ihre Kinder, deren Ausbildung und Zukunft durch das Besuchsverbot „arischer" Schulen sowie durch die Zerstörung oder Zwangsauflösung der meisten jüdischen Ausbildungsstätten fast aussichtslos geworden ist, ausländischen Hilfswerken anzuvertrauen – ohne zu wissen, wann sie sie wiedersehen würden.

Die dritte, wohl gravierendste Veränderung in der Situation jüdischer Frauen entsteht durch die nun massiv anhebende Emigrationswelle. Die Verhaftung fast aller Männer, deren Freilassung zu dieser Zeit von der sofortigen Auswanderung abhing, die darauf folgenden neuen Entrechtungsmaßnahmen, die brutale Zerschlagung des Gemeindelebens durch das Verbot seiner Presse, die Beschlagnahmung des größten Teils der noch bestehenden Institutionen, die Zwangsauflösung sämtlicher jüdischen Vereine – darunter der JFB – und die Übertragung ihrer Anliegen an die Reichsvertretung der Juden in Deutschland (seit Juli 1939: Reichsvereinigung der Juden in Deutschland) veranlassen ca. 141 000 Personen zur Auswanderung bis zur endgültigen Emigrationssperre im Oktober 1941. Der daraus erfolgende Substanzverlust, der demjenigen der ersten fünf Jahre des

---

[5] Ottilie Schönewald, Wiener Library, London, Doc. PIIIc Nr. 646 und Charlotte Stein-Pick, *Die Verlorene Heimat,* Manuskript 84 S., Leo Baeck Institute, New York.

[6] Hierzu Rita Thalmann, Emmanuel Feinermann, *La Nuit de Cristal,* Paris 1972, engl. Fassung, *The Crystal Night,* London–New York 1974.

Dritten Reichs gleichkommt und 38,5% der noch Ende 1937 in Deutschland lebenden Juden entspricht, führt zu einer erheblichen Verschiebung der Alters- und Geschlechterstruktur in der zurückbleibenden Gemeinschaft. Mehr als die Hälfte sind über fünfzig Jahre alt – davon 32,25% über sechzig, während die niedrigere Emigrationsquote der Frauen – ein Aspekt der Abwehrstrategie des deutschen Judentums, der auch untersucht werden sollte – ihren Anteil von 52,3% im Jahre 1933 auf 57,5% erhöht.[7]

Abgesehen von den etwa 40000 weiblichen sogenannten Mischlingen ersten und zweiten Grades, die selten der jüdischen Gemeinde angehören, kann man die ca. 107000 vor Kriegsbeginn in Deutschland noch anwesenden Frauen und Mädchen in fünf Kategorien einstufen:

1. Ältere Alleinstehende oder Verheiratete, die nicht genügend Kraft und/oder Geld zur Auswanderung aufbringen können.
2. Frauen, die mit Nichtjuden verheiratet sind und sich dadurch relativ geschützt glauben.
3. Diejenigen, die einen Vater, eine Mutter, einen alten, kranken Angehörigen nicht der Einsamkeit überlassen wollen.
4. Diejenigen, die in Anbetracht der ungenügenden Einreisebewilligungen und Transportmöglichkeiten Mann und Kindern den Vorrang gegeben haben – mit der Hoffnung, später nachkommen zu können.
5. Diejenigen, die aus politischer oder ethischer Überzeugung freiwillig auf ihrem Posten bleiben.

Während die Frauen der zweiten und dritten Kategorie sich bis zur äußersten Möglichkeit ihren Angehörigen widmen – in manchen Fällen der sogenannten Mischehen, wie bei der Familie des Schauspielers Gottschalk oder des Schriftstellers Jochen Klepper[8] bis zum gemeinsamen Selbstmord – stellt sich ein erheblicher Teil der zwei letzten Kategorien als vollangestellte oder ehrenamtliche Mitarbeiterinnen in den Dienst der verfolgten Gemeinschaft. Doch im Gegensatz zur früheren „gewissenhaften Mitarbeit" jüdischer Frauen fordern die seit dem Novemberpogrom 1938 von Staat, Partei, Gestapo systematisch betriebene Isolierung der jüdischen Bevölkerung und der wachsende Zwang zur Selbstverwaltung aller ihrer materiellen, kulturellen, seelischen Bedürfnisse die aktive Solidarität und Mitwirkung jedes Einzelnen – ohne Unterschied des Alters und des Geschlechts.

Zwar leiten die Prominenten und die noch anwesenden oder von älteren Männern ersetzten Gemeindevorsitzenden nach wie vor den Verwaltungsapparat. Da dieser nun aber vollständig der Autorität und Kontrolle der NS-Behörde unterstellt ist, und sie infolge des traditionsgemäßen Obrigkeitsprinzips und der Befürchtung kollektiver Vergeltungsmaßnahmen nur im Rahmen einer strikten

---

[7] Herbert A. Strauss, 'Jewish Emigration from Germany, Nazi Policies and Jewish Responses (I)', in *Year Book XXV Leo Baeck Institute*, London 1980, und (II), in *Year Book XXVI of the Leo Baeck Institute*, London 1981.

[8] S. Jochen Klepper, *Unter dem Schatten deiner Flügel. Aus den Tagebüchern 1932–1942*, Stuttgart 1956; Rita Thalmann, *Jochen Klepper – ein Leben zwischen Idyllen und Katastrophen*, München 1977.

Legalität handeln können, beschränkt sich ihre Macht auf die Mitteilung und möglichst reibungslose Ausführung der erhaltenen Befehle. Unter diesen Umständen erweist sich der zuvor sekundäre und daher überwiegend den Frauen überlassene Bereich der Fürsorge in der Notlage als entscheidender als interne Sitzungen und offizielle Verhandlungen.

So verdanken mehrere tausend jüdische Kinder ihre Rettung aus Deutschland in letzter Stunde nicht nur den Hilfswerken westlicher Länder, in denen auch jüdische Emigrantinnen wie Hannah Arendt oder Adele Schreiber mitwirken, sondern auch der entschlossenen Einsatzbereitschaft einer Recha Freier[9], der Begründerin der Jugend-*Alija* im Berliner Palästina-Amt und der mit ihr befreundeten, 1933 zum Judentum übergetretenen Zionistin und Pazifistin Edith Wolff,[10] die wegen ihrer Aktion ins Gefängnis, später ins Konzentrationslager kam – offiziell galt sie als Mischling ersten Grades. Auch geschulten oder improvisierten Fürsorgerinnen, die auf legalen oder illegalen Wegen diese Kinder von ihrem Wohnort abholten und sie bis zur Sammelstelle oder ins Aufnahmeland brachten. Ferner hieß es, trotz persönlicher Sorgen und der Ungewißheit über das eigene Schicksal, Leitung, Pflege und Wirtschaft in den noch bestehenden jüdischen Krankenhäusern und Heimen zu übernehmen, für Unterkunft und Verpflegung der aus kleineren Ortschaften in die Großstädte Geflüchteten, wie der aus nichtjüdischen Häusern Ausgewiesenen zu sorgen. Dieses war eine um so schwierigere Aufgabe, da es bei dem wachsenden Platzmangel erforderlich war, verfügbare Zimmer in Pensionen, jüdischen Heimen und sogenannten „Judenhäusern" ausfindig zu machen, Einquartierungen bei bereits Ansässigen vorzunehmen, die nicht immer gewillt waren, den schon spärlich bemessenen Raum (das ursprünglich anerkannte Recht auf ein Zimmer pro Person konnte nicht immer beachtet werden) mit den Neuankömmlingen zu teilen. Ferner mußten Konflikte zwischen denjenigen, die auf *Kaschrut* bestanden und denjenigen, die keine Ahnung davon hatten, durch Austausch und Einrichtung von Mittagstischen behoben werden. Es galt, den von Angst und Depression geplagten, entwurzelten Menschen Beschäftigung und Ausgleichsmöglichkeiten zu verschaffen. „Verstehen Sie es richtig", schreibt Hedwig Strauss-Eppstein in ihrem letzten Brief vom 2. Mai 1939[11] an die nach Palästina ausgewanderte Mia Neter, deren engste Mitarbeiterin sie in der Sozialarbeit der Mannheimer Gemeinde gewesen war, „wenn ich sage, daß alles, aber auch alles, was wir taten, ein Kinderspiel war gegen das Jetzt? Und daß man dennoch das Weggehen gar nicht ausdenken kann! Ich will so viel damit sagen, bin nur zu müde, lange zu schreiben. Man arbeitet unter einer qualvollen Spannung. Die Befriedigung, die die Arbeit jetzt hergibt, kann nicht mehr größer sein; die Verzweiflung aber auch nicht. Diesen Zustand bewußt erleben, ist der innere

---

[9] Recha Freier, *Let the Children come*, London 1961.

[10] Jizchak Schwersenz, Edith Wolff, ‚Jüdische Jugend im Untergrund'. ‚Eine zionistische Gruppe in Deutschland während des Zweiten Weltkrieges', in *Bulletin des Leo Baeck Instituts*, XII, Nr. 45 (1969), S. 5–100.

[11] Luise Metzger Collection, Leo Baeck Institute, New York.

Inhalt geworden." Dabei erkennt Hedwig Strauss-Eppstein im selben Brief, daß ihre Lage in Berlin, wohin sie seit der Berufung ihres Mannes in die Reichsvertretung gezogen sind, relativ privilegiert ist im Vergleich zu den Gemeinden der Provinz, die nicht wie die Hauptstadt, wo die Hälfte der zurückbleibenden Juden lebt, über noch ausreichende Kräfte und Mittel, Beziehungen zum Ausland und eine gut ausgebaute Organisation verfügen. So schildert sie ihren Schrecken nach einem kurzen Wiedersehen mit der Mannheimer Gemeinde: „Wie nach einem Erdbeben, aber ohne jede Wiederaufbaukraft! Ich sehe immer die Stufen abwärts, weil ich doch die Gemeinde nach langen Abständen in ihrer Veränderung sah. Das verlassene Häuflein hat wirklich keinen Halt mehr. Im Gemeindehaus habe ich doch sehr mit der Sentimentalität gekämpft."

Es gehört wohl zu den bis jetzt wenig beachteten Aspekten der Selbstbehauptung, daß sich in dieser Notlage jüdische Frauen als Angestellte der Reichsvereinigung oder der Gemeinden wie Hedwig Strauss-Eppstein, Alice Bendix, Cora Berliner, Hannah Karminski, Fanny David, aber auch einfache oder einst wohlhabende Hausfrauen bei der Aufrechterhaltung einigermaßen geordneter und würdiger Formen des Zusammenlebens besonders bewährt haben. Nicht nur, weil sie zahlenmäßig überlegen waren oder wegen des von Kindheit an erlernten Pflichtbewußtseins und Opfergeistes, sondern m. E. auch, weil ihre spezifische Erfahrung der sozialen Marginalisierung in der letzten Periode, als die Juden in Deutschland überhaupt nicht mehr als Menschen angesehen und behandelt wurden, zur Geltung kam. Entscheidungen und Gestaltung des Gemeinschaftslebens, die man ihnen noch im April 1938 abgesprochen hatte, mußten nun in vielen Fällen aus eigener Initiative getroffen werden. Mit der ab Kriegsausbruch noch vollständigeren Isolierung des deutschen Judentums, der Entziehung des elementarsten Bedarfs an Lebensmitteln, Kleidung und Wäsche, übernahmen sie zum größten Teil die Ausgabe der mit J gekennzeichneten Sonderlebensmittelkarten, die nur durch jüdische Gemeinden ausgehändigt werden durften, besorgten die Aufstellung der Bezugsberechtigten und ihre Benachrichtigung, organisierten den Einkauf in den zugelassenen Geschäften während der erlaubten täglichen Einkaufsstunde für diejenigen, die nun eine zehnstündige Zwangsarbeit alltäglich in Kriegsbetrieben zu verrichten hatten, und kümmerten sich um alte, kranke Leute, die nicht in Heimen oder von Angehörigen betreut werden konnten. Da es für Juden keine Textilcoupons gab, sammelten sie oder kauften bei Altwarenhändlern abgelegte Kleidungsstücke und Wäsche, die anschließend vor der Verteilung gereinigt und ausgebessert wurden.

Als am 22. Februar 1940 mitgeteilt wurde, die Juden Stettins und des größten Teils von Pommern seien innerhalb weniger Stunden in die Lubliner Gegend abtransportiert worden und der Reichsvereinigung wie den Gemeinden sei jegliche Hilfsaktion untersagt, organisierte Dr. Else Behrend-Rosenfeld[12], die

[12] Else Behrend-Rosenfeld, *Ich stand nicht allein. Erlebnisse einer Jüdin in Deutschland 1933–1944*, 3. Aufl., Köln–Frankfurt a. Main 1979.

sich seit der Emigration ihrer drei Kinder und ihres – als ehemaliger sozialdemokratischer Abgeordneter im preußischen Landtag und Ministerialrat besonders gefährdeten – Mannes in Erwartung eines Visums in einem bayrischen Landhäuschen aufhielt und sich ganz mit der Münchener Gemeinde identifizierte, ein Patenschaftssystem der sogenannten „Evakuierten". Anhand der ab März eingehenden Briefe und der ausführlichen Berichte des Stettiner Rabbiners Fink und seiner jungen Frau, einer gebürtigen Badenserin, gelang es ihr, die Unterstützung Münchener Juden, aber auch der süddeutschen Gemeinden Karlsruhe, Mannheim, Offenburg, Freiburg, mit denen seit der Abschiebung eines Teils ihrer Mitglieder in die bayrische Hauptstadt bei Kriegsbeginn rege Verbindungen bestanden, das Elend der unter bitterer Kälte und unter damals noch kaum vorstellbaren Verhältnissen leidenden „Stettinern" zu lindern. Altgemachte, absichtlich beschmutzte Kleider und Wäsche (damit sie nicht gestohlen würden), ja sogar Säuglingsausstattungen und Kindermehl, verkratztes und beschmiertes Koch- und Eßgeschirr, in alten Tüten und Strümpfen verstaute Lebensmittel und Medikamente, Bücher, Unterrichtsmaterial, Spielzeug und Anleitungen zur Herstellung von Kleidern und Pantoffeln wurden in Zwei-Kilo-Päckchen ebenso wie erlaubte Geldüberweisungen – 10 Mark pro Monat pro Person – unter Privatabsendern an angegebene Adressaten und an einen zu diesem Zweck gewählten Vertrauensausschuß abgeschickt. Da das Sammeln, Sortieren, Verpacken illegal in den Gemeinderäumen stattfand, waren Tarnungsmaßnahmen vorgesehen, sobald der Hausmeister das Auto des Gestapokommissars, der zur Kontrolle kam, meldete. In der Vermutung weiterer Deportationen stellten dieselben Frauen Listen der Dinge auf, die vorsorglich zu beschaffen und in einem Rucksack bereitzuhalten waren. Diese Listen wurden der Reichsvereinigung und den Gemeinden zur weiteren Verbreitung übermittelt. Dasselbe Patenschaftssystem kam einige Monate später noch den nach Südfrankreich (Gurs) abtransportierten Juden Badens und der Pfalz zugute. Die ab 18. Oktober 1941 einsetzende Deportationswelle, die nun alle etwa 164000 noch in Deutschland anwesenden Juden betraf, ließ keine Möglichkeit zu derartigen Initiativen mehr. Wir wissen heute durch zahlreiche Beispiele, daß vornehmlich ältere Frauen mit derselben ruhigen Entschlossenheit wie Männer die letzte Form menschlicher Selbstbehauptung, d. h. die eigene Entscheidung über den Ausgang ihres Lebens, meistens durch Einnahme von Veronal vollbrachten. Wir wissen, daß jüngere Frauen, sei es in der Widerstandsgruppe Baum oder bei den schätzungsweise fünf bis zehn Prozent Untergetauchten, die mit Hilfe zu weniger Gerechter zum Teil in Deutschland überlebten, im selben Maße und mit demselben Mut wie ihre männlichen Schicksalsgefährten den ständigen Gefahren ausgesetzt waren.[13]

Doch sollte man in künftigen Untersuchungen auch dem Verhalten jener Frauen Beachtung schenken, die noch in der schlimmsten Belastungsprobe

[13] Konrad Kwiet, Helmut Eschwege, *Selbstbehauptung und Widerstand. Deutsche Juden im Kampf um Existenz und Menschenwürde 1933–1945*, Hamburg 1984. (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Band XIX), Hamburg 1984.

Kraft zu selbstloser Nächstenliebe fanden, indem sie durch tatkräftigen materiellen und psychologischen Beistand, durch Beweise der Verbundenheit wie ein feierliches Abschiedsessen, ein letztes Beisammensein, eine gemeinsame Andacht, gebrochenen, alten, kranken Mitmenschen den Weg in den Abgrund zu erleichtern suchten. Es ist gewiß kein Zufall, daß die Verantwortlichen der Reichsvereinigung und der Gemeinden in den meisten Fällen gerade diese Frauen als „Hauptmitarbeiter" beantragten, solange die Gestapo noch deren Zurückstellung von der Deportation gewährte. Einige, wie Else Behrend-Rosenfeld, die das letzte Münchener Sammellager in Berg am Lain leitete, oder Herta Pineas, die der Berliner Bahnhofsverpflegungsgruppe Bertha Falkenbergs angehörte, retteten ihr Leben durch die anschließende Flucht in den Untergrund. Die anderen befanden sich in der letzten kleinen Schar, die den schwersten Weg – völlig auf sich selbst angewiesen – antreten mußte.

English Summary

Despite their increasing responsibilities within the family and community, the remarkable adaptability of Jewish women and the laudable efforts of the Jewish Women's Association *(Jüdischer Frauenbund)* during the first five years of the Third *Reich* were not appropriately acknowledged by the Jewish leadership, particularly the *Reichsvertretung*. Women were primarily still seen merely as good housewives and conscientious employees, without any say in the decision-making process of the community. The traditional perception of women as holding a protected, special status was still supported by the fact that with few notable exceptions they had been spared up till then physical maltreatment, arrest and concentration camp internment. A profound change in the treatment of women occurred in the autumn of 1938 with the expulsion of the Polish Jews and the November Pogrom, both indications that the Nazis no longer differentiated between their victims on the basis of age or gender.

Owing to the changes which took place in age and gender structure following the massive waves of emigration between 1939 and October 1941, women became a mainstay of communal support. To the same extent as men, they displayed quiet resolution in coping with exigencies of persecution and exemplified themselves in the Baum and other resistance groups.

Abraham Margaliot

Emigration – Planung und Wirklichkeit

Das Ringen der jüdischen Organisationen in Deutschland um die planvolle Gestaltung der Auswanderung in den Verfolgungsjahren 1933–1939 soll im folgenden aufgezeigt werden. Zur Erörterung stehen die Hauptrichtungen der Wanderungsplanung und die damit verbundenen Fragen, das Verhältnis zwischen ihren Zielen und Auswirkungen, so wie das Verhältnis zwischen der Wanderungsplanung und den realen Gegebenheiten im In- und Ausland.

Hier sei vorausgeschickt, daß von insgesamt etwa 520000 Juden zu Anfang 1933 bis Kriegsausbruch schätzungsweise 235000 aus dem Reichsgebiet ausgereist sind.[1]

Kurz nach den Reichstagswahlen im März 1933 setzte eine panikartige Fluchtbewegung ein, die Tausende Juden erfaßte. Die jüdische Führung bemühte sich, diese Massenflucht zu drosseln[2] und stellte Richtlinien für die langfristige und geordnete Emigration auf, die ihren Anstrengungen zur Erhaltung der deutschen Judenheit entsprachen. Ihr Bestreben war es, die wanderungspolitischen Leitsätze mit den sozialpolitischen Zielsetzungen ihres Selbsthilfewerks zur Stützung der wirtschaftlichen Lebensgrundlage in Einklang zu bringen. „Deutsche Juden, ... glaubt nicht, daß die Probleme ... durch eine zügellose Auswanderung gelöst werden können", hieß es in der ersten Kundgebung des Zentralausschusses für Hilfe und Aufbau. „... Niemandem wird dadurch geholfen, daß er ziellos ... ins Ausland wandert ... Es wird jede Aussicht geprüft werden, um Menschen, die im deutschen Vaterland nicht mehr die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Existenz haben, eine Existenz im Ausland zu gründen helfen. Aber verlaßt nicht sinnlos Deutschland! Erfüllt hier Eure Pflicht!"[3] Die jüdischen Wortführer weigerten sich, dem feindlichen Druck zu weichen und die jüdische Position in Deutschland abzubauen.[4] Die bis 1937 anhaltenden Schwankungen der Rassenpolitik zwischen Verschärfung

---

[1] S. Adler-Rudel, *Jüdische Selbsthilfe unter dem Naziregime 1933–1939 im Spiegel der Berichte der Reichsvertretung der Juden in Deutschland*, Tübingen 1974 (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 29), S. 236; vgl. dazu Herbert A. Strauss, 'Jewish Emigration from Germany. Nazi Policies and Jewish Responses (I)', in *Year Book XXV of the Leo Baeck Institute*, London 1980, S. 326–327.

[2] Archive of the Leo Baeck Institute Jerusalem (forthin: LBI), B-08, Sitzungsprotokoll des Zentralausschusses für Hilfe und Aufbau, 29. April 1933.

[3] *Jüdische Rundschau*, XXXVIII (28. April 1933); ebenso *C. V.-Zeitung*, XII (27. April 1933).

[4] Eine Ausnahme bildete die Frage der Repatriierung osteuropäischer Juden in ihre Ursprungsländer. Da sie offenbar als meistgefährdete Gruppe galten, wurde ihre beschleunigte Rückwanderung selbst ohne vorherige berufliche und sprachliche Vorbereitung von der Hauptstelle für jüdische Wanderfürsorge betrieben; siehe Sitzungsprotokoll des Zentralaussschusses für Hilfe und Aufbau vom 29. April 1933, LBI, B-08.

und Lockerung der Verfolgungsmaßnahmen schienen nicht darauf hinzudeuten, daß für die jüdische Bevölkerung in ihrer Gesamtheit ein sofortiger Aufbruch notwendig war. Man hielt einen allmählichen, gründlich vorbereiteten Abzug von Auswanderungswilligen, insbesondere jüngerer Jahrgänge für angeraten und erwartete davon eine Entlastung der schwierigen Lage der verbleibenden jüdischen Bevölkerung.

Die von den Zionisten gelenkte *Alija* nach Palästina war für die deutschen Juden in den ersten drei Jahren nach der Machtergreifung von erstrangiger Bedeutung. Die Wanderungsplanung der Zionistischen Vereinigung für Deutschland (ZVfD)[5] wurde nach den Leitlinien Arthur Ruppins ausgerichtet, die er nach Beratung mit den jüdischen Wortführern in Berlin im August 1933 dem 18. Zionistenkongreß in Prag unterbreitet hatte.[6] Ruppin, der einen Namen als Soziologe und Fachmann für Kolonisationsfragen hatte und Mitglied der Zionistischen Palästina-Exekutive war, sah den einzigen Weg zur Regelung der deutschen Judenfrage in der Emigration von zirka 200000 Juden im Laufe von fünf bis zehn Jahren, die in Palästina, Amerika und anderen Ländern Unterkunft finden sollten.[7] Der in Deutschland zurückbleibenden jüdischen Bevölkerung, um die Hälfte verkleinert durch Auswanderung und Sterbeüberschuß, sollte ein Rechtsstatus verliehen werden, der es ihr gestattete, „in Sicherheit und Würde auf deutscher Erde"[8] weiterzuleben. Zur Frage, wieviele Juden aus Deutschland Palästina aufnähme, lautete Ruppins Antwort, daß sich ein beträchtlicher Teil der 200000 Auswanderer dort niederlassen könnte. Hierbei seien zwei Gesichtspunkte zu berücksichtigen: zum ersten, daß die Einwanderung in einem angemessenen Größenverhältnis zur vorhandenen Bevölkerung Palästinas stehen müsse und daß einer jüdischen Bevölkerung von einer Viertelmillion nicht innerhalb kürzester Zeit die Last aufzuerlegen sei, Zehntausende von Neueinwanderern aufzunehmen.

Zum zweiten wies er auf die Bedrängnis der jüdischen Massen Osteuropas hin, von denen viele ihre Hoffnung auf Palästina setzten. Ihre fortschreitende Verarmung, zusammen mit antisemitischen Ausschreitungen und amtlichem Druck, erforderten dringende Abhilfe durch Emigration. Hier spiegelt sich das unlösbare Dilemma der zionistischen Politik wider, sowohl den Erfordernissen des Aufbauwerkes in Palästina, als auch den dringenden Bedürfnissen der notleidenden Diaspora-Länder gerecht zu werden.

Die unveränderte Übereinstimmung der ZVfD mit der Einstellung Ruppins zeigt sich zweieinhalb Jahre später, im Januar 1936. Ihr Geschäftsführender Ausschuß erklärte, daß „die nach Beruf, Alter und Vermögen Auswanderungsfähigen und für Palästina geeigneten Teile der Judenheit in geordneter Form,

---

[5] Die Zionistische Vereinigung für Deutschland (ZVfD) wurde 1897 gegründet und umfaßte alle zionistischen Gruppen.

[6] Arthur Ruppin, ‚Die Ansiedlung von Juden aus Deutschland in Palästina', in *Dreissig Jahre Aufbau in Palästina*, Berlin 1937, S. 331–341.

[7] *Ibid.*, S. 335, 340.

[8] *Ibid.*, S. 336.

Schritt für Schritt, nach Erez Israel zu überführen" seien.[9] Die gleiche Auffassung, daß nicht eine Übersiedlung aller deutschen Juden, sondern eine schrittweise Einwanderung geeigneter Alters- und Berufsgruppen anzustreben sei, vertrat um diese Zeit auch die *Hitachduth Olej Germania* (HOG)[10], die Einwanderungsorganisation in Tel-Aviv, an deren Spitze die ehemaligen Führer der ZVfD standen. Ihrer Meinung nach konnte Palästina „nicht die sofortige Lösung der deutschen Judenfrage bedeuten".[11] Auf dem Wege der Auswanderung sei eine vollständige und schnelle Lösung der deutschen Judenfrage überhaupt nicht möglich. Ferner glaubte die HOG, daß für die Altersgruppe bis vierzig günstige Aussichten auf eine Eingliederung in die palästinensische Wirtschaft bestünde, vorausgesetzt, daß die jährliche Einwanderung auf 12000–15000 Menschen beschränkt bliebe.[12]

Die bescheidenen Zielsetzungen der zionistischen Wortführer sind nicht allein auf die niedrige Zahl der jüdischen Bevölkerung zurückzuführen, die – wie oben erwähnt – zu Anfang 1933 nur 220000 Seelen betrug. Nicht minder ausschlaggebend waren das Quotensystem der Mandatsregierung und die Bedingungen der palästinensischen Wirtschaft, die eine beschleunigte Massenimmigration deutscher Juden unmöglich machten. Es mangelte an kultivierten Anbauflächen für Neusiedler und an Bewässerungsanlagen, an Wohnhäusern und Siedlungskrediten. Vor allem fehlten die erforderlichen Geldmittel zum Ankauf größerer Bodenflächen und ihrer Erschließung für landwirtschaftliche Zwecke, oder zum Erwerb von lebendem Inventar, landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten.[13] Das Siedlungswerk war zum großen Teil von Kolonisationsfonds[14] abhängig, deren unregelmäßige Eingänge durch ein System freiwilliger Spenden keine ausreichende Grundlage für Erweiterungsprogramme großen Ausmaßes bilden konnten. Über die schmale wirtschaftliche Basis der Industrie zu jener Zeit ist ähnliches auszusagen wie über Stand und Bedingungen der Landwirtschaft.

Das Bezeichnende für die Palästina-Planung war, daß sie die Auswanderung aus Deutschland und die Einordnung in Palästina als Einheit betrachtete. Die Lenkung der *Alija* sollte zu ihrer Verwurzelung im jüdischen Nationalheim beitragen. Das Kernstück der Planung bildete das Ausbildungswerk der *Hechaluz*- und *Bachad*-Bewegung, das sich weit über die Reichsgrenzen hinaus auf dreizehn europäische Länder erstreckte.[15] In ihren Lehrstätten wurden die Anwärter aus Deutschland für ihre Übersiedlung nach Palästina in der Landwirtschaft, im Handwerk und in der Sprache ausgebildet, um den Erfordernissen des

---

[9] *Jüdische Rundschau*, XXXXI (14. Januar 1936).

[10] Hitachduth Olej Germania HOG (hebräisch): Vereinigung der Einwanderer aus Deutschland, wurde 1932 in Palästina gegründet.

[11] HOG, vom 19. November 1935, an die Exekutive der *Jewish Agency*, Jerusalem, Weizmann Archives, (WS), Rehovot.

[12] *Ibid.*

[13] Alfred Bonne, *Palästina. Land und Wirtschaft*, Leipzig 1935, S. 68–138.

[14] Keren Kajemet Le'Israel – K.K.L. – Jüdischer Nationalfonds; Keren Hajessod – K.H. – Palästina Grundfonds.

[15] Perez Leshem, *Strasse zur Rettung 1933–1939. Aus Deutschland vertrieben – bereitet sich jüdische Jugend auf Palästina vor*, Tel-Aviv 1973.

zionistischen Aufbauwerks zu entsprechen. Die gegenseitige Abstimmung von Auswanderungs- und Einwanderungsplanung wurde durch die enge Zusammenarbeit zwischen dem Palästina-Amt in Berlin und dem Jerusalemer Büro der Zentralstelle zur Ansiedlung von Juden aus Deutschland in Palästina sichergestellt, die während der Verfolgungszeit gemeinsam bei der Verpflanzung von 53000 deutschen Juden nach Palästina[16] mitwirkten. Die Führerrolle in dieser Partnerschaft übernahm die Zentralstelle in Jerusalem.[17] Grundsätzliche Entscheidungen, die den Verlauf und die Gestaltung der *Alija* aus Deutschland bestimmten, blieben ihr überlassen.

Eine wichtige Rolle in der Planungspolitik spielte der *Haavara*-Transfer.[18] Durch dieses Verfahren sollten dem einzelnen die Geldmittel zur Gründung einer Existenz und der palästinensischen Wirtschaft die Gelder für die Festigung und Erweiterung ihrer Grundlagen zugeführt werden. Zudem wollte man auf diese Weise die wirtschaftliche Aufnahmefähigkeit des Landes steigern und dadurch eine Vergrößerung der Einwandererquote durch die Mandatsregierung bewirken.

Im Gegensatz zur Auffassung Ruppins und seiner Gesinnungsgenossen standen die radikalen Losungen des Programmes der Staatszionistischen Bewegung unter Georg Kareskis Führung.[19] Von der Annahme ausgehend, die völlige Entfernung der „Nichtarier" aus dem Reichsgebiet sei der unabänderliche Wille der Machthaber[20], riefen sie zur „geordneten Liquidation"[21] und zur Totalauswanderung der deutschen Juden auf und verlangten, für sie die Tore Palästinas „breit aufzureißen".[22] Einem jüdischen Auswanderungskommissar – offensichtlich war damit Kareski gemeint – sollten von den Regierungsbehörden die erforderlichen Machtbefugnisse zum Vollzug der Umsiedlung einer halben Million Menschen ins Ausland, hauptsächlich nach Palästina[23], und zur Ausfuhr ihrer Vermögensgüter erteilt werden.[24]

Bei genauerer Untersuchung dieses Programmes erweist sich ein erstaunli-

---

[16] Werner Feilchenfeld, Dolf Michaelis, Ludwig Pinner, *Haavara-Transfer nach Palästina und Einwanderung deutscher Juden 1933–1939*, Tübingen 1972 (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 26), S. 90–91.

[17] Die Zentralstelle zur Ansiedlung von Juden in Palästina wurde auf Beschluß des 18. Zionistenkongresses vom August 1933 errichtet. An der Spitze ihres Amtes in London, das sich hauptsächlich mit der Beschaffung finanzieller Mittel befaßte, stand Chaim Weizmann. Das Amt in Jerusalem wurde von Arthur Ruppin, unter Mitarbeit von Werner Senator und Georg Landauer geleitet.

[18] Feilchenfeld, *Haavara, op. cit.*, S. 96–113.

[19] Die Staatszionistische Bewegung war ideologisch mit der Revisionistischen Partei, deren Führer Jabotinsky war, identisch. Wegen dessen Beteiligung an der Boykott-Bewegung gegen das Naziregime löste sie im Jahre 1933 ihre organisatorischen Bande zu ihr. Sie gehörte ab 1933 der ZVfD nicht mehr an.

[20] *(Der) Staatszionist*, 31. März 1935. ‚Die Liquidation des deutschen Judentums'.

[21] *Ibid.*

[22] *Ibid.*, 25. August 1935.

[23] *Ibid.*; vgl. die Eingabe der Staatszionistischen Bewegung an das Auswärtige Amt vom 11. September 1935. JM 2245 Yad Vashem Archives (forthin: YVA), Jerusalem.

[24] ‚Plan einer Aussiedlung' o. D. offensichtlich vom Juli/August 1935, (forthin: ‚Aussiedlung'), Par. 4: „Die Deutsche Regierung anerkennt das Recht der jüdischen Auswanderer auf Mitnahme ihres redlich erworbenen Eigentums." Nachlaß Kareski.

cher Unterschied zwischen seinen radikalen Formulierungen und den eigentlichen Zielen. Dabei ergeben sich folgende Schlußfolgerungen: Erstens, daß die „Staatszionisten", ebenso wie andere Organisationen, eine „schrittweise [Auswanderung], entsprechend der Aufnahmefähigkeit anderer Länder, insbesondere Palästinas" erstrebten[25], wobei sie jedoch seine Aufnahmefähigkeit für weitaus größer hielten, als andere politische Beobachter.[26] Zweitens, daß die nachdrückliche Wiederholung extremer Parolen nicht allein auf die Erweiterung des Auswanderungsstromes und damit auf die Stärkung des jüdischen Nationalheimes in Palästina abzielte. Ebenso sollte sie die Staatsoberhäupter zur Milderung der Rassenpolitik bewegen und vor allem ihre Zusicherung zu „vollster wirtschaftlicher Bewegungsfreiheit"[27] der Juden, bis zum Zeitpunkt ihrer Fortreise ins Ausland erwirken. Dabei blieb ungeklärt, ob für die Abwicklung der Auswanderung ein Zeitraum von zehn[28], zwanzig oder dreißig Jahren[29] vorgesehen sei. Der Aufruf zur Liquidation erregte den Widerspruch weiter jüdischer Kreise, die die freiwillige Aufgabe ihrer verbrieften Rechte als deutsche Staatsbürger für unwürdig hielten[30]. Kareski führte weitverzweigte Verhandlungen mit mehreren Regierungsorganen, um ihre Unterstützung für seine Emigrationspläne[31] und für seinen Anspruch auf die Führerstellung im deutschen Judentum zu gewinnen.[32] Seine Gegner beschuldigten ihn, er wolle die Zwangsauswanderung der Juden mit Hilfe der Gestapo betreiben.[33]

Nachdem in den Wintermonaten 1935/1936 die Mandatsregierung aus politischen und wirtschaftlichen Gründen die Einwandererquote einschränkte, hörte Palästina auf, Hauptziel der gelenkten Auswanderung zu sein.[34] Von jetzt ab verlagerte sich der Schwerpunkt der Emigration auf die Überseeländer.[35] Gleichzeitig wuchs, als Reaktion auf die Nürnberger Gesetze, der Drang weiter

---

[25] *Ibid.*, Par. 2.

[26] *Staatszionist*, 25. August 1935.

[27] ‚Aussiedlung', Par. 3.

[28] *Staatszionist*, 25. August 1935.

[29] *Ibid.*, 31. März 1935: „ob dieser Liquidationsprozeß 20, 25 oder 30 Jahre dauert, könnte für eine Staatsführung, die wie die deutsche mit langen Zeiträumen rechnet, von sekundärer Bedeutung sein".

[30] *Israelitisches Familienblatt*, XXXVII (20. Juli 1935).

[31] Abraham Margaliot, *The Political Reaction of German Jewish Organisations and Institutions to the Anti-Jewish Policy of the Nationalsocialists 1932–1935* (auf hebräisch), Jerusalem 1971 (Dissertation), S. 286.

[32] Vgl. dazu Max Gruenewald, 'About the Reichsvertretung der Juden in Deutschland', *YIVO Colloquium on the German-Imposed Jewish Representation before and during World War II*, 2.–5. Dezember 1967; o. O.

[33] (The) Central Zionist Archives, Jerusalem (forthin: CZA), A/2555"397; *Council for German Jewry*, Note on the Organisation of German Jewry, o. D., offensichtlich vom März 1937.

[34] Von Anfang 1933 bis Ende 1935 übersiedelten von insgesamt 87000 Auswanderern etwa 26000 nach Palästina (ungefähr 30%); im Zeitraum 1936–1939 nur etwa 25700 (ungefähr 17%) von 14000. Vgl. Feilchenfeld, *Haavara, op. cit.*, S. 90 und Adler-Rudel, *Jüdische Selbsthilfe, op. cit.*, S. 216, auf deren Angaben die obigen Berechnungen basieren; vgl. *Informationsblätter der Reichsvertretung* (forthin: *Informationsblätter*, 1936, S. 71.)

[35] *Die Arbeit des Hilfsvereins der Juden in Deutschland*, (fernerhin: *Arbeitsbericht* – H), 1936–1937, Berlin 1937, S. 9. Wiener Library, Tel-Aviv (W. L.), vgl. *Korrespondenzblatt über Auswanderungs- und Siedlungswesen*, hrsg. vom Hilfsverein der Juden in Deutschland (forthin: *Korrespondenzblatt*), September 1936, S. 7.

jüdischer Kreise, die bisher abseitsstanden, zum Verlassen Deutschlands.[36] Damit setzte die zweite Stufe der Emigration ein.

Die Aufgaben der Vorbereitung und Durchführung der Wanderung verteilten sich auf drei Organisationen. Die Hauptstelle für jüdische Wanderfürsorge[37] betreute die Rückwanderung polnischer und anderer osteuropäischer Staatsangehöriger in ihre Ursprungsländer und ebenso die Binnenwanderung. Dem Palästina-Amt der *Jewish Agency* für Deutschland[38] oblag die Palästina-Wanderung, und der Hilfsverein[39] befaßte sich mit der Immigration in die übrigen Länder. Dagegen begnügte sich die Reichsvertretung mit der Rolle, die Tätigkeit dieser drei Organisationen zu koordinieren und die für ihre Finanzierung erforderlichen Mittel sicherzustellen. Selbst nachdem sie im Jahre 1935 einen Wanderungsausschuß in ihrem Rahmen errichtete, blieb die Wirksamkeit der Reichsvertretung auf diesem Gebiet begrenzt. Im allgemeinen unterstützte die Reichsvertretung die Initiativen des Hilfsvereins, dessen Tätigkeitsfeld sich mit Vergrößerung der Überseewanderung beträchtlich erweiterte.

Infolge der Vielzahl der Überseeländer und ihrer voneinander unterschiedlichen Immigrations- und Arbeitsbedingungen, war die mit ihr verbundene Wanderplanung von wesentlich anderer Art, als die Vorarbeiten für die *Alija* nach Palästina. Die Grundlage der Übersee-Planung des Hilfsvereins bildeten die laufende Berichterstattung von 400 Korrespondenten in aller Welt[40], sowie die Expertenreisen zur Erkundung neuer Niederlassungsgebiete.[41] Ein ausgedehnter Informations- und Beratungsdienst unterrichtete über die Lebensbedingungen im Ausland und suchte die Auswanderungswilligen in Länder zu lenken, in denen für sie – entsprechend Alter und persönlicher Eignung – die günstigsten Existenzmöglichkeiten bestanden. Die jüdische Bevölkerung wurde vor überstürztem Verlassen Deutschlands, mangels Gewißheit über die Erwerbsmöglichkeiten in der Fremde, gewarnt. „Wir mußten in manchen Fällen nicht Beratungsstelle, sondern Abratungsstelle sein"[42], erklärte im Juni 1935 der Sprecher des Hilfsvereins. Seine Spitzenvertreter lehnten den Standpunkt ab, daß Palästina der alleinige konstruktive Beitrag zur Lösung der deutschen Judenfrage sei. Ihr Arbeitsplan fußte auf der nachdrücklichen Bejahung der *Diaspora*, als Wesensbestandteil jüdischen Daseins und auf Wanderungsplanung in welt-

---

[36] *Arbeitsbericht – H;* 1935–1936; Berlin 1936 (W. L.), S. 13: „dann aber rief der Erlaß der Nürnberger Gesetze im September einen stürmischen Auswanderungsdrang hervor". Die bestehenden Immigrationsbeschränkungen in den Zielländern verhinderten jedoch in den Jahren 1936/1937 eine wesentliche Zunahme der Auswanderung.

[37] Die „Hauptstelle", die im Jahre 1925 ihre Tätigkeit begann, war der 1917 gegründeten Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden angegliedert.

[38] Das Palästina-Amt war für die Vorbereitung und Auswahl der Kandidaten sowie für die Durchführung der Palästina-Wanderung zuständig. Es hatte ca. zwanzig Zentral- und Zweigstellen.

[39] Der Hilfsverein, 1901 gegründet, befaßte sich bis 1933 vornehmlich mit der Hilfeleistung für notleidende Juden in Osteuropa und für die Erziehungsanstalten in Palästina. Seit 1933 betreute er die außerpalästinensische jüdische Auswanderung aus Deutschland. Er hatte ca. zwanzig Zentral- und Zweigstellen.

[40] *Arbeitsbericht – H;* 1934–1935; Berlin 1935, W. L., S. 8.

[41] *Ibid.*, 1936–1937, Berlin 1937, W. L., S. 26.

[42] *Ibid.*, 1934–1935, Berlin 1935. W. L., S. 8.

weitem Ausmaß[43]. In diesem Punkt entbrannte eine Diskussion über die Grundfragen jüdischer Existenz, in der die bekannten ideologischen Gegensätze zum letztenmal im deutschen Judentum aufeinanderprallten[44]. Die Zionisten verlangten den Primat für die Auswanderung nach Palästina, da sie nach ihrer Meinung nicht bloß Abhilfe für die Judennot schüfe, sondern „zugleich auch nationalwirtschaftliche und nationalkulturelle Bedeutung hat".[45] Dank ihres Beitrages zur Erneuerung des jüdischen Volkes in seinem Heimatland sei sie mit der Emigration in die übrigen Länder nicht zu vergleichen. In der Erwiderung ihrer Gegner wurde gesagt, daß alle Ansiedlungsgelegenheiten, wo immer in der Welt sie sich böten, genutzt werden müßten, denn „das kleine und erst im Aufbau begriffene Palästina"[46] könne nicht alle Auswanderungswilligen aufnehmen. Bis zu diesem Punkt war ihre Argumentation auch für die Zionisten annehmbar[47]. Diese widersetzten sich jedoch der gegnerischen Schlußfolgerung, daß vom jüdischen Standpunkt die Überseewanderung und Palästinawanderung gleichwertig seien und in demselben Maße zu fördern wären. Offensichtlich war der Meinungsstreit über die Frage der Gleichwertigkeit der Überseewanderung mit einer anderen, viel umfassenderen verbunden – der Frage der Anerkennung der Eigenwertigkeit der jüdischen *Diaspora*-Existenz einerseits und der *Galuth*verneinung[48] andererseits. Die obige Auseinandersetzung war demnach nur ein kleiner Ausschnitt aus einer weitausgreifenden Diskussion, der auf den Anteil ideologischer Erwägungen an der Gestaltung der jüdischen Wanderungspolitik hinweist.

Mit Zunahme des Auswanderungsbegehrens vermehrte sich das Interesse an der Frage, ob neben der Einzelwanderung auch Aussichten für Gruppenwanderung nach Übersee bestünden. Im Jahre 1936 schlossen sich fünf Organisationen – die Reichsvertretung, der Hilfsverein, die Jüdische Gemeinde Berlin, der Centralverein und der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten – in der JLA (Jüdische Landarbeit GMBH) zusammen[49], um Möglichkeiten zur Gruppenwanderung und -siedlung wahrzunehmen und zu erschließen. Zudem sollten die ver-

---

[43] *Ibid.*, 1936–1937, Berlin 1937, W. L, S. 24–25; vgl. *ibid.*, 1935–1936, Berlin 1936, W. L., S. 8.

[44] Siehe Max Apt, *Konstruktive Auswanderungspolitik, ein Beitrag jüdischer Übersee-Kolonisation*, Berlin 1936; Michael Traub, *Die jüdische Auswanderung aus Deutschland*, Berlin 1936; *Israelitisches Familienblatt*, XXXVIII (23. Januar 1936 und 27. August 1936); *Jüdische Rundschau*, XXXXI (Januar 1936), S. 5; *C. V.-Zeitung*, XVI (25. Februar 1937).

[45] Siegfried Moses, in *Jüdische Rundschau*, XXXXI (4. Februar 1936), *ibid.*, (5. März 1936); (21. August 1936).

[46] Julius Herzfeld (Essen), ‚Assimilation, Dissimilation und Auswanderung', in *C. V.-Zeitung*, XVI (25. Februar 1937); vgl. Max Warburg, in *Arbeitsbericht – H*, 1935–1936, Berlin 1936, W. L., S. 8; *Arbeitsbericht – H*, 1936–1937, Berlin 1937, S. 24.

[47] Nach *Israelitisches Familienblatt*, XXXVIII (12. November 1936) bestand der Unterschied darin, daß „die Zionisten die Wanderung von Juden in außerpalästinensische Länder als unabänderliches Übel, mit Bedauern... hinnehmen, die Nichtzionisten sie aber als vom jüdischen Standpunkt aus zukunftsfördernd ansehen und daher begrüßten."

[48] Zionistische These, daß das Zerstreutleben der Juden im *Galuth* (Exil, Verbannung) zu ihrem Untergang führen müsse und darum abzulehnen sei. Nur durch Aufbau seines Nationalheimes in Palästina ließe sich das Judentum erhalten.

[49] Siehe *Israelitisches Familienblatt*, XXXVIII (6. August 1936); vgl. *Informationsblätter*, 1937, S. 66.

schiedenartigen, zum Teil fragwürdigen Projekte[50] geprüft werden, um die jüdische Bevölkerung gegebenenfalls von Fehlentscheidungen abzuhalten. Auch die jüdische Presse beschäftigte sich wiederholt mit diesem Gegenstand[51]. In ihren Erörterungen wurde betont, daß Gruppenwanderung vor allem landwirtschaftliche Siedlung bedeute, die erhebliche Investitionen und größere Siedlungsgebiete erforderten. Das besagt, daß ihre Durchführung von dem Entgegenkommen der Einwanderungsländer zur Bereitstellung geeigneter Anbaugelände, von der landwirtschaftlichen Vorbildung der Siedler, von dem Ausmaß der Mittelaufbringung und zumeist auch von der Mithilfe der interterritorialen jüdischen Kolonisationsgesellschaften abhing. Demnach mußte Gruppenwanderung bedeutend teurer, langwieriger und komplizierter als Einzelwanderung sein. Im Arbeitsbericht der Reichsvertretung vom Jahre 1937 hieß es, daß „nur bescheidene Ansätze für Gruppensiedlungen... zur Verwirklichung gelangen können"[52] und das Schwergewicht der außerpalästinensischen Emigration auch weiterhin auf Einzelwanderung zu beruhen habe. Damit war jedoch diese Erörterung nicht abgeschlossen. Bis Anfang der Kriegsjahre tauchten immer wieder neue Projekte zur Gruppensiedlung in Afrika oder Südamerika auf.

Der Hilfsverein suchte zu verhindern, daß die in vierzig Überseeländer Auswandernden, infolge ihrer Zerstreuung und Atomisierung, der jüdischen Gemeinschaft verlorengingen. Er bemühte sich, Mittel und Wege zu finden, um ihre Bande zur religiösen Tradition zu festigen und ihr Zugehörigkeitsbewußtsein zum Judentum zu stärken. In seinen Veröffentlichungen wurden die Auswanderer ermahnt, sich „ihrer Pflichten gegenüber der Gemeinschaft der Juden eingedenk zu sein"[53] und in ihren neuen Heimatländern sich möglichst frühzeitig den jüdischen Gemeinden anzuschließen. Zudem war vorgesehen, größeren Siedlergruppen zur Erhaltung ihrer jüdischen Eigenart einen Rabbiner, Kantor und rituellen Schächter beizuordnen.[54] Aus den Quellen ist nicht ersichtlich, ob die erwähnten Ermahnungen tatsächlich zu einem festgefügten Programm zur Vertiefung des jüdischen Geistesgutes und Zusammengehörigkeitsgefühls der Auswanderer ausreiften.

Hier sei auf zwei zusätzliche Aufgaben des Hilfsvereins hingewiesen. Gemeinsam mit der JLA übernahm er die Vorbereitung einiger hundert Anwärter für ihre landwirtschaftliche Niederlassung in Lateinamerika.[55] Außerdem plante und vollzog er, zusammen mit der Zentralwohlfahrtsstelle, die Überführung

---

[50] Siehe Strauss, 'Jewish Emigration (II)', in *Year Book XXVI of the Leo Baeck Institute*, London 1981, S. 405–409, Liste der bekanntesten Siedlungsprojekte.

[51] Z. B. Paul Eppstein, ‚Möglichkeiten und Grenzen der Gruppenwanderung', *Jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik* (forthin: JWSP), 7 (1937), S. 149–156; Fritz Schwarzschild, ‚Gruppenwanderung' Teil I, *C. V.-Zeitung*, XVII (13. Januar 1938); Teil II (27. Januar 1938); Teil III (24. Februar 1938).

[52] *Arbeitsbericht der Reichsvertretung der Juden in Deutschland für das Jahr 1937*, S. 18.

[53] Rede Max Warburgs – 14. Oktober 1937 – in *Arbeitsbericht – H*, 1936–1937, Berlin 1937, W. L. S. 29.

[54] Interview des Verfassers mit Arthur Prinz, führender Mitarbeiter des Hilfsvereins, 22. November 1967.

[55] *Arbeitsbericht – H*, 1936–1937, Berlin 1937, W. L. S. 15.

mehrerer hundert Kinder in die Vereinigten Staaten.[56] Insgesamt konnten mit der finanziellen Unterstützung des Hilfsvereins bis Kriegsausbruch über 50000 Personen Deutschland verlassen[57], und die Ausreise von weiteren Zehntausenden wurde durch seine beratende Hilfe gefördert.

Unter den verschiedenen Auswanderungsplänen, die in den Wochen nach Erlaß der Nürnberger Gesetze aufgestellt wurden, ragten zwei hervor: der Plan Max Warburgs, des Präsidialmitgliedes des Hilfsvereins, und der gemeinsame Entwurf von Simon Marks, Herbert Samuel und Lord Bearsted. Warburgs Plan[58] entsprang seinen langjährigen Bemühungen, auf dem Wege eines wanderungspolitischen Übereinkommens mit der deutschen Regierung zu einer Gesamtregelung der deutschen Judenfrage zu gelangen. Ein Teil der jüdischen Bevölkerung sollte im Laufe mehrerer Jahre ins Ausland übersiedeln, dem verbleibenden Teil annehmbare Lebensbedingungen in Deutschland zugesichert werden. Der Schwerpunkt seines Vorhabens war die Rettung eines Großteils des Vermögens der Auswanderer durch weltweiten Transfer. Sein Voranschlag der Kapitalausfuhr, der am 27. Januar 1936 dem Reichswirtschaftsministerium im Namen der Reichsvertretung überreicht wurde, setzte allein für 1936 die Summe von 250000000 Reichsmark fest[59], während im selben Jahr der Palästina-Transfer kaum 20000000 RM betrug.[60] Dieses Vorhaben sollte durch Warenexport im Weltausmaß durch Gründung einer Liquidationsbank und mittels einer internationalen Anleihe ausgeführt werden. Warburg vermied, sich auf Zeitplanung und Ausmaß der vorgesehenen Auswanderung festzulegen.[61]

Ende 1935 wurde der Entwurf von Simon Marks, Bearsted und Samuel veröffentlicht.[62] Im Unterschied zu Warburg gab Simon Marks die geplante Zahl der Auswanderer an. Sie wurde für die kommenden vier Jahre auf jährlich 42000 Personen, also auf insgesamt 168000 Personen im Zeitraum von vier Jahren festgesetzt. Weitere Unterschiede zum Warburg-Plan bestanden darin,

---

[56] *Ibid.*, S. 13; vgl. W. L. Archiv WMT-012, Amerika-Unterbringung; Zentralwohlfahrtsstelle an die Entsendestellen, 3. Februar 1936, sowie an Rabbiner Saul Munk, 20. Februar 1936.

[57] Vgl. Adler-Rudel, *Jüdische Selbsthilfe, op. cit.*, S. 216, von den 100000 *unterstützten* Auswanderern sind 33277 nach Übersee und 18829 in europäische Länder gegangen; über die Ziele der 135000 *„freien"* Auswanderer fehlen genauere Angaben.

[58] CZA S – 25/9810, Werner Senator an Martin Rosenblüth, 5. November 1935; Rosenblüth an G. Landauer, 13. November 1935; Landauer an Rosenblüth, 24. Dezember 1935; Simon Marks an Weizmann, 31. Dezember 1935; vgl. YVA JM 3138, Inland II AB, Auswanderung der Juden aus Deutschland; Der Reichs- und Preußische Wirtschaftsminister, 18. Februar 1936 (gez. Pohl), an AA.

[59] CZA 25/9810, Eingabe der Reichsvertretung betreffend Förderung der Auswanderung von Juden aus Deutschland, 27. Januar 1936.

[60] Feilchenfeld, *Haavara, op. cit.*, S. 75.

[61] Archives Ben Gurion Memorial Centre, Folder 54, Schreiben Max Warburgs an Ben-Gurion 15. Dezember 1935. Er erwähnt darin, daß gewisse Statistiker eine jährliche Emigration von 15–20000 Personen voraussehen, während andere Schätzungen erheblich darüber hinausgehen. Seine eigene Meinung läßt Warburg nicht durchblicken.

[62] WA, Zionist Negotiations with New Court, January 1936, Board of Deputies Archives, London, Minutes, New Court Committee Meeting, 31. Dezember 1935; YVA JM 3138 Inland II, Auswanderung der Juden aus Deutschland, AIB Bd. 1 1936–1937, Deutsche Botschaft Washington an AA Berlin, 7. Februar 1936; vgl. CZA S – 25/9810, Central Fund for German Jewry, Tentative Suggestions to a Four Year Plan, a. D., offensichtlich vom Ende Dezember 1935; vgl. WA, Council for German Jewry Memorandum and Resolution 5. Januar 1936.

daß Simon Marks die Finanzierung der Emigration durch einen internationalen Fonds und nicht durch Förderung deutscher Warenexporte vorsah, und daß fernerhin die Hälfte der Auswanderer nach Palästina gelenkt werden sollte. Nach längeren Beratungen in London und Berlin wurden Bestandteile der Pläne von Warburg und von Simon Marks miteinander verschmolzen. Zur Ausführung des vereinten Unternehmens wurde am 15. März 1936 in London der *Council for German Jewry* unter Mitwirkung von Vertretern der amerikanischen und englischen Judenheit gegründet[63], der zu einer der Hauptstützen der jüdischen Auswanderung aus Deutschland wurde.

Das Jahr 1936 mit den Olympischen Spielen in Berlin brachte den deutschen Juden zeitweise Erleichterungen. Dem Ausland sollte bewiesen werden, daß im Dritten Reich Ordnung und Recht herrschten. Aber die Beruhigung der Lage hielt nicht lange an. In den Herbst- und Wintermonaten des Jahres 1937 nahmen die Verfolgungsmaßnahmen eine bisher unbekannte Schärfe an. Gestärkt durch ihre wirtschaftlichen und außenpolitischen Erfolge ließen die Machthaber ihre Rücksichten auf internationale Beziehungen fallen. Der Druck zur restlosen Arisierung jüdischer Betriebe und zur vollständigen Entfernung der Juden aus Deutschland stieg ständig.[64]

Angesichts der wachsenden Bedrängnis beschlossen die Vertreter des Hilfsvereins und der Reichsvertretung, sich direkt an die Geheime Staatspolizei zu wenden. In zwei Eingaben im November 1937[65] wurde die Gestapo ersucht, von Maßnahmen zur Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft und von Zwangsmitteln gegen Personen abzulassen, die nicht auswanderungsfähig oder zur Auswanderung noch nicht genügend vorbereitet waren. Die Zwangsauswanderung ungeeigneter Menschengruppen würde zu einer unerträglichen Belastung der Zielländer und zu ihrer völligen Schließung für Einwanderer führen. Darum sei es sowohl im deutschen als auch im jüdischen Interesse, die Auswanderung *planmäßig* zu gestalten. Zu diesem Zweck müsse die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der jüdischen Bevölkerung bis zum Zeitpunkt ihrer Ausreise erhalten bleiben und die Mitnahme von einem Mindestkapital für die Einordnung im Ausland gestattet werden.

In der *nachdrücklichen Betonung der planmäßigen Auswanderung* als gleichermaßen vorteilhaft für die deutsche Judenheit und für die Staatsführung, lag der Schwerpunkt ihrer taktisch-politischen Bemühungen, sowohl Erleichterungen für den geordneten Fortzug der Auswanderungswilligen, als auch das Einverständnis der Machthaber zum Verbleiben eines Teiles der Juden im deutschen Reichsgebiet zu erlangen.

Dieses taktische Vorgehen der Reichsvertretung und des Hilfsvereins blieb ergebnislos. Seit Anfang 1938 verstärkten sich die Drangsalierungsmethoden zur schnellen Auswanderung unentwegt. Die Abschiebung einzelner und klei-

---

[63] *Ibid.*

[64] Siehe Avraham Barkai, ‚Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich, 1933–1938' in diesem Band, S. 153–166.

[65] Eine Kopie der Eingabe befindet sich im Besitz des Verfassers.

ner Gruppen über die Westgrenze wurde spätestens mit dem Einmarsch in Österreich zu einem „praktischen Aktionsprogramm" der Machthaber.[66] Eichmanns Methoden der Inhaftierung im Konzentrationslager als Druckmittel zur Emigration kamen bereits bei der Juni-Aktion gegen die sogenannten Asozialen zur Massenanwendung, als 1500, zum Teil wegen Lappalien oder als Schikane vorbestrafte Juden inhaftiert wurden.

Infolge dieser Ereignisse wurde schon im Sommer 1938 der ohnehin begrenzte Spielraum der Auswanderungsplanung drastisch zusammengepreßt und jeder weiteren jüdischen Auswanderungspolitik der Boden entzogen. Damit begann die dritte Stufe der Emigration – die Stufe der erzwungenen Massenauswanderung.[67]

In dieser Atmosphäre erregte die Evian-Konferenz im Juli 1938 neue Hoffnung bei der Reichsvertretung. In ihrer Eingabe an die Konferenz wies sie auf die Gefahr des völligen Untergangs der deutschen Juden hin, die nur durch die Aufnahmewilligkeit der Zielländer abgewendet werden könnte. Die Reichsvertretung glaubte weiterhin, noch eine Frist von einigen Jahren zur Durchführung der Auswanderung zu haben.

Diese Lagebeurteilung änderte sich völlig durch den Pogrom vom 9./10. November und die vorangegangene Massenvertreibung von etwa 17000 Juden polnischer Staatsangehörigkeit in der letzten Oktoberwoche 1938. Jetzt wurde zum Hauptziel der jüdischen Führung die beschleunigte Emigration großen Ausmaßes, für die im Ausland Durchgangslager und andere vorübergehende Unterkünfte errichtet werden sollten.[68] Angesichts der aussichtslosen Situation schwoll die Auswanderung zu einer panikartigen Fluchtbewegung an. Die jüdische Führung begegnete diesem Massensturm mit der Ermahnung, nicht blindlings ins Ausland abzureisen. Sie fürchtete, die zur Auswanderung drängenden Menschen gingen nicht ihrer Errettung, sondern ihrem Verderb in der Fremde entgegen. Die Gewissensnot der jüdischen Führung in dieser verzweifelten Lage kommt in den Worten Julius Seligsohns[69] zum Ausdruck, „es sei würdiger in Mitteleuropa den Märtyrertod zu erleiden, als in Shanghai zugrunde zu gehen". Das erste sei ein *Kiddusch Haschem,* „das zweite ist lediglich eine Fehlleitung jüdischer Auswanderungspolitik."[70] Gleichzeitig widersetzte sich die jüdische Führung beharrlich dem Druck der Machthaber, am Abtransport ins Ungewisse, auf sogenannten „Judenschiffen", beteiligt zu sein.[71]

---

[66] Siehe Jacob Toury, ‚Ein Auftakt zur „Endlösung": Judenaustreibungen über nichtslawische Reichsgrenzen 1933–1939', in Ursula Büttner (Hrsg.), *Das Unrechts-Regime. Festschrift für Werner Jochmann zum 65. Geburtstag,* Teil II, Hamburg 1986.

[67] Bis dahin hatten sich die Machthaber nicht in die Auswanderungsplanung der jüdischen Organisationen eingemischt. Von nun ab gingen sie jedoch daran, Ausmaß, Tempo und Verlauf der jüdischen Emigration festzulegen, um einen beschleunigten Auszug aller Juden aus Deutschland zu erzwingen.

[68] Z. B.: LBI C-62, Rundschreiben der Reichsvertretung 27. Juli 1938; ebenso CZA A 255/394 Norman Bentwich, Note on a visit to Germany, 19. Februar 1939.

[69] Dr. Julius L. Seligsohn, Präsidialmitglied der Reichsvertretung und danach der Reichsvereinigung; 1890 in Berlin geboren, Februar 1942 in Sachsenhausen verstorben.

[70] CZA A 140/126 Schreiben J. L. Seligsohns o. D., offensichtlich Anfang April 1939.

[71] *Ibid.*

Damit sind wir am Ende unserer Darstellung der Hauptstufen der Auswanderungsbewegung angelangt. Hier ist zu fragen, wie das Verhältnis von Planung und Wirklichkeit war. Ist der Umstand, daß im Laufe der ersten fünf Jahre der NS-Herrschaft Umfang und Ablauf der Emigration den Plänen im großen und ganzen entsprachen, ein Beweis dafür, daß diese den Wanderungsverlauf tatsächlich bestimmt haben? Ein Großteil der Problematik der Wanderungsplanung lag in der Ungewißheit der Berechnungselemente, der Voraussetzungen und Prognosen, die ihr zugrunde lagen. Aber ihre Hauptschwierigkeit bestand darin, daß die Realisierung der Pläne von Bedingungen abhing, die zum Teil außerhalb des Wirkungsbereiches der jüdischen Verantwortungsträger lagen. Daraus ergab sich ein dauerndes Spannungsverhältnis zwischen Planung und Wirklichkeit, das kurz erörtert werden soll. Die jüdische Führung ging davon aus, daß sich die Auswanderung in einer längeren Zeitspanne vollziehen lasse und ein Teil der jüdischen Bevölkerung, der aus Alters-, Berufs- oder Gesundheitsgründen nicht auswanderungsfähig war, in Deutschland weiterleben würde. Die Entwicklung schien diesen Erwartungen mehrere Jahre lang zu entsprechen. Die Ereignisse des Jahres 1938 bewiesen jedoch eindeutig, daß die Machthaber durch rücksichtslose Zwangsmaßnahmen zur völligen kurzfristigen Entfernung der Juden aus Deutschland drängten. Als Folge enthüllte sich eine unüberbrückbare Kluft zwischen den politischen Gegebenheiten im Dritten Reich und der jüdischen Wanderungsplanung.

Ein weiterer Aspekt des erwähnten Spannungsverhältnisses zeigt sich in bezug auf die Einwanderungsbedingungen der Bestimmungsländer. Die jüdische Führung erwartete die geregelte Aufnahme von vielen Zehntausenden in Übersee und Palästina durch planvolle Auswanderungspolitik und eine bedeutende Erleichterung der Einwanderungsbeschränkungen nach Überwindung der Weltwirtschaftskrise. Zudem glaubte man, durch gründliche Berufsausbildung der Auswanderungswilligen in Handwerk und Landwirtschaft, die Aufnahmebereitschaft der ausländischen Regierungen erhöhen zu können. In der Tat machten sich Mitte der dreißiger Jahre in manchen der Überseeländer Zeichen der Verbesserung der Wirtschaftslage bemerkbar. Die Restriktionen blieben jedoch davon unberührt und wurden in den kommenden Jahren sogar teilweise verschärft. Selbst zur Zeit größter Bedrängnis blieben die Tore der meisten Zielländer vor rettungssuchenden jüdischen Flüchtlingen verschlossen.[72]

Die Unbeständigkeit der Einwanderungsbedingungen in den weit entfernten Zielländern erhöhte die Problematik der Planung. Von Mal zu Mal änderten sich in den lateinamerikanischen Staaten, in Südafrika und Palästina die Gesetze zur Niederlassungs- oder Arbeitsberechtigung, wodurch die vorausgegangenen Wanderungsvorbereitungen jeweils hinfällig wurden. Zudem erwies sich, daß bei den Gegebenheiten des Arbeitsmarktes in Übersee, die Vorbereitung für die

[72] (The) Jewish Historical General Archives, Jerusalem, A/176–Regensburg, Hilfsverein, 3. März 1936, Wirtschaftsaufschwung und verschlossene Türen.

Eingliederung der Auswanderer in den Zielländern zumeist – außer in Palästina – völlig nutzlos war. Es blieb der Initiative der Neuankömmlinge überlassen, sich selbst die erforderlichen Existenzmöglichkeiten an Ort und Stelle zu schaffen.

Kann daraus geschlossen werden, daß die Bemühungen der jüdischen Verantwortungsträger um eine planvolle Gestaltung der Auswanderung zwecklos waren? In der Tat blieb ein Teil der Aufgaben, die sie sich stellten, unerfüllbar. Sie vermochten weder eine umfassende wanderungspolitische Übereinkunft mit der Reichsregierung zum Zweck der Befriedung der deutschen Judenfrage herbeizuführen, noch konnten sie in den späteren dreißiger Jahren die erstrebte Beschleunigung und Erweiterung der Emigration erwirken. Darüber hinaus fehlten den jüdischen Organisationen die notwendigen Befugnisse, um jeder Einzelperson die Befolgung der Wanderungsplanung auferlegen zu können. Aber trotz dieser Mängel waren die Leistungen der Planungspolitik durchaus nicht unbeträchtlich. Es gelang ihr, den Einwanderungsstrom von den europäischen Ländern nach Übersee abzulenken, weit weg vom Bereich der NS-Herrschaft. Zudem schuf sie die Grundlagen für die anhaltende Zusammenarbeit mit HIAS *(Hebrew Immigrant Aid Society)*, ICA *(Jewish Colonization Association)*, Joint *(American Jewish Joint Distribution Committee)* und anderen ausländischen Hilfsorganisationen[73], die zur Überwindung vieler Hindernisse beitrug. Von nicht minderem Nutzen war die finanzielle und organisatorische Planungsarbeit zur geregelten Verteilung der Unterstützungsgelder für Auswanderungszwecke. Dadurch konnte im Zeitraum von 1933–1939 mehr als 100000 Personen die Ausreise aus dem Reichsgebiet ermöglicht werden.[74] Die Errichtung des großen Ausbildungswerkes zur beruflichen und sprachlichen Vorbereitung auf das Leben in den Aufnahmeländern war ebenso Gegenstand der Planungsarbeit. Besonders bedeutsam waren ihre Auswirkungen für die Palästinawanderung: Mittels des *Haavara*-Transfers, der der Landwirtschaft und Industrie Palästinas einen beträchtlichen Kapitalstrom zuführte, konnten diese und auch andere Wirtschaftszweige erweitert, neue *Kibbuzim* gegründet und Mittelstandssiedlungen errichtet werden, die eine neue Kolonisationsform darstellten.[75] Ein Musterbeispiel der Planungsarbeit war die Jugend*alija*, durch die in den Jahren 1933–1939 ca. 3400 Jugendliche aus Deutschland nach Palästina verpflanzt wurden.[76] Die Leitung der Jugend*alija* war darauf bedacht, die anfangs festgesetzten Termine, den zahlenmäßigen Umfang und die Etat-Voranschläge einzuhalten.

Die Bedeutung der Planungspolitik ist aber nicht allein nach ihren praktischen Ergebnissen zu bewerten. Die jüdische Führung sah in den Verfolgungsjahren ihre Hauptaufgabe darin, das „Gespenst des Chaos zu bannen", wie es in der Entschließung der Reichsvertretung vom 27. Juli 1938 hieß,[77] und dem Druck

[73] *Arbeitsbericht – H*, 1935–1936, Berlin 1936, W. L. S. 9.
[74] Adler-Rudel, *Jüdische Selbsthilfe*, *op. cit.*, S. 216.
[75] Feilchenfeld, *Haavara*, *op. cit.*, S. 96–108.
[76] CZA 7854; Five Years of Youth Immigration into Palestine 1934–1938, Jerusalem September 1939, p. 44.
[77] CZA–142/123.

der auf sie einstürzenden Ereignisse standzuhalten. Dabei wurde das Wort „Planung" zum Schlüsselbegriff ihres Bestrebens, sich nicht widerstandslos vom Strom des Geschehens treiben zu lassen und Herr ihrer Geschicke zu bleiben. Planung des Wirtschaftskampfes, Planung des Schulwesens, Planung des Umschichtungswerkes und Planung der Auswanderung gehörten zum selben, in sich konsistenten Gedankenkreis.

Später, in den letzten zehn Monaten vor Kriegsausbruch, gingen Gestapo und SS zum System der erzwungenen Massenauswanderung – Abschiebung und Verschickung – der Juden über und verlangten die Mitbeteiligung der jüdischen Organisationen. Die jüdischen Verantwortungsträger bedienten sich jetzt, zum letztenmal, der Parole der „planmäßigen Auswanderung", um diesen Prozeß aufzuhalten, dessen ununterbrochener Fortgang das Schicksal der Juden in Deutschland besiegelt hat.

English Summary

Shortly after Hitler's assumption of power, there began a panicky flight of thousands of Jews across Germany's borders. In line with their efforts to maintain the integrity of German Jewry, the Jewish leadership tried to slow down this mass exodus. Emigration guidelines thus became an integral part of the overall solution of the German "Jewish Question".

Provisions for facilitating emigration and the integration of emigrants into their new environments became a prime aspect of the work of all Jewish organisations. In this light, vocational retraining was often considered an absolute necessity.

Even after the November Pogrom of 1938, when the Nazis stepped up their policy of forcing the Jews to leave Germany, the Jewish leadership tried to retain the concept of planning. Attitudes differed between Zionists and non-Zionists, and much depended on the immigration policies of potential countries of refuge. A constant factor was the economic situation. Most important of all was National Socialist policy regarding emigration.

JEHUDA REINHARZ

Hashomer Hazair in Nazi Germany

*Hashomer Hazair in Germany 1928–August 1931**

Hashomer Hazair was, by the late 1920s, a large movement[1] – some 38,000 strong – in Eastern Europe with four kibbutzim in Palestine.[2] The leadership of *Hashomer Hazair* in Warsaw *(Hahanhagah Haelyonah)* and in Palestine *(Hakibbutz Haarzi)* had long wished to penetrate other countries in Eastern and Western Europe and beyond. The founding of the *Hakibbutz Haarzi shel Hashomer Hazair* in Palestine in 1927, which created a permanent framework for the organised absorption of H. H. settlers in Palestine, also served as a catalyst for the expansion of the movement throughout the world. In that year H. H. began to make inroads in Hungary, Brazil, France, Czechoslovakia, Yugoslavia and the United States.[3] Germany too was considered a most important target for expansion of

* I would like to thank Abraham Schiff (Bedolf) and Dan Fraenkel – both of Kibbutz Daliah – for their helpful suggestions and cooperation in locating materials for this essay and for their warm hospitality. Both have commented on an earlier draft of this essay as did Professor Leni Yahil and Dr. Abraham Margaliot. Arthur Israelowitz (Ben Israel) of Kibbutz Beit Alfa also read and commented on this essay. I would also like to record my debt to the late Mordechai Schenhabi of Kibbutz Mishmar Haemek for sharing with me his knowledge of the beginnings of *Hashomer Hazair* in Germany and to the late Yehiel (Hilik) Harari of Givat Havivah who spared no effort in making my stay in the archive as comfortable as possible. I wish to record my thanks to all those who answered the questionnaire concerning various statistical data. The following kibbutzim responded: Daliah, Hazorea, Hamaapil, Gan Shmuel, Hazor, Shoval, Kfar Menahem, Kfar Masaryk, Lahavot Habashan, Mizra, Mishmar Haemek, Evron, Ein Hahoresh, Ein Hashofet, Shaar Haamakim, Tel Amal.

The following abbreviations have been designated for the archives used in this article:

The Archives of Hakibbutz Haarzi Hashomer Hazair, Merhavyah – H..H. (This archive has now moved to Givat Havivah and is called The Center for Research and Documentation).

Archive of Hakibbutz Hameuhad, Personal Archive of Eliezer Livneh [Liebenstein], Efal – Liebenstein Archive.

Archive of Kibbutz Daliah – Daliah Archive.

Schocken Archive, Jerusalem – Schocken Archive.

Central Zionist Archives, Jerusalem – CZA.

Beit Lohamei Hagetaot, Archive of the Pioneer Movement – Archive of Kibbutz Lohamei Hagetaot.

Archives of the Jewish Labour Movement, Tel-Aviv – Archives of the Jewish Labour Movement.

Archive of Kibbutz Givat Brenner.

Archive of Kibbutz Hazorea.

Archive of Givat Havivah.

[1] The most important study on the origin and development of H. H. until the mid-1930s is Elkana Margalit, *"Hashomer Hazair" Me-Adat Neurim le-Marxism Mahapkhani*, Tel-Aviv 1971. For the discussion here see pp. 17–18. Elkana Margalit, 'Social and Intellectual Origins of Hashomer Hazair Youth Movement, 1913–20', *Journal of Contemporary History*, vol. IV, No. 2. (April 1969).

[2] Beit Alfa, Mishmar Haemek, Ein Shemer and Merhavyah.

[3] [Mordechai Bentov] to Hahanhagah Haelyonah, 12th July 1928, H. H. 2.9 (1).

the movement.[4] It was decided not to establish right away an independent H. H. group in Germany, but rather to try to penetrate the existing youth movements, first and foremost – as was attempted in Yugoslavia – the *Zofim*. This decision shows familiarity on the part of H. H. leadership with conditions in Germany: the *Jung-Jüdischer Wanderbund (JJWB) – Brith Haolim* was by that time more or less committed to *Hakibbutz Hameuhad; Kadimah* was just then moving – amidst protest and controversy – towards a definite Zionist *Weltanschauung*. Thus, the logical youth movement to approach was the *Zofim* which had declared itself a Zionist and pioneering youth movement from its inception in 1926. Its scouting activities and commitment to Palestine were akin to those of H. H., and its lack of party ideology and somewhat tense relations with the *Zionistische Vereinigung für Deutschland (ZVfD)* provided H. H. with an organised group, receptive to Socialist-Zionist ideology.

The formal founding of the *Jüdischer Pfadfinderbund „Haschomer Hazair"* took place on 16th August 1931 in Brieselang. The speakers, Ernst Fraenkel, Helmuth Bers, Milek Goldschein and Hermann Sprung, analysed the current situation in Germany and tried to explain to the 110 youths present why the founding of H. H. was both timely and essential. The statutes of the new organisation specified among others that H. H. – headquartered in Berlin – was a youth movement including both sexes between the ages of eleven and twenty-one that it adhered to the Basle Programme and that its task was to educate its members in the spirit of Jewish nationalism, thus requiring them to learn Hebrew and to settle in Palestine as workers on the land. While in Germany, it would set itself the following goals: education of its members through scouting activities, building up their physical strength through sport and trips, participation in general and Jewish welfare activities. The statutes stated unequivocally that the movement saw itself as a part of the ZVfD and accepted its discipline. All members of H. H. who reached the age of eighteen were automatically members of the ZVfD, and were therefore forbidden, under penalty of expulsion, from joining any political party. The 76 men and women at Brieselang who had voting rights then elected to the first *Bundesleitung* of H. H. Helmuth Bers and Ernst Fraenkel, both formerly of the *Zofim*.[5]

Education, Structure and Social Composition

Hashomer Hazair in Germany, perhaps more than other branches of the movement, tried to create a synthesis between Jewish culture and pioneer life in Palestine and general humanistic and philosophical values current in Europe in the 1920s and 1930s. This synthesis was forged through a combination of study

[4] Mishmar Haemek to Liaison Office of H. H. in Berlin, 2nd June 1930. H. H. 2.12 (1). Interview with Mordechai Schenhabi in Mishmar Haemek, 6th July 1980.

[5] See Protokoll der Gründungssitzung des ‚Haschomer Hazair' vom 16. August 1931. Daliah Archive 9013/5.

groups and utilisation of the symbols and discipline of scouting. Special emphasis was placed on the development of the individual, giving him or her maximum freedom to build his or her character while freely making use of the current philosophical, psychological and literary ideas of the time. It was perhaps not a coincidence then that men like Milek Goldschein, a trained psychiatrist and pedagogue, and Mordechai Schenhabi who had grown up in Poland and Austria, found special resonance among the highly intellectual circles of the *Zofim* and *Kadimah*.

The most intensive pedagogic unit in H. H. was the *kvutzah* (group) in which the sexes were not mixed. A number of these *kvutzot* of both sexes combined to form the *plugah* (company) and *gedud* (battalion) which combined for certain joint activities. Within H. H. there were four age groups: the younger (age 9–11) were known as *Bnei Midbar* (sons of the desert); *Kfirim* (cubs, 12–14); the intermediate level (15–16) known as *Zofim* (scouts) and the oldest level (17–21) known as *Bogrim* (adults).[6] Each age group had its own unique programme which was adapted to its own emotional and intellectual need and physical capacity. The basic structure of H. H., composed of the local branch of H. H., was called the *ken* (nest, i. e. club house) which was headed by *hanhaget ha-ken* (leadership of the *ken*). The district branch was called *ha-galil* and was headed by *hanhagat ha-galil* and all of them were headed by *Hahanhagah Harashit* (the national leadership), which was in turn responsible to the *Hahanhagah Haelyonah* (supreme leadership of the world movement).[7]

H. H. wished to foster among its members the principle of personally fulfilling the ideals of the movement, of consistency in thought, analysis and action. Thus it fostered the use of the Hebrew language and created already in Germany a strong obligation to adopt a pioneering life in Palestine as soon as possible. This educational mechanism appealed to many young men and women who were searching for a positive Jewish challenge. Its strict application meant that those who did not stand the test and who failed to emigrate to Palestine and join a kibbutz, had to leave the movement. The emphasis of H. H. on organic continuity from life in the *kvutzah* in Germany to personal fulfilment on the kibbutz, accounted perhaps for the very strong and profound influence of the *kvutzah* leaders and especially the *shlihim* from Palestine who served as living models. It accounts perhaps also for the fact that the *shomrim* fought bitterly against those phenomena among the German-Jewish youth which stood in contradiction with their own beliefs in a strong Jewish and Zionist identity. Thus they were bitter foes of any form of Jewish assimilation and especially the so-called "red assimilation" – the phenomenon of Jewish youth and intellectuals being attracted to Communism and denying their Jewish identity.

---

[6] See Haschomer-Hazair-Hahanhagah Harashit, Choser I, 15th September 1931, Daliah Archive 9013/5, and Haschomer Hazair-Moazah Harashit, *Iggeret* No. 1, October 1931, Daliah Archive 9013/9.

[7] For a much more detailed outline of the structure of H. H. in Germany and an explanation of its various organs see Hilde [Feblowitz], Helmuth [Bers] and Milek [Goldschein], 'Haschomer Hazair . . .' Choser I, 15th September 1931. Daliah Archive 9013/5.

Their earnest commitment to personal example and fulfilment made H. H. members and leaders aware of the deep implications of their daily activities. Their first goal was to change the attitude and consciousness of the individual towards Zionism and Socialism and thus also change the social and political conditions they encountered. In other words, the individual himself had to be transformed first, befor s/he could change and recreate her or his environment. Their attitude towards Socialism was deeply influenced by the currents in Weimar Germany. They read and appreciated works by Gustav Landauer, Max Weber, Stefan George, Friedrich Nietzsche, Peter Kropotkin, Victor Adler, Karl Marx, Friedrich Engels, Vladimir Lenin, Walter Mehring, Leon Trotsky as well as Sigmund Freud and Alfred Adler.[8] H. H. doubted that a social revolution was possible without the renaissance of the individual personality and did not believe that such a revolution – even if it would take place – would create a meaningful and democratic new order. On the contrary, it could only evolve into an authoritarian system which would enslave the will of the individual. Thus, H. H. in Germany, as indicated in its statutes, tended to be anti-political and anti-party. It saw itself as rising above the daily political squabbles, as a free movement searching for the ultimate truth. It believed that the way to win adherents was through ideology, not through political power struggles. What marks the ideological position and activities of the leaders of H. H. in Germany during the first five years of the organistion (1931–1936) was their emphasis on a Marxist point of view within the pioneering segment of the Zionist movement, even under the watchful eye of the *Gestapo*. At the same time H. H. in Germany opposed any contact between its members and German Communist groups.

The most basic value fostered by H. H. then, was the education of the individual, the development of his or her potential, the forging of the true personality which would allow that individual to fulfil his or her social and national tasks out of sincere, inner conviction.[9] This careful and nurturing approach, sensitive to the individual and to the milieu in which he or she functioned, meant that H. H. could not possibly become a mass movement. It reserved the right to select its members carefully and as a consequence saw itself as an elitist movement, which sought to serve as an example to the masses. It required of its members prolonged and careful professional training or retraining in accordance with their personal preferences. It emphasised that having a special attitude to one's chosen profession, whether in agriculture or a technical field, meant that one could combine one's personal satisfaction with service to a higher ideal. These principles, which were the subject of constant debate within the ranks of H. H. set it up as a unique phenomenon within the German-Jewish milieu of late Weimar Germany. Those who joined H. H. then, had a strong feeling of being different – if not superior – from the rest of the Jewish youth

---

[8] Letters to author from Dan Fraenkel and Adolf Schiff, 8th November 1984. See also interview by Bedolf with Arthur Israelowitz, 7th December 1984.

[9] Arthur Israelowitz, ‚Zum Weg des Haschomer Hazair', *Informationsblatt Hechaluz*, No. 37 (September 1931), p. 15.

movement. They tended to forge strong personal and ideological bonds which continued after their immigration to Palestine.

Who, then, were the young men and women who joined H. H. in August 1931? What was their intellectual and emotional make-up and what motivated them to join a movement whose ideology and structure had been grounded and developed in Poland and Palestine almost two decades before it appeared on the scene in Germany? It is not easy to find the answers to these questions, since we do not possess full biographical data even on the leadership of H. H. in Germany, but a number of factors which are repeatedly mentioned in the contemporary literature and in interviews may provide at least a partial clue.

The founding of H. H. took place in a period of political turmoil in Germany and Palestine, developments which could not but affect the highly sensitive and intellectual German-Jewish youth. In Germany, the most dramatic event was the electoral success of the National Socialists in September 1930. In Palestine it was the riots which took place in August 1929 and the Arab Question which by then had become an issue which could no longer be ignored by the Zionist parties.[10] These were issues that were debated in all the German-Jewish youth movements regardless of their Zionist orientation. Questions of Socialism and Zionist ideology, general politics and the Arab Question, Progressive Zionism and *Brith Shalom* were on the daily agenda as well as the question of "red assimilation". The German-born founders of H. H. in Germany had all – virtually without exception – been previously organised in the German-Jewish youth movements and these debates had occupied them for a long time. They were attracted by the leftist leanings of H. H., its progressive attitude towards the Arab Question and they associated its pro-Marxist leanings with anti-Nazism. This stance did not come at the expense of Jewish identity and Zionism. On the contrary, it proudly proclaimed the pioneer Zionism of an elitist group while emphasising individualism as well as group loyalty. Moreover, they were attracted by H. H. *shlihim* in Germany whose personal qualities and skills were considerable. Their values were often communicated just as effectively by personal example. The psychological impact of their living in a commune (in Thomasiusstr.), their poverty, their perseverance in the face of hostile forces, did as much to attract youth as their leadership seminars.[11]

H. H. arrived in Germany during a period of flux, when the various youth movements were questioning their leaders and searching for new challenges. This was particularly true within the JJWB/*Brith Haolim* which was unsuccessful in communicating its ideas to German-Jewish youth. The crisis within it reached its zenith during the winter of 1930–1931,[12] which may help explain its fear and violent reaction against H. H. During the first months of 1931 *Brith Haolim* had

[10] On this see Jehuda Reinharz (Hrsg.), *Dokumente zur Geschichte des deutschen Zionismus 1882–1933*, Tübingen 1981, (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 37), pp. 462–470.

[11] Interview with Schenhabi, 6th July 1980.

[12] On conditions within the JJWB/*Brith Haolim*, see Schura Oschorowitsch to Yitzhak Tabenkin [early 1931]. Liebenstein Archive.

only a few hundred members, of whom some 80 resided in Berlin and 80 in the once largest district, the Rhineland/Ruhr.[13] The *Hechaluz* too had in June 1931 no more than 170 persons in *hachscharah,* who exhibited little knowledge of Hebrew or interest in current Palestinian problems. The lack of first-rate and committed *halutzim* was blamed on inadequate preparation in the youth movements.[14] A letter from one of the *shlihim* of *Hakibbutz Hameuhad,* written in mid-1931, charged that part of the malaise within the JJWB was due to the fact that the *shlihim* from Palestine had failed to make demands of German-Jewish youth, that they did not challenge them to sacrifice more of themselves. Instead of making demands and adhering to principles, the *shlihim* succumbed to the prevailing conditions and pleaded with the young men and women to pay their dues, to work hard on the farms, to study Hebrew, etc. The result was general demoralisation and lack of elan.[15] On top of this the *Brith Haolim* was also mired in internal struggle amongst its members and was in conflict with the leadership of the ZVfD. It thus had little time to devote to propaganda work within the *Kadimah* and *Zofim.*[16]

It was against this background that H. H. came with a different set of ideas and values. In addition to its more leftist Zionist orientation – a postion that was not represented hitherto in the German-Jewish youth movements – it also brought with it the aura of a strong and vibrant Eastern European movement. This in itself was something uncommon – the implantation of an Eastern European product by Eastern European Jews among German-Jewish youth. But in addition to this, H. H. presented an exciting challenge to youth: a strict and uncompromising demand for Hebrew, pioneer Zionism and Socialist education. In other words, total commitment to the movement. Moreover, as paradoxical as it may sound, it seems that H. H.'s adherence to the general values of youth movements – games, symbolism, trips and rituals – rather than the more pragmatic orientation of JJWB/*Brith Haolim,* was more appealing to German-Jewish youth.

Thus, it was not surprising that some in the *Kadimah,* which in this very period had been in the midst of a process of transformation towards Zionism, felt attracted to the ideas of H. H. Under Walter Mecklenburg's leadership the *Kadimah* was moving since 1929 in the direction of *Hechaluz* until in 1930 a *Gdud Kadimah* was organised within the *Hechaluz,* whose outlook and goals could hardly be distinguished from that of *Brith Haolim.*[17] In the autumn of 1931 *Brith Haolim,* represented by Zeev Orbach and the *Kadimah,* represented by Walter Mecklenburg, began talks about a merger which took place in February 1933.

---

[13] Chaim Schatzker, 'Tnuat ha-Noar ha-Yehudit be-Germanyah', *Asufot,* No. 3 (October 1972), pp. 50–51.

[14] Moshe Shapira to Mazkirut Hakibbutz Hameuhad in Ein Harod, 22nd June 1931, Archive of Kibbutz Lohamei Hagetaot, 2501.

[15] *Ibid.*

[16] See Enzo Sereni to Vaad Hapoel shel ha-Histadrut, 28th October 1931. Archive of Kibbutz Lohamei Hagetaot, 2501.

[17] See "Gdud Kadimah" [1930]. Liebenstein Archive.

The name of the new movement was *Habonim-Noar Chaluzi.*[18] Thus, while the *Kadimah* was changing its orientation towards pioneer Zionism between 1929 and 1930/1931, it was faced with the option of choosing between *Brith Haolim* and H. H. Both were appealing which is why Walter Mecklenburg had entered negotiations with both Zeev Orbach and Mordechai Schenhabi. It is not surprising, then, that members of the *Kadimah* also opted for both.

The members of the *Kadimah* hailed for the most part from assimilated German families. Many of them were also in the process of flirting with Communism. Their relationship to things Jewish was not a natural one, rather it was the product of a recent awareness, a feeling that something was amiss in their lives. Moreover, they were marked by a strong tendency towards independent thinking and action. Despite the fact that many were intellectually aware of the importance of community inherent in *halutziut,* they had difficulties reconciling their personality traits with requirements of the group. In the *Kadimah* they were taught to help one another and to foster the ideals of community and the Jewish renaissance. These ideas laid the ground for the movement's eventual turn towards Zionism and later *halutziut. The Kadimah* became, as it were, a way-station for assimilated or assimilating German youths on the road to Zionism. The *Kadimah* still lived in 1930 under the trauma of the failure of the *Blau-Weiss.* Part of its resolve to join *Hechaluz* and identify with the Palestinian labour movement arose out of a desire not to repeat the mistakes of the *Blau-Weiss,* i.e. its tendency to function in isolation from its Zionist environment. At the same time, the *Kadimah* members insisted on a slow and thorough process of education and study before deciding their political orientation. Some members of the *Kadimah* may have joined H. H. precisely because *Hechaluz* and the JJWB tried too hard to influence them to accept the political platform of *Hakibbutz Hameuhad.*[19]

The members of the *Zofim,* who had split from the *Kadimah* in 1926, had a similar intellectual and cultural orientation, though their earlier decision towards Zionism may have made the switch towards *halutziut* and H. H. less complicated. Out of these two groups emerged the early leaders of the German H. H. These men and women – Helmuth Bers, Ernst (Dan) Fraenkel, Paul Ehrlich, Hilde Feblowitz, Adolf (Bedolf) Schiff, Joseph (Seppl) Waschitz, Fredi Jungmann, Ilse Gutmann, Shimon Pilz, Reni Kluger, Naomi Schapiro, Günther Wallach, Oskar Mussinger, Miriam Greismann, Josef Hochmann – were almost all *Westjuden.*[20] In fact, over 60% of the members of H. H. in its first phase were German-born. At least 50% came from middle-class families who had a sound economic basis. Very few were the sons and daughters of the upper bourgeoisie.

---

[18] See Max Zimels to Nathan Ginsberg, 9th January 1933 concerning the final decision by *Kadimah* to unite with *Brith Haolim.* Daliah Archive, 9013/3. See also *Habonim-Aus der Geschichte des Bundes vor dem Ichud,* Heft III. Archives of the Jewish Labour Movement.

[19] See Gdud Kadimah [1930]. Liebenstein Archive.

[20] See interview with Adolf Schiff, 16th May 1980. Of course, some of the leaders of H. H. mentioned here were sons and daughters of *Ostjuden,* but they were raised and educated in a milieu whose cultural and intellectual values also shaped those who came from families of *Westjuden.*

Their parents were for the most part merchants, the rest were in the liberal professions. Some 30%–40% of H. H. members were *Ostjuden*. Their parents tended to be merchants on a smaller scale, owned their own workshops or were employed as junior bureaucrats.[21] In terms of cultural and intellectual orientation there was little difference between the children of the *Westjuden* and *Ostjuden* except that the latter also had the milieu and knowledge of Jewish culture.[22]

During its early years – until the Nazis came to power – most members of H. H. were students in the *Gymnasia* and universities. After 1933, as the movement expanded, their social composition had changed considerably, even while their parents' occupations had not changed much. These statistics for 1936 indicate that 59–68% of the parents were merchants, 22–38% skilled workers and 3–10% were in the liberal professions. The composition of the members of H. H., on the other hand, showed that within the age group of 16–18, 88% were working while only 12% were still attending school. This change had implications for the lifestyle of H. H. members, e.g. increase in smoking and cohabitation among the *Bogrim*, as well as lack of a sufficiently large pool from which to train future leaders and thus loss or potential loss of younger members.[23] The social profile then of the H. H. members was as follows in 1936:

Social Profile of H. H. Members (1936)

Age group:	
11–13	79% in elementary school 21% in *Gymnasia*
14–16	46% in elementary school 19% in *Gymnasia* 35% working
16–18	12% in *Gymnasia* 88% working

Thus, soon after the Nazis rose to power in 1933, and at an accelerated pace afterwards, there was a process of proletarisation of H. H. members and indeed of all German-Jewish youth. In this context, it is important to note that an increasing number of the young Jewish men and women were unemployed and unable to pursue a course of study.[24]

Until its very end H. H. added to its ranks mostly members who had been organised in other movements from whom they had become disaffected. With few exceptions, it did not succeed in penetrating the ranks of the assimilating and unorganised *Westjuden* whose high political awareness rendered it amenable to consider joining left-wing political parties. Most of them, of course, simply sought to emigrate with their parents wherever they could find shelter. As a

---

[21] [Dan Fraenkel], 'Ha-Yesodot ha-Hevratiim shel Tnuat [H. H.] be-Germanyah'. Daliah Archive 9013/12. Hereafter cited as: Social Profile of H. H.

[22] Interview with Adolf Schiff, 16th May 1980.

[23] Social Profile of H. H.

[24] *Ibid.*

consequence, the ranks of H. H. began to be filled more and more by the sons and daughters of *Ostjuden*. These processes were probably not unique to H. H., but were shared by most of the German-Jewish youth movements.

What was unique to H. H. was that it was the last Jewish youth movement to be founded in Weimar Germany and that it existed as a free movement for less than seventeen months before Hitler took over.[25] Thus, almost its entire intellectual and organisational development took place under a totalitarian regime. It had to fight for legitimacy among the other long-standing youth movements, while fighting for its actual survival without having firmly established and streamlined its organisation. The social problems that evolved in the 1930s were to a large degree an extension of these organisational and political problems: lack of qualified leaders who left for Palestine as soon as they could and, as a consequence, a deterioration in the quality of leadership; lack of *shlihim* from Palestine who often could not stay for long periods and functioning in an atmosphere of oppression which made meaningful intellectual and social exchange difficult to maintain.[26]

Under the Shadow of the Swastika, 1933–1938

German Jewry was well aware of the deep-seated antisemitism within large segments of the population. If any of them were in doubt as to its potential danger, they were convinced by the NSDAP's spectacular electoral success in September 1930. Yet, despite Hitler's frank pronouncements concerning his hatred for Jews and other symptoms of violence, German Jewry was unprepared for the shocking measures taken against them during the winter and spring of 1933; it all seemed like a prolonged nightmare: their dismissal from government posts, the wild anti-Jewish agitation in the press, the beating of passers-by and the concerted terrorist activities directed against them after the burning of the *Reichstag* on 27th February and the boycott of 1st April. The world which they had known and loved crumbled before them. Their faith in the bonds tying them to German culture and civilisation was cruelly shaken. Many tried to find solace and help in Zionism, which hitherto had attracted a small percentage of the 500,000 German Jews.

The rise of the Nazis to power in 1933 and the new political and economic reality created by this situation, had an immediate impact on the Jewish youth movements and *Hechaluz* which were faced with organisational, social and human problems they had not anticipated and for which they were not fully prepared. Nevertheless, they rose to the new challenges facing them and, on the whole, acquitted themselves well. Perhaps the key to understanding how they coped with new tasks, dangers and opportunities, lies in the fact that the youth

[25] For an early assessment of the difficulties inherent in the timing of H. H.'s founding, see Zvi Ben-Cohen to Hahanhagah Haelyonah, Warsaw, 28th May 1932. H. H. 2.12 (1).

[26] *Ibid.*

movements and *Hechaluz* had crystallised their ideology and organisational make-up prior to 1933. Though geared towards a small membership, they had established educational guidelines, channels of communication within Germany as well as with their respective Palestinian counterparts, set patterns for *hachsharah* and immigration and methods of recruitment. All these educational and institutional tools had been streamlined and refined during the latter years of the Weimar Republic.[27] Zionist youth movements and *Hechaluz* – like other non-Zionist youth movements – were to some extent also protected through their membership in the roof-organisation, the *Reichsausschuß der jüdischen Jugendverbände,* which was reorganised by the Nazi authorities as their sole partner in all matters dealing with Jewish youth movements.[28] Moreover, the policy of the regime until 1938 – and to a lesser extent until 1941 – was to tolerate organisations and movements concerned with immigration out of Germany, thus giving Zionist bodies the opportunity to expand their operations. This did not mean, of course, that Zionist bodies could operate in total freedom. H. H., for example, often conducted its activities in secret and other meetings were attended by members of the *Gestapo.*[29] Discussions dealing with Socialist themes were often conducted in the outdoors, in the woods or during hiking trips.

The impact of the disastrous events following January 1933 was perhaps felt most keenly by those German-Jewish youths who themselves had hitherto stayed uncommitted to any political ideology or had come from assimilating families.[30] Their identity as German Jews was now called into serious question. Some of them opted for Socialist or Communist solutions, many found psychological and emotional refuge under the Zionist banner.[31] After the April boycott, hundreds of Jews turned to the *Palästina-Amt* in Berlin. The *Hechaluz,* which until 1933 had been struggling to keep its members, became early in 1933 a mass movement.[32] Its membership exploded by the summer of 1934 from 500

---

[27] Chaim Schatzker, 'Tnuat ha-Noar ha-Yehudit be-Germanyah bitkufat ha-Shoah', *Prakim be-Toldot ha-Hevrah ha-Yehudit. Mukdashim le-Professor Jacob Katz,* edited by Emanuel Etkes and Yosef Salmon, Jerusalem 1980, pp. 449–450.

[28] Shaul Esh, ‚Historische Einführung', in Jizchak Schwersenz and Edith Wolff, ‚Jüdische Jugend im Untergrund. Eine zionistische Gruppe in Deutschland während des Zweiten Weltkrieges', in *Bulletin des Leo Baeck Instituts,* XII, No. 45 (1969), p. 15. For a more detailed description of the genesis of this organisation and its supervision by Baldur von Schirach, the *Reich* Youth Leader, see the forthcoming book by Leni Yahil on the history of the holocaust (Tel-Aviv 1986).

[29] In contrast to the period prior to 1933, the archives contain only a few personal letters written in Germany. The extant private correspondence was, on the whole, written from Denmark, or other countries outside Germany. Likewise, detailed and real assessments were sent from across the German border, always marked: "highly confidential, not for publication!"

[30] See Chanoch Rinott, 'Major Trends in Jewish Youth Movements in Germany', in *Year Book XIX of the Leo Baeck Institute,* London 1974, p. 94. See also the perceptive analysis of Ernst Fraenkel, ‚Die Aufgaben einer jüdischen Erziehung im Bunde', *Rundschreiben,* February/March, 1937. Daliah Archive, 901/3, file 6.

[31] An example of such a youth is Reinhard Bendix, now professor of political science at Berkeley. I am grateful to him for sending me in March 1983 a copy of his unpublished momoirs of this period. Since writing this essay Bendix has published his memoirs in *Von Berlin nach Berkeley. Deutsch-Jüdische Identitäten,* Frankfurt a. Main 1985.

[32] See copy of letter from Fritz Lichtenstein [Perez Leshem], 28th April 1933. Archive of Kibbutz Hazorea.

to 14,000, the number of local *Hechaluz* branches *(snifim)* which previously could be counted on two hands, increased to 140. The few *hachscharah* groups in existence in 1933 expanded to accommodate 3,500 members by 1934[33] and by 1935 the *hachscharah* centres trained some 5,000 people yearly; by the beginning of 1938 the number of men and women who had undergone this training in Germany and neighbouring countries reached 23,230.[34] The need to create a special institutional setting for younger people (14–18) led in 1935 to the creation of the so-called *Mittleren-Hachscharoth*. Immigration to Palestine picked up considerably among the pioneer groups. Thus, 2,200 members of *Hechaluz* immigrated to Palestine between May 1933 and October 1934; of these 60% to kibbutzim.[35] This number surpassed the total German-Jewish immigration to Palestine throughout the Weimar Republic.[36] The *halutzim* were trained in *hachscharah* centres in Germany, Yugoslavia, Czechoslovakia, Lithuania, France, Luxembourg, Latvia, Denmark, Sweden and Holland.[37]

Unlike the *Hechaluz* which had always accepted into its ranks the *stam-halutzim,* (those pioneers who joined *Hechaluz* directly, without first "graduating" through the youth movements), the youth movements – due to their particular educational philosophy and methods of training – were not geared towards an absorption of hundreds of new members. This was particularly true of H. H., the youngest German-Jewish youth movement in the Zionist constellation. H. H. objected on principle to accepting *bogrim* – those who were eighteen years or older – who did not join out of ideological conviction, but rather due to the newly created circumstances. Thus, its membership increased at a much slower rate than that of *Habonim,* whose constituent movements had established many branches throughout Weimar Germany; after 1933 *Habonim* was naturally in a better position to enlist new members. In April 1934 H. H. encompassed 530 members: 330 in Berlin, 90 in Köln, 60 in Mannheim and 50 in Hamburg.[38]

Ironically, while Communism and left-wing parties were outlawed in Ger-

---

[33] ‚Der deutsche Hechaluz. Eine Darstellung 1½jähriger Arbeit in Zahlen', in *Werk und Werden. Eine chaluzische Sammelschrift,* Berlin 1934, pp. 29–30. Clearly not all figures given in official publications are absolutely reliable. For obvious propaganda purposes, it is quite possible that some of the figures given – by any of the youth movements or *Hechaluz* – may have been exaggerated.

[34] Abraham Margaliot, 'Megamot u-Drakhim be-Maavakah ha-Kalkali shel Yahadut Germanyah bitkufat ha-Redifot ha-Giziyot', *Umah ve-Toldoteha,* edited by Shmuel Ettinger, Jerusalem 1984, p. 344.

[35] *Ibid.*, p. 32.

[36] See Jehuda Reinharz, ‚Zur Einführung', *Dokumente zur Geschichte des deutschen Zionismus, op. cit.*, p. XLI. Between January and April 1933, 4,000 Jews applied for immigration through the Palästina-Amt in Berlin. See letter from Eliezer Liebenstein to [Ein Harod?], 28th April 1933. Archive of Kibbutz Hazorea. See also Michael Traub, *Die Jüdische Auswanderung aus Deutschland.* Berlin 1936.

[37] ‚Der deutsche Hechaluz', p. 31. Between 1934 and 1938 *Hechaluz* invested out of public Jewish funds some four million Reichsmark in *hachscharah* centres. Hermann Meier-Cronemeyer, ‚Jüdische Jugendbewegung', Zweiter Teil, *Germania Judaica,* Neue Folge 29/30. VIII Jg., Heft 3/4 (1969), p. 107. These sums contrast sharply with rejection in April 1932 by the *Preußischer Landesverband jüdischer Gemeinden* for a 2,000 RM subvention for *Hechaluz* activities. See Joseph Walk, *Hinukho shel ha-Yeled ha-Yehudi be-Germanyah ha-Nazit,* Jerusalem 1975, pp. 15–16.

[38] Schreiben des Geheimen Staatspolizeiamts an das Bezirksamt Bretten vom 17. April 1934. Generallandesarchiv Karlsruhe: 343, Zugang 1956, No. 30/516.

many after 1933, H. H. was the only group with leftist leanings allowed to exist, despite the fact that the police were well aware of its ideological orientation. For its part, *Hashomer Hazair* was careful – as in the period prior to 1933 – not to engage in German politics. Members who did not observe this rule were removed from its ranks.[39]

Many young people preferred H. H. over other youth movements because of its small and homogeneous composition, which afforded the opportunity to people with a shared ideology to engage in intensive discussions within the framework of small groups. Others, who after 1933 left the ranks of the Communists or Socialists, were attracted by H. H.'s stance towards the Arab Question, class struggle and the movement's sympathetic view of the Soviet Union. Not less important was the high intellectual level of many of the members. In his memoirs Reinhard Bendix, whose family had been highly assimilated, explains his motivations for joining H. H. in 1935 when he was nineteen years old.

"... In the world of my father and hence my own, Judaism as religion or as a way of life hardly existed. Culturally my father was steeped in the German classics. I grew up hearing quotations from Goethe, Schiller and Heine ... rather than quotations from the Bible or the Talmud ...

Pretty soon after joining the Hashomer I found myself a group-leader, largely I suspect because I was slightly older. I had no Jewish background, knew none of the songs the group sang, knew no Hebrew or Yiddish and was not committed to emigration to Israel. My only reason for joining was a genuine interest in finding out about Zionism (about which I knew nothing at the time), a quite urgent need to be in contact with some kindred souls, and probably my inclination to favor a left-wing group with an interest in Marxism. I remember we read [Ber] Borochov at the time and I was attracted by the idea of downplaying the nationalist appeal of Zionism in favor of some, vaguely-conceived solidarity with Arab residents of 'similar' class background. I was most impressed by those Chawerim who were studying Arabic in addition to their work on Hebrew and their apprenticeship in some trade or craft. Still, my first impressions were hardly theoretical. I was just happy to meet a group of boys and girls who believed in what they were doing and were eager to learn about everything there was to know.

That pleasure had two aspects. One was frankly the gratitude of an assimilated German Jew at being received with such warmth in a community of young Zionists. No doubt, the solidarity of Jews at a time of great danger helped to overcome our differences in background. The good sense of personal relations in a youth movement played its part as well. And then there was an intellectual component. The Chawerim seemed eager to discuss anything of interest ...

... My own memory is of discussing works of literature in the spirit of Georg Lukács's *Theorie des Romans*. I also seem to recall that we explored psychological problems like relations with parents and the meaning of work and that we read an essay by Max Weber on the causes of the decline of the Roman Empire. I imagine we also read some of Marx's writings."[40]

[39] One example of such a member is Helmut Eschwege who was expelled from the H. H. *Hachscharah* kibbutz in Faske, Denmark, as well as from other kibbutzim. Letter from Helmut Eschwege to Abraham Schiff, 28th March, 1978. Private collection of Abraham Schiff of Kibbutz Daliah.

[40] Memoirs of Reinhard Bendix.

A member of Reinhard Bendix's group in Berlin, Israel Getzler, also recalled later in life the rich intellectual content of the group. Depending on the presence of the *Gestapo* there were always two themes for each session – a Socialist and a Zionist. On the whole the group was pro-Soviet and had its own clandestine library. Its members read the works of Karl Radek, Nikolai Bukharin and Leon Trotsky. Moreover they spent much time reading Joseph Conrad – for whom Bendix had a particular fondness – as well as Jakob Wassermann.[41] Much time was spent in analysing novels along the analytic framework set by Georg Lukács.[42] In fact, there was probably a good deal of intellectual snobbery among the members of H. H. (as well as among other youth movements, especially the *Werkleute*). As the case of Reinhard Bendix shows, a man was judged by his education and knowledge of, among other fields, music, literature, psychology and philosophy. Bendix was accepted because of his intellectual prowess, not for his knowledge of Judaism or the theories of Socialist Zionists. It seems that the increasing proletarisation of H. H. did not necessarily detract from the high level of discussion within its ranks.[43]

Clearly, these weekly or bi-weekly discussions left their imprint on many of the participants for decades to come. At the time they took place, within the context of an increasingly hostile and anti-intellectual world, they had a powerful and immediate impact. The opportunity to teach and be taught on a voluntary basis, outside the formal confines of a school, the immediacy of response and the warm relations with one's peers were all very significant for the young men and women for whom the small H. H. group, indeed, the movement as a whole, became a second home. Within it they could express themselves freely on personal and intellectual problems, a luxury that became a scarce commodity within the Third *Reich*.

Yet H. H. was not only a debating club, not simply a movement with stern ideological demands on its disciples. Many of its members recall the sheer fun of young people who were constantly on the move. The various groups had very active social programmes. They organised communal singing in the woods and played sports, and on occasion they also celebrated Jewish holidays together. All in all, H. H., like other youth movements, generated many activities which demanded a great investment of time and energy by the *shlihim* and movement's leadership as well as from the rank and file.[44]

The insistence of H. H. on the small homogeneous nature of its groups did not mean that it had given up on recruiting new members. On the contrary, the immediate aftermath of the Nazis' rise to power was seen as a new opportunity for the expansion of H. H. membership. Following his tour of major German cities in January 1933, Arthur Israelowitz wrote a report which brimmed with

[41] Interview of Israel Getzler by Abraham Schiff (Bedolf), n. d.

[42] *Ibid.* and Bendix memoirs.

[43] See my essay 'Hashomer Hazair in Germany (I). 1928–1933', in *Year Book XXXI of the Leo Baeck Institute*, London 1986, p. 173–208.

[44] Taped conversations during an all-day reunion of H. H. activists from Germany in Kibbutz Maabarot, 8th December 1979.

confidence. It was his assessment that H. H. could make inroads in many cities and gain new members – among the *Werkleute,* for example. He did add one *caveat:* success or failure in the period ahead depended first and foremost on H. H. leadership. Without the proper number of qualified *shlihim* in the various locales, it was unlikely that much ground would be gained.[45]

The subject of the *Werkleute* – originally a non-Zionist group – and their ultimate affiliation also preoccupied the leaders of H. H.,[46] especially after the *Werkleute* had decided in April 1933 to establish their own kibbutz.[47] Though comparatively small in numbers the members of the *Werkleute* were generally regarded with esteem and even a measure of awe for their intellectual prowess. Both *Habonim* and H. H. made valiant efforts to draw them to their respective ideological camp. The former had the advantage of controlling the organisational structure and resources of *Hechaluz* and could thus more easily influence the *Werkleute.* On the other hand, some members of H. H., especially Mordechai Schenhabi, Milek Goldschein und Arthur Israelowitz, had established excellent personal contacts with the leadership of the *Werkleute.*[48]

According to a member of the *Bundesleitung* of the *Werkleute* at that time, the influence of Schenhabi and Goldschein expressed itself more in the area of psychoanalysis than in a Zionist-Marxist *Weltanschauung.* At that time the *Werkleute* opposed doctrinaire Marxist analysis and fought Communism as such, as the split in the *Kameraden* and the founding of the *Werkleute* shows. The discussions around the issue of Zionism were carried by the *Werkleute* mostly with those movements that eventually founded *Habonim* in 1933. In fact, during the winter of 1932–1933 there were discussions about merger with the *Kadimah,* which did not materialise, probably because of the connection of the *Kadimah,* with the ideology of *Hakibbutz Hameuhad.* The *Werkleute* believed deeply in the concepts of the close-knit society. This was an ideological and experiential touchstone of the movement which predated any connection with H. H. What is clear, though, is that this *Weltanschauung* stemmed from the same sociological, cultural, emotional and intellectual sources that motivated those belonging to H. H. It is for these reasons that the *Werkleute* demanded homogeneity and their own kibbutz and these factors brought them closer to *Hakibbutz Haarzi.* It is precisely for these motivating forces within the *Werkleute* that *Hakibbutz Hameuhad* lost interest in the *Werkleute* soon after they arrived in Palestine.[49]

The *Werkleute* had not decided in Germany as to which movement they would

---

[45] Arthur Israelowitz to Hahanhagah Haelyonah, 30th January 1933. H. H. 2.12(1).

[46] See e. g. Arthur Israelowitz to Moazah Harashit, 6th April 1933, H. H. 2.3(1); Ernst Fraenkel and Adolf Schiff to Hahanhagah Haelyonah, 28th April 1933, H. H. 2.12; Adolf Schiff to Hahanhagah Haelyonah, 17th June 1933, H. H. 2.3(1). The first "official" meeting between the *Werkleute* and H. H. took place at the home of Ludwig Tietz soon after the Nazis assumed power. The *Werkleute* were represented at that meeting by Gustav Horn, Ernst Stillmann and Friedrich Altmann. H. H. was represented by Arthur Israelowitz, Ernst Fraenkel and Adolf Schiff. See observations made by Schiff, November 1985.

[47] See Mordechai Orenstein to Vaad Hapoel des Kibbutz Arzi, 30th May 1934. H. H. 3.8(1a).

[48] See Ernst Fraenkel to Hahanhagah Haelyonah, 23rd September 1933. H. H. 2.12(1).

[49] Letter from Leni Yahil to the author on 14th November 1985.

join. In fact, their alliance with *Habonim* in Germany was much stronger than their relations with H. H.; a fact that was demonstrated by the election of Gustav Horn of the *Werkleute* as secretary of the *Hechaluz*. Clearly the influence of Sereni and Liebenstein on the *Werkleute* was very strong. The decision of the *Werkleute* to turn to Zionism and to move to Palestine as soon as possible was taken in a meeting of the *Bundesleitung* which took place after the elections of March 1933. The members of the *Bundesleitung* were Hermann (Menahem) Gerson, Rudi Baer, Friedrich Altmann (Yosef Amir), Gustav Horn and Leni Westphal (Yahil). Once the decision had been taken, the issue arose among the *Werkleute* as to which Zionist orientation they would adopt.[50]

Given their thoughtful and methodical approach, the *Werkleute* solved the issue in their own unique manner. During the early summer of 1933 large numbers of the *Werkleute* went on *hachscharah* and that same autumn the first members were sent to Palestine. Since they had not yet decided which movement to join, they divided themselves among a kibbutz of *Hakibbutz Hameuhad* (Givat Haim) and one of *Hakibbutz Haarzi* (Mishmar Haemek).[51] By April 1934, the 40 members from both kibbutzim founded near Hadera the core group *(plugah)* that was to become Kibbutz Hazorea. In 1936 this same Kibbutz Hazorea settled in the Jezreel Valley and in 1938 affiliated with *Hakibbutz Haarzi*. Within a brief period most of the *Werkleute* left Germany and joined the new kibbutz.[52]

There is little doubt that the decision of the *Werkleute* to join *Hakibbutz Haarzi* was a highpoint in the history of H. H. during the Third *Reich,* not least for its psychological and moral boost. Indeed, already during the final few months of 1933 there were grounds for optimism. The early decision of H. H. in Germany not to be tied to political parties,now served the movement well. Nevertheless, it became clear from the outset that the movement would have to establish *hachscharah* centres outside Germany – since 1932 it had such a centre in Erfurt – and that with time, all training of *halutzim* be moved to friendlier shores, primarily Denmark.[53] By mid-May 1933 Arthur Israelowitz reported to the movement's leadership in Warsaw that after a sojourn of a few weeks in Denmark, he was able to secure training sites on farms for some forty individuals as well as establish a *Beth-Halutz* in Copenhagen which would accommodate another twenty members. Though he had travelled as a representative of

---

[50] There is a difference of opinion as to the nature of the discussion at the *Bundesleitung* which led to the decision to turn to Zionism. See letters of Leni Yahil to the author, 14th November 1985 and letter from Gustav Horn to author, 22nd May 1986.

[51] See letter from Rudi Baer to Mazkirut Hakibbutz Hameuhad, 26th December 1933. Archive of Kibbutz Hazorea.

[52] Eliyahu Maoz, 'The Werkleute', in *Year Book IV of the Leo Baeck Institute,* London 1959 p. 178. On the history of the *Werkleute* and Kibbutz Hazorea see also Jacob Michaeli, *Kibbutz Hazorea – Zur Geschichte einer von Juden aus Deutschland gegründeten Gemeinschaftssiedlung.* Unpublished typed manuscript. I am grateful to Mr. Michaeli of Kibbutz Hazorea for sending me his ms. See also Menahem Gerson, 'Darkah shel „Werkleute" la-Kibbutz Haarzi'. *Sefer Hashomer Hazair,* Tel-Aviv 1956, pp. 417–425.

[53] Arthur Israelowitz to Moazah Harashit, 6th April 1933. H. H. 2.3(1).

Hechaluz, Israelowitz saw to it that the initial group of fifteen H. H. pioneers would be concentrated within a radius of 15–20 kilometers so as to enable them to have weekly meetings.[54] After 1933, the German H. H. had *hachscharah* centres in Denmark (Lilderød), Yugoslavia (Gollenice), and Vilkaviskis in Lithuania. As the political situation worsened, H. H. sent in 1937–1938 the 14 to 18 years-old to *Mittleren-Hachscharah* to Silingtal (Silesia), and in 1938–1939 to Salman Schocken's Gut Winkel and Schniebinchen. H. H. also established twice *Batei-Halutz* in Berlin–during 1933–1935 on Rankestr. and during 1937–1938 on Essenerstr.[55]

The most pressing issue now was the continuity of work, the adjustment to new conditions and the maintenance of the high level of experienced leadership. This last goal seemed in jeopardy since Arthur Israelowitz – the last *shaliah* of the original Palestinian group of *shlihim* which founded the movement in Germany – was about to return to Palestine in mid-May 1933.[56] The question as to who would replace Israelowitz came up in almost every letter written by German H. H. members to the leadership of the movement in Palestine and Warsaw[57] and was a topic of frequent internal discussions. But it took almost a year – until March 1934 – before Mordechai Orenstein (Oren) arrived in Germany as the replacement for Israelowitz. This prolonged and much bemoaned delay stood in stark contrast to the initiative of *Hakibbutz Hameuhad,* which in April 1933 sent some of its most forceful and talented emissaries to Germany – Eliezer Liebenstein and Enzo Sereni.[58] Other important Palestinian emissaries of *Hakibbutz Hameuhad* followed throughout the 1930s.

In the face of so formidable a delegation, H. H. seemed bereft of experienced leadership, especially after the departure of Arthur Israelowitz. Moreover, those in the German H. H. movement who qualified to take over key positions also tended to be among the first to go to *hachscharah* centres. This created special problems in all cities other than Berlin. Thus, the entire local leadership left the Mannheim *ken* by the end of April 1933, bringing activities there to a temporary standstill.[59] Native German-Jewish youth tried to fend for itself as best it could, and, on the whole, acquitted itself well. The central leadership in Berlin

---

[54] Arthur Israelowitz to Hahanhagah Haelyonah (Warsaw), 12th May 1933. H. H. 3.5(1a). The most detailed description of *hachscharah* centres in Denmark is to be found in Jørgen Haestrup, *Passage to Palestine. Young Jews in Denmark 1932–1945,* Odense 1983.

[55] Letter from Dan Fraenkel to author, 31st May 1985. See also Kibuz Hachscharah Jugoslawien [1935]. Daliah Archive, 901/3, file 6.

[56] He returned to Kibbutz Beit Alfa.

[57] See e. g. Arthur Israelowitz to Moazah Harashit, 6th April 1933, H. H. 3.2(1); Ernst Fraenkel and Adolf Schiff to Hahanhagah Haelyonah [Warsaw], 28th April 1933, H. H. 2.12(1) and 3.5(1); Ernst Fraenkel and Adolf Schiff to Hahanhagah Haelyonah, 5th May 1933, H. H. 2.3(1); Adolf Schiff to Hahanhagah Haelyonah, 17th June 1933, H. H. 2.3(1); Adolf Schiff to Hahanhagah Haelyonah, 9th July 1933, H. H. 2.3(1), Ernst Fraenkel to Hahanhagah Haelyonah, 23rd September 1933, H. H. 2.2(1); Adolf Schiff to Waad Hapoel des Kibbutz Arzi [Mishmar Haemek], 7th December, 1933, H. H. 3.5(1a).

[58] Ruth Bondy, *Hashaliah,* Tel-Aviv 1974, p. 185. See also Ernst Fraenkel and Adolf Schiff to Hahanhagah Haelyonah, 28th April 1933. H. H. 2.12(1).

[59] Ernst Fraenkel and Adolf Schiff to Hahanhagah Haelyonah, 29th April 1933. H. H. 2.12(1).

(Hahanhagah Harashit) consisted initially of Ernst Fraenkel and Adolf Schiff, who were joined in the autumn of 1933 by Joseph Waschitz (Seppl).[60] These young men tried to establish a "kibbutz" in Berlin, to send the members to Palestine and to *hachscharah* in Denmark, to continue relations with the *Werkleute* while holding the *Habonim* at bay and to lay the plans for future organisational and cultural activities.[61] These tasks were not easy for young people without experience. Though H. H. as an organisation was initially not threatened by the Nazis, some of its members were taken to concentration camps in the spring of 1933.[62] Moreover, *Hechaluz* and *Habonim* were far from friendly even after 1933, especially after Liebenstein and Sereni had arrived.[63] Nevertheless, the German-born H. H. leadership did better than could have been expected: the first ten male and five female members were sent to *hachscharah* in Denmark,[64] and *Hechaluz* was forced to accede to the demand that H. H. establish its own kibbutz.[65] Yet time was running out. A month prior to his departure from Germany, Arthur Israelowitz wrote from Copenhagen a pessimistic report to the world leadership:

> "The general situation in Germany continues to be terrible. Though we are not yet directly hampered in our work, it is clear that we cannot conduct ourselves in a manner most beneficial for our goals. Thus, we must fear every day danger for our future work . . .
>
> The situation of the Jews in Germany is terrible . . . In a few months . . . – with few exceptions – the fate of German Jewry will be horrible . . . All in all a tragic situation, a hopeless situation, which we could not have imagined in our most daring analyses."[66]

The day on which Israelowitz wrote his letter to the "supreme leadership" in Warsaw with copies to the Palestinian leadership, the latter wrote that not much could be expected from the movement in Palestine. The Palestinian leadership could not on its own send an emissary to Germany who would devote his time to cultural activities (a *Tarbutnik*). The oldest group of *shomrim* in Germany would have to carry this burden. Nor were they ready in Palestine for a large and immediate immigration from abroad and could certainly not guarantee that the German *shomrim* would all be concentrated in one kibbutz.[67] Clearly the Palestinians were not yet fully aware of the dangers facing German Jewry. The Warsaw leadership, on the other hand – due to its physical proximity to Germany – was much more aware of both the dangers and opportunities which existed in Germany and chided the Palestinians for their lack of understanding.[68] The lack of a Palestinian *shaliah* meant that German-Jewish youth would turn to *Habonim*

[60] See 'Choser No. 1', 7th October 1933. Daliah Archive, 9013/5.
[61] Ernst Fraenkel and Adolf Schiff to Hahanhagah Haelyonah, 29th April 1933. H. H. 2.12 (1).
[62] Arthur Israelowitz to Hahanhagah Haelyonah, 12th May 1933. H. H. 3.5 (1a).
[63] *Ibid.*
[64] Ernst Fraenkel and Arthur Israelowitz to Hahanhagah Haelyonah, 5th May 1933. H. H. 2.3 (1).
[65] Arthur Israelowitz to Hahanhagah Haelyonah, 12th May 1933. H. H. 3.5 (1).
[66] Arthur Israelowitz to Hahanhagah Haelyonah, 12th May 1933. H. H. 3.5 (1a).
[67] Letter from Ein Shemer to Histadrut Hashomer Hazair be-Germanyah, 12th May 1933. H. H. 2.7 (2).
[68] Jehuda Gothelf to Mahleket Hahanhagah Haelyonah be-Eretz Israel, 28th May 1933. H. H. 2.7 (2).

and *Hechaluz*.[69] But the Palestinians were not to be moved. Indeed, often they delayed their answer, exasperating the German H. H. leadership.[70] Moreover, they made it clear that when and if an emissary would be sent from Palestine, his or her travel expenses as well as maintenance would have to be underwritten by the German H. H.[71]

While the Palestinian leadership dragged its feet and continued to maintain an inflexible stance, it became increasingly urgent to have experienced men and women in Germany to handle the mounting and ever more variegated responsibilities of the movement. One of these new tasks concerned the *Youth Aliyah* movement[72] which had begun sending children to kibbutzim in Palestine in October 1932.[73] Yet the Palestinian *shomrim* were slow to respond to the myriad questions connected with this complicated and emotionally draining issue.[74] Indeed, the Palestinians were in general uncompromising on the kind of people who could join their kibbutzim, unless they were perfectly suited ideologically and socially to those kibbutzim. This meant that many of the children from Germany were forced to seek a home in alternative kibbutzim.[75] The total number of German children who came on *Youth Aliyah* between 19th February 1934 and 1st October 1939 was 3,437.[76] The total number of children who went to *Hashomer Hazair* kibbutzim and to its high school, the *Mossad Hinuhi* (Mishmar Haemek) was 690. The number is composed of 28 different groups *(hevrot noar)* who between February 1935 and August 1943 stayed in thirteen different kibbutzim; of these, 421 eventually remained as kibbutz members, i. e., 61%.[77]

The first group of *Youth Aliyah* which included ten H. H. youths arrived in Palestine in February 1934. Five were sent to Ein Harod, five to Tel Yosef. These were followed in 1935 by groups which arrived in this order at the following kibbutzim: Mishmar Haemek, Merhavyah, Sarid, Mizra, Gan Shmuel, Afikim, and later – in 1937 – to Ein Hashofet. At first, each group was accompanied from

---

[69] Jehuda Gothelf to Mahleket Hahanhagah Haelyonah be-Eretz Israel, 7th June 1933. H. H. 2.7(2).

[70] See e. g. Adolf Schiff to Hahanhagah Haelyonah, 3rd June 1933. H. H. 2.3(1).

[71] Zvi Luria and Asher Schoenfeld to Histadrut Hashomer Hazair be-Germanyah, 26th June 1933. H. H. 2.7(2).

[72] Adolf Schiff to Hahanhagah Haelyonah, 3rd June 1933. H. H. 2.3(1).

[73] The Society for Youth Aliyah was formally established on 30th January 1933. See Recha Freier, *Let the Children Come. The Early History of Youth Aliyah,* London 1961, pp. 17–21. See also Eva Michaelis-Stern, ‚Erinnerungen an die Anfänge der Jugendalijah in Deutschland', in *Bulletin des Leo Baeck Instituts,* 70 (1985), pp. 55–66.

[74] Adolf Schiff to Hahanhagah Haelyonah, 3rd June 1933. H. H. 2.3(1).

[75] Zvi Luria and Asher Schoenfeld to Histadrut Hashomer Hazair be-Germanyah, 27th June 1933. H. H. 2.7(2).

[76] See table: ‚Zahl der Kinder die in den Jahren 1934–1982 bei der Jugend-Alijah Aufnahme gefunden haben', *Israelitisches Wochenblatt,* Zürich [1983]. Archive of Kibbutz Daliah, 901/3. On general immigration figures of Jews from Germany see *The Jewish Immigration and Population* issued by the Dept. of Statistics of the Jewish Agency, LBI Archive, Jerusalem.

[77] Archive of Aliyat Hanoar/Jewish Agency, Jerusalem. By June 1944 the total number of children who came on *Youth Aliyah* reached 11,270. Of those, 4,547 (40,3%) went to kibbutzim; 987 to kibbutzim of *Hashomer Hazair.* See Abraham Fuerst, *Lemaan Hayeled ve-Hanoar,* No. 22, December/January–1944/1945, p. 3. I am grateful to Mr. Haim Seeligmann of Yad Tabenkin for drawing my attention to this reference.

Germany by a H. H. leader *(Madrich)*, e. g., Abraham Schiff spent a few months with the group he brought to Merhavyah, Zeev Katz was in Mizra, etc. Later, it was realised that such an arrangement was not necessary and a member of the kibbutz took charge of the new arrivals. Prior to their departure the youths spent time in a *Vorbereitungslager* so they could get to know one another.[78] Of course, many H. H. youngsters from Germany immigrated to Palestine with their families and some of those joined kibbutzim later on. There were also those who arrived in Palestine on their own and also joined kibbutzim of *Hakibbutz Haarzi*.

The issue of *Youth Aliyah (Jugendhilfe)* greatly concerned H. H. in Germany. Adolf Schiff and his colleagues were anxious to receive their share of certificates – of which three hundred arrived at the headquarters of *Jugendhilfe* in Berlin in February 1934 – which would enable groups of children between the ages of 14–17 to come to kibbutzim of *Hashomer Hazair*. This required a two-pronged action – the agreement of Henrietta Szold, director of the social department of the *Vaad Leumi* in Palestine, and the *Palästina-Amt* in Berlin where Eliezer Liebenstein was in charge of all matters dealing with youth.[79] Yaakov Hazan, on behalf of the Palestinian leadership, replied at once notifying H. H. in Berlin that he had informed Henrietta Szold that *Hashomer Hazair* kibbutzim[80] were willing to absorb immediately 110 children. In addition, the newly founded high school in Mishmar Haemek *(Hamossad Hahinuhi)* could absorb another 25 children.[81] Of course, matters were not so simple as to have them resolved between the H. H. leaderships of Berlin and Palestine. *Hechaluz*, which had an increasingly large voice in determining how certificates would be distributed for *Youth Aliyah*, tried to steer the *stam-halutzim* to kibbutzim of *Hakibbutz Hameuhad*.[82] The distribution of certificates for *Youth Aliyah* and others remained a complicated and controversial issue throughout the 1930s.[83] United within the framework of the *Arbeitskreis der Zionistischen Jugendbünde*, which was founded in the winter of 1934, both H. H. and *Habonim* tried to enlist as many new members as possible in cities where youth was not yet organised.[84] This added membership would presumably enhance the power of the respective movement within *Hechaluz* and strengthen its demand for certificates to Palestine.

The German leadership also sought to publish a periodical to disseminate its ideas. For lack of people who could travel around the country, this seemed the next best vehicle for its ideology.[85] Schiff and Fraenkel and their colleagues on H. H. executive in Germany continued their concerted effort throughout 1933 and 1934 to keep in touch with the *Werkleute* and to draw to their ranks members

[78] Notes sent to author by Abraham Schiff (Bedolf) on 1st June 1985.

[79] Adolf Schiff to Mazkirut Hakibbutz Haarzi, c/o Schenhabi, 1st March 1934. H. H. 3.8(1a).

[80] Such as: Merhavyah, Mizra, Sarid, Mishmar Haemek, Ein Hahoresh, Ein Shemer.

[81] Yaakov Hazan to Adolf Schiff, 13th March 1934. H. H. 3.8(1a).

[82] See e. g. Adolf Schiff to Vaad Hapoel des Kibbutz Arzi, 13th March 1934. H. H. 3.8(1a).

[83] See e. g. Mordechai Orenstein to Vaad Hapoel des Kibbutz Arzi, 4th April 1934. H. H. 3.8(1a), in which he complains that a H. H. Kibbutz, Mishmar Haemek, was placed third – following two *Hakibbutz Hameuhad* kibbutzim – on the list of kibbutzim to receive children from *Youth Aliyah*.

[84] See e. g. Michtaf-Choser No. 23 (signed by Bedolf), 22nd March 1934. H. H. 2.3(1).

[85] *Ibid.*

from other youth movements, particularly *Makkabi Hazair*. In general, they focused their attention on the Western European youth who seemed rudderless and confused, seeking meaning and comfort within a new Jewish framework. Moreover, daily administrative and programmatic activities required a great deal of time and effort. Thus, with only three full-time men in the Berlin office the movement prepared a three-week long summer camp *(moshavah)* for its members to take place in Denmark[86] and to be followed by a national convention *(veidah artzit)*. All this was accomplished mainly due to the skill and dedication of H. H. leadership, no mean feat given the constant interference and obstructionism of the *Hechaluz* organisation.[87]

The *Hechaluz* leadership in Germany, particularly Sereni and Liebenstein, were relentless in their opposition to H. H. even after 1933. Apart from their general opposition to the ideology of. H. H. and their fear that it would capture the masses, there were also immediate practical areas of conflict, in particular the attitude of H. H. to *stam-halutzim* and the issue of *hachscharah*. H. H. – unlike *Habonim* and other youth movements – continued to oppose what was called *gemischte* or *gemeinsame hachscharah (hachscharah meurevet)*, i. e., common training of members of the youth movements with the *stam-halutzim*. The background to the conflict between *Hakibbutz Hameuhad* and *Hechaluz* on the one hand and *Hashomer Hazair* on the other, was their varied conception concerning the nature of the kibbutz and its ultimate role. *Hakibbutz Hameuhad* believed in the concept of a large and open kibbutz and wished to develop communities capable of absorbing men and women of different backgrounds and even different ideologies who, together, would develop a multi-faceted economy. *Hashomer Hazair,* on the other hand (and also *Hever Hakvutzot)*, believed in the small kibbutz which fosters unity. This concept was supported by the principle of common ideological views or, as it was called, "collective ideology". This then was at the root of H. H.'s opposition to acceptance of the *stam-halutzim*.

Even after 1933 H. H. – as well as the *Werkleute* – continued to maintain an elitist approach and insisted on having its own independent *(autonome) hachscharah* centres within *Hechaluz*. The *Hechaluz* could not exercise full control over the *hachscharah* activities of H. H. in Denmark, but Sereni vowed that he would not permit the constitution of separate units *(gushim)* within the *Hechaluz* in Germany. It left the parent organisation bereft of its political power or its ability to educate the pioneering element in Germany towards common tasks and goals. The *Hechaluz* leadership maintained – with some measure of justification – that such disparity of treatment of *halutzim* within the youth movements made it difficult to attract the *stam-halutzim* to its ranks.[88] However, in light of the great pressure to accept new members into the ranks of *Hechaluz,* even H. H. realised the need to shoulder some of the burden and offered to supply instructors *(madrichim)* for the new recruits thus still keeping them apart from its own

[86] Adolf Schiff to Hahanhagah Haelyonah, 9th July 1933. H. H. 2.3(1).
[87] Adolf Schiff to Hahanhagah Haelyonah, 17th June 1933. H. H. 2.3(1).
[88] [Sereni] to Merkaz Olami des Hechaluz, 27th May 1933. Archive of Hakibbutz Hameuhad.

hachscharah centres. The proposal was rejected by *Hechaluz,* which realised that in effect it would simply give H. H. the opportunity to recruit new members into its ranks.[89]

For his part, Sereni worked hard to prevent the success of the *hachscharah* centres of H. H. in Denmark. In a letter to Gershon Ostrowski of the *Hechaluz* centre in Warsaw, Sereni was straightforward about his intentions:

"... I know that you too are experiencing hard times right now and that you lack experienced people, but the situation in Denmark is particularly pressing. As far as we know, H. H., which has in Denmark a group of some twenty-five out of eighty, has turned to its 'headquarters' in Warsaw requesting that they send a *Tarbutnik* to Denmark. Naturally we want to prevent this from happening..."[90]

The H. H. leadership was obviously aware of the attitude towards them and at an executive meeting of *Hechaluz* even went so far as to accuse its leaders publicly of disloyal conduct *(illoyales Verhalten) vis à vis* H. H.[91] Mutual mistrust between the two movements was such that when Sereni urged H. H. members to emigrate to Palestine, it was suspected that Sereni was scheming to weaken the H. H. by urging its leaders and most valuable members to desert the movement.[92]

Nevertheless, there was a semblance of civility and correctness in the relations between H. H. and *Hechaluz* – an improvement when compared to the period prior to 1933. Even Sereni maintained this public posture. In fact, there was such disparity in the positions of *Hechaluz* and H. H. that it made little sense for *Hechaluz* – now a mass movement – to engage in an on-going public debate that could only draw attention to H. H. Since Arthur Israelowitz had departed for Palestine, H. H. did not have a representative within the central committees of the *Hechaluz*. The movement tried instead to gain a power-base through work in the Jewish National Fund and the *Schule der jüdischen Jugend*. Its main support within *Hechaluz* was through members of the *Werkleute* who intervened on their behalf. What emerges from the documents is that H. H. could not make much headway in Berlin among those groups closely allied to *Hechaluz* and its leadership. but it did make progress among other groups (e. g. *Makkabi Hazair* and I.P.D.), especially in cities outside Prussia. By the autumn of 1933, H. H. was increasingly aware of the importance of work among the *stam-halutzim* and other youth movements.[93]

The first achievement in gaining new members took place in Köln during the summer of 1933 when the local *Makkabi Hazair* joined H. H.[94] The four groups *(kenim)* comprising the movement in the autumn of 1933 were composed of the

[89] Adolf Schiff to Hahanhagah Haelyonah, 9th July 1933. H. H. 2.3(1).

[90] [Enzo Sereni] to Gershon Ostrowski, 1st July 1933. Archive of Hakibbutz Hameuhad.

[91] Nachtrag zum Protokoll der Sitzung des erweiterten Merkas am 13. 7. 1933. gez. Adolf Schiff, 16th July 1933. Archive of Kibbutz Lohamei Hagetaot, 2501.

[92] Ernst Fraenkel to Hahanhagah Haelyonah, 23rd September 1933. H. H. 2.12(1).

[93] Ernst Fraenkel to Hahanhagah Haelyonah, 23rd September 1933. H. H. 2.12(1).

[94] Seppl (Joseph Waschitz), ‚Bericht über die deutsche Histadrut „Hashomer Hazair"', 27th August 1933. H. H. 2.3(1).

following numbers: Berlin – 261; Köln – 55; Mannheim – 55 and Hamburg – 35, a total of 406 members, not including fifteen in *hachscharah* in Denmark and another fifteen who had already immigrated to Palestine and were then in Kibbutz Mishmar Haemek.[95] This was hardly an impressive membership in terms of numbers and in fact the total membership was lower than on the day Hitler assumed power.[96] Though in its first phase – before 1933 – some 60% of the movement were *Westjuden* and 40% *Ostjuden* (i. e., those with foreign passports),[97] the proportions seemed to have reversed themselves by the autumn of 1933.[98] The executive of the German H. H. made strong efforts after 1933 to recruit the liberal and unaffiliated *Westjuden*.[99] Likewise, they tried to gain female members who composed only 35% of the total H. H. membership, resulting in situations where male *madrichim* instructed girls' groups.[100] The various reports for the autumn of 1933 stress the need for more expert male and female leadership before new *kenim* could be founded, more stress on Hebrew education and the quality of new recruits to the movement.[101]

The period prior to the arrival of the new *shaliah* in March 1934 was marked by moderate success on the part of H. H. in its work in Germany and continued frustration and disappointment in its dealings with the Palestinian leadership. The major accomplishment for the period consisted of the founding of a new group *(ken)* in Essen in November 1933. This was achieved after an intensive lobbying and debate from both sides which involved leaders of the two movements from Berlin – Georg Pape of *Habonim* and Adolf Schiff of *Hashomer Hazair*.[102] The fifty youths who constituted the new group – all *Ostjuden* – were a significant addition to the movement and a new outpost in the Rhineland.[103] At the same time it exacerbated the conflicts with *Habonim* and *Hechaluz* on the one hand and the Jewish community in Essen also disapproved of this new group.[104] Nevertheless, there was a note of confidence in the Berlin headquarters of the movement, noting that H. H. was continuing to gain members – some from defections in *Habonim* – and even carving for itself a place within *Hechaluz*.[105]

---

[95] H. H., Choser No. 1, 7th October 1933. Daliah Archive, 9013/5. The total figures given in a report composed by Seppl show only 370 members. See ‚Bericht über die deutsche Histadrut „Hashomer Hazair"', 27th August 1933. H. H. 2.3(1).

[96] On 30th January the total figure was 450. See H. H./Deutschland to Hahanhagah Haelyonah, 30th January 1933. H. H. 3.2(1).

[97] See social Profile of H. H. Daliah Archive, 9013/12.

[98] See Seppl, ‚Bericht über die deutsche Histadrut . . .', 27th August 1933. H. H. 2.3(1).

[99] Concerning efforts to penetrate the ranks of the assimilated Jews in Hamburg see Choser No. 3 of *Hashomer Hazair* in Hamburg, mid-January, 1934. Daliah Archive, 9013/8.

[100] *Ibid.*

[101] See e. g. Ernst Fraenkel to Hahanhagah Haelyonah, 23rd September 1933. H. H. 2.12(1) and Choser No. 1, 7th October 1933. Daliah Archive 9013/5. See also H. H. in Germany to Garin Kibbutz Germani, 30th November 1933. H. H. 3.5(1a).

[102] Ken Essen to [Mishmar Haemek]. Daliah Archive, 9013/13.

[103] Testimony of Zvi Sprung, interviewed by Abraham Schiff [n. d.]. Kibbutz Maabarot, 8th December 1979.

[104] *Ibid.* See also Adolf Schiff to Vaad Hapoel des Kibbutz Arzi (Mishmar Haemek), 7th December 1933. H. H. 3.5(1a).

[105] Adolf Schiff to Hahanhagah Haelyonah, 16th February 1934. H. H. 2.3(1).

But at the same time there was a persistent perception among the German leadership that their colleagues in Palestine were not doing enough to help. the failure to send reinforcement from Palestine was only symptomatic of the failure on the part of the Palestinians to comprehend the radically new situation in Germany.[106]

When reading the daily reports and correspondence of the H. H. leadership in Germany, with its concerns for administrative matters, organisation-building and ideological struggles with opponents, it is easy to lose sight of the fact that H. H., like all other Jewish groups and organisations in Germany was constantly under surveillance by the authorities and often in danger. A glimpse into the reality of their world is given by a report written by Joseph Waschitz from Czechoslovakia in December 1933. The letter begins with a warning not to publish its contents and in any case not to send any material to Germany which would give the police cause to harass the movement. The *Gestapo,* according to Waschitz, was well aware that H. H. was an international movement and knew about its Socialist-revolutionary ideology, especially in Poland.

"We have therefore agreed with Sereni on the following ruse: the basis for the international movement is Zionism and scouting; the rest depends on the particular country. For example: in Poland there is a tendency towards revolutionary Socialism, in Palestine towards nationalism, in Lithuania there is an affinity to religion, whereas we are simply Zionists with a tendency towards constructive-pioneer-Socialism. The international head-quarters of the movement is in Palestine, whereas Warsaw is only an emigration centre. This constitutes the basis of our relations with the police. They [police] visited us a few times, but behaved well. In general, the behaviour of the party [NSDAP] and SA is more favourable, the higher the rank of the officers involved . . ."[107]

On the whole, the ruse seemed to work, but it is also quite clear from the extant police records that the authorities were generally well informed about the activities of H. H.[108]

The *Gestapo* was not always so friendly. H. H. was forced to cancel winter camps near Frankfurt and in the Rhineland in 1934, because the police made it clear that they would not guarantee the safety of the campers. In addition the *Gestapo* harassed from time to time the leadership of H. H. Thus, on one occasion Adolf Schiff had to present himself at *Gestapo* headquarters for an interrogation[109]; on another occasion the police arrested Ernst Fraenkel and kept him in detention for three days.[110] A number of *Hanukkah* festivities were

[106] Adolf Schiff to Vaad Hapoel des Kibbutz Arzi, 7th December 1933. H. H. 3.5(1a).

[107] Joseph Waschitz to Hahanhagah Haelyonah, 28th December 1933. H. H. 2.3(1).

[108] See e.g. Schreiben des Geheimen Staatspolizeiamts Karlsruhe an das Bezirksamt Bretten vom 17. April 1934, betr. den jüdischen Pfadfinderbund „Hashomer Hazair", zu deutsch „Der junge Wächter". Generallandesarchiv Karlsruhe: 343 Zugang 1956 Nr. 30/516. Vermerk des Bezirksamts Bretten vom 25. April 1934: „Die Angelegenheit wurde in der politischen Sitzung mit der Kreisleitung der NSDAP in Anwesenheit des Kreisleiters . . . und des kommunalpolitischen Referenten . . . erörtert . . ." This document can be found in the Archive of Givat Havivah.

[109] Interview with Adolf Schiff (Bedolf) on 16th May 1980.

[110] Joseph Waschitz to Hahanhagah Haelyonah, 28th December 1933. H. H. 2.3(1). Fraenkel was arrested by the SA because he entered a polling station with a suitcase full of material in Hebrew. The

cancelled by the police in December 1933 because the authorities did not have enough policemen specialising in Jewish affairs to keep watch over those events. Other plans were also cancelled at will, often at the last moment or even in the midst of the event itself.[111] All meaningful activities had to take place outside Germany, mostly in Denmark. For example, the annual convention of H. H. took place from the 2nd to the 5th August 1933 in Nodebo, a village on Lake Esrun, some twenty-five kilometers north-west of Copenhagen. It was there that Heinz Ascher, Ernst Fraenkel, Adolf Schiff and Joseph Waschitz were elected to the executive of H. H. *(Hahanhagah Harashit)*. These activities, outside Germany, enabled the members to discuss freely their plans and goals for the future. The few days or weeks abroad made it easier to bear the oppressive conditions when they returned to their homes.[112]

Soon after the Nazis came to power, and in the wake of the boycott on the 1st of April, Ernst Fraenkel and Adolf Schiff wrote to the Polish and Palestinian leadership of *Hashomer Hazair*:

> "We will do our utmost here. It is the responsibility of all of us. It will depend, whether you, like the *Hakibbutz Hameuhad* will fully know how to evaluate the [new] situation and will do *your* utmost to seize at the last moment opportunities that will never return."[113]

A day earlier Eliezer Liebenstein of *Hakibbutz Hameuhad* wrote an almost identical letter to his colleagues in Palestine.[114] Clearly, by sending some of its best people to Germany in April 1933 – Liebenstein and Sereni – *Hakibbutz Hameuhad* seems to have grasped earlier than *Hakibbutz Haarzi* what was at stake in Germany. It seems that only at the end of 1933 did the H. H. leadership conclude that they had missed the boat. On the occasion of the 20th anniversary of *Hashomer Hazair* one of its more prominent members, Moshe Zippor, who had been a *shaliah* in Germany for a brief period prior to 1933, wrote a reflective piece on 'Hashomer Hazair in Western Europe'. In it he devoted much space to a critical evaluation of the movement in Germany.

Zippor's conclusion was that in the interest of expanding the organisation in Germany, insufficient time was given to the unique conditions in the West. What was needed was slow, organic development, which would permit those who grew up in youth movements to strike deep ideological roots before expanding the overall organisational framework of H. H. in Germany.[115] Zippor was, of course, echoing ideas that were current in the movement. Yet, in his criticism of developments in Germany, he ignored the special conditions prevailing there after 1933. Unlike *Brith Haolim, Kadimah* and other youth movements, which

---

SA men brought him to the central prison in Berlin where he was detained for three days in the company of Communists. He was released after intervention by a ZVfD representative.

[111] *Ibid.*

[112] *Ibid.*

[113] Ernst Fraenkel and Adolf Schiff to Hahanhagah Haelyonah; Mahlakah Eretz Israel, Ein Shemer: Vaad Hapoel, Mishmar Haemek, 29th April 1933. H. H. 2.12(1) and 3.5(1).

[114] See Eliezer Liebenstein to [Ein Harod], 28th April 1933. Archive of Kibbutz Hazorea.

[115] Moshe Zippor, '"Hashomer Hazair" be-Maarav Europa', *Hashomer Hazair, 1913–1933*, February 1934, pp. 57–58.

began their development in the mid-1920s, *Hashomer Hazair,* the last youth movement founded in Weimar Germany – began its ideological development only in 1931. The time was not propitious for a slow, organic process. As Joseph Waschitz noted in the same publication, what *Hashomer Hazair* needed to do more than anything else, was to take advantage of the moment and conquer the masses. This could be done only with the help of an appropriate *shaliah* from Palestine.[116]

This much awaited *shaliah* – Mordechai Orenstein (Oren) of Kibbutz Mizra – finally arrived in Berlin on 14th March 1934,[117] almost a year after Arthur Israelowitz had departed for Palestine. His arrival in Germany was perceived as an important boost for H. H. Orenstein was known for his energy and intelligence and was a respected member in the front ranks of the international leadership of the movement.

Mordechai Orenstein and others in the H. H. leadership in Germany bemoaned in many letters the lack of a second *shaliah* from Palestine without which it was impossible to oversee properly the various existing groups in Germany, but at the same time they did report that the *hachscharah* centres in Denmark were doing very well. A Danish group of Jews constituted a "Halutz-Committee" which regularly visited the sixty-odd pioneers and even gave them an allowance.[118] In Germany, too, the movement had grown to seven *kenim* with a total membership of 750 people.[119] In fact, the expansion of H. H. – despite the isolation of Orenstein from *Hechaluz* activities – greatly worried Enzo Sereni.[120]

One of the most exciting – and eventually the most significant – accomplishments of the German H. H. – was the establishment of its first kibbutz in Palestine. The first cell *(garin)* of the kibbutz grouped its members in Kibbutz Mishmar Haemek beginning in May 1933.[121] The *garin* numbered at first eighteen people – twelve men and six women; of these, fifteen came from the German H. H. During the year they spent at Mishmar Haemek, others joined the *garin*: a number of people who had came from *Habonim;* a group of ten students *(Kartell Jüdischer Verbindungen),* who had undergone agricultural training on an estate near Riga – and hence, called the Riga – *hachscharah* – led by a H. H. member; a group which had been sent by *Hechaluz* to *hachscharah* in Ahlem and a few other individuals from Germany who had developed an intellectual and social affinity

---

[116] Joseph Waschitz, 'Ba Shomer le-Germanyah', *Hashomer Hazair, 1913–1933,* p 59.

[117] See postscript by Orenstein to a letter from Adolf Schiff to Vaad Hapoel des Kibbutz Arzi, 13th March 1934. H. H. 3.8(1a).

[118] Mordechai Orenstein, ‚Situationsbericht über Dänemark' [August 1934]. H. H. 2.12(1). See also Haestrup, *Passage to Palestine,* pp. 27–31.

[119] Mordechai Orenstein to Mahleket Hahanhagah Haelyonah, 17th September 1934. H. H. 2.12(1).

[120] Enzo Sereni to Mazkirut Hakibbutz Hameuhad, 11th August 1934. Archive of Hakibbutz Hameuhad, Container No. 6.

[121] On the early period of this *garin* see letter (unsigned) of 15th December 1934 published in the *Informationsblatt* of *Hechaluz* in Daliah Archive, 902. For his help in the reconstruction of the history of Kibbutz "Bamifneh", I am very grateful to Dan (Ernst) Fraenkel of Kibbutz Daliah.

for *Hakibbutz Haarzi*.[122] A year later, on the 27th of May 1934, the *garin* became independent, counting thirty-four members, approximately two-thirds were men.[123] The new kibbutz, now called "Kibbutz Bamifneh," was given space for tents near Kibbutz Ein Shemer, close to the colony of Karkur. During five years of independent existence (27th May 1934–April 1939), they were joined by small groups of people who arrived from the German H. H. and individuals from other German pioneer youth movements, some of whom had previously been in kibbutzim of *Hakibbutz Hameuhad*. There was considerable fluctuation in the absorption and departure of members. One of the reasons for this was the great disproportion in numbers between men and women. At the beginning of 1935 there were 49 members (37 men and 12 women)[124] at the end of that year there were 58 members (38 men and 20 women); at the end of 1936, 72 members (44 men and 28 women). At the end of 1938 there were 73 members (44 men and 29 women) and four children. Four of the members hailed from Switzerland,[125] two from other countries and the rest came from Germany. The average age of the members was 23½ years.[126]

During the period of Kibbutz Bamifneh, most of the male members worked as hired labour, especially in citrus plantations, construction and for a neighbouring British army installation. The women did house work in a neighbouring settlement (Gan Shomron). During periods of unemployment – especially in the winter months – the members were sent to work in the port of Haifa and some were sent to Hanita where they helped build the fence on the northern border. The members of the kibbutz also established for their own needs and as preparation for their permanent site, a vegetable garden and later added dairy farming, a bee-hive, a locksmith's, carpentry, electric workshop, etc.[127]

The members spent much time pursuing cultural activities.[128] The major problem was to try to introduce the Hebrew language into all aspects of life on the kibbutz[129]: in general kibbutz meetings, in committees and later in public presentations and ideological debates.[130] The kibbutz newspaper appeared at first in German, then in Hebrew and German, and only in 1937 was it fully written in Hebrew. It took, of course, much longer to make the Hebrew language part of daily discourse among the members and within the families.

---

[122] Mordechai Orenstein to Vaad Hapoel des Kibbutz Arzi, 30th May 1934. H. H. 3.8(1a).

[123] Letter from the kibbutz to Mahleket ha-Hityashvut shel Hasochnut, 12th June 1937. Daliah Archive, 902.

[124] See ‚Vom Kibuz', Karkur, 1st March 1935. Daliah Archive, 901/3.

[125] See Schweizer Chaluzim in Palaestina, ‚Wir bauen einen Kibuz' [1936]. Daliah Archive, 902.

[126] Letter from the kibbutz to Mahleket ha-Hityashvut shel ha-Sochnut, 12th June 1937. Daliah Archive, 902.

[127] See e. g. Kibbutz Hashomer Hazair "Bamifneh" 25th [July] 1936. Daliah Archive, 902/3.

[128] See e. g. Bamifneh bereitet seinen ersten Neschef vor. August 1935. Daliah Archive, 901/3, file 13.

[129] On some other problems of adjustment to the kibbutz way of life see Shimon Pilz to Ulrich Müller, 30th November 1937. Daliah Archive, 9013/11.

[130] See e. g. 'Baalei Tafkidim' (in German) and 'Mishpat al Hakibbutz' (in Hebrew). Both are public presentations made in 1935. Daliah Archive, 902. See also ‚Eine deutsche Theateraufführung im Kibbuz vor 20 Jahren', *Jedioth Chadashot*, 8th July 1955.

Politically, too, there was a great awareness among members concerning questions in Palestine and in the world. It was expressed in many internal debates and lectures, activity among the Jewish and Arab workers in the settlement of Karkur, marches during the celebration of the 1st of May, establishment of a H. H. *ken* in Karkur, etc.[131]

Kibbutz Bamifneh began to explore the possibility for a permanent site soon after it settled in its temporary quarters near Karkur. The members of the kibbutz as well as *Hakibbutz Haarzi* leadership came to the conclusion that a prerequisite to a permanent settlement was a membership of some 120 people. A merger with another group was therefore necessary. Some also held the view that such a merger with a Palestinian or Eastern European partner was culturally and socially desirable. Under conditions prevailing in Mandatory Palestine in the 1930s, there was a long waiting period before kibbutzim could be granted land for permanent settlement. But Kibbutz Bamifneh had the advantage of considerable financial resources which were allocated by the German Department of the Jewish Agency. Beginning in 1937 there were negotiations for appropriate solutions with the Jewish Agency[132] and various potential partners were suggested for a merger.[133] In April 1939 it was decided to merge with Kibbutz Bamaaleh whose members hailed from H. H. groups in Romania-Transylvania. The total membership of Kibbutz Bamifneh was then 70 and that of Bamaaleh 90. The members of Bamaaleh transferred to the camp of Bamifneh and on 1st May 1939 the first group of the united kibbutz settled on its permanent site in the proximity of Kibbutz Ein Hashofet. On 20th January 1940 it was decided to call the new settlement Kibbutz Daliah. On that date it had a total membership of 160, 90 male and 70 female members.[134]

The founding of Kibbutz Daliah completed a process that began some seven years earlier. As the Kibbutz Bamifneh developed year by year, it was watched with pride and satisfaction by the movement as a whole, but particularly by the *shomrim* in Germany. Even while in Germany, under the oppressive regime of the Nazis, they could identify with the work of their friends in Palestine. While waiting for their own certificates – in Germany or in *hachscharah* in Denmark or Yugoslavia – they could live vicariously through the process of construction in Karkur. The letters and reports from Palestine, and the occasional personal visits of *shlihim* or tourists from Palestine, kept up their spirits and encouraged them to work hard in Germany for their common ideals.

What were conditions like for Jews in Germany at the end of 1934? In brief, during 1934 there were very few official measures taken against Jews. It seemed

---

[131] See Siat Hashomer Hazair ve-Haligah ha-Sozialistit be-Karkur. Internal Bulletin No. 3. Intended only for members of *Hashomer Hazair* kibbutzim in Karkur, July-August, 1940. Daliah Archive, 902.

[132] See e. g. Kibbutz Bamifneh to Mahleket ha-Hityashvut shel ha-Sochnut ha-Yehudit, 12th June 1937. Daliah Archive, 902/41.

[133] See e. g. Kibbutz Bamifneh an den Bund, 30th November 1937. Daliah Archive, 902.

[134] The above description is based on material in the archives of Kibbutz Daliah, including the minute-book of the kibbutz. See Daliah Archive, 901/3; 902; 902/2.

for a while that the Nazi regime would allow the Jews a continued, if circumscribed existence. There were, of course, continued acts of harassment and boycotting, but these were without the official sanction of the government. The purge of the SA in June 1934 brought even these "spontaneous" incidents to an end. Many Jews took these developments as hopeful signs for a better future. In the wake of Hitler's takeover, an estimated 37,000 had left Germany. In 1934 the number dropped to 23,000. In fact, during the later months of 1934 and early months of 1935, some 10,000 Geman Jews who had left, began to return. It was not until May 1935 that anti-Jewish legislation began to be introduced again.[135]

These relatively calm conditions were reflected in the situation of German-Jewish youth. On the whole the youth movements were calm. There was a tendency to consolidate that which had been achieved and even the non-Zionist youth *Bund deutsch-jüdischer Jugend* seemed to gain some strength. Certain segments of the Zionist youth – those allied to General Zionism – also gained in strength, particularly the *Makkabi-Verband* and the I. P. D.-*Makkabi Hazair* whose numerical strength (5,000) was equal to that of *Habonim*. Within the pioneer segment of youth, *Hechaluz* slowly continued to gain strength, but, on the whole, was understaffed. Gustav Horn of the *Werkleute* became the secretary of *Hechaluz* in June 1933 and the *Werkleute* gained in prestige. *Habonim* seemed to have reached a numerical saturation and concentrated on intensifying their educational and ideological work within their membership.[136]

H. H. in Gemany did not expand in 1934 beyond its 750 members and nine *kenim*. There was a certain sense of stagnation in the movement which stemmed less from the lack of expansion, but was rooted in the lack of *shlihim* and older members who could lead the younger age groups. Moreover, in Ernst Fraenkel's estimate the movement seemed to lack élan and social cohesion which could express themselves in meaningful activity and deepening of Socialist-Zionist values. The *Hanhagah Harashit* itself was depleted and only very few people worked in its central offices in Berlin; this led to overwork and consequently diminution of efficiency. But there were some bright sides as well. A number of publications were issued – e. g., ‚Um die zionistische Verwirklichung' – which seemed to find resonance in larger circles. A number of important personalities, e. g., Max Kreutzberger, also began to show some interest in the work of H. H.[137]

What were the prospects for the future? The H. H. leadership felt it could maintain its aggressive stance – which began with the arrival of Orenstein – only if more *shlihim* could arrive from Palestine. Quick action could still help expand

---

[135] Karl A. Schleunes, *The Twisted Road to Auschwitz. Nazi Policy Toward German Jews, 1933–1939*, Urbana 1970, p. 116. The numbers quoted by Schleunes are taken from the *Völkischer Beobachter* of 17th May 1935 – during the rise of anti-Jewish agitation – and are probably exaggerated. Beginning in January 1935, the authorities began reacting to this phenomenon by sending returnees to concentration camps.

[136] The above is based mostly on a wide-ranging report from Ernst Fraenkel to Vaad Hapoel des Kibbutz Arzi, 29th November 1934. H. H. 2.12(1).

[137] *Ibid.*

H. H., though all hope for a movement of thousands was nothing but an illusion. The historic moment had been missed. Fraenkel and his colleagues believed that the winter of 1934–1935 was the very last chance to reach the *stam-halutzim,* the assimilated youth and those who were vacillating between the various movements. If the moment would not be seized, H. H. would remain a small movement with a strong ideology. What H. H. needed above all, were three *shlihim:* an organiser and good representative on the model of Mordechai Schenhabi; an educator who would deal with the vast educational and psychological problems confronting young people in Nazi Germany; and a woman who could lead the groups of girls who had had no role model. It was imperative to have this delegation *(mishlahat)* by the end of December 1934, or at the latest, early January.[138]

The *shlihim* from Palestine did not arrive and to the extent that there was another "historic moment" to be seized, it too, like in 1933, was missed. *Hechaluz* continued to exclude Orenstein from its work until the spring of 1935. When *Hechaluz* finally relented, it assigned Orenstein to a desk job and tried as much as possible to prevent him from contact with its people.[139] When Orenstein refused to conform, he was given an official reprimand by Yitzhak Ben Aharon, the *shaliah* of *Hakibbutz Hameuhad* in Berlin.[140] The only member of H. H. leadership to take active part in *Hechaluz* activities was Ernst Fraenkel.[141] The total membership of the movement remained constant for a while and declined as members went to *hachscharah* or emigrated to Palestine.[142] In some cases there were even defections from H. H. to *Habonim* which, with the full support of *Hechaluz,* continued to be a vibrant movement.[143] There was a certain stagnation of the movement and some *kenim,* e. g., Hanover, seemed to be in a state of disintegration.[144] Perhaps the one ray of light in this period was the fact that in May 1935 a new kibbutz-*aliyah* called "Mischmar" was founded from *stam-halutzim* and declared its affiliation to H. H. Mordechai Orenstein played an important role in founding this kibbutz of *stam-halutzim;* in fact this was probably Orenstein's most important concrete accomplishment as a *shaliah.* Ben Aharon's anger against Orenstein was, no doubt, fanned by the founding of this group.[145] Eventually this group of twenty-five members joined Kibbutz Mizra.

---

[138] *Ibid.*

[139] See [Seew] Orbach to Eliezer Liebenstein, 3rd May 1935. Liebenstein Archive.

[140] See Yitzhak Ben Aharon to Mordechai Orenstein, 28th June 1935 and Ben Aharon to Vaad Hasnif Berlin, 3rd July 1935. Archive of Hakibbutz Hameuhad, no file indicated. For his part, Orenstein also continued to take issue with various actions of *Hakibbutz Hameuhad.* See e. g. Mordechai Orenstein to Merkaz Olami des Hechaluz, 22nd July 1935. Archive of Hakibbutz Hameuhad, no file indicated. See also Mordechai Orenstein to S. Adler-Rudel, 26th June 1935. H. H. 2.31 (1), concerning the composition of a delegation to the upcoming Zionist congress.

[141] See Hashomer Hazair, *Hedim,* March 1935, p. 15, Daliah Archive, 9013/6.

[142] *Ibid.,* pp. 7–12.

[143] See e. g. letter from Yaakov Simon (Shimoni) to Menachem Dormann, 11th April 1935. Archive of Hakibbutz Hameuhad, no file indicated).

[144] See ‚Bericht an die Weltkonferenz des Haschomer Hazair über Haschomer Hazair in Deutschland' [Summer 1935]. H. H. 2.3 (1).

[145] *Ibid.,* and Protokoll der Gründungs-Sichah des Kibuz-Alija "Mischmar", Berlin, 30th May

Relations between *Hakibbutz Hameuhad* people and H. H. improved somewhat in the autumn of 1935, perhaps due to the fact that Mordechai Orenstein had ceased taking an active role in H. H. activities until his departure for Palestine in April 1936.[146] Another factor in the new search for unity among the pioneer youth movements may very well have been the pressure of new political circumstances in Germany.[147] After a relative lull in 1934, the Nazi government began again to introduce legislative actions against the Jews.[148] These climaxed, of course, in September 1935 with the Nuremberg Laws which were amended and supplemented during the following years. They effectively ended the process of German-Jewish emancipation through a legal process. The harassments, boycotts and physical abuse that had been a by-product of the Nazi rise to power – and which had started anew early in 1935 – now received, as it were, added official sanction; those who were now mistreated, or whose property was "Aryanised" were, after all, no longer equal citizens before the law. In the period between 1936 and 1938 a number of the Jewish youth movements were disbanded – especially those advocating an existence in Germany. While *Hechaluz* and other Zionist youth movements were not outlawed, they existed in constant peril.[149]

The ability of the *shlihim* from Palestine to do meaningful educational work in Germany, became quite limited after 1935. Their role was to operate within the existing framework of *hachscharah,* to oversee emigration and to bolster morale. Every activity of H. H. had to be reported ahead of time to the *Gestapo* with a detailed description of the agenda, number of people participating, the place and the hour on which it would take place. As already remarked, often a member of the *Gestapo* would be present at the meetings. If he failed to come, those present would listen or discuss a subject close to the ideology of H. H. As soon as warning was given that the *Gestapo* was approaching, the conversation would revert to the pre-arranged subject of which the police had been notified in writing.[150] Under these circumstances, it was quite difficult to sustain an educa-

---

1935. H. H. 2.12(1). See also the circular of Kibuz-Alija "Mischmar" of 12th January 1937. Archive of Kibbutz Lohamei Hagetaot, 2501: „Der Kibuz-Alija ‚Mischmar' will die Chawerim in der Hachscharah des deutschen Hechaluz erfassen, die sich für den ideologischen und kibuzisch-gesellschaftlichen Weg des Kibuz Arzi entscheiden wollen. Die Zusammenfassung dieser Chawerim im Kibuz-Alija ‚Mischmar' soll ihre organische Eingliederung in den Kibuz Arzi ermöglichen..." Concerning reactions of *Habonim* to the founding of Kibbutz "Mischmar", see Seew Orbach to Eliezer Liebenstein, 3rd May 1935, and to Menachem Dormann, 16th July 1935. Both in Archive of Kibbutz Lohamei Hagetaot, 2501.

[146] See Yaakov Simon to Mazkirut Hakibbutz Hameuhad [September 1935], Archive of Hakibbutz Hameuhad, no file indicated. In Essen there were even attempts by *Habonim* to merge with H. H., but this failed at the last moment due to objections from the H. H. leadership. See Yaakov Simon to Menachem Dormann, 11th April 1935. Archive of Hakibbutz Hameuhad, no file indicated.

[147] See reports of Moezat Hechaluz, October 1935. Archive of Kibbutz Lohamei Hagetaot, 2501.

[148] See Uwe D. Adam, *Judenpolitik im Dritten Reich,* Düsseldorf 1972; Joseph Walk (Hrsg.), *Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat,* Heidelberg 1981.

[149] See Chaim Schatzker, 'Tnuat ha-Noar ha-Yehudit be-Germanyah bitkufat ha-Shoah', *Prakim be-Toldot ha-Hevrah ha-Yehudit,* p. 455.

[150] Interview by Bedolf of Oskar Mussinger (Manor), n. d. given. See also testimony of Rega Oren who arrived in Germany in 1935. Archive of Givat Havivah.

tional programme for the various age groups. Nevertheless, the extant publications show that H. H. – like the other pioneer youth movements – made strong efforts to sustain it. Those *shlihim* that could still remain in Germany played a major role here.

Hashomer Hazair was less successful in attracting other people to its ranks. *Hakibbutz Hameuhad* had placed a great deal of pressure on the *stam-halutzim* to join its kibbutzim. Since *Hakibbutz Hameuhad* controlled the *Hechaluz* and therefore also the distribution of certificates for immigration to Palestine or places within the *hachscharah* groups abroad – H. H. had only one *hachscharah* kibbutz in Germany, in Silingtal, which functioned until the autumn of 1937 – it had powerful persuasive tools at its disposal. Most of the rank and file *halutzim* were impressed when arguments against *Hakibbutz Haarzi* and for *Hakibbutz Hameuhad* were made by such strong personalities as Tarshish or Georg Josephtal.[151] The protests of men like Moshe Zippor (Kibbutz Sarid) or Menachem Bader (Kibbutz Mizra) who came to Berlin for a few months were to no avail in view of the control of resources of the majority who had the power to place Zippor at the bottom of the German delegation to the twentieth Congress (August 1937), thus making his participation unlikely.[152] As the number of certificates allocated to Germany dwindled, the situation of H. H. became more precarious, since only a small percentage was allocated to its members. The situation worsened in 1936/1937 when the Mandatory authorities became less generous with the special allocation of certificates for *Youth Aliyah*.[153] Ironically, the world movement of H. H. with a powerful membership of 58,000[154] and thirty-three kibbutzim in Palestine,[155] was unable to help its weak branch in Germany overcome ideological and organisational obstacles and ensure their proper allocation of certificates. At most, the German H. H. was allocated 5% of the total certificates.[156]

The *Gestapo* had begun to tighten its control over Zionist activities by 1936/1937 and these activities decreased drastically. Everything had to be planned carefully so as not to give the authorities an opportunity for arrests or expulsions. By the end of 1937 the membership of H. H. declined to some 500.[157]

[151] See Moshe Zippor to Mazkirut Hakibbutz Haarzi, 16th March 1937. H. H. 3.16(1).

[152] Moshe Zippor to Maskirut Havaad Hapoel, 30th March 1937. H. H. 3.16(1). This had also been the case with the German delegation to the Nineteenth Congress (August/September 1935). See letter from Mordechai Orenstein to S. Adler-Rudel, 26th June 1935. H. H. 2.3(1).

[153] Abraham Tarshish, Yoman Germanyah, 18th October 1936. Archive of Hakibbutz Hameuhad, container 10, file 47.

[154] Havaad Hapoel (Merhavyah) to Hahanhalah Hazionit – Mahleket ha-Irgun, 9th April 1937. H. H. 3.16(1).

[155] See Menachem Bader to Kibbutz Bamifneh, 12th September 1937. Daliah Archive, 9013/4.

[156] See diary entry of Jocheved Bat-Rahel (Tarshish) of 11th January 1937: "... We demanded the following distribution of certificates: the German Hechaluz 80%; Makkabi 10%; Werkleute 5%; and Hashomer Hazair 5%."

[157] See Michtaw-Kescher No 166, 7th December 1937. Daliah Archive, 9013/8. The membership cited here is taken from an official publication of H. H. Nevertheless, the leadership of H. H. which now lives in Israel disputes this figure. They claim for 1936–1937 a membership of about 1,000 in the three *kenim* in Berlin and 200 throughout Germany. Letters from Dan Fraenkel to the author, 21st May 1985 and 5th July 1985.

Some of the German leaders – e. g., Adolf Schiff and Ernst Fraenkel – had already emigrated to Palestine; Schiff in 1935 and Fraenkel in 1936. Moshe Zippor also returned to Palestine in October 1937,[158] and no new reinforcements of H. H. *shlihim* were forthcoming from Palestine – the exception being Menachem Bader who came for a brief period until the *Kristallnacht*. Nevertheless H. H. continued to plan, on a much more limited scale and often in cooperation with other youth movements, seminars and winter camps,[159] though after the autumn of 1937, due to new travel regulations, it became very difficult to plan those retreats abroad.[160] Publication of educational materials also continued as long as this was possible legally and financially.[161] The new leadership of H. H. *(Hahanhagah Harashit)* consisted of Georg Schuster, Ulrich Müller (Meron), Ruth Müller (Meron), Friedel Nussbaum (Manor), Seew Weiss, Dada (Shimon) Pilz, Kurt Salinger and Richard Grüneberg (Raphael Givon).[162] Despite their inexperience and meagre resources, they managed to organise activities in the various *kenim* and in Berlin even opened a new meeting place *(maon)* on Sophienstr.[163] The number of certificates for immigration to Palestine became ever smaller; in October 1937, only four certificates were allocated to H. H. by *Hechaluz*.[164] In January 1938, only six members of H. H. could receive certificates.[165] The situation was only slightly better for *Youth Aliyah* certificates.[166] Work in the various *kenim* became increasingly difficult as their leaders and members emigrated to Palestine or went to *hachscharah*.[167] In some cases, e. g., in Frankfurt, the *ken* was dissolved.[168] All along there were new orders from the authorities which made it almost impossible to carry on. Some decrees were simply of nuisance value, such as a ruling by the NSDAP in January 1938 that the word *„Ortsgruppe"* could not be employed by Jewish organisations.[169] In other instances the *Gestapo* arbitrarily cancelled scheduled meetings or retreats.[170]

By 1938 H. H. continued to make valiant efforts to keep up its educational programme,[171] but its main preoccupation was to send to Palestine as many of its members as possible, either on the regular "certificate schedule" or through

---

[158] Michtaw-Kescher No. 155, 29th October 1937. Daliah Archive, 9013/8.

[159] See e. g. Michtaw-Kescher No. 153, 15th October 1937. Daliah Archive, 9013/9. One of the last *shlihim* of the *Werkleute,* David Freund of Hazorea, also helped with activities for H. H. Letter from Dan Fraenkel to author, 31st May 1985.

[160] See Michtaw-Kescher No. 155, 29th October 1937. Daliah Archive, 9013/8.

[161] See e. g. Hashomer Hazair, Misrad le-Schichva Alef, *Informationsblatt der Edah,* 16th March 1937. Daliah Archive, 9013/13.

[162] See Michtaw-Kescher No. 155, 29th October 1937. Daliah Archive, 9013/8.

[163] See Uli [Müller] to Shimon Pilz, 8th January 1938. Daliah Archive, 9013/11.

[164] Michtaw-Kescher No. 155, 19th October 1937. Daliah Archive, 9013/8.

[165] See letter from Uli [Müller] to Shimon Pilz, 8th January 1938. Daliah Archive, 9013/11.

[166] See Michtaw-Kescher No. 166, 7th December 1937. Daliah Archive, 9013/8.

[167] See letter from Heinz Schwarz to Ilse [Pilz], 14th February 1938. Daliah Archive, 9013/11. See also Michtaw-Kescher No. 174, 23rd January 1938. Daliah Archive, 9013/8.

[168] See Michtaw-Kescher No. 172, 17th January 1938. Daliah Archive, 9013/8.

[169] *Ibid.*

[170] Uli [Müller] to Shimon Pilz, 8th January 1938. Daliah Archive, 9013/11.

[171] See Michtaw-Kescher No. 174, 23rd January 1938. Daliah Archive, 9013/8.

Youth Aliyah.[172] By the spring of 1938 the leadership of the German H. H. decided to send on *Youth Aliyah* any who wished to go, regardless of any wider social or pedagogic considerations concerning the larger enterprise.[173] They also demanded that the children be brought to such institutions as the *Mossad Hinuhi* in Mishmar Haemek rather than "Ahawah" or Ben-Shemen which had no institutional or ideological connection with *Hakibbutz Haarzi*. In fact, they made it clear that if German children could be boarded together in Mishmar Haemek, it would be possible to raise funds for an expansion of the *Mossad Hinuhi* from German-Jewish sympathisers.[174]

In November 1938, following the *Kristallnacht*, all organised activities ceased. The headquarters of the ZVfD at Meinekestraße 10 – which in this period also housed the offices of H. H. – had been vandalised and its furnishings destroyed. Kurt Salinger – one of the last remaining leaders of H. H. in Germany – who arrived at Meinekestraße on the morning of 10th November recalls that when the few Zionists on the scene began to collect the papers strewn everywhere, they were told to leave because the *Gestapo* was about to return.[175] The most badly damaged offices were those of *Hechaluz* which were on the ground floor. The offices of H. H. which were on the top floor had been left untouched.[176] After the *Kristallnacht* all youth movements had to cease their activities and *Hechaluz* became the only legally recognised representative *vis-à-vis* the *Gestapo*. Once again it resumed activities at Meinekestraße, trying to cope with the thousands of Jews who were desperate to leave Germany. For a while, *hachscharah* centres were expanded and even new ones were founded. H. H. leadership had decided to terminate its own organisation and all efforts were focused on emigration, both legal and illegal. Ironically, it was then – during the last phases of the movement – that *shlihim* from *Habonim* arrived as well as from H. H. (Arthur Israelowitz), who helped transfer people to Holland and England, before they could emigrate to Palestine.[177] Soon after the beginning of the war the offices in Meinekestraße were closed forever on the 4th September 1939.[178]

---

[172] See e. g. letter to Shimon Pilz, 2nd February 1938, Daliah Archive, 9013/11; Richard Grüneberg to Shimon Pilz, 24th February 1938, Daliah Archive, 9013/11; Ulrich Müller to [Kibbutz Bamifneh] [February/March 1938], Daliah Archive, 9013/11.

[173] Ulrich Müller to Shimon Pilz and Joseph Waschitz (Seppl), Kibbutz Bamifneh, 17th May 1938. Daliah Archive, 9013/11.

[174] H. H. Hahanhagah Harashit to Vaad Hapoel (Merhavyah), 17th May 1938. Daliah Archive, 9013/11.

[175] Testimony of Kurt Salinger, Archive of Givat Havivah. See also interview of Menachem Bader by Bedolf, n. d. given. Bader had been at the Tempelhof airport on the morning of 10th November. When his plane was delayed, he took a taxi to Meinekestraße, trying to help place the files in order.

[176] Testimony of Kurt Salinger.

[177] Testimony of Kurt Salinger.

[178] Letter from Pino Ginsburg to Mahlakah Germanit, 4th September, 1939. Archive of Hakibbutz Hameuhad, container 10, file 49. On the possible activities after 1939 of some members of *Hashomer Hazair* in the so-called „Baum-Gruppe", see Jizchak Schwersenz/Edith Wolff, ‚Jüdische Jugend im Untergrund', *loc. cit.*, pp. 13ff; Konrad Kwiet/Helmut Eschwege, *Selbstbehauptung und Widerstand. Deutsche Juden im Kampf um Existenz und Menschenwürde 1933–1945*, Hamburg 1984, pp. 114–139; Wolfgang Wippermann, ‚Die Berliner Gruppe Baum und der Jüdische Widerstand', *Beiträge zum Thema Widerstand* (19), Informationszentrum Berlin, 1981; Bernard Mark, ‚Die Gruppe Herbert

Deutsche Kurzfassung

Haschomer Hazair war eine zionistische Jugendgruppe, überwiegend marxistischer und sozialistischer Orientierung, deren Ideen von osteuropäischen Juden nach Deutschland gebracht wurden. Die folgenden Hauptthemen wurden behandelt: Die organisatorische Gliederung und die Ideen des deutschen *Haschomer Hazair;* seine Unfähigkeit, sich den Verhältnissen psychologisch und organisatorisch anzupassen; seine erfolgreiche Durchsetzung und Bewahrung einer seinen ideologischen Prinzipien entsprechenden Lebensweise; seine pädagogischen Vorstellungen, die ein hohes Maß an Engagement und persönlicher Vorbildlichkeit erforderten; sein Festhalten an den zionistischen Ideen eines Pioniersozialismus und seine Konzentration auf *Hachscharah* und Jugend*alija:* Diese kleine Bewegung von maximal 750 Mitgliedern brachte fast 700 Jugendliche nach Palästina, gründete den Kibbutz Bamifneh/Daliah und besiedelte auch andere Kibbutzim.

Baum, eine jüdische Widerstandsgruppe in den Jahren 1937–1942', *Blätter für Geschichte,* XIV (Warsaw), pp. 32ff; Lucien Steinberg, *Jews Against Hitler,* Glasgow 1978. Also letter to the author by Mrs. Hannah Opher (1st December 1985), concerning the activities of her sister Hilde Levy, a member of H. H., in the Baum-Gruppe. Those members of H. H. who joined the Baum-Gruppe did so as individuals and on their own responsibility.

Vernichtung
Destruction

Otto D. Kulka

The Reichsvereinigung and the Fate of the German Jews, 1938/1939–1943
Continuity or Discontinuity in German-Jewish History in the Third Reich

The paper I have been asked to present at this conference will focus on the central organisation of German Jewry during the last tragic chapter of its existence – the *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland* – based on new, hitherto inaccessible sources. In our discussion however, we will deal also with an aspect ranging beyond the relatively short span of the war years, namely the question of continuity in the status and activities of the two central organisational frameworks that existed from 1933 until the liquidation of German Jewry in 1943 – the *Reichsvertretung* and the *Reichsvereinigung*.

The *Reichsvertretung der Juden in Deutschland* was established in September 1933 as an umbrella organisation of the various unions of communities in the German *Länder* and of the nation-wide political and religious organisations. In July 1938, the council of the *Reichsvertretung* decided to change the organisation's name and transform it into a more centralised confederation, called the *Reichsverband der Juden in Deutschland*. These changes, however, were not implemented immediately because of political developments related to the Munich crises and the *Kristallnacht* pogroms. It was only in February 1939 that the *Reichsvertretung* proclaimed the constitution of the "new" organisation under yet another name – *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland* – whose legal status was determined by a special law of July 1939. This development partially motivated us to view 1938/39 as a transitional stage between two periods in the history of German Jewry during the Third *Reich*.[1]

The historiography dealing with this subject to date has arrived at various controversial appraisals of the first half of the period under the leadership of the *Reichsvertretung*. These five years between 1933–1938/39 have been described *inter alia* as "one of the strangest episodes in the history of the Jewish people"; "an internal renaissance of German Jewry"; "revival and defiance under ignominious

[1] This question will be discussed at greater length later in this paper. The whole range of the problem connected with the transition from the *Reichsvertretung* to the *Reichsvereinigung* has been brought up in my work *The "Jewish Question" in the Third Reich*, Jerusalem 1975 (in Hebrew with English summary; vol. II, Documents, in their German original); it has been further developed and systematically examined in Esriel Hildesheimer, *The Central Organization of the German Jews in the Years 1933–1945*, Jerusalem 1982 (in Hebrew with English summary, soon to be published in English).

conditions"; "euphoria before the end"; or "a fools' paradise between Weimar and Auschwitz".[2]

On the other hand, the second five years of the period, between 1938/39 and 1943, have been portrayed consistently and unequivocally as the era presided over by the "*Gestapo*-appointed" *Reichsvereinigung*, which acted as the "executive organ of the *Gestapo*" in the final liquidation of German Jewry.[3] The principal grounds for this assessment – which we shall refute in this paper – are derived in part from the basic conceptions of the polemic and research literature

---

[2] Viewpoints such as these can be found, for example, in Robert Weltsch's introduction to *Year Book I of the Leo Baeck Institute*, London 1954, pp. xxx-xxxi, as well as in Max Gruenewald, 'Education and Culture of the German Jews under Nazi Rule', in *The Jewish Review*, New York, vol. V, pp. 56–83, and Ernst Simon, *Aufbau im Untergang, Jüdische Erwachsenenbildung im nationalsozialistischen Deutschland als geistiger Widerstand*, Tübingen 1959 (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 2). For more detailed studies on the Jewish organisations of this period, see the various works of Abraham Margaliot and the somewhat problematic studies of Jacob Boas, *The Jews of Germany Self-Perceptions in the Nazi Era as Reflected in the German Jewish Press, 1933–1938*, Riverside 1977 and *idem*, 'German-Jewish Internal Politics under Hitler 1933–1938', in *Year Book XXIX of the Leo Baeck Institute*, London 1984, pp. 3–25. Boas' most recent assessment (*ibid.*, p. 12) of the *Reichsvertretung* as "the self-appointed political representative of Germany's Jews . . ., the creation of roughly two dozen prominent German Jews . . ." an organisation, where "no popular elections preceded its formation and the traditional centres of active Jewish life, the Jewish communities, received only token representation in it", obviously ignores the present stage of research. Actually the establishment of the *Reichsvertretung* must be seen as the ultimate phase of the continuous efforts to set up a central organisation of German Jews going back to the second half of the nineteenth century and culminating in the foundation of the *Reichsvertretung der jüdischen Landesverbände* in January 1932, which included democratically elected representatives of the communities and the major political organisations. It is more than evident that the *Reichsvertretung* set up in September 1933 was in principle a direct continuation of its predecessor (the so-called *alte Reichsvertretung*): this applies to its leadership, representing the equilibrium of the communal and political structure of German Jewry and its internal tensions; to its constitution, its administrative organs and its activities, as they developed between 1933– 1938/9. (In addition to the above mentioned work of Hildesheimer, see also his article: ‚Die Versuche zur Schaffung einer jüdischen Gesamtorganisation während der Weimarer Republik 1919–1933', in *Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte*, VIII, Tel-Aviv 1979, pp. 335–364; cf. also note 10 below.) It seems however, that Boas's observations derive from his almost exclusive reliance on personal accounts and memoirs, while primary archival material demands a different assessment.

[3] The latest assessment of this kind by Ino Arndt in her ‚Antisemitismus und Judenverfolgung', in Martin Broszat und Horst Möller (eds.), *Das dritte Reich. Herrschaftsstruktur und Geschichte*, München 1983, merely paraphrases similar comments that have appeared in various studies and testimonies since this subject first came under consideration in the early 1950s in the comprehensive works of Hans Lamm, *Über die innere und äußere Entwicklung des deutschen Judentums im Dritten Reich*, Ph. D. Thesis, Univ. of Erlangen, 1951; Raul Hilberg, *The Destruction of the European Jews*, Chicago 1961; Lucy Dawidowicz, *The War against the Jews, 1933–1945*, New York (concerning Arndt's article and the German historiography cf. O. D. Kulka, ‚Die Deutsche Geschichtsschreibung über den Nationalsozialismus und die Endlösung', in *Historische Zeitschrift*,, Bd. 240, Heft 3, [Juni 1985], p. 639 and *idem*, 'Major Trends and Tendencies in German Historiography on National Socialism and the "Jewish Question" (1924–1984)', in *Year Book XXX of the Leo Baeck Institute*, London 1985, p. 241); cf. further the particular studies by S. Esh, 'The Establishment of the *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland* and its Main Activities', *Yad Vashem Studies*, VII (1968), pp. 19–38; Kurt Jakob Ball-Kaduri, ‚Berlin wird judenfrei. Die Juden in Berlin in den Jahren 1942–43', in *Jahrbuch für Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands*, 22 (1973), pp. 196–241; *idem*, ‚Aus der Arbeit der jüdischen Gemeinde Berlin während der Jahre 1941–43 Gemeindearbeit und Evakuierung von Berlin 16. Oktober 1941–16. Juni 1943', in *Zeitschrift für die Geschichte der Juden*, 1972, pp. 32–52 (based on Hildegard Henschel's testimony). For further testimonies, see *idem*, 'Testimonies and Recollections about Activities Organized by German Jewry in the Years 1933–1945 (Catalogue of manuscripts in the Yad Vashem Archives)', *Yad Vashem Studies*, IV (1960), pp. 317–340 and similar sources in the archives of the Wiener Library, Tel-Aviv, and the Leo Baeck Institute, New York.

dealing with the entire subject of Jewish leadership under Nazi rule,[4] and in part from the nature of sources that have been available to scholars.[5]

Publications dealing with this subject first appeared at the close of the war and during the first years thereafter. In dividing the historiography on the Jews during the National Socialist era into distinct phases, we have defined the peculiar nature of this stage as the era of "literature assessing guilt and judgment".[6] Its peculiarity is characterised by the fact that under the immediate impact of the harrowing and unprecedented act of systematically annihilating millions, it deliberately avoids examining historical processes and ongoing developments in various spheres of life, which it holds to be irrelevant. Its sole relevant standard is a moral – or, to be more precise, moralistic yardstick which precedes, or even replaces, historical criteria. Thus its description of Jewish society and its leadership through the entire period of National Socialist domination in effect limits itself exclusively to judging the positions assumed in situations in which decisions were categorically irreversible and final, i. e. during the phase of the mass deportations and exterminations. The sole criteria are: "collaboration" versus "resistance" or "participation in the extermination process" versus "attempts at rebellion and rescue". This approach, which was probably the only understandable and relevant one for its time (i. e. the end of the war and the period immediately thereafter), has for various reasons continued to influence many publications on this subject to the present. As pertains to German Jewry, these remarks are particularly valid for the so-called "Holocaust Period" proper, which in other countries runs parallel to the period beginning with the expansion of the Third *Reich* in 1938/39. The general evaluation of the period between 1933–1938/39 and the distinction between that period and the following years is primarily based on the viewpoint propounded in the testimonies of

---

[4] For the controversy on this subject centering on Hannah Arendt's book *Eichmann in Jerusalem. A Report on the Banality of Evil*, New York 1963, see F. A. Krummacher (ed.), *Die Kontroverse, Hannah Arendt, Eichmann und die Juden*, München 1964; Jacob Robinson, *And the Crooked shall be made Straight. The Eichmann Trial, the Jewish Catastrophe . . .* New York 1965; and R. Y. Cohen, *On the Responsibility of the Jews in their Destruction by the Nazis as seen in the Works of Bruno Bettelheim, Raul Hilber, Hannah Arendt and in the Public Polemics on their Works*, MA, Thesis, Jerusalem 1972 (in Hebrew). Among the works on German Jewry that deal with the activities of the *Reichsvereinigung*, note should be paid to H. G. Adler, *Theresienstadt, 1941–1945. Das Antlitz einer Zwangsgemeinschaft*, Tübingen 1958; *idem, Der verwaltete Mensch. Studien zur Deportation der Juden aus Deutschland*. Tübingen 1974; and H. E. Fabian, ‚Zur Entstehung der „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland"', in *Gegenwart im Rückblick. Festgabe für die Jüdische Gemeinde zu Berlin 25 Jahre nach dem Neubeginn*, ed. by Herbert A. Strauss and Kurt R. Grossmann, Heidelberg 1970, pp. 165–179; and especially the second part of the above mentioned monograph of Hildesheimer, and the Proceedings of the 1977 Yad Vashem Conference: *Patterns of Jewish Leadership in Nazi Europe 1933–1945*, Jerusalem 1977.

[5] See Kulka, *op. cit.*, vol. I, Part One, Chapter II, dealing with sources for research into the Jewish community in the Third *Reich*.

[6] *Ibid.*, vol. I, Part Two, Chapter II. Literature of this kind first began to appear at the end of the Second World War and during the period of the major war-crime trials, and it witnessed a revival primarily in the wake of the Kastner trial in the 1950s and the Eichmann trial in the 1960s. Examples of periods dominated by works assessing guilt are to be found throughout modern history in the wake of specific historic upheavals or major tragedies, such as the French Revolution and rule of terror, the defeat of France by Prussia in 1870/1871, and especially the First World War. Concerning this stage in German historiography see my above mentioned article in the *Historische Zeitschrift*, pp. 609 ff.

prominent German-Jewish leaders who, as a rule, left Germany in 1938/39. Moreover, due to the abundance of published and unpublished sources that have survived from the period ending in 1939/39,[7] some of the works on this earlier period stress – and rightly so – the historical continuity, and even intensification of Jewish communal life that marked this phase. At the same time, however, they seek to emphasise the sharp distinction between the pre-war era and the following period, which was purportedly epitomised exclusively by the extermination process.

This impression has gained acceptance primarily because of the total absence of contemporary primary source material on the activities of the Jewish leadership after 1938/39, as well as the death of almost all the leaders who remained in Germany. Yet even in the retrospective testimonies of the few prominent figures who survived the Holocaust (e. g. Rabbi Leo Baeck),[8] the activities of the Jewish leadership are overshadowed throughout the entire period by the terrible end.

This picture changed radically with the discovery of a corpus of primary sources from the *Reichsvereinigung* archives that covers the entire span of its existence (from 1939 to 1943), plus important documents from other archives relating among others to the transition from the *Reichsvertretung* through the *Reichsverband* to the *Reichsvereinigung* in 1938/39. The material from the *Reichsvereinigung* archives was first discovered in the 1960s in East Berlin, after it had been lying for years in the cellar of the half-destroyed synagogue in the Oranienburgerstraße which served as the last headquarters of the Berlin Jewish community. It encompasses tens of thousands of pages, and includes minutes of executive board meetings, notes on discussions held with German officials, material on routine activities, and statistical summaries of the organisation's activities regarding the material, social and spiritual affairs of the entire German-Jewish community.[9] Unfortunately the material of the *Reichsvereinigung* at Potsdam has meanwhile become inaccessible to researchers. In order to cope with this situation, a project of reconstructing the *Reichsvereinigung's* archives has been initiated, collecting the relevant documents from the archives of numerous German-Jewish communities and organisations, as well as of several authorities of the *Reich,* which were in contact with the *Reichsvereinigung*.[10]

---

[7] See note 5.

[8] See *We Survived. The Story of Fourteen of the Hidden and Hunted of Nazi Germany.*, ed. by E. H. Boehm, New Haven 1949; K. J. Ball-Kaduri, 'Leo Baeck and Contemporary History: A riddle in Leo Baeck's Life', in *Yad Vashem Studies,* VI (1967), pp. 121–129; and Leonard Baker, *Days of Sorrow and Pain. Leo Baeck and the Berlin Jews,* New York–London 1978.

[9] For a detailed description of the archives, their structure and content, as far as I could examine them while studying the, only in part classified, material brought to the *Zentrales Staatsarchiv* of the German Democratic Republic at Potsdam, cf, Kulka, *op. cit.*, vol. I., pp. 77–89. I am very grateful to the directors of the Potsdam archives for allowing me then to photocopy the greater part of the historically most important documents.

[10] This project has been untertaken at the Institute for Jewish Studies at the Hebrew University in Jerusalem, together with my colleague Esriel Hildesheimer. It includes a reconstrution of the most probably lost archives of the *Reichsvertretung* from the years 1933–1938. A critical edition of selected documents, O. D. Kulka and E. Hildesheimer (eds.), *Dokumente zur Geschichte der Zentralorganisation der deutschen Juden im Dritten Reich. 1933–1945,* is being prepared for publication.

In the light of this material, it appears that intensive activity in all spheres of life did not cease in the 1940s. On the contrary, it continued, and actually gained in importance, until the liquidation of the entire Jewish community of Germany in 1942/43 and even during that very process. Likewise, the sources testify to the resolute stand of the Jewish leadership in its struggle against the Nazi persecutions – including the mass deportations – until the final stage, concurrent with its primary effort to secure the physical and spiritual existence of the remnant Jewish communities of Germany.

This new material also apprises us of the ongoing contact with other Jewish communities in Nazi-occupied Europe and, until the autumn of 1941, even with the Jews in countries beyond the bounds of German occupation. Moreover, the archival material from the transitional period of 1938/39, which likewise includes minutes of the *Reichsvertretung* executive board meetings, clearly indicates that the transformation from the voluntary federative organisation of unions of communities and major organisations (the *Reichsvertretung*) to the official centralist organisation of a nation-wide community (the *Reichsvereinigung*) was basically the expression of an existent intra-community trend whose motivating factors had been reinforced by the change effected by the March 1938 law abrogating the communities' former legal status.[11] Definite testimony to this effect is also evident in a document from the *Gestapo* – the body that allegedly created the *Reichsvereinigung* as an instrument of its own designs – or, to be more precise, the Security Service of the SS, the SD, with its department for Jewish affairs, which was headed, after its amalgamation with the *Gestapo* in 1939, by Adolf Eichmann.

In an internal SD memorandum dated early September 1938, the transitional process that extended over that year and ultimately led to the establishment of the *Reichsvereinigung,* is described as follows:

> "The *Reichsvertretung* . . . is the sole representative body of the Jews in Germany *vis-à-vis* the *Reich* government . . . At this moment discussions and consultations are still being held on the basis of the 28th March 1938 law with the aim of creating a unified framework for the regional unions of communities and the communities . . . The differences of opinion that arise in the course of these discussions, and that have been unresolved since April, constitute marked proof of sluggishness of the *system of democratic rule* [my italics – ODK] and the stark failure of the Jews in the administrative field, even when questions pertaining to their very existence are at stake."[12]

This instructive memorandum and many other external and internal documents that have been preserved from 1938/39 indicate that the transformation from the federative framework of the *Reichsvertretung* to the centralised organisation of the *Reichsvereinigung* was the product of extended negotiations and internal democratic deliberations between the component bodies – primarily the com-

[11] Kulka, *op. cit.*, vol. II, documents Nos. 33–34a; 40–43 and the introdution to these documents, *ibid.*, pp. xxii–xxv, xxx–xxxiv; for an extensive study on this development, see Hildesheimer, *op. cit.*, pp. 89–108.

[12] Kulka, *op. cit.*, vol. II, document No. 35, p. 374.

munities and union of communities – during which it was finally agreed that the latter would disband as an autonomous framework and merge into a unified national body. According to the detailed regulations of this central body, which were adopted at a meeting of the *Reichsvertretung* council on 27th July 1938, it was conceived as a centralised national institution embracing all the Jews of Germany on the basis of individual membership, while preserving a measure of the autonomous structure of the large communities and regional concentrations of small communities. It also perpetuated the existing proportional representation allocated to the major political and religious organisations.

It was in this organisational structure that the leadership appeared a year later, with the publication of the State law of 4th July 1939,[13] by which the *Reichsvereinigung* was officially constituted. As before, it was headed by Leo Baeck and Otto Hirsch, and included almost all the other members of the previous representative leadership. The law itself was essentially the realisation of the declared intent of the *Reichsvertretung* to regain recognised legal status as a supra-community organisation (and, we may add, as a centralised and united one).

The final version of the law published on 4th July 1939 served historiography as all but the sole basis for the discussion of the origin of the *Reichsvereinigung*. This treatment totally divorces the *Reichsvereinigung* from the prior developments that the law essentially served to summarise and climax. But even the declaration of the *Reichsvereinigung* executive that accompanied the publication of the law states emphatically that, with the exception of the clause on obligatory membership according to racial definition, the organisation's legally recognised statutes are based on the charter accepted at the above mentioned meeting of the *Reichsvertretung* council of 27th July 1938. (The minutes of this meeting, which are appended to the detailed regulations, have been preserved in a private archive).[14]

The documents from the archives of the *Reichsvereinigung* from the war years testify to the continuity of both the leadership that served in 1938 and the basic direction and objectives of the organisation's activities: in external affairs, resolute representation of the Jewish community in the efforts to safeguard its status, including opposition to local and regional deportations in the years 1939 to 1941; in internal affairs, a struggle to secure the material, social and cultural existence of the Jewish community, and to organise and finance emigration – albeit limited by objective circumstances – until exit from Germany was unconditionally prohibited in the autumn of 1941. Thus in contrast to the impressions conveyed by descriptions and assessments contained in the testimonies that sum up the period between 1933 and 1938/39, intensive and variegated communal activities did continue throughout this last phase as well.

These remarks relate primarily to the continued activities of the *Kulturbund;* the perpetuation and even expansion of Jewish educational frameworks, inclu-

[13] *Reichsgesetzblatt*, 1939, p. 1079 and *Jüdisches Nachrichtenblatt, Berlin*, 17th February 1939, and 11th July 1939; *Arbeitsbericht der Reichsvereinigung der Juden für das Jahr 1939*.

[14] See note 12.

ding adult education, vocational training – particularly in agricultural collective groups *(hachscharah)* – and even the *Hochschule für die Wissenschaft des Judentums* in Berlin; the continued activities of the health and welfare institutions; ongoing material and organisational aid and the allocation of funds for emigration; the continuous efforts to ensure funds for the *Reichsvereinigung* and the individual communities by means of taxation, selling of Jewish communal property (*inter alia* plots of synagogues that had been destroyed in 1938), internal fund-raising campaigns, and until 1941, soliciting aid from Jewish organisations abroad (out of which funds were even transferred to the Polish-Jewish community). Data on the budget structure allow us to discern the priorities of the *Reichsvereinigung* in various spheres and during the various periods of its tenure.

The minutes of the executive's sessions also indicate the persistence of internal ideological and religious friction over the character of the *Kulturbund*'s activities, the quality of Jewish education in its various frameworks, and the aim of the social welfare policy. These activities continued, for the most part, until the mass deportations and the liquidation of German Jewry.

Two examples from the documents of the *Reichsvereinigung* archives will serve to illustrate the stand and conduct of the Jewish leadership in its relations with the regime – meaning, in practice, Eichmann's department in the *Reichssicherheitshauptamt* (RSHA). The first relates to one of the initial mass deportations executed on a regional scale, in which the entire Jewish population of three provinces in South-west Germany was deported to France in a lightning action in October 1940. This affair, and the related exchange of views between the Vichy government and the German Foreign Ministry, is mentioned in several studies;[15] but nowhere had the German-Jewish leadership's active role in campaigning to stop the deportations and subsequent efforts to return the deportees been noted. Only the archival sources now in our possession indicate that the immediate response of the *Reichsvereinigung* executive was rather bold – to the point of threatening to tender its collective resignation.[16] Its actions, which were both of practical and demonstrative nature, were expressed on three different levels.

1. On the official level: an attempt on the part of the executive director, Otto Hirsch, to intervene with Eichmann and halt the deportations already in progress by citing assurances that had been given to the *Reichsvereinigung* during previous deportations. (Among the examples cited were the cancellation of the expulsion of the Breisach community, the cessation of the deportation from Schneidemühl and Stettin in February 1940, and efforts to bring about the return of deportees from Poland.) Hirsch also made a demand (which can be construed

---

[15] This matter is discussed, among other places, in Hilberg, *op. cit.*, pp. 348ff., especially pp. 357–358; Adler, *Theresienstadt, op. cit.*, pp. 17, 172; *idem, Der verwaltete Mensch, op cit.*, pp. 156–167; Helmut Krausnick, 'Persecutions of Jews', in Hans Buchheim *et. al.*, *Anatomy of the SS State*, London 1968, pp. 57ff; G. Reitlinger, *The Final Solution*, London 1968, pp. 77–78; Uwe Dietrich Adam, *Judenpolitik im Dritten Reich*, Düsseldorf 1972, pp. 257–258.

[16] See Kulka, *op. cit.*, vol. I, Part Three, Chapter 5, especially pp. 239ff.; and Hildesheimer, *op. cit.*, pp. 250–262.

as an ultimatum) to receive information on the destination of the deportations and to discuss how the *Reichsvereinigung* could act to ensure the return of the deportees.

2. On the practical (semi-clandestine) level: a widespread action during the very time of the deportation to warn the Jews who resided in the three provinces, but were outside the areas at the time, not to return to their homes. (This was carried out by the staff of the *Reichsvereinigung* and its local offices' staff, as discovered in the course of a subsequent investigation of the affair by the RSHA.) In addition, the *Reichsvereinigung* provided aid and shelter to Jews who had taken heed of the warning and gone into hiding.

3. On the public level: the proclamation of a day of fasting, binding for the entire staff of the *Reichsvereinigung* throughout Germany, as an act of protest and identification with the fate of the deportees, as well as the introduction of special synagogal services devoted to this subject on the following Sabbath. As an additional expression of public protest, it was decided to cancel all cultural and entertainment activities sponsored by the *Kulturbund* for the following week. These steps, most of which were immediately prohibited by the RSHA, cost the life of a member of the executive, Julius L. Seligsohn, who was identified as the author of the circular to the communities on these measures, even though the members of the executive insisted on their collective responsibility.

It should be noted here that this case was only one link in a chain of similar activities and struggles. Among other goals, it served as an effective means of directing attention to events in Germany by relaying information to the foreign press, mainly of the neutral countries; the punitive actions of the RSHA related, *inter alia*, to this aspect of the action. The attempts to have the deportees repatriated from France fell into the category of similar efforts to repatriate deportees from Poland and release inmates of concentration camps, which continued until the beginning of the systematic mass deportations to the death camps, and even during that stage.

A second, different example of the response of the *Reichsvereinigung* to the deportation edicts came in June 1940 in the wake of the RSHA disclosure of a "plan for the comprehensive solution of the Jewish problem in Europe by the deportation of Jews from their countries of residence and concentrating them in a reservation *(Reservatgebiet)* in a colonial area". (This refers, as we know, to the plan to create a detention area for the Jews of Europe on the island of Madagascar). The *Reichsvereinigung* was ordered to consider measures to prepare the groundwork for implementing the plan and eventually presenting a plan of its own.[17] The only concrete response that has been found among the documents of the archives of the *Reichsvereinigung* in our possession is an outline charting the course of Jewish education (including adult education and vocational training) for their future life in the land to which they would be deported.

---

[17] Kulka, *op. cit.*, vol. II, document No. 51, pp. 501–503; Eichmann Trial, document T 1143; cf. also Hildesheimer, *op. cit.*, pp. 243–250.

A circular on this subject has been preserved as an appendix to the minutes of an executive board meeting held at the end of 1940.[18] The version that was approved discloses that intricate negotiations on ideological, religious and practical aspects of the programme must have preceded its acceptance. The document reads as follows:

"[The executive chairman], Dr. Otto Hirsch . . .stresses the necessity of deciding on the principles governing the educational preparations for group and mass settlement *(Gruppen- und Massensiedlung)*.

He proposes the following draft for a circular to be addressed mainly to the educators:

The decrease in individual emigration obliged the *Reichsvereinigung* to prepare group and mass settlement. A reconsideration of the essence of the Jewish community is necessary as a basis for the educational work in the schools, vocational retraining and adult education. This educational work must be guided by the following principles:

1) The Jewish people is the bearer of Jewish communal existence *(Träger der Jüdischen Gemeinschaft)*. It is therefore necessary to awaken and strengthen the consciousness of the bonds of nationhood *(volksmäßige Verbundenheit)* in every possible way, especially by stressing the continuity of Jewish history.

2) The Jewish community was endowed with its spirit and character by the Jewish religion. Therefore, access to it must be granted to every individual and every group.

3) Hebrew as the language of the Jewish people and its religion is an essential component of every Jewish education.

4) The demands of mass-settlement call for education towards a social community within the community *(zur sozialen Gemeinschaft in der Gemeinschaft)*.

5) The aim of this education is to prepare for life in the Jewish settlement. It is our wish that [this settlement] be realised in the Jewish land of Palestine. However, these principles are valid for educational preparation towards life in any Jewish settlement wherever it may be."

This document clearly demonstrates that the course adopted to cope with the new situation created in the early 1940s was essentially a continuation of, or analogous to, the trends that had forged the character of Jewish education in Germany in the 1930s, when the Jewish community was faced with the rise of the National Socialist regime.[19] Although the majority of the members of the executive were not Zionists, we can see the growing influence of the nationalist Jewish concept on its outlook, as expressed by the emphasis placed upon the Hebrew language and historical consciousness. At the same time, the document foresees a central role for the Jewish religion, even for those sectors of the public that had become alienated from it, and notes the need to constitute a society based on the principles of social justice in the land to which they would be deported. In a way, the idea of a land of exile in which all the Jewish communities of Europe would be concentrated, appears in the document as a frightening antithesis of the vision of ingathering of the exiles in the Land of Israel. Yet, the

[18] For a photocopy of the document, see Kulka, *op. cit.*, vol. II, document No. 55, pp. 533–534.

[19] Compare, for example, this document with the educational programme presented in Martin Buber's articles ‚Unser Bildungsziel', in *Die Stunde und die Erkenntnis. Reden und Aufsätze 1933–1935*, Berlin 1936, pp. 89–94, and Ernst Simon, 'Jewish Adult Education in Nazi Germany as Spiritual Resistance', in *Year Book I of the Leo Baeck Institute*, London 1956, pp. 68–69.

educational objectives of the programme are to prepare and educate for a life within a comprehensive Jewish community, wherever it may be.

On the surface, this document would appear to indicate that the Jewish leadership was oblivious to both the cruel reality of its situation and the gruesome prospect of the "Solution of the Jewish Question" in the near future. But it also indicates that spiritual and social values still assumed an important role in dictating the direction and priorities of the practical work of the *Reichsvereinigung*. Further surviving documents make it clear that during 1941, this educational programme was actually implemented in all the various educational frameworks and was followed even during the stage of the mass deportations.

We may conclude by saying that a number of important points regarding the basic question of continuity in the status and nature of the work of the Jewish leadership in Germany during the period of the Third *Reich* have been clarified. As a result, some of the premises that have become established and are mechanically repeated in many publications on this subject, must necessarily be rejected.

We might add one more comment: this examination has permitted us to discern the course taken by the leadership of German Jewry over the relatively long period of ten years of National Socialist rule. We have seen how the patterns of historical continuity, that crystallised in Germany during the 1930s, influenced the course adopted by the Jews in the following decade. But it appears that analogous examples can be found in the attitudes and activities of the Jewish leadership in other Nazi-occupied European countries during the relatively short period of the war. They too may be understood by viewing them as the continuity of the internal trends characterising each Jewish community, and not only as attempts to cope with the extreme situation during the ultimate stage of annihilation.[20] It is possible that the usage of such an approach may bring to light additional dimensions on unity in Jewish history during this unique era, beyond the common fate of destruction that befell the Jews of Europe.

Deutsche Kurzfassung

Der Schwerpunkt der Darstellung liegt bei der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, der Zentralorganisation der deutschen Juden in der letzten Phase ihrer Existenz, die alle Bereiche jüdischen Lebens zusammenfaßte. Die Frage wird behandelt, ob und inwieweit die Reichsvereinigung mit ihrer Arbeit die Aufgaben der Reichsvertretung (1933–1938/1939) weiterführte. Bis vor kurzem wurden historiographisch die wesentlichen Unterschiede der beiden Organisationen dahingehend dargestellt, daß die Reichsvereinigung – im Gegensatz zur Reichsvertretung – ein „ausführendes Organ der Gestapo" war, das den deutschen Juden durch Nazi-Gesetzgebung aufgezwungen wurde. Neues Archiv-

[20] Cf. O. D. Kulka, 'Ghetto in an Annihilation Camp. Jewish Social History in the Holocaust Period and its Ultimate Limits', in *The Nazi Concentration Camps. Proceedings of The Fourth Yad Vashem International Historical Conference*, Jerusalem 1984, pp. 315–330, *passim*, and esp. pp. 315, 319–322.

material deutet darauf hin, daß die Umwandlung von der föderativen Reichsvertretung zur zentralistischen Reichsvereinigung auf die Initiative führender Vertreter der Reichsvertretung zurückzuführen ist. Eine wesentliche Kontinuität der beiden Organisationen bestand selbst in den Jahren 1939–1943, und zwar für alle Lebensbereiche, besonders für Bildungswesen, Berufsausbildung und Sozialfürsorge. Letztere fungierte sogar noch während der Massendeportation und Massenvernichtung. Die Reichsvereinigung bewahrte sich gegenüber dem nationalsozialistischen Regime, vor allem dem Reichssicherheitshauptamt, das für die „Lösung der Judenfrage" zuständig war, sogar eine gewisse Unabhängigkeit.

IAN KERSHAW

German Popular Opinion and the "Jewish Question", 1939–1943: Some further Reflections

Remarkable as it may seem, little systematic work was carried out until relatively recently on analysing what seems an obviously central issue: the behaviour, attitudes, and opinion of the German non-Jewish population towards the Jews during the era of Nazi persecution: Only in the last decade or so have both Jewish and non-Jewish scholars, working within the context of a growing body of research on, and more differentiated understanding of, various facets of German society in the "Third *Reich*", systematically explored extensive but complex source materials and provided new perspectives of interpretation on the attitudes of "ordinary" Germans on the "Jewish Question" and relations between Germans and Jews during the Nazi dictatorship.[1] This recent research has had little difficulty in breaking down, with regard to the "Jewish Question" as to other aspects of "grass-roots" opinion and behaviour, the rather undifferentiated picture of a monolithic "totalitarian society" which prevailed in the 1950s and 1960s. Beneath the propaganda construct of a unified "people's community", it has now become perfectly clear that strands of opinion which did not conform to Nazi guidelines continued to exist, if often inchoate and inarticulate; and that attitudes pre-formed through a plurality of political, social, moral-ethical, intellectual, and religious influences, doggedly prevailed, offering at least a partial barrier to Nazi ideological penetration. Simplistic generalisations based on out-dated notions of a "mass society" under Nazism can, therefore, be ruled out. But this poses new problems for the historian, not least in an attempt to analyse attitudes in German society on such a sensitive issue as the "Jewish Question". Clearly, the "German people" cannot be treated as an undifferentiated whole; a plurality of attitudes towards the Jews existed throughout the Nazi years, shaped by variants of geography, class, religion, political background and by other factors, such as the level of organisation (or avoidance of organisation) within the multi-structured Nazi Movement. A major problem is however, that while the sources enable us to recognise this, they are seldom differentiated enough to allow for fine nuances of interpretation or wholly definitive judgements. Despite the advances in scholarship, therefore, the contours of popular opinion towards the Jews have inevitably to be painted with a broad brush, with fewer fine touches than one would wish.

---

[1] See Otto Dov Kulka and Aron Rodrigue, 'The German Population and the Jews in the Third Reich. Recent Publications and Trends in Research on German Society and the "Jewish Question"', in *Yad Vashem Studies*, 16 (1984), pp. 421–435, here esp. pp. 421–425.

This is particularly the case with regard to the war years, where the main areas of scholarly difference in interpretation are to be found – a reflection in part of a more unhelpful source base compared with the pre-war period. The deviating interpretations centre, as Otto Dov Kulka and Aron Rodrigue have recently pointed out, around the meaning attached to concepts of "depersonalisation" of the Jews and the alleged "indifference" of the mass of the German population, and around assessments of the extent and significance of knowledge of the "Final Solution" and what people grasped of the "basic principles" of the persecution of the Jews.[2] Kulka and Rodrigue presented the interpretative differences in polarised form: while one line of interpretation, advanced some years ago by Marlis Steinert and more recently in my own work, suggests that the progressive "depersonalisation" meant decreasing interest in the Jews, furthered by a retreat into the "private sphere" and the general harshening of attitudes during the war years, the other, favoured by Kulka and Rodrigue, emphasises "the cumulative effect of the abstraction of the Jewish Question in the anti-Semitic war propaganda and... the possible internalization by the population at large of the abstract slogans and demands for the 'elimination' of the Jews".[3]

The alternative interpretation was advanced by Kulka and Rodrigue in a recent very thoughtful review article evaluating the current state of scholarship on the German population's attitudes to the Jews under the Nazi regime, and focusing largely on my own work[4]. This had attempted to analyse reactions to the persecution of the Jews as *one* strand of a broader study of popular opinion in the "Third *Reich*", in which the major concentration was on the pre-war, rather than the war years. The shortness of the chapter I included on attitudes towards the "Jewish Question" in the war years was not merely a reflection of the relative paucity of the source materials, but was consciously intended to emphasise a main point of my argument, that at the time when such momentous developments were taking place in Poland and Russia, the "Jewish Question" was of no more than marginal importance in the formation of popular opinion within Germany.

This indicated in turn to me a discrepancy between the centrality of antisemitism to Hitler's world-view, and the relatively unimportant place it appeared to occupy in the scale of values and ranking of priorities of most ordinary Germans. I summed up the argument in the claim that "the road to Auschwitz was built by hate, but paved with indifference".[5] The implications were, I thought, well summarised by one perceptive reviewer, when he commented:

---

[2] *Ibid.*, p. 433.

[3] *Ibid.*, pp. 426–427.

[4] See note 1; and Ian Kershaw, *Popular Opinion and Political Dissent in the Third Reich. Bavaria 1933–1945*, Oxford 1983, chs. 6 and 9 (a modified version of ‚Antisemitismus und Volksmeinung. Reaktionen auf die Judenverfolgung', in Martin Broszat and Elke Fröhlich (eds.), *Bayern in der NS-Zeit*, vol. 2, Munich–Vienna 1979, pp. 281–348), and 'The Persecution of the Jews and German Popular Opinion in the Third Reich', in *Year Book XXVI of the Leo Baeck Institute*, London 1981, pp. 261–289.

[5] Kershaw, *Popular Opinion*, *op. cit.*, p. 277.

"While it was always frightening to imagine a nation swept away and dominated by the Nazis, it is surely no less frightening to consider that the Nazis were able to accomplish most of what they set out to do without acquiring unquestioning allegiance or imposing complete control. Apparently they did not need to: it was not necessary for Germans to believe, nor even necessary for them to approve; compliance, not conviction was required. For the Nazi state to thrive, its citizens had to do no more than go along, maintaining a clear sense of their own interests and a profound indifference to the suffering of others."[6]

Kulka and Rodrigue are critical of this line of interpretation, particularly as applied to the war years, and especially sceptical about the weight attached to the notion of "indifference". Their stimulating criticism has prompted me to reconsider the evidence relating to popular attitudes towards the "Jewish Question" during the war years. This paper is the product of those "second thoughts", and indeed represents more of a process of "thinking aloud" than any attempt to come up with definitive answers on such a complex issue. To provide the gist of my argument in advance: While I think the critical evaluation of the concepts of "depersonalisation" and "indifference" has been justified and has proved fruitful, and while I think I did underplay to some extent the interest which "ordinary" Germans showed at certain junctures in aspects of anti-Jewish policy, I see no cause to abandon the basic tenor of the interpretation which I put forward. It seems to me, too, that the alternative concept of "passive complicity" favoured by Kulka and Rodrigue[7] – a term more moral-normative than behavioural-descriptive in its connotations – introduces additional problems of interpretation. And finally, the polarised interpretations suggested by Kulka and Rodrigue do not in my view amount to irreconcilable opposites at all, but are in fact closely complementary.

In what follows, I shall first indicate very briefly the main developments in popular opinion on the "Jewish Question" in the pre-war period, where research has been more heavily concentrated, the sources more plentiful and in some respects better – in part a reflection of the greater contact in these years between Jews and non-Jews, and where there is a fairly high degree of unanimity (despite a few differences in nuance) among those historians who have researched the field. I shall then focus directly on the war-time period, within the context of the differing interpretations outlined above. It will be useful to bear in mind during the discussion the rough-and-ready (but in my view sensible and helpful) typology suggested by Konrad Kwiet, distinguishing between attitudes reflecting various levels of solidarity and sympathy with the Jews in the period of their greatest isolation and exposure to Nazi barbarism; attitudes revealing outright and open hate and varying degrees of aggression and active support for Nazi anti-Jewish actions; and attitudes suggestive of passivity and indifference.[8] I shall devote most attention to the third area, where the greatest problems of interpre-

[6] James J. Sheehan, 'National Socialism and German Society. Reflections on Recent Research', in *Theory and Society*, 13 (1984), pp. 851–867, here pp. 866–867.

[7] Kulka and Rodrigue, *loc. cit.*, p. 434.

[8] Konrad Kwiet, ‚Zur historischen Behandlung der Judenverfolgung im Dritten Reich', in *Militärgeschichte Mitteilungen*, 27 (1980), pp. 170ff.; Konrad Kwiet and Helmut Eschwege, *Selbstbehauptung*

tation lie.It is important to emphasise here what I am excluding from the following discussion. I am not concerned directly with the behaviour and attitudes of the elites in the military, civil service, economy, and Christian Churches, nor with those of apparatchiks of the Nazi regime in the bureaucracy and judiciary, nor with "official" attitudes within the Party and heavily indoctrinated affiliates like the SS. The attitudes I am attempting to evaluate here are "popular" attitudes in the sense that they are deducible from more or less spontaneous reactions and behaviour or comment of wide sections of the German people and are reflective of opinion existing outside the "organised" channels of "official" orthodoxy.

For the pre-war era, there can be little fundamental disagreement with the broad categorisation suggested by Kulka and Rodrigue. This divides attitudes of the non-Jewish population towards the "Jewish Question" into four main types: attitudes of a violently aggressive kind, prevalent particularly within the Nazi Movement among antisemitic radicals, criticising the "moderation" of the regime's anti-Jewish policy; acceptance of the broad principles of legal discrimination and exclusion on racial grounds, attitudes which gained in currency during periods of outright antisemitic violence, prompted by the need to restore "law and order"; critical attitudes deriving from moral and religious objections of committed Christians, ethical and humanistic considerations of the liberal intelligentsia, ideological rejection of the Marxist Left, and economic disadvantages felt by some business circles; finally, indifferent attitudes – perhaps part of a general ideological and political indifference – reflected in lack of reaction to the "Jewish Question".[9]

Of course, the sources – a whole range of opinion reports, massive in quantity, from the various agencies of the Nazi regime; detailed and informative reports on conditions within Germany smuggled out by the illegal resistance groups to exile organisations; Jewish eye-witness accounts and memoirs; and court and police records on arrests, denunciations and the like – do not allow any statistical weighting to be attached to the four categories. Even so, the accumulated weight of evidence speaks strongly in favour of the second and fourth types of attitude – acceptance of the principle of discrimination, and indifference – greatly predominating over either outrightly violent or openly critical attitudes. Indeed, the distinction between passive acceptance of the principle of discrimination (arising from widespread latent antisemitism pre-dating Nazism) and indifference and apathy is arguably one only of nuance and emphasis. Apathy, is defined in one dictionary reading, as "insensibility to suffering", while indifference denotes unimportance and can carry negative as well as neutral connotations.[10] Given these meanings, the distinction would come close to disappearance point.

---

und Widerstand. Deutsche Juden im Kampf um Existenz und Menschenwürde 1933–1945, Hamburg 1984, pp. 42ff.

[9] Kulka and Rodrigue, *loc. cit.*, p. 426.

[10] *Concise Oxford Dictionary*, 5th edn., Oxford, 1964, pp. 52, 619. The adjective "apathetic" is defined as "insensible to emotion; indifferent", while "indifferent" can be both a neutral "neither good nor bad", and a negative "rather bad".

Furthermore, in my work to date on this subject, I have used the term "indifference" to characterise non-Jewish attitudes towards the "Jewish Question" in an attempt to emphasise a point which Kulka and Rodrigue appear to accept[11], that the "Jewish Question" did not rank prominently on the scale of priorities of the German population during the Nazi era. This is not to say that at certain periods, it did not temporarily come into prominence, and that at those times a basic lack of interest in the "Jewish Question" as a major concern was partially replaced by more pronounced antisemitic attitudes – less in the form of open violence than in the acceptance of the need for legislative discrimination against the Jews. Thus in the spring of 1933, far more so in the summer of 1935, and above all in the autumn of 1938, the "Jewish Question" had a high profile, and the basic lack of involvement of the mass of the population revealed a spectrum of attitudes, prominent among which, however, was the acceptance of discriminatory "legal" measures against Jews, themselves legitimating the "wild" Nazi violence and accommodating the spiral of radicalisation in anti-Jewish policy.[12]

What I am suggesting, therefore, is that apathetic and latent discriminatory attitudes (in which the need for "legal" discrimination against Jews was accepted, not least in order to put an end to unseemly disturbances and disorder) were closely related, and formed together a broad and fluid spectrum – unquestionably the majority opinion in the 1930s.

Within this spectrum, we can of course also point to the well-known, if somewhat loosely-drawn, structural distinctions – that big-city, Catholic, South- (except for Austria, especially Vienna) and West-German areas tended on the whole to be less rabidly antisemitic than small towns and country districts, and Protestant, especially northern and eastern, areas. Along class lines, the social group most favourably inclined towards Jews were the bourgeois liberal intelligentsia, but class distinctions of a hard and fast kind are hard to make among those helping Jews. Given the essentially middle-class social background of most German Jews, it is not surprising that those assisting them came rather more from the middle class than from among manual workers, where contact with Jews was less frequent. Evidence on gender distinction seems too sparse to allow any valid conclusions. Young Germans, brought up in the Depression or the Dictatorship itself, were by most accounts far more likely to be rabidly antisemitic than were the higher age-groups. And a basic and fairly obvious point is certainly that organisations within branches of the Nazi Movement itself produced higher and increasing levels of aggression towards Jews from Germans who had previously not been particularly antisemitic.

What we appear to have for the 1930s, therefore, is something close to Kwiet's three-fold typology of a relatively small group of sympathisers with Jews or

---

[11] Kulka and Rodrigue, *loc. cit.*, p. 435.

[12] See now the interesting demonstration of this in 1935 in Otto Dov Kulka, ‚Die Nürnberger Rassengesetze und die deutsche Bevölkerung im Lichte geheimer NS-Lage- und Stimmungsberichte', in *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 33 (1984), pp. 582–624.

critics of Nazi anti-Jewish policy, a larger group of violent radicals, and by far the largest sector of opinion ranging from outright lack of interest in the "Jewish Question", as being a matter of no central concern, to the – certainly growing feeling – that it was proper to discriminate legally against Jews and that it was justified Nazi policy to attempt to remove the Jews from Germany. A recent local case-study of a small Rhineland town arrives at a similar rough three-fold division of attitudes, noting that

> "there were approximately several hundred persons . . . sympathetic to the Jews; these were counterbalanced by about one hundred firm and committed Nazis . . .; between these two extremes was the remainder of the population, which was by and large apathetic toward the Jewish issue and which obeyed the regulations and edicts of the Nazi regime. These people kept their mouths shut and their thoughts to themselves, and they did nothing to disturb the status quo".[13]

By the eve of the war, it seems plain that attitudes towards the Jews had hardened even among the broad apathetic sector of the population. Coupled with the growing pariah status of Jews, whose social contacts with non-Jews had been significantly reduced, the six years of Nazi propaganda had undoubtedly taken its toll, in particular in its association of the Jews with the foreign policy tension and the growing menace of war – dreaded by so many Germans – in 1938–1939. The feeling that there *was* a "Jewish Question",[14] that the Jews *were* another race, and that they deserved whatever measures had been taken to counter their undue influence, and should be excluded from Germany altogether, had spread ominously. But the spread in passive discriminatory attitudes had taken place largely subconsciously, as the mode of discourse relating to Jews had itself shifted. On the verge of war, as in the previous years of Nazism, the "Jewish Question" appears to have ranked low in the concern of most Germans, to go by the factors which influenced the formation of daily opinion.[15]

We must now turn to consider the development of the attitudes we have outlined for the war-time period.

I will relate my comments on attitudes towards the Jews during the war years primarily to the contentious issues of depersonalisation, knowledge of the fate of the deported Jews, and lack of interest in the "Jewish Question".

It is striking how little the "Jewish Question" figures in the vast numbers of opinion reports emanating from the various agencies of the Nazi regime during the first two years or so of the war, down to the period following the invasion of the Soviet Union and the introduction of the Yellow Star and the first wave of deportations from Germany in the autumn of 1941. Reflections of popular attitudes towards the Jews in this period are found only rarely in these sources.

---

[13] Frances Henry, *Victims and Neighbors. A Small Town in Nazi Germany Remembered*, South Hadley, Mass. 1984, p. 106.

[14] See Kershaw, *Popular Opinion, op. cit.*, p. 272 and note 85.

[15] This conclusion is also reached by William Sheridan Allen, ‚Die deutsche Öffentlichkeit und die „Reichskristallnacht" – Konflikte zwischen Werthierarchie und Propaganda im Dritten Reich', in Detlev Peukert and Jürgen Reulecke (eds.), *Die Reihen fast geschlossen . . .*, Wuppertal 1981, pp. 401–402.

One set of recorded comments from Lower Franconia in late 1939, welcoming the removal of Polish, Czech, and Austrian Jews to the Lublin reservation and hoping that the same would be done with German Jews, was said to have represented the views of "Party comrades" and the great proportion of "people's comrades".[16] There is no way of testing the accuracy of such reports. It seems fair to presume, however, that such comments emanated chiefly from Party circles, and it is inherently unlikely that sympathetic noises from the non-organised population were sufficiently extensive to justify the generalisation of the SD informant that this was majority opinion.

Other sorts of sources are not much more forthcoming at this period. The last *Sopade* report from April 1940 has a section on the persecution of the Jews, but deals mainly with Poland and points out that comments on the situation of the Jews inside Germany itself were now sparse. The general interpretation of the *Sopade* analysts on the basis of the information they were receiving was that the Nazis were consciously attempting to stir up hatred of the Jews through attributing to them the exclusive guilt for the war "because the majority of the German people is today less sympathetic than ever to the antisemitic excesses". As far as the effectiveness of propaganda could be assessed, it was said, "this war guilt manoeuvre is making little impression on the German people, and the persecutions of Jews are rejected now as before", though the report made a significant exception for those young Germans who had grown up under Nazism, had largely swallowed Nazi propaganda on the Jews, and were always ready to take part in excesses against them.[17] Despite this qualification, the report sounds one-sided and over-optimistic about the state of German opinion, as do the assessments of the *Neu Beginnen* group, emphasising the "amazingly friendly" attitude towards Jews encountered in various parts of Germany in reports stretching to autumn 1941.[18] Such reports were not infrequently based on the experiences of Jews who had managed to leave Germany, and the emphasis upon assistance and friendliness from "Aryans" is matched in Jewish memoirs and eye-witness reports.[19] Presumably, acts of friendliness or sympathy in a generally hostile environment made a particularly strong impression and could easily lead from a Jewish perspective to a distortedly positive evaluation of prevailing attitudes.[20] Even so, such a balanced account as that of Inge Deutschkron documents, in the context of a climate determined by aggression and ringed by a wide band of apathy, an impressive extent of help and sympathy in this period for Jews in

---

[16] Cited in Kershaw, *Popular Opinion, op. cit.*, pp. 360–361.

[17] *Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1934–1940*, Frankfurt a. Main 1980, vol. 7 (1940), pp. 257–258.

[18] Wiener Library, London, *Deutsche Inlandsberichte/Reports from Inside Germany*, issued by the Auslandsbureau of Neu Beginnen, London, No. 64 (10th September 1941), p. 24; No. 65 (14th December 1941), pp. 17–19.

[19] See e. g. Kershaw, *Popular Opinion, op. cit.*, p. 361.

[20] Pointed out by Kulka and Rodrigue, *loc. cit.*, p. 432 note 32.

Berlin, where conditions for the relatively large Jewish population were probably more favourable than in any other German city.[21]

The evidence on which to assess attitudes in the period before the invasion of the Soviet Union is, therefore, meagre in extent and conflicting and inconclusive in content. An assessment has to be largely a matter of tentative, hypothetical inferences rather than firm deductions. Such inferences point firstly to the low level of importance of the "Jewish Question" in this phase as a factor in the framing of popular opinion. Comments such as Inge Deutschkron's that "Germans who did not want to know what was going on around them had indeed no idea of how we lived among them",[22] are suggestive, secondly, of a deliberate or subliminal exclusion of the treatment of Jews from popular consciousness – a more or less studied lack of interest or cultivated disinterest, going hand in hand with what can indeed fairly be described as an accentuated "retreat into the private sphere" and increased self-centredness in the more difficult and worrying war-time conditions. Thirdly, frequent acts of solidarity and sympathy occurred, but formed, it is clear, impressive islands of humanitarian concern amid an atmosphere impregnated with menace and aggression. Fourthly, despite the claims of the *Sopade* that antisemitic propaganda had been largely ineffective in the first phase of the war, it seems hardly conceivable that the intensified hate campaigns purveyed in the *Stürmer,* other Nazi newspapers, on the radio, and through the disgusting "documentary" *Der Ewige Jude*[23] remained without impact in intensifying anti-Jewish attitudes in growing sections of the public. It seems, if these inferences are correct, possible to argue, therefore, that, in the months before the Russian campaign brought a qualitatively new dimension to conditions for German Jews in the autumn of 1941, there had been *both* a decrease in interest in the "Jewish Question" (compared, for example, with 1938–1939 and relative to other more pressing issues) enhanced by a "retreat into the private sphere", *and,* in the face of a barrage of Nazi propaganda, the absence of any alternative "mode of discourse", and the growing detachment of Jews from regular contact with non-Jews, an intensification of negative attitudes towards an increasingly abstract – that is, depersonalised, and ever more dehumanised – image of the Jew.

Amid the welter of incisive restrictions which afflicted Jews in the autumn of 1941, the introduction of the Yellow Star, the outward badge of Jewishness, caused the greatest stir and produced the most overt reflection in the opinion reports of the regime. Pressure from within the Party for the wearing of the Yellow Star had been resisted before the war as being inexpedient.[24]

It is evident, however, that in the period of stepped-up hatred towards the "Jewish-Bolshevik" arch-enemy and heightened tension with the opening of the

[21] Inge Deutschkron, *Ich trug den gelben Stern,* 4th edn., Cologne 1983, pp. 60–62.

[22] *Ibid.,* p. 80.

[23] For this film, released in 1940, see David Welch, *Propaganda and the German Cinema 1933–1945,* Oxford 1983, pp. 292ff.

[24] Dietrich Orlow, *The History of the Nazi Party,* vol. 2, 1933–1945, Newton Abbot 1973, pp. 250–251.

new war front in the East in the summer of 1941, Party activists at home were stirring up renewed pressure for the introduction of methods to exclude Jews from access to increasingly scarce material commodities and services, and to brand them as outcasts for all to see.

An indication of the threatening mood is provided by a report from the *SD-Hauptaußenstelle* at Bielefeld on 3rd August 1941, alleging general approval for the announcement in the local papers at the end of July that Jews would receive no compensation for damage suffered through the war, and claiming such growing strong feeling about the "provocative behaviour" of Jews that the town administrations of Bielefeld and Minden had already felt obliged to ban attendance at the weekly markets for Jews "in order to avoid acts of violence". The report added that even these measures did not satisfy the population, who were demanding "that compulsory identifying marks should finally be introduced, similar to what has been common in the *Generalgouvernement* since the beginning of the war" to prevent Jews from avoiding such restrictions. It was further claimed that even in Paderborn, where because of Catholic influence there had so far been little hatred of Jews to speak of, demands had grown that Jews and Poles should only be attended to in shops when German customers had already been served. Nazi circles were reported as saying that one should resort to self-help and apply force against Jews and Poles if official measures were not taken straightaway.[25]

Further SD reports from the area following the introduction of the Yellow Star in September 1941 emphasise not only the general approval for the measure, but the allegedly widespread feeling that it did not go far enough, and that *Mischlinge* as well as full Jews should be forced to wear the Star, preferably also on the back.[26] Similar reactions were reported from many parts of Germany and summarised in central SD digests in October 1941 and February 1942.[27]

I think in retrospect that Kulka and Rodrigue are right to place more weight on such comments than I had previously been prepared to attribute to them. The public nature of the branding produced by the Yellow Star decree evidently did elicit considerable attention and comment – much of it, as I acknowledged, vicious in tone. Such comment no doubt reflects a further hardening of attitudes towards Jews. At the same time, it still appears to me that Kulka and Rodrigue are inclined to treat such reports too uncritically. One such report which I have just mentioned, from the Bielefeld area, begins for instance by saying that extensive discussion about the introduction of the Yellow Star had not taken place. It then, nevertheless, goes on to interpret the general mood as being

---

[25] SD-Hauptaußenstelle Bielefeld, 5th August 1941, in Otto Dov Kulka, *The 'Final Solution' and the German People*, Indiana University Press, forthcoming. I am most grateful to Prof. Kulka for his kindness in allowing me to use this material in advance of his publication.

[26] SD-Außenstelle Höxter, 25th September 1941; SD-Hauptaußenstelle Bielefeld, 30th September 1941; and see also SD-Außenstelle Minden, 21st February 1942, all in Kulka, forthc. (see note 25).

[27] See Kershaw, *Popular Opinion, op. cit.*, p. 362; Marlis G. Steinert, *Hitlers Krieg und die Deutschen*, Düsseldorf 1970, pp. 239–240; Heinz Boberach (ed.), *Meldungen aus dem Reich*, Neuwied 1965, pp. 220–225; Kulka and Rodrigue, *loc. cit.*, p. 433.

approving and viciously aggressive towards the Jews.[28] The point I made in my remarks on the SD reporting on the Yellow Star was that the tone of the reportage was above all redolent of the overtly Nazi element of the population, whose comments probably provided the dominant public voice on the issue. Doubtless, such rabid sentiments found a greater echo than had earlier been the case. But whether they were the overwhelming majority opinion might be open to doubt. At any rate, I still question "the reliability of this thoroughly documented report"[29] as an accurate reflection of majority attitudes on the "Jewish Question" in autumn 1941.

And there certainly was a significant minority critical voice, according to the SD, especially in Catholic and bourgeois circles abhorring the measure. Demonstrative shows of sympathy from strangers feature prominently in numerous Jewish eye-witness accounts, especially from Berlin, where, according to such memoirs, as Monika Richarz puts it, "hidden shows of sympathy were the more frequent reaction, in so far as the population showed any reaction at all".[30] In the context of Berlin, Inge Deutschkron again provides a balanced account, in which the unpleasant experiences – especially of children forced to wear the Star – are given due prominence, and where the discriminatory isolation accentuated by the wearing of the Star is emphasised. Her summary of the mixed attitudes she encountered notes that "there were people who looked at me with hate; there were others whose glances betrayed sympathy; and others again looked away spontaneously".[31] It is impossible to attach proportions to these behavioural types, but my speculation from the unsatisfactory evidence is that the third category – keeping quiet, avoiding involvement, apathy and indifference mingling with passive compliance – was still far larger than Kulka and Rodrigue are inclined to accept on the basis of the SD reports alone.

As with the introduction of the Yellow Star, I think in retrospect and in the light of some further interesting SD reports which have come to light, that I may have overemphasised the lack of interest in the deportations when they began in the autumn of 1941, and in the subsequent fate of those deported, possibly at the cost of underplaying the inhumane responses towards the removal of the Jews and the level of hostility towards those remaining. At the same time, it is necessary to repeat the point: compared with other events at home and on the military front which were preoccupying the German people in the autumn of 1941 and winter of 1941–1942, the deportation of the Jews elicited remarkably little comment and, it is fair to conclude, was clearly of minor significance among the factors shaping popular opinion. In relation to other issues, therefore, this points towards a distinct lack of interest in the "Jewish Question". This

[28] SD-Außenstelle Höxter, 25th September 1941, in Kulka, forthc. (see note 25).

[29] Kulka and Rodrigue, *loc. cit.*, p. 433.

[30] Monika Richarz (ed.), *Jüdisches Leben in Deutschland. Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1918–1945*, Stuttgart 1982, Veröffentlichung des Leo Baeck Instituts, p. 63 and the eye-witness accounts p. 381 („. . . Die Judensterne sind nicht populär. Das ist ein Mißerfolg der Partei . . ."), and p. 402.

[31] Deutschkron, *op. cit.*, p. 87.

seems confirmed by Müller-Claudius's long-known, but still interesting evidence, to which I shall return.[32] Secondly, the point must again be made that the SD reports and other such material need to be read with a critical and sceptical eye, not least on such a sensitive issue as attitudes towards the Jews, where it seems certain that people would be increasingly cautious about expressing critical comment on the regime's anti-Jewish measures, so that comment coming to the ears of SD informants would be predominantly that of loyal Nazis who basically shared the official standpoint, or even took a more aggressive attitude. Thirdly, although knowledge about the mass shootings of Jews undoubtedly became fairly widespread (knowledge of the gassings less so, but even so was also spreading in rumours), this knowledge was compatible with a spectrum of attitudes ranging from overt approval, to blank condemnation, and above all with the apathetic shrug of the shoulders – the feeling that "horrible things happen in war, and I can't do anything about it anyway" and the turning of the face from unpalatable truths, the deliberate exclusion of "knowing in order to know what not to know".

Few reports have come to light which cast any detailed light on attitudes towards the deportations. Generally, the "evacuation" of Jews was coldly and factually recorded, and sometimes the "approval", "satisfaction", or "interest" of the local population was noted.[33] Occasionally, however, a report went beyond such uninformative stereotypes. For instance, the *Gestapo* in Bremen indicated in November 1941 that "while the politically educated section of the population generally welcomed the imminent evacuation of the Jews . . . especially church-going and commercial circles . . . show no sympathy for it and still believe today that they have to stick up for the Jews . . ." Both Catholics and Protestant adherents of the Confessing Church were said to have vehemently expressed their pity for the Jews. In one Protestant parish, where the largely bourgeois and intelligentsia population supported the Confessing Church, the Jews had been provided with material support. And in the business world, it was said, firms employing Jews did not want to lose them. Even "well-respected" firms were not hesitating to file petitions saying they could carry on no longer if their Jews were to be deported.[34] Another report, from Bielefeld, summarised reactions to the deportation of 400 Jews from the Minden district in December 1941. Though the "action" had been kept secret, word had got round, and a number of comments were registered from which it could be gathered that the "action" found the approval of the great majority of the population. One or two wholly nazified comments – e. g. thanking the *Führer* for freeing the people of the plague of Jewish blood, claiming it should have been done half a century earlier and then the First World War would have not been necessary, or bemoan-

---

[32] Michael Müller-Claudius, *Der Antisemitismus und das deutsche Verhängnis*, Frankfurt a. Main 1948, esp. pp. 166ff.

[33] See Kershaw, 'Persecution', *loc. cit.*, p. 283.

[34] Staatspolizeistelle Bremen an den Bürgermeister Bremen, 11th November 1941, in Kulka, forthc. (see note 25).

ing the fact that the town's buses had been laid on to bring the Jews to the station – were recorded. The report then mentioned a few critical remarks, registering incomprehension "that the Jews could be handled so brutally" since "whether Jew or Aryan, all are human beings created by God". Informed rumours (to which I will return) about the fate of the deported Jews were also described in the report, along with rumours that the *Führer* wanted to hear by 15th January 1942 that there were no more Jews in Germany. Rumours were also in circulation that as revenge for the treatment of the Jews, all Germans in America had to wear a swastika on the left side of the breast. The rumours were said to have emanated "solely from denominational circles, as has become customary with all actions of the State".[35]

The Bielefeld report was built up from two reports from Minden itself about the evacuation, dating respectively from 6th and 12th December. Comparison of the Minden reports and the Bielefeld summary is instructive. The Minden report of 12th December contains the rumours about the destination of the Jews in Russia, Hitler's supposed order to clear out all Jews by mid-January 1942, and the alleged swastika badges in the USA. It is not said that such comments were confined to "denominational circles"; only that "through this prattling, the vein of sympathy *(Mitleidsdrüse)* of various people with Christian attitudes is indeed being strongly activated".[36] The slightly earlier report of 6th December started by pointing out the "great concern" of a large proportion of the population about the "evacuation" of the Jews. Two basic viewpoints were then singled out: the likely retaliation abroad, especially in America, with reference to the way the *Kristallnacht* pogrom had harmed rather than helped Germany; and secondly, a more humanitarian standpoint which, it was said, could not be widely registered, but could be heard in a large section of the better-off circles, especially among the older generation, that the measure was far too "hard", that many Jews could not be expected to survive the journey to the East in the middle of winter, and that they were all Jews who had lived in the district since time immemorial. Only the third and final paragraph of the report added the rider that "among the *Volksgenossen* who understand the Jewish Question... the entire action is nevertheless absolutely approved of" and the "German identity feeling" brought into prominence.[37]

The suggestion of the Minden reports, therefore, in contrast to the Bielefeld digest of them, is that concern (from a number of motives) and criticism were more prominent reactions than Nazi-style approval. This reading is supported, too, by a report from the same area, this time from the SD station at Detmold, about a later transport of the last Jews from Lemgo in July 1942. The assembly of the Jews in the market place at Lemgo on 28th July had excited much attention, and the deportation, it could be observed, "was generally negatively criticised" by a large proportion of the "older *Volksgenossen*", among them some Party

[35] SD-Hauptaußenstelle Bielefeld, 16th December 1941, *ibid.*,
[36] SD-Außenstelle Minden, 12th December 1941, *ibid.*
[37] SD-Außenstelle Minden, 6th December 1941, *ibid.*

members. Various "arguments" were "more or less openly" advanced against the deportation, for instance, that the hardship now to be imposed on the Jews was unnecessary, since they were in any case dying out in Germany. Even people who had previously demonstrated their "National Socialist attitude" were said to have supported the interests of the Jews, and people in churchgoing circles spoke of the coming "punishment of God". Although those with confirmed Nazi views sought to explain that the "action" was fully justified and absolutely necessary, this argument was countered by the opinion that the old Jews could not do any damage, would in fact "not harm a fly", and that there were many among them who had done much good.[38]

The indications of such reports, exceptional as they are in the extent of the reported comment they provide on the deportations, are that expressed attitudes of a Nazi character towards the removal of the Jews were by no means universal and could even be in a minority. And although opinion was clearly divided, there evidently *was* at least temporarily some direct interest taken in the removal of the Jews and in their fate. Of course, nowhere did it come to anything more than expressions of the sort recounted here, with the single exception of the successful week-long protest demonstration of more than 200 non-Jewish women in Berlin in March 1943 against the deportation of their Jewish husbands, where the Nazi leadership, sensitive to public feeling in the post-Stalingrad atmosphere, backed down and released the Jews.[39]

The unique public protest against anti-Jewish actions was, of course, carried out by those who were most directly interested – the wives of those to be deported. This instance where *active* opposition paid dividends again suggests, therefore, that where Germans were *not* directly affected by the "Jewish Question" – as they were, at least potentially, by, for example, the "Euthanasia Action" – then the prevailing attitude was basically one of passivity and apathy, apart from those anxious to profit materially from the removal of the Jews by staking a claim to their property or requesting the use of their apartments.[40]

Even the level of involvement in the deportation of the Jews shown in the reported responses which we noted of the population in the Bielefeld area might not have been typical of the reactions to deportations in the big cities. Although Inge Deutschkron points out that the first deportations from Berlin had been accompanied by some critical comments of bystanders, so that future deportations were carried out from the suburban station of Grunewald and not from the central Lehrter *Bahnhof,* the main type of response she singled out was one of reserve, of not wanting to be involved. "It was strange", she wrote, "how the Berliners knew how to avoid such actions taking place in their city.

---

[38] SD-Außenstelle Detmold, 30th July 1942, *ibid.*

[39] Kurt Jakob Ball-Kaduri, 'Berlin is "Purged" of Jews. The Jews in Berlin in 1943', in *Yad Vashem Studies,* 5 (1963), pp. 271–316, here pp. 279 ff.; Richarz, *op. cit.,* p. 64; and see Wiener Library London, 'P' Collection Eye-Witness Accounts, PIIIc, No. 1143; PIIId, No. 854.

[40] See Kershaw, 'Persecution', *loc. cit.,* pp. 283–284; Kulka and Rodrigue, *loc. cit.,* p. 434 note 40.

How many of them stood behind the curtains can only be guessed. Sometimes we saw how a head behind them suddenly disappeared."[41]

Also on the question of how far the German people knew about the fate of the deported Jews, and if they did whether they approved of it, variants of interpretation have revolved around the notion of "indifference". I have myself suggested that most Germans probably thought little and asked less about what was happening to the Jews in the East, that Jews were out of sight and literally out of mind for most. However, I stressed the incontrovertible evidence that knowledge of atrocities and mass shootings of Jews in the East was fairly widespread, mostly in the nature of rumour brought home by soldiers on leave, and the rumours were also circulating about gassings in mobile gas-units, and probably to a far lesser extent about the operations of the death-camps. I mentioned Bormann's provision of new propaganda directives in autumn 1942 to counter rumours about the "very sharp measures" taken against the Jews in the East, the rumours referred to in SD and other reports about the possible revenge of the Jews and of Germany's other enemies should Germany lose the war, the reactions about German inhumanity towards the Jews in the light of the regime's anti-Russian propaganda following the discovery of the Katyn massacre, and other indications that, even where concrete details were not known, the awareness that dire things were happening to the Jews in the East was fairly widespread.[42] Kulka and Rodrigue added to this the growing number of Jewish sucides once the deportations had begun, and also the outspoken hints by Hitler in his public speeches as further evidence of knowledge of the fate of the Jews, putting it "beyond doubt that the drastic nature of the path taken by the 'Jewish Question' was not a secret to the public".[43] They draw the debatable conclusion from this, however, that "what was actually reported to the regime should not be understood as 'indifference', but as an attitude that might best be characterized as passive complicity".[44] This does seem to allow for a distinction between what was reported to the regime, and other non-reported attitudes. But even so, it is not unproblematic in its generalisation of the basic attitude, and probably overdismissive of the notion of "indifference".

Additional fragments of evidence which have recently come to light confirm the existence of the rumours of mass shootings as early as autumn 1941, illustrate accurate rumours and some aroused interest in the activities of the *Sicherheitspolizei* in the occupied territories in April 1942, and indicate that fairly precise information could be acquired by ordinary Germans who were keen to find out what was happening. The report mentioned earlier from the *SD-Außenstelle* Minden noted on 12th December 1941 that it was being said in the district that all the Jews were being deported to Russia, the transport being carried out in

---

[41] Deutschkron, *op. cit.*, p. 106 and see also p. 128.

[42] Kershaw, *Popular Opinion, op. cit.*, pp. 364–368; *idem*, 'Persecution', *loc. cit.*, pp. 284–286.

[43] Kulka and Rodrigue,, *loc. cit.*, p. 434, though it appears to me difficult to draw firm inferences about the knowledge and reactions of non-Jews from the number and frequency of Jewish suicides.

[44] *Ibid.*, p. 434.

cattle waggons once they had reached Warsaw, and that once in Russia the Jews were being put to work in factories while the old and sick were being shot.[45] A report in April 1942 to the *SD-Hauptaußenstelle* Erfurt, following a report in the *Völkischer Beobachter* about the deployment of the SD in combating partisans in the Soviet Union, indicated "a still wholly unclear picture about the happenings behind our fronts in Soviet territory", but a considerable interest in obtaining more information, and "the wildest rumours" that the *Sicherheitspolizei* had been given the task of "exterminating Jewry" in the occupied territories, with thousands of Jews having to dig their own graves before being shot, and shootings reaching such an extent that members of the extermination squads were suffering nervous breakdowns. All these rumours were providing the activities of the *Sicherheitspolizei* with "a horrible image" *(ein grausiger Nimbus)*.[46] In addition to such "official" evidence, a remarkable set of extant diary notes from the Nazi era which has recently come to light reveals how, a few months later, an ordinary worker near Celle in Lower Saxony, Karl Dürkefälden, was acquiring detailed information about the mass shootings in the Soviet Union through questioning of a relative home on leave.[47] And according to her recollections, it was in November 1942 that Inge Deutschkron and her mother first heard via the British Broadcasting Corporation of the gassings and shootings of Jews – news which they inwardly suppressed, since it was so shocking and so hard to grasp.[48]

The testimony of Karl Dürkefälden and Inge Deutschkron points to difficulties of interpreting generalised attitudes of the population from knowledge about the fate of the Jews. Dürkefälden's case indicates the difficulty of presuming that accurate knowledge of the fate of the Jews among "ordinary Germans" necessarily implied "passive complicity". As far as is known, Dürkefälden (who had belonged to no political party, though he probably sympathised with the *Sozialdemokratische Partei Deutschlands* [SPD], and clearly disliked the Nazi regime, even casting a no-vote in the 1933 plebiscite), made no use of the information he acquired about the Jews. His behaviour can, therefore, be regarded as passive in the Jewish issue as in practically every other sphere. But it was "complicity" only in the sense that he did not openly risk his neck to denounce what he knew was taking place. And Deutschkron demonstrates what is otherwise known from Jewish sources, that the reported information from the East was too horrific for Jews to appreciate in any rational sense. It seems at least reasonable speculation, quite apart from post-war apologetics, to presume that

---

[45] SD-Außenstelle Minden, 12th December 1941, repeated in SD-Hauptaußenstelle Bielefeld, 16th December 1941, in Kulka, forthc. (see note 25).

[46] SD-Erfurt, Beobachter 11 Steiger, an die SD-Hauptaußenstelle Erfurt, 30th April 1942, *ibid.*

[47] Herbert Obenaus, ‚Haben sie wirklich nichts gewußt? Ein Tagebuch zum Alltag von 1933–1945 gibt eine deutliche Antwort', in *Journal für Geschichte*, 2, Heft 1 (1980), pp. 26–31, here esp., pp. 28–30. And see now, Herbert and Sibylle Obenaus, *‚Schreiben, wie es wirklich war!' Aufzeichnungen Karl Dürkefäldens aus den Jahren 1933–1945*, Hannover 1985, pp. 107ff.

[48] Deutschkron, *op. cit.*, pp. 107, 109–110, 140, 198. And see p. 170 for the comment of a Nazi betraying knowledge of extermination policies.

many non-Jews, faced with mounting problems of their own as the war turned against Germany, reacted in not dissimilar fashion by rejecting the horror stories as allied propaganda or simply excluding the truth from their consciousness as being unpalatable or causing too much anxiety. There seems something in Walter Laqueur's point: "Quite likely that while many Germans thought that the Jews were no longer alive, they did not necessarily believe that they were dead. Such belief... is logically inconsistent, but a great many logical inconsistencies are accepted in war time." Certainly, his conclusion on this question is apposite, that the fate of the Jews "was an unpleasant topic, speculation was unprofitable, discussions of the fate of the Jews were discouraged. Consideration of this question was pushed aside, blotted out for the duration."[49]

Evidence about knowledge of the fate of the Jews is, therefore, overwhelming in indicating that the availability of that knowledge was widespread. It is less straightforward, however, in demonstrating what attitudes followed from the knowledge. Kulka and Rodrigue take the view that "the composite picture that the regime obtained from popular opinion reports pointed toward the general passivity of the population in the face of persecution of the Jews", thus proving the "objective complicity of the population in the 'Final Solution'", but reject the concept of "indifference" as too limited in scope and not conveying the "full complexity of popular opinion".[50] As I have attempted to argue, no single term can do justice to the various strands of opinion on the final stages of Nazi anti-Jewish policy. Doubtless, as I conceded earlier for the first phases of the war, there was a further radicalisation of opinion in an already hostile climate, so that in the period following the invasion of the Soviet Union it seems almost certain that one can speak of some hardening of attitudes towards the Jews, and a feeling among a growing number of people that the Jews were getting what they deserved, even if they did not wholly rationalise what exactly that meant. At the same time, however, the SD reports on which Kulka places such reliance cannot be uncritically read, and stereotype generalisations in response to draconian, but well-worn, Hitler threats to annihilate the Jews, as in his speech on 30th January 1942, are a less than sophisticated guide to the complexity of opinion.[51] Certainly, the SD reports provided the regime with an impression of general approval for the anti-Jewish policy, and especially with an impression of passivity, as Kulka and Rodrigue claim. But the leadership does not appear to have been entirely sure of its standing with the public on the issue, as the caution shown by Goebbels in Berlin following the Stalingrad defeat and the concern of Bormann

---

[49] Walter Laqueur, *The Terrible Secret*, London 1980, p. 201.

[50] Kulka and Rodrigue, *loc. cit.*, p. 435.

[51] *Ibid.*, pp. 433–434. According to the SD report itself, the main interest of the population in Hitler's speech lay in his assessment of the military situation in the East. In the report of 2nd February 1942, which covers almost four printed pages in Boberach, *Meldungen*, pp. 216–220, the generalised response to Hitler's vicious but unspecific remarks about the Jews is summed up in five lines.

to ban discussion within the Party of the future "solution" of the "Jewish Question" in 1943 seem to indicate.[52]

Above all, however, the SD reports must have given the regime the impression that the "Jewish Question" was a matter of low concern to the general public compared with the numerous issues on which opinion was heated and anxiety great. In this sense, indifference towards the "Jewish Question" in relation to other issues still seems an appropriate depiction of overall attitudes, even though, when for short periods the "Jewish Question" was brought into the limelight, the bulk of vocal opinion was antagonistic to the Jews and expressed little dissent and much approval for the regime's attempts to find a "solution". In this context, the replies summarised by Michael Müller-Claudius based on his unique, camouflaged small sample of opinion of sixty-one Party members in 1942 still offer a nuanced analysis of attitudes which rings true.[53]

According to Müller-Claudius, 42 of the Nazis (69% of his "sample") he prompted with his opening statement that "the Jewish problem still hasn't been cleared up" and "we hear nothing at all about what sort of solution is imagined" provided responses which could be classed as "indifference of conscience". Characteristic replies were: (1) "I prefer not to speak of it. It's simply not possible to form an opinion on it." (2) "It's too risky to speak about it, and anyway nobody has any influence on these things." (3) "There's no point in thinking about it. The decision lies with Hitler alone." (4) "Actually, I'm not at all for solutions of force – but the problem as such is probably not ripe for decision in a political sense." (5) "To be frank, I've heard some very unpleasant things, but are they true? How much can you believe of rumours, anyway? Nobody can test them, so it's best to keep out of it." (6) "I've had nothing to do with Jewish policy and know as little as you do, how it's going to develop. Ultimately, we've got a total state. It has the sole responsibility." (7) "Actually, I'm not against the Jews altogether. But I keep miles away from the topic. The *Gestapo* is very sensitive about it. Talk about the subject is not wanted." (8) "Have a cigarette instead. I'm busy 12 hours a day, and can't be concerned with that as well. I need to keep all my thoughts on my work, and the rest of the time for relaxation." (9) "I'm just about up to here with the war. I want a regulated situation. What part the Jews play in that isn't my concern." And, (10) "What are you interested in that for? That's purely a question for the State . . . And we have no influence on politics."

Of the remainder of Müller-Claudius's "sample" of 61 persons, all of whom had joined either the NSDAP or the Hitler Youth before 1933, only three (5%) expressed open approval of the right to exterminate the Jews, with comments such as: "The *Führer* has decided upon the extermination of Jewry and promised it. He will carry it out." Thirteen persons (21%) showed some signs of ethical and moral sense, speaking for instance of a future Jewish state, but accepting much of the Nazi claim that the Jews had caused Germany harm, and seeing a

---

[52] See Kershaw, 'Persecution', *loc. cit.*, pp. 284–285.; Ball-Kaduri, *loc. cit.*, pp. 282–283; and cf. Müller-Claudius, *op. cit.*, pp. 165–166.

[53] For what follows, see *ibid.*, pp. 166–176.

Jewish state as a way to prevent this in future by allowing for separate German and Jewish development. These replies also revealed resigned attitudes – washing of the hands for whatever brutalities were taking place. One characteristic reply, for instance, ran: "What can one do? An SS man told me that in the East the Jews have to dig their own graves and are then shot in them. He says it's so horrible that there is already a hospital for soldiers who have gone mad from it. But can one imagine that soldiers are really misused for such disgraceful acts?" Another reply dealing with rumours of barbarous acts towards Jews in the East concluded: "If the war so brutalises people, then one must indeed be prepared for the worst." Müller-Claudius's final "reaction group" comprised three persons (5%) who revealed what he called a "clear detachment from antisemitism", as in comments such as: "The rigid racial standpoint will not be able to be maintained in a genuine peace. We cannot deny that we have obligations towards Jewry", and suggesting it would only be fair to give Jews the choice of living in Germany or in a Jewish national state.

The conclusion which Müller-Claudius, himself formerly a professional psychologist, reached about the majority "indifferent" group was that it comprised those who "evaded responsible and sympathetic thought and feeling and persisted in a situation of moral indifference.". There was no activation of aggressive hatred, but "the function of conscience was paralysed by lack of participation", enhanced through acceptance of the "total state" depriving the individual of his responsibility for what takes place.

For all its evident weaknesses, Müller-Claudius's analysis is, so far as I am aware, the nearest we can come to a differentiated assessment on psychological grounds of attitudes towards the Jews in the year that the deportations and extermination were in full swing. That the responses came from Nazis who had been in the Party since before Hitler's "seizure of power" suggests that the predominant attitude of "moral indifference" probably applied *a fortiori* to "non-organised" Germans. It is worth noting that the most recent investigation of relations between Jews and non-Jews, taking the case-study of a small Rhineland town and basing the findings largely on oral history techniques, also reached the conclusion that "because of the general fear and suspicion that surrounded their lives, few people probably gave more than a passing thought to the fate of the Jews. Trying to survive under a repressive regime was the uppermost concern for the Gentile population."[54] That there is nothing heroic or praiseworthy about such an attitude goes without saying. But, regrettably, it seems a very human response. And on basic common sense grounds, too, the dulling of the moral senses into indifference seems likely to have been an attitude with a wide currency in the "Third *Reich*".

Let me try to sum up briefly, as a series of tentative hypotheses, the argument I have been advancing.

(1) The evidence on which to base an analysis of attitudes of the non-Jewish

[54] Henry, *op. cit.*, p. 143.

population towards the Jews is particularly unsatisfactory for the war-time period. A sophisticated level of differentiation cannot be obtained.

(2) The SD reports, in particular, need critical analysis and cannot be taken at face value. They do indicate some hardening of attitudes towards the Jews and provide indications of distinct interest in the persecution, deportation, and ultimate fate of the Jews at certain specific junctures where the "Jewish Question" was temporarily brought into prominence. But it is *a priori* likely that vocal comment on the Jews coming to the attention of the SD tended to overrepresent the nazified attitudes in the population.

(3) The SD material shows, nevertheless, that attitudes towards the radicalisation of anti-Jewish policy were far from uniform, and that amid the general atmosphere of alienation and hostility there were pockets of sympathy or solidarity. Assistance or acts of friendliness from non-Jews presumably made a striking impact on Jews who experienced them and forms a correspondingly prominent part in their recollections. Undoubtedly only a small minority of the population was involved.[55] Class, gender, geographical or other factors cannot be precisely analysed. As in the pre-war era, church-going Catholics, pious Protestants (especially attached to the Confessing Church), the Liberal intelligentsia, and committed Socialists and Communists were the most likely groups to be critical of Nazi anti-Jewish policy and action, as part of their general antipathy to the Nazi regime. But most acts of "friendliness" appear, not suprisingly, to have come not from strangers, but from personal contacts. Given the social milieu of most German Jews, these contacts were more likely to be with the bourgeoisie than with the working class. Geographically, the Jews of Berlin were more likely to encounter assistance or friendly attitudes than the Jews of any other large city it seems, and certainly more than the exposed Jewish populations of small towns. Given the size of the Jewish population of war-time Berlin, it was presumably statistically more likely that acts of sympathy towards Jews would occur. But the liberal cultural and political traditions of the city, its large bourgeoisie and intelligentsia, its cowed but recalcitrantly anti-Nazi blocks of the former Socialist and Communist working class, and the scarcely veiled (and increasing) antagonism towards the regime in substantial proportions of the population, meant that the siutation for Jews, appalling though it was, compared favourably with anywhere else in the *Reich*.[56]

(4) Evidence from Jewish eye-witness accounts and recollections, from the relatively sophisticated psychological analysis of attitudes by Michael Müller-Claudius, and from a critical reading of the silences as much as the actual content of SD and other regime-internal material, suggests that apathy and "moral indifference" to the treatment and fate of the Jews was the most widespread

---

[55] For notable instances of aid to Jews, see Kwiet and Eschwege, *op. cit.*, pp. 159 ff.; and also H. D. Leuner, *When Compassion was a Crime*, London 1966; and Anton Maria Keim (ed.), *Yad Washem. Die Judenretter aus Deutschland*. Mainz–Munich 1983.

[56] For Berlin, see Deutschkron, *op. cit.*, and more recently the graphic account by Leonard Gross, *The Last Jews in Berlin*, London 1983.

attitude of all. This was not a neutral stance. It was a deliberate turning away from any personal responsibility, acceptance of the state's right to decide on an issue of little personal concern to most Germans (contrasting with the protests on denominational issues and even on the single humanitarian issue of the "euthanasia action"), the shying away from anything which might produce trouble or danger. This apathy was compatible with a number of internalised attitudes towards Jews, not least with passive or latent antisemitism – the feeling that there *was* a "Jewish Question" and that something needed to be done about it.

(5) What seems to be certain is that the "Jewish Question" played only a minor role in the overall formation of opinion for the German population during the war. At the time that Jews were being murdered in their millions, the vast majority of Germans had plenty of other things on their mind. The "Jewish Question", as a component in framing popular opinion, was generally unimportant. In this sense, there was a relative indifference to the "Jewish Question". The low ranking of the "Jewish Question" in the scale of priorities of most Germans, before and during the war, suggests strongly a basic contrast between the centrality of antisemitism in Hitler's world view and the apathy towards the "Jewish Question" of the bulk of the population.

(6) To this extent, it seems to me that the dichotomy posed by Kulka and Rodrigue, between "depersonalisation" meaning decreasing interest in the Jews by a retreat into the "private sphere" together with a general harshening of attitudes, and the cumulative effect of the abstraction of the "Jewish Question" and "internalisation" of demands for the "elimination" of the Jews, is a false, or at least an overdrawn one.[57] Both sets of attitudes existed, side by side and sometimes probably together. Decreasing interest in general in the "Jewish Question" was compatible with latent dislike for Jews and even with occasional shows of outrightly aggressive attitudes. What proportions of the population tended more towards passive reserve, or more towards occasional articulation of aggression cannot, from the nature of the evidence, be known.

(7) Ultimately, the difference in interpretation of popular attitudes appears to be neither wide, nor significant in explaining the regime's "freedom of action to push for a radical 'Final Solution'".[58] Clearly, by the beginning of the war the regime could presume a high degree of consensus in the acceptance of a "Jewish Question" and the need to find a solution to it, even if views about the solution differed, the more openly brutal methods met with criticism, and the consensus – on my interpretation – was based on the passivity and apathy of the vast majority of the population in the face of the dynamic aggression of a minority (which, however, was probably growing in size and had the broad backing of Party and State at its disposal). Though the "Jewish Question" was not an issue of great moment to the majority of the population, the widespread latent

[57] Kulka and Rodrigue,, *loc. cit.*, p. 427.
[58] *Ibid.*, p. 435.

antisemitism and absence of any serious and organised opposition to antisemitism from non-Jewish institutions *before* 1933, was quite sufficient to allow the anti-Jewish radical momentum of the regime to gather pace until, given the existential conditions of the war years, it was as good as unstoppable. Once in power, the Nazi regime had not the slightest difficulty in finding among elites and among "ordinary" Germans collaborators, who, for a variety of motives, many of which had little to do with antisemitism, were prepared to push through and implement discriminatory policies which created their own spiral of radicalisation. And, of course, in the "Jewish Question" as in other matters, the conditions of Nazism encouraged the full flourishing of denunciation as an effective form of social control, in which neighbours and workmates collaborated with "active" not "passive complicity" in building the climate of repression and terror in which self-preservation goes hand in hand with moral indifference and apathetic compliance. In this there may well be little which is peculiarly German, or specific only to the "Jewish Question". A high level of passivity and "moral indifference" is arguably a common characteristic of attitudes towards "outsider" minorities in most authoritarian states, and to some extent even in "liberal democracies". Though not an "active" consensus, it is consensus nevertheless.

At the same time – and a point which I make as the only speaker at the Conference who is neither German nor Jewish – it is plain that so far in history no other advanced society has experienced a collapse of collective moral consciousness and individual civil morality approximating to the steepness of the decline in Germany after 1933. It was above all the absence of a choice against evil. Willy Brandt's concluding remarks in his foreword to a recent book on German-Jewish relations seem apposite, if banal:[59] "If there is any lesson to be learned from the extermination of millions of Jews, it is that decent men and women learn to make choices in favour of the good, and to do this before criminal power is established and gets stabilised. It is the one lesson history must teach, so that it does not repeat itself."[60]

---

[59] Henry, *op. cit.*, p. viii.

[60] An additional comment upon a few of the points which were raised in the discussion of my paper would seem to me essential.

It does not seem sufficient to me to claim simply that Nazi propaganda had achieved its goal, opposition was neutralised, and that "moral indifference" is an unsatisfactory concept because "the very occasional acts of solidarity really tell us what we have to know about the response of the German people". My paper used the concept in an attempt to get behind crude generalisations and to consider the motives which underlay passive behaviour. The concept of "popular opinion", also criticised, is in my view necessary, despite the obvious inability to measure opinion precisely, to denote attitudes which, however inarticulate, continued throughout the "Third *Reich*" to exist in large measure independent of the "public opinion" steered by Nazi propaganda. To give up the attempt to obtain impressions of opinion and concentrate upon "behaviour" appears inadequate to me. Specifically on the "Jewish Question", the *behaviour* of the great majority of the population can only be described as passive. Any probing questions about the nature of the passivity bring us back immediately to the character of the attitudes of the passive majority and what shaped those attitudes.

It was suggested that the element of fear in shaping the attitudes of the non-Jewish population towards the Jews had been missing in my paper. The fear element is at least implicitly present in the paper, as for instance in the remarks about Karl Dürkefälden, and was unquestionably an important

Deutsche Kurzfassung

Die These, die nichtjüdische Bevölkerung in NS-Deutschland habe gegenüber der Verfolgung der Juden eine im wesentlichen gleichgültige Haltung eingenommen, wurde, vor allem im Hinblick auf die während der Kriegsjahre zunehmend aggressive Haltung der deutschen Bevölkerung, bestritten. Es wurde darauf hingewiesen, daß das Beweismaterial zur Analyse dieser Einstellungen, besonders für die Kriegsjahre, unzureichend sei. Die Berichte des Sicherheitsdienstes über die Bevölkerungsstimmung könnten nicht ohne weitere Überprüfung akzeptiert werden. Gegen diese Einwände spricht jedoch, daß dieses Material und andere Quellen dennoch zeigen, daß die Einstellung keineswegs einheitlich war, und bei einigen Teilen der Bevölkerung Sympathie und Solidarität bestanden. Offensichtlich waren jedoch Apathie und moralische Indifferenz gegenüber der Behandlung und dem Schicksal der Juden die am meisten verbreitete Haltung. „Apathie" wird hier verstanden als passiver oder latenter Antisemitismus, verbunden mit dem Bewußtsein um die tatsächliche Existenz der „Judenfrage" und der Notwendigkeit ihrer „Lösung". Die „Judenfrage" als solche spielte allerdings während des Krieges lediglich eine untergeordnete Rolle in der Volksmeinung.

---

factor. However, I was deliberately careful not to place the burden of my explanation upon the fear factor. This can easily be misunderstood as an apologetic of the kind so often heard after the war – that the population had opposed the persecution of the Jews, but had been helpless in the face of totalitarian terror. Further emphasis was laid on the "absolute helplessness" of the population, the implicit presumption being that they *wanted* to help but were prevented by fear from doing so. This seems to me a highly dubious proposition. In my view, although the fear element was no doubt widespread and intense, the weight one attaches to it in evaluating attitudes towards the "Jewish Question" ought to be limited.

Finally, it was felt that I might have underrated the peculiarly German nature of the attitudes I was analysing. The deliberately provocative question I was raising was not, however, meant to be taken in a directly historical sense. Clearly, an evaluation of the obviously different popular attitudes towards the "Jewish Question" in, say, Germany, Italy, and Hungary, would have to take into account a whole array of highly complex developments which had helped to shape those attitudes, and displays of "civil courage" (or the lack of them) would have to be located in the different conjunctural circumstances. The point of my remark, however, was to pose the open question of whether the perceivable German patterns of opinion and behaviour are consonant with what could conceivably take place in other advanced societies, and involving minority groups other than Jews, where, for whatever reasons, a paranoid ideological thrust levelled at a recognisable, and largely unpopular, ethnic minority could be turned into a central focus of government policy.

Schlußwort und Diskussionen
Conclusion and Debates

Conclusion

I have one preliminary observation: my attempt at summary is highly personal. I have tried to be not too subjective, but it is my perception of this conference I will be reporting on. Another participant would probably have done it differently.

A conference as rich and resonant as this one demands, I think, to be read on two levels: the symbolic and the scholarly. Some of the symbols, to begin with that, are as obtrusive as the cunning devices that Thomas Mann used to scatter through his novels. But they are nonetheless real for us and no less significant. There is, first of all, the name that has dominated our deliberations throughout: Leo Baeck. That name is a reminder of the sense of responsibility, loyalty, the sheer courage possible to German Jews, or at least some of them, in an age of nightmares. And that name is also a witness to the magnificent capacity for survival from which we have profited and suffered. It is symbolic also, of course, that the Institute which bears his name should have decided to hold this conference this time, for the first time in its thirty-year existence, in Berlin. I happen not to share the gloomy view which we heard expressed earlier in the week, that Berlin was appropriate because the headquarters of murderous destruction were here. Berlin, I think, was appropriate because until 1933 it was the centre of life, and not of death. I know, of course, there are other impressive centres elsewhere, but Berlin was for Jews and non-Jews alike the Mecca of opportunity, the place where promises found fulfilment. It was also, I should add, one of the hardest nuts for the Nazis to crack and Berliners, probably more than others, showed, or at least some of them, that they cared about their fellow-citizens of the Jewish persuasion. We know that about 5,000 Jews were hidden in this city during the terrible years from 1942 to 1945, hidden or passing, and that would have been impossible without a support system, without a sizeable array of non-Jewish Berliners in the know and helping out. Berlin then, I think, was an appropriate German city for the Leo Baeck Institute's most determined effort to reknit some torn connections.

Still, I do not want to overstate the cheeriness of this event. For most of us, I think, this was a gathering of ghosts. Not that we are ghosts, though by now I rather feel like one myself, but I must say I found it inspiring (a word I do not use very often) to listen to the oldest among us sharing their memories. Each of us brought his own ghost along. There were those among us who had not been back to Germany for decades. I know of at least one participant who had not been here for fifty years. And the men and women who returned for the first time had to take a decision with which they have been living these last few days. Even those, like myself, who have been back many times and who have come to know this city again, found the weight of the past heavy on our shoulders, as

some of our discussions outside as well as inside this conference have shown. I for one thought of many things and I know that I was not alone.

Among the memories that stormed in upon me there is one I want to report to you because it is relevant to the theme I want to address later. I entered the *Goethe-Realgymnasium* in the spring of 1933. I was not yet ten. The foreign language with which we began was French, but then after two years we had a choice. As you entered the *Quarta* you could make the choice of the old humanist path, which meant Latin, or the modern one: English. Already thinking of emigration my parents and I naturally picked English, a language of which I then did not know more than two or three words. But then my father had a telephone call from the director of the *Gymnasium,* asking him to call. Puzzled, my father went, and then Dr. Quandt told him that his son, that is to say I, was after all a gifted student and should really go the humanist route. This was in the spring of 1935 in an Aryanised Berlin *Realgymnasium,* and Latin I took. English I learnt later.

This vignette takes me to the second theme of my summary: scholarship. What my reminiscence should support is complexity and contradiction. From the very first paper on, from Werner Mosse's presentation right down to the last paper by Ian Kershaw this, I think, has been the dominant concern of the formal offerings as well as of the informal interventions. It seems to me as I look back now on those four days of work together that the most fruitful result has been precisely this: a greater awareness of complexity and contradiction. To say this is not, of course, to minimise or trivialise Nazi crimes; this would be absurd. There was nothing moderate about them at any time. Nor is it to pay a wry tribute to a professional deformation among us academics the world over; our liking for yet another nuance added to an already nuanced picture. On the contrary, I think the effort to master past realities by means of precise enquiry and careful evaluations was most impressive. That is why I think the format was by and large a very happy one, if perhaps a little internal until the end. The specific case studies were like highly detailed photographic portraits concentrating on single aspects of larger pictures, and that is also why the short debates over words, over *„Kristallnacht"*, "Holocaust" and others were far from wasted. They too formed part of an effort to get things as straight as possible by naming them by the right names.

In this connection I want to say a word for the interventions from the floor. All of us who have ever chaired sessions at conferences, which is to say, I believe, most of us, know that the discussion period is a time of risk and danger, of potential irrelevance and self-serving disgressions. But this time practically all of the short speeches from the floor were to the point and added to our sense of approximating the realities that we are still trying to grasp. The reminiscences of some among our oldest colleagues were not merely moving as personal documents, but absolutely relevant and highly informative. One speaker, one of the most eloquent to my mind, a witness to the work of the *Reichsvertretung,* expressed his concern that living testimony is being neglected in favour of dry documentation. I should like to reassure him that most social, cultural, political

historians make no such invidious choices, and in any event this testimony served in the same cause to which I have already alluded. The speaker managed in a few minutes to complicate the paper on which he was commenting.

What are some of the complexities that have emerged in the course of these days? There were many, of course, and we were aware of some of them before. I can only list them briefly here. There were numerous attempts, none really systematic ones, but interesting nonetheless, to discriminate among several significations of that compendious term *Ostjuden*. And here I note, by the way, is food for fruitful further work. Next, in a similar way, Zionism in Germany turned out to be politically and ethnically more differentiated than we have often been told. Again, we may need more than a single look at the relations of Orthodoxy to the other strands of German-Jewish religiosity. While it cannot be my purpose to single out one paper at the expense of others I would like to do so without thereby seeming to disparage the rest. In important respects, Reinhard Rürup's paper represents our quest for complexity with particular lucidity. Essentially he argued that to say that something is not A does not mean that it has to be B. It may be neither or something of both. Thus, to deny that there was a worked-out plan for the destruction of the Jews from 1933 on is not to assert that there was only a gentle antisemitic policy in Nazi minds. Rürup spoke of "calculated improvisation", a phrase that I believe goes a long way towards doing justice to its material.

And here I become more personal still. To me, and not to all of us – let me be fair: I know I am not here reporting a consensus, but then you asked me to say what I think – the most exciting contribution to the effort at escaping oversimplification was also the most controversial one. I am speaking of the session on Jewish women, which, though placed very late in the conference, had a smaller audience than I think it deserved. For if Rita Thalmann and Claudia Koonz are right in the general lines of their enquiry, if not perhaps in every detail of their conclusions, then a good deal of Jewish history will have to be rewritten, enriched and complicated. However political the incursions of feminists into historical scholarship have sometimes been, they have forced historians in many fields to rethink the questions they ask and to seek out materials they have so far set aside as unmanageable or even uninteresting. We can no longer be satisfied with such global assertions as "we really do not need to study women, because after all their power over men is long known, but is secret, ergo is at once undisputable and unfathomable and therefore beyond research". I am convinced that we should continue to do what was done on that afternoon, to inject women into the study of decision-making in general and (thinking of our conference in particular) into our study of the way in which Germany's Jews confronted their increasingly agonising dilemmas in Hitler's *Reich*. The emphasis on the family struck me as particularly useful here. The papers in the panel on Jewish women were then in the best sense of this problematic word "radical" and I applaud them.

And this brings me to another, and indeed final, reaching for complexity. It

would seem that many of our papers emphasised that Jews tried to deal with the Nazi years as actively as humanly possible, whether in the realm of cultural activities, of saving children, of educating the young. Thus the idea of Jewish education as a form of spiritual resistance, however futile in the end it may have been, or the discussion of the complex psychological, institutional and legal issues raised by emigration has helped to revise the picture of total helplessness in the face of persecution. Again, I am not pleading here for self-satisfaction. All I am suggesting is that on the question of activity or passivity, as on others, this conference did much to complicate the picture, and this, for all the particular criticisms we may have, stamps the first appearance of the Leo Baeck Institute on German soil a success. I had planned to stop at this hopeful point but then my conference-going scholarly super ego warned me that to give nothing but praise is somehow to fail in my duty. I do not want to ride my own hobby-horse at this late hour, but since there was no discussion afterwards I might as well indulge myself. It seems to me that there is one resource for understanding that went rather neglected here, and might well be included in future conferences: I am speaking of psychoanalysis. We already know a good deal about traumas by now, and some study groups, for example, the Martin Bergmann group in New York, have studied particular traumas of the Nazi period in great detail. The varied responses to the traumas of Nazism remain a significant field for study. The techniques of psychoanalysis should not be applied lightly and irresponsibly. Freud himself already warned against what he called "wild analysis" more than half a century ago. It is, however, a way into the interior implied in so many of the papers and interventions here. But that, after all, is work for the future. For the present, let us gratefully say "enough!".

Yale *Peter Gay*

Zusammenfassung der Diskussionsbeiträge

Im vorliegenden Sammelband mußte die Wiedergabe der Diskussionen aus Platzgründen erheblich beschränkt werden. Das hatte zur Folge, daß die Argumentationen gekürzt oder inhaltlich ähnliche Beiträge zusammengezogen werden mußten. Deshalb werden auch die einzelnen Sprecher nicht genannt. Nur die Antworten der Referenten auf die Diskussionsbeiträge sind unter den jeweiligen Namen wiedergegeben. Die Namen aller Diskussionsteilnehmer sind am Schluß aufgeführt. Wir haben es vorgezogen, sämtliche Titel fortzulassen. Leider war die Niederschrift der auf Tonband aufgenommenen Diskussion teilweise so schlecht, daß manches unverständlich blieb. Der Verfasser hat sich die größte Mühe gegeben, ihren Sinn dennoch zu erfassen. Es ist aber nicht auszuschließen, daß die Wiedergabe Fehler oder Mißverständnisse enthalten könnte. Daher werden alle diejenigen um Nachsicht gebeten, deren Beiträge mißverständlich oder fehlerhaft wiedergegeben worden sind. Nach dem Vortrag von Herbert A. Strauss fand aus zeitlichen Gründen keine Debatte statt.

New York *Werner T. Angress*

Referate Mosse/Paucker

Nach einem Hinweis, es habe im antisozialistischen jüdischen Bürgertum (Orthodoxe und Zionisten eingeschlossen) Kreise gegeben, die nach dem Zusammenbruch der Deutschen Demokratischen Partei das katholische Zentrum gewählt hätten, konzentrierte sich die Diskussion auf die Rolle der Ostjuden innerhalb des deutschen Zionismus. Mosses Ausführungen wurden zum Teil ergänzt, zum Teil wurde ihnen widersprochen. Seine Behauptung, die Entscheidung vieler in Deutschland lebender Ostjuden für den Zionismus sei Ausdruck eines „Trotzjudentums" gewesen, war einer der umstrittensten Punkte. Diese Entscheidung, so wurde argumentiert, habe vielmehr in der Kontinuität des aus Osteuropa stammenden Judentums gestanden, das dort als Träger einer eigenen Nationalität anerkannt worden war. Diese in Deutschland beizubehalten, sei jedoch nur im zionistischen Lager möglich gewesen. Außerdem seien es vorwiegend Zionisten gewesen – mehr noch als die deutschen orthodoxen Juden –, die sich um die Ostjuden bemüht und um sie geworben hätten. Daß viele Ostjuden zu Anhängern des Zionismus geworden wären, bedeute andererseits keineswegs ihre Absage an das Deutschtum, sondern lediglich an die deutsch-jüdische Assimilation.

Referate Schorsch/Carlebach

Das im Referat Schorsch hervorgehobene Aufleben jüdischen Wissens und jüdischer Kultur seit 1870 bis in die NS-Zeit hinein wurde stark angezweifelt. Es

wurde eingewandt, daß sich das deutsche Judentum im Kaiserreich von den jüdischen Ursprüngen entfernt habe und viele dem Judentum entfremdet gegenübergestanden hätten. So seien zum Beispiel in diesem Zeitabschnitt die jüdischen Schulen fast völlig verschwunden, und die klassische Wissenschaft des Judentums habe nicht dessen geistiger Erneuerung gedient, sondern habe vor allem im Dienst der Emanzipation gestanden. Zwar solle man diese jüdischen Kulturbeiträge keineswegs unterschätzen, da sie die Grundlage der Wiederbelebung jüdischer Tradition nach 1933 gewesen wären, aber sie hätten damals weitaus mehr der deutsch-jüdischen Symbiose gedient als der Revitalisierung des Judentums.

Es wurde ferner eingewandt, daß man Statistiken über Veröffentlichungen jüdischen Schrifttums, vor allem des Schocken Verlags, nicht dazu benutzen könne, um anhand der hohen Auflagen ein wachsendes Interesse an jüdischem Gedankengut seitens der in Deutschland lebenden Juden nachzuweisen. Entsprächen derartige Veröffentlichungen tatsächlich einem inneren Bedürfnis des Judentums, oder dienten sie nicht vielmehr dazu, den christlichen Bekenntnissen Respekt für eine ebenbürtige jüdische Wissenschaft einzuflößen und unter den Juden selber ein Interesse am Judentum zu wecken? Im Grunde habe eine eigenständige jüdische Kultur nicht bestanden. Sicherlich habe es viel Literatur über das Judentum gegeben, sie sei aber von den Juden, einschließlich der Zionisten, kaum gelesen worden. Viele dieser Schriften seien übrigens in nichtjüdischen Verlagen erschienen und wären vor allem vom toleranten nichtjüdischen Bildungsbürgertum gelesen worden. Interessanterweise seien nach 1933 die von den 16- bis 20jährigen jüdischen Jugendlichen am meisten gelesenen Bücher Werke von Hermann Hesse, Stefan Zweig und anderen „deutschen" Schriftstellern gewesen, an jüdischer Literatur lediglich Martin Bubers Schriften.

Schorsch begrüßte diese Hinweise sehr, blieb aber bei seiner Auffassung, daß in Deutschland zweifellos eine jüdische Kultur bestanden habe, wenn auch vielleicht ohne Massenbasis. Die großen Auflagen jüdischen Schrifttums seien zumindest gekauft worden, ob sie auch gelesen worden wären, sei allerdings leider nicht festzustellen.

Referate Rürup/Lowenstein

Die Diskussion konzentrierte sich zunächst auf das Referat Rürups. Es wurde begrüßt, daß er den Beginn des „Entrechtungsprozesses" zurückdatiert und darauf hingewiesen habe, daß der Zeitraum 1933 bis 1939 gründlicher erforscht werden müsse. Außerdem müsse auch die zweite Hälfte der Weimarer Republik in bezug auf Antisemitismus sorgfältiger untersucht werden, die Haltung im republikanisch-linksliberalen Lager, speziell der Deutschen Demokratischen Partei (später Staatspartei), eingeschlossen. Im Mittelpunkt der Diskussion stand jedoch die durch Rürups Vortrag ausgelöste Frage, inwieweit der Entrech-

tungsprozeß, dem die Juden nach dem Januar 1933 durch den Nationalsozialismus ausgesetzt waren, bis 1939 „planlos" oder systematisch betrieben worden sei, und ob es sich um einen relativ schnellen oder eher zögernden Prozeß gehandelt hätte? Es wurden verschiedene Aspekte dieses Themas diskutiert. So wurde darauf hingewiesen, daß die NS-Judenpolitik auch von der Haltung des Auslands beeinflußt worden wäre. Antisemitismus habe es nicht nur in Deutschland, sondern in fast allen europäischen Ländern gegeben, und das Los der Juden in Deutschland habe die Gemüter im Ausland während der ersten sechs Jahre der NS-Herrschaft recht wenig berührt. Davon habe die Evian-Konferenz im Sommer 1938 beredtes Zeugnis gegeben.

Ein weiteres, bisher wenig beachtetes Thema verdiene es, in Deutschland mehr in den Mittelpunkt gerückt zu werden: die Bereitschaft weiter Kreise, die antisemitischen Maßnahmen des Hitlerregimes hinzunehmen. Dieses erkläre auch, warum später so viele Menschen bereit gewesen wären, bei der „Endlösung" mitzuwirken. Es habe also eine Verhaltenskontinuität gegenüber der NS-Judenpolitik zwischen 1933 und 1939 und der zwischen 1941 und 1945 bestanden. Im Zusammenhang mit der Frage, ob es vielleicht eine Synthese zwischen der angeblichen „Planlosigkeit" und der systematischen, stufenweisen Durchführung der NS-Judenpolitik gegeben habe, wurde zunächst von einem Teilnehmer begrüßt, daß Rürup in seinem Vortrag auch auf die Gesamtverantwortung der deutschen Eliten, vor allem der konservativen, hingewiesen habe. Man müsse bedenken, daß die bürokratischen Führungsgruppen im Dritten Reich, zu denen auch viele konservative Beamte gehört hätten, die vom NS-Staat übernommen worden wären, ihrerseits versucht hätten, den nationalsozialistischen Massenorganisationen auf allen Gebieten des realen politischen Handelns keinerlei Einfluß einzuräumen, daß sie ihnen aber den Antisemitismus sozusagen als „Spielwiese" überlassen hätten. Das sei wahrscheinlich in der irrigen Annahme geschehen, dadurch gesetzmäßige Verfahrensweisen in den übrigen staatlichen und hoheitlichen Bereichen sicherzustellen. Durch die Aufhebung (oder Ausklammerung) der rechtsstaatlichen, gesetzesmäßigen Grundlagen im Bereich der Judenpolitik sei von den konservativen Eliten in den oberen Verwaltungsbehörden sozusagen eine Schneise gelassen worden, über die die Judenverfolgung dann gelaufen sei. Damit sei dem Energiepotential der nationalsozialistischen Massenorganisationen ein Feld überlassen worden, auf dem sich dessen Dynamik hätte frei entfalten können – nämlich im aktiven Antisemitismus. Die konservativen Eliten, vor allem die in der Ministerialbürokratie, hätten auch in der Nürnberger Gesetzgebung ihre Hand im Spiel gehabt. Später sei von einem ihrer Vertreter behauptet worden, die Beamten hätten damals in Nürnberg eine mildere Fassung der Gesetzgebung gegen den Willen der NSDAP durchgesetzt, wobei zu bemerken wäre, daß „milde" ein relativer Begriff sei. Die Beamten wären aber daran beteiligt gewesen, die Juden von Staatsbürgern zu Staatsangehörigen zu degradieren, was später dem Hitler-Regime den Weg zur Deportation und zum Massenmord geebnet hätte. Kurzum, die konservativen Eliten, die deutschen Oberschichten überhaupt, seien zumindest latent antisemitisch gewe-

sen, wenn sie auch zunächst einmal radikale Maßnahmen gegen die Juden nicht gutgeheißen hätten. Sie wären aber bereit gewesen, die Juden ihrer vollen Gleichberechtigung zu berauben und damit die Emanzipation weitgehend aufzuheben.

Die Diskussion kam dann noch einmal auf die sogenannten zwei Lager bei der Interpretation der NS-Judenpolitik zurück: Planlosigkeit oder zielstrebige Durchführung. Sicherlich habe es in Parteikreisen und anderswo Vorstellungen gegeben, wie man die „Judenfrage" lösen könne und solle, aber es habe zwischen 1933 und 1939 keinen ausgearbeiteten Plan gegeben, keinen „*grand design*". Auch könne man für diesen Zeitabschnitt nicht von einem atemberaubenden Tempo des Entrechtungsprozesses sprechen. Erst zweieinhalb Jahre nach der Machtergreifung habe man die Kernfrage der Staatsangehörigkeit angegangen, obwohl ja die Rassentheorie im Mittelpunkt des Parteiprogramms gestanden hätte. Maßnahmen in anderen Bereichen habe Hitler viel schneller getroffen; er hätte sich jedoch in der Rassengesetzgebung viel Zeit gelassen. Dazu wurde bemerkt, die Emanzipation habe ein Jahrhundert gebraucht, ihre Zurücknahme aber nur wenige Jahre; insofern sei Schnelligkeit hier ein relativer Begriff. Schließlich wurde noch Rürups These widersprochen, daß erst der Massenmord an den Juden, und nicht die antijüdische Politik bis 1939, zum Antriebsmoment der deutschen Opposition gegen das Hitlerregime geworden wäre. Rürup nahm zu den angesprochenen Fragen wie folgt Stellung: Christoph Dipper habe schon vor zwei Jahren in einer Untersuchung festgestellt, daß der antisemitische Grundkonsens der Rechten weit in das Lager des konservativen nationalen Widerstands hineinreichte. Das habe sicher dazu beigetragen, daß die NS-Judenpolitik bis 1939 nicht zu den Hauptantriebskräften dieses Widerstands gehört hätte. Das träfe wohl auch, mit vereinzelten Ausnahmen, auf die übrigen Widerstandsgruppen zu. Daß auch der sogenannte „harmlose" gesellschaftliche Antisemitismus im bürgerlich-republikanischen Lager weiterer Erforschung bedürfe, sei sicher richtig und wichtig. Was die Frage des Perspektivproblems im Entrechtungsprozeß nach 1933 anbelange, so sei er, der ja lange über die Emanzipation gearbeitet habe, weiterhin der Meinung, daß die Entrechtung sehr schnell vor sich gegangen sei und daß die Einzelregelungen, die seit 1933 die bürgerlichen Rechte und den Wirkungskreis der deutschen Juden immer mehr eingeschränkt hätten, schon einen wesentlichen Teil dieser Entrechtung darstellten, obgleich es damals noch kein Gesamtkonzept gegeben habe. Zur Frage der „Planlosigkeit" wolle er lediglich sagen, daß der Gebrauch der Termini „Plan" und „Planlosigkeit" auf Definitionsfragen beruhe. Es sei aber wohl wenig sinnvoll, diese Begriffe zu eng zu fassen. Zum Referat Lowenstein wurde bemerkt, daß man die Ergebnisse dieser ausgezeichneten Fallstudie wohl nicht als repräsentativ für die jüdische Gemeinschaft ansehen könne, da die Mehrzahl der deutschen Juden in Großstädten gelebt habe. Demgegenüber wandte ein anderer Sprecher ein, daß die Ergebnisse zwar nicht für das ganze Reich charakteristisch seien, daß sie aber die Verhältnisse in Gegenden wie Franken und Hessen, wo es einen traditionellen, „volkstümlichen" Antisemitismus gegeben

habe, korrekt aufgezeigt hätten. Hier und anderswo auf dem Lande habe dieser Antisemitismus dazu beigetragen, Teile der Bevölkerung für Hitlers Partei zu gewinnen. Lowenstein antwortete darauf, er wisse natürlich, daß der Großteil der deutschen Juden in Städten gelebt hätte. Dennoch glaube er, daß die Ergebnisse seines Beitrags über die auf dem Lande lebenden Juden insofern typisch seien, als sie die Dynamik menschlichen Zusammenlebens, einschließlich des Antisemitismus, in diesen kleinen Gemeinden aufzeigten. Allerdings müsse das Thema des religiös gefärbten volkstümlichen Antisemitismus eines Teils der bäuerlichen Bevölkerung noch viel sorgfältiger als bisher untersucht werden.

Referate Barkai/Sherman

Die Diskussion befaßte sich fast ausschließlich mit dem Referat Barkai. Zu dem von Sherman wurde lediglich darauf hingewiesen, daß Warburgs Tätigkeit sich nicht nur auf sein Bankhaus beschränkt habe. Er sei auch im Hilfsverein der deutschen Juden tätig gewesen und hätte ein Ausnahmegesetz für die jüdischen Finanzleute in Deutschland begrüßt, um es diesen zu ermöglichen, die Auswanderungsbestrebungen armer Juden materiell zu unterstützen.

An Barkai wurden zunächst einige Fragen gestellt: Hat Hjalmar Schacht wirklich, wie vielfach in der Nachkriegsliteratur behauptet wird, bis zu seinem Rücktritt als Reichswirtschaftsminister im November 1937 seine „schützende Hand" über Juden und vor allem jüdische Unternehmen gehalten oder beschränkte sich diese „schützende Hand" nicht lediglich auf große Unternehmen, weil sie wirtschaftspolitisch von Bedeutung waren? Wäre es nicht an der Zeit, mit dieser Legende einmal aufzuräumen? Die zweite Frage betraf die „Arisierung" des jüdischen Haus- und Grundbesitzes. Wurde er vielleicht deshalb nur zu ganz kleinen Teilen arisiert, weil der Haus- und Grundbesitzerverein um seine eigenen Interessen besorgt war; und hat das Reichswirtschaftsministerium die Arisierung, die die Dresdner Bank 1943 oder 1944 durchführen wollte, vielleicht aus Verärgerung darüber abgelehnt, weil die Dresdner Bank und eine andere Großbank an der vorangegangenen Arisierung jüdischer Firmen zuviel verdient hatten? Bevor Barkai zu den Fragen Stellung nahm, machte ein Teilnehmer einige zusätzliche Bemerkungen zur „Arisierung". Wie in allem, was den Nationalsozialismus beträfe, müsse man auch hier stark differenzieren. So habe die Arisierung im Kulturbereich schon 1935 begonnen, also früher als in der gewerblichen Wirtschaft. Da Kultur in den Kompetenzbereich des Propagandaministeriums gefallen sei, wo andere Interessen und Zweckmäßigkeitserwägungen bestünden hätten, hätte die Partei hier keinen Einfluß behabt. Hinsichtlich der Arisierung des jüdischen Grundbesitzes müsse man bedenken, daß nach der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz jüdischer Besitz automatisch dem Reich zugefallen sei, sobald die jüdischen Eigentümer die deutsche Grenze, als Auswanderer oder als Deportierte, überschritten hätten. Somit habe sich das Problem der Arisierung hier gar nicht gestellt.

Barkai stimmte zunächst einmal zu, daß Schachts „schützende Hand" eine hartnäckige Legende sei. Jedoch sei Schacht ein vielschichtiger, komplizierter Mann gewesen, der auch gelegentlich persönlichen Mut gezeigt habe. In Einzelfällen habe er Juden, die ihm persönlich nahegestanden hätten, darunter wohl auch Warburg, zu schützen versucht und manchmal gegen Regierungsmaßnahmen, die sich gegen jüdische Unternehmer gerichtet hätten, wegen der Wirtschafts- und Devisenlage Einspruch erhoben. Daher seien bis 1937 jüdische Banken im Reichsanleihekonsortium geblieben, was zweckmäßig gewesen sei, weil jüdische Banken viel flüssiges Kapital gehabt hätten, das der Aufrüstung geholfen hätte. Später sei man dann ohne die jüdischen Banken ausgekommen, da es andere Wege gegeben habe, an jüdisches Kapital heranzukommen. Auch hätten jüdische Zeitungen ihren Lesern bis 1936/1937 geraten, in Reichsanleihen zu investieren, weil das eine gute Kapitalanlage sei. Somit könne man zu diesem Punkt abschließend sagen, daß die Legende einen wahren Kern habe, der noch näher erforscht werden müsse. Als Verallgemeinerung sei Schachts „schützende Hand" sicherlich abzulehnen. Man könne ihn einen „ehrenhaften", gemäßigten Antisemiten nennen. Er habe auch nie seine Meinung geleugnet, Juden in Deutschland sollten auf ihren „natürlichen", also den ihnen zukommenden Platz im Leben der Nation zurückverwiesen werden.

Zur Arisierung des Grundbesitzes wäre zu sagen, daß sogar noch zu Beginn der Zwangsarisierung, also 1938/1939, die (wahrscheinlich von Göring ausgegangene) Anordnung gelautet habe: „Der Grundbesitz zuletzt." Man habe wohl damals schon die räumliche Konzentrierung der Juden im Auge gehabt, also die Ghettoisierung in „Judenhäusern"; dieser Gedanke sei mit der Arisierung des jüdischen Grundbesitzes verbunden gewesen. Barkai fügte hinzu, die in der Diskussion erwähnte Eingabe des Grundbesitzervereins sei ihm unbekannt; es gäbe aber viele Beweise dafür, daß kapitalkräftige nichtjüdische Unternehmer und Firmen mit dem Ankauf von jüdischen Betrieben und jüdischem Grundbesitz gewartet hätten, weil sie angenommen hätten, später zu weitaus günstigeren Preisen kaufen zu können. Ein Zeitzeuge, der hier ausnahmsweise genannt werden soll, Friedrich Brodnitz, warf die Frage auf, ob die führenden jüdischen Gremien 1933–1938 richtig gehandelt hätten: jahrelang zu versuchen, Positionen zu verteidigen und zu behaupten, anstatt von Anfang an zu sagen: „Alles ist verloren! Rette sich, wer kann!"? (Die Erinnerungen von Friedrich Brodnitz erscheinen gleichzeitig mit dem vorliegenden Bande im *Year Book XXXI of the Leo Baeck Institute*, London 1986.)

Referate Kramer/Maurer

Die Diskussion beschäftigte sich ausnahmslos mit Maurers Referat. Hinsichtlich der in Deutschland lebenden Ostjuden wurde hervorgehoben, daß diese meistens schon als zweite oder sehr späte erste Generation jahrelang in Deutschland gelebt hätten, und nur infolge des Reichsstaatsangehörigkeitsgesetzes von

1912 sowohl im Kaiserreich als auch während der Weimarer Republik praktisch von der Einbürgerung ausgeschlossen geblieben wären. Dieses Gesetz hätte einen langjährigen Aufenthalt in Deutschland (unterschiedlich in den Einzelstaaten) vorausgesetzt, bevor Ostjuden Einbürgerungsanträge hätten stellen dürfen. Es wurde hinzugefügt, daß die verschiedentlich erwähnte Willkür der Nazis den – meist polnischen – Ostjuden gegenüber insofern nichts Neues gewesen sei, als sich Ostjuden seit der Novemberrevolution 1918 in verschiedenen Teilen des Reiches der Willkür der damaligen republikanischen Behörden ausgesetzt gesehen hätten, bis hin zu Inhaftierung in Lagern. Maurer antwortete auf die beiden Punkte erstens, daß es keine gesetzliche Vorschrift über die Einbürgerungsfrist für Ausländer gegeben habe, sondern daß die oft langen Verzögerungen auf Verwaltungserlasse der einzelnen deutschen Länder zurückzuführen seien. In Preußen z. B. seien die Fristen bis 1921 und von 1927 bis 1931 zehn Jahre bis zur Einbürgerung gewesen. Zweitens sei es zwar richtig, daß die Politik der Weimarer Republik den Ostjuden gegenüber oft antisemitisch gewesen wäre, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß unter verschiedenen Regierungen und in verschiedenen deutschen Ländern. Aber die Einlieferung in Lager, auch damals schon „Konzentrationslager" genannt, habe es nur in den Jahren 1921 bis 1923 gegeben. Die Einlieferung sei nach vorher ausgestellten Ausweisungsbefehlen erfolgt, die oft durchaus auf Willkür der örtlichen Behörden beruht hätten. Außerdem wären von der Internierung auch Ausländer anderer Staatsangehörigkeit betroffen worden, einschließlich Nichtjuden, wenn auch in geringerem Maße als Ostjuden. Für die Weimarer Zeit fehlten leider noch ausführlichere Untersuchungen über diese Internierungen „nicht-ostjüdischer" Ausländer.

Referate Angress/Bernett

Die Diskussion zu den beiden Vorträgen begann mit der Feststellung, daß Hunderte von jüdischen Jugendlichen zwischen 1933 und 1943 im anti-nationalsozialistischen Widerstand tätig gewesen und viele von ihnen dabei umgekommen seien. Es wurde dann darauf hingewiesen, welche wichtige Rolle der Reichsausschuß der jüdischen Jugendverbände während der ersten vier Jahre der NS-Herrschaft gespielt habe (siehe *Year Book XXXI of the Leo Baeck Institute*, London 1986). Zu den jüdischen Sportleistungen, besonders in den Vereinen „Makkabi" und „Schild", während desselben Zeitabschnitts wurde gefragt, inwiefern es richtig sei, daß in diesen zwei bis drei Jahren die Leistungen jüdischer Sportler stark gestiegen seien? Bernett antwortete, daß zwischen 1934 und 1936 tatsächlich ein enormer Leistungsanstieg zu verzeichnen sei. Das habe zum Teil daran gelegen, daß jüdische Sportverbände angenommen hätten, Juden könnten sich an den Olympischen Spielen beteiligen. Deshalb hätten sie sich angestrengt darauf vorbereitet, Kandidaten auszubilden. Nach Ablauf der Spiele, an denen nur eine ganz kleine Zahl „nichtarischer" Sportler auf deutscher Seite teilgenommen habe, ginge die Leistungskurve dann wieder steil bergab.

Wie alle anderen deutschen Juden hätten sich auch die Mitglieder der Sportverbände nach den zunehmend strengeren Ausführungsbestimmungen zu den Nürnberger Gesetzen spätestens ab 1937 auf die Auswanderung konzentriert. Auf eine Frage nach der physischen Degenerationsangst der Juden antwortete Bernett, daß eine solche Angst – allerdings aus ganz anderen Gründen – auch unter nichtjüdischen Deutschen dieser Generation weit verbreitet gewesen sei. Anschließend wurde dann auf einige Persönlichkeiten hingewiesen, die sich besonders während der dreißiger Jahre um die jüdische Jugend Verdienste erworben hätten, vor allem Martin Buber, Ernst Kantorowicz, Ernst Simon, Karl Adler und Adolf Leschnitzer, der zwischen 1933 und 1939 der Gründer und wohl auch die „Seele" des neuen jüdischen Schulwesens gewesen sei, das ihm die Reichsvertretung anvertraut hätte. Es wurde dann noch darauf hingewiesen, daß die Nationalsozialisten nicht nur den jüdischen, sondern auch den deutschen Sport zerstört hätten. Das gleiche gälte für die jüdische und die deutsche Jugendbewegung. Ferner wurde vorgeschlagen, die „Selbstbehauptung in der Not" als Forschungsgebiet nicht auf die Jahre 1933 bis 1939 zu beschränken, sondern darüber hinaus auch den Einsatz vieler aus Deutschland ausgewanderter Juden in den Armeen der Welt während des Zweiten Weltkrieges zu untersuchen.

Schließlich wurde gefragt, welche Richtlinien für die Mädchenausbildung es auf den Lehrgütern und *Hachscharah*-Stellen gegeben habe, und ob diese nicht ausschließlich auf die Hauswirtschaft beschränkt gewesen sei. Die Antwort war, daß z. B. in Groß-Breesen die Frauen zwar überwiegend in der Hauswirtschaft ausgebildet worden seien, sie aber auch – allerdings nur in zweiter Linie – im Kuhstall und bei der Ernte auf den Feldern mitgearbeitet hätten. Es wurde aber darauf hingewiesen, daß die Ausbildung der Mädchen in der Hauswirtschaft viel mit den damaligen Auswanderungsbedingungen zu tun gehabt hätte. Diese sei einer der wenigen Berufe gewesen, der die Einreise in andere, vor allem westeuropäische Länder, erleichtert habe. Das Wort „Berufsausbildung" müsse man allerdings als „fälschlich gebrauchten Begriff" bezeichnen, weil es im Grunde keine richtige Berufsausbildung im eigentlichen Sinne des Wortes gewesen sei. Auf den von der jüdischen Jugendbewegung geprägten Auswanderungslehrgütern und *Hachscharah*-Stellen sei in der Berufsausbildung – im Gegensatz zur Auffassung der Reichsvertretung – vor allem eine Art Berufung und Selbstverwirklichung im Sinne der Jugendbewegungstradition gesehen worden. So habe zum Beispiel der *Hechaluz* den auf den *Hachscharah*-Stellen ausgebildeten Menschen keine regelrechte Berufsausbildung zukommen lassen, sondern sie durch die Arbeit vor allem zu Bürgern und Arbeitern erziehen, sie also seelisch verändern und dadurch auf die Auswanderung nach Palästina vorbereiten wollen. Auch die Jugend*alija* sei von diesem Geist geprägt worden.

Referate Walk/Daxner

Die Diskussion bezog sich fast ausschließlich auf den Vortrag Walks. Es wurde bemerkt, daß dem jüdischen Erziehungswesen im NS-Staat praktisch Autonomie eingeräumt worden sei. Die Richtlinien, nach denen die Lehrpläne aufgestellt worden wären, hätten zwar vorgelegt und bestätigt werden müssen, wären aber nur ganz selten von den Behörden beanstandet oder geändert worden. Walks Bemerkung, daß in Hamburg jeder zweite jüdische Schüler eine jüdische Schule besucht hätte, wurde dahingehend berichtigt, daß das nur für die Grund- und Realschulen zuträfe, denn bis 1932 habe es in Hamburg keine jüdische Oberschule gegeben. Erst in jenem Jahr hätte man den ersten Jahrgang von Knaben an der Hamburger Talmud-Thora-Schule zum Abitur zugelassen. Mädchen auf jüdischen Schulen sei jedoch das Abitur zur Zeit der Weimarer Republik versagt geblieben. Bis Ende der zwanziger Jahre hätten sie lediglich einen Realschulabschluß machen können. Erst nach 1933, als in Hamburg eine Art „Gesamtschule" für jüdische Jungen und Mädchen eingerichtet worden wäre, hätten auch Mädchen das Abitur machen können. Am Ende der Diskussion plädierte ein Teilnehmer noch dafür, doch über das bisher vernachlässigte Thema der „nichtjüdischen Nichtarier", also der „Mischlinge ersten und zweiten Grades" usw., zu forschen.

Referate Freeden/Dahm

Sowohl die Rolle des Jüdischen Kulturbundes als auch die des jüdischen Verlagswesens, speziell des Schocken Verlags, in den Jahren 1933 bis 1939, waren Gegenstand der Diskussion. Freeden wurde gefragt, ob er über die Jahre seine Ansicht über die Wirkung des Kulturbundes geändert hätte. Früher habe er von einem „moralischen Reservoir" und „Zentrum des geistigen Widerstandes" gesprochen, heute seien die Worte „mutig, wenn auch fruchtlos" gefallen. Zweitens erhob sich die Frage, inwiefern jüdische Autoren deutscher Sprache während der NS-Zeit, aber auch die an der Arbeit des Kulturbundes beteiligten Menschen diese Arbeit als Verteidigung der Kultur, also als Kampfmittel gegen den Nationalsozialismus betrachtet hätten. Schließlich wurde bemerkt, daß die Beurteilung der Leistung des Kulturbundes vom Standpunkt des künstlerischen Niveaus aus betrachtet für den Historiker von zweitrangiger Bedeutung sei. Wichtig sei seine Wirkung auf die damalige jüdische Gemeinschaft gewesen, die durch die Veranstaltungen des Kulturbundes die Gelegenheit erhalten hätte, aus ihrer Isolation herauszukommen und mit anderen jüdischen Menschen gemeinsam die Darbietungen des Kulturbundes zu genießen; das sei zu jener Zeit schon eine bedeutende Leistung gewesen. Freeden nahm dann zu den verschiedenen Fragen Stellung. Sein Vortrag hätte nicht die Aufgabe gehabt, Funktion und Schicksal des Kulturbundes zu behandeln. Er sei aber nach wie vor der Ansicht, daß der Kulturbund psychologisch, moralisch, literarisch und geistig für die

deutschen Juden damals eine wesentliche Bedeutung gehabt habe. Vor allem habe er die Menschen vor Panik und dem moralischen Zusammenbruch bewahrt. Sein Thema sei es vielmehr gewesen, über die Aktivität des Kulturbundes zu sprechen, und da müsse man sagen, daß es ihm damals nicht gelungen sei, jüdische Werte zu produzieren. Die Schuld läge allerdings nicht beim Kulturbund, sondern an den Umständen, unter denen er habe tätig sein müssen. Sein Erfolg läge darin, daß er auf bemerkenswertem Niveau das Wort Shakespeares dem Geschrei Streichers, dem Horst-Wessel-Lied Mahlers sechste Symphonie entgegengestellt habe. Was nun die Opposition zum Naziregime anbelange, so sei sie schon deshalb nicht möglich gewesen, weil jedes Wort und jede Note des Kulturbundes streng überwacht und zensiert worden wäre.

Zum jüdischen Verlagswesen wurde Dahm gefragt, ob er Erfolg und Wirkung jüdischer Publikationen jener Zeit nicht zu hoch einschätze. Seien die Menschen damals, nachdem viele von ihnen es nicht mehr gewagt hätten, Theater und Konzerte zu besuchen, tatsächlich zu rein jüdischen Themen in der Literatur zurückgekehrt oder hätten sie zu Hause – dort noch verhältnismäßig geschützt – nicht die Werke deutscher Klassiker beispielsweise den Veröffentlichungen des Schocken Verlags vorgezogen? Vielleicht sei es eine der Hauptfunktionen der damals veröffentlichten jüdischen Literatur gewesen, Juden zu ermöglichen, sich für ein paar Stunden beim Lesen aus der für sie so bedrückenden Gegenwart in eine oft idyllische jüdische Vergangenheit zu flüchten, von denen viele der in den jüdischen Verlagen veröffentlichten Bücher gehandelt hätten. Dann wurde kritisiert, daß der Philo-Verlag im Vortrag Dahms zu kurzgekommen sei. Er habe seit 1919 als jüdischer Verlag bestanden und hätte sich vom Anfang bis zum Ende den Belangen des ihm nahestehenden C. V. gewidmet, nämlich Abwehr nach außen und Aufklärung nach innen. Nach 1933 habe er noch drei wichtige Lexika veröffentlicht: eine Neuauflage des *Philo-Lexikons,* das *Philo-Zitaten-Lexikon* und den *Philo-Atlas.* Zwei wichtige wissenschaftliche Zeitschriften seien die *Zeitschrift für die Geschichte der Juden in Deutschland* und *Der Morgen* gewesen. Weiterhin wurde bemerkt, daß im Dritten Reich etwa tausend Bücher von Juden für Juden geschrieben worden seien und die jüdische Druckerei- und Verlegerarbeit über die Zeit des Novemberpogroms 1938 hinausgegangen sei. Welche Bücher aber wurden gelesen? Die im Schocken Verlag erschienenen Bücher hätten wohl überwiegend als repräsentative Geschenke gedient, dagegen seien die „Bestseller" wie *Wir deutschen Juden* von Hans Joachim Schoeps und *Wir Juden* von Joachim Prinz Schriften gewesen, die sich z. B. damit beschäftigt hätten, was es (damals) bedeutet habe, Jude zu sein. Eine Umfrage der jüdischen Presse habe ergeben, daß Kinder an erster Stelle die klassischen deutschen Kinderbücher gelesen hätten, an zweiter Stelle aus dem Hebräischen übersetzte Bücher über das Aufbauwerk in Palästina, und erst an dritter Stelle speziell für jüdische Kinder geschriebene Werke mit zwar literarischem Wert, aber von geringem Interesse für junge Leser. Zur Verteidigung des Schocken Verlags wurde gesagt, er habe eine Reihe von Büchern veröffentlicht, die dazu beigetragen hätten, Juden zum Judentum zurückzuführen. In seiner Erwiderung

äußerte sich Dahm nicht weiter über die jüdischen Bestseller, da dieses nicht Thema seines Referates gewesen sei. Zur Produktion des Schocken Verlags sei zu bemerken, daß dessen Veröffentlichungen vor allem von kulturpädagogischen und kulturfördernden Absichten bestimmt gewesen seien. Hinsichtlich des Verkaufs habe man keine Illusionen gehabt, und der Absatz sei auch nie sehr hoch gewesen. Die Bücher hätten sozusagen ein Zeugnis der Zeit sein sollen. Leider gäbe es sie heute kaum noch in Deutschland; sie wären im Sog des Dritten Reiches verschwunden. An Unterhaltungsliteratur sei der Verlag nicht interessiert gewesen.

Referate Koonz/Thalmann

Die Diskussion beschäftigte sich mit beiden Referaten. Eingangs wurde festgestellt, daß sie sich sowohl ergänzten, als auch in einem gewissen Widerspruch zueinander stünden. Während Koonz die untergeordnete Stellung der jüdischen Frauen und ihren Ausschluß aus dem kulturellen Leben hervorhebe, erwecke das Referat Thalmann das gegenteilige Bild. Eine Gegenüberstellung ergäbe, daß die jüdischen Frauen den Männern gegenüber oft gleichberechtigter gewesen seien als vergleichbare Gruppen von Nichtjuden. Das gehe besonders aus Beispielen der jüdischen Jugendbewegung hervor, aber auch aus dem Leben auf den *Hachscharah*-Stellen und der Jugend*alija*. Diese Behauptung wurde mit dem Hinweis angezweifelt, daß das Thema noch nicht hinreichend erforscht sei. Wir wüßten viel mehr über die Zeit des Ersten Weltkrieges, als die Frauen, einschließlich der jüdischen, die Arbeitsplätze der eingezogenen Männer eingenommen hätten, die sie nach Kriegsende aber wieder hätten räumen müssen. Dann wurde Thalmann gefragt, wie viele Frauen, die nach 1938 wichtige Stellungen in der Fürsorge und in den jüdischen Gemeinden eingenommen hätten, schon vorher berufstätig gewesen und wie viele unmittelbar aus der Haus- und Familienarbeit gekommen wären. Ferner, wie die Auswirkungen von Krieg und Verfolgung auf die überlebenden jüdischen Frauen gewesen seien, besonders auf diejenigen, die in den dreißiger Jahren wichtige Stellen innerhalb der jüdischen Gemeinschaft innegehabt hätten? Dazu wurde bemerkt, daß die jüdischen Frauen nicht erst nach dem Novemberpogrom 1938, sondern bereits 1933 im Selbsthilfewerk Aufgaben übernommen hätten, und daß sie schon damals in verschiedenen Bereichen führend gewesen seien. Zum Teil sei das eine Fortsetzung ihrer überwiegend philanthropischen Betätigung der Vor-Hitlerzeit gewesen. Daß es – zumal in bürgerlichen Kreisen in jener Zeit – nicht üblich gewesen sei, daß sich verheiratete Frauen mit Familien am Erwerbsleben beteiligten, hätten sie sich andere Wirkungskreise suchen müssen, so z. B. in der Philanthropie. Nach 1933 hätte sich das in der jüdischen Künstlerhilfe ausgewirkt, in deren Rahmen Frauen Vortragsabende für Künstler in Privathäusern organisiert hätten, um ihnen dadurch eine Existenzmöglichkeit zu sichern. Aber es sei nicht nur bei dieser Betätigung geblieben. In den Jahren nach 1933, als viele

jüdische Männer ihre Stellen verloren hätten, seien die Frauen oft zu Alleinernährerinnen geworden, nachdem sie häufig schon zuvor Miternährerinnen gewesen wären. Die traditionelle Rolle sei der Erwerbsrolle gewichen. Es wurde hinzugefügt, was für eine einschneidende Erfahrung es vor allem für die Kinder gewesen sei, wenn statt des Vaters jetzt die Mutter die Familie ernährt hätte.

Der zweite Diskussionspunkt war die Stellung der Familie nach 1933. Es wurde gefragt, ob durch das Bedürfnis nach engeren persönlichen Beziehungen in einer immer feindlicheren Welt die jüdische Familie tatsächlich an Bedeutung gewonnen habe. Viel zutreffender sei wohl, daß Jugendliche nach einer Gemeinschaft außerhalb der Familie gesucht hätten, sei es in der Jugendbewegung, auf den *Hachscharah*-Stellen oder in der Jugend*alija*. Hier, nicht in der Familie, sei das Gemeinschaftsbedürfnis befriedigt worden, wodurch die Familienbande gelokkert statt befestigt worden wären. Jugendliche auf *Hachscharah*-Stellen, deren Eltern Deportationsbefehle erhalten hätten, hätten es oft vorgezogen, in ihren Gemeinschaften zu bleiben und die Eltern nicht zu begleiten. In diesem Zusammenhang wurde gefragt, ob Eltern wirklich alles getan hätten, um ihre Kinder aus Deutschland herauszubringen, auch wenn sie selbst hätten zurückbleiben müssen? Statistiken zufolge sei anzunehmen, daß nicht mehr als 19000 Kinder Deutschland in der Nazizeit verlassen hätten.

Thalmann nahm dann zur Diskussion Stellung. Von den Frauen, die nach 1933 in jüdischen Angelegenheiten tätig gewesen wären, hätten nur wenige vorher in den jüdischen Gemeinden gearbeitet. Sie seien vielmehr entweder aus der allgemeinen Frauenbewegung oder aus der Politik gekommen, wie z. B. Cora Berliner und Ottilie Schönewald. Koonz fügte hinzu, daß, was Frauenarbeit anbelange, die Begriffe „gleichwertig" und „gleichberechtigt" nicht identisch seien. Auch konzentriere sich die Forschung zu sehr auf die im Judentum führenden Schichten; es wäre angebracht, sich doch auch dem Leben der jüdischen Normalbürger zu widmen.

Referate Margaliot/Reinharz

Zum Thema Auswanderung (Margaliot) kam die Diskussion zunächst auf zwei Probleme zurück: erstens auf den Versuch der Juden, sich im damaligen existentiellen Chaos zu behaupten, zweitens auf die Frage, ob sie sich in den dreißiger Jahren – vor allem im Hinblick auf die Auswanderung – richtig verhalten hätten. Beides bezöge sich auf das Thema der Konferenz, und dies sei wohl der Grundzug aller jüdischen Geschichte und Tradition: Selbstbehauptung im Chaos. So wie sich Juden in ihrer gesamten Geschichte durch Zusammenstehen und Organisation gegenüber dem drohenden Chaos und der Gefahr behauptet hätten, hätten sie es auch in den dreißiger Jahren getan. Zur erwähnten „Zwangsauswanderung" während der dritten Phase des behandelten Zeitraums wurde bemerkt, daß wohl die gesamte Auswanderung im Grunde Zwangsauswanderung gewesen sei. Zum Verhältnis von Emigration und Exil müsse man

untersuchen, inwiefern die Auswanderung von den Betroffenen als endgültiger Schritt oder als vorübergehende Phase betrachtet worden sei. Auch bedürften außenpolitische Kontakte in der Auswanderungsplanung der jüdischen Organisationen der Klärung. Hätte es z. B. Verhandlungen mit London über die Palästinaauswanderung gegeben? Zum Einfluß der Nürnberger Gesetze auf das Auswanderungstempo wurde gesagt, daß Margaliot dessen Bedeutung überschätze, da die Auswanderungszahlen für die Jahre 1936–1937 im Vergleich zum vorhergehenden Zeitraum kaum gestiegen wären. Schließlich wurde auf den Versuch der Nazis hingewiesen, durch die Auswanderung der deutschen Juden den Antisemitismus zu exportieren.

Zum Vortrag Reinharz wurde zunächst einmal zustimmend bemerkt, daß der *Haschomer Hazair* weitgehend eine ostjüdische Bewegung gewesen sei. Ideologisch basierte sie auf zwei Strömungen, der sozialistischen und der *chaluzisch*-kibbuzischen. Sie sei eine kleine Bewegung gewesen, die es vorgezogen hätte, kleinzubleiben. Allerdings wurde anhand von Beispielen (Heimatabende etc.) bezweifelt, daß zwischen dem *Haschomer Hazair* und den anderen jüdischen Jugendbewegungen wesentliche Unterschiede bestanden hätten. Auch die Exklusivität sei kein Monopol gewesen, vielmehr hätten alle Gruppen nur Mitglieder angeworben, die in die Jugendbewegung gepaßt hätten. Es wäre besser gewesen, statt der Besonderheiten das Exemplarische des *Haschomer* für die jüdische Jugendbewegung hervorzuheben. Schließlich wurde die Frage aufgeworfen, wie sich der Centralverein zum *Haschomer* – insbesondere zu dessen ostjüdischer Prägung – gestellt habe.

Margaliot ging dann auf die einzelnen Fragen ein. Er habe deshalb zwischen Auswanderung und Zwangsauswanderung unterschieden, weil sich die deutschen Behörden bis zum Sommer 1937 – im Gegensatz zu der Zeit danach – nicht in die Planung und Durchführung der jüdischen Auswanderung eingemischt hätten. Was die Frage „Emigration oder Exil" anbelangte, so bestünden unterschiedliche Auffassungen: die verschiedenen Einwanderungsorganisationen in anderen Ländern hätten die Aus- bzw. Einwanderung als endgültig betrachtet, während viele der Auswanderer gehofft hätten, früher oder später in ein nazifreies Deutschland zurückkehren zu können. Was die „Außenpolitik" der Zionistischen Vereinigung beträfe, so seien schon deshalb keine Schritte unternommen worden, bei der englischen Regierung zu intervenieren, weil man gefürchtet habe, zwischen der deutschen und englischen Regierung erdrückt zu werden. Man habe sich lieber auf die Politik der *Jewish Agency* verlassen. Für die Beantwortung der Frage nach den Auswanderungsbestrebungen nach Erlaß der Nürnberger Gesetze seien Statistiken unzureichend. Die Auswanderungszahlen seien deshalb nicht gestiegen, weil es im Ausland zuwenig Aufnahmemöglichkeiten gegeben habe. Es gäbe aber Beweise dafür, daß die Zahl derer, die hätten auswandern wollen, sehr angestiegen sei. Was schließlich die Absicht der Nazibehörden anbelange, Antisemitismus durch die jüdische Auswanderung zu exportieren, so habe diese wohl tatsächlich bestanden. Nur auf Palästina träfe das nicht zu, da die Behörden gerade diese Auswanderung sehr gefördert hätten.

Reinharz nahm dann zu Fragen und Kritik Stellung. Ob die *Chaluz*-Bewegung eine Massenbewegung gewesen sei? Verglichen mit Polen vielleicht nicht, aber immerhin habe sie in Deutschland kurz nach Januar 1933 15000 Mitglieder gehabt. Der *Haschomer* selbst wäre gerne trotz seiner elitären Haltung zahlenmäßig stärker gewesen. Übrigens sei er weder in Deutschland noch in Palästina stalinistisch eingestellt gewesen. Es sei sicherlich auch wahr, daß der *Haschomer* von der *Chaluz*-Bewegung als Paria behandelt worden sei und in deren Zentralausschuß keinen Sitz gehabt habe. Von den anderen zionistischen Bünden habe sich der *Haschomer* durch eben die im Vortrag hervorgehobenen Besonderheiten unterschieden; von diesen abgesehen sei er jedoch ein Pionierjugendbund wie der *Habonim* und andere zionistische Jugendgruppen gewesen. Wie der Centralverein zum *Haschomer* gestanden habe, wisse er nicht. Zur Frage, ob der *Haschomer* im Widerstand, einschließlich der Gruppe Baum, eine Rolle gespielt habe, gäbe es bisher kein überzeugendes Material.

Referate Kulka/Kershaw

Das Referat Kulka stand im Mittelpunkt der Diskussion. Die Ergebnisse, so wurde ausgeführt, seien durch die von ihm benutzten Quellen bestimmt. Man könne aber nicht aus Sitzungsprotokollen auf deren tatsächliche Wirkung schließen. Es sei richtig, daß die Reichsregierung eine Art Nachfolgeorganisation der Reichsvertretung gewesen sei und auch wichtige Funktionen innegehabt habe, wie z. B. Steuergelder aufzubringen, Eigentum zu veräußern usw. Zur Wahrnehmung aller dieser Aufgaben sei es notwendig gewesen, mit den Behörden, vor allem mit der Gestapo, zu verhandeln. Aber Kulka spräche von Kontinuität, und damit träfe er nicht den Kern der Sache und verwische dabei vor allem die Tragik der ganzen Situation. Die Erleichterungen, die die Reichsvereinigung seinen Worten nach den Menschen in ihrer schweren Lage verschafft hätte, hätten ja auch den Nazibehörden mit ihren Vorstellungen von einem reibungslosen Ablauf gedient. Letztlich sei die Reichsvereinigung stets manipuliert worden. Kulka hätte sich fragen sollen, ob die Situation, in der die Reichsvereinigung nach 1939 hätte arbeiten müssen, dieselbe wie vor dem November 1938 gewesen sei. Und da sei die Antwort ganz klar: nein! Daraus ergäbe sich die sehr schmerzliche Frage, mit der sich die Forschung auseinanderzusetzen habe, nämlich inwiefern die Reichsvereinigung sich schon ab 1939 in einer Lage befunden habe, die der der späteren Judenräte gleichgekommen wäre. Zwei wichtige Punkte in diesem Zusammenhang seien im Referat nicht behandelt worden: Der Anteil, den die Reichsvereinigung an der Auswahl von Menschen für die Deportation gehabt habe und die Frage, ob man sagen könne, daß die Reichsvereinigung bis 1945 existiert habe. Formal habe sie es getan, aber nach 1944 hätte sie fast nur noch konfisziertes Eigentum an die Behörden transferiert. Der Druck der Nazibehörden auf die Reichsvereinigung, also die Wechselwirkung zwischen draußen und drinnen, müsse noch genauer analysiert werden. Die ganze

Tragödie werde nicht deutlich, wenn man nicht den schrecklichen Tatbestand hervorhebe, daß die Reichsvereinigung einen hohen Preis gezahlt habe, nämlich mit dem Leben ihrer führenden Mitarbeiter wie Julius Seligsohn, Otto Hirsch, Paul Eppstein u. a.

Mit der einleitenden Bemerkung, daß Kulkas Kontinuitätstheorie ebensowenig überzeugend klänge, wie die frühere „Verdammungstheorie", sagte ein weiterer Sprecher, man müsse methodologisch auch zwischen den einzelnen Zeitspannen unterscheiden. Anfangs habe die Reichsvereinigung noch als Tarnorganisation für illegale Hilfe fungieren können, aber mit den späteren massiven Deportationen sei diese Möglichkeit entfallen. Zu Kulkas Hinweis auf die jüdische Zusammenarbeit zu Beginn der Katastrophe wurde bemerkt, daß die Juden damals keine klare Vorstellung über Inhalt und Ausmaß der Endlösung gehabt hätten, daß sich aber in jedem einzelnen Land die dortige Judengemeinschaft um das Schicksal ihrer Glaubensgenossen gekümmert und man, trotz traditioneller Uneinigkeit der verschiedenen Richtungen, gemeinschaftlich zusammengearbeitet hätte. Es wurde weiter darauf hingewiesen, daß das Quellenmaterial über die Reichsvereinigung der Forschung zugänglicher gemacht werden müsse. Vor allem müsse man die noch lebenden Zeitzeugen dazu befragen. 1986 werde in diesem Zusammenhang die Geschichte der Berliner Juden während der Deportationszeit systematisch in Angriff genommen werden.

Zum Referat Kershaw wurde eingewandt, daß die Termini „Indifferenz" und „moralische Indifferenz" unbefriedigend seien, zumal man aus dem Referat Rürup erfahren habe, daß schon in der Zeit von 1933 bis 1939 die Deutschen im allgemeinen die Entrechtung der jüdischen Mitbürger gebilligt hätten. Die Entwicklung in den Kriegsjahren zeige dann ja auch, wie erfolgreich die antisemitische Propaganda der Nazis seit 1933 gewesen sei. Auch solle der unscharfe Terminus „öffentliche Meinung" *(popular opinion)* in diesem Zusammenhang nicht mehr benutzt werden. Überhaupt sei die Untersuchung der tatsächlichen Einstellung der deutschen Bevölkerung zum Antisemitismus usw. eine Frage der Quellenlage. Was die Verwendung des Begriffs „Indifferenz" anbelange, die vorher in der Diskussion kritisiert worden wäre, so ein anderer Sprecher, respektiere er diesen Terminus, zumal er dazu beitrage, ideologische Überhöhungen abzubauen, wie sie seit den Nürnberger Prozessen in der Geschichtswissenschaft üblich seien. Andererseits dürfe man die Bereitschaft von Menschen, Dinge zu tun, die man ihnen nicht zugetraut hätte, nicht unterschätzen. Das sei wohl auch eine Frage des Zeitpunktes. Man habe vor 1939 anders gedacht und gehandelt als nach Kriegsausbruch, auch in bezug auf die Judenfrage. Es habe also tatsächlich eine Veränderung der Einstellung der deutschen Bevölkerung stattgefunden. Zur Reaktion von Juden und christlichen Nichtariern auf ihre Lage wurde ausgeführt, daß es von Bedeutung gewesen sei, ob man in einer Großstadt oder Kleinstadt gewohnt habe. Insgesamt habe die Haltung dieser Menschen, die ja immer – besonders in der Kriegszeit – nur Bruchstücke erfahren hätten, aus Unsicherheit und vor allem aus Angst bestanden, ein Wort, das bisher in der Diskussion noch nicht erwähnt worden sei. Dann wurde noch

einmal die Quellenlage, speziell zur „öffentlichen Meinung" in der Judenfrage, behandelt. Man müsse versuchen, Aussagen von Überlebenden zu sammeln, und zwar vor allem von denen, die auf die eine oder andere Art mit den verfolgten Juden sympathisiert hätten, und von denen, die sich entweder indifferent verhalten hätten oder ihrem Eigeninteresse gefolgt wären, wenn sie sich z. B. am Eigentum deportierter Juden hätten bereichern können.

Kulka nahm zuerst zur Diskussion Stellung und sagte, es sei natürlich richtig, daß die Reichsvereinigung schon 1943 und nicht erst 1945 praktisch aufgehört habe zu existieren. Von 1943 bis 1945 hätten in der sogenannten Restreichsvereinigung Menschen, die in „privilegierten Mischehen" gelebt hätten, die noch verbliebenen Geschäfte hinsichtlich jüdischen Eigentums usw. abwickeln müssen. Er gab dann der Hoffnung Ausdruck, klargemacht zu haben, daß trotz der Veränderung der äußeren Lage im Jahre 1939 die Reichsvereinigung viel mehr gewesen sei, als nur ein Instrument der Nazibehörden. Was das Quellenmaterial zur Reichsvereinigung anbelange, so stehe es zur Verfügung, obwohl es noch nicht vollständig erfaßt und katalogisiert sei. Die Veröffentlichung einer Auswahl sei in Vorbereitung.

Dann nahm Kershaw zu einigen der erhobenen Fragen Stellung und sagte, daß das Wort „Angst" dauernd gefallen wäre, wenn er die jüdische Minorität zum Thema gehabt hätte. Er habe aber über die Haltung der deutschen Bevölkerung zu den Juden gesprochen. Was nun die Verwendung des Terminus „moralische Indifferenz" anbelange, so sei das Auffassungssache. Auch über die Anwendung des Begriffs „öffentliche Meinung" sei er anderer Ansicht. Er benutze ihn, um zwischen den meist unartikulierten und oft auch undurchdachten Äußerungen einfacher Leute, die er als „Volksmeinung" bezeichne, und der offiziellen, durch den Nazi-Propagandaapparat geschaffenen „öffentlichen Meinung" zu differenzieren.

Folgende Konferenzteilnehmer beteiligten sich an der Diskussion (Referenten sind nur dann aufgeführt, wenn sie zu Referaten von Kollegen, nicht zu ihren eigenen, gesprochen haben):

Uwe Adam
Miriam Awerbuch
Avraham Barkai
Veronika Bendt
Friedrich S. Brodnitz
Yirmiyahu Cohen
Volker Dahm
Helmut Eschwege
Fred Grubel
Max Gruenewald
Hildegard Hamm-Brücher
Gerhard Hirschfeld
Hans Jonas
Marion Kaplan
Jacob Katz
Richard Löwenthal
Ino Lorenz
Cécile Lowenthal-Hensel
Ernst G. Lowenthal
Abraham Margaliot
Trude Maurer
Paul Yogi Mayer
Michael A. Meyer
Hans Mommsen
Arnold Paucker
Jehuda Reinharz
Monika Richarz
Reinhard Rürup
Chaim Schatzker
Wolfgang Scheffler
Bedolf Schiff
Werner Schochow
Julius H. Schoeps
Ismar Schorsch
Herbert A. Strauss
Rita Thalmann
Barbara Vormeier
Joseph Walk
Henry Wassermann
Robert S. Wistrich
Hartmut Zelinsky

Personenregister
Index of Names

Adam, Uwe Dietrich, 98, 104, 107, 108, 111, 112, 125, 154, 160, 212, 359, 409
Adler, Alfred, 320
Adler, Hans Günther, 192, 280, 355, 359
Adler, Karl, 400
Adler, Victor, 320
Adler-Rudel, Shalom, 46, 128, 133–142 *passim*, 148, 150, 161, 177, 179, 204, 205, 211, 303, 345, 347
Agnon Shmuel Josef, 276, 278
Ahlwardt, Hermann, 10, 23
Alexander, Kurt, 139
Allen, William Sheridan, 109, 370
Altmann, Friedrich (Yosef Amir), 330, 331
Amir, Yehoshua, 282
Angress, Werner T., xxii, xxiii, *211–221*, 283, *393–408* (399–400)
Anschütz, Gerhard, 130
Appel, Marta, 290
Apt, Max, 309
Arendt, Hannah, 299, 354–355
Arndt, Ino, 354
Arnhold (Bank), 156
Arnim, Bettina von, 41–42
Asch, Schalom, 278
Ascher, Heinz, 340
Aschheim, Steven E., 82
Awerbuch, Miriam, 409

Bab, Julius, 259, 260, 261, 268
Bach, Hans, 281
Bach, Johann Sebastian, 34, 41
Bader, Menachem, 347, 348, 349
Baeck, Leo, xiii, xiv, xvii, 38, 129, 139, 141, 180, 225, 264, 276, 356, 358, 389
Baer, Gertrud, 295
Baer, Rudi, 331
Baillet-Latour, H. de, (PIOC), 232
Baker, Leonard, 284, 356
Ball, Ruth, 233
Ball-Kaduri, Kurt J., 97, 130, 133, 139, 354, 356, 377
Ballin, Albert, 167
Bamberger, Fritz, 277
Bamberger, Gabrielle, xvi, xix, xx
Barkai, Avraham, 13, 26, 108, *153–166*, 288, 312, 397–398, 409
Barth, Aron, 78, 79
Bauer, Yehuda, 98, 134, 135, 139
Baum, Herbert, 301, 302, 350, 406
Bearsted, Walter Horace Samuel, 2nd Viscount, 311
Beck, Walter, 230
Becker, Hartmut, 227
Bedolf, *s.* A. A. Schiff
Beer, Udo, 63
Beer-Hofmann, Richard, 261
Beethoven, Ludwig van, 34, 260
Behrend-Rosenfeld, Else, 300–301, 302
Beitz, Berthold, xv, xix
Belke, Ingrid, xv, xix
Ben Aharon, Yitzhak, 345, 346
Ben-Cohen, Zvi, 325
Ben-Elissar, Eliahu, 126
Ben-Gurion, David, 311
Bendix, Alice, 300
Bendix, Reinhard, 326, 328–329
Bendt, Veronika, 409
Benjamin (Fam.: Grunewald), 252
Benjamin, Walter, 83
Benn, Gottfried, 224
Bennathan, Esra, 46, 135, 153, 155
Bentov, Mordechai, 317
Bentwich, Norman, 313
Berger, Moritz, 198
Berghahn, Marion, 284, 289
Bergmann, Gretel, 235
Bergmann, Martin, 392
Bergner, Elisabeth, 33
Berliner, Cora, 287, 300, 404
Berliner, L., 130
Bernett, Hajo, 13, 25, 140, *223–237*, 399–400
Bernfeld, Simon, 84

Bers, Helmuth, 318, 319, 323
Bettelheim, Bruno, 355
Bialik, Chajim Nachman, 278
Bickermann, Elias, 277
Bin Gorion, Emanuel, 277
Bindert, Franz, xv, xix
Birnbaum, Max P., 176, 177
Bismarck, Otto, Fürst von, 37
Blau, Bruno, 101, 105, 125, 190
Bleichröder (Bank), 156
Blumenfeld, Kurt, 61, 264
Blumengraber, Helga, 245
Blumenthal, Werner, 255
Boas, Jacob, 61, 113, 139, 354
Boberach, Heinz, 373, 380
Böckel, Otto, 10, 23
Boelcke, Willi A., 154
Bohr, Niels, 67, 292
Bolduan, Gisela-Ingeborg, xv, xix
Bondy, Curt, 219
Bonne, Alfred, 305
Bormann, Martin, 184, 378, 380
Borochov, Ber, 328
Bracher, Karl Dietrich, 111, 130, 135
Brandeis, Jacob B. (Verlag), 274, 280
Brandt, Willy, 385
Bredow, Leopold von, xv, xix
Brenner, Lenni, 57
Brentano, Bettina, *s.* Arnim, Bettina von
Brentano, Clemens, 41–42
Breuer, Isaak, 79, 86
Breuer, Joseph, 86
Breuer, Raphael, 86
Breuer, Salomon, 81, 86
Brinckmann, Rudolf, 171
Brod, Max, 68
Brodnitz, Friedrich S., xiv, xviii, 139, 142, 398, 409
Brody, Chajim, 277
Broszat, Martin, 123, 130
Brothers, Eric, 62
Brückner, Peter, 249
Brüning, Heinrich, 9, 22, 60
Brundage, Avery, 233, 234
Buber, Martin, 48, 68, 72, 83, 90, 216, 218, 241, 243, 275, 276, 277, 283, 361, 394, 400
Bülow, Hans von, 34
Bukharin, Nikolai, 329
Busoni, Kiki, xvi, xx
Cahnman, Werner, J., 123
Capell, Hans, 267
Carlebach, Alexander, 82
Carlebach, Joseph, 75, 89–91, 92–93
Carlebach, Julius, 13, 25, *75–93*, 393, 394
Carlebach, Salomon (Lübeck), 89
Carlebach, Salomon (II), 75
Cassirer, Ernst, 33
Cervantes Saavedra, Miguel de, 261
Chamberlain, Houston Stewart, 36
Chronegk, Ludwig, 259
Clare, George, 11, 14, 23–24, 26
Clough, Arthur Hugh, 64
Cohen, Dr. (Thüringen), 196
Cohen, Hermann, 36, 90, 276
Cohen, R. Y., 355
Cohen, Yirmiyahu, 409
Cohn, Heinz, 244
Conrad, Joseph, 329
Creiznach, Michael, 82
Csak, Ibola, 235

Dahm, Volker, 13, 25, *273–282*, 401–403, 409
David, Fanny, 300
Dawidowicz, Lucy, 98, 354
Daxner, Michael, 13, 25, *249–257*, 401
Deutschkron, Inge, 245, 371, 372, 374, 377, 379, 383
Dienemann, Max, 135
Diepgen, Eberhard, xv, xix
Ditlhey, Wilhelm, 89
Dipper, Christof, 60, 100, 396
Döblin (Fam.), 39, 40
Döblin, Alfred, 39–40
Dodd, William Edward, 233
Dormann, Menachem, 345, 346
Dostojewski, Fedor, 261
Dreyfus (Bank), 156
Dreyfus, Alfred, 35
Drobisch, Klaus, 139
Dubnow, Simon, 266, 275
Dürkefälden, Karl, 379, 385
Düwell, Kurt, 250
Dunker, Ulrich, 63
Durst, Albert, 122

Ehrlich, Paul, 323
Eichmann, Adolf, 140, 313, 354–355, 356, 357, 359
Elbogen, Ismar, 71, 127, 277

Ellingen, Guthman Max von, 120
Elliott, John, 253
Eloesser, Arthur, 262, 268
Eltz-Rübenach, Paul von (Reichsverkehrsminister), 105
Engel, David, 57
Engels, Friedrich, 320
Enzensberger, Hans Magnus, 250
Eppstein, Paul, 145–151 *passim*, 162, 310, 407
Eschwege, Helmut, 62, 301, 328, 350, 367, 383, 409
Esh, Shaul, 154, 209, 326, 354

Fabian, Hans Erich, 130, 355
Fabisch, Falk, xvi, xx
Falkenberg, Bertha, 302
Feblowitz, Hilde, 319, 323
Feder, Ernst, 59
Feilchenfeld, Werner, 306
Feuchtwanger, Lion, 9, 22, 34, 70
Fichte, Johann Gottlieb, 75, 76, 244
Fiehler, Karl, 159
Fink, Rabbiner (Stettin), 301
Fischer, S. (Verlag), 277
Flatow, Alfred, 228
Fleischer, Kurt, 239
Fleming, Gerald, 126
Fraenkel, Ernst (Dan), 104, 107, 160, 317, 318, 320, 323, 326, 330–348 *passim*
Framroze, Mrs., 75
Frank, Rudolf, 249, 254
Freeden, Herbert, 13, 25, *259–271*, 273, 277, 278, 279, 401–402
Freier, Recha, 299, 334
Freimann, Aron, 70
Freimark, Peter, xiv, xviii
Freud, Anna, 32
Freud, Sigmund, 32–33, 320, 392
Freund, David, 348
Freund, Ismar, 4, 18
Freund, Ludwig, 140
Frick, Wilhelm (Reichsinnenminister), 100, 105–106, 111, 193, 234
Friedländer (Friedlander), Fritz, 214, 270
Friedlaender, Israel, 71
Friedländer (Friedlander), Saul, 97, 108
Friesel, Evyatar, 57
Frisch, Efraim, 277
Fröhlich, Elke, 123
Fromm, Erich, 83
Fuerst, Abraham, 334
Fürst, Julius, 70
Fürst, Paula, 240, 245
Fürth, Henriette, 295
Funk, Walter (Reichswirtschaftsminister), 157, 273
Furtwängler, Wilhelm, 15, 27

Gaertner, Hans, 214
Galinski, Heinz, xv, xix
Gans, Eduard, 4, 18
Gay, Peter, xiv, xviii, 8, 9, 21, 22, *31–43*, 75, 279, 283, *389–392*
Gay, Ruth, 288
Geheeb, Paul, 250
Geiger, Abraham, 70
Genschel, Helmut, 109, 110, 135, 154, 158, 159, 168, 171
George, Alexander L., 135
George, Stefan, 41, 224, 320
Gercke, Achim, 106
Gerson (Fam.: München), 286–287
Gerson, Hermann (Menachem), 41, 331
Gerstner (Kreisleiter), 117–118
Getzler, Israel, 329
Ginsberg, Nathan, 323
Ginsburg, Pino, 350
Gilchrist, Sylvia, xiv, xviii
Gillis-Carlebach, Miriam, 91
Ginat, Jochanan, *s.* Hans Gaertner
Glatzer, Nahum Norbert, 83, 277
Goebbels, Joseph, 101, 125–126, 149, 181, 185, 236, 268, 277, 380
Göring, Hermann, 99, 157, 191, 288, 398
Goethe, Johann Wolfgang von, 15, 27, 32, 34, 36, 76, 86, 89, 259, 260, 269, 287, 328
Goldschein, Milek, 318, 319, 330
Goldschmidt, Dietrich, xiv, xv, xviii
Goldschmidt, Henriette, 295
Goldschmidt, Lazarus, 275
Goldstein, Julius, 72
Goppelt (Sanitätsrat Dr.), 117
Goral, Arie, 207
Gordon, Sara, 153
Gothelf, Jehuda, 334
Gottschalk, Joachim, 298
Gradenwitz, Peter, 267
Graetz, Heinrich, 70, 266
Graml, Hermann, 190
Graupe, Heinz Moshe, 281

Greismann, Miriam, 323
Gross, Jan T., 13, 25
Gross, Leonard, 383
Gross, Walter, 80
Grubel, Fred, *xiii–xx*, xxi, xxii, xxiii, xxiv, 193, 409
Gruchmann, Lothar, 111
Grün, Dr. (Wien), 261
Grüneberg, Richard 348, 349
Gruenewald, Max, xiv, xviii, 70, 139, 142, 307, 354, 409
Grunberger, Richard, 135
Grunfeld, Isidor, 87
Grynszpan, Herschel, 297
Gusev, Nikolai Nikolaiewitsch, 14, 26
Gustloff, Wilhelm, 126
Gutmann, Ilse, 323
Guttmann, Eva, 252
Guttmann, Wilhelm, 252

Hahn, Hugo, 139
Halbey, Hans Adolf, 277
Halt, Karl Ritter von, 232
Hamburger, Ernest, 5, 9, 19, 22, 58–59, 63
Hamm-Brücher, Hildegard, 409
Hanke, Peter, 158, 159
Harari, Yehiel (Hilik), 317
Hardenberg, Friedrich, Freiherr von, 3, 17
Hazan, Yaakov, 335
Hebbel, Friedrich, 263
Hegel, Georg Wilhelm Friedrich, 75
Heger-Nagler, Max, *s.* Nagler, Max
Heidegger, Martin, 224
Heidenheim, Wolf, 280
Heine, Heinrich, 287, 328
Henry, Frances, 116, 291, 370
Henschel, Hildegard, 354
Hering (Ministerialdirigent), 193
Herz, Henriette, 6, 19
Herzberg, Arno, 269
Herzfeld, Ernst, 160
Herzfeld, Hans, 230
Herzfeld, Jakob, 259
Herzfeld, Julius, 309
Herzl, Theodor, 35, 79, 119, 275
Hess, Rudolf, 191, 234
Hesse, Hermann, 15, 27, 289, 394
Heydebrand und der Lasa, Ernst von, 99
Heydrich, Reinhard, 103, 113, 139
Heymann, Lida Gustava, 295
Hildberg, Raul, 125, 354, 355, 359
Hildesheimer, Esriel, 209, 210, 353, 354, 355, 359
Hildesheimer, Esriel Israel, 71, 77–78, 79, 82–93 *passim*
Hildesheimer, Hirsch, 70, 88, 89
Hildesheimer, Meir, 89
Hilferding, Rudolf, 9, 22
Hilgenfeldt, Erich, 182, 184
Hiller, Kurt, 268
Himmler, Heinrich, 184, 199, 221
Hindenburg, Paul von Beneckendorff und von, 11, 24, 51, 52, 101, 168, 226
Hinkel, Hans, 260, 274, 277
Hirsch, Leo, 265, 269, 270, 280
Hirsch, Otto, 150, 241, 358, 359, 361, 407
Hirsch, Samson Raphael, 76–77, 79–93 *passim*
Hirschberg, Alfred, 264
Hirschfeld, Gerhard, 409
Hirschland (Bank), 156
Hitler, Adolf, 3, 7, 9, 10, 11, 14, 17, 21, 22, 23–24, 26, 32, 33, 35, 38, 52, 53, 99, 101, 102, 111, 112, 125–126, 136, 138, 154, 158, 159, 167, 168, 178, 184, 191, 221, 225, 227, 232, 233, 234, 279, 285, 286, 288, 289, 295, 296, 316, 325, 338, 344, 366, 375, 376, 378, 380, 381, 382, 384, 391–392, 395, 396, 397, 403
Hochmann, Josef, 323
Höhne, Heinz, 184
Hoffmann, David, 85, 87, 89
Hohmann, Manfred, 250
Holländer, Ludwig, 58, 277
Hollstein, Dorothea, 135
Horkheimer, Max, 83
Horn, Gustav, 330, 331, 344
Horowitz, Jakob, 241
Hübner (Oberschulrat), 252
Humboldt, Wilhelm von, 4, 18, 260
Hurwicz, Elias, 245
Hyman, Paula, 36

Ibsen, Henrik, 261
Isdebsky-Pritchard, Aline, xv, xix
Israelowitz, Arthur (Ben Israel), 317, 320, 329–330, 331–332, 333, 337, 341, 349

Jabotinsky, Wladimir S., 306
Jacob (Schulleiter), 253
Jacob, Benno, 277
Jacobsohn, Siegfried, 33

Jacoby, Lucia, 281
Jannaj, *s.* Yannai
Jay, Martin, 83
Jeggle, Utz, 116
Jellinek, Camilla, 295
Jersch-Wenzel, Stefi, 6, 19
Jesenska, Milena, 291
Jessner, Leopold, 34
Jochmann, Werner, 45
Jonas, Alberto, 244, 245
Jonas, Hans, 409
Jonas, Lore, 291–292
Joseph II, 3, 17, 75
Josephthal, Georg, 215, 219, 347
Jost, Isaak Marcus, 70
Jungmann, Fredi, 323
Juschkewitsch, Semjon, 263

Kafka, Franz, 276, 279
Kahn, Ernst, 146, 175
Kahn, Herbert, 155, 157, 177
Kaliski, Lotte, 250, 251–254, 256–257
Kant, Immanuel, 15, 27, 32, 34, 75, 76, 260, 287
Kantorowicz, Ernst, 400
Kaplan, Abraham, 87–88
Kaplan, Marion, xvi, xix, 85, 162, 284, 287, 296, 409
Kareski, Georg, 139, 141, 142, 306–307
Karminski, Hannah, 287, 300
Karpeles, Gustav, 70, 71
Kastein, Josef, 266
Kas(z)tner, Reszö, 356
Katz, Jacob, xiv, xviii, 259, 409
Katz, Josef, 93
Katz, Zeev, 335
Kauffmann, I. (Verlag), 274, 280
Kaufmann, M. W., 274, 280
Kaznelson, Siegmund, 275
Keim, Anton Maria, 383
Kellermann, Heinz, 218
Kershaw, Ian, 12, 24, 109, 115, 117, 135, 286, *365–386*, 390, 406–408
Kettenacker, Lothar, 135
Kiepenhauer, Gustav (Verlag), 277
Klausner, Joseph, 275
Klee, Alfred, 200, 206, 207, 264
Kleemann, Wilhelm, 239
Klemperer, Otto, 33
Klepper, Jochen, 298
Klibansky, Erich, 241, 245
Kluger, Reni, 323
Knipping, Ulrich, 158–159
Knütter, Hans-Helmuth, 59
Kober, Adolf, 127, 164
König, Joel (Esra Ben Gershom [Feinberg]), 213
Koerber, Martin, 35
Kohl, Helmut, xv, xix
Kohli, Martin, 250
Kohn, Pinhas, 86
Kolb, Eberhard, 108
Kook, Avraham Jizchak, 89
Koonz, Claudia, *283–293*, 296, 391, 403–404
Korczak, Janusz, 245
Kortner, Fritz, 33
Kostelanetz, Richard, 35
Kramer, David, *173–188*, 398
Krausnick, Helmut, 359
Kreindler, Leo, 262
Kretzmir, Lilli, 291
Kreutzberger, Max, 145–146, 178, 344
Kropotkin, Pjotr Aleksejewitsch, 320
Krüger, A., 233
Krüger, Alf(red), 155–156
Kulka, Otto Dov, 13, 25, 97, 109, 111, 115, 209, *353–363*, 365, 366–369, 371, 373, 374, 378, 380, 384, 406–408
Kunz, Gerhard, xv, xix
Kwiet, Konrad, 62, 97, 289, 301, 350, 367, 369, 383

Laband, Grete, 252
Lachmann, Vera, 255
Lachmanski, Hugo, 263
Lamberti, Marjorie, 57
Lamm, Hans, 354
Lammers, Hans-Heinrich, 191, 225
Landau, Ezekiel, 75–76, 91, 93
Landau, Shmuel Chaim, 81
Landauer, Georg, 306, 311
Landauer, Gustav, 320
Landsberg, Alfred, 61
Landsberger, Franz, 267
Landwehr, Rolf, 173, 174
Langmaid, Janet, xxii, xxiv
Laqueur, Walter, 80, 81, 380
Lasker, Eduard, 37
Lasker-Schüler, Else, 34
Lazarus, Moritz, 77
Lehmann, Marcus, 70

Lehrberger, M. (Verlag), 274, 280
Leibfried, Stephan, 155
Leiwik (Halper Leivick), 267
Lenin, Wladimir Iljitsch, 320
Leonardo da Vinci, 261
Leschnitzer, Adolf, 241, 242, 400
Leshem, Perez (Franz Lichtenstein), 305, 326
Lessing, Gotthold Ephraim, 15, 27, 34, 260, 263
Lessler, Toni, 255
Lestchinsky, Jakob, 135, 153, 164
Leuner, Heinz David, 383
Levie, Werner, 261, 269
Levine, H. S., 141
Levy, Hilde, 350
Lewald, Theodor, 232, 233
Liebenstein, Eliezer, 327, 331, 332, 333, 335, 336, 340, 345, 346
Liebermann, Max, 267
Lietz, Hermann, 250
Lösener, Bernhard, 111
Löwe, Erich, 274
Löwenberg, Ernst, 161, 244
Löwenstein, Kurt, 261
Löwenstein, Leo, 225, 230
Löwenthal, Richard, 409
Lorenz, Ino, 409
Lowenstein, Steven M., 13, 25, *115–124*, 394, 396–397
Lowenthal (Löwenthal), Ernst G., xv, xix, 9, 22, 45, 140, 281, 409
Lowenthal-Hensel, Cécile, 59, 409
Lubitsch, Ernst, 9, 22
Ludwig, Emil, 9, 22
Ludwig, Otto, 263
Lueger, Karl, 11, 23
Lukács, Georg, 328, 329
Lummer, Heinrich, xv, xix
Luria, Zvi, 334
Luther, Martin, 287

Mahler, Gustav, 270, 402
Majer, Diemut, 106
Mann, Thomas, 389
Maoz, Eliyahu, 80, 331
Marcus, Alfred, 135, 153
Marcus, M & H (Verlag), 274
Marcuse, Herbert, 83
Margaliot, Abraham, 57, 139, 161, 163, *303–316*, 317, 327, 354, 404–405, 409
Margalit, Elkana, 317
Mark, Bernard, 350
Marks, Simon, 311–312
Marr, Heinrich, 259
Martin, B., 153
Marx, Karl, 320, 328
Mason, Tim, 108
Matthäus, Jürgen, 57
Matthias, Erich, 115
Maurer, Trude, *189–210*, 398–399, 409
Maybaum, Ignaz, 241
Mayer, Helene, 234, 235
Mayer, Ludwig Ernst, 234
Mayer, Paul Yogi, 228, 409
McInnes, Carolyn, 75
Mecklenburg, Walter, 322–323
Meier-Cronemeyer, Hermann, 216, 327
Mehring, Walter, 320
Melchior, Carl, 133, 169
Mendelssohn, Franz von, 168
Mendelssohn, Moses, 69, 71, 79, 81, 287
Mendelssohn(-Bartholdy), Felix, 36, 270
Merkle, Hans L., xv, xix
Meyer, Franz, 133, 140
Meyer, Michael A., xiv, xviii, 409
Meyerbeer, Giacomo, 270
Meyers, Uli, 255
Meyersohn, Magda, 291
Michaeli, Jacob, 331
Michaelis, Dolf, 306
Michaelis-Stern, Eva, 334
Michelangelo, 261
Mill, John Stuart, 289
Milton, Sybil, 285
Möller, Horst, 256
Moeller, Rolf, xv, xix
Mombert, Alfred, 279
Mommsen, Hans, 63, 97, 104, 105, 111, 217, 409
Montefiore, Moses, 78
Morgenstern, Lina, 295
Morgenstern, Soma, 277, 281
Moritz, Klaus, 123
Morsch, Günter, 104
Morse, Arthur D., 233
Morsey, Rudolf, 115
Mosche ibn Esra, 277
Moses, Siegfried, 309
Mosse, George L., 10, 23, 41, 101, 135
Mosse, Werner E., 9, 12, 22, 24, *45–54*, 55, 390, 393

Müller, Heinrich „Gestapo-", 139
Müller, Ruth, 348
Müller, Ulrich, 342, 348, 349
Müller-Claudius, Michael, 375, 381–382, 383
Muellerheim, F., 159
Mülsch, William, xvi, xix, xx
Münz, Stefan, 274
Munk, Ezra, 129
Munk, Saul, 311
Mussinger, Oskar, 323, 346

Nagler, Max, 198, 202
Naumann, Max, 7, 21, 140
Neter, Mia, 299
Neuendorff, Edmund, 227, 228
Neumann, Gerhardt, 270
Neumeier, Wastl, 220
Nietzsche, Friedrich, 320
Niewyk, Donald L., 12, 25, 63, 78, 132, 135
Noam, Ernst, 123
Nobel, Joseph, 85
Nobel, Nehemiah Anton, 81, 83, 85–86, 89, 93
Nordau, Max, 223
Nussbaum, Friedel, 348
Nussbaum, Max, 185–186

Ofner, Carl, 242
Opher, Hannah, 350
Ophir, Baruch Zvi, 115
Oppenheim, Moritz, 75
Orbach, Zeev, 322–323, 345, 346
Oren, Rega, 347
Orenstein, Mordechai (Oren), 330, 332, 335, 341, 342, 344–346, 347
Ortega y Gasset, José, 269
Ortner, Moshe, 209
Oschorowitsch, Shura, 321
Ostrowski, Gershon, 337
Ottenheimer, Hilda, 242

Pätzold, Kurt, 97, 98, 101, 102, 106, 108, 109, 111
Panofsky, Erwin, 33
Pape, George, 338
Papen, Franz von, 11, 23, 50, 52, 60, 101
Paucker, Arnold, xiv, xviii, *xxi–xxiv*, 10, 23, 51, *55–65*, 131, 132, 280, 393, 409
Payer, Peter, xv, xix
Perlen, Frieda, 295
Phiebig, Albert J., 176, 177
Philippson, Ludwig, 6, 20, 70, 71
Philippson, Phoebus, 70
Picard, Jacob, 266
Pilz, Ilse, 348
Pilz, Shimon (Dada), 323, 342, 348, 349
Pineas, Herta, 302
Pinner, Ludwig, 306
Planck, Max, 89
Pollack, Hermann, 127
Popitz, Johannes, 102
Poppel, Stephen M., 79
Poppelauer, M. (Verlag), 280
Prenn, Daniel, 228
Preuss, Hugo, 37, 45
Prinz, Arthur, 310
Prinz, Joachim, 263, 269, 277, 402
Prochownik, Gertrud, 162
Pulzer, Peter, xiv, xviii, xxii, xxiv, *3–15*, *17–27*, 58–59

Quandt, Dr. (Goethe-Realgymn.), 390

Radek, Karl, 329
Ragins, Sanford, 78
Rahmer, Moritz, 71
Raskin, Gregor, 115–122 *passim*
Rath, Ernst vom, 297
Rathenau, Walther, 9, 22, 37, 45
Reichmann, Hans, 58
Reichmann(-Jungmann), Eva G., 58
Reines, Isaac Jacob, 78
Reinhardt, Max, 9, 22, 34
Reinharz, Jehuda, 7, 21, 57, 61, *317–350*, 404–406, 409
Reiss, Erich (Verlag), 274, 277, 279, 280, 282
Reitlinger, Gerald, 359
Rembrandt van Rijn, 260, 263
Reusch, Paul, 170–171
Ribbentrop, Joachim von, 253, 295
Richarz, Monika, 45, 116, 290, 374, 409
Riff, Michael A., xvi, xix, xxii, xxiii, xxiv
Rinott, Chanoch, 81, 326
Robert, G., 250
Robinson, Jacob, 354
Rodrigue, Aron, 365, 366–369, 371, 373, 374, 378, 380, 384
Rosdale, Ray Mary, 61, 113
Rose, Gillian, 75

Rosenbaum, Eduard, 156, 167, 168
Rosenberg, Alfred, 268
Rosenblüth, Martin, 311
Rosenheim, Jacob, 79
Rosenstock, Werner, 81, 279, 285
Rosenzweig, Franz, 68, 72, 83, 86, 89, 90, 92, 276, 277
Roters, Eberhard, xv, xix
Roth, Joseph, 269
Rothschild, Eli, 75
Rotschild, Ilse, 292
Rousseau, Jean Jacques, 261
Rowohlt, (Ernst) (Verlag), 277
Rudorff, Maren, xxii, xxiv
Rudorff, Wolfgang, xxii, xxiv
Rürup, Reinhard, 7, 11, 21, 24, 60, *97–114*, 116, 391, 394–396, 407, 409
Ruppin, Arthur, 71, 275, 304, 306

Sabatzky, Kurt, 160
Sachs, Helen, 289
Salamander, Rachel, xvi, xix
Salant, Samuel, 89
Salanter, Israel, 88
Salinger, Kurt, 348, 349, 350
Salomon, Alice, 295
Salomon, Robert, 287
Samuel, Herbert, 311
Sauer, Paul, 192, 195
Sauer, Wolfgang, 135
Schaaff, F. T., 6–7, 20
Schacht, Hjalmar, 52, 101–102, 109–110, 154–155, 159, 167–172 *passim*, 288, 397, 398
Schacko, Günter, xvi, xix
Schapiro, Naomi, 323
Schatzberg, Walter, 7, 21
Schatzker, Chaim, 57, 216, 322, 326, 409
Schebitz, Bernhard, xvi, xx
Scheffler, Wolfgang, 63, 98, 409
Schenhabi, Mordechai, 317, 318, 319, 321, 323, 330, 345
Schiff, Abraham (Adolf) (Bedolf), 317, 320, 323, 324, 328–341 *passim*, 347, 348, 349, 409
Schiller, Friedrich von, 32, 34, 76, 259, 287, 328
Schirach, Baldur von, 326
Schirmann, Jefim, 277
Schlegel, Friedrich von, 76
Schleicher, Kurt von, 60
Schleiermacher, Friedrich, 76
Schleunes, Karl A., 98–112*passim*, 285, 344
Schlochauer, Ernst, 255
Schmeer, Karl Heinz, 135
Schmitt, Carl, 160
Schneider, Lambert, 69
Schochow, Werner, 409
Schocken (Verlag), 274, 275
Schocken, Salman, 68, 276, 277, 332
Schönewald, Ottilie, 296, 404
Schoenfeld, Asher, 334
Schoeps, Hans Joachim, 140, 402
Schoeps, Julius H., 409
Scholem, Alechem, 278
Scholem, Gershom, 7, 21, 31, 32, 37, 83
Schorsch, Ismar, xxii, xxiii, 13, 25, 57, *67–73*, 287, 292, 393–394, 409
Schreiber, Adele, 299
Schultheis, Herbert, 123
Schulz, Gerhard, 135
Schuster, Georg, 348
Schuster, Hermann Josef, xvi, xix
Schwab, Hermann, 87
Schwarz, Franz Xaver, 184
Schwarz, Heinz, 348
Schwarzschild, Fritz, 310
Schwersenz, Jizchak, 299, 350
Seeligmann, Haim, 334
Seligsohn, Julius L., 313, 360, 407
Selver, Heinrich, 252, 253, 254
Senator, Werner, 306, 311
Senger, Valentin, 213
Sereni, Enzo, 322, 331, 332, 333, 336–341 *passim*
Shakespeare, William, 261, 262, 263, 402
Shapira, Moshe, 322
Sheehan, James J., 367
Sherman, A. J., 157, *167–172*, 286, 287, 397
Sherrill (General), 233
Shindel, Ilse, xxii, xxiv
Silverberg, Paul, 9, 22
Simon, Ernst Akiba, 83, 85, 147, 216, 265, 277, 354, 361, 400
Simon, Yaakov (Shimoni), 345, 346
Singer, Kurt, 262, 267–268, 271
Sinsheimer, Hermann, 263, 278
Sofer, Moses, 75, 76, 82, 91, 93
Sommerfeld, Bruno, 218
Spangenthal, Max, 49, 53
Spanier (Staatschulrat), 252

Spitzer, Moritz, 69, 73
Sprung, Hermann (Zvi), 318, 338
Stahl, Heinrich, 139, 141, 182
Stalin, Joseph, 11, 23, 51
Steinberg, Lucien, 62, 350
Steinchen, Renate, xvi, xx
Steinert, Marlis G., 135, 366, 373
Stern, Gerson, 269, 277
Stern, Julius, 240, 242
Stern(-Taeubler), Selma, 127
Stillmann, Ernest, 330
Stoecker, Adolf, 10, 23
Strasser, Gregor, 102
Strauss, Herbert A., 81, 110, 113, *125–152*, 155, 156–157, 203, 204, 255, 284, 303, 393, 409
Strauss, Leo, 277
Strauss-Epstein, Hedwig, 299–300
Streicher, Julius, 170, 297, 402
Suchy, Barbara, xiv, xviii, 10, 23, 63
Sywottek, Jutta, 135
Szanto, Alexander, 161
Szold, Henrietta, 335

Tabenkin, Yitzhak, 321
Tarshish, Abraham, 347
Tarshish, Jocheved (Bat-Rahel), 347
Thalmann, Rita R., 283, 285, *295–302*, 391, 403–404, 409
Theilhaber, Felix, 67–68, 223
Tietz, Hermann, 110
Tietz, Ludwig, 330
Tolstoj, Leo, 14, 26
Toury, Jacob, 6, 19, 37, 58, 132, 313
Traub, Michael, 309, 327
Trotzkij, Leo, 320, 329
Tschammer und Osten, Hans von, 228–229, 233–234, 237
Tschernichowski, Saul, 264
Tucholsky, Kurt, 34

Varnhagen von Ense, Rahel, 6, 19
Vesper, Ekkehardt, xv, xix
Volkov, Shulamit, 100
Voltaire, 261
Vormeier, Barbara, 409

Wachholz, Kerstin, xxii, xxiv
Wagner, Adolf, 159
Wagner, Richard, 32, 36
Walk, Joseph, 13, 25, 81, 105, 125, 153, 191, 212, 217, *239–247*, 327, 401, 409
Wallach, Günther, 323
Walter, Bruno, 33
Warburg, Aby S., 169
Warburg, E. (Professor), 89
Warburg, Eric M., 172, 286, 287
Warburg, Felix M., 133, 170
Warburg, Fritz, 171
Warburg, M. M. (Bank), 14, 26, 156, 167–172
Warburg, M. (II), 172
Warburg, Max M., 133, 167–172, 286, 287, 309, 310, 311–312, 397, 398
Warburg, Siegmund G., 169
Waschitz, Joseph (Seppl), 323, 333, 338, 339, 340, 341, 349
Wassermann, A. E., 168
Wassermann, Henry, 76, 409
Wassermann, Jakob, 329
Weber, Max, 320, 328
Wedekind, Frank, 263
Weil, Friedrich, 160
Weinberg, Jechiel, 88
Weiss, Seew, 348
Weizmann, Chaim, 90, 306, 311
Weizsäcker, Richard von, xv, xix
Welch, David, 372
Weltsch, Robert, 70, 147, 263, 353
Werfel, Franz, 34, 269
Wessely, Naphtali Herz (Hartwig), 75, 76, 92
Wiener, Alfred, 58
Wiener, Philip B., 59
Wiesemann, Falk, 123
Wilde, Oscar, 263
Winkler, H. A., 153
Wippermann, Wolfgang, 350
Wirtz, Paul, 171
Wischnia, Ilse, 291
Wischnitzer, Mark, 277
Wise, Jonah B., 134
Wistrich, Robert S., 409
Witt, Thomas E. de, 184
Wohlgemuth, Joseph, 72, 89
Wolff, Edith, 299, 350
Wolff, Kurt, 239, 277
Wolff, Theodor, 33, 45
Woyda, Bruno, 141
Wulf, Joseph, 135
Wyneken, Gustav, 41

Zimels, Max, 323
Zippor, Moshe, 340, 347, 348
Zofka, Zdenek, 123
Zulay, Menahem, 73
Zweig, Stefan, 269, 394
Zweig, Arnold, 32, 226
Yahil, Leni (Westphal), 317, 326, 330, 331
Yannai, 73, 277
Zelinsky, Hartmut, 409
Zeller, Bernhard, xv, xix
Zielenziger, Kurt, 135, 285

Mitarbeiterverzeichnis
List of Contributors

ANGRESS, Werner T., Ph.D. (Berkeley), b. 1920 in Berlin. Professor of History, State University of New York at Stony Brook, N.Y. Author of *Stillborn Revolution. The Communist Bid for Power in Germany 1921–1923* (Princeton 1963), German transl., revised and expanded edn. *Die Kampfzeit der KPD 1921–1923* (Düsseldorf 1973); *Generation zwischen Furcht und Hoffnung. Jüdische Jugend im Dritten Reich* (Hamburg 1985); ‚Juden im politischen Leben der Revolutionszeit', in *Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916–1923* (Tübingen 1971); ‚Das deutsche Militär und die Juden im Ersten Weltkrieg. Dokumentation', in *Militärgeschichtliche Mitteilungen* (1976); 'Before the Holocaust: The German Jews, 1933–1939', in *The Holocaust: Ideology, Bureaucracy, and Genocide. The San Jose Papers* (Millwood, N.Y. 1980); ‚Die Judenfrage im Spiegel amtlicher Berichte 1935', in U. Büttner (ed.) *Das Unrechts-Regime. Festschrift für Werner Jochmann* (Hamburg 1986); and of numerous articles and book reviews in scholarly journals in the USA and Germany. Contributor to *Year Book of the Leo Baeck Institute*, X, XVII, XXII, XXIII, and XXVIII. Fellow of the Leo Baeck Institute, New York, and Member of its Executive Committee.

BARKAI, Avraham, Ph.D. (Tel-Aviv), b. 1921 in Berlin. Member of Kibbutz Lehavoth Habashan. Horticulturist and researcher in Jewish Economic History. Formerly lecturer in Economics and Economic History. Author of i.a. *Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Der ideologische und historische Hintergrund 1933–1936* (Köln 1977); ‚Wirtschaftliche Ziele und Grundanschauungen der NSDAP. Ein unveröffentlichtes Dokument aus dem Jahre 1931', in *Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte, VII* (Tel-Aviv 1978); 'The German Jews at the Start of Industrialisation. Structural Change and Mobility 1835–1860', in *Revolution and Evolution. 1848 in German-Jewish History* (Tübingen 1981); 'Economic Aspects of the Nazis' Rise to Power' (1983, in Hebrew); edited and completed, *Arthur Prinz, Juden im deutschen Wirtschaftsleben 1850–1914* (Tübingen 1984); and author of many articles on economic history. Contributor to *Year Book of the Leo Baeck Institute*, XXX. Member of the Jerusalem Board of the Leo Baeck Institute.

BERNETT, Hajo, Dr. phil. (Hamburg), b. 1921 in Oldenburg i.O. Emeritus Professor and formerly Director of the Sportwissenschaftliches Institut der Universität Bonn. Author of i.a. *Nationalsozialistische Leibeserziehung. Eine Dokumentation ihrer Theorie und Organisation* (Schorndorf 1971); *Der jüdische Sport im nationalsozialistischen Deutschland 1933–1938* (Schorndorf 1978); *Der Weg des Sports in die nationalsozialistische Diktatur* (Schorndorf 1983); *Sportunterricht an der nationalsozialistischen Schule* (Sankt Augustin 1985); *Leichtathletik in historischen Bilddokumenten* (München 1986).

CARLEBACH, Julius, M.Lit., D.Phil. (Sussex), b. 1922 in Hamburg. Reader in Sociology, University of Sussex. Author of i.a. *The Jews of Nairobi* (Nairobi 1962); *Caring for Children in Trouble* (London 1970); *Karl Marx and the Radical Critique of Judaism* (London 1978); 'The Problem of Moses Hess's Influence on the Young Marx', in *Year Book of the Leo Baeck Institute*, XVIII (1973); ‚Deutsche Juden und der Säkularisierungsprozeß in der Erziehung. Kritische Bemerkungen zu einem Problemkreis der jüdischen Emanzipation', in *Das*

Judentum in der Deutschen Umwelt 1800–1850 (Tübingen 1977); 'The forgotten Connection. Women and Jews in the Conflict between Englightenment and Romanticism', in *Year Book of the Leo Baeck Institute*, XXIV (1979); 'Family Structure and the Position of Jewish Women', in *Revolution and Evolution. 1848 in German-Jewish History* (Tübingen 1981). Member of the Executive Committee of the Leo Baeck Institute, London.

DAHM, Volker, Dr. phil. (München), b. 1944 in Birkenstein, Bavaria. Formerly editor. Historian, Institut für Zeitgeschichte, München. Author of *Das jüdische Buch im Dritten Reich*. T. 1: *Die Ausschaltung der jüdischen Autoren, Verleger und Buchhändler*; T. 2: *Salman Schocken und sein Verlag* (Frankfurt a. Main 1979, 1982); Co-author with G. Weiher and H. von Kotze of *Akten der Partei-Kanzlei der NSDAP* (München-Wien 1983); ‚Die nationalsozialistische Schrifttumspolitik', in *10. Mai 1933. Bücherverbrennung in Deutschland und die Folgen* (Frankfurt a. Main 1983); ‚Anfänge und Ideologie der Reichskulturkammer. Die „Berufsgemeinschaft" als Instrument kulturpolitischer Steuerung und sozialer Reglementierung', in *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* (No 1/1986).

DAXNER, Michael, Dr. phil. (Vienna), b. 1947 in Vienna. Professor for Higher Education, University of Osnabrück. Author of numerous publications on higher education, history of science, science in exile.

FREEDEN, Herbert, Dr. phil. (Leipzig), Bundesverdienstkreuz 1. Klasse, b. 1909 in Poznán (Posen). Formerly Director of Publications of Keren Kayemeth Leisrael. Author and journalist. Author of i.a. *Die unsichtbare Kette* (Berlin 1937); *Ein Schiff unterwegs* (Berlin 1938); *Vom geistigen Widerstand der deutschen Juden* (Jerusalem 1963); *Jüdisches Theater in Nazideutschland* (Tübingen 1964 and Berlin 1985); *Der Vorhang fiel im November* (Gerlingen 1984); and of numerous essays and articles.

GAY, Peter, Ph.D. (Columbia), b. 1923 in Berlin. Sterling Professor of History, Yale University. Author of i.a. *The Dilemma of Democratic Socialism. Eduard Bernstein's Challenge to Marx* (New York 1952); *Weimar Culture. The Outsider as Insider* (New York 1968); *Freud, Jews and Other Germans. Masters and Victims in Modernist Culture* (New York 1978); *The Bourgeois Experience. Victoria to Freud*, vol.I, *Education of the Senses* (New York-Oxford 1984); *Freud for Historians* (New York-Oxford 1985); *The Bourgeois Experience. Victoria to Freud*, vol.II, *The Tender Passion* (New York-Oxford 1986); 'The Berlin-Jewish Spirit' (Leo Baeck Institute Memorial Lecture 15 – New York 1972); ‚Begegnung mit der Moderne. Deutsche Juden in der deutschen Kultur', in *Juden im Wilhelminischen Deutschland 1890–1914* (Tübingen 1976); and of numerous essays and articles. Fellow of the Leo Baeck Institute, New York.

GILCHRIST, Sylvia, B. A., Hons. (Birmingham), b. 1933 in Stockport. Assistant Editor of the Year Book of the Leo Baeck Institute.

GRUBEL, Fred, Dr.jur. (Leipzig), M.B.A. (New York), C.P.A. (New York), b. 1908 in Leipzig. Executive Director of the Leo Baeck Institute, New York. Formerly lawyer, manservant, budget director, hospital administrator. Author of i.a. ‚Der Judenfriedhof im Johannistal', in *Bulletin des Leo Baeck Instituts*, Nr. 18 (1962); 'From Kiev via Brody to Pankow, Berlin, 1882. Aid to Jewish Child Refugees from Russia', in Herbert A. Strauss and Hanns G. Reissner (eds.), *Jubilee Volume dedicated to Curt C. Silberman* (New York 1969); ‚Zeitgenosse Sigmund Freud', in *Jahrbuch der Psychoanalyse*, XI; ‚Mein Vetter Munio', in Walter Zadek (ed.), *Sie flohen vor dem Hakenkreuz* (Reinbek b. Hamburg 1981); and of articles for law journals and monographs in German, and articles on accounting and hospital administration for American journals.

KERSHAW, Ian, D. phil. (Oxford), b. 1943 in Oldham. Senior lecturer in Modern History, University of Manchester. Author of *Der Hitler-Mythos und Propaganda im Dritten Reich* (Stuttgart 1980); *Popular Opinion and Political Dissent in the Third Reich* (Oxford 1983); *The Nazi Dictatorship* (London 1985); 'The Persecution of the Jews and German Popular Opinion in the Third Reich', in *Year Book of the Leo Baeck Institute*, XXVI (1981); and of other essays on various aspects of Nazism.

KOONZ, Claudia, Ph.D. (Rutgers), b. 1940 in Wisconsin. Professor of History, College of the Holy Cross, Worcester, Mass. Author of i.a. *Mothers in the Fatherland* (New York-London 1986); co-editor, with Renate Bridenthal, and contributor to *Becoming Visible: Women in European History* (Boston 1977); 'Women organize their "Lebensraum"', in Bridenthal, Grossmann, Kaplan (eds.), *When Biology Became Destiny* (New York 1984); 'Some Political Implications of Separatism: German Women between Democracy and Nazism, 1928–1934', in J. Friedlander et al. (eds.), *A Century of Change: Women in Culture and Politics* (Indiana 1986); 'The Fascist Answer to "The Woman Question" in Italy and Germany', in Bridenthal, Koonz, Stuard (eds.), *Becoming Visible: Women in European History* (Boston, second revised and enlarged edn. 1986).

KRAMER, David, Ph.D. (Tulane), b. 1945 in California. Professor, Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, Berlin. From Spring 1986 European Representative of the German Marshall Fund of the United States in Bonn. Author of ‚Wohlfahrtspflege im Dritten Reich. Frauen in Beruf und Ausbildung', in R. Baron (ed.), *Soziale Arbeit und Soziale Reform* (Weinheim-Basel 1983); ‚Das Fürsorgesystem im Dritten Reich', in R. Landwehr, R. Baron (eds.), *Geschichte der Sozialarbeit* (Weinheim-Basel 1983); ‚Die freie Wohlfahrtspflege am Ende der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus', in R. Bauer (ed.), *Die liebe Not. Zur historischen Kontinuität der „Freien Wohlfahrtspflege"* (Weinheim-Basel 1984).

KULKA, Otto Dov, Ph.D. (Jerusalem), b. 1933 in Czechoslovakia. Professor of Modern Jewish History, Hebrew University, Jerusalem. Author of i.a. *The "Jewish Question" in the Third Reich* (Jerusalem 1975, in Hebrew, vol.II, Documents, in German): *The Final Solution and the German People* (1986, forthcoming); 'The Churches in the Third Reich and the "Jewish Question"', in *Judaism and Christianity under the Impact of National Socialism (1919–1945)* (Jerusalem 1982); ‚Die Nürnberger Rassengesetze und die deutsche Bevölkerung im Lichte geheimer NS-Lage- und Stimmungsberichte', in *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* (1984); 'Major Trends and Tendencies in German Historiography on National Socialism and the "Jewish Question" (1924–1984)', in *Year Book of the Leo Baeck Institute*, XXX (1985); and of numerous studies on nineteenth- and twentieth-century Central European Jewish history.

LOWENSTEIN, Steven M., Ph.D. (Princeton), b. 1945 in New York. Associate Professor of History, University of Judaism, Los Angeles. Author of i.a. 'Remnants of Yiddish in Franconia', in *Yiddishe Sprakh* (1973–1975, in Yiddish); 'The 1840s and the Creation of the German-Jewish Religious Reform Movement', in *Revolution and Evolution. 1848 in German-Jewish History* (Tübingen 1981); 'Eastern European Jews before World War II' and 'Western European Jews before World War II.', in *Genocide, Critical Issues of the Holocaust* (Los Angeles-Chappaqua 1983); co-editor of and contributor to *Language and Culture Atlas of Askenazic Jewry*, vol. 1 (Philadelphia 1984). Author of *Frankfurt on the Hudson. The German Jews of Washington Heights. Their Culture and Institutions* (forthcoming). Contributor to *Year Book of the Leo Baeck Institute*, XXI, XXIV, XXVIII and XXX.

MARGALIOT, Abraham, Ph.D. (Jerusalem), b. 1920 in Chemnitz. Lecturer, Institute of Contemporary Jewry, Hebrew University, Jerusalem. Author of *Die Reaktion der jüdischen Organisationen in Deutschland auf die nationalsozialistischen Anfeindungen* (Jerusalem 1971, in Hebrew); Co-editor of *Documents on the Holocaust* (Jerusalem 1981); Editor of *Deutsches Judentum unter dem NS-Regime* (forthcoming – in series Comprehensive History of the Holocaust, Yad Vashem, Jerusalem); and of various articles on German Jewry, Zionism and the Holocaust. Member of the Jerusalem Board of the Leo Baeck Institute.

MAURER, Trude, Dr. phil. (Tübingen), b. 1955 in Mainz. Hochschulassistentin, Georg-August-Universität, Göttingen. Author of i.a. *Ostjuden in Deutschland 1918–1933* (Hamburg 1986); 'The East European Jew in the Weimar Press: Stereotype and Attempted Rebbutal', in *Studies in Contemporary Jewry,* 1 (1984); ‚Medizinalpolizei und Antisemitismus. Die deutsche Politik der Grenzsperrre gegen Ostjuden im Ersten Weltkrieg', in *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 33 (1985); and other articles on East European history.

MOSSE, Werner E., Ph.D. (Cambridge), Fellow of the Royal Historical Society, b. 1918 in Berlin. Professor emeritus, University of East Anglia, Norwich. Author of i.a. *The European Powers and the German Question 1848–1871* (Cambridge 1958); *Alexander II and the Modernization of Russia 1855–1881* (London 1959); *The Rise and Fall of the Crimean System 1855–1871* (London 1963); *Liberal Europe – The Age of Bourgeois Realism 1848–1875* (London 1974); *Jews in the German Economy. The German-Jewish Economic Elite 1820–1935* (Oxford 1986). Editor, in collaboration with Arnold Paucker, of *Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik* (Tübingen 1965, 2nd edn. 1966); *Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916–1923* (Tübingen 1971); *Juden im Wilhelminischen Deutschland 1890–1914* (Tübingen 1976); with Arnold Paucker and Reinhard Rürup, *Revolution and Evolution. 1848 in German-Jewish History* (Tübingen 1981). Contributor to *Year Book of the Leo Baeck Institute*, IV, XV, XXIV and XXVIII. Chairman of the London Board of the Leo Baeck Institute.

PAUCKER, Arnold, Dr. phil. (Heidelberg), b. 1921 in Berlin. Director, Leo Baeck Institute, London, and Editor of the Year Book of the Leo Baeck Institute. Author of *Der jüdische Abwehrkampf gegen Antisemitismus und Nationalsozialismus in den letzten Jahren der Weimarer Republik* (Hamburg 1968; 2nd edn. 1969); co-editor of Werner E. Mosse (ed.), *Entscheidungsjahr 1932; Deutsches Judentum im Krieg und Revolution; Juden im Wilhelminischen Deutschland*; editor with Cécile Lowenthal-Hensel of *Ernst Feder. Heute sprach ich mit . . . Tagebücher eines Berliner Publizisten 1926–1932* (Stuttgart 1971); with Hans Liebeschütz of *Das Judentum in der Deutschen Umwelt 1800–1850. Studien zur Frühgeschichte der Emanzipation* (Tübingen 1977); with W. Mosse and R. Rürup of *Revolution and Evolution. 1848 in German-Jewish History*; and of essays on historical and philological subjects. Contributor to *Year Book of the Leo Baeck Institute*, V, VIII, XI, XIII and XVI.

PULZER, Peter, Ph.D. (Cambridge). Fellow of the Royal Historical Society, b. 1929 in Vienna. Gladstone Professor of Government and Public Administration and Fellow of All Souls College, University of Oxford. Author of i.a. *The Rise of Antisemitism in Germany and Austria* (New York-London 1964); (German edn.): *Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich, 1867–1914* (Gütersloh 1966); *Political Representation and Elections in Britain* (London 1967, 2nd edn. 1974); ‚Die jüdische Beteiligung an der Politik', in *Juden im Wilhelminischen Deutschland*; and of numerous articles in learned journals. Contributor to *Year Book of the Leo Baeck Institute,* XXV, XXVIII and, with Ernest Hamburger, 'Jews as Voters in the Weimar Republic', in *Year Book* XXX. Member of the Executive Committee of the Leo Baeck Institute, London.

REINHARZ, Jehuda, Ph.D. (Brandeis), b. 1944 in Haifa. Richard Koret Professor of Modern Jewish History and Director, The Tauber Institute for the Study of European Jewry, Brandeis University. Author of *Fatherland or Promised Land: The Dilemma of the German Jew, 1983–1914* (Ann Arbor 1975); *Chaim Weizmann. The Making of a Zionist Leader* (London-New York 1985); and of numerous essays. Editor of Volume IX of *The Letters and Papers of Chaim Weizmann* (New Brunswick, N.J. and Israel Univ. Press 1977); co-editor (with Paul Mendes-Flohr) of *The Jew in the Modern World. A Documentary History* (New York 1980); editor of *Dokumente zur Geschichte des deutschen Zionismus 1882–1933* (Tübingen 1981); co-editor of (and contributor to) *Mystics, Philosophers and Politicians. Essays in Jewish Intellectual History in Honor of Alexander Altmann* (Durham, N.C. 1982); co-editor of *The Jewish Response to German Culture from the Englightenment to the Second World War* (Hanover, N.H.-London 1985). Contributor to *Year Book of the Leo Baeck Institute*, XXII, XXIV, XXX, XXXI and XXXII.

RÜRUP, Reinhard, Dr. phil. (Göttingen), b. 1934 in Rehme/Westph. Professor of Modern History, Technische Universität, Berlin. Author of i.a. *Johann Jacob Moser. Pietismus und Reform* (Wiesbaden 1965); *Probleme der Revolution in Deutschland 1918/19* (Wiesbaden 1968); with E. Kolb *Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik 19. 12. 1918–8. 4. 1919* (Leiden 1968); *Emanzipation und Antisemitismus. Studien zur „Judenfrage" der bürgerlichen Gesellschaft* (Göttingen 1975); *Deutschland im 19. Jahrhundert 1815–1871* (Göttingen 1984); ed. with K. Hausen, *Moderne Technikgeschichte* (Köln 1975); ed. and co-author of *Historische Sozialwissenschaft* (Göttingen 1975); *Wissenschaft und Gesellschaft. Beiträge zur Geschichte der Technischen Universität Berlin 1879–1979*, 2 vols. (Berlin 1979); Author of ‚Emanzipation und Krise. Zur Geschichte der „Judenfrage" in Deutschland vor 1890', in *Juden im Wilhelminischen Deutschland 1890–1914*; ed. with. W. Mosse and A. Paucker of *Revolution and Evolution. 1848 in German-Jewish History*; and of numerous essays on German-Jewish history. Contributor to *Year Book of the Leo Baeck Institute*, XIV, XX and XXXI. Fellow of the Leo Baeck Institute, New York.

SCHORSCH, Ismar, Ph.D. (Columbia), b. 1935 in Hannover. Chancellor and Professor of Jewish History, Jewish Theological Seminary of America, New York. Author of *Jewish Reactions to German Anti-Semitism 1870–1914* (New York-London-Philadelphia 1972); 'Emancipation and the Crisis of Religious Activity', in *Revolution and Evolution. 1848 in German-Jewish History* (Tübingen 1981); and of many essays and articles in scholarly journals. Editor of Heinrich Graetz, *The Structure of Jewish History and Other Essays* (New York 1975); Fellow of the American Academy for Jewish Research. Contributor to *Year Book of the Leo Baeck Institute*, XI, XIX, XXII, XXV, XXVIII and XXXI. Member of the Executive Committee of the Leo Baeck Institute, New York.

SHERMAN, A. J., D.Phil. (Oxford), b. 1934 in Jerusalem. Visiting Lecturer in History, Yale University. Trustee, private foundations and writer. Formerly Executive Director, Memorial Foundation for Jewish Culture, investment banker with Kuhn, Loeb & Co. Author of *Island Refuge: Britain and Refugees from the Third Reich* (London 1974); Co-author with Eduard Rosenbaum of *Das Bankhaus M. M. Warburg & Co. 1798–1938* (Hamburg 1976); (English edn.): *M. M. Warburg & Co. 1798–1938* (London 1979); 'German-Jewish Bankers in World Politics. The Financing of the Russo-Japanese War', in *Year Book of the Leo Baeck Institute*, XXVIII (1983).

STRAUSS, Herbert A., Dr. phil. (Bern), b. 1918 in Würzburg. Formerly Professor of History, The City College, New York. Director, Zentrum für Antisemitismusforschung and Professor, Technische Universität, Berlin. Executive Vice President, American Fede-

ration of Jews from Central Europe, New York. Author of *Staat, Bürger, Mensch* (Aarau 1948); *Botschaften der Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, 1793–1948* (Bern 1956); Ed. of *Conference on Acculturation* (1965); *Conference on Anti-Semitism* (1969); *Conference on American-Jewish Dilemmas* (1971); of series, *Jewish Immigrants of the Nazi Period in the U.S.A.* (München-New York-London-Paris 1979 ff.); co-editor of *Gegenwart im Rückblick. Festgabe für die Jüdische Gemeinde Berlin 25 Jahre nach dem Neubeginn* (Heidelberg 1970); ed. with W. Röder of *Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933* (München-New York-London-Paris 1980 ff.); and author and editor of numerous other publications on German-Jewish history, Antisemitism and migration history. Contributor to *Year Book of the Leo Baeck Institute*, VI, XI, XVI, XXV and XXVI. Fellow of the Leo Baeck Institute, New York and Member of its Board.

SUCHY, Barbara, Dr. phil. (Marburg), b. 1941 in Hamburg. Historian, at present researcher on the history of Jews in Düsseldorf. Author of *Lexikographie und Juden im 18. Jahrhundert* (Köln-Wien 1979); ‚Zwischen Geborgenheit und Gefährdung. Jüdisches Leben in hessischen Kleinstädten und Dörfern', in *Die Geschichte Hessens* (Stuttgart 1983); 'The Verein zur Abwehr des Antisemitismus (I)', in *Year Book of the Leo Baeck Institute*, XXVIII (1983); ‚Antisemitismus in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg', in *Köln und das rheinische Judentum* (Köln 1984); 'The Verein zur Abwehr des Antisemitismus (II)', in *Year Book of the Leo Baeck Institute*, XXX (1985).

THALMANN, Rita, Agrégée-Docteur d'État, Doctorat ès Lettres (Paris), b. 1926 in Nürnberg. Professor of history, University of Paris. Author of *La Nuit de Cristal* (Paris 1972, English edn. London-New York 1974); *Protestantisme et Nationalisme en Allemagne de 1900 à 1945* (Paris 1976); *Jochen Klepper. Ein Leben zwischen Idyllen und Katastrophen* (München 1977); *Frausein im Dritten Reich* (French edn. Paris 1982, German edn. München 1985).

WALK, Joseph, Ph.D. (Jerusalem), b. 1914 in Breslau. Formerly Professor for Jewish history, Bar Ilan University, and Director of the Leo Baeck Institute, Jerusalem. Author of *The Education of the Jewish Child in Nazi Germany. The Law and its Execution* (Jerusalem 1975, in Hebrew); Editor of *Shaul Esh: Studies in Holocaust and Contemporary Jewry* (Jerusalem 1973, in Hebrew); *Als Jude in Breslau. Aus den Tagebüchern von Studienrat a.D. Dr. Willy Israel Cohn* (Jerusalem 1975, 2nd edn. Gerlingen 1985); *Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der gesetzlichen Massnahmen und Richtlinien* (Heidelberg 1981); and of numerous other essays on German-Jewish history. Contributor to *Year Book of the Leo Baeck Institute*, VI and XXIV. Member of the Executive Committee of the Leo Baeck Institute, Jerusalem.

Die fünf bisher erschienenen Sammelbände zur Geschichte der deutschen Juden veröffentlicht vom Leo Baeck Institut

Das Judentum in der Deutschen Umwelt 1800–1850

Studien zur Frühgeschichte der Emanziaption herausgegeben von Hans Liebeschütz und Arnold Paucker
(Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 35)
1977. XIII, 445 Seiten

Inhalt – Vorwort – *Hans Liebeschütz:* Judentum und deutsche Umwelt im Zeitalter der Restauration – *Julius Carlebach:* Deutsche Juden und der Säkularisierungsprozeß in der Erziehung – Kritische Bemerkungen zu einem Problemkreis der jüdischen Emanzipation – *Gerhard Schulz:* Der späte Nationalismus im deutschen politischen Denken des neunzehnten Jahrhunderts – *Jacob Toury:* Der Eintritt der Juden ins deutsche Bürgertum – *Johanna Philippson:* Ludwig Philippson und die Allgemeine Zeitung des Judentums – *Pinchas E. Rosenblüth:* Samson Raphael Hirsch – Sein Denken und Wirken – *H. G. Reissner:* Begegnung zwischen Deutschen und Juden im Zeichen der Romantik – *Jacob Toury:* Die Revolution von 1848 als innerjüdischer Wendepunkt – *Hans Liebeschütz:* Schlußwort – Werten und Verstehen – Bibliographie – Register

Juden im Wilhelminischen Deutschland 1890–1914

Ein Sammelband herausgegeben von Werner E. Mosse unter Mitwirkung von Arnold Paucker
(Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 33)
1976. XIV, 786 Seiten

Inhalt – Vorwort von *Werner E. Mosse* und *Arnold Paucker* – *Reinhard Rürup:* Emanzipation und Krise – Zur Geschichte der »Judenfrage« in Deutschland vor 1890 – *Werner E. Mosse:* Die Juden in Wirtschaft und Gesellschaft – *Ernst Schulin:* Die Rathenaus – Zwei Generationen jüdischen Anteils an der industriellen Entwicklung Deutschlands – *Peter Pulzer:* Die jüdische Beteiligung an der Politik – *Peter Gay:* Begegnung mit der Moderne – Deutsche Juden in der deutschen Kultur – *Lamar Cecil:* Wilhelm II. und die Juden – *Hermann Greive:* Die gesellschaftliche Bedeutung der christlich-jüdischen Differenz – Zur Situation im deutschen Katholizismus – *Werner Jochmann:* Struktur und Funktion des deutschen Antisemitismus – *Arnold Paucker:* Zur Problematik einer jüdischen Abwehrstrategie in der deutschen Gesellschaft – *Pinchas E. Rosenblüth:* Die geistigen und religiösen Strömungen in der deutschen Judenheit – *Uriel Tal:* Theologische Debatte um das »Wesen« des Judentums – *Yehuda Eloni:* Die umkämpfte nationaljüdische Idee – *Robert Weltsch:* Die schleichende Krise der jüdischen Identität – Ein Nachwort – Bibliographie – Register

Deutsches Judentum im Krieg und Revolution 1916–1923

Ein Sammelband herausgegeben von Werner E. Mosse unter Mitwirkung von Arnold Paucker
(Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 25)
1971. XI, 704 Seiten

Inhalt: – Vorwort von *Werner E. Mosse* – *Werner E. Mosse:* Die Krise der europäischen Bourgeoisie und das deutsche Judentum – *Saul Friedländer:* Die politischen Veränderungen der Kriegszeit und ihre Auswirkungen auf die Judenfrage – *Werner Becker:* Die Rolle der liberalen Presse – *Werner T. Angress:* Juden im politischen Leben der Revolutionszeit – *Hans Tramer:* Der Beitrag der Juden zu Geist und Kultur – *Wilhelm Treue:* Zur Frage der wirtschaftlichen Motive im deutschen Antisemitismus – *Werner Jochmann:* Die Ausbreitung des Antisemitsmus – *Eva G. Reichmann:* Der Bewußtseinswandel der deutschen Juden – *Robert Weltsch:* Schlußwort – Bibliographie – Register

Entscheidungsjahr 1932

Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik

Ein Sammelband herausgegeben von Werner E. Mosse unter Mitwirkung von Arnold Paucker
(Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 13)
Zweite revidierte und erweiterte Auflage 1966, XX, 615 Seiten

Inhaltsübersicht – Vorwort von Werner E. Mosse

Die Jüdische Situation: Werner E. Mosse: Der Niedergang der Weimarer Republik und die Juden – E.G. Lowenthal: Die Juden im öffentlichen Leben – Esra Bennathan: Die demographische und wirtschaftliche Struktur der Juden

Antisemitismus: Hans Paul Bahrdt: Soziologische Reflexionen über die gesellschaftlichen Voraussetzungen des Antisemitismus in Deutschland – Z. Barbu: Die sozialpsychologische Struktur des nationalsozialistischen Antisemitismus – George L. Mosse: Die deutsche Rechte und die Juden

Kirchen und Parteien zur Judenfrage: Hans-Joachim Kraus: Die evangelische Kirche – Karl Thieme: Deutsche Katholiken – P. B. Wiener: Die Parteien der Mitte – Hans-Helmuth Knütter: Die Linksparteien

Die Haltung der Juden: Kurt Loewenstein: Die innerjüdische Reaktion auf die Krise der deutschen Demokratie – Arnold Paucker: Der jüdische Abwehrkampf

Diskussionen über die Judenfrage: Eva G. Reichmann: Diskussionen über die Judenfrage 1930–1932

Schlußbetrachtung: Robert Weltsch: Entscheidungsjahr 1932
Bibliographie – Register

Revolution and Evolution 1848 in German-Jewish History

edited by Werner E. Mosse, Arnold Paucker, Reinhard Rürup
(Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 39)
1981. XII, 431 Seiten

Contents: Preface – *Reinhard Rürup:* The European Revolutions of 1848 and Jewish Emancipation – Comment by *Reinhart Koselleck; Lawrence Schofer:* Emancipation and Population Change – Comment by *Peter Pulzer; Monika Richarz:* Emancipation and Continuity – German Jews in the Rural Economy – Comment by *Stefi Jersch-Wenzel; Avraham Barkai:* The German Jews at the Start of Industrialisation – Structural Change and Mobility 1835–1860 – Comment by *Esra Bennathan; Julius Carlebach:* Family Structure and the Position of Jewish Women – Comment by *Marion Kaplan; Ismar Schorsch:* Emancipation and the Crisis of Religious Authority – The Emergence of the Modern Rabbinate – Comment by *Herbert A. Strauss; Steven M. Lowenstein:* The 1840s and the Creation of the German-Jewish Religious Reform Movement; *Uriel Tal:* German-Jewish Social Thought in the Mid-Nineteenth Century – Comment by *Michael A. Meyer; Hermann Greive:* Religious Dissent and Tolerance in the 1840s; *S. S. Prawer:* Heine's Portraits of German and French Jews on the Eve of the 1848 Revolution – Comment by *Albert H. Friedländer; Werner E. Mosse:* The Revolution of 1848 – Jewish Emancipation in Germany and its Limits – Comment by *Frank Eyck; Index*

J. C. B. MOHR (PAUL SIEBECK) TÜBINGEN